



böhlau

# HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR  
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE  
POLITIK

20 / 2013

# HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

## Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von  
Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann  
und Hanns Jürgen Küsters

20. Jahrgang  
2013



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

## HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

20. Jahrgang 2013

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab, Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Dr. Kordula Kühlem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2013 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Köln Weimar Wien

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Druck: Strauss GmbH, Mörlenbach

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-22197-3

Erscheinungsweise: jährlich

Preise: € 19,50 [D] / € 20,10 [A]

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Böhlau Verlag unter:

vertrieb@boehlau-verlag.com, Tel. +49 221 91390-0, Fax +49 221 91390-11

Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

## Inhalt

Vorwort zum Erscheinen des 20. Bandes .....	VII
---	-----

### AUFSÄTZE

<i>Hanns Jürgen Küsters</i> .....	1
Helmut Kohl, Österreich und die europäische Integration	
<i>Ulrich von Hehl</i> .....	17
Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler im Streit der Meinungen	
<i>Peter Rütters</i> .....	37
Max Habermann und der gewerkschaftliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Probleme einer biographischen Rekonstruktion	
<i>Natalia Urigüen López de Sandaliano</i> .....	71
Von der „traditionellen Freundschaft“ zur „notwendigen Nähe“ – Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Spanien (1949–1979)	
<i>Christine Bach</i> .....	103
„Über die Rathäuser ins Palais Schaumburg“: Zur Neuausrichtung der CDU-Kommunalpolitik in den 1970er Jahren	
<i>Paul Kraatz/Tim B. Peters</i> .....	121
Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Verhältnis der CDU zu den Grünen 1980–1990	
<i>Andreas Thüsing</i> .....	147
Ökologie in der DDR. Staatlicher Umweltschutz in der Ära Honecker	
<i>Mona Krewel</i> .....	171
Der Bundestagswahlkampf 1961	
<i>Kai Wambach</i> .....	199
Streben nach Konsens – Rainer Barzels Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag	

## DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

## XIII. Helmut Kohl und Frankreich

<i>Hanns Jürgen Küsters</i> . . . . .	229
Einführung	
<i>Jürgen Hartmann</i> . . . . .	233
Das Frankreichbild Helmut Kohls	
<i>Ulrich Lappenküper</i> . . . . .	247
Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1980er und 1990er Jahren	
<i>Rudolf Lange</i> . . . . .	265
Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der militärischen Sicherheit	
<i>Ulrike Guérot</i> . . . . .	273
Zwanzig Jahre nach Helmut Kohl: Wo stehen die deutsch-französischen Beziehungen?	
<i>Joachim Bitterlich</i> . . . . .	289
Die deutsch-französischen Beziehungen in der Phase der Deutschen Einheit und des Vertrags von Maastricht	

## 60 JAHRE LUXEMBURGER ABKOMMEN

<i>Hanns Jürgen Küsters</i> . . . . .	301
Einführung	
<i>Thomas Brechenmacher</i> . . . . .	305
Konrad Adenauer, Franz Böhm und die Verhandlungen über das Luxemburger Abkommen	
<i>Johannes Gerster</i> . . . . .	323
Erfahrungen aus 60 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen	
<i>Dorothee Wilms</i> . . . . .	337
Schlusswort	

## LEBENSBLDER

- Christoph Brüll* ..... 341  
 Franz Thedieck (1900–1995) – „Zeitgenosse des Jahrhunderts“
- Michael Kitzing* ..... 371  
 Albert Maria Lehr (1913–1997). Gründervater der Badischen CDU –  
 Vorkämpfer für den Südweststaat und erster Wirtschaftsförderer  
 Freiburgs

## AUS DEM ACDP

- Carsten Pickert* ..... 397  
 Der Gründungsprozess und die Etablierung des Archivs für  
 Christlich-Demokratische Politik
- Hans-Jürgen Klegraf* ..... 423  
 Wahlen im Bild. Die Plakatsammlung des Archivs für Christlich-  
 Demokratische Politik

## LITERATURBERICHTE

- Jürgen Nielsen-Sikora* ..... 439  
 Vom Mythos der Verschwörung gegen Brandt. Eine Kritik an Stefanie  
 Waskes Thesen über den „Nachrichtendienst von CDU und CSU im  
 Kalten Krieg“

## NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE ... 459

- Abstracts – Résumés – Zusammenfassung ..... 471
- Mitarbeiter dieses Bandes ..... 493



## VORWORT ZUM ERSCHEINEN DES 20. BANDES

Vor knapp zwanzig Jahren erschien der erste Band der „Historisch-Politischen Mitteilungen“ (HPM) des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP). Die neue historische Zeitschrift, mit der die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 1994 an die Öffentlichkeit ging, sollte im globalen Umbruch, der mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme begann und der in Deutschland die Wiedererlangung der nationalen Einheit möglich machte, der historisch-politischen Orientierung dienen, zur zeitgeschichtlichen Debatte beitragen und die politische Bildung fördern. Beim Aufbau der freiheitlichen demokratischen Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa hat die christlich-demokratische Bewegung einen entscheidenden Beitrag geleistet. Nicht zuletzt ging es deshalb um die Aufgabe, das in der Nachkriegszeit im freien Teil Deutschlands Erreichte – Westorientierung, europäische Integration, demokratischer Grundkonsens, Rechtsstaatlichkeit, Etablierung von Volksparteien, innenpolitisches Gleichgewicht, Soziale Marktwirtschaft, um nur das Wichtigste zu nennen – historisch zu vergegenwärtigen. Ein besonderes Augenmerk sollte aber auch auf die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gerichtet werden, insbesondere auf die Geschichte der „Ost-CDU“ im SED-Staat. Ein mit der Gründung des Jahrbuchs gleichzeitig berufener Wissenschaftlicher Beirat aus namhaften Historikern und Politikwissenschaftlern sollte im Hinblick auf diese Akzentsetzungen wissenschaftliche Anregungen geben und die Qualität und die Unabhängigkeit der Zeitschrift garantieren.

Heute, mit dem Erscheinen des 20. Bandes, können die Herausgeber mit Genugtuung feststellen, dass sich die HPM in zwei Jahrzehnten als zentrales Wissenschaftsorgan für die Geschichte der christlich-demokratischen Bewegungen und Parteien im Kontext der geistigen, politischen und sozialen Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts behauptet haben. Nach wie vor liegt ihr Schwerpunkt auf der Erforschung und Darstellung der Politik der Christlichen Demokratie in der staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands nach 1945.

Wichtige Impulse gehen dabei von den aktuellen historischen und politischen Themen gewidmeten Tagungen des ACDP aus, deren interessanteste Beiträge in den HPM veröffentlicht werden. Insbesondere ist hier die Veranstaltungsreihe „Ära Kohl im Gespräch“ herauszuheben, die seit 2001 alljährlich Zeitzeugen und Historikern ein Gesprächsforum bietet und deren Tagungsbeiträge jeweils in den HPM dokumentiert und dann auch 2010 als „Zwischenbilanz“ gesammelt in einem Sonderband herausgegeben wurden.

Je fester die HPM ihren Platz in der Wissenschaftslandschaft besetzen konnten, desto sinnvoller erschien es, die Zeitschrift sukzessive inhaltlich klarer zu strukturieren. So hat die organisatorische und personelle Verflechtung mit dem



ACDP in der Rubrik „Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung“ ihren Niederschlag gefunden, die biographischen Forschungen wurden im Kapitel „Lebensbilder“ konzentriert und die Geschichte der Zentrums- sowie der Christlichen Gewerkschaften in einem Bereich „Zur Christlichen Demokratie vor 1945“ zusammengefasst. Ein besonderes Serviceangebot für die Wissenschaft stellen die „Literaturberichte“ und seit 2004 die Bibliographie „Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie“ dar.

Äußerlich ist die Zeitschrift 2011 mit einem Hardcovereinband neugestaltet worden, der den Bibliotheken Bindekosten ersparen soll. Schließlich sind im Zeitalter des Internets die bisher erschienenen Bände ins Netz gestellt worden, und seit 2012 werden mit dem Erscheinen jeden neuen Bandes die HPM des Vorjahres recherche- und downloadfähig kostenlos zur Verfügung gestellt.

Mit dem Rückblick auf fruchtbare zwanzig Jahre HPM verbinden die Herausgeber die Hoffnung, auch weiterhin die Erforschung der Christlichen Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit zu befördern; diesem Ziel soll die verstärkte Zusammenarbeit mit Archiven und Forschungsinstituten vergleichbarer Ausrichtung dienen, wie beispielsweise der Forschungsverbund „CIVITAS“, zu dessen Mitinitiatoren das ACDP gehört.

Das zwanzigjährige HPM-Jubiläum bietet den Herausgebern die Gelegenheit, all denen zu danken, die zum Gelingen und Gedeihen des Zeitschriftprojektes beigetragen haben: den Mitarbeitern in der Redaktion, die den nicht immer leichten Umgang mit Autoren, Verlag und Druckerei gemeistert haben, dem Wissenschaftlichen Beirat, der mit seinen Ideen, seiner Kritik und seinem Interesse wie ein guter Stern über der Zeitschrift wirkte, den vielen, gerade auch jungen Beiträgern, die mit ihren Themenstellungen und Sichtweisen die Zeitschrift bereichert haben, und nicht zuletzt der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre stets engagierte Unterstützung.

Günter Buchstab

Hans-Otto Kleinmann

Hanns Jürgen Küsters

## AUFSÄTZE

### **Helmut Kohl, Österreich und die europäische Integration\***

**Hanns Jürgen Küsters**

Die vertiefte Erforschung der „Ära Kohl“<sup>1</sup> hat für die deutsche wie für die europäische Zeitgeschichtsforschung herausragende Bedeutung. Als Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 nach dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden war, konnte niemand ahnen, dass seine Regierungszeit 16 Jahre bis 1998 dauern sollte. Erst recht nicht war abzusehen, wie fundamental sich in diesen Jahren die Tektonik in Europa und weltweit ändern würde. Mit dem Fall der Mauer in Berlin 1989 ging der Kalte Krieg zu Ende, der Ostblock brach zusammen, Deutschland erlangte 1990 seine Einheit wieder und die Sowjetunion zerfiel 1991. Aus den faktischen auf Westeuropa ausgerichteten Europäischen Gemeinschaften entstand nach dem Maastricht-Vertrag 1992 die Europäische Union. Anfang der 1980er Jahre noch eine Neuner-Gemeinschaft, war die EU binnen anderthalb Jahrzehnte auch durch den Beitritt Österreichs um Zweidrittel auf 15 Mitglieder erweitert worden. Österreich wechselte von der Rolle des Zuschauers der EG in die Position des aktiven Teilnehmerlandes.

Schaut man etwas genauer auf das Thema, so verbergen sich dahinter drei große Forschungsbereiche: nämlich „Helmut Kohl und Österreich“, „Helmut Kohl und die europäische Integration“ sowie „Österreich und die europäische Integration“. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich deshalb auf zwei Aspekte „Helmut Kohl und Österreich“ sowie „Helmut Kohl und die europäische Integration“. Der Komplex „Österreich und die europäische Integration“ verdient mehrere monographische Studien und wird hier nur im Rahmen der beiden anderen Themen behandelt.

Im Folgenden soll es um zwei Fragen gehen. Zum einen: Welche Beziehungen pflegte Helmut Kohl zu Österreich, vor allem zu den ÖVP-Politikern, und wie rezipierte er vor und während seiner Kanzlerschaft das Land? Und zum anderen: Welche Vorstellungen und Ziele verband er mit der europäischen Integration?

---

\* Erweiterte Fassung des Vortrags im Rahmen einer Veranstaltung des Karl-Vogelsang-Instituts am 30. Mai 2012 in Wien.

1 Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Köln u. a. 2010.

*Helmut Kohl und Österreich*

Das Verhältnis Helmut Kohls zu Österreich ist zuallererst von engen persönlichen Bindungen und Erlebnissen geprägt. Hier verlobte er sich im Sommer 1959 auf dem Weg von Linz zum Neusiedler See mit seiner damaligen Freundin Hannelore<sup>2</sup>, seit den 1960er Jahren verbrachte er in Sankt Gilgen am Wolfgangsee seinen Urlaub, und dort fanden in den folgenden Jahrzehnten unzählige Begegnungen mit Politikern aus Deutschland, Österreich und den übrigen europäischen Ländern statt, die teils bedeutsame historische Folgen hatten. So kündigte Walter Scheel bei einem Treffen Ende der 1960er Jahre an, spätestens der übernächste deutsche Bundespräsident zu sein, was er nach Gustav Heinemann auch 1974 wurde.<sup>3</sup> Im Januar 1976 überredete Kohl den langjährigen Generalintendanten des österreichischen Rundfunks, Gerd Bacher, sein politisch-publizistischer Berater für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu werden,<sup>4</sup> mit dem er im Herbst 1976 beinahe den Machtwechsel erreicht hätte. Zu Ostern desselben Jahres kam bei einer Unterredung mit Kurt Biedenkopf in Schruns bei Kohl Misstrauen gegenüber dem CDU-Generalsekretär auf, das ihr persönliches Verhältnis nachhaltig beeinträchtigte.<sup>5</sup> Auch seine Ministerriege formte Kohl im Sommer 1976 in Österreich.<sup>6</sup> Kohl pflegte hier stets Kontakt mit den führenden ÖVP-Politikern.

Aber auch nicht zustande gekommene Treffen in Österreich umgab lange ein Odium des Konspirativen. So wurde geunkelt, Hans-Dietrich Genscher habe im Sommerurlaub 1982 den kurzen Sprung vom Fuß des Watzmanns oberhalb von Berchtesgaden zum Wolfgangsee genutzt, um mit Helmut Kohl den Machtwechsel in Bonn vorzubereiten. Richtig ist wohl, dass Kohl Genscher bei der Verabschiedung in den Urlaub in Bonn versicherte, er, Genscher, müsse – bei allem was er tue – wissen, dass er nicht ohne Netz turne. Was letztlich heißen sollte: Ich, Kohl, bin bereit, zur Koalition, falls auch Du, Genscher, dazu bereit bist. Angeblich haben sich beide nie im Urlaub in Österreich getroffen.<sup>7</sup>

Legendäres ist auch über das erste Treffen mit der britischen Premierministerin Margret Thatcher 1984 bekannt, die zur gleichen Zeit Urlaub in Österreich machte und zu einem zwanglosen Gedankenaustausch nach Sankt Gilgen kam. Nach einem einstündigen Gespräch verlor Kohl die Lust, schob Termine

---

2 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004, S. 108.

3 Ebd., S. 249f.

4 Ebd., S. 401f.

5 Ebd., S. 447. Zum Verhältnis von Kohl und Biedenkopf: Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*. 2. Aufl. München 2012, S. 166–176.

6 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 408.

7 Ebd., S. 622.

vor und vergnügte sich lieber bei Kaffee und Kuchen in einem Café.<sup>8</sup> Dass der Verlauf des *Rencontres* die Stimmung der Eisernen Lady nachhaltig vermieste, vermag verständlich sein. Ähnliche Missstimmung produzierte die Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Franz Vranitzky, als dieser angesichts der Bedenken und Ängste in der österreichischen Bevölkerung den deutschen Kollegen über den Verzicht Österreichs auf die Kernenergie informierte und bat, den Weiterbau des Kernkraftwerks in Wackersdorf noch einmal zu überdenken.<sup>9</sup> Nicht weniger heftig verliefen Kontroversen über die Behandlung des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim wegen dessen NSDAP-Mitgliedschaft. Die jahrelange vom Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar M. Bronfman, betriebene Kampagne gegen Waldheim empfand Kohl als schreiende Ungerechtigkeit.<sup>10</sup>

Solidarität der christlich-demokratischen Parteienfamilie, ein offenes Wort, klare Interessen artikulieren und vom Gedankenaustausch profitieren – das waren für Kohl wichtige Voraussetzungen für das Zusammenwachsen Europas. Seine 25-jährige Amtszeit als Parteivorsitzender der CDU von 1973 bis 1998 bescherte ihm nicht nur von Jahr zu Jahr mehr Erfahrungen und größeres politisches Gewicht, vor allem als Bundeskanzler ab 1982. In all den Jahren wechselten auch seine Partner, während er selbst ein großes Maß an politischer Kontinuität verkörperte. Auf Seiten der Schwesterpartei ÖVP erlebte er in seiner Zeit als CDU-Vorsitzender sechs Bundesparteiobermänner. Als Kohl 1973 den Parteivorsitz übernahm, führte Karl Schleinzer die ÖVP, der bekanntlich mitten im Wahlkampf 1975 tödlich verunglückte. Seinen Nachfolger, den Bankmanager Josef Taus, lud Kohl 1976 ein, auf dem 24. Bundesparteitag der CDU im Mai 1976 in Hannover zu sprechen.<sup>11</sup> Der Parteitag stand bezeichnenderweise unter dem Motto „Aus Liebe zu Deutschland – Freiheit statt Sozialismus“.

Beide christlich-demokratischen Parteien befanden sich damals in der Opposition, beide Parteien erlebten in den 1970er Jahren programmatische Neuorientierungen. Die ÖVP verortete sich als „christliche Partei“ in ihrem Salzburger Programm von 1972 in der „progressiven Mitte“ und bekannte sich zu einer „partnerschaftlichen Gesellschaft“. Das war Ausdruck des damaligen Zeitgeistes, ein stärkeres emanzipatives Miteinander zu suchen. Zur gleichen

---

8 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 61.

9 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*. München 2005, S. 448f.

10 Ebd., S. 836f. Dazu Äußerungen Kohls 22. April 1996 und 9./10. Januar 1998, in: Helmut Kohl: *Lageberichte 1989–1998*. Bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (*Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* 64). Düsseldorf 2012, S. 746f., 958.

11 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 403. Rede Taus', 24. Mai 1976, in: 24. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift, Hannover, 24.–26. Mai 1976. Hg. von der Christlich Demokratischen Union, Bundesgeschäftsstelle, Bonn o.J. S. 140–144.

Zeit setzten in der CDU programmatische Diskussionen ein, die aufgrund der Arbeiten der Von-Weizsäcker-Kommission 1978 zur Verabschiedung des neuen Ludwigshafener Grundsatzprogramms führten.<sup>12</sup> Es schärfte – besonders auf Drängen Kohls – das Profil der CDU und definierte erstmals umfassend die Werteüberzeugungen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als Grundelemente christlich-demokratischer Politik. Hinzu kamen die Bindung des Staates an die Menschenwürde, das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie in Zeiten linker Kritik an der parlamentarischen Demokratie mit ihrem Mehrheitsprinzip und terroristischer Bedrohung in Europa. Kohl trieb in der Phase der Opposition die Reform der CDU zu einer modernen Volkspartei durch parteiinterne Umorganisation voran. Er legte damit sowohl programmatische wie institutionelle Grundsteine für die Regierungsübernahme der CDU im Jahre 1982. Ähnliche Entwicklungen waren in der ÖVP zu beobachten. Nach dem Rücktritt von Josef Taus leitete auch der neue Parteiboss Alois Mock 1979 umfassende Reformen ein. Er stärkte die Einheit der Bundespartei, indem er die Ansprüche der Bünde zurückdrängte und mit dem Parteipräsidium ein neues Entscheidungszentrum der Partei etablierte. Zu Anfang des neuen Jahrzehnts, an dessen Ende Europa vollständig verändert war, standen ÖVP und CDU vor durchaus vergleichbaren Herausforderungen. Beide Parteien fanden Antworten und gelangten wieder an die Macht.

Alois Mock sah wie Helmut Kohl die Notwendigkeit, durch Förderung der Wirtschaftskräfte das Wachstum anzukurbeln, die Kaufkraft zu erhöhen und Steuern zu senken, damit die Nachfrage wächst.<sup>13</sup> Neben der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, wozu die sozialliberale Regierung Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher wegen zunehmender Widerstände vom linken Flügel der SPD nicht mehr imstande war, bedeutete für Kohl die Haushaltskonsolidierung das A und O bundesdeutscher Innenpolitik in den 1980er Jahren. Nur durch einen massiven Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ließ sich die Talfahrt bremsen.<sup>14</sup> Dass diese Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses und die Bewerkstelligung der Wiedervereinigung sein würden, war damals nicht absehbar.

Die Reformen Mocks brachten die ÖVP wieder in das Fahrwasser der Regierungsbeteiligung. Bei den Nationalratswahlen 1983 verlor die SPÖ ihre ab-

---

12 Dazu Richard von Weizsäcker (Hg.): CDU Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik. Gütersloh 1977. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, in: 26. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Niederschrift, Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Anhang I, S. 1–62.

13 Martin Eichinger/Helmut Wohnout: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte. Wien u. a. 2008, S. 91f.

14 Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 161–251.

solute Mehrheit, die ÖVP gewann an Stimmen, konnte 1986 mit Kurt Waldheim den Bundespräsidenten stellen und stand bei den Wahlen 1986 als zweitstärkste Kraft mit nur wenigen Stimmen hinter der SPÖ wieder auf Augenhöhe. Die große Koalition unter Franz Vranitzky und Alois Mock war die logische Folge. Als Außenminister bereitete Mock Österreich auf den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vor, die sich anschickte, die Eurosklerose zu überwinden. Maßgeblich hatten dazu die Beschlüsse des Stuttgarter Ratsgipfels im Juni 1983 während der deutschen Präsidentschaft beigetragen. Auf Kohls Vermittlung gelang die grundsätzliche Verständigung über die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal, den Ausbau der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den Bereichen Kultur und Justiz, vor allem bei der Verbrechensbekämpfung, sowie die vermehrte Anwendung von Mehrheitsentscheidungen im Rat.<sup>15</sup> Nach langen Auseinandersetzungen über Thatchers Geldforderungen nach Rückzahlungen von nicht ganz einem Drittel der Leistungen zum EG-Haushalt kam außerdem die Einigung über die Erhöhung der EG-Finanzmittel zustande.<sup>16</sup> Damit waren wichtige Weichen für Vorentscheidungen über die Einheitliche Europäische Akte 1987, Maßnahmen für eine strengere Haushaltsdisziplin und dem Vertrag von Maastricht 1991 getroffen.<sup>17</sup>

In den 1980er Jahren zeichneten sich Mock und Kohl durch ihre Bereitschaft aus, unpopuläre Maßnahmen mitzutragen und den Menschen Einschnitte zuzumuten, um ihre Staaten wirtschaftlich auf die neuen Herausforderungen einer ständig wachsenden Weltwirtschaft vorzubereiten. Gerade bei der Bekämpfung der Verschuldungspolitik und der Sicherung der Arbeitsplätze auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft lagen Kohl und Mock auf einer Linie. Die ÖVP gab sich sogar noch einen Schritt moderner und implementierte Ende 1989 in Josef Rieglers Phase als Parteiohmann das Konzept der „Ökosozialen Marktwirtschaft“, das 1995 Eingang in das Grundsatzprogramm fand und zum zukunftsweisenden Leitmotiv der Partei wurde. Alfred Müller-Armack, der in Deutschland als Vater der Sozialen Marktwirtschaft gilt, hätte sicher seine Freude daran gehabt. Immerhin wies er schon 1960 in seinen Betrachtungen über die neue zweite Stufe der Sozialen Marktwirtschaft auf die Notwendigkeit hin, stärker darauf zu achten, dass Ökonomie und Ökologie in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.<sup>18</sup>

Trotz aller gegenseitigen Wertschätzung zwischen CDU und ÖVP gab es aber auch Reibungspunkte. Mocks großes Anliegen war, die Europäische De-

---

15 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 157.

16 Ebd., S. 282–284.

17 Ebd., S. 159.

18 Alfred Müller-Armack: *Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik*, in: Ders./Fritz W. Meyer (Hg.): *Studien zur Sozialen Marktwirtschaft*. Köln 1960, S. 267–292.

mokratische Union (EDU), den Zusammenschluss der christlich-demokratischen und konservativen Kräfte in Europa weiter voranzutreiben. Er hatte die Gründung 1978 mit betrieben und für enge Abstimmungen der Parteiführer gesorgt; gleichwohl nicht ganz ohne eigene ÖVP-Interessen. Denn als Nichtmitglied der EG war die ÖVP von den politischen Abstimmungsprozessen im Rahmen der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament abgeschnitten. Mock zielte darauf ab, die EDU zum eigentlichen Kern des christdemokratischen Konzerts zu machen, insbesondere nachdem der ÖVP in der EVP-Fraktion ein Beobachterstatus versagt worden war.<sup>19</sup> Kohl begrüßte zwar einerseits die engere Abstimmung der christdemokratischen Parteien in der EDU, sah aber andererseits auch die Gefahr einer Doppelung zur EVP-Fraktion selbst, die unnötige Reibungen produzierte. Wichtiger war ihm, die christlich-demokratischen Kräfte aus den Reihen des Europäischen Rats, des Europäischen Parlaments und Teilen der EG-Kommission an einem Tisch zu versammeln, um das Vorgehen beim europäischen Einigungsprozess aufeinander abzustimmen.<sup>20</sup> Das Problem löste sich erst mit der Aufnahme Österreichs in die EU.

Helmut Kohl war sich sehr wohl bewusst, dass die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze durch Alois Mock und Gyula Horn am 27. Juni 1989 nicht nur ein wichtiger Meilenstein zum Fall der Mauer am 9. November war.<sup>21</sup> Dieser Akt war zugleich Ausdruck Österreichs, eine aktive Rolle in Europa spielen zu wollen.<sup>22</sup> Immerhin waren sich nach zähem Ringen Mock und Vranitzky über den weiteren Weg zum EG-Beitritt Österreichs einig geworden, hatte das Parlament den Beitrittsantrag der Regierung im Juni 1989 gutgeheißen und im Juli offiziell das Beitrittsgesuch gestellt. Dass Otto von Habsburg als Präsident der Paneuropa-Union mit dem Picknick in Sopron das Tor für viele DDR-Bürger zum Westen öffnete, hat Kohl nie vergessen.<sup>23</sup>

Kohl sah in Österreich aus mehreren Gründen einen natürlichen Partner: Für ihn bedeutete der EG-Beitritt Österreichs eine Stärkung des christlich-demokratischen Gedankens durch die ÖVP. Auch war ihm klar, dass die deutsche Sprache eine breitere Unterstützung erfahren würde. Bei der Überwindung der Teilung Europas wurde von ihm immer wieder Österreich genannt, wenn es

---

19 Eichtinger/Wohnout: Alois Mock, S. 145–149, hier S. 147.

20 Zur Rolle dieser Abstimmungen im Vorfeld der Verhandlungen des Maastricht-Vertrages: Karl Magnus Johansson: Another Road to Maastricht: The Christian Democrat Coalition and the Quest for European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (1992) 3, S. 871–893.

21 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 910.

22 Gespräch Kohl–Bush, 30. Mai 1989, in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik*. Hg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann. München 1998, S. 275f.

23 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 915.

um die finanziellen Hilfen für Staaten Osteuropas im Pariser Club ging.<sup>24</sup> Und die deutsch-österreichischen Beziehungen könnten als Vorbilder für künftige Beziehungen zu anderen Nachbarstaaten gelten, gedacht wurde dabei an das deutsch-polnische Verhältnis.

Doch erkannte Kohl auch Gefahrenpunkte. Als er gegen Ende November 1989 auf dem Zukunftsbundesparteitag der ÖVP in Graz sprach, erschien in dieser Woche auf dem Titelblatt von „Profil“ „Der schlafende Riese“ in Gestalt einer überernährten Bundesrepublik, der die Muskeln spannte. Für Kohl war dieses Bild Warnung genug, mit sehr viel Klugheit gegenüber kleineren Nachbarn vorzugehen. Auf jeden Fall wollte er den Eindruck vermeiden, das wiedervereinigte Deutschland werde kleinere Mitgliedstaaten in Europa dominieren.<sup>25</sup>

Bei aller Unterstützung, die Kohl dem Beitritt mit seinem Einfluss im Europäischen Rat und gegenüber der EG-Kommission angedeihen ließ, behielt er stets auch die Probleme Österreichs im Auge, besonders wenn es darum ging, die europäische Integration in Richtung einer Politischen Union weiterzuentwickeln, was unweigerlich Fragen der Sicherheitspolitik tangieren würde.

Die Probleme Österreichs waren ihm offenkundig, weil dann der Neutralitätsstatus nur mit erheblichen Verrenkungen aufrechtzuerhalten wäre. Angesichts der angestrebten neuen außenpolitischen Rolle Österreichs hielt Kohl die Neutralitätserklärung von 1955 für überholt. Sie war aus seiner Sicht damals eine vorübergehend notwendige, aber nicht dauerhafte und keineswegs mehr zeitgemäße Doktrin angesichts der westlichen Orientierung und Weiterentwicklung Österreichs.

Zwar rechnete Kohl bereits 1990 fest mit der Aufnahme Österreichs in die EG, doch war er sich ebenso dem veränderten Kräftegleichgewicht in Europa bewusst. Bei allen Diskussionen um die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands hatte er im Hinterkopf, dass die damals Neutralen künftig – wie er es nannte – „nicht mehr so neutral sein [könnten] wie heute“. Schweden könne gut neutral sein, weil die Nachbarn Norwegen und Dänemark Mitglieder der NATO seien, von Österreich sei erst gar nicht zu reden. Mit der Überwindung des Eisernen Vorhangs würde sich die Statik Europas entscheidend verschieben.<sup>26</sup>

Das traf ebenso für das Binnenverhältnis in einer erweiterten EG zu. Kohl hielt es für durchaus möglich, dass sich Österreich und später Ungarn als kleinere Staaten gegen die Großen in der EG zusammenschließen könnten. Den historischen Grund für eine deutsch-österreichische Interessendivergenz sah Kohl in dem Trianon-Vertrag von 1920. Dieser habe damals zur Verlagerung

24 Gespräch Kohl–Geremek, 7. Juli 1989, in: Deutsche Einheit, S. 343.

25 Kohl: Lageberichte 1989–1998, 27. November 1989, S. 58.

26 Ebd., 11. Juni 1990, S. 145.



der Orientierungsachse Deutschlands in den Osten geführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich die Achse Deutschlands nach Westen verschoben, bedingt durch die rheinische Mentalität, was nicht immer im Interesse Österreichs war.<sup>27</sup>

Im Februar 1990 stimmte Kohl dem Szenario Mitterrands zu, es könne durchaus sein, dass Italien versuchen könnte, einige Länder Mitteleuropas um sich zu scharen und eine Föderation mit Jugoslawien, Österreich und Ungarn eingehen wolle. Dies wäre ein gefährlicher Weg.<sup>28</sup> Kohl und Mitterrand waren sich also keineswegs sicher, ob Österreich den deutsch-französischen Motor ohne Weiteres akzeptieren werde. Wiederum wäre Österreich ohne die Unterstützung dieses Tandems nie Mitglied der EG geworden.

Auf der Grundlage des Vertrags von Maastricht vom Februar 1992 sollten – so hatten es die Staats- und Regierungschefs auf ihren Gipfeltreffen im Dezember 1992 in Edinburgh vereinbart – Anfang 1993 die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland aufgenommen werden, von März 1993 an dann auch mit Norwegen.<sup>29</sup> Die von Mock und Vranitzky erfolgreich geführten Beitrittsverhandlungen gipfelten im Juni 1994 bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt in einer großen Zweidrittelmehrheit für den Beitritt Österreichs. Zwar erfüllten sich die Erwartungen der ÖVP nicht, als die erfolgreiche Europapartei bei den Nationalratswahlen im Oktober 1994 mehr Stimmen als die SPÖ für sich zu verbuchen. Doch waren die acht Mandatsverluste bei 27,7 Prozent vor allem auf die Gewinne der FPÖ unter Führung von Jörg Haider zurückzuführen, die 22,5 Prozent erreichte. Begleitet von Diskussionen über den Parteiobmann Erhard Busek schadete sich die ÖVP in dieser Phase auch selbst und kam erst wieder mit der Wahl von Wolfgang Schüssel in ruhigeres Fahrwasser.

Helmut Kohl forcierte den Beitritt nicht nur aus seiner austrophilen Haltung, sondern vor allem auch, weil er im Herbst 1994 selbst vor Bundestagswahlen stand und dort den Integrationsfortschritt als Erfolg seiner Europapolitik darstellen wollte. Gleichwohl besaß er ein sicheres Gespür dafür, die Menschen aus dem Nachbarland nicht zu überfordern. Charakteristisch dafür war seine Einlassung im Oktober 1992 vor dem CDU-Bundesparteivorstand, als er den „Idiotenkrieg“ im südbayerischen Raum anprangerte, „weil irgendein Narr auf den Gedanken“ kam, Marillenmarmelade in der EU künftig „Aprikosenmarmelade“ zu nennen. Kohl wörtlich: „Für einen, der aus Wien kommt und seit Königgrätz eine bestimmte Haltung zu Deutschland hat, heißt das, daß ihm die Piefkes jetzt auch noch die Sprache rauben wollen. Das alles ist so unsinnig

27 Gespräch Kohl mit dem israelischen Außenminister Arens, 15. Februar 1990, in: Deutsche Einheit, S. 842.

28 Gespräch Kohl–Mitterrand, 15. Februar 1990, ebd., S. 849.

29 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 521.

wie ein Kropf.“ Er forderte eine Regelung, „diesen Unsinn national“ zu „kapfen“, denn in vielen Fällen würden solche Forderungen „über Interessenvertretungen ins Europäische Parlament gehievt“. Man müsse den Leuten deutlich machen, dass genau dies nicht beabsichtigt sei. Subsidiarität heiße, auf der Ebene zu entscheiden, die dazu am besten qualifiziert sei.<sup>30</sup> Kohl dachte also in nationalen und europäischen Angelegenheiten viel praktischer als manche ihm das zugetraut hätten.

Wie gut Kohl über die jeweilige politische Lage in Österreich bis in Details hinein informiert war, lässt sich an einem anderen Beispiel belegen. Nach den Landtagswahlen im März 1994 gab er eine dezidierte Lageeinschätzung aus der Perspektive der Schwesterpartei ÖVP ab. Die pauschale Polemik Haider habe nicht „getragen“. Angesichts der Ergebnisse könne „keine Rede davon sein, dass der EG-Beitritt den Parteien der großen Koalition in Wien einen Rückschlag gebracht“ habe. Kohl führte aus: „Die SPÖ hat in Kärnten 8 Prozent verloren. Die FPÖ hat 5 Prozent gewonnen. Die ÖVP hat fast 3 Prozent gewonnen, das ist der Landeshauptmann, der zwar tüchtig, aber einsam an der Front kämpft“ – gemeint war Christof Zernatto. Kohl weiter: „Ob Haider dort Landeshauptmann wird, ist noch die Frage, weil die anderen allemal mehr Stimmen haben. Das ist aber auch ein Sonderfall. Wenn Sie dann Tirol nehmen, hat sich dort die ÖVP mit 45,9 Prozent gehalten und nur knapp zwei Prozent verloren, das heißt, sie hat mit 19 Mandaten die absolute Mehrheit. Der große Einbruch der Grünen, der erwartet wurde, ist nicht erfolgt. Die Grünen haben eine Zunahme von zwei Prozent, die SPÖ hat einen Verlust von 2,9 Prozent, und die FPÖ hat 0,4 Prozent plus. Man kann also nicht sagen, dass Tirol gegen den Beitritt abgestimmt hat. In Salzburg gibt es eine Sondersituation wegen der grün-konservativen Bürgerpartei, die man nicht mit unseren Grünen vergleichen kann. Da steckt nach unseren Verhältnissen eine Situation der Freien Listen drin, auch kulturell. Dort hat die ÖVP 38,6 Prozent und damit fünf Punkte verloren, die SPÖ hat 27,1 Prozent und vier Punkte verloren, die FPÖ hat drei Prozent gewonnen – angesichts der Kampagne ist das auch nicht die Welt –, und dann ist diese Freie Liste, in denen aber Grüne stecken, mit 7,2 Prozent. Das heißt, alle drei Landeshauptleute werden im Amt bleiben. Von einem dramatischen Erdrutschergebnis gegen den Beitritt zur EG kann gar keine Rede sein. Ich halte das im Blick auf unsere Bemühungen in Sachen Beitritt für sehr wichtig.“<sup>31</sup>

Der Beitritt Österreichs zur EU<sup>32</sup> hatte für Kohl nicht nur Bedeutung für das europäische Kräfteparallelogramm. Hoherfreut sah er die ÖVP vor den Nationalratswahlen im Dezember 1995 allmählich wieder im Aufwind. Mit Wolf-

30 Kohl: Lageberichte 1989–1998, 5. Oktober 1992, S. 390.

31 Ebd., 14. März 1994, S. 560.

32 Eichtinger/Wohnout: Alois Mock, S. 253–262.

gang Schlüssel sei „die große Gefahr, daß Haider die Nummer zwei wird und die Volkspartei abrutscht“, gebannt. Die Partei, so Kohl vor dem CDU-Bundesvorstand weiter, habe „enorm an Selbstbewußtsein gewonnen. Für uns hätte das den Vorteil, daß eine Verstärkung der Volksparteiposition in Österreich insgesamt eine Verstärkung unserer Position in der Europäischen Union bedeutet, zumal sich – ich will das bei dieser Gelegenheit sagen – mit dem Beitritt der nordischen Länder die parteipolitische Struktur in der EU verändert hat. Wir haben jetzt zum ersten Mal viel schärfer konturierte parteipolitische Akzente in der Führung der Europäischen Union als früher. Das ist kein Zufall. Das ist nicht zuletzt durch die Schweden und die Österreicher mit hineingebracht worden.“<sup>33</sup>

Es wäre jedoch falsch, daraus den Schluss zu ziehen, Kohl sei aufgrund seiner Sympathie für Österreich dem Land gegenüber unkritisch gewesen oder hätte nicht unterschiedliche Interessen gesehen. Große Koalitionen von Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten waren ihm im Innersten ein Graus. Jene Gruppen in der deutschen Gesellschaft – in der Wirtschaft wie bei den Gewerkschaften –, die danach trachteten, auf diesem Wege Probleme besser lösen zu können, bescheinigte er, unter dem „Österreich-Syndrom“ zu leiden.<sup>34</sup> Kohl war ein Anhänger klarer Abgrenzung, die das Profil der Christlichen Demokraten schärfte und nicht in einem Dschungel von Kompromissen die Abgrenzungen verwischte. Das ist kein Widerspruch zu seinem Regierungsstil, der stets von dem Bemühen geprägt war, mit dem Koalitionspartner im Vorfeld politischer Entscheidungen Konsens herzustellen.

Dass Kohl dabei oft mit den deutschen Medien im Clinch lag, ist bekannt. Doch blieben auch die österreichischen Medien nicht von seiner Abneigung verschont. Als der ORF Ende August 1995 Bilder von den „Chaos-Tagen“ in Hannover zeigte, wo sich angereiste Punks Straßenschlachten mit der Polizei lieferten, war das für Kohl „eine totale Katastrophe für die Reputation“ Deutschlands. Er „habe zufällig im Urlaub die hinterfotzige Berichterstattung des ORF in dieser Sache beobachten können, mit ihrem ganzen Wiener antideutschen Komplex“, berichtete Kohl dem CDU-Bundesvorstand. „Einem normalen Menschen wie dem Postenkommandanten von St. Gilgen, der gerade bei mir war und sich das mit angesehen hat, kann man nicht erklären, daß man solche Bilder zeigt.“<sup>35</sup>

Das Bild Deutschlands in Österreich war ihm auch deshalb wichtig, weil er in seinen europäischen Überlegungen immer auf die Unterstützung Österreichs baute – so zum Beispiel bei den Verhandlungen über die Fortführung der bis Ende 1999 auslaufenden Regelung der EU-Finanzausstattung, den Verhand-

33 Kohl: Lageberichte 1989–1998, 4. Dezember 1995, S. 710.

34 Ebd., 30. August 1993, S. 486.

35 Ebd., 28. August 1995, S. 695.

lungen im Rahmen von GATT und WTO, wo es ab 1999 um weltweite Liberalisierung ging, oder bei Beratungen über Fonds und Vorschläge in den Bereichen Struktur- und Agrarpolitik. Denn in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 hatte Österreich erstmals die EU-Präsidentschaft inne. Daher war es in Kohls Interesse, dass diese Fragen nach Möglichkeiten rechtzeitig zum Abschluss kommen würden. Andernfalls müssten sie in der ersten Hälfte des Jahres 1999 – während der deutschen Präsidentschaft – zu Ende gebracht werden.<sup>36</sup> Vielleicht war es Ironie der Geschichte, dass die Ära Kohl ausgerechnet unter österreichischer Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 zu Ende ging und der deutsche Bundeskanzler auf dem Ratsgipfel in Wien nach Jean Monnet zum zweiten Ehrenbürger Europas ernannt wurde.

### *Kohls europapolitische Vorstellungen*

Was die europapolitischen Vorstellungen und Ziele Helmut Kohls anbelangt, so ließ er sich im Wesentlichen von vier Grundüberzeugungen leiten: (1) Durch Integration Frieden und Wohlstand aller in Europa sichern, das entsprach seit Adenauers Tagen den europapolitischen Grundvorstellungen eines jeden guten Christdemokraten. (2) Die Fortentwicklung der europäischen Integration mit dem Ziel einer politischen Einigung, dessen eigentlicher Motor die Deutschen gemeinsam mit den Franzosen sein würden, und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, ein starkes atlantisches Bündnis, waren die zentralen Bezugspunkte seines Handelns. (3) Europäische Einigung bedeutete für Kohl zuvörderst, den Frieden in Freiheit zu sichern und die freiheitliche und demokratische Ordnung zu gewährleisten. Die Organisation der europäischen Zusammenarbeit konnte aber auf dieser Grundlage seines Erachtens nur gelingen, wenn die politische Union verwirklicht würde.<sup>37</sup> (4) Dabei kam es ihm darauf an, die kulturelle Dimension des Einigungsprozesses nicht aus den Augen zu verlieren. Denn die gemeinsame Kultur war und ist für ihn das stärkste Band, das die Europäer eint. Gerade die Mittel- und Osteuropäer hätten dieses Zusammengehörigkeitsgefühl für die kulturelle Einheit Europas unter Beweis gestellt.<sup>38</sup>

Kohl hatte bei allen integrationspolitischen Entscheidungen vier Rahmenbedingungen zu gewärtigen. Zum einen musste bis 1989/90 jeder engere Zusammenschluss Westeuropas mehr oder weniger unter dem Diktum des Ost-West-Konflikts gesehen werden, der vier Jahrzehnte half, die Westeuropäer

36 Ebd., 9. Februar 1998, S. 969f.

37 Regierungserklärung Kohl, 4. Mai 1983, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 124, S. 56–74, insbes. S. 67–69.

38 Rede Kohl anlässlich der Verleihung des Europapreises für Staatskunst der Stiftung F.V.S. in Straßburg, 12. Dezember 1991, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 137, 3. Dezember 1991, S. 1115–1117.

zusammenzuschweißen. In den Erfolgen der europäischen Einigung lag für den Kanzler eine der tieferen Ursachen für die Umwälzungen in Osteuropa. Dabei spielten die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und die Stationierung der Pershing-IIa-Raketen in den ersten Regierungsjahren eine entscheidende Rolle.<sup>39</sup> Zudem hatten alle Integrationsschritte deutschlandpolitisch kompatibel zu sein. Denn solange die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands Ziel bundesdeutscher Politik war und eine Wiedervereinigung für Kohl stets nur unter dem Vorzeichen der Westbindung eine reale Option darstellte, musste die Tür offen bleiben, die DDR eines Tages in die Europäischen Gemeinschaften aufzunehmen. Für ihn gab es langfristig in der Entwicklung der deutschen Frage kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch – sowohl das Streben der Deutschen nach der Einheit als auch ihre Integration in die EG.<sup>40</sup> Die ziemlich lautlos verlaufende Einbettung der DDR in die EU hatte der Kanzler nicht zuletzt dem engen Zusammenwirken mit Jacques Delors zu verdanken.

Zu keinem Zeitpunkt seiner Amtszeit wollte Kohl die europäische Statik ins Wanken bringen.<sup>41</sup> Er war kein Revolutionär, weder in der Integrations- noch in der Deutschlandpolitik. Er setzte auf sukzessive Veränderungen, hoffte auf evolutionäre Prozesse, in denen sich die Menschen Schritt für Schritt auf neue Gegebenheiten einstellen können. Kohl strebte – vergleichbar mit dem deutschlandpolitischen Postulat – in Westeuropa einen Zustand des Friedens an, in dem die europäischen Völker in freier Selbstbestimmung und auf der Basis der Prosperität eine Einheit erlangen und sich gegenüber den anderen Zentren der Welt behaupten können. Die Überwindung der Teilung Deutschlands müsste einhergehen mit der Überwindung der Teilung Europas im Rahmen einer stabilen Friedensordnung.<sup>42</sup> In der Attraktivität des EG-Modells für die Staaten Ostmitteleuropas, die nach 1990 schon bald als Beitrittskandidaten auftraten, sah Kohl eine Herausforderung, aber auch Verpflichtung zur Hilfe beim Aufbau moderner freier westlicher demokratischer Staaten. Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei waren für Kohl unverzichtbarer Bestandteil des neuen Europas.

Hinzu kam ein geostrategisches Moment. Seiner Ansicht nach würde die Entwicklung des europäischen Kontinents künftig nicht mehr von der Kriegskunst, sondern von der Technologie bestimmt werden. Insbesondere bewegte ihn die Vorstellung, dass gemeinsame Wirtschaftsinteressen und Technologieentwicklungen Kriege unwahrscheinlicher machen. Deshalb müsse ihre Frieden stiftende Wirkung unterstützt werden. Um die Jahrtausendwende, so mein-

39 Gespräch Kohl–Roh Tae Woo, 21. November 1989, in: Deutsche Einheit, S. 561–563.

40 Gespräch Kohl–Delors, Bonn, 5. Oktober 1989, ebd., S. 443–447.

41 Gespräch Kohl–Gorbatschow, Bonn, 12. Juni 1989, ebd., S. 276–287.

42 Dazu Vorlage Teltschik (Bitterlich) an Kohl, 17. November 1989, ebd., S. 541–546.

te er 1989, würde es drei regionale Schwerpunkte geben: Japan, Korea und Südostasien, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada sowie Europa. Europa brauchte keine Angst vor der technologischen Herausforderung zu haben, wenn es sich weiter integrieren würde.<sup>43</sup>

Die Überwindung der Teilung Deutschlands sollte mit der Überwindung der Teilung Europas im Rahmen einer stabilen Friedensordnung einhergehen. Dazu galt es, die drei Ziele – europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Politische Union und Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa – in Einklang zu bringen.

Wie sah Kohls Vision von Europa aus? Die Verwirklichung der Einigung Europas bemaß sich seines Erachtens „nicht nach Monaten und Jahren und nicht allein nach Konferenzen und Beschlüssen“, sondern „in historischen Zeiträumen“, in denen auch Adenauer stets dachte und argumentierte. Dabei erinnerte er gerne an Adenauers Wort: „Europa, das ist wie ein Baum, der wächst, aber nicht konstruiert werden kann.“<sup>44</sup>

„Die Frage des Baus des europäischen Hauses unter irreversibler Einbindung des mit Abstand stärksten Landes, Deutschland“, war für ihn „die Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Wir können noch so viele Fortschritte in Technologien und Zukunftsinvestition machen, wenn wir den Frieden und die Freiheit nicht garantieren, werden wir scheitern.“<sup>45</sup>

Kohl wollte mit Mitterrand den Kern einer Europäischen Union aufbauen. Eine Union, die sich nicht nur als Gemeinsamer Markt begreift, sondern als Gemeinschaft von Werten einer freiheitlichen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie. Sein langfristiges Ziel war zweifelsohne die Vereinigten Staaten von Europa. Ob sie strikt bundesstaatlich ausgeformt sein sollten, oder ob er vielleicht doch temporär oder auf Dauer zu Kompromissen bereit gewesen wäre, um das Erreichte nicht zu verspielen, was am Ende aber mehr zu einer dem Staatenbund ähnlichen Konstruktion führen würde, bleibt dahingestellt.

Bekanntlich intendierte das Bundeskanzleramt in Bonn im September/Okttober 1989, ein Junktim zwischen dem Einstieg in die Übergangsphase zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf der Basis des verabschiedeten Delors-Plans und dem Einstieg in eine grundlegende Diskussion über die Politische Union herzustellen. Ein Konzept, das nach dem Mauerfall und Kohls Zehn-Punkte-Plan nicht mehr durchzuhalten war, weil sich fortan die Diskussion vornehmlich um die Frage drehte, zu welchen Konditionen die DDR den Europäischen Gemeinschaften eingegliedert werden könnte und wie die

---

43 Gespräch Kohl-Mitglieder Rüstungskontroll-Beobachtergruppe des amerikanischen Senats, Bonn, 1. Dezember 1989, ebd., S. 586–590. Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 155.

44 Interview Adenauers mit Jean Botrot, 24. November 1960, in: *Adenauer Teegespräche 1959–1961* (Adenauer Rhöndorfer Ausgabe). Hg. von Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters. Berlin 1988, S. 387–391, hier S. 387.

45 Kohl: *Lageberichte 1989–1998*, 3./4. Februar 1995, S. 647.

D-Mark in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingebunden würde. Jedenfalls schien ihm 1990 noch nicht die Stunde gekommen zu sein, schnurstracks einen europäischen Bundesstaat anzupeilen.<sup>46</sup>

Zunächst plädierte er für die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips, das im Verhältnis zu den Bundesländern und zur Verdeutlichung des föderalen Ansatzes ein Kernelement darstellte, neben der Verankerung von Grundrechten und grundsätzlicher Äußerungen zum Selbstverständnis der Gemeinschaft und ihres Verhältnisses zu anderen europäischen Institutionen wie beispielsweise die KSZE und Eureka. Was das Europäische Parlament anbelangte, so war für Kohl eine Wahlrechtsreform zur Einführung eines einheitlichen Wahlverfahrens in allen Mitgliedstaaten weniger wichtig als die neue Festlegung der Abgeordnetenzahl pro Mitgliedstaat, bei der zum Schutz kleinerer Staaten durch Einführung eines „Sockels“ auf der Grundlage eines gleichen Wahlrechts für alle Stimmberechtigten nach Einwohnerzahl eine größere Anzahl deutscher Abgeordneter herauskäme. Aber auch da neigte Kohl zur Kompromissbereitschaft, da die Deutschen nach der Wiedervereinigung künftig sowieso ein Übergewicht haben würden, das nicht noch mehr ins Gewicht fallen sollte.

Die Schaffung einer Zweiten Kammer, von Frankreich, teils von Großbritannien und einigen Bundesländern wie Bayern befürwortet, empfand der Kanzler nicht als dringend zu lösendes Problem. Kohl plädierte statt dessen dafür, die Sachkompetenzen des Europäischen Parlaments zu verbessern, etwa durch dessen Bestätigung des Kommissionspräsidenten und der Kommissionsmitglieder, ein Misstrauensvotum gegen die Kommission mit Zweidrittelmehrheit, die Kodifizierung des Untersuchungs- und Petitionsrechts oder des Rechts, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, wozu ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein sollte. Skeptischer war er in Bezug auf das Initiativ- und Gesetzgebungsrecht des Parlaments, das zumindest eines Vermittlungsverfahrens bedürfte. Zwar hatte er gegen eine Ausdehnung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments nichts einzuwenden, doch war ihm sehr wichtig, dass Parlament und Kommission dieses Recht zunächst gemeinsam ausüben und ausgestalten. Bei der Frage der allmählichen politischen „Ausschaltung“ der Macht des Rates, was letztlich die Anerkennung des klassischen Parlamentarismus bedeuten würde, hielt er sich zurück.

Die Schwerpunkte institutioneller Reformvorstellungen des Kanzlers lagen also vornehmlich bei der Stärkung einiger Rechte des Parlaments und der Kommission, die er pragmatisch – je nachdem, was politisch durchsetzbar war – realisieren wollte. Der große Wurf einer Politischen Union war damit jeden-

---

46 Joachim Bitterlich: Frankreichs (und Europas) Weg nach Maastricht im Jahr der Deutschen Einheit, in: Werner Rouget: Schwierige Nachbarschaft am Rhein. Frankreich-Deutschland. Hg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld. Bonn 1998, S. 112–123, hier S. 115.

falls nicht auf Antrieb zu verwirklichen. Dafür blieben seine Vorstellungen bei der Lösung konkreter Probleme zu weit hinter den Erfordernissen zurück. Er verhielt sich pragmatisch, strebte zunächst das vermeintlich Realisierbare an, ohne das langfristige Ziel aus den Augen zu verlieren.

### *Fazit*

Helmut Kohl ist aus persönlichen Erfahrungen und politisch sehr austrophil eingestellt. Die österreichischen Christlichen Demokraten hat er stets als Bündnispartner im Prozess der europäischen Einigung angesehen. Daher war für ihn die Unterstützung des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union ein Akt der Selbstverständlichkeit, durch den auch die christlich-demokratischen Werte gestärkt wurden. Trotz vielfältiger gemeinsamer Bemühungen mit ÖVP-Politikern, die jeweiligen Parteien zu modernisieren und auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen, stimmte er nicht dem spezifisch österreichischen Kurs zu, in großen Koalitionen einen nationalen Konsens mit den Sozialdemokraten zu betreiben. Kohl wollte Österreich auch nicht im Konzert der Großen in der EU dadurch überfordern, dass den kleineren EU-Ländern zu wenig Mitsprache eingeräumt würde. Vielmehr drängte er hier auf angemessene Berücksichtigung, zumal er sich Österreich mit seiner Wirtschaftskraft am Aufbau der ostmitteleuropäischen Länder beteiligen sollte.

Kohls europa- und integrationspolitische Strategie hat sich durch die Wiedervereinigung Deutschlands und den Zusammenbruch der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa 1989/90 nicht grundlegend geändert, er passte sie lediglich den neuen Realitäten an. Zu den unveränderten Paradigmen gehörte das Streben nach vertiefter Integration mit dem Ziel, eine Politische Union zu schaffen, und zwar mittels enger deutsch-französischer Kooperation die europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen, noch nicht oder wenig integrierte Politikbereiche wie die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Innen- und Rechtspolitik auszubauen und sukzessive institutionelle Reformen einzuleiten, die allmählich zu Kompetenzerweiterungen der EG- resp. EU-Organen führen.

Unverändert blieb auch sein Ziel, die Europäischen Gemeinschaften nicht auf Westeuropa zu beschränken, sondern den mittel- und osteuropäischen Staaten ebenso wie den skandinavischen Staaten den Beitritt zu ermöglichen. Ebenso wenig änderten sich die Motivation, die Staaten Europas durch Wirtschafts- und Technologiekooperation zu befrieden und sie zugleich in der zunehmend internationalen Arbeitsteilung ihre Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuhalten und damit Prosperität in Zukunft zu sichern.

Seine Strategie schlug fehl, mit Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion das Junktim des Einstiegs in die Diskussion über die grundsätzliche Ausrichtung einer Politischen Union zu verbinden. Die politi-



sche Vertiefung der Integration gelang nur wirtschafts- und währungspolitisch und war wegen der Erweiterung, gerade auch so ökonomisch potenter Staaten wie Österreich, Finnland und Schweden, nicht durchsetzbar. Weder politisch noch ökonomisch konnte der Beitritt so wichtiger Staaten wie Österreich und der übrigen Staaten Ostmitteleuropas auf die lange Bank geschoben werden. Das geschah in den 1990er Jahren im Wesentlichen zu Lasten eingehender Diskussionen über die politische Finalität des europäischen Integrationsprozesses. Die Reformen des Maastricht-Vertrages waren dabei die Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Kopenhagener Kriterien und der Amsterdamer Vertrag ein Schritt zur Konsolidierung der EU-Staaten vor Beginn der anstehenden Beitrittsverhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Staaten.

# Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler im Streit der Meinungen\*

Ulrich von Hehl

Carl Friedrich Goerdeler ist als führender Kopf des politisch-militärischen Widerstandes gegen Hitler in der historischen Erinnerung ungleich präsenter denn als Oberbürgermeister von Leipzig. Das überrascht nicht. Akteure und Geschehnisse auf nationaler Ebene, namentlich wenn sie, wie im Falle des 20. Juli 1944, mit einem Ereignis von großer symbolhafter Nachwirkung verbunden sind, pflegen allemal leichter die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, als eine noch so verdienstvolle kommunalpolitische Tätigkeit, selbst wenn sie im Falle Goerdelers, der seit 1930 in Leipzig amtierte, Ende 1936 mit einem spektakulären Rücktritt beendet wurde.<sup>1</sup>

Hinweise auf Goerdelers dezidiert nichtnationalsozialistische Einstellung finden sich früh, so 1933 seine Weigerung, die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus hissen zu lassen<sup>2</sup> oder, trotz ausdrücklicher Aufforderung, der NSDAP beizutreten.<sup>3</sup> Im Folgejahr fiel sein Grußwort zum 525. Gründungsjubiläum

---

\* Leicht erweiterter und mit Anmerkungen versehener Text meiner Abschiedsvorlesung vom 31. Januar 2013 an der Universität Leipzig. Die Vortragsform blieb gewahrt.

1 Über Goerdeler informieren zahlreiche biographische Abrisse, die hier nicht einzeln aufgeführt werden können. An größeren Darstellungen vgl. vor allem Gerhard Ritters frühe, nach wie vor unentbehrliche Monographie „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“. Stuttgart 1954; Marianne Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler. Mut zum Widerstand. Eine Tochter erinnert sich. Durchgesehene und erweiterte Neuauflage Leipzig 1998 (Erstausgabe Freiburg/Breisgau 1989). Die Leipziger Jahre sind behandelt bei Ines Reich: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat. Köln u. a. 1998. Zu den Umständen des Rücktritts vgl. Dies.: In Stein und Bronze. Zur Geschichte des Leipziger Mendelssohn-Denkmal 1868–1936, in: Felix Mendelssohn – Mitwelt und Nachwelt. Bericht zum 1. Leipziger Mendelssohn-Kolloquium am 8. und 9. Juni 1993. Hg. vom Gewandhaus zu Leipzig. Wiesbaden u. a. 1996, S. 31–53; Hans-Ulrich-Thamer: Nationalsozialistischer Bildersturm in Leipzig. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler und die nationalsozialistische Judenpolitik, ebd., S. 54–59; Marianne Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler und das Mendelssohn-Denkmal, ebd., S. 60–63; Gesine Adler: Das Leipziger Mendelssohn-Denkmal (1892–1936), in: Thomas Schinköth (Hg.): Musikstadt Leipzig im NS-Staat. Beiträge zu einem verdrängten Thema. Altenburg 1997, S. 395–404; Yvonne Wasserloos: *Damnatio memoriae*. Die städtische Kulturpolitik und die Demontage des Mendelssohn-Denkmal in Leipzig, in: Sabine Mecking/Andreas Wirsching (Hg.): Stadtverwaltung (im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft (Forschungen zur Regionalgeschichte 53). Paderborn u. a. 2005, S. 139–179. – Für eine Beschäftigung mit Goerdeler jetzt grundlegend: Sabine Gillmann/Hans Mommsen (Hg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. 2 Bde. München 2003.

2 Zum „Flaggenkonflikt“ Reich: Carl Friedrich Goerdeler, S. 110–119.

3 Vgl. hierzu Goerdelers in der Haft verfassten Rechenschaftsbericht „Unsere Idee“, November 1944, in: Bundesarchiv (BArch) N 1113/73, Bl. 110f.; zum Vorgang selbst auch Lammerans an Heß und Löser, 4. Oktober 1933, in: BArch R 43/4015, Bl. 122 und Rückseite.

der Universität Leipzig durch den völligen Verzicht auf die inzwischen üblich gewordenen Konzessionen an den braunen Zeitgeist auf,<sup>4</sup> und noch im Sommer 1936 verweigerte er städtische Gelder für den Ankauf von Hitlers „Mein Kampf“, um Eheschließenden bei der standesamtlichen Trauung ein Exemplar überreichen zu können.<sup>5</sup> Seit dem Frühjahr 1936 wird überdies eine wachsende Amtsmüdigkeit erkennbar, da er die gemeindliche Selbstverwaltung spätestens seit Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung 1935 durch staatliche Aufsicht wie parteiliche Einmischung immer stärker eingeschränkt sah.<sup>6</sup> Es bedurfte daher nur noch eines entsprechenden Anlasses, um aus der Rücktrittsabsicht einen Entschluss werden zu lassen. Als einen solchen denkbaren Anlass hatte er schon „im Spätfrühjahr 1936“ einem amerikanischen Besucher gegenüber die von der SA geforderte Demontage des Denkmals für Mendelssohn bezeichnet.<sup>7</sup> In der Tat löste der in seiner Abwesenheit verfügte Abriss des Mendelssohn-Denkmals, den er als „Kulturschandtat“<sup>8</sup>, freilich auch als eine Demontage seiner Amtsautorität empfand, seinen Rücktritt aus. Spätestens mit dieser Demission wurde seine wachsende Distanzierung vom NS-Regime auch öffentlich sichtbar, die dann auf mancherlei Umwegen, aber doch insgesamt mit großer Konsequenz in den Widerstand führte.

Nachdem Bemühungen um eine angemessene Anstellung in der Privatwirtschaft am Veto Hitlers gescheitert waren, suchte Goerdeler mit zahlreichen Denkschriften zu wirtschafts- und finanz-, außen- und innenpolitischen Fragen, aber auch zu Problemen der Außenhandelsbeziehungen und der Devisenbewirtschaftung auf die Politik des Regimes Einfluss zu nehmen. Auf zahlreichen Auslandsreisen warnte er in den Jahren 1937–1939 seine Gesprächspartner ebenso unermüdlich wie vergeblich vor Hitlers auf einen Krieg zielenden Politik.<sup>9</sup> Da er sich, hier wie dort, das Scheitern seiner Bemühungen eingestehen

4 Vgl. Hartmut Schmidt: Die Sprache des Regimes und die Sprache der Bürger. Carl Goerdeler und andere zum Leipziger Universitätsjubiläum 1934, in: Elisabeth Berner u. a. (Hg.): Ein groß und nahhaft haffen. Festschrift für Joachim Gessinger. Potsdam 2005, S. 65–76. Text von Goerdelers Ansprache auch in S. Gillmann/H. Mommsen (Hg.): Politische Schriften und Briefe. Bd. 1, S. 84–86.

5 Der meines Wissens in den Leipziger städtischen Akten nicht überlieferte Vorgang bei Othmar Plöckinger: Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922–1945. München 2006, S. 435 mit Anm. 194.

6 Vgl. hierzu Reich: Carl Friedrich Goerdeler, S. 235–243.

7 Vgl. Harold C. Deutsch: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940. München 1969, S. 9f.

8 Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler, S. 144.

9 Vgl. hierzu auch die einleitenden Bemerkungen Sabine Gillmanns im Findbuch „Nachlaß Carl Goerdeler“, Bestand N 1113, im Bundesarchiv Koblenz, S. VII–XIX, hier S. XI f. Eine breite Auswahl der Denkschriften und Reiseberichte findet sich in den in Anm. 1 angeführten Politischen Schriften und Briefen Goerdelers. Vgl. hierzu auch A. P. Young: Die X-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/1939. München u. a. 1989. Zu ersten Auswertungen vgl. jetzt Sabine Gillmann: Die

musste, war er von Beginn des Krieges bis zu seiner Verhaftung im Sommer 1944 unablässig darum bemüht, Planungen für ein Deutschland nach Hitler anzustellen, die Basis der Regimegegner zu erweitern und die Militärs zum Handeln zu drängen. So wurde er zum „Mittelpunkt der zivilen Opposition“<sup>10</sup>, war aber wegen seiner Geradheit, seines unverwüstlichen Optimismus, vor allem aber wegen seiner Unvorsichtigkeit bei vielen seiner Kontaktpersonen gefürchtet, so dass beispielsweise Konrad Adenauer, der den Erfolg eines Umsturzes ohnehin bezweifelte, ein Treffen mit Goerdeler strikt ablehnte.<sup>11</sup> Dieser selbst stand einem Attentat auf Hitler aus religiös-ethischen Gründen reserviert gegenüber. Wäre es gelungen, hätte er sich gleichwohl für die Übernahme der Reichskanzlerschaft bereitgehalten. Die von ihm bearbeiteten „Grundsätze und Ziele der [neuen] Reichsregierung“ haben, wenn mir diese persönliche Bemerkung gestattet ist, schon in der Obersekunda 1964 mein Bild vom deutschen Widerstand maßgeblich bestimmt.<sup>12</sup> Seit dem 19. Juli auf der Flucht, wurde Goerdeler denunziert, verhaftet und am 8. September 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Das Kammerbuch der Justizvollzugsanstalt Plötzensee ist kürzlich in den Besitz des Hauses der Geschichte gelangt. Es enthält den Eintrag, mit dem Goerdeler unmittelbar vor seiner Hinrichtung am 2. Februar 1945 die Abgabe seiner persönlichen Utensilien quittierte.<sup>13</sup>

\*

---

Europa-pläne Carl Goerdelers. Neuordnungsvorstellungen im nationalkonservativen Widerstand zwischen territorialer Revision und europäischer Integration, in: Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960. Göttingen 2002, S. 77–98; Parissa Chokrai: Carl Goerdelers außenpolitische Vorstellungen im Spiegel seiner Reiseberichte 1937 bis 1939. Unveröffentlichte Masterarbeit Leipzig 2003; Friedrich Tomberg: Weltordnungsvisionen im deutschen Widerstand. Kreisauer Kreis mit Moltke, Goerdeler-Gruppe, Honoratioren. Stauffenbergs weltanschauliche Motivation. Berlin 2005; Katja Schößler: Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die europäische Einigung: Vergleichende Analyse der Pläne Ulrich von Hassells, Carl Goerdelers und des Kreisauer Kreises, in: Werner K. Blessing u. a. (Hg.): Region–Nation–Vision. Festschrift für Karl Möckl zum 65. Geburtstag. Bamberg 2005, S. 243–258.

- 10 So Hans Mommsen: Carl Friedrich Goerdeler im Widerstand gegen Hitler, in: Politische Schriften und Briefe. Bd. 1, S. XXXVII–LXV, Zitat S. LI.
- 11 Vgl. Rudolf Morsey: Adenauer und der Nationalsozialismus. Wiederabdruck in: Ders.: Von Windthorst bis Adenauer, Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 1997, S. 620–685, hier S. 677f.; ferner Hans Peter Mensing (Bearb.): Adenauer im Dritten Reich. Berlin 1991, S. 384, 395, 410 und 452.
- 12 Vgl. den Abdruck bei Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Frankfurt/Main 1961 (Erstdruck Zürich 1946), S. 118–125; Ulrich von Hehl: In memoriam Helmuth von Moltke, in: Kontakte. Zeitschrift der Schulgemeinde des Gymnasiums am Moltkeplatz Krefeld. 7 (Februar 1965) 16, S. 2–5. Der Text der „Grundsätze und Ziele der Reichsregierung“ jetzt bequem zugänglich in den Politischen Schriften und Briefen. Bd. 2, S. 1024–1032.
- 13 Vgl. Dietmar Preißler/Monika Röther: Die Magie der Dinge. Aussagekräftige Zeugen der Vergangenheit, in: Museumsmagazin 3 (2012), S. 7–9.

Goerdeler hat früh die Aufmerksamkeit der westdeutschen Forschung gefunden. Gerhard Ritters 1954 erschienene monographische Studie „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“ konnte nicht nur den überraschend reichhaltigen Nachlass und die ergiebigen Vernehmungprotokolle der Gestapo ausschöpfen, sondern auch von der Zeitzeugenschaft Ritters profitieren. Von gleicher altpreußisch-konservativer Grundauffassung wie Goerdeler, war er diesem seit 1941/42 im Widerstand verbunden gewesen und, gleichfalls verhaftet, ihm am 8. Januar 1945 auch in „lange[r] Vernehmung gegenübergestellt“ worden.<sup>14</sup> Ritter räumt denn auch freimütig ein, mit „Herzblut“ und „freundschaftliche[r] Empfindung für die Persönlichkeit [seines] Helden“ geurteilt zu haben, nimmt aber gleichwohl „strenge Objektivität“ für sich in Anspruch.<sup>15</sup>

Ritter hat mit seiner Grundthese, dass moralische Empörung den Kern des deutschen Widerstandes ausgemacht habe,<sup>16</sup> für reichlich zehn Jahre den interpretatorischen Rahmen vorgegeben. Heute erkenne ich natürlich klarer als der nach Orientierung suchende Gymnasiast seine volkspädagogische Absicht, einer verunsicherten Nachkriegsgeneration ein „Anderes Deutschland“<sup>17</sup> und die religiös-sittliche Haltung der Verschwörer als Vorbild vor Augen zu stellen. Den kritischen Achtundsechzigern war dies alles schon nicht mehr zu vermitteln; sie waren auf Entzauberung von Helden und Vorbildern, auf Bloßlegung autoritärer Strukturen und Haltungen, die den „Faschismus“ ermöglicht hätten, und auf Verurteilung einer schuldig gesprochenen Väter-Generation bedacht. In dieses Zeitklima der späten 1960er und 1970er Jahre passten Ritter wie Goerdeler mit ihrem zwar liberalen, aber stark kaiserzeitlich geprägten protestantischen Konservatismus und ihrer Autoritätsfixierung nicht mehr hinein. So fielen Ritters zeitgeschichtliche Arbeiten gründlicher Vergessenheit anheim, und die Widerstandsforschung schlug andere Wege ein.

In der frühen Nachkriegszeit jedoch, also noch diesseits späterer Deutungskämpfe, kam der „deutschen Opposition gegen Hitler“<sup>18</sup> für die langsam wieder in Gang kommende deutsche Staatlichkeit und deren Orientierung an einem entschieden anti-nationalsozialistischen Selbstverständnis große Bedeutung zu. Aber wie die Besatzungszonen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs und die aus ihnen hervorgehenden beiden deutschen Teilstaaten als Bestandteile ge-

14 Vgl. Ritter: Carl Goerdeler, Zitat S. 411.

15 Vgl. Christoph Cornelißen: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2001 (Schriften des Bundesarchivs 58), Zitate S. 548.

16 Ebd., S. 557.

17 Vgl. Ulrich von Hassell: Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944. Frankfurt/Main 1964; Ders.: Der Kreis schließt sich. Aufzeichnungen in der Haft 1944. Berlin 1994.

18 Vgl. Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Frankfurt/Main 1958 u. ö. (Amerikanische Erstausgabe 1948, deutsche Erstausgabe 1949).

gensätzlicher politisch-ideologischer Machtblöcke zwangsläufig in den Sog des Kalten Krieges gerieten, so blieben auch die Erforschung und Rezeption des Widerstandes hiervon nicht unbeeinflusst. In der alten Bundesrepublik war, wie schon angedeutet, „die Auseinandersetzung mit diesem Leitthema in besonderer Weise von den Wechselbädern des öffentlichen Meinungsklimas abhängig“, wobei ein eigentümliches Spannungsverhältnis „von innerwissenschaftlichen Blickveränderungen *und* aktuell-politischen Entwicklungen“ zu beobachten ist.<sup>19</sup>

\*

Dagegen hat der ostdeutsche Teilstaat, nach einer gewissen Offenheit in den späten 1940er Jahren, schon bald nach Gründung der DDR den Widerstand auf den „antifaschistischen“ Arbeiterwiderstand verkürzt und ganz unverhohlen für die Legitimation des SED-Regimes in Anspruch genommen. Ausschlaggebend dürfte dafür die Entscheidung des ZK der SED vom Oktober 1951 gewesen sein, „die deutsche Geschichte grundsätzlich vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus zu sehen“<sup>20</sup>. So war auch den frühen Bemühungen Erich Zeigners, des Leipziger Oberbürgermeisters von 1945–1949, das Andenken seines Vorgängers wach zu halten sowie eine Strafe nach ihm zu benennen, keine lange Dauer beschieden.<sup>21</sup> Trotz positiver Würdigungen Goerdelers in einer Reihe publizistischer Beiträge, darunter auch einer Verteidigung durch seinen Mitverschworenen Jakob Kaiser, hielten sich hartnäckig zeitgenössische Urteile der Linken aus den frühen 1930er Jahren wie „Kommunalreaktionär“ und „faschistische[r] Vertrauensmann“. Im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts und zunehmender Stalinisierung mehrten sich schrille und herabsetzende Urteile. So wurde Goerdeler im offiziellen Organ der DDR-Geschichtswissenschaft zum „Apologet[en] der faschistischen Nah-Ost-Expansion und Vorkämpfer des Bonner Neokolonialismus“ erklärt.<sup>22</sup> Auch Ritters Goerdeler-Monographie vermochte die grobschlächtige Polemik nicht zu versachlichen; sie wurde im Gegenteil im „Neuen Deutschland“ als „Schändung des Andenkens von Hunderttausenden von Arbeitern“ bezeichnet.<sup>23</sup> Ohne

19 Vgl. Ulrich von Hehl: Nationalsozialistische Herrschaft. 2. Aufl. München 2001 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 39), S. 89–100, hier S. 89.

20 So Werner Bramke: Annäherung an eine widerspruchsvolle historische Persönlichkeit – Gedanken zum 50. Jahrestag der Hinrichtung Carl Goerdelers, in: Ders.: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995, S. 9–20, Zitat S. 15.

21 Vgl. zu Zeigners einschlägigen Bemühungen auch die Unterlagen in der Leipziger Personalakte Goerdelers, in: Stadtarchiv Leipzig (StAL), Kap. 10, Nr. 685, Bd. 2, Bl. 46, 59, 106 und 129, ferner die Nachweise in der folgenden Anmerkung.

22 Vgl. Ines Reich: „Lange Zeit haben wir über Goerdeler mehr geschimpft als über Goebbels“, in: Räume voll Leipzig. Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig. Leipzig 1994, S. 140–171, hier S. 140–149, Zitate S. 140 und 149.

23 Hier zitiert nach Cornelißen: Gerhard Ritter, S. 558.

Sie mit Einzelheiten über Gebühr beschwerten zu wollen sei zusammenfassend festgehalten: Goerdelers Verfassungspläne für ein Deutschland nach Hitler wurden als zutiefst antidemokratisch und sein Antibolschewismus als nachgerade pathologisch dargestellt. Goerdeler habe Russen und Polen gehasst, ja selbst „Herrenmoral und Rassenhaß“ der Nationalsozialisten seien ihm „nicht fremd“ gewesen. Mit einem Wort: „Goerdeler und seine Anhänger suchten die Widerstandsbewegung hauptsächlich im Interesse des geschlagenen deutschen Militarismus auszunutzen. Sie waren weder Helden des Widerstandes, noch verkörperten sie die wahrhaft *antifaschistische* deutsche Widerstandsbewegung gegen die Hitler Tyranei.“<sup>24</sup>

Immerhin kamen zu Beginn der 1960er Jahre erste quellengestützte Arbeiten zu Goerdelers Leipziger Oberbürgermeisterjahren in Gang, die im Ergebnis freilich die vorgegebene Interpretationslinie bestätigten. Von ihnen lohnt Manfred Ungers Studie „Die ‚Endlösung‘ in Leipzig“ nähere Betrachtung, weil sie bezüglich Goerdelers ein Musterbeispiel ideologiegeleiteter Tendenzhistorie darstellt. Dies beginnt bereits mit der Charakterisierung Goerdelers als „Prototyp des reaktionären preußischen Beamten“, dessen Wahl zum Oberbürgermeister „1930 dem Faschismus de[n] Weg geebnet“ habe. Ungeachtet der als „fragmentarisch“ eingeräumten Quellenlage wird Goerdeler unterstellt, „die ersten einschneidenden Maßnahmen“ gegen die Juden „mit vorbereitet“ zu haben und die treibende Kraft bei der Sperrung der Hallen- und Freibäder für die Juden schon im Juli 1935 gewesen zu sein, also drei Jahre *vor* einer entsprechenden Verfügung des Reichsinnenministeriums. Es zeige sich eben, „daß Antikommunismus und Antisemitismus zusammengehören“<sup>25</sup>.

Bei einem so guten Aktenkenner wie dem damaligen Leiter des Leipziger Stadtarchivs überrascht, dass die eigentlich treibende Kraft der Judenverfolgung in Leipzig und seit der „Machtergreifung“ Goerdelers „böser Geist“, Bürgermeister Rudolf Haake<sup>26</sup>, gar nicht erwähnt und noch weniger in Erwä-

24 Nachweise bei Reich: „Lange Zeit“, S. 151f. Angesichts dieses eindeutigen Befundes ist nicht einsichtig, wie die Verfasserin zu der Auffassung gelangen kann, mit der Rezeption von Ritters Goerdeler-Biographie in der DDR habe eine Wende in der Wahrnehmung eingesetzt.

25 Manfred Unger: Die „Endlösung“ in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933–1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11 (1963), S. 941–957, Zitate S. 941 und 943. Eine frühere Fassung „Die ‚Endlösung‘ in Leipzig. Eine Dokumentation zur Judenverfolgung 1933–1945“, in: Sächsische Heimatblätter 7 (1961), S. 449–464. In ihr findet sich bezüglich Goerdelers lediglich der Satz (S. 449 mit Anm. 4): „Als die Nazis, gefördert von den alten Sachwaltern der Bourgeoisie im Neuen Rathaus mit Carl Goerdeler an der Spitze, ihr Regime errichtet hatten...“, so dass für den unbefangenen Leser der Eindruck entstehen muss, Goerdeler treffe eine Mitschuld an den Verfolgungsmaßnahmen.

26 Zu Haakes Wirken vgl. jetzt Andreas Peschel: Rudolf Haake und die Leipziger NSDAP, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins. Jahrbuch 2009. Beucha-Mecklenburg 2010, S. 133–152; Robert Giesel: Leipzigs nationalsozialistische

gung gezogen wird, dass es sich bei Paraphen Goerdelers auf einschlägigen Aktenstücken um „den Nachvollzug bzw. die Hinnahme von pseudolegalen, bürokratischen Maßnahmen der Entrechtung und Diskriminierung von Juden“ gehandelt haben könnte,<sup>27</sup> die zu verhindern ganz außerhalb seiner Möglichkeiten lag. Nicht eine der zahlreichen Äußerungen, die Goerdelers Abscheu gegenüber den Gewalttätigkeiten der Nationalsozialisten belegen, hat Unger angeführt.<sup>28</sup> So trug sein Verdikt nicht nur zur Festigung des negativen Goerdeler-Bildes in der DDR bei, sondern erweiterte es auch auf das „Gebiet der Stadtgeschichtsschreibung“<sup>29</sup>.

Die negative Sicht auf Goerdeler überdauerte zunächst auch eine Neubewertung des 20. Juli 1944, die seit den späten 1960er Jahren in Gang kam. Sie war durch den dialektischen Kunstgriff einer Lösung des Antifaschismusbegriffs von dem des Klassenkampfes ermöglicht worden<sup>30</sup> und ließ Persönlichkeiten des militärischen und bürgerlichen Widerstandes wie Stauffenberg und Moltke erstmals in vergleichsweise sachlicher Darstellung in den Blick treten.<sup>31</sup> Über Goerdeler gelangte dagegen noch 1979 eine Untersuchung der Kommunalpolitik der KPD in Leipzig zu dem gleichsam in Stein gemeißelten Befund, seine Politik habe den „Faschisierungsbestrebungen der Monopolbourgeoisie“ entsprechen und „ihn zu einem der Wegbereiter des Faschismus in Leipzig werden“ lassen.<sup>32</sup> In der Tat wurde über ihn „lange Zeit ... mehr geschimpft als über Goebbels“<sup>33</sup>.

---

Oberbürgermeister. Ungedruckte Magisterarbeit Leipzig 2010; Ders.: Leipzigs nationalsozialistische Oberbürgermeister (1937–1945), in: Leipziger Stadtgeschichte. Jahrbuch 2011. Marktleeburg 2012, S. 171–232.

27 So die plausible Vermutung Thamers: Nationalsozialistischer Bildersturm, S. 57. Die sehr spärlich vorhandenen städtischen Akten zur „Judenfrage“ stützen diese Vermutung. Vgl. StAL, Kap. 1, Nr. 122, Judenfragen, Bl. 3, 10, 11, 15, 16 und 18. Abwägend-nüchtern auch Werner Bramke: Führend im Widerstand: Georg Schumann und Carl Goerdeler, in: Sächsische Heimatblätter 36 (1990), S. 90–95, hier S. 93. Rätselhaft bleibt, wie Ines Reich: „Lange Zeit“, S. 154, aus den wenigen von Unger angeführten Aktensplittern die Schlussfolgerung ziehen kann, „Goerdeler [habe] die antisemitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten [gleichsam billigend] mitgetragen“.

28 Politische Schriften und Briefe, passim.

29 So Reich: „Lange Zeit“, S. 154.

30 So die Interpretation Bramkes: Annäherung, S. 17. Vgl. dagegen P. Hoffmanns Interpretation, unten S. 32, Anm. 78, dort S. 19f. mit Anm. 38.

31 Vgl. Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. Berlin (Ost) 1967, zahlreiche weitere Auflagen; Ders.: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis. Berlin (Ost) 1978, Neuausgabe 1993.

32 Vgl. Helmut Arndt/Detlef Ziegs: Zur revolutionären Kommunalpolitik der KPD in den Jahren 1929–[19]33 im Leipziger Stadtparlament, in: Jahrbuch 1979 zur Geschichte der Stadt Leipzig. Leipzig 1979, S. 33–55, Zitate S. 41, hier zitiert nach Reich: „Lange Zeit“, S. 156.

33 So Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, S. 160 (mit Anm. 145).



Von Leipzig gingen ironischerweise aber auch erste Signale aus, die auf eine Aufweichung des starren Bildes hindeuteten. Das Verdienst hieran kommt in erster Linie Werner Bramke zu, der 1984 nach Teilnahme an einer Widerstandstagung auf Rügen, die Gelegenheit zum Austausch mit (linken) westdeutschen Widerstandsforschern geboten hatte,<sup>34</sup> am Jahrestag des 20. Juli in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Beitrag veröffentlichte, der Goerdelers Verdienste im Widerstand „erstmalig explizit“ würdigte.<sup>35</sup> In einer zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht Ende 1988 gezeigten Ausstellung und einer Begleitdokumentation „Juden in Leipzig“, die maßgeblich von Manfred Unger vorbereitet wurden, fehlen die früheren denunziatorischen Seitenhiebe auf Goerdeler.<sup>36</sup> Auch regten sich nunmehr in der Bürgerschaft Stimmen, die eine Ehrung des früheren Oberbürgermeisters im Stadtbild einforderten. Bramke selbst mahnte 1987 in einem Vortrag eine nuancierte Betrachtung von Goerdelers Leipziger Wirken an und verwies darauf, dass Goerdeler durch seine Amtsführung die Achtung des sozialdemokratischen Teils der Arbeiterschaft errungen habe. Eine „angemessene Würdigung“ sei daher „überfällig“. Doch erst zu Beginn des Umbruchjahres 1989 konnte der inhaltliche Widerstand der SED-Bezirksleitung überwunden werden. Zur Ausführung kam es in Folge der Ereignisse, die zur Friedlichen Revolution führten, nicht mehr.<sup>37</sup> So konnte erst 1991/92 ein Teil des Innerstädtischen Rings nach Goerdeler benannt werden.<sup>38</sup>

\*

Doch richten wir den Blick zurück in die alte Bundesrepublik. Auch wenn der Diskussionsstand dort keine Entsprechung zur eben geschilderten polemischen Verzerrung bot, war er doch von Einseitigkeiten nicht frei. Gerade den frühen, stark auf den politisch-militärischen Widerstand des 20. Juli konzentrierten Beiträgen ist ein gewisser Hang zur „Heroisierung und Monumentalisierung“ attestiert worden,<sup>39</sup> während die vielen Kleinformen alltäglichen Dissenses zunächst weithin außer Betracht geblieben seien. Das gilt auch für den Arbeiter-

34 Vgl. den Tagungsbericht von Kurt Pätzold/Wolfgang Meinicke: Der Kampf gegen den Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32 (1984), S. 718f.

35 Werner Bramke: Das Vermächtnis des 20. Juli 1944. Mutige Tat deutscher Patrioten gegen Hitler im antifaschistischen Widerstand, in: Leipziger Volkszeitung, 20. Juli 1984; das Urteil bei Reich: „Lange Zeit“, S. 158.

36 Vgl. Juden in Leipzig. Eine Dokumentation zur Ausstellung anlässlich des 50. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht. Hg. vom Rat des Bezirkes Leipzig, Abteilung Kultur. Leipzig o. J. [1989].

37 Reich: „Lange Zeit“, S. 159; Bramke: Führend im Widerstand, S. 95 (Zitat).

38 Vgl. Gina Klank/Gernot Griebisch: Lexikon Leipziger Straßennamen. Leipzig 1995, S. 84.

39 So Klaus-Jürgen Müller/Hans Mommsen: Zur Historiographie des Widerstandes, in: Klaus-Jürgen Müller (Hg.): Der deutsche Widerstand 1933–1945. 2. Aufl. Paderborn 1990, S. 15.

widerstand. Insoweit er von Kommunisten getragen war, stand er in den 1950er und frühen 1960er Jahren unter dem generellen Ideologieverdacht des Kalten Krieges, wurde „als lediglich andere totalitäre Variante betrachtet oder gar – wie im Falle der ‚Roten Kapelle‘ oder des ‚Nationalkomitees Freies Deutschland‘ – mit dem Verdikt des ‚Vaterlandsverrats‘ belegt.“<sup>40</sup> Hätte man Letzteres, so ließe sich aus heutiger Sicht fragen, nicht auch von Goerdelers oder Hans Osters Auslandskontakten behaupten können?<sup>41</sup>

Um so kritischeren Einwänden begegnete Ritters Goerdeler-Monographie im Zuge der Kulturrevolution der späten 1960er Jahre, sei es hinsichtlich ihrer Bewertungsmaßstäbe oder bezüglich der von Goerdeler vertretenen Gesellschafts- und Verfassungspläne, denen Michael Freund bereits 1955 eine „reaktionäre Zielsetzung“ attestiert hatte.<sup>42</sup> Eher beiläufig und auf die alten preußischen Eliten ausgedehnt findet sich dieser Vorwurf zehn Jahre später in Ralf Dahrendorfs vielgelesenen Betrachtungen „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“<sup>43</sup>. 1966 legten Hans Mommsen und Hermann Graml dann zwei wegweisende Beiträge über die politisch-gesellschaftlichen Zielvorstellungen des deutschen Widerstandes vor.<sup>44</sup> Sie lenkten den Blick von der bislang im Vordergrund stehenden ethischen Motivation der Widerstandskämpfer auf deren altpreußisch-autoritär geprägtes Ordnungsgedenken und stellten „ein Spannungsverhältnis zwischen der Verwurzelung in Traditionen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates und den Forderungen der (heutigen) freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ fest.<sup>45</sup> Immerhin wird Goerdelers stark gouvernemental bestimmtes, aus Erfahrungen in der Ära Brüning gespeistes Denken nicht auf Bismarck, sondern auf die Selbstverwaltungsinitiativen der preußischen Reformer zurückgeführt, so dass der von ihm (wie auch den Kreisauern) für notwendig gehaltene autoritäre Staatsumbau durch einen ausgeprägten „Honoratiorenliberalismus“ gemäßigt erscheint. Auch blieb nicht unbemerkt, dass Goerdeler ja gerade das Versagen der parlamentarischen Demokratie für den Untergang der Weimarer Republik und den Aufstieg Hitlers verantwortlich machte.<sup>46</sup>

40 v. Hehl: Nationalsozialistische Herrschaft, S. 91.

41 Vgl. etwa Peter Hoffmann: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. München 1998, S. 54; zu Oster Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition. Berlin 1982; Cornelißen: Gerhard Ritter, S. 556.

42 Nachweis ebd. S. 558f. mit Anm. 141 und 142.

43 4. Aufl. München 1975 (Erstausgabe 1965).

44 Vgl. Walter Schmitthener/Hans Buchheim (Hg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien von Hermann Graml, Hans Mommsen, Hans-Joachim Reichardt und Ernst Wolf. Köln u. a. 1966, darin: Hermann Graml: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, S. 15–72; Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, S. 73–167.

45 v. Hehl: Nationalsozialistische Herrschaft, S. 91.

46 Vgl. Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 132–146, Zitat S. 137; Gerd R. Ueberschär: Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933–1945. 2. Aufl. Frankfurt/Main 2006, S. 187–199.

Man könnte geneigt sein, den von Graml und Mommsen ausgehenden Revisionismus in der Widerstandsforschung in erster Linie auf den von ihnen vorgenommenen Perspektivwechsel zurückzuführen. Aber die Reaktion auf Peter Hoffmanns wenig später vorgelegte genaue Rekonstruktion der Ereignisabläufe des 20. Juli zeigt,<sup>47</sup> dass hier zwei unterschiedliche Denkschulen aufeinandertrafen. Hoffmann hielt nämlich mit Entschiedenheit daran fest, der handlungsleitenden Motivation der Verschwörer das entscheidende Gewicht für das historische Urteil zuzumessen, worüber es am Beispiel des Generalobersten Ludwig Beck dann zu einer lebhaften Kontroverse mit Klaus-Jürgen Müller kam.<sup>48</sup> Immer deutlicher zeigte sich, dass mit wachsender zeitlicher Entfernung von den vermeintlich restaurativen Tendenzen der Ära Adenauer ein wachsender, politisch eher links einzuordnender Teil der (Widerstands-)Forschung zu neuen Ufern strebte und damit die Neigung verband, „ein aktuelles Modernisierungs- und Demokratisierungsideal zum Bewertungsmaßstab konkreten Denkens und Handelns in historischer Ausnahmesituation zu machen.“<sup>49</sup> Ein Musterbeispiel dieser Tendenz ist die Diskussion über das Verhältnis des Deutschen Widerstandes zur Judenfrage.

Nach einem ersten Warnschuss Konrad Kwiets, der aus Goerdelers 1944 fertiggestellter Denkschrift „Der Weg“<sup>50</sup> den Schluss gezogen hatte, „daß für Verfasser und Adressaten ... Betroffenheit und die Auseinandersetzungen über die versuchte Lebensvernichtung des europäischen Judentums nur von marginaler Bedeutung“ gewesen seien,<sup>51</sup> löste Christof Dipper eingangs der 1980er Jahre mit zwei streitbaren Beiträgen über den deutschen Widerstand und die Juden eine lebhafte, lange nachwirkende Diskussion aus.<sup>52</sup> Darin hielt er der Opposition gegen Hitler und namentlich ihren nationalkonservativen Vertretern vor, – die Linke nahm er bezeichnenderweise aus –, nicht etwa durch die „Entrechtung und Diskriminierung“ der Juden in den Widerstand getrieben worden zu sein. Selbst die „schließliche Judenvernichtung“ habe „offensichtlich nicht im Zentrum [ihrer] Überlegungen und Sorgen gestanden“. Dipper

47 Vgl. Peter Hoffmann: *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*. München u. a. 1969, 4., neu überarbeitete und ergänzte Auflage 1985.

48 Vgl. Peter Hoffmann: Generaloberst Ludwig Becks militärpolitisches Denken, in: *Historische Zeitschrift* 234 (1982), S. 101–121; Klaus-Jürgen Müller: Militärpolitik, nicht Militäropposition. Eine Erwiderung, in: *Historische Zeitschrift* 235 (1982), S. 355–371.

49 v. Hehl: *Nationalsozialistische Herrschaft*, S. 92.

50 Text jetzt bequem zugänglich in den *Politischen Schriften und Briefen*. Bd. 2, S. 950–1012.

51 Vgl. Konrad Kwiet: Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 1 (1980), S. 149–192, Zitat S. 173.

52 Vgl. Christof Dipper: Der Deutsche Widerstand und die Juden, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 349–380; gekürzte Fassung in: Ders.: *Der Widerstand und die Juden*, in: Jürgen Schmädkeke/Peter Steinbach (Hg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*. München u. a. 1985, S. 598–616.

führt dies auf einen latenten Antisemitismus der Konservativen, ihre durchgängige Überzeugung von der Existenz einer „Judenfrage“ zurück, die einer staatlichen Lösung bedürfe; sie habe die „Kritikfähigkeit und Abwehrbereitschaft“ der Regimegegner „von vornherein“ geschwächt. Und als Prototyp dieser Haltung stellt er Goerdeler hin, den führenden Kopf der bürgerlichen Opposition. Sein „Widerstandsziel“ sei „in erster Linie die Abwendung der Niederlage und die Erhaltung der Bündnisfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Westen“ gewesen. Gewiss habe er von der „planmäßig und bestialisch vollzogene[n] Ausrottung der Juden“ gesprochen und die „Endlösung“ für äußerst unmoralisch gehalten, aber eben auch für außenpolitisch äußerst fatal, weil die gemeinsame Abwehr des sowjetischen Bolschewismus dadurch verhängnisvoll geschwächt worden sei.<sup>53</sup> Dippers Kritik an den „Kalten Kriegern“ der Adenauer-Zeit ist hier förmlich mit Händen zu greifen.

Hier ist nicht der Ort, anderen Weiterungen der „revisionistischen“ Widerstandsforschung nachzuspüren, etwa der Hinwendung zu lange vernachlässigten Feldern des kommunistischen, sozialistischen, aber auch katholischen Arbeiterwiderstandes, des kirchlichen Widerstandes oder des Jugend- und des studentischen Widerstandes der „Weißen Rose“ oder den vielen Formen gesellschaftlicher Verweigerung,<sup>54</sup> für die beispielhaft das bahnbrechende Projekt des Instituts für Zeitgeschichte „Bayern in der NS-Zeit“ stehen mag.<sup>55</sup> Die thematische Ausweitung der Forschung nahm nun auch Themen in den Blick, die bis dahin eher am Rande gestanden hatten, so auch die Auslandskontakte der Opposition und namentlich Goerdelers ebenso intensive wie vergebliche Bemühungen, die britische Regierung zu einer entschiedeneren Haltung gegenüber Hitler zu bewegen.<sup>56</sup> Im Zuge einer von Hans Mommsen angeregten Sammlung „Politischer Schriften und Briefe“ Goerdelers hat Michael Krüger-Charlé dessen gleichfalls vergebliche Versuche, mittels Denkschriften die NS-Führung in den Vorkriegsjahren zu „einer alternativen Politik“ zu drängen, kritisch untersucht und seine Ergebnisse 1984 auf einem Internationalen Symposium in Berlin zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1944 vorgetragen.<sup>57</sup> Die geplante Edition der Goerdeler-Papiere zog sich dagegen ungewöhnlich lange hin; sie konnte, nach offenbar mehrfachem Bearbeiterwechsel, erst 2003 in

53 Dipper: *Der Deutsche Widerstand*, S. 349, 356, 360f. u. ö.

54 Vgl. die knappen Forschungsüberblicke bei v. Hehl: *Nationalsozialistische Herrschaft*, S. 89–100; Klaus Hildebrand: *Das Dritte Reich*. 7. Aufl. München 2009, S. 291–309.

55 Martin Broszat/Elke Fröhlich u. a. (Hg.): *Bayern in der NS-Zeit*. 6 Bde., München u. a. 1977–1983.

56 Vgl. A. P. Young: *Die X-Dokumente*, sowie die übrige in Anm. 9 angeführte Literatur, ferner die Reiseberichte und Texte in den *Politischen Schriften und Briefen*. Bd. 1, S. 525–646; Bd. 2, S. 764–769, 944–949.

57 Michael Krüger-Charlé: *Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937*, in: Schmädke/Steinbach (Hg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, S. 383–404.

zwei voluminösen Bänden vorgelegt werden.<sup>58</sup> Die Edition dürfte ein Fünftel der vorliegenden einschlägigen Texte Goerdelers umfassen, darunter einen kurzen, bereits 1965 veröffentlichten Bericht vom Jahresbeginn 1942 über die Deportation der Leipziger Juden. Darin spricht er vom „Grauen“, welches die Seele erfülle, und fügt hinzu: „Ich kann mir nicht denken, daß ein deutscher Mann, der überhaupt noch Gefühl im Herzen hat, annehmen kann, daß solche Ungeheuerlichkeiten sich nicht an unserem Volke rächen müssen. Mit den Traditionen der preußischen Geschichte und mit den Überlieferungen der Menschheitsgeschichte sind diese Untaten nicht in Übereinstimmung zu bringen. In bewusster Unmenschlichkeit und in ihrer Anhäufung ist aus der ganzen bisherigen Geschichte der Menschheit nichts Ähnliches bekannt geworden.“<sup>59</sup>

Da sich zahlreiche weitere Belege in den Texten finden, in denen Goerdeler seinen Abscheu über die „grauenhaften Ausrottungen der Juden“ ausdrückt,<sup>60</sup> und er schon vor seinem Rücktritt gegenüber einem amerikanischen Gesprächspartner bekundet hatte, das größte Problem Deutschlands sei die „Wiederherstellung des einfachen menschlichen Anstands“<sup>61</sup>, überrascht es, dass Mommsen in einem kenntnisreichen, tiefdringenden und abgewogen urteilenden Porträt des Widerstandskämpfers gleichwohl auf den Dipperschen Vorwurf des Antisemitismus zurückgreift.<sup>62</sup> Er bezieht ihn auf Goerdelers Vorschlag in seiner Denkschrift „Das Ziel“ vom Herbst 1941, mittels eines eigenen Staates zu einer Lösung der „Judenfrage“ zu kommen, in Deutschland lebenden Juden aber unter bestimmten Voraussetzungen und in Abkehr von den „Nürnberger Gesetzen“ die deutsche Staatsangehörigkeit zu belassen.<sup>63</sup> Mommsen differenziert gegenüber Dippers allzu grobschlächtiger Etikettierung und betätigt sich zugleich wortschöpferisch, indem er behauptet, Goerdelers Vorstellungen hätten sich „größtenteils mit dem kulturell ausgerichteten, dissimilatorischen Antisemitismus“ gedeckt, „wie er auf der politischen Rechten seit dem Deutschen Kaiserreich und insbesondere beim Offizierskorps anzutreffen war“. Was genau unter „dissimilatorischem Antisemitismus“ zu verstehen ist, bleibt ebenso vage, wie der Widerspruch zu Goerdelers klarer, auch von Mommsen eingeräumter Ablehnung des nationalsozialistischen Rassenge-

58 Politischen Schriften und Briefen sowie die editorischen Hinweise in Bd. 1, S. LXVII–LXXXV.

59 Bericht über Judendeportationen, ebd., Bd. 2, S. 846–848. Erstdruck: Helmut Krausnick (Hg.): Goerdeler und die Deportation der Leipziger Juden, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13 (1965), S. 338f.

60 So noch in seinem am 31. Januar 1945 verfassten Politischen Testament, in: Politische Schriften und Briefe. Bd. 2, S. 1248–1252, Zitat S. 1252.

61 Vgl. Deutsch: Verschwörung gegen den Krieg, S. 9, auch zitiert bei Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler, S. 141.

62 Mommsen: Carl Friedrich Goerdeler.

63 Text der Denkschrift in den Politischen Schriften und Briefen. Bd. 2, S. 873–944, zu den Ausführungen Mommsens vgl. ebd., Bd. 1, S. LX–LXIII, dort auch die folgenden Zitate.

dankens unaufgelöst. Vielleicht löst sich der Widerspruch auf, wenn man mit Fritz Kieffer davon ausgeht, dass es Goerdeler bei Abfassung seiner Denkschrift eben nicht nur um die „Lösung einer angeblichen deutschen ‚Judenfrage‘ durch Begründen eines Sonderstatus für die deutschen Juden“ ging, sondern um die „Abwehr einer weltweiten Antisemitismusgefahr“, der er durch Begründung eines jüdischen Staates und dessen Schutzfunktion für alle Juden begegnen wollte. Demzufolge wären Mommsen wie auch andere Kritiker einem Missverständnis unterlegen, da sie Goerdelers staats- und völkerrechtliche Gedankenführung und deren Konsequenzen für die aktuelle Staatsangehörigkeit der Juden nicht als den verzweifelten Versuch erkannt hätten, den Schutz der Juden angesichts eines weltweiten Versagens der Staatengemeinschaft künftig ihren eigenen Händen anzuvertrauen.<sup>64</sup>

Eine von Goerdeler wiederholt angesprochene „Schuld“ der Juden, die sich auf (vermeintlich) anmaßendes Auftreten gegenüber ihrem „Gastvolk“ bezog, rechtfertigt gleichfalls nicht den gravierenden Vorwurf des Antisemitismus, der ohnehin in der öffentlichen Diskussion Gefahr läuft, ohne nähere inhaltliche Präzisierung zum bloßen Schlagwort zu verkommen. Was also bleibt tatsächlich von solchen Zuschreibungen übrig, wenn Mommsen bilanziert: „In jedem Falle aber stand [Goerdeler] den gewaltsamen Verfolgungsmaßnahmen des Regimes eindeutig ablehnend gegenüber und verurteilte [...] die Gewalt des 9. November 1938, die Eingriffe gegen das polnische Judentum im Spätherbst 1939 und die spätere Vernichtungspolitik mit äußerster Schärfe“<sup>65</sup>

Dass dennoch ein Rest von Zweifeln zurückbleibt, ja Ambivalenzen angesichts der konkreten Entscheidungssituation Goerdelers als Verwaltungschef einer Großstadt, der gesetzliche Einschränkungen zu exekutieren hatte, gar nicht zu vermeiden waren, belegen zwei ostdeutsche Spezialstudien, die den unbehinderten Forschungsmöglichkeiten nach der deutschen Wiedervereinigung zu verdanken sind. 1997 legte Ines Reich, ursprünglich eine Schülerin Kurt Finkers, eine lange erwartete Monographie über Goerdelers Oberbürgermeisterzeit in Leipzig vor, die eine in Gerhard Ritters Werk vorhandene Lücke schließen, zugleich aber an die in der Spätphase der DDR in Gang gekommene Neubewertung Goerdelers anknüpfen sollte.<sup>66</sup> Die Verfasserin steht aber ersichtlich unter dem Eindruck revisionistischer Forschungstendenzen. So meint sie etwa für die Anfangsjahre des Dritten Reiches eine größere Nähe Goerdelers zum Nationalsozialismus feststellen zu können, als bislang bekannt. Erst seit 1935 sei er schrittweise zum Regime auf Distanz gegangen. Die tatsäch-

64 Vgl. Fritz Kieffer: Carl Friedrich Goerdelers Vorschlag zur Gründung eines jüdischen Staates, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 125 (2008), S. 474–500, Zitate S. 500.

65 Mommsen: Carl Friedrich Goerdeler, S. LXI.

66 Vgl. Reich: Carl Friedrich Goerdeler.

lich mitgeteilten Beobachtungen belegen ihre These aber nicht, da es gerade auf den weltanschaulich konnotierten Problemfeldern früh zu Konflikten kam, wie sie selbst mit der ausführlichen Schilderung des Flaggenkonflikts vom März 1933 belegt.<sup>67</sup> So habe Goerdeler immer wieder seinen Unmut über nationalsozialistische Übergriffe bekundet und die „Judenpolitik“ der NSDAP von Anfang an kritisiert. Für die „außerordentliche[n] Schwierigkeiten“, die er den Nationalsozialisten bei den von ihnen erzwungenen Straßenumbenennungen gemacht habe, führt sie das Zeugnis von dessen Stellvertreter Rudolf Haake an, auf dessen pathologischen Judenhasse auch die schon von Unger erwähnte städtische Verfügung zurückgeht, den Juden den Zutritt zu städtischen Bädern zu verwehren.<sup>68</sup> Dennoch fällt eine Neigung der Verfasserin zu ständiger Relativierung ihrer Beobachtungen auf, „die für Goerdeler sprechen“, und zu Recht ist ihrer Darstellung ein „konjunktives Element, weniger mit hinterfragender als mit unterstellender Tendenz“, attestiert worden.<sup>69</sup> Im Übrigen folgt auch Reich den Spuren Dippers und Mommsens, wenn sie Goerdeler generationell bedingte „traditionelle antisemitische Ressentiments“ zuschreibt, welche „selbstverständliches Allgemeingut aller akademischen Kreise“ seiner Zeit gewesen seien. Auch hier müssen, von der unzulässigen Pauschalisierung ganz abgesehen, mangels konkreter Belege wieder Bemerkungen aus den Kriegsjahren über jüdische „Schuld“ und die Existenz einer „Judenfrage“ herhalten, die nicht in ihrer Verwobenheit in konkrete Zeitumstände gesehen werden.<sup>70</sup>

Grundsätzliche Zweifel bestimmen schließlich auch Steffen Held in seiner Studie „Carl Goerdeler in Leipzig. Antisemitismus und Kommunalverwaltung 1933–1936“, die schon in der Titelformulierung eine Unterstellung enthält. Er sieht Goerdeler „als Vertreter einer nationalkonservativen Oberschicht, die in ihrem normativen Denken antijüdische Vorbehalte ganz selbstverständlich als kulturelle Grundeinstellungen aufgenommen hatte.“<sup>71</sup> Solche pauschalen Zuweisungen lassen wenig von der Grundpflicht des Historikers zu differenzierendem Urteil erkennen, um so mehr von einem Grundmisstrauen, das in einzelnen Wendungen auf den Sprachgebrauch der DDR in den frühen 1960er Jahren zurückverweist. Da dem Verfasser eine ungleich breitere Quellenbasis zur Verfügung stand, als sie seinerzeit Manfred Unger herangezogen hatte, und

67 Ebd., S. 110–119.

68 Vgl. Haake an Goerdeler, 16. November 1936; Haake an Mutschmann, 4. Dezember 1936, in: StAL, Kap. 10, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 260–261 und 267–268, Zitat 267R. – Zum Vorgang Reich: Carl Friedrich Goerdeler, S. 252.

69 Vgl. die Rezension von Gerald Wiemers, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 69 (1998), S. 348–350, Zitate S. 349.

70 Reich: Carl Friedrich Goerdeler, S. 155–161.

71 Steffen Held: Carl Goerdeler in Leipzig. Antisemitismus und Kommunalverwaltung 1933–1936, in: Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte I (2003), S. 283–310, Zitat S. 310.

der Forschungsstand deutlich gewachsen ist, überrascht, in welchem Maße er gleichwohl mit Vorurteilen und Unterstellungen arbeitet. Wie schon Dipper missfällt ihm, dass Goerdeler nicht „aufgrund der Judenverfolgung“ den Weg zum Widerstand gefunden habe, sei er doch beispielsweise „nicht gegen die staatsbürgerliche und soziokulturelle Ausschließung der Juden aus der deutschen Gesellschaft“ gewesen und habe „die gesetzlichen Maßnahmen der Reichsregierung zur Entrechtung und Diskriminierung“ „akzeptiert“ und nicht etwa notgedrungen hingenommen.<sup>72</sup> Schon durch die Begrifflichkeit wird hier eine Gewissheit unterstellt, die sich aus den Akten nicht ergibt, zumal auch anderslautende zeitgenössische Urteile, etwa die Tagebuchnotizen Erich Ebermayers, hätten angeführt werden können.<sup>73</sup> Wie dankenswert daher auch immer die Informationen sind, die der Verfasser über die Drangsalierung und Ausgrenzung der Juden in Leipzig zusammenträgt, hinsichtlich Goerdelers bleibt er von eigentümlicher Einäugigkeit, redet klein, wo ihm Verdienste zugeschrieben werden können, und stellt unzulässige Vermutungen an, wo es derer nicht bedarf. „Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler“, heißt es zusammenfassend, „agiert aus einem politischen Verständnis heraus, das rassische, geschlechtliche oder klassenspezifische Differenzen als Formen sozialer Ungleichheit zur Strukturierung einer Gesellschaft und der Sicherung von Machtverhältnissen einzelner Gruppen für unabdingbar ansah.“<sup>74</sup> Mit anderen Worten: Er habe falsch gehandelt, weil er falsch gedacht habe. Max Weber lässt grüßen!

Die Monotonie, mit der für solche abfälligen Urteile auf Goerdelers Verwurzelung im nationalkonservativen Lager verwiesen wird, erinnert an jene politischen Grabenkämpfe, von denen schon die späten Jahre der Weimarer Republik erfüllt waren. Dies hat kürzlich Peter Hoffmann zum Anlass genommen, in einer zunächst auf englisch vorgelegten Studie „Carl Goerdeler and the Jewish Question, 1933–1942“ energisch an das erste Historikergebot zu erinnern, historische Personen mit den Maßstäben ihrer Zeit zu messen, und nicht ein ex-post gewonnenes Problembewusstsein zur Richtschnur zu nehmen.<sup>75</sup> In genauester Kenntnis selbst entlegendster Quellen und mit weitem historischem Blick entfaltet der Doyen der deutschen Widerstandsforschung sein Thema für ein vornehmlich angelsächsisches Publikum. Dabei löst Hoffmann die Diskussion aus deutsch-deutscher Nabelschau, indem er den Betrachtungswinkel ausweitet und darauf hinweist, dass Goerdelers Diskussionsbeitrag zur „Judenfrage“ Teil einer globalen Diskussion war, die gerade auch in der angelsächsischen

72 Vgl. ebd., S. 294 und 285.

73 Vgl. Erich Ebermayer: *Denn heute gehört uns Deutschland... Persönliches und politisches Tagebuch. Von der Machtergreifung bis zum 31. Dezember 1935.* Hamburg u. a. 1959, S. 23, 126, 350f. und 636.

74 Held: *Carl Goerdeler in Leipzig*, S. 308f.

75 Peter Hoffmann: *Carl Goerdeler and the Jewish Question, 1933–1942.* New York 2011.



Welt geführt wurde. Hilfreich ist auch der Hinweis, dass nicht die von den Nationalsozialisten praktizierte „Lösung“ der „Judenfrage“, sondern antisemitische Übergriffe auf Juden im besetzten Polen am Ende des Ersten Weltkrieges Goerdelers Überlegungen ausgelöst hätten.

Manche Kritiker, so urteilt er zusammenfassend, hätten missdeutet, falsch zitiert oder entstellt, was Goerdeler tatsächlich geschrieben, oder die besonderen Zeitumstände nicht zur Kenntnis genommen, unter denen er seine Vorschläge entwickelt habe. Dieses Urteil nimmt Hans Mommsen zwar ausdrücklich aus, ist aber in seiner Entschiedenheit wohl dem Wunsch zuzuschreiben, dem in seiner Absicht verkannten und in seiner moralischen Integrität angezweifelten Goerdeler historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. „Goerdelers Ehre. Peter Hoffmann rehabilitiert den Widerständler“, war denn auch die Rezension in einer großen Tageszeitung überschrieben.<sup>76</sup> Jedenfalls verbindet sich Hoffmanns Rehabilitationsversuch mit dem Gewicht eines erstrangigen Kenners der deutschen Widerstandsbewegung, und entsprechend eindeutig fällt sein Schlussurteil aus: Während er der revisionistischen Richtung in der NS-Forschung vorhält, all jene als Apologeten zu brandmarken, die ihren pauschalen Antisemitismus-Vorwurf als „an extreme form of a guilt complex“ empfänden, urteilt er über Goerdeler: „There was in Germany no sustained, concerted, or widespread opposition to the regime’s anti-Jewish policies. There was, however, the consistent, pertinacious, and courageous opposition of Carl Goerdeler.“<sup>77</sup>

Die soeben vorgelegte deutsche, im Umfang nahezu verdoppelte Buchfassung lässt Hoffmanns Grundanliegen noch deutlicher hervortreten, wenn gleich der Text durch mancherlei Wiederholungen und gedankliche Abschweifungen nicht gewonnen hat. Schon im Titel bezeichnet der Verfasser es als seine erklärte Absicht, den Vorwürfen gegen Goerdeler durch genaue Analyse seiner Texte und Taten entgegenzutreten.<sup>78</sup> Dies als „wissenschaftsfremdelnd“ abzutun und Hoffmann einen „fehlgeleiteten Beschützerinstinkt“ zu unterstellen, wie in einer ersten, reichlich mäkelig ausgefallenen Rezension geschehen, verkennt sein Anliegen.<sup>79</sup> Denn natürlich geht es Hoffmann nicht um schlichte Heldenverehrung, sondern um Fairness im Umgang mit (historischen) Personen und (heutigen) Begriffen. Ihm ist bewusst, wie sehr die Unterstellung antisemitischer Gesinnung selbst in der sublimierten Form des „dissimilatorischen Antisemitismus“ dazu geeignet ist, die auf Wiederherstellung von Recht und simplem „menschlichen Anstand“ gerichtete ethische Grundhaltung Goerde-

76 Der Artikel von Gina Thomas, in: FAZ, 12. November 2011.

77 Hoffmann: Carl Goerdeler, Zitate S. 182 und 169.

78 Ders.: Carl Goerdeler gegen die Verfolgung der Juden. Köln u. a. 2013.

79 Vgl. Magnus Brechtken: Der Widerstand und die Juden. Irritierend: Peter Hoffmann nimmt Goerdeler in Schutz, in: FAZ, 30. Juli 2013.

lers (wie auch anderer Widerstandskämpfer) in Zweifel zu ziehen. Ob der Revisionismus in der Widerstandsforschung auch auf die „Verlegenheit“ heutiger „Nachfahren“ jener zurückzuführen ist, „die Hitler zugestimmt und dem Regime gedient hatten“, bliebe immerhin zu fragen.<sup>80</sup>

Hingegen ist eine problematische, von der Forschung wiederholt bemerkte Seite von Goerdelers Widerstandsaktivität erst beiläufig erwähnt worden: sein gänzlich unkonspiratives Verhalten, ja seine gefürchtete und nachgerade berüchtigte Unvorsichtigkeit bei der Suche nach Gleichgesinnten, die nicht nur Konrad Adenauer,<sup>81</sup> sondern auch beispielsweise den Münchner Kardinal Faulhaber vor näheren Kontakten mit ihm zurückschrecken ließen.<sup>82</sup> Sie war Ausdruck seines offenen, ehrlichen und geradlinigen Wesens, dem jede Verstellung fremd war. So gewinnend Goerdeler damit auf viele Zeitgenossen wirkte, riefen sein unverwüstlicher Optimismus, sein „ungewöhnlich positive[s] Menschenbild“ und ein letztlich unpolitisch-naiver Glaube an die Kraft des Sacharguments bei skeptisch Veranlagten auch wieder Zweifel hervor.<sup>83</sup>

Die eigentliche Kehrseite dieser unbedingten Aufrichtigkeit zeigte sich erst nach Goerdelers Verhaftung, als er mit seiner großen Aussagebereitschaft auch die vernehmenden Gestapo-Beamten in Staunen versetzte.<sup>84</sup> Sie fürchte dem Regime das ganze Ausmaß der Verschwörung vor Augen und bezweckte dies auch, um die Machthaber noch in letzter Minute zum Einlenken zu bewegen. Im Übrigen war er davon überzeugt, dass es der Staatspolizei, anders als dem Volksgerichtshof unter Freisler, dessen Verhandlung er als „eine Farce“ empfand, „um die Ermittlung der Wahrheit“ ging, „allerdings mit rücksichtsloser Kälte“. Dabei wollte er ihr helfen, wie schon sein erster Biograph festgehalten hat.<sup>85</sup>

Dass Goerdeler damit die Verteidigungsstrategie vieler seiner Mitverschworenen durchkreuzte, liegt klar zutage, zumal die Gestapo seine Aussagebereitschaft unter den Mithäftlingen rasch verbreitete. So kam der Vorwurf auf, „ein elender Verräter“ zu sein, „der nur seine Haut zu retten suchte“<sup>86</sup>. Goerdelers gleichfalls zum Tode verurteilter Leipziger Freund Walter Cramer hielt unter

80 Wie Anm. 78, S. 20.

81 Vgl. dazu Anm. 11.

82 Vgl. Ludwig Volk (Bearb.): Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, 17 und 26). 2 Bde. Mainz 1975/1978, hier Bd. 1, S. LXXVI; Bd. 2, S. 1028–1030.

83 Vgl. Mommsen: Carl Friedrich Goerdeler, S. LXII.

84 Vgl. Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hg. vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation. Stuttgart 1961, S. 232.

85 Vgl. Goerdeler an Wilhelm Brandenburg, November 1944, in: Politische Schriften und Briefe. Bd. 2, S. 1195–1197, Zitat S. 1196; Ritter: Carl Goerdeler, S. 411.

86 Vgl. Andreas Hermes: „Mit unerschütterlichem Gottvertrauen und zähem Kämpfergeist“. Erinnerungen und Dokumente aus der Haft und zur Gründung der CDU 1944/45. Bearb. von Yvonne Blatt. Sankt Augustin u. a. 2012, S. 143.

dem 26. Oktober 1944 fest: „Bisher sind alle mit Goerdeler, seinen Plänen oder Stellungsabsichten vertrauten Männer – soweit ich weiß 57 – aufgehängt worden.“<sup>87</sup> Auch liefen Gerüchte um, Goedeler sei unter Drogen gesetzt worden oder werde auf andere Weise von der Gestapo erpresst.<sup>88</sup>

Eine alle Zweifel ausschließende Klärung hat sich bislang nicht erzielen lassen und dürfte vermutlich auch nicht zu erreichen sein. Goerdeler selbst nimmt in seinem wenige Tage vor seiner Hinrichtung verfassten Politischen Testament für sich in Anspruch, viele ihm namhaft gemachte Unschuldige durch glaubhafte Aussagen gerettet zu haben. Auf der anderen Seite bedrückte ihn schwer, „manchen Freund“ gezwungenermaßen belastet zu haben, da man ihm gedroht habe, sich andernfalls an seiner Familie schadlos zu halten.<sup>89</sup> Die sich hier zeigende Aporie ist freilich im Umfeld des 20. Juli 1944 kein Einzelfall. Sie stand auch Gerhard Ritter vor Augen, der über Goerdeler, weniger erklärend als feststellend, urteilt: „Und so, wie er selbst mannhaft zu seiner Tat stand, so erwartete er es – wie selbstverständlich – auch von allen seinen Freunden.“<sup>90</sup>

\*

Wie immer man individuelles Verhalten „im Schatten des Galgens“ auch beurteilen mag: Hoffmanns engagiertes Plädoyer für einen angemessenen Umgang mit den Männern und Frauen des 20. Juli lenkt den Blick zurück auf die „vielfältige Ambivalenz“, denen sie und ihr Handeln ausgesetzt waren und die sich auch am Gang der Forschung über Carl Friedrich Goerdeler erkennen lassen.<sup>91</sup> Zu Beginn des Dritten Reiches sich in mancherlei Übereinstimmung mit den neuen Machthabern glaubend, ließ ihn deren praktische Politik trotz seines unerschütterlichen Optimismus doch bald auf Distanz gehen und schließlich den Weg zum Widerstand finden, dessen „unermüdliche[r] Motor“<sup>92</sup> er bis zu seiner Verhaftung war. Sein innerer Kompass war dabei kaum mehr als ein hochentwickelter Sinn für Anstand und Rechtlichkeit. Dies hat Gerhard Ritter früh und in heute noch gültiger Weise herausgearbeitet, auf Vorbilder für ein „Anderes Deutschland“ nach Hitler bedacht. Doch bald polarisierten politische Auseinandersetzungen die historische For-

87 Vgl. Beatrix Heintze: Walter Cramer (1886 bis 1944). Ein Leipziger Unternehmer im Widerstand. Köln 1993, S. 157 ; soeben jetzt auch Dies. (Hg.): Walter Cramer. Die letzten Wochen. Gefängnisbriefe und -notizen an seine Familie nach dem 20. Juli 1944. Leipzig 2013, S. 128.

88 Vgl. Ritter: Carl Goerdeler, S. 410f.

89 Vgl. Politische Schriften und Briefe. Bd. 2, S. 1248–1252, Zitat S. 1251.

90 Ritter: Carl Goerdeler, S. 415.

91 Vgl. Klemens von Klemperer: Carl Goerdeler: Patriot im Widerstand. Gedenkrede, in: Carl Goerdeler. Ehrung der Stadt Leipzig. Dokumentation. Leipzig 1995, S. 17–35, hier S. 33.

92 Spiegelbild einer Verschwörung, S. 178.

schung. Im Zeichen eines geschichtswissenschaftlichen Revisionismus entzauberte eine jüngere Historikergeneration die „Helden“ der Väter, entlarvte Goerdeler als parteienskeptischen autoritären Nationalkonservativen und kritisierte seine außen- und innenpolitischen Vorstellungen als hoffnungslos vormodern. Es dauerte eine Weile, bis auch seine moralische Integrität tangiert wurde, indem man einen gleichsam angeborenen, schichtentypischen Antisemitismus diagnostizierte und Goerdelers Haltung zur Judenfrage in Zweifel zog, dabei aber nicht zureichend würdigte, dass seine Planspiele einer bürgerlichen Segregation nicht 1932 oder 1933, sondern 1941 als Abwendung eines weitaus Schlimmeren entworfen wurden. Schließlich die kleinlichen Mutmaßungen und Unterstellungen auf der Grundlage eines rudimentären Leipziger Aktenbefunds, die in den revisionistischen Bahnen verbleiben. Für sie gilt insonderheit Marion Dönhoffs Seufzer, wie schwer es doch sei, „sich in vergangene Zeiten zu versetzen“<sup>93</sup>.

Nun erinnert uns Peter Hoffmann nachdrücklich daran, dass weder „Monumentalisierung noch Dämonisierung“<sup>94</sup> die angemessene Antwort auf unsere Fragen an den deutschen Widerstand sind. Dessen war sich auch die Stadt Leipzig bewusst, als sie 1991/92 mit der Benennung eines Teiles des Innerstädtischen Rings nach Goerdeler eine längst überfällige Ehrung vollzog und 1999 ihrem früheren Oberbürgermeister in der Nähe seiner einstigen Wirkungsstätte ein würdiges Denkmal errichtete.<sup>95</sup> Dass es sich nicht eben auffällig im Stadtbild präsentiert, ja gesucht werden will und den Betrachter durch eine Fülle einschlägiger Zitate aus Goerdelers Schriften zur Auseinandersetzung mit dessen Vermächtnis herausfordert, symbolisiert gleichsam den schwierigen Weg der historischen Annäherung.

---

93 Zitiert bei v. Klempner: Carl Goerdeler, S. 32 mit Anm. 21.

94 Ebd., S. 30.

95 Vgl. die anlässlich der Denkmalseinweihung am 8. September 1999 von der Stadt Leipzig herausgegebene Broschüre: Denkmal für Dr. Carl Friedrich Goerdeler (1884–1945) am Neuen Rathaus Leipzig, Leipzig 2002.



# Max Habermann und der gewerkschaftliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Probleme einer biographischen Rekonstruktion

Peter Rütters

## I.

„Das Zentrum des gewerkschaftlichen Widerstandes war der ‚Leuschner-Kreis‘, der sich im Anschluss an den Vereinigungsbeschluss vom Ende April 1933 gebildet hatte. Zu seiner Führungsspitze gehörten (außer Wilhelm Leuschner) Jakob Kaiser und Max Habermann vom ‚Gewerkschaftsflügel‘ des DHV.<sup>1</sup> Auch wenn diese pointierte Feststellung Ulrich Borsdorfs aus dem Jahr 1974 aus heutiger Sicht nicht nur in einem Punkt korrekturbedürftig ist,<sup>2</sup> verweist die Zuordnung von Max Habermann zu Wilhelm Leuschner (freie Gewerkschaften, Sozialdemokrat) und Jakob Kaiser (christlich-nationale Gewerkschaften, Zentrum) auf dessen prominente Rolle im gewerkschaftlichen Widerstand.

Max Habermann, der bis heute weit weniger bekannt ist als die beiden anderen Gewerkschaftsfunktionäre, war während der Weimarer Republik einer der einflussreichsten Spitzenfunktionäre des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV), der mitgliederstärksten Angestelltenorganisation dieser Zeit.<sup>3</sup> Im historischen Gedächtnis geblieben ist Max Habermann aber – worauf das einleitende Zitat hinweist –, weil er gemeinsam mit Wilhelm Leuschner

- 
- 1 Ulrich Borsdorf: Der Weg zur Einheitsgewerkschaft. in: Jürgen Reulecke (Hg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974, S. 385–413, hier S. 394.
  - 2 Zur kontroversen Einschätzung der Intensität der Beziehungen der ehemaligen (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsfunktionäre untereinander und von deren hierarchischen Verknüpfung in einer „Illegalen Reichsleitung“, an deren Spitze Wilhelm Leuschner gesehen wurde, vgl. Gerhard Beier: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945. Köln 1981, gestützt auf Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. Heidelberg 1946; neuerdings mit ähnlicher Intention auch Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer. Wiesbaden 2012; kritisch und skeptisch hingegen Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Hamburg 1993, S. 16, 207–211; ferner abwägend in der Einleitung zu: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5: Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945. Bearb. von Siegfried Mielke und Matthias Frese. Hg. von Siegfried Mielke und Hermann Weber. Köln 1999, S. 21–27.
  - 3 Zur Geschichte des Angestelltenverbandes vgl. Iris Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt/Main 1967; Dieter Fricke/Werner Fritsch: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV), in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 2. Leipzig 1984, S. 457–475.

und Jakob Kaiser seit Mitte der 1930er Jahre in Berlin einen kleinen Kreis ehemals hochrangiger Gewerkschaftsfunktionäre bildete. Als wegweisend gilt deren Verständigung über den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft, die nach einer Überwindung des NS-Regimes an die Stelle der Deutschen Arbeitsfront (DAF) treten und eine Wiederbelebung der konkurrierenden parteipolitisch und weltanschaulich gebundenen Gewerkschaften der Weimarer Republik verhindern sollte. In den Plänen für eine zentralistische Einheitsgewerkschaft, wie sie in den sogenannten Kaltenbrunner-Berichten wiedergegeben sind, wurden Max Habermann – neben Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser – mehrere einflussreiche Positionen zugewiesen.<sup>4</sup>

Strategische Relevanz im Hinblick auf die Überwindung des NS-Regimes erlangte der Gewerkschafterkreis durch die seit 1941/42 aufgenommenen Verbindungen zu Kreisen des zivilen und militärischen Widerstandes (Carl Goerdeler, Helmuth J. von Moltke/Kreisauer Kreis, Generaloberst Ludwig Beck, Oberstleutnant/Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg).<sup>5</sup> Eingebunden wurden die Gewerkschafter durch diese Verbindungen sowohl in gesellschaftspolitische Planungen für die Zeit nach Überwindung des Nationalsozialismus als auch – am Rande – in Vorbereitungen für einen militärischen Sturz des Regimes, was sie nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat auf Hitler der Verfolgung durch die Gestapo aussetzte.

Während sich Jakob Kaiser nach dem gescheiterten Attentat bis zum Kriegsende verstecken konnte, wurde Wilhelm Leuschner am 16. August 1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Plötzensee am 29. September 1944 hingerichtet. Max Habermann gelang es nach dem 20. Juli, sich mehr als drei Monate zu verbergen, bis er am 29. Oktober 1944 in Müden an der Aller verhaftet wurde. Er nahm sich im Gefängnis des Amtsgerichts von Gifhorn in der Nacht zum 30. Oktober das Leben.

## II.

Trotz ihrer intensiven Beziehung zum zivilen und militärischen Widerstand und ihrer Einbindung in das Stauffenberg-Attentat haben die Gewerkschafter

4 Vgl. Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Bd. 1. Stuttgart 1984, S. 383–387, 496–501; auch Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5, S. 294–300 (Dok. 51).

5 Die Gewerkschafter hatten unterschiedliche Verbindungen zu den einzelnen Widerstandskreisen; beispielsweise waren Jakob Kaiser und Max Habermann nicht in den Kreisauer Kreis einbezogen, zu dem hingegen Wilhelm Leuschner und Hermann Maaß seit 1941/42 Kontakt pflegten, vgl. Helmuth J. von Moltke: Briefe an Freya 1939–1945. Hg. von Beate Ruhm von Oppen. München 1995; Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967.

– im Vergleich zu den zivilen (bürgerlichen) und militärischen Akteuren – bislang keine ähnlich vielfältige biographische Beachtung erhalten. Über Jakob Kaiser, Wilhelm Leuschner und Max Habermann liegen bisher keine heutigen wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Biographien vor. Die Biographie über Jakob Kaiser als „Widerstandskämpfer“ von Elfriede Nebgen, langjährige Mitarbeiterin, Lebensgefährtin und späte Gattin Jakob Kaisers, bietet zwar viel Selbsterlebtes und von Jakob Kaiser Berichtetes, sperrt sich jedoch gegen eine quellenkritische Rezeption.<sup>6</sup> Zu Wilhelm Leuschner finden sich neben der frühen Biographie von Joachim G. Leithäuser<sup>7</sup>, die großzügig auf nachvollziehbare Quellennachweise verzichtet, zahlreiche kürzere Darstellungen zu unterschiedlichen Aspekten seines Tuns<sup>8</sup>. Und trotz der jüngst vorgelegten faktenreiche Darstellung von Axel Ulrich über Wilhelm Leuschners Widerstandsaktivitäten<sup>9</sup> mangelt es auch für diesen Spitzengewerkschafter an einer Biographie, die mit den gehaltvollen biographischen Darstellungen über einzelne Akteure des zivilen und militärischen Widerstandes (insbesondere des Goerdeler- und des Kreisauer Kreises sowie zum Umfeld des Stauffenberg-Attentats) „mithalten“ könnte. Es wird nicht überraschen, wenn auch für Max Habermann ein biographisches Defizit festgestellt werden muss.

---

6 Vgl. Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart 1967; diese Biographie ist Teil einer dreibändigen Gesamtbiographie, zu der noch: Erich Kosthorst: Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer. Stuttgart 1967, und Werner Conze: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart 1967, gehören. Zu Kaiser vgl. auch die Einleitung in: Tilman Mayer (Hg.): Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Köln 1988. – Jakob Kaiser selbst hat darauf verzichtet, Memoiren oder eine Autobiographie zu verfassen; auch seine Erinnerungsaufsätze zu Todestagen von Max Habermann und Wilhelm Leuschner sowie Gedenkreden und Gedenkaufsätze zum 20. Juli beschwören vor allem Erinnerung, Gemeinsamkeit und Verantwortung für die Zukunft, bieten indes kaum detaillierte Darstellungen und Fakten, mit deren Hilfe die Widerstandsaktivitäten der Gewerkschafter rekonstruiert werden könnten; vgl. die Wiedergabe verschiedener Texte in: Mayer: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot.

7 Vgl. Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik. Köln 1962.

8 Vgl. u. a. Gerhard Beier: Wilhelm Leuschner, in: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hg.): 20. Juli. Porträts des Widerstands. Düsseldorf 1994, S. 257–276; Hans Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, in: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Bd. 1: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirken in Europa. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag. Hg. von Ursula Büttner unter Mitwirkung von Werner Johe und Angelika Voß. Hamburg 1986, S. 347–361; Peter Steinbach: Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstands. München 2004, S. 111–127; Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel“, S. 239–259; Johannes Tuchel: Zur Verfolgung von Gewerkschaftern nach dem 20. Juli 1944. Die Gestapo-Ermittlungen und der Schauprozess gegen Wilhelm Leuschner vor dem nationalsozialistischen „Volksgerichtshof“, in: Ursula Bitzegeo/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik. Bonn 2009, S. 329–360, hier auch in Anm. 1 Hinweise auf weitere Literatur zu Leuschner.

9 Ulrich: Wilhelm Leuschner.



Die wenigen Kurzbiographien, die einen Überblick über Max Habermanns Leben und Wirken vermitteln,<sup>10</sup> bieten keinen hinreichenden Ersatz. Auch die unveröffentlichte „biographische Studie“ von Albert Krebs, mit 84 Typoskript-Seiten der bislang umfangreichste Text, changiert zwischen biographischer Skizze über Max Habermann, längeren Passagen, in denen Albert Krebs eine autobiographische Selbstdarstellung bietet, und Schilderungen seiner Begegnungen mit dem DHV-Spitzenfunktionär.<sup>11</sup> Immerhin findet sich in dieser Studie sowie in Albert Krebs Habermann-Artikel in der *Neuen Deutschen Biographie* (NDB) eine Anzahl von Hinweisen zum Werdegang Max Habermanns, auf dessen Familienverhältnisse, Schul- und Berufsausbildung, berufsverbandliches Engagement vor dem 1. Weltkrieg und die mit freiwilliger Meldung begonnene Kriegsteilnahme von 1914 bis 1918 und auch über das gewerkschaftspolitische und politische Engagement in der Weimarer Republik. Alles in allem bleiben die aus diesen Darstellungen zu entnehmenden Angaben zur persönlichen Entwicklung Max Habermanns und die Hinweise auf sein politisches und gewerkschaftspolitisches Agieren sehr lückenhaft. Schließlich werden noch in Würdigungen wie in Annedore Lebers „Das Gewissen entscheidet“<sup>12</sup> und in Gedenkartikeln, wie sie Jakob Kaiser bereits 1945 über Max Habermann verfasst hat<sup>13</sup>, biographische Details erwähnt. Insgesamt jedoch sind die vorliegenden Darstellungen auch zusammengenommen kaum geeignet, eine politische Biographie über Max Habermann, über sein Wirken in der Weimarer Republik und insbesondere über seinen Beitrag zum gewerkschaftlichen Widerstand in der NS-Zeit zu ersetzen.<sup>14</sup>

Das Desiderat einer politischen Biographie über Max Habermann resultiert nicht nur aus dem über lange Zeit sehr geringen wissenschaftlichen Interesse an Gewerkschafter(innen)-Biographien.<sup>15</sup> Als Hindernis muss auch das Fehlen

10 Vgl. Hans Bechly: Habermann, in: Ludwig Heyde (Hg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Bd. 1. Berlin 1931, S. 741f.; Albert Krebs: Habermann, Hans Max, in: NDB. Bd. 7. Berlin 1966, S. 397f.

11 Albert Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, Ms., o. O., o. J., in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte.

12 Annedore Leber (Hg.): Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensläufen. Berlin 1960, S. 100ff.

13 Jakob Kaiser: Max Habermann: Zu seinem Todestag am 30. Oktober 1944, Artikel in: Neue Zeit, 30. Oktober 1945, abgedruckt in: Mayer: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. S. 189–191, hier S. 190.

14 Dieses biographische Defizit findet eine Fortschreibung in den Studien zum zivilen und militärischen Widerstand und zum 20. Juli. Sofern in ihnen auf die Beteiligung und den Beitrag des Gewerkschafterkreises um Leuschner, Kaiser und Habermann eingegangen wird, reproduzieren sie fast ausschließlich den Informationsstand von drei Quellen: Elfriede Nebgens Biographie über Jakob Kaiser, die Leuschner-Biographie von Joachim G. Leithäuser sowie die sogenannten Kaltenbrunner-Berichte.

15 Zum Biographie-Problem in der Gewerkschaftsforschung vgl. Ulrich Borsdorf: Deutsche Gewerkschaftsführer – biographische Muster, in: Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer/Ger-

eines geschlossenen Nachlasses gesehen werden.<sup>16</sup> Doch scheint es durchaus möglich zu sein, durch Akten von Verfolgungsbehörden<sup>17</sup>, Entnazifizierungs-<sup>18</sup> und Wiedergutmachungsakten<sup>19</sup>, erhalten gebliebene Korrespondenz-Splitter<sup>20</sup> sowie Hinweise auf Max Habermann in autobiographischen Publikationen von Zeitgenossen<sup>21</sup> einige Facetten seines politischen Agierens und seines Widerstandshandelns zu rekonstruieren.

---

hard Leminsky/Heinz Markmann (Hg.): Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Köln 1977, S. 11–41; Peter Rütters: Methodisch-konzeptionelle Schwierigkeiten mit Gewerkschafter(innen)biographien, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 41 (2005) 4, S. 508–517. – Erst in den letzten Jahren zeigt sich ein beachtlicher Wandel nicht zuletzt aufgrund der Zugänglichkeit und systematischen Nutzung von Quellen wie Wiedergutmachungsakten und Opfer des Faschismus (OdF)-Akten neben den Akten der „Verfolger“-Institutionen wie des Volksgerichtshofes und der Oberlandesgerichte. Wegweisend für diesen Forschungsweg sind die von Siegfried Mielke herausgegebenen Sammelbände zu Gewerkschaftern in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, zum Gewerkschaftswiderstand von Frauen und zum Widerstand ehemaliger Metallgewerkschaftsfunktionäre, vgl. Siegfried Mielke (Hg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch. Bd. 1–3. Berlin 2002, 2003, 2005; Ders. (Hg.): Gewerkschafterinnen im NS-Staat: Verfolgung, Widerstand, Emigration. Essen 2008; Ders./Stefan Heinz (Hg.): Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung. Berlin 2012.

- 16 Im Winter 1942 oder 1943 hatte Max Habermann viele persönliche Unterlagen verbrannt, die ihn oder Dritte in irgendeiner Weise hätten belasten können. Mitteilung von Günther Habermann.
- 17 Vgl. Bundesarchiv (BArch), VGH/Z-B 488; Stadtarchiv Bielefeld, 250,1 NSDAP, 1937–1939, 18: Unterlagen zu einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer landesverräterischen Handlung (nach § 90f. StGB) wegen der Verbreitung einer kritischen Denkschrift über die wirtschaftlichen Folgen des Vierjahresplanes von 1936, das Ende 1937 gegen August Bratvogel, Lothar Gebke, Ernst Kettembeil, Friedrich Holzapfel und Max Habermann von der Staatsanwaltschaft in Bielefeld eingeleitet und zwei Jahre später eingestellt wurde; zu dem Verfahren auch: Christopher Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), in: Historisch Politische Mitteilungen 12 (2005), S. 129–157.
- 18 Vgl. Landesarchiv NRW Rheinland, NW 1062, Nr. 849, Entnazifizierungsakte Lothar Gebke, der von Max Habermann in seiner Großhandlung für Papier und Bürobedarf (Bott KG) 1935/36 beschäftigte war.
- 19 Vgl. Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254 (OdF-Akte Anna Habermann); Staatsarchiv Hamburg: 351-11, Sign. 53884 (Wiedergutmachungsakte Anna Habermann).
- 20 Reste der familiären Korrespondenz befinden sich im Privatarchiv von Günther Habermann (Berlin), dem jüngsten Sohn von Max Habermann. Daneben finden sich Hinweise auf politische Aktivitäten Max Habermanns im Nachlass von Korrespondenzpartnern, beispielsweise im Archiv von Erwin Guido Kolbenheyer; vgl. hierzu auch Siegfried Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt. Politisches Buchmarketing im „Dritten Reich“, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 38 (1992), S. 1–189.
- 21 Vgl. Gottfried R. Treviranus: Für Deutschland im Exil. Düsseldorf 1973.

## III.

Ebenso bemerkenswert wie gemeinsam sind in diesen Darstellungen – bezogen auf Max Habermann – zwei Aspekte: (1) Durchweg wird darauf verzichtet, der Frage nachzugehen, was Max Habermann, der bis 1933 als einer der einflussreichsten Spitzenfunktionäre des DHV galt, für Jakob Kaiser und insbesondere für den Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner ebenso akzeptabel machte wie für die Akteure des bürgerlichen und militärischen Widerstandes (Goerdeler, Beck, Stauffenberg etc.). Immerhin war Max Habermann bis 1933 ein führender Repräsentant einer explizit antisemitischen Angestelltenvereinigung, die auch in der Weimarer Zeit ihre Frontstellung gegen die Sozialdemokratie nicht aufgegeben hatte und politisch gegen die Demokratie, den Parlamentarismus und die Verfassung der Weimarer Republik mobilisierte. Auch (2) wird Max Habermanns spezifischer Beitrag zu den konzeptionellen Überlegungen für die Bildung einer richtungsübergreifenden zentralistischen Einheitsgewerkschaft nicht erkennbar, auch nicht, ob und welche Differenzen zwischen Leuschner, Kaiser und Habermann bestanden und ob er, ähnlich wie es für Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser in der Widerstandsliteratur herausgestellt wird, Verbindungen zu ehemaligen Verbandsfunktionären aufrechterhalten hatte, die darauf gerichtet waren, dass auch diese Gewerkschafter nach einem Regime-Sturz für eine gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Neuordnung zur Verfügung stehen würden.

Was machte Max Habermann, den ehemaligen Spitzengewerkschafter des DHV, zu einem Protagonisten des gewerkschaftlichen Widerstandes? Was machte ihn akzeptabel für Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner? Und welche gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen vertrat er?

Max Habermann – 1885 in Altona geboren, Buchhändler-Lehre, ab 1907 Angestellter des DHV – war, wie bemerkt, einer der einflussreichsten Spitzenfunktionäre des DHV in der Weimarer Republik. Seit 1913 gehörte er der „Verwaltung“, d. h. dem Vorstand, des DHV an, dessen zentrales Verbandsorgan, die *Deutsche Handelswacht*, er als Schriftleiter betreute. Gegen Ende der Weimarer Republik galt als sicher, dass er Nachfolger des Verbandsvorsitzenden Hans Bechly werden würde.<sup>22</sup>

Der DHV war ein Berufsverband für männliche kaufmännische Angestellte, der sich unter den Bedingungen der Weimarer Republik zu einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung wandelte, um als tarifvertragsfähiger Verband anerkannt zu werden. Kennzeichnend für die Angestelltenorganisation waren

22 Aus politisch-pragmatischen Erwägungen wurde er durch Beschluss der Delegiertenkonferenz des DHV im Jahr 1932 als designierter Verbandsvorsitzender durch Hermann Miltzow, ebenfalls langjähriges Vorstandsmitglied des DHV, ersetzt, von dem der DHV-Vorstand annahm, dass er sich gegenüber der NSDAP-Führung weniger als Max Habermann exponiert habe.

neben der Beschränkung auf männliche Angestellte der Ausschluss von Juden von der Mitgliedschaft sowie eine programmatische und mitgliedermäßige Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie. Gesellschaftspolitisch propagierte der Verband seit seiner Gründung 1893 mehr oder weniger radikal einen völkisch-kulturellen Antisemitismus. Politisch verhielt sich der DHV skeptisch bis ablehnend gegenüber der Weimarer Republik und dem Parlamentarismus, den er gleichwohl für seine Interessen mit einer Politik der „Querverbindungen“ zu instrumentalisieren suchte. Zielgerichtet unterstützte der DHV finanziell und organisatorisch Verbandsmitglieder von der Zentrumspartei bis zur NSDAP, die ein politisches Mandat anstrebten oder innehatten. Der Verband erwartete, dass sich diese Verbandsmitglieder in den Fraktionen ihrer Parteien im Reichstag, in den Landtagen und in kommunalen Selbstverwaltungsgremien für die Angestelltenpolitik des DHV einsetzen würden. Mit diesem Konzept vertrat der DHV letztlich nicht nur eine antiparlamentarische, sondern auch eine den Parteienpluralismus abweisende Position, die offen war für einen autoritären Staat und eine (undeutliche) ständische Repräsentation des Volkes.<sup>23</sup> Politisch stand der DHV mit seiner Programmatik am rechten Rand des Gewerkschaftsspektrums. Er gehörte zu den Verbänden, die 1919 den christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gründeten. Dem christlichen Dachverband, dem die christlichen Gesamtverbände der Arbeitergewerkschaften, der Angestelltenverbände und der Beamtenorganisationen angehörten, war der DHV über seine Mitgliedschaft im Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag)<sup>24</sup> angeschlossen. Der DHV war die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft im Gedag und mittelbar im DGB.

---

23 Zu den verbreiteten antiparlamentarischen, antipluralistischen und staatsautoritären Positionen in der Weimarer Republik vgl. Andreas Wirsching: Koalition, Opposition, Interessenpolitik. Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus, in: Marie-Luise Recker (Hg.): Parlamente in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich. München 2004, S. 41–64, hier S. 42ff. Hans Bechly, Verbandsvorsteher (= Vorstandsvorsitzender) des DHV, hatte in einem Aufsatz in „Deutsche Handelswacht“ unter der Überschrift „Parlament und Staatsführung“, worauf Iris Hamel aufmerksam macht, anlässlich der Reichstagswahlen von 1928 „die große Bedeutung der Wirtschaftsverbände im politischen Leben hervorgehoben“ und betont, dass die „wirtschafts- und sozialpolitischen Willenszentren“ nicht mehr „die politischen Parteien, sondern die überparteilichen Organisationen“ seien, die „von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen auf alle Parteien“ einwirken und diese „mehr und mehr“ durchdringen würden. Letztlich ging Bechly davon aus, dass sich der Parlamentarismus überlebt habe, Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 215f.

24 Vgl. Georg Borst: Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag), in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Hg. von Ludwig Heyde. Bd. 1. Berlin 1931, S. 607f.; Werner Fritsch: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) 1919–1933, in: Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 3. Leipzig 1985, S. 9–13.

Max Habermann nahm bereits als Mitglied der 10-köpfigen Verwaltung (Vorstand) des DHV eine einflussreiche Position ein. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeiten lag in der Informations-, Propaganda- und Bildungsarbeit. Langjährig betraut mit der Schriftleitung der *Deutschen Handelswacht* (DHW), prägte er das politische und propagandistische Profil der Angestelltenorganisation. Verstärkt wurde die gesellschaftspolitische Breitenwirkung des DHV, indem Max Habermann Vorsitzender des Aufsichtsrats von zwei dem DHV gehörenden Verlagen, der Hanseatischen Verlagsanstalt (HAVA) und seit Ende 1928 dem Georg Müller Verlag war.<sup>25</sup> In diesen Positionen nahm er Einfluss auf die politisch-ideologische Ausrichtung der Publikationsprogramme beider Verlage, die er auf eine völkische, nationalistische, antisemitische und staatsautoritäre Ideologie zu verpflichten versuchte.

Neben der Bildungspolitik und neben der gezielten Unterstützung von Abgeordneten durch die DHV-Politik der „Querverbindungen“ unterhielt Max Habermann im Rahmen seiner DHV-Funktionen engere Beziehungen zu einflussreichen Politikern der Weimarer Republik, u. a. zu Heinrich Brüning, langjähriger Generalsekretär des christlichen DGB, Zentrumsabgeordneter im Reichstag und Reichskanzler (1930–1932),<sup>26</sup> und zu Gottfried Treviranus. Dessen Bruch mit der DNVP und dessen Beteiligung an der Bildung der Volkskonservativen Vereinigung (VKV)/Konservativen Volkspartei (KVP) im Jahr 1930 wurden von Max Habermann mit Mitteln, die der DHV für die Parteibildung zur Verfügung stellen konnte, unterstützt.<sup>27</sup>

Das verbandsgebundene politische Engagement Max Habermanns äußerte sich auch in seinen Bemühungen, nach den Reichstagswahlen im September 1930, bei denen die NSDAP unerwartet 107 Abgeordneten (1928: 12) erlangte, eine Kooperation zwischen dem Reichskanzler Hermann Brüning (Zentrum)

- 
- 25 Vgl. Andreas Meyer: Die Verlagsfusion Langen-Müller. Zur Buchmarkt- und Kulturpolitik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens* 32 (1989), S. 1–273, hier S. 38f.; ferner Lokatis: *Hanseatische Verlagsanstalt*, S. 1–189.
- 26 Vgl. Erasmus Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 30). Düsseldorf 1965, S. 64. Jonas hebt hervor, dass die Ernennung Brünings, der seit 1920 Geschäftsführer des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), seit 1924 für das Zentrum Abgeordneter im Reichstag und seit 1929 Fraktionsvorsitzender der Zentrumsparterie war, von einem „Kreis rechtsgerichteter Politiker“ getragen wurde, die in Brüning „den kommenden Mann“ sahen“ und selbst ein „politisch bedeutendes Netz von ‚Querverbindungen‘“ bildeten, dem mit nicht geringem Einfluss Max Habermann angehörte.
- 27 Vgl. Treviranus: *Für Deutschland im Exil*, S. 76; ferner Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933*; Ulrich Roseke: *Volkskonservative Vereinigung (VKV) 1930–1933*, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*. Hg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 4. Leipzig 1986, S. 423–430.

und Adolf Hitler (NSDA) zu vermitteln, um für das Präsidialkabinett unter dem Reichskanzler Brüning eine parlamentarische Unterstützung unter Ausschluss der SPD und der DNVP zu arrangieren.<sup>28</sup> Die Intention solcher Unterstützungen und Vermittlungen richtete sich darauf, einen antiparlamentarischen Systemwandel im Rahmen und mit den Mitteln der Weimarer Verfassung herbeizuführen, um die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik zu einem staatsautoritären Gebilde mit dem Reichspräsidenten als zentraler politischer Instanz umzubauen. Das vom Reichspräsidenten abhängige Präsidialkabinett Heinrich Brünings entsprach der von Max Habermann<sup>29</sup> mitgetragenen Forderung der Volkskonservativen Vereinigung nach „mehr Macht dem Reichspräsidenten“, d. h. der Forderung nach einer Stärkung der Präsidialgewalt gegenüber Parlament und Parteien. Und sie galt als „legaler Kurs“, mit dem „die Vorbedingung für einen dauerhaften, nicht durch gewaltsame Eingriffe diskreditierten ‚stillen Verfassungswandel‘“ geschaffen werden sollte.<sup>30</sup> Diese gegen den Parteienpluralismus der Weimarer Republik gerichtete Position, die eine (im Detail unklare) ständische Interessenrepräsentation präferierte, mag Max Habermann durch seine Erfahrungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, dem er ein Jahrzehnt (1920–1930) als DHV-Vertreter angehörte, bestätigt gefunden haben.<sup>31</sup>

---

28 Vgl. Albert Krebs: *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei.* Stuttgart 1959, S. 31–34, 140f.; Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933*, S. 107f. – Nach dem hohen Stimmenzuwachs der NSDAP in den Septemberwahlen führte Brüning am 5. Oktober 1930 ein Sondierungsgespräch mit Hitler über die Bereitschaft der NSDAP zu einer aktiven Mitarbeit; vermittelt wurde dieses Gespräch anscheinend von Max Habermann, „der seit geraumer Zeit vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband aus eine ‚Rechtsfront‘ von Zentrum bis NSDAP vorzubereiten suchte“, Josef Becker: *Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930–1932*, in: *Historische Zeitschrift* 196 (1963) 1, S. 74–111, hier S. 81, mit Bezug auf Krebs: *Tendenzen und Gestalten der NSDAP*, S. 30.

29 Einen entsprechenden programmatischen, politischen und organisatorischen Einfluss war Habermann als Mitglied des „Volkskonservativen Führerrings“, des Leitungsorgans der Volkskonservativen Vereinigung auf Reichsebene, bemüht auszuüben. Vgl. Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933*, S. 103. Jonas (S. 143f.) gelangt zu der Einschätzung: „Die Hauptstütze der volkskonservativen politischen Arbeit – finanziell, organisatorisch und personell – war der ‚Deutschnationale Handlungsgehilfenverband‘ (DHV). Vor allem durch seinen Generalsekretär [!] Max Habermann, der gleichzeitig Mitglied des Führerrings der Volkskonservativen Vereinigung war, und durch den Reichstagsabgeordneten Lambach war er maßgeblich an ihr beteiligt.“ Habermann galt neben Kuno von Westarp als „der ‚politische Kopf‘ der Volkskonservativen“, ebd., S. 144, Anm. 1.

30 Ebd., S. 150f.

31 Vgl. Joachim Lilla: *Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1933. Zusammensetzung – Dokumentation – Biographien. Unter Einschluss des Wirtschaftsbeirats des Reichspräsidenten 1931 und des Generalrats der Wirtschaft 1933 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 17).* Düsseldorf 2012, S. 375; ferner *Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1927–1932*. Hg. vom Büro des vorläufigen RWR. Berlin 1933, S. 306.

Als Spitzenfunktionär des mitgliederstarken und einflussreichen DHV trat Max Habermann trotz der nationalistischen Programmatik des Angestelltenverbandes auch auf internationaler Ebene hervor. Im Rahmen des Gesamtverbandes deutscher Angestelltergewerkschaften gehörte er zu den Initiatoren für die Bildung des Internationalen Bundes christlicher Angestelltenverbände (IBCAV),<sup>32</sup> dessen Vorsitzender er von der Gründung im September 1921 bis Juni 1933 war.<sup>33</sup> Die Bildung der christlichen Angestellten-Internationale reagierte vor allem auf drei Entwicklungen: der IBCAV sollte „ein Gegengewicht (...) gegen die sonst völlig uneingeschränkte Vormachtstellung der freien (sozialistischen) Angestelltenbewegung in allen internationalen Beziehungen“ schaffen; mit Hilfe der Fachinternationale sollte die Mitwirkung in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erreicht und Einfluss auf die internationalen Normierungsbemühungen des Arbeits- und Sozialrechts gewonnen werden; nicht zuletzt gewann die Einsicht Geltung, „dass wichtige sozialpolitische Fragen nur im Zusammenwirken mit anderen Ländern zu lösen sind“.<sup>34</sup> Dennoch wurde, wie es Max Habermann 1928 skizzierte, für christlich-nationalistische und anti-sozialistische Angestelltenverbände zu einem Problem, dass „internationale Verbindungen sozialpolitischer Natur (...) allzu leicht belastet mit der internationalen Ideologie des Marxismus“ gesehen wurden, „die sich in der Vorstellungswelt der sozialistischen Arbeiter meistens zur Leugnung des völkischen Eigenlebens der Nationen ausgewirkt hat, dem eine internationale Klassensolidarität übergeordnet wird.“ Dem setzte Habermann als Ausgangspunkt für die „Entwicklung unseres Bundes“ die „Grundtatsache des nationa-

32 Der Gründung dieser „Fachinternationale“ ging im Juni 1920 in Den Haag die Etablierung des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) als Zusammenschluss der nationalen Dachverbände der christlichen Arbeitergewerkschaften voraus. Im Laufe der 1920er Jahre formalisierten sich die Beziehungen zwischen den Berufsinternationalen und dem IBCG in der Weise, dass die Berufssekretariate auf den Kongressen und im Ausschuss (jährlich zwischen den Kongressen tagendes Entscheidungsgremium) des IBCG vertreten sein konnten und sogar über ein beschränktes Stimmrecht verfügten. Vgl. Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften: Die Arbeit der christlichen Gewerkschaftsinternationale 1925–1928. Utrecht 1929, S. 318ff., 453ff.; Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften: Die Arbeit der christlichen Gewerkschaftsinternationale 1928–1932. Utrecht 1932, S. 491f., 567ff.

33 Max Habermann wurde auf dem Gründungskongress (22. September 1921) als Vertreter des mitgliederstärksten Verbandes zum Vorsitzenden gewählt und von den folgenden Kongressen (1925 in Luzern, 1927 in Amsterdam und 1929 in München) bestätigt. Nach dem Verlust seiner Position im Vorstand („Verwaltung“) des DHV und der Auflösung der Gedag (Anfang Mai 1933) entfielen für ihn die organisatorische Voraussetzung für seine Position als Vorsitzender der christlichen Angestellten-Internationale. Offiziell legte er diese Funktion am 26. Juni 1933 nieder, vgl. Internationaler Bund Christlicher Angestelltenverbände: Geschichte, Programm, Organisation. Hamburg 1962, S. 3.

34 Gustav Schneider: Internationale Angestelltenbewegung, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Hg. von Ludwig Heyde. Bd. 1. Berlin 1931, S. 797–802, hier S. 800.

len Eigenlebens der Völker“ entgegen, basierend auf den „Ewigkeitswerten“ des christlichen Glaubens.<sup>35</sup> Programmatisch blieb das internationale Engagement des DHV der nationalen Gewerkschaftspolitik untergeordnet. Praktisch unterstützte er die erfolgreichen Initiativen, in der ILO die Interessen der Angestellten stärker zur Geltung zu bringen. Gegenüber seinen Mitgliedern ging der DHV mit seinem internationalen Engagement jedoch sehr reserviert um.

Bereits diese skizzenhafte Auflistung der verschiedenen Positionen und Aufgabenbereiche Max Habermanns während der Weimarer Republik weist auf einen beachtlichen gesellschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Einfluss hin. Mit Blick auf diesen beachtlichen (potentiellen) Einfluss wurde er nach dem Verlust seiner DHV-Funktionen und nach der Abwendung vom NS-Regime als Kooperationspartner für Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner von Interesse.

#### IV.

Da Max Habermann Spitzenfunktionär eines – wie bemerkt – explizit antisemitischen Angestelltenverbandes mit hoher Affinität zum Nationalsozialismus in der Endphase der Weimarer Republik war, bedarf es zumindest auch einer kurzen Erörterung der von ihm vertretenen ideologischen Position. Diese bildete aber offensichtlich – das kann vorweg festgestellt werden – für die Kooperation der drei ehemaligen Gewerkschafter während der NS-Zeit kein Hemmnis.

Von Gerhard Beier wurde Max Habermann als ein „alter Antisemit“ charakterisiert, der „zum gewerkschaftlichen Widerstand über[ging], als er die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren konnte“<sup>36</sup>. Weder Annedore Lebers<sup>37</sup> kurze Habermann-Biographie in „Das Gewissen Entscheidet“ noch die biographische Skizze zu Max Habermann, die Elfriede Nebgen in ihrer Jakob-Kaiser-Biographie<sup>38</sup> anbietet, teilen Beiers Auffassung. Nebgen sieht Max Habermann „konservativ in Gesinnung und Haltung, von der tiefen Gläubigkeit eines evangelischen Christen geprägt, dazu ausgestattet mit einem ausgesprochenen Zug von vergeistigter Lebensbejahung“.<sup>39</sup>

Der DHV legte seit seiner Gründung im Jahr 1893 in Hamburg in seiner Satzung fest, dass „Juden und in einem bewussten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen (...) keinerlei Mitglieder-

---

35 Internationaler Bund Christlicher Angestelltenverbände: Mitteilungen, 1928, Nr. 1, S. 1 f.

36 Beier: Die illegale Reichsleitung, S. 38.

37 Leber: Das Gewissen entscheidet, S. 100–102.

38 Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 50ff.

39 Ebd., S. 50, und ihre Charakterisierung, ebd., S. 96.



rechte erwerben“ können.<sup>40</sup> Begleitet war der Ausschluss von Juden durch eine in ihrer Deutlichkeit und Aggressivität nicht zu übersehende antisemitische Propaganda und Kulturpolitik der Angestelltenorganisation.<sup>41</sup> Es ist unwahrscheinlich, dass ein Spitzenfunktionär des Verbandes, der bis 1933 mehr als zwei Jahrzehnte hauptamtlich für den DHV gearbeitet und dessen Politik und Propaganda mitgestaltet hatte, dessen antisemitische Tradition und Politik nicht teilte und sich von dessen ideologischer Ausrichtung distanzierte, wie es Elfriede Nebgen vermutete.<sup>42</sup> Einer der wenigen überlieferten autobiographischen Texte Max Habermanns, welcher im „Jahrbuch für den Deutschnationalen Kaufmannsgehilfen“ des DHV von 1927 zu finden ist,<sup>43</sup> kann hier weiterhelfen.

Max Habermann ging hier u. a. auf seine literarische Bildung ein, die er während seiner Lehrzeit und seiner ersten Anstellung als Buchhändler erfuhr. Sehr spöttisch stellte er fest: „In unserem Geschäft [während der Ausbildungszeit] wurde viel ‚moderne‘ Literatur gekauft. Alles was von der Jahrhundertwende an durch den Verlag S. Fischer in Berlin an jüdischen Geistesgrößen auf das deutsche Volk losgelassen wurde, kam durch meine Hände. Namen wie Felix Holländer und Jacob Wassermann wurden damals gerade in Mode gesetzt.“<sup>44</sup> Für seine „innere Entwicklung“ entscheidend sah Max Habermann die Rezeption der „viel verlästerte[n] *Geschichte der deutschen Literatur* von Adolf Bartels“ an<sup>45</sup>: „Durch sie wurde mir zum erstenmal der Blick für das Ganze der deutschen Geistesentwicklung geschärft und in mei-

40 So die Formulierung des § 7 in der Neufassung aufgrund der Statutenänderung des Stuttgarter Verbandstages des DHV im Jahr 1909, in: Fricke/Fritsch: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, S. 457–475, hier S. 460. In der Fassung von 1893, dem Gründungsjahr des DHV, lautete der entsprechende Paragraph 2: „Mitglied kann jeder unbescholtene Handlungsgehilfe werden, jedoch sind Juden und nachweislich von Juden abstammende Personen von der Aufnahme ausgeschlossen“, zitiert nach Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 53.

41 Vgl. hierzu mit vielen Hinweisen Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft.

42 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 96; sie charakterisiert Habermann „fern von völkischer und nationalistischer Haltung, wie sie manchen Vertretern seiner damaligen Organisation eigen war“.

43 Max Habermann: Wie ich zum Verbands kam, in: DHV: Jahrbuch für Deutschnationale Kaufmannsgehilfen 1927, 26. Jahrgang, S. 49–53.

44 Ebd., S. 50.

45 Zur Literaturgeschichte Adolf Bartels vgl. die lesenswerte und amüsante Rezension von Ignaz Wrobel (Kurt Tucholsky): Herr Adolf Bartels, in: Die Weltbühne, Nr. 12, 23. März 1922, S. 291, in der es fast resignierend heißt: „Das wird gekauft; daraus schöpfen Hunderttausende ihre Kenntnis von der Literatur des eigenen Landes; ein solch liederliches, törichtes und unwissenschaftliches Geschmier vertreibt der [Leipziger H. Haessel-]Verlag.“ Vgl. auch Volkhard Knigge: Professor Bartels‘ Bücher. Nicht nur Goethe, Liszt und Bauhaus: Zu Weimar gehört auch Adolf Bartels, einer der einflussreichsten Propheten des Nationalsozialismus, in: Die Zeit, Nr. 47, 11. November 2004.

nem Herzen der Stolz auf die geistigen Leistungen unseres Volkes entfacht. Adolf Bartels“; so Habermann weiter, „zog aber auch den Schleier fort von dem Einbruch des Judentums in die deutsche Geisteswelt angefangen bei Heine, Börne, Rahel Levin<sup>46</sup> und endigend mit den Allerneusten aus dem ‚modernen‘ Verlag S. Fischer.“ Es fehlt hier auch nicht der Hinweis auf den später so genannten Berliner Antisemitismus-Streit, indem das ebenso beliebte wie nachhaltig verfälschte und aus dem Zusammenhang gerissene Mommsen-Zitat von Habermann aufgegriffen wird, indem er lakonisch bemerkte: „Als ich anfang selbst zu denken, wurde ich gleich auf das Judentum als ‚Ferment der Dekomposition‘ gestoßen, wie es einmal der große Historiker Mommsen genannt hat.“<sup>47</sup> Zu dieser ideologisch-politischen Orientierung zählte für ihn auch – zumindest hielt er es in seiner autobiographischen Skizze für erwähnenswert –, dass er noch während seiner ersten Anstellung in einer Buchhandlung mit Joseph Arthur de Gobineaus „Essay über die Ungleichheit der Menschenrassen“ bekannt wurde und die Parteigründung des antisemitischen Publizisten Max Liebermann von Sonnenberg wahrnahm.

Es mag dahingestellt sein, ob Max Habermann diese ideologisch-politische Bildung in dieser Weise und mit dieser bemerkenswerten antisemitischen Einseitigkeit in den wenigen Jahren nach der Wende zum 20. Jahrhundert tatsächlich erlebte oder ob hier nicht ein Selbstbild entworfen wurde, das den jungen Buchhändler ziemlich geradlinig zum DHV und zu dessen deutschnationalem und antisemitischem Politik- und Gesellschaftsverständnis gelangen ließ. Hinsichtlich der späteren Charakterisierungen Max Habermanns, wie sie oben erwähnt wurden, mag es keinen Anlass geben, über seinen „völkisch-kulturellen“ Antisemitismus in Zweifel zu bleiben. Dieser „völkisch-kulturelle“ Antisemitismus hatte bekanntlich eine durchaus gesellschaftspolitische Dimension, indem er die intellektuelle und politische Akzeptanz für den Rassismus des Nationalsozialismus vorbereitete.

In seiner Manuskript gebliebenen Geschichte des DHV drückte es Max Habermann 1934 dann so aus: „In ihrer Ablehnung des jüdischen Einflusses, im leidenschaftlichen Kampf gegen den Marxismus und in einer durch und durch sozialen Haltung deckten sich die Grundlagen des Nationalsozialismus mit dem Gesetz, nach dem der DHV angetreten war.“<sup>48</sup> Oder mit mehr phrasenhaftem Pathos: Bezogen auf den Nationalsozialismus sei der DHV „am meisten

---

46 Gemeint ist Rahel Varnhagen von Ense, geb. Levin.

47 Habermann: *Wie ich zum Verbands kam*, S. 51; vgl. auch Walter Boehlich (Hg.): *Der Berliner Antisemitismusstreit*. Frankfurt/Main 1965; ferner Karsten Krieger (Hg.): *Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Eine kommentierte Quellenedition im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung*. München 2003.

48 Max Habermann: *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933. Ein Zeugnis seines Wollens und Wirkens*, Ms., Februar 1934, S. 65; es

Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut“<sup>49</sup>. In dieses Bild passt es, wenn die freien Gewerkschaften unter dem Einfluss eines „artfremden Literatentum[s]“ gesehen wurden, während für den DHV hervorgehoben wurde, dass er sich „ohne den Beistand eines artfremden Lehrgebäudes und ohne jüdisches Ressentiment“ hatte entwickeln können.<sup>50</sup> Zu einer ähnlich pointierten Formulierungen fand Habermann in seiner DHV-Geschichte, in der er hervorhob, dass die sozialistische Angestelltenbewegung nach dem Weltkrieg „unter die Fuchtel des (...) Juden Aufhäuser“ geriet.<sup>51</sup>

Bei genauerer Betrachtung der Publikationen Max Habermanns ist nicht zu übersehen, dass sein „völkisch-kultureller“ Antisemitismus<sup>52</sup> nicht nur mit einer gegen die Moderne gerichteten Zivilisationskritik verbunden war, sondern auch mit antiparlamentarischen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen einhergingen, die Stand – Staat – Volk – und Nation verbanden. In „Stand und Staat“<sup>53</sup>, einer programmatischen Schrift von 1931, entwickelt Habermann ein gegen die „Massendemokratie“ der Weimarer Republik, gegen Parteien und Parlamentarismus gerichtetes organisistisches Gesellschafts- und Staatsverständnis.<sup>54</sup> In dessen Mittelpunkt stehen als „Organe einer natürlichen Volksordnung (...) die Stände, in die das soziale Leben der Nation gespannt“ sei.<sup>55</sup> Eine in Stände gegliederte Gesellschaft bedurfte bei Habermann eines starken Staates, der die Stände „in seine Zucht nehmen kann“. Ziel dieser Konstruktion sollte es sein, „aus dem Massenvolk der Zivilisation ein Staatsvolk zu machen,

---

handelt sich bei dieser Darstellung um ein Typoskript, von dem sich eine Fassung (Abschrift) im Archiv des heutigen DHV in Hamburg befindet.

- 49 Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich, S. 79.
- 50 Max Habermann: Stand und Staat. Eine Rede an die junge Mannschaft des DHV. Hamburg 1931, S. 19.
- 51 Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich, S. 12, 53. – In dieser Publikation finden sich eine Vielzahl antisemitischer Formulierungen, mit denen Habermann den DHV bewusst in die Nähe der nationalsozialistischen Bewegung zu stellen bemüht war. Diese DHV-Geschichte ist der Versuch einer Loyalitätserklärung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, indem die Gemeinsamkeit zwischen DHV und NS-Bewegung hervorgehoben und zugleich ein als zwangsläufig gedeutetes Scheitern des DHV begründet wird.
- 52 Zur Form des Antisemitismus des DHV in der Weimarer Republik vgl. Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 157–167, Zitat S. 165; auch Heinrich August Winkler: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus als „Blitzableiter“, in: Wolfgang Benz/Werner Bergmann (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Bonn 1997, S. 341–362, hier S. 354f.
- 53 Habermann: Stand und Staat; ferner Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich. – Zu „Stand und Staat“ vgl. Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 246ff.
- 54 In seiner DHV-Geschichte (S. 20) pointiert Habermann diese Position dahin: „Aus den vielen Zeugnissen des DHV von 1919 bis 1933 lässt sich seine Geringschätzung des demokratischen Parteienregiments beweisen.“
- 55 Habermann: Stand und Staat, S. 8.

indem alle Kräfte letzten Endes hingeführt werden auf das eine Ziel: Größe und Ehre des deutschen Volkes und des deutschen Staates.“<sup>56</sup>

Die hier nur skizzierte Staats- und Gesellschaftsvorstellung Max Habermanns fand gegen Ende der Weimarer Republik eine Entsprechung in der erwähnten Unterstützung für Brüning's Präsidiakabinett und in der Förderung der VKV/KVP. Beides war auf einen „stillen Verfassungswandel“ gerichtet und sollte die Präsidiengewalt gegenüber Parlament und Parteien stärken.

## V.

Obwohl Max Habermann bis 1933 darum bemüht war, die Kooperationsbereitschaft des DHV gegenüber der NSDAP und die ideologische Affinität zum Nationalsozialismus herauszustellen, ohne indes die organisatorische und politische Eigenständigkeit des Angestelltenverbandes in Frage stellen zu lassen, gelang es ihm nicht, sich der personellen „Gleichschaltung“ des Handlungshilfen-Verbandes zu entziehen.<sup>57</sup> Neben anderen DHV-Spitzenfunktionären wurde auch Max Habermann am 9./10. April 1933 auf Geheiß der NSDAP von der Führung des Verbandes ausgeschlossen. Um seinen weiteren Einfluss auf den DHV zu unterbinden, wurde ihm Hausverbot erteilt und den Mitarbeitern und Funktionären des Verbandes der Kontakt mit ihm untersagt.<sup>58</sup> Er erlebte dieses Verbot, wie er in einem Brief an den Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer zum Ausdruck brachte, als soziale Isolierung: „Da sich seit 28 Jahren mein ganzer menschlicher Verkehr im Rahmen meines Arbeitskreises abspielt, trifft dieses Verbot so ungefähr alle Menschen, die mir irgendwie wichtig sind.“ Angesichts seines langjährigen Engagements für den „völkischen Auf-

56 Ebd., S. 30.

57 Zur Gleichschaltung des DHV im April 1933 vgl. Michael Prinz: Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit. München 1986, S. 65–77, 92–129; ferner Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 261–267. – Trotz der ideologischen Nähe des DHV zur NSDAP war der Vorstand des Angestellten-Verbandes bemüht, innerhalb des Verbandes den Einfluss der NSDAP und der NSBO zu begrenzen und zu kontrollieren. Insbesondere in der Schlussphase der Weimarer Republik vertrat die DHV-Verwaltung (u. a. Hans Bechly und Max Habermann) bei einigen wichtigen politischen Fragen andere Positionen als die NSDAP. Zu einem lange nachwirkenden Konflikt mit der NSDAP führte das Votum von DHV-Spitzenfunktionären (v. a. Hans Bechly) im Jahr 1932 für die Wiederwahl Paul von Hindenburgs als Reichspräsidenten, während die NSDAP Adolf Hitler nominiert hatte. Bemerkenswert ist auch die geringe Bereitschaft von DHV-Spitzenfunktionären bis 1933, Mitglied der NSDAP werden zu wollen.

58 Krebs: Max Habermann – eine biographische Studie, S. 69; Brief von Max Habermann an Erwin Guido Kolbenheyer, 12. Juli 1933, in: Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 173, Anm. 93; Brief auch im Kolbenheyer-Archiv.

bau“ stand Habermann dieser Situation fassungslos gegenüber und fühlte sich „vogelfrei“.<sup>59</sup>

Auch finanziell geriet Max Habermann mit seiner acht-, seit 1934 neunköpfigen Familie unter Druck. „Ein Jahr“ blieb die Familie „ohne jegliches Einkommen“.<sup>60</sup> Anscheinend erst eine Intervention von Rudolf Hess in seiner Funktion als „Stellvertreter des Führers“ trug dazu bei, dass die ausstehenden Gehalts- und kapitalisierten Pensionsansprüche Max Habermanns an den DHV Anfang 1934 mit einer Zahlung von 50.000 RM abgegolten wurden.<sup>61</sup> Diese Abfindung erlaubte es der Familie, einige Zeit auch ohne neue Einkommensquelle auszukommen. Max Habermann zögerte etwa zwei Jahre, bevor er begann, für sich und für den Unterhalt seiner Familie eine neue berufliche Existenz aufzubauen.

In dieser Zeit des Abwartens mag es für ihn wichtig gewesen sein, dass er seine Erwartungen an eine Abschwächung der Radikalität des Regimes und an dessen Normalisierung enttäuscht sah. Nach dem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV war er anfangs bemüht gewesen, seine politische Rehabilitation zu erreichen. Er stand dem NS-Regime keineswegs ablehnend gegenüber, sondern sah in ihm, wie er 1934 in seiner Geschichte des DHV erkennen lässt, den gegen die Weimarer Republik gerichteten, von ihm erhofften und erstrebten politischen Neuanfang. Er hatte in diesem Manuskript, das vor allem der Rechtfertigung des Verbandes vor dem Nationalsozialismus und seiner – ihm allerdings verweigerten – persönlichen Rehabilitation dienen sollte, im DHV und in der nationalsozialistische Bewegung „wesensgleiche Ansätze“ gesehen.<sup>62</sup>

59 In dem erwähnten Brief an Kolbenheyer vom 12. Juli 1933 stellte Habermann die von politischer Orientierungslosigkeit zeugende Frage: „Warum ist ein Mann, der 28 Jahre am völkischen Aufbau mitgearbeitet hat, vogelfrei?“.

60 Anna Habermann: „Lebenslauf“, beigelegt dem „Fragebogen“ vom 15. Juli 1945 für den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“, in: Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254.

61 Vgl. die Angaben in: Krebs: Max Habermann – eine biographische Studie, S. 70; auch Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 172, gestützt auf einen Brief von Stapel an Kolbenheyer, 8. Mai 1934, danach sollen Wilhelm Stapel und Benno Ziegler sich bei Rudolf Hess für die Abfindung an ehemalige Vorstandsmitglieder des DHV eingesetzt haben. Ferner Schreiben von Heinrich Simon, Oberste Leitung der PO [NSDAP], Stabsleiter, München, 26. Januar 1934, an Otto Marrenbach, Deutsche Arbeitsfront, Berlin; in diesem Brief ein Hinweis auf ein „Schreiben des Stellvertreters des Führers vom 19.1.1934 betr. Habermann“, sowie die Antwort von Otto Marrenbach, DAF, Zentralbüro, 29. Januar 1934, in: Akten der Partei-Kanzel der NSDAP, in der Datenbank „Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933-1945“, in: <http://db.saur.de/DGO/bsicFullCitation-View.jsf?documentId=APK-008679> (Abruf: 6. Mai 2013). – Nach den Angaben von Lokatis beschränkte sich diese Abfindung nicht auf Max Habermann, sondern wurde auch den anderen 1933 entlassenen Mitgliedern der Verwaltung (Vorstand) des DHV gewährt.

62 Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich, S. 65.

Die Erwartung, in absehbarer Zeit innerhalb der vom Nationalsozialismus beherrschten Gesellschaft wieder eine einflussreiche Position in der Angestelltenbewegung erlangen zu können,<sup>63</sup> erwies sich als unrealistisch. Angeblich brachte ihn die Mordaktion des Regimes gegen den vermeintlichen Röhmputsch Ende Juni 1934 zu einer neuen Einschätzung der politischen Lage und der Entwicklungsrichtung des NS-Regimes.<sup>64</sup> Der „Röhmputsch“ hatte ihm vor Augen geführt, dass die von ihm zunächst akzeptierten „Härten“ der nationalsozialistischen „Revolution“ sich nicht allein gegen politische Gegner richteten, die auch er im Rahmen der Möglichkeiten, die der DHV bot, bekämpft hatte. Im Verlauf der Aktion gegen die SA-Führung wurden auch (oppositionelle) national-konservative Kräfte gezielt erfasst,<sup>65</sup> von deren politischen Einflussnahmen Habermann eine Normalisierung, Mäßigung und Transformation des NS-Regime erwartet hatte.

Eine neue berufliche Perspektive, unabhängig vom DHV und der Deutschen Arbeitsfront, war für ihn – wie für zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre der Weimarer Republik – nur durch eine eigene Unternehmung möglich. Mit der Gründung der Bott KG im März 1935 vollzog Max Habermann nicht nur eine berufs- und einkommensmäßige Neuorientierung. Mit der Firmengründung wurde zumindest symbolisch auch eine Distanzierung von den politischen Perspektiven des NS-Regimes vollzogen. Es wäre aber sicherlich übertrieben, anzunehmen, dass mit diesem Schritt bereits eine bewusste Entscheidung getroffen wurde, sich gegen den nationalsozialistischen Staat zu stellen und sich an Aktivitäten zu beteiligen, die auf den Sturz des Regimes gerichtet waren oder zumindest Vorbereitungen für eine Situation nach dessen Überwindung trafen. Die Gründung der Bott KG war vor allem eine lebenspraktische Entscheidung, um ein ausreichendes Einkommen für die Familie zu erwirtschaften.<sup>66</sup> Die anfangs mit Sitz in Hamburg gegründete Firma Bott KG (Bott Büro-Organisation) war auf den Verkauf von Büromaterial, Büromöbel und Büromaschinen an

---

63 Vgl. die von Max Habermann in einem Brief an seine Frau, 9. Mai 1933, geäußerte Annahme, dass die nationalsozialistische „Revolution“ im Grunde die Intentionen des DHV bestätigen würde; mit geringem Verständnis für seine Ausweisung aus dem DHV der oben erwähnte Brief Habermanns an Erwin Guido Kolbenheyer vom 12. Juli 1933.

64 Zu Habermanns Wahrnehmung des NS-Regimes als „Gewaltstaat“ vgl. Leber: Das Gewissen entscheidet, S. 100.

65 Berührt haben dürfte Habermann insbesondere die Ermordung von Kurt von Schleicher und dessen Frau, aber auch die Flucht von Heinrich Brüning (Mai 1934) und Gottfried Treviranus (unmittelbar nach dem 30. Juni 1934) ins Ausland, um jeweils drohenden Repressionen zu entgehen.

66 Mit welchen Schwierigkeiten seitens des NS-Regimes auch andere ehemalige Spitzenfunktionäre des DHV konfrontiert waren, wenn sie sich nach dem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV eine neue Berufsperspektive schaffen mussten, zeigen die Probleme, mit denen Otto Gerig konfrontiert war, vgl. Peter Rütters: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 16 (2009), S. 81–108, hier S. 97–101.

Großabnehmer spezialisiert. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit bildete der Verkauf von Papierwaren.<sup>67</sup> Max Habermann war einziger persönlich haftender Gesellschafter (Komplementär) der Firma, während der Namensgeber, Karl Bott, ebenfalls ein ehemaliges Mitglied des Vorstandes des DHV, der 1933 im Zuge der Gleichschaltung der Angestelltenorganisation seinen Posten räumen musste, nur nominell Kommanditist der Firma war. Er hatte, wie es Max Habermann in seinem Testament vom 1. August 1944 ausführte, seine Beteiligung an der Firma „niemals eingezahlt“.<sup>68</sup> Da Max Habermann seine beruflichen und sozialen Beziehungen über lange Zeit auf den DHV konzentriert hatte, war es für ihn naheliegend, Mitarbeiter für die Bott KG unter ehemaligen DHV-Angestellten zu suchen<sup>69</sup> und einen Teil seiner Geschäftskunden über Verbindungen zu gewinnen, über die er aufgrund seiner ehemaligen DHV-Tätigkeit verfügte.<sup>70</sup> Dass einige dieser Verbindungen über ein einfaches Beschäftigungs- und Geschäftsverhältnis hinausgingen, zeigt ein Ende 1937 eröffnetes Ermittlungsverfahren gegen August Bratvogel, Lothar Gebke, Ernst Kettembeil, Friedrich Holzapfel und Max Habermann wegen der Verbreitung einer kritischen Denkschrift zum Vierjahresplan.<sup>71</sup>

- 
- 67 Vgl. die Gewerbeanmeldung für Max Habermann als „Kaufmann (Großhandel m. Papier und Bürobedarf)“, in: Hansestadt Hamburg, Gewerbeamt II, Auszug aus dem Verzeichnis der Gewerbeanmeldungen, Hamburg, 30. September 1946, in: Staatsarchiv Hamburg: 351-11, Sign. 53884 (Wiedergutmachungsakte Anna Habermann), Bl. 5; Krebs: Max Habermann – eine biographische Studie, S. 69f.; Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 138 und 173.
- 68 Handschriftlich verfasstes „Testament“, Berlin 1. August 1944, in: Privatarchiv Günther Habermann. – Im Testament werden noch weitere Gesellschafter (Kommanditisten) genannt: Julius Herrmann (Stuttgart), Emil Koppelt und Eugen Wirsching (Bremen?) sowie Fritz Hirth (Berlin) als ehemaliger Teilhaber, der 1944 als eigene Firma die Bott Büro-Organisation Hirth KG besaß.
- 69 Schon 1935 wurde der Wirkungsbereich des Unternehmens über Hamburg hinaus ausgedehnt. So war (u. a.?) von Juli 1935 bis September 1936 Lothar Gebke, ein ehrenamtlicher DHV-Funktionär, der von April 1932 bis Juni 1935 beim DHV bzw. der Nachfolgeorganisation Deutsche Angestelltenschaft beschäftigt war, als Bezirksvertreter in Bielefeld für die Firma Bott Büro-Organisation tätig (vgl. Landesarchiv NRW Rheinland, NW 1062, Nr. 849 [Entnazifizierungsakte Lothar Gebke]: Fragebogen, S. 4). Ob damit tatsächlich Verbindungen unter den ehemaligen DHV-Funktionären aufrechterhalten werden sollten, wie es Gebke 1946 herausstellte, lässt sich kaum überprüfen.
- 70 Hierzu die Hinweise bei Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 138 und 173, auf Verbindungen zur Hanseatischen Verlagsanstalt, die von Benno Ziegler, einem Vertrauten Max Habermanns, bis 1945 geleitet wurde. Geschäftsverbindungen bestanden auch zur „Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten“ (GAGFAH), mit deren Generaldirektor, Arnold Knoblauch, Max Habermann seit den 1920er Jahren bekannt war.
- 71 Vgl. Schreiben Oberstaatsanwalt, Bielefeld, an den Reichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin, 22. Februar 1938, 5 Js.Pol.128/38, Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Buchdrucker August Bratvogel aus Halle i.W. und Andere wegen Verbrechens gegen § 90f. StGB, in: BArch, VGH/Z-B 488, Bl. 2-4. – Mit dem (zweiten) Vierjahresplan von 1936 sollte „die deutsche Armee (...) in 4 Jahren einsatzfähig“ sein und die „deutsche Wirtschaft (...) kriegsfähig“; ökonomisch richtete sich das Programm auf Autarkie und

Seine politische Neuorientierung nach dem 30. Juni 1934 ließ Max Habermann Anfang 1935 Kontakt mit Jakob Kaiser in Berlin aufnehmen. Es dürfte aber sicherlich überinterpretiert sein, die Verlegung des Geschäftssitzes der Bott KG im Oktober 1936 nach Berlin und den im Dezember 1936 folgenden Umzug der gesamten Familie von Hamburg nach Berlin als unmittelbare Folge dieser Neubewertung der politischen Perspektive des NS-Regimes zu verstehen. Die Bott KG für Büro-Organisation war in erster Linie ein solides Unternehmen, mit dem es dem ehemaligen DHV-Funktionär gelang, ein einigermaßen sicheres Einkommen für seine große Familie zu erwirtschaften. Als Tarnung für Widerstandsaktivitäten dürfte das Geschäft gar nicht oder bestenfalls marginal gedient haben.

## VI.

Elfriede Nebgen erwähnt in ihrer Jakob Kaiser-Biographie, dass Max Habermann Anfang 1935 Kontakt mit Jakob Kaiser aufnahm und sich seit 1936 an den Diskussionen und Planungen von Kaiser und Wilhelm Leuschner über eine Neuordnung der Gewerkschaften nach einer Überwindung des NS-Regimes beteiligte.<sup>72</sup> Kaiser, Leuschner und Habermann bildeten seit dieser Zeit einen Diskussionskreis, der sich im Laufe der Zeit für andere ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre und Regimekritiker öffnete. Jeweils eigenständig unterhielten der Zentrumsmann und christliche Gewerkschafter Kaiser und der Sozialdemokrat und ADGB-Spitzenfunktionär Leuschner Verbindungen zu Personen ihres jeweiligen früheren gewerkschaftlichen und politischen Wirkungskreises.<sup>73</sup>

Über welche Verbindungen Max Habermann seit Mitte der 1930er Jahre verfügte und welche Bedeutung diesen beizumessen ist, ist nur in Ansätzen bislang bekannt. Welche *oppositionelle Relevanz* beispielsweise die erwähnte Verbindung Max Habermanns zu August Bratvogel aus Halle i. W., Friedrich Holzapfel, Ernst Kettembeil und Lothar Gebke aus Bielefeld hatte, gegen die Ende 1937 ein Ermittlungsverfahren vom Oberstaatsanwalt in Bielefeld „we-

---

stellte die Aufrüstung in den Mittelpunkt, vgl. „Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936“, mit einer Vorbemerkung von Wilhelm Treue, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955) 2, S. 184–210, hier S. 210; zur Autarkiepolitik vgl. Dietmar Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich: Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968.

72 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 50ff.

73 Die Verbindungen, die Jakob Kaiser zu ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionären bis Anfang der 1940er Jahre unterhielt, beruhten vor allem darauf, dass er es übernommen hatte, gegenüber der DAF und der Reichsfeststellungsbehörde die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Ansprüche für ca. 600 christliche Gewerkschaftsfunktionäre zu vertreten. Zu Leuschners Verbindungen siehe die in Anm. 2 angegebene Literatur.



gen Verbrechens gegen § 90 f. StGB<sup>74</sup> eröffnet und 1939 eingestellt wurde, ist auf der Grundlage der bekannten Akten nicht zu klären. Eröffnet wurde das Verfahren, weil die Beschuldigten eine kritische Denkschrift zum Vierjahresplan der nationalsozialistischen Reichsregierung weitergegeben und anscheinend auch vervielfältigt hatten.<sup>75</sup> Ob es häufiger zur Weitergabe und Verbreitung solcher Schriften kam, wie zielgerichtet der Informationsaustausch zwischen den im Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft Beschuldigten verlief, ob die Verbindungen untereinander festere Strukturen und Regelmäßigkeit hatte und ob gemeinsame Ziele verfolgt wurden und welche Einstellung die Beteiligten 1937 und 1938 zum NS-Regime hatten, lässt sich anhand des Ermittlungsberichts und überlieferter Berichte der Gestapo an die Gauleitung der NSDAP Westfalen-Nord nicht beurteilen.

Mit Ernst Kettembeil war Max Habermann befreundet und aufgrund dessen Funktionen im DHV verbunden. Die freundschaftliche Beziehung erlaubte es ihm, nachdem das Stauffenberg-Attentat auf Hitler gescheitert war, sich Anfang August 1944 auf der Suche nach einer sicheren Unterkunft vertrauensvoll an Kettembeil zu wenden. Nicht einschätzen lässt sich, ob der Behauptung von Friedrich Holzapfel<sup>76</sup> Substanz beizumessen ist, dass Max Habermann „hier in Westfalen eine sehr schlagkräftige Organisation aufgebaut“ habe, „so dass wir hier in Westfalen bei einem anderen Ausgang des 20. Juli sofort hätten aktiv werden können“.<sup>77</sup> Auch die von Lothar Gebke – er war, wie bemerkt, 1935/36 als ehemaliger DHV-Angestellter von Max Habermann in der Bott KG be-

74 Schreiben Oberstaatsanwalt, Bielefeld, an den Reichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin, 22. Februar 1938, 5 Js.Pol.128/38, Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Buchdrucker August Bratvogel aus Halle i. W. und Andere wegen Verbrechens gegen § 90f. StGB, in: BArch, VGH/Z-B 488, Bl. 2–4, hier S. 1. Die Paragraphen 90 und 90a des StGB betreffen zu dieser Zeit Delikte wegen Landesverrats.

75 Nach dem Ermittlungsbericht des Bielefelder Oberstaatsanwaltes ging die Verbreitung der Denkschrift in Bielefeld von Max Habermann aus. In seiner Vernehmung hatte Habermann angegeben, dass er die Denkschrift „im Juli 1937 anonym mit dem Poststempel Duisburg zugesandt erhalten“ hatte und an Ernst Kettembeil weitergab. Von Kettembeil und Friedrich Holzapfel wurde die Denkschrift vervielfältigt und weitergegeben, was den Oberstaatsanwalt zu der Wertung veranlasste, dass „das Merkmal Öffentlichkeit“ als Voraussetzung für die Anwendung des § 90f. StGB „wohl gegeben sein“ dürfte. Ebd., S. 2 und 4.

76 Die Beziehung zwischen Friedrich Holzapfel und Max Habermann hatten eine parteipolitische Basis durch die Mitgliedschaft Holzapfels in der DNVP, der Konservativen Volkspartei und dem Zentrum, mit denen der DHV u. a. über Max Habermann kooperierte. Zu Friedrich Holzapfel siehe den Aufsatz von Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), S. 129–157.

77 Friedrich Holzapfel im Februar 1946 in einen Brief an den Konstanzer „Südkurier“, zitiert in: Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), S. 136. Vgl. auch Ulrich: Wilhelm Leuschner, S. 154f., der mit Bezug auf ein Schreiben von Arthur Ladebeck aus dem Jahr 1950 regelmäßige Verbindungen von Leuschner und Habermann zu ihm, Ladebeck, und Kettembeil in Bielefeld erwähnt.

schäftigt worden – im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens aufgestellte Behauptung, dass mit solchen Anstellungen die Verbindungen unter den ehemaligen DHV-Funktionären aufrechterhalten werden sollten,<sup>78</sup> lässt sich bislang nicht weiter bestätigen.

Ohne Zweifel hatte Max Habermann auch nach seinem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV Verbindungen zu ehemaligen DHV-Funktionären und zu Personen, mit denen er über seine DHV-Funktionen in Verbindung gestanden hatte. Ob solche Beziehungen, beispielsweise zu Benno Ziegler<sup>79</sup>, Leiter der Hanseatischen Verlagsanstalt, dem ehemaligen DHV-Verlag, zu Arnold Knoblauch<sup>80</sup>, Generaldirektor der Wohnungsbaugesellschaft GAGFAH, deren Hauptaktionär der DHV bis Anfang der 1930er Jahre war, oder zu Karl Hahn<sup>81</sup>, bis 1933 persönlicher Referent von Max Habermann, als eine Art regime-oppositionelles „Netzwerk“ anzusehen sind, bleibt gleichwohl fraglich.

## VII.

Wie eingangs bemerkt, wird die Verständigung über den Aufbau einer richtungsübergreifenden Einheitsgewerkschaft nach dem Ende des NS-Regimes und damit der Verzicht auf eine Rückkehr zu parteipolitisch und weltanschau-

---

78 Landesarchiv NRW Rheinland, NW 1062, Nr. 849 (Entnazifizierungsakte Lothar Gebke): Fragebogen. In einer Anlage zum Fragebogen (ebd.), zu den Fragen 41 und 115, bemerkte Gebke: „Nach der Auflösung der DHV-Organisation (...) war ich als Vertreter der Bott Büro-Organisation (Inhaber: Max Habermann) im Bezirk Bielefeld tätig, hielt dort die Verbindung mit alten DHV-Anhängern aufrecht, und war gleichzeitig Sekretär des Herrn Ernst Kettembeil, Bielefeld. Kettembeil war ein Freund und enger Mitarbeiter Habermanns und versuchte, im Bielefelder Gebiet antifaschistische Kräfte aus verschiedenen Lagern zusammenzuführen.“

79 Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 172, charakterisiert die Beziehung wie folgt: „Ziegler (...) war alter Kriegskamerad und engster Vertrauter Habermanns. Nach dessen Sturz und dem Zusammenbruch des alten DHV wuchs er aber bald über die bloße Stathalterrolle hinaus.“ – Folgt man dem Briefwechsel zwischen Wilhelm Stapel und Erich Guido Kolbenheyer sowie Stapels Tagebucheintragen, wie sie Lokatis in seiner HAVA-Studie ausgewertet hat, legte Ziegler nach Habermanns erzwungenem Austritt aus dem DHV Wert auf Abstand, um nicht bei der neuen DHV-Führung (August Haid) in Misskredit zu geraten, vgl. Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 172ff.

80 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 104, 192, 210, 213. – Zu unbestimmt sind die Hinweise Nebgens (ebd., S. 104), dass Arnold Knoblauch „mit seinen engeren Mitarbeitern stets bereit“ war, „seine Büroräume in Berlin wie auch seine großzügige Wohnung in der Straße Unter den Eichen zu größeren Beratungen bereitzustellen. Man war im leitenden Kreis der GAGFAH schon in den Jahren 1938/39 sowohl von den Plänen zusammengefasster Gewerkschaften wie von den Versuchen, Wehrmachtskreise gegen Hitler zu gewinnen, eingehend unterrichtet.“ Detaillierter sind die Angaben für die Unterstützung, die Arnold Knoblauch nach dem gescheiterten Attentat am 20. Juli 1944 Jakob Kaiser bot, damit er sich vor einem Zugriff der Gestapo verstecken konnte (ebd., S. 210, 213).

81 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 91, 194.

lich gebundenen Gewerkschaften als ein wesentliches Ergebnis der mehrjährigen Debatten des Gewerkschafterkreises um Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann angesehen. Auf welche gemeinsame Konzeption einer richtungsübergreifenden *Einheitsgewerkschaft* verständigten sich Leuschner, Kaiser und Habermann? Und welche gesellschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen brachte der ehemalige DHV-Funktionär in die Diskussion ein? Um die Erwartung an eine Antwort etwas zu dämpfen: Es mag vielleicht erstaunen, aber diese Fragen lassen sich auf der Grundlage der verfügbaren Quellen: Berichte von Beteiligten (Nebgen, Kaiser), Berichte über die Verhöre der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 (Kaltenbrunner-Berichte) und der Sekundärliteratur so gut wie nicht beantworten.

Über die Zusammenarbeit der drei Gewerkschaftsfunktionäre während der NS-Zeit in Berlin gibt es zahlreiche Hinweise in der Literatur. Neben einigen Berichten von Jakob Kaiser aus den ersten Nachkriegsjahren<sup>82</sup> und den Schilderungen in der Jakob-Kaiser-Biographie Elfriede Nebgens, die an den Beratungen beteiligt oder durch Jakob Kaiser informiert war und als Zeitzeugin angesehen werden kann, wird in den einschlägigen Studien zum Gewerkschaftswiderstand<sup>83</sup> und zum 20. Juli<sup>84</sup> auf die prominente Rolle eingegangen, die dieser Berliner Gewerkschafterkreis für die Verständigung auf eine richtungsübergreifende Einheitsgewerkschaft spielte.

Trotz vieler Hinweise auf den Gewerkschafterkreis Leuschner-Kaiser-Habermann, auf deren über fast ein Jahrzehnt sich erstreckenden Erörterungen über die Ausgestaltung einer Einheitsgewerkschaft und auf die erreichte Verständigung über den Aufbau einer richtungsübergreifenden Einheitsorganisation<sup>85</sup> ist die Quellenlage für eine Rekonstruktion des Weges dieser Verständigung und des erreichten Ergebnisses dennoch als dürftig anzusehen. Über die

82 Vgl. Jakob Kaiser: Max Habermann, in: *Neue Zeit*, 30. Oktober 1945, abgedruckt in: Mayer: *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot*, S. 189–191; Jakob Kaiser: Kämpfer der Gewerkschaftseinheit, in: *Neue Zeit*, 28. September 1945, abgedruckt ebd., S. 185–188; Jakob Kaiser: Der Aufstand des Gewissens, in: *Neue Zeit*, 2. Februar 1947, abgedruckt ebd., S. 279–289; Jakob Kaiser: Einer von denen, die uns fehlen. Zum Gedenken an Wilhelm Leuschner, in: *Telegraf*, Nr. 137, 15. Juni 1947, abgedruckt ebd., S. 304–307; Jakob Kaiser: Drei Jahre danach, in: *Neue Zeit*, 20. Juli 1947, abgedruckt ebd., S. 325–328; Jakob Kaiser: Weder Reaktionäre noch Revolutionäre, in: Hans Royce: *Die Wahrheit über den 20. Juli 1944*. Bonn 1952, S. 8–11, abgedruckt ebd., S. 525–532.

83 Vgl. für viele Hans Mommsen: *Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung*, in: Hans Mommsen: *Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes*. München 2000, S. 284–312; ferner: Mommsen: *Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944*, S. 347–361; jüngst auch Ulrich: *Wilhelm Leuschner*, S. 182ff.

84 Vgl. Gerhard Ritter: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. Stuttgart 1956; Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hg.): *20. Juli – Porträts des Widerstands*.

85 Zur Gewerkschaftskonzeption Leuschners vgl. Mommsen: *Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944*.

Planung, Organisationsstruktur und Programmatik dieses Gewerkschafterkreises sind keine Aufzeichnungen überliefert. Der Verzicht auf Aufzeichnungen entsprach ohne Zweifel dem Gebot illegalen Arbeitens und dem erforderlichen Selbstschutz. Es lässt sich daher nur auf wenige Quellen zurückgreifen. Diese zeigen nur ein unsicheres Bild von den konzeptionellen Vorstellungen dieses Gewerkschafter-Kreises über die zukünftige Gestaltung und Funktion der Gewerkschaften, und sie lassen nicht erkennen, welche Positionen die Mitglieder dieses Gewerkschafterkreises im einzelnen vertreten haben könnten.

Die Kaltenbrunner-Berichte gelten als wichtigste Quellen für Aussagen über die vorgesehene Organisationsstruktur und die vermeintliche Personalplanung der Einheitsgewerkschaft.<sup>86</sup> Die in den Berichten zusammengefassten Darstellungen über die angestrebte Einheitsgewerkschaft stützen sich vor allem auf Aussagen, die die Gestapo von Wilhelm Leuschner erpresst hatte.<sup>87</sup> Mit Hilfe einer zurückhaltenden Interpretation vor allem der Kaltenbrunner-Berichte lässt sich die vermutlich seit 1941/42 von Wilhelm Leuschner vertretene Position für den geplanten Gewerkschaftsaufbau rekonstruieren, wie sie insbesondere Hans Mommsen in einigen Aufsätzen vorgestellt hat.<sup>88</sup> Keine substantiellen Angaben bieten diese Berichte jedoch dazu, welche organisationsstrukturellen und gewerkschaftlichen Positionen Max Habermann vertreten haben könnte,<sup>89</sup> sieht

---

86 Zu den Kaltenbrunner-Berichten vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. – Andere Quellen für die konzeptionellen Überlegungen zur Einheitsgewerkschaft sind die Hinweise in der erwähnten Biographie über Jakob Kaiser von Elfriede Nebgen, den Aufsätze und Reden Jakob Kaisers zum Gedenken an Max Habermann, Wilhelm Leuschner und den 20. Juli 1944. Elfriede Nebgens Arbeit ist erst in den 1960er Jahren verfasst und 1967 veröffentlicht worden. Abgesehen von einer geringen Detailfreudigkeit verzichtet sie weitgehend auf die Darstellung von Differenzen und die Veränderung von Positionen in den Debatten zwischen Kaiser, Leuschner und Habermann und mit Carl Goerdeler. Auch die gedenkenden Aufsätze Jakob Kaisers helfen hier nicht weiter. Soweit es die Konzipierung der Einheitsgewerkschaft betrifft, sind sie darauf gerichtet, eine rasch erreichte Verständigung hervorzuheben und diese als Vermächtnis und Verpflichtung für die Gegenwart herauszustellen.

87 Wenig Beachtung erfährt der kurze Bericht über die Aussage von Hermann Maaß vom 12. August 1944; zur Organisationsstruktur der Einheitsgewerkschaft wird hier festgehalten: „unter der Reichsleitung Reichsverbände nach Berufsgruppen gegliedert, etwa 25, darunter Bezirksverbände der einzelnen Reichsverbände, darunter Ortsgruppen“ sowie einen „horizontalen Aufbau durch die Bildung von Gauleitungen als Zusammenfassungen der Leitungen der Bezirksverbände“, in: Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“, S. 205; jetzt aber Ulrich: Wilhelm Leuschner, S. 186.

88 Vgl. vor allem Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Mommsen: Alternative zu Hitler, S. 53–158; sowie die bereits erwähnten Aufsätze: Mommsen: Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Mommsen: Alternative zu Hitler, S. 284–312; ferner: Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944.

89 Vgl. insbesondere Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 383–387, 496–501; auch Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5, S. 294–300 (Dok. 51).

man einmal von einem allgemeinen Einverständnis mit den „von Leuschner dargelegten Plänen“ für eine „einheitliche Gewerkschaft“ ab.<sup>90</sup> Bei dem Versuch, die gemeinsame gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Grundlage für die Zusammenarbeit von Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann zu ermesen, kommt man daher über Vermutungen kaum hinaus.

Wie gingen Max Habermanns gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Vorstellungen in die für Leuschner rekonstruierte gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption für ein Deutschland „nach Hitler“ ein? Eine fundierte Antwort auf diese Frage ist angesichts der dürftigen Quellenlage – zurzeit – nicht möglich. Sicher ist allerdings, dass Max Habermann keineswegs ohne Einfluss in diesem Kreis war. Das zeigt nicht zuletzt die Personalplanung für die „Deutsche Gewerkschaft“, die die DAF nach einer Überwindung des NS-Regimes ersetzen sollte. Neben Jakob Kaiser war Max Habermann nach den Angaben in den Kaltenbrunner-Berichten als einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden vorgesehen. In der Reichsleitung dieser mit Zwangsmitgliedschaft ausgestatteten Organisation sollte er für drei Abteilungen verantwortlich sein: Finanzen, Angestelltenfragen sowie Schulung und Bildung, und die Personalvorschläge für die „Industriegruppe“ der Angestellten machen.<sup>91</sup>

Welche gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen vertrat Max Habermann? Und waren diese mit Leuschners und Kaisers Vorstellungen über eine Neuordnung nach Hitler vereinbar? Die gegen den Parteienpluralismus und Parlamentarismus der Weimarer Republik gerichteten Gesellschafts- und Staatsvorstellungen Max Habermann wurden bereits skizziert, wie er sie in der Programmschrift *Stand und Staat*<sup>92</sup> von 1931 vorgestellt hatte und die verbunden waren mit einer gegen die Moderne gerichteten Zivilisationskritik und einem völkisch-kulturellen Antisemitismus. Dieser bezog sich auch auf die freien Gewerkschaften, die er – nach einer Äußerung im Februar 1933 in der *Deutschen Handelswacht* – „am Scheidewege: Leipart oder Aufhäuser“ sah.<sup>93</sup>

Zweifelhaft ist, ob Max Habermann diese Positionen in der Zusammenarbeit mit Leuschner und Kaiser aufgegeben hat oder aufgeben musste. Plausibler ist die Annahme, dass Leuschner für ihn die Leipart-Variante des „Scheide-

90 Vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 315.

91 Vgl. ebd., S. 383–386; Ulrich: Wilhelm Leuschner, S. 184, weist darauf hin, dass diese Aufgabenhäufung für Max Habermann „überzogen“ wirkt; Ulrich vermutet, dass mit diesen Angaben andere Gewerkschafter, die für diese Aufgaben vorgesehen waren, geschützt werden sollten. Das mag sein, hätten aber Max Habermann, der zu der Zeit, als diese Aussagen erpresst wurden, noch nicht verhaftet war, gegebenenfalls doppelt belastet.

92 Vgl. Habermann: *Stand und Staat*; ferner Habermann: *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933*.

93 Habermann: Reichskanzler Adolf Hitler, in: *Deutsche Handelswacht*, 40 (1933) 3, 13. Februar 1933, S. 30.

wegs“ von 1933 vertrat.<sup>94</sup> Anzunehmen ist auch, dass Ausgangspunkt und Grundlage der Zusammenarbeit die Vereinbarung des „Führerkreises“ von April 1933 war, auch wenn in dieser Erklärung die Elemente überwogen, die, so Gerhard Beier, „den Text zu einem Dokument der freiwilligen Gleichschaltung und limitierten Unterwerfung“<sup>95</sup> machten. Forderungen nach: parteipolitischer Ungebundenheit der Einheitsgewerkschaft, Unterordnung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung unter das Ziel der „Förderung eines gesunden Staates und Volkes“, Anerkennung der christlichen Grundlagen von Gesellschaft und Staat waren Kernpunkte der Führerkreis-Vereinbarung,<sup>96</sup> die Kaiser und Leuschner im April 1933 ausgehandelt und mitgetragen hatten und die auch für Max Habermann Mitte der 1930er Jahre akzeptabel gewesen sein dürften, zumal sie nicht sehr weit von seinen Ausführungen in „Stand und Staat“ entfernt waren. Auch Ausführungen Jakob Kaisers aus dem Jahr 1935 pointierten ungeschminkt die Abweisung sozialistischer Positionen als Voraussetzung für die Bildung einer Einheitsgewerkschaft.<sup>97</sup>

Hans Mommsen hat im Hinblick auf die von Leuschner vertretenen Vorstellungen einer Einheitsgewerkschaft als „Auffangorganisation für die Deutsche Arbeitsfront“ bereits festgestellt: „Leuschner scheint (...) ernsthaft den Gedanken verfolgt zu haben, der Gewerkschaft in der neuen staatlichen Ordnung eine ausschlaggebende Stellung zu verschaffen und auf eine politische Parteibildung zu verzichten.“<sup>98</sup> Anscheinend war Leuschner auch für Konzeptionen

---

94 Elfriede Nebgen betont in ihrer Kaiser-Biographie, dass die Verständigung zwischen Leuschner, Kaiser und Habermann auch deshalb gelang, weil Leuschner von sozialistischen Positionen abgerückt sei, vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 187ff.

95 Gerhard Beier: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Main 1975, S. 41; mit etwas anderer Akzentuierung Beier: Die illegale Reichsleitung, S. 23; ferner Buschak: „Arbeiten im kleinsten Zirkel“, S. 41.

96 Das Dokument in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933. Bearb. von Peter Jahn, Hg. von Hermann Weber, Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde. Köln 1988, S. 909–911.

97 Vgl. Jakob Kaisers Ausführungen in dem Text: „Zu den offenen Fragen zwischen der Deutschen Arbeitsfront und den ehemaligen christlichen Gewerkschaften“ vom 15. April 1935, in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5, S. 147–153 (Dok. 17), hier S. 147: „Die Gewerkschaften waren sich unter dem Erlebnis des nationalen Auftriebs im jungen Deutschland durchaus bewusst, dass die Stunde der Zusammenschweißung des deutschen Volkes zu einer größeren Gemeinsamkeit gekommen war. Sie waren sich bewusst, dass der Notwendigkeit dieses Zusammenschweißens auch durch neue Formen Rechnung getragen werden musste. (...) Es war ja immer der ausgesprochene Wille vor allem der jüngeren christlich-nationalen Gewerkschaftsführer, einheitliche deutsche Gewerkschaften auf nationaler Grundlage zu schaffen, um auch die Gefolgschaft der freien Gewerkschaften der Lähmung des nationalen Lebenswillens, wie ihn der sozialistische Parteigeist verursachte, zu entreißen.“

98 Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, S. 129.

aufgeschlossen, die „in Richtung eines demokratischen Ständestaates“<sup>99</sup> gingen. Derartige Vorstellungen stehen keineswegs konträr zu Habermanns Ablehnung der parlamentarischen Parteiendemokratie und zu dessen Überlegungen zu „Stände und Staat“. Sie mögen sogar Eckpunkte einer gewerkschaftspolitischen Konzeption und eines gemeinsamen Gesellschafts- und Verfassungsverständnisses gewesen sein, das sich von der Parteiendemokratie der Weimarer Republik ebenso distanzierte, wie es von der späteren Konzeption des Grundgesetzes entfernt war.

### VIII.

Erst seit etwa Ende 1941 anlässlich der Debatten mit Carl Goerdeler und etwas später mit dem Kreisauer Kreis um Helmuth James von Moltke dürften die Vorstellungen über die Organisationsstruktur und die Funktionen einer Einheitsgewerkschaft im Kreis von Leuschner, Kaiser und Habermann präzisiert worden sein. Planungen für eine Neuordnung von Staat und Gesellschaft nach Überwindung des NS-Regimes haben nach dem Bruch des Hitler-Stalin-Paktes und dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion, spätestens aber nach der Niederlage der Wehrmacht im Winter 1942/43 in Stalingrad einen erkennbaren zeitlichen Horizont erhalten. Dies nicht zuletzt auch angesichts einer wachsenden Bereitschaft von einigen Angehörigen der militärischen und bürokratischen Elite, den Sturz Hitler aktiv herbeizuführen.

Mit der konkreter werdenden Perspektive eines Regime-Wechsel oder Regime-Sturzes wurde es auch für den Berliner Gewerkschafterkreis wichtig, seine gesellschaftlichen und politischen Neuordnungsvorstellungen und seine Vorstellungen über die Organisationsstruktur und die Position von zukünftigen Gewerkschaften festzulegen und den Anspruch auf politische und gesellschaftliche Mitgestaltung in die Debatten der sich formierenden Widerstandskreise um Carl Goerdeler und um Helmuth James von Moltke (Kreisauer Kreis) einzubringen.<sup>100</sup>

Die Gewerkschafter traten für die Neugründung einer „Deutschen Gewerkschaft“ ein.<sup>101</sup> Bereits in der Denkschrift „Das Ziel“ von 1940/41 entwickelte Carl Goerdeler zumindest insoweit kompatible Vorstellungen, als er sich für eine Liquidation der DAF aussprach und die Bildung von „Gruppenorganisationen der Angestellten und Arbeiter mit Zwangsgliederschaft“ präferier-

<sup>99</sup> Ebd., S. 130.

<sup>100</sup> Vgl. Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, S. 351f.

<sup>101</sup> Etwas detailliertere Angaben zu der geplanten „Deutschen Gewerkschaft“ stützen sich auf die Kaltenbrunner-Berichte, vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 383–386 und 496–501.

te.<sup>102</sup> Gleichwohl finden sich in den Organisationsvorstellungen des Gewerkschafterkreises ausgeprägte Anlehnungen an die DAF, wenn auch unter anderen Vorzeichen, da die Mitarbeit, Mitverantwortung und Selbstverwaltung der Gewerkschaftsmitglieder zu einem zentralen Element der „Deutschen Gewerkschaft“ werden sollte. Die „Deutsche Gewerkschaft“ war als konkurrenzlose Einheitsgewerkschaft konzipiert. Um dieses Organisationsprinzip durchsetzen zu können, sollte die Mitgliedschaft für die Arbeitnehmer obligatorisch sein und die Bildung konkurrierender Arbeiterparteien dadurch verhindert werden.

Fasst man die zentralen Elemente dieses Organisationsplans für eine „Deutsche Gewerkschaft“, wie sie in den Kaltenbrunner-Berichten dargestellt wurden,<sup>103</sup> zusammen – zentralistische Einheitsgewerkschaft, Zwangsmitgliedschaft, personelle Dominanz ehemaliger freigewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre –, ist es schwierig einzuschätzen, ob diese Darstellung des Organisationsplanes für die „Deutsche Gewerkschaft“ tatsächlich den Konsens von Leuschner, Kaiser und Habermann über eine zukünftige Gewerkschaft wiedergibt. Wie weit diese Pläne für eine „stark dirigistisch gefärbte Gewerkschaftsorganisation“<sup>104</sup> über den Gewerkschafterkreis hinaus Akzeptanz gefunden hatten oder gefunden hätten, muss ebenso offen bleiben. Es mag sein, dass diese starke Affinität zu autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen aus dem Versuch resultierte, in einer Umbruchs- und Übergangsphase nach dem Wechsel oder dem Sturz des politischen Regimes, die Position der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer zu sichern, für ihren Anspruch auf politischen Einfluss und gesellschaftliche Mitgestaltung die organisationsstrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Es ist aber auch nicht von der Hand zu weisen, dass diese Gewerkschaftskonzeption eingebettet war in Neuordnungsvorstellungen, die ebenso antipluralistisch wie antiparlamentarisch und antidemokratisch waren.

In diesem Sinne ist Hans Mommsen zuzustimmen, wenn er feststellt, dass „all dies zeigte, wie weit sich die deutsche politische Kultur – eben auch bei den dezidierten Gegnern des NS-Regimes – von den Traditionen des Liberalismus und des demokratischen Sozialismus entfernt hatte und bei unterschiedlichen Vorzeichen gewisse Affinitäten zu faschistischen Strukturen aufwies“<sup>105</sup>. Anscheinend hatten sich Leuschner, Kaiser und Habermann auf eine Konzeption verständigt, die nicht mehr sozialdemokratischen und sozialistischen Positionen verpflichtet war, sondern einem Staats- und Gesellschaftsverständnis

---

102 Sabine Gillmann/Hans Mommsen (Hg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Bd. 2. München 2003, S. 873–944, hier S. 905f.; mit einem etwas anderen Verständnis von Goerdelers Position zur DAF vgl. Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, S. 292f.

103 Vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 383–386 und 496–501.

104 Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, S. 356.

105 Ebd.



folgte, das Habermann bereits während der Weimarer Republik vertrat und das in Ansätzen bereits der Vereinbarung des „Führerkreises“ vom April 1933 zugrunde lag. Das hierin zum Ausdruck kommende autoritäre Gesellschafts- und Staatsverständnis war durchaus konsensfähig mit der Funktion, die Goerdeler in einem Entwurf für eine Rundfunkrede nach der Übernahme der Regierungsgewalt vom Frühjahr 1944 einer „alle deutschen Schaffenden in sich vereinigen deutschen Gewerkschaft“ zuwies. Der obligatorischen Einheitsgewerkschaft sollte „die Betreuung der Interessen der Schaffenden in den einzelnen Betrieben in geordnetem Zusammenwirken mit der Belegschaft“, der „Kampf gegen Arbeitslosigkeit in Zusammenarbeit mit dem Reich und dem Kapital“ und die „Selbstverwaltung aller Einrichtungen der Sozialpolitik“ obliegen.<sup>106</sup> Die zukünftige Pflichtgewerkschaft wurde als staatlich ermächtigte Ordnungsmacht gegenüber den Mitglieder gesehen, jedoch nicht als konfliktfähige Interessenorganisation *der* Mitglieder verstanden.

## IX.

Wie Max Habermann die wenigen Monate nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 bis zu seinem Selbstmord in einer Zelle im Gerichtsgefängnis in Gifhorn verbrachte, darüber gibt es nur wenige verlässliche Informationen. Neben den knappen Angaben, die in Elfriede Nebgens Jakob-Kaiser-Biographie<sup>107</sup> und in Annedore Lebers Habermann-Würdigung in „Das Gewissen entscheidet“<sup>108</sup> zu finden sind, hat Albert Krebs vielleicht noch am ausführlichsten einige Orte aufgelistet, an denen sich Max Habermann in den wenigen Wochen, nachdem er Berlin verlassen hatte, aufhielt.<sup>109</sup>

Um den 20. Juli 1944 befand sich Max Habermann in Berlin. Er unterhielt in den Tagen vor dem 20. Juli die üblichen Kontakte, traf sich mit Personen, die später dem Umfeld des 20. Juli zugerechnet wurden oder unmittelbar an den

106 Gillmann/Mommsen (Hg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Bd. 2, S. 1036–1045, hier S. 1044.

107 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 194–200.

108 Leber: Das Gewissen entscheidet, S. 100ff.

109 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie; Krebs: Habermann, Hans Max, S. 397f. Irreführend hingegen die auch noch in der 4. Auflage (1985) enthaltene Behauptung bei Peter Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München 1969, S. 53: „Habermann wurde ebenfalls hingerichtet.“ Nicht weniger uninformiert die sich faktensicher gebende Darstellung von Gottfried R. Treviranus: Für Deutschland im Exil, S. 162f.: „Habermann war am 21. Juli im Hause des Oberbürgermeisters Dr. Holzapfel in Herford untergetaucht. Trotz der ständigen Warnung unserer selbstlosen Freunde bestand er darauf, Mitte Oktober nach Hamburg zu fahren – in der Hoffnung, in der Öffentlichkeit unbekannt zu bleiben. Er kam unbehindert in seine Wohnung zu seiner Frau, die wie üblich polizeilich, wie Holzapfels vorausgesagt hatten, überwacht wurde. Dort wurde er 24 Stunden später verhaftet, dem Volksgerichtshof und am 20. Oktober dem Henker übergeben.“

Vorbereitungen des Attentats und den geplanten Maßnahmen der Militärangehörigen für die Machtübernahme beteiligt waren.<sup>110</sup> Der „zivile Widerstand“, dem die ehemaligen Spitzenfunktionäre der Weimarer Gewerkschaften zuzuordnen sind, war trotz seines engen Kontaktes zu den eingeweihten und beteiligten Wehrmachtsoffizieren,<sup>111</sup> offensichtlich weder über die konkreten Pläne noch über das Vorgehen noch über den genauen Zeitpunkt informiert.<sup>112</sup> Folgt man den Angaben von Elfriede Nebgen, fand noch am 18. Juli 1944 „eine Konferenz im Hause des Generaldirektors der GAGFAH, Arnold Knoblauch, dem Freund von Max Habermann, statt. Es ging um die Frage des Wiederaufbaues nach den Zerstörungen des Bombenkrieges (...). Außer Kaiser, Leuschner und Habermann nahmen neben Knoblauch – wie schon öfter – noch mehrere Persönlichkeiten des führenden Kreises der GAGFAH teil.“<sup>113</sup> Am Morgen des 20. Juli 1944 traf Max Habermann Generaloberst Beck, der, obwohl seit November 1938 aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden, als eine Schlüsselfigur des militärischen Widerstandes angesehen wurde. Habermann übergab Beck einen Brief Goerdelers, den er tags zuvor von Jakob Kaiser erhalten hatte. Er nutzte diese Gelegenheit um, so wiederum Elfriede Nebgen, in einem längeren Gespräch sich mit Beck über die Dringlichkeit der Aktion gegen Hitler zu verständigen.<sup>114</sup> Beck unterrichtete seinen Gesprächspartner offensichtlich nicht über das für diesen Tag geplante Attentat Stauffenbergs. Erst Rundfunkmeldungen und Zeitungsnachrichten in den späten Nachtstunden des 20.

---

110 Vielleicht noch am zuverlässigsten die Angaben bei Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 191–200, 213.

111 Zu den Kontakten zu Stauffenberg, Beck etc. vgl. entsprechende Angaben bei Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*; Leithäuser: Wilhelm Leuschner; Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung; Hoffmann: *Widerstand – Staatsstreich – Attentat*; Christian Müller: *Stauffenberg. Eine Biographie*. Düsseldorf 2003; Klaus-Jürgen Müller: *Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie*. Paderborn 2008.

112 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 191–198. Charakteristisch hierfür die Schilderung der ersten Begegnung Elfriede Nebgens mit Carl Goerdeler nach dem Attentat, als Goerdeler, der angeblich eine Festsetzung Hitlers den Vorrang vor einem Attentat gab, sie mit den Worten „du sollst nicht töten“ begrüßte, ebd., S. 198. Es hat allerdings geringe Plausibilität, dass Goerdeler nicht darüber unterrichtet gewesen sein sollte, dass ein tödliches Attentat auf Hitler geplant war.

113 Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 192. Goerdeler nahm an dieser Besprechung nicht teil, ließ aber Jakob Kaiser herausrufen, um ihm mitzuteilen, dass seit dem 17. Juli 1944 ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt war. Goerdelers Sorge konzentrierte sich auf eine sichere Unterkunft und die Möglichkeit, an einen falschen Pass zu kommen, vgl. ebd., S. 192ff.; ferner Ritter: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, S. 411–415.

114 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 193; ferner Müller: *Generaloberst Ludwig Beck*, S. 516, allerdings nur als Paraphrase von Nebgens Text.

Juli und am nächsten Morgen informierten die Bevölkerung und den nicht-militärischen Widerstand von dem Geschehen.<sup>115</sup>

Kaiser, Leuschner, Habermann, Goerdeler usw., die einen nach vielen Richtungen hin offenen Widerstandskreis bildeten, schienen vom gescheiterten Attentat verunsichert. Wenn sie nicht wie Goerdeler bereits aus anderen Gründen zur Verhaftung ausgeschrieben waren, sahen sie sich nun veranlasst, ihre Wohnungen zu meiden und bei Bekannten oder Verwandten Unterkunft zu suchen. Max Habermann zog es in den ersten Tagen nach dem 20. Juli vor, zumindest die Nächte in Babelsberg zu verbringen.<sup>116</sup>

Bemerkenswert an den Reaktionen der Mitglieder dieses Widerstandskreises ist die fehlende Vorbereitung für eine Situation, wie sie nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat eingetreten war. Man hatte sich anscheinend weder mental auf diese Situation vorbereitet noch organisatorisch Vorkehrungen getroffen, um gegebenenfalls untertauchen und sich dem Zugriff der Gestapo entziehen zu können. Offensichtlich verkannten die Akteure des gewerkschaftlichen und zivilen Widerstandes, wie rasch sie in das Zentrum der Verfolgungsmaßnahmen geraten würden. Sie verkannten nicht nur, was ihre Nähe zum „militärischen Widerstand“, zu den Wehrmachtsoffizieren, die das Attentat geplant und umgesetzt hatten, bedeutete, sondern auch, wie das NS-Regime die sich über mehrere Jahre erstreckenden Planungen und Abstimmungen für einen politischen und gesellschaftlichen Systemwechsel bewerten würde. Es entspricht dieser Fehleinschätzung, wenn noch nach dem Attentat geglaubt wurde, dass es nicht „ums [eigene] Leben ging[e]“ und dass man „sich vom Attentat distanzieren“ könne.<sup>117</sup> Warum es zu dieser durchweg illusionären Wahrnehmung der eigenen Situation kam, ist schwer zu erklären. Faktoren, die zu dieser Illusion (oder Selbsttäuschung) beigetragen haben, dürften im vergleichsweise geringen Verfolgungsdruck und in fehlenden oder wenigen Erfahrungen mit Überwachungen, Verhaftungen und Inhaftierungen und Verhörsituationen zu sehen sein (abgesehen v. a. von Leuschner und Kaiser); auch in dem sehr weitgespannten Kreis von recht einflussreichen Personen, die irgendwie dem „zivilen“ und „militärischen“ Widerstand zugerechnet wurden und mit denen nicht selten über mehrere Jahre ein mehr oder weniger intensiver und kritischer Meinungsaustausch über das NS-Regime geführt wurde. Hinzu kommt auch, dass eine beachtliche Anzahl von Personen, die zu diesem „Beziehungsnetzwerk“ gerechnet wurden, in einflussreichen Positionen im NS-Regime und in der Wehrmacht waren, was möglicherweise den Eindruck von

115 Beispielhaft für die Wahrnehmung des Attentats im vermeintlich eng mit dem militärischen Widerstand verbundenen zivilen Widerstandskreis die von Elfriede Nebgen geschilderte zweifelnde Reaktion Jakob Kaisers, in: Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 194ff.

116 Vgl. ebd., S. 196; Unterkunft bot Gerda Droste.

117 Ebd., S. 196, 198.

Schutz und Intervention bei Verfolgungsmaßnahmen aufkommen ließ. Es ist aber kaum einzuschätzen, in welchem Maße die einzelnen Akteure über diese vielfältigen direkten und indirekten personellen Verbindungen und Verflechtungen unterrichtet waren.

Ein kleiner Kreis von „zivilen Verschwörern“, zu denen neben Carl Goerdeler, Jakob Kaiser, Wilhelm Leuschner und Max Habermann auch Josef Wirmer und Elfriede Nebgen zu zählen sind, hielt in den Tagen nach dem 20. Juli Kontakt untereinander, vermittelt über Elfriede Nebgen.<sup>118</sup> Ein Versteck für Jakob Kaiser boten Mina Amann<sup>119</sup> und Albert Voss, deren Tabakladen in der Rosenthaler Straße in Berlin-Mitte als Anlaufstelle und Aufenthaltsort diente.<sup>120</sup> Ein vermutlich letztes Treffen in dem Tabakladen fand am 31. Juli 1944 statt. Anlass dafür bot Carl Goerdelers 60. Geburtstag, der „noch einmal Goerdeler, Kaiser, Leuschner, Wirmer und Habermann in der Rosenthaler Straße zu einer kleinen Feier“ vereinigte.<sup>121</sup>

Dass diese kleine Geburtstagsfeier mitten in Berlin stattfand, an einem Ort, der seit Jahren von ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionären als Anlauf- und Kontaktstelle genutzt wurde, unterstreicht nochmals, wie wenig sich diese „zivilen Verschwörer“ auf die Situation der Verfolgung nach einem Scheitern des Attentats auf Hitler vorbereitet hatten, wie wenig realistisch sie ihre Gefährdung einzuschätzen in der Lage waren und wie sehr sie ihr eigenes Handeln als relevanten Widerstand gegen die Bestandsvoraussetzungen des Regimes unterschätzten. Nach der Erinnerung von Elfriede Nebgen brachte Max Habermann diese Selbsttäuschung zum Ausdruck, als er sich am 1. August 1944 im Tabakwarengeschäft in der Rosenthaler Straße von ihr mit den Worten verabschiedete: „Wir müssen uns (...) alle etwas ausruhen. In vierzehn Tagen wird alles vorbei sein, dann beginnt die Arbeit.“<sup>122</sup>

Ob Max Habermann, nachdem das Attentat auf Hitler gescheitert war und nachdem die Verfolgung der direkt und indirekt am Attentat Beteiligten begonnen hatte, tatsächlich so unverbrüchlich optimistisch war, wie sich Elfriede Neb-

---

118 Vgl. ebd., S. 197–200.

119 Vgl. Julia Hörath/Siegfried Mielke: Amann, Mina (1893–1966), in: Siegfried Mielke (Hg.): Gewerkschafterinnen im NS-Staat: Verfolgung, Widerstand, Emigration. Essen 2008, S. 33–49.

120 Zum Tabakwaren- bzw. Zigarrengeschäft von Albert Voss in der Rosenthaler Straße 65 vgl. Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand 1933–1945: Widerstand in Mitte und Tiergarten. Bd. 8 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. 2., veränderte und erweiterte Aufl. Berlin 1999, S. 275; Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand 1933–1945: Widerstand in Steglitz und Zehlendorf. Bd. 2 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin 1986, S. 92. Sandvoß verzichtet auf Quellenangaben; die Amann-Biographie von Hörath/Mielke stützt sich wiederum in den Angaben zum Zigarrengeschäft überwiegend auf Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer.

121 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 199.

122 Ebd., S. 200.

gen zu erinnern meinte, mag mit Skepsis betrachtet werden. Immerhin verfasste er ein neues Testament, versehen mit dem Datum 1. August 1944, in dem er nicht nur, wie in seinem Testament vom 28. Dezember 1932, seine Frau zur alleinigen Erbin bestimmte. In dem Testament von 1944 verfügte er detailliert darüber, dass die Firma Bott KG aufgelöst werden sollte, wie die bestehenden Verpflichtungen aus der Firma abzulösen seien und welche Beteiligungen und Ansprüche noch bestünden. Sehr pessimistisch und zugleich protestantisch-gottergeben klingt der abschließende Satz des Testaments: „Sollten aber im Verlauf dieses Krieges alle unseren irdischen Güter in Schutt und Rauch aufgehen, dann mögen Mutter und Kinder in der Armut, die sie dann mit Millionen Deutschen zu teilen haben, sich unter Gottes Willen beugen und sich dem Glauben bewahren, dass sie seiner unendlichen Gnade immerdar anheimgegeben sind.“<sup>123</sup>

Anfang August 1944 verließ Max Habermann Berlin, um in Bielefeld bei Ernst Kettembeil Unterkunft zu suchen. Im Detail nachprüfbar Angaben, wann Max Habermann in Bielefeld war und bei wem er sich wie lange aufhalten konnte, liegen nicht vor. Noch am faktenreichsten sind die Ausführungen von Albert Krebs in seiner ungedruckten biographischen Skizze über Max Habermann.<sup>124</sup> Danach konnte Habermann zunächst in der Wohnung von Ernst Kettembeil unterkommen, bis ein Bombenschaden einen Quartierwechsel erzwang. Für vielleicht zehn Tage wurde er bei Matthias Dreesen in Münster untergebracht, um anschließend wieder bei Ernst Kettembeil in Bielefeld ein Versteck zu finden. Wiederum zwang ein Bombenschaden zum Wechseln des Verstecks. Diesmal soll sich Artur Ladebeck, ein sozialdemokratischer Lehrer, bereitgefunden haben, Max Habermann Unterkunft anzubieten.<sup>125</sup> Nach den Ausführungen von Albert Krebs sollen Habermanns „Bielefelder Freunde“ ihn auf die prekäre Situation hingewiesen und ihm angeraten haben, im großstädtischen Hamburg Unterkunft und Versteck zu suchen.<sup>126</sup> Am 29. Oktober kam Max Habermann diesem Drängen nach und fuhr mit dem Zug in Richtung

123 „Testament“, Berlin, 1. August 1944, handschriftlich verfasst; ferner der handschriftliche „letzte Wille“ von Max Habermann, Rahlstedt, 28. Dezember 1932, beide in: Privatarchiv Günther Habermann.

124 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 80ff.; Krebs gibt an, sich für seine Habermann-Studie u. a. auf „schriftliche und mündliche Berichte von Frau Habermann, Ernst Kettembeil, Friedrich Schleicher, Hermann Schuhmacher, Friedrich Stoffers, Cornelius van der Horst und anderen“ gestützt zu haben. Leider sind diese Quellen, weder die schriftlichen Berichte noch die Aufzeichnungen von mündlichen Berichten, nachgewiesen und einsehbar.

125 Da Krebs keine Belege für seine Schilderung anführt, lässt sich nicht überprüfen, ob es nicht gelegentlich zu irrümlichen Darstellungen und Verwechslungen gekommen ist. Beispielsweise wurde Artur Ladebeck nach dem 20. Juli im Zuge der Aktion „Gewitter“ für einen Monat inhaftiert; ob Ladebeck angesichts einer hohen Selbst- und Fremdgefährdung durch Überwachungsmaßnahmen des NS-Regimes bereit war und es verantworten wollte, Max Habermann zu verstecken, ist sehr fraglich.

126 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 81.

Hamburg. In Celle unterbrach er die Zugfahrt, um in Müden an der Aller seine Frau aufzusuchen, die in Begleitung des jüngsten Sohnes Mitte 1943 von Berlin dorthin evakuiert worden war. Bereits kurze Zeit, nachdem er angekommen war, wurde er verhaftet. In der Nacht zum 30. Oktober 1944 nahm sich Max Habermann das Leben.<sup>127</sup>

X.

Dass der gläubige evangelische Christ sich in der Gefängniszelle in Gifhorn das Leben nahm,<sup>128</sup> bedarf nicht nur angesichts des kirchlichen Suizid-Verbotes einer besonderen Erklärung. Die Selbsttötung verlangte auch in Bezug auf die gesellschaftliche und politische Bewertung des Widerstandes nach Überhöhung und Sinngebung. Bereits im „Fragebogen“, den Anna Habermann am 15. Juli 1945 für den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ des Magistrats der Stadt Berlin ausfüllte, erklärte sie, dass sich Max Habermann das Leben nahm, „um nicht weitere Freunde und Mitarbeiter mit in den Tod und Gefangenschaft zu ziehen“<sup>129</sup>. Diesem Deutungsmuster schloss sich Albert Krebs an. Auch für ihn war der Selbstmord von der Befürchtung bestimmt, „in der Bedrängnis der Gestapo-Verhöre (...) schwach werden“ zu können, und von dem Bemühen, „jene, die ihn verborgen hatten, und weitere Mitglieder des ‚Widerstandes‘, schon verdächtigte und noch unbekannte, nicht verraten“ zu wollen. Konsequenterweise findet die Selbsttötung auch für Krebs (unter Einbeziehung der eigenen Person) eine Rechtfertigung darin, dass „sein Tod (...) vielen von uns das Leben gerettet“ hat; und er nahm an, dass in dieser schützenden Wirkung auch für Max Habermann „Trost und Rechtfertigung seines freiwilligen Sterbens“ lag.<sup>130</sup> Anlässlich eines Gedenkartikels zum ersten Todestag von Max Habermann meinte auch Jakob Kaiser mit pathetischer Rhetorik feststellen zu sollen: „Aber Blut, das für eine Idee geflossen, hat in der Geschichte noch immer zwingende Kraft gehabt.“

---

127 Vgl. die Angaben im „Fragebogen“ vom 15. Juli 1945 und in dem beigefügten „Lebenslauf: Anna Habermann“ für den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“, in: Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254. Hier findet sich auch die Angabe über die Denunziation, die zur Verhaftung führte, und eine Namensnennung des vermeintlichen Denunzianten. – Albert Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 81, vermutete kontrafaktisch: „Wer den Polizeimeister [der die Verhaftung vornahm] unterrichtet hat, ist mit Sicherheit nicht festgestellt, von den Angehörigen, denen an billiger Rache nichts gelegen war, aber auch nicht ernsthaft nachgeprüft worden.“

128 Neben: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 213, erwähnt, dass Max Habermann sich erhängte. Die Schilderung der Umstände seines Todes variieren in den einzelnen Darstellungen, vgl. Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 81f.

129 In: Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254.

130 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 82.

Zwingend sollte der Tod von Max Habermann und Wilhelm Leuschner für die Bildung der Einheitsgewerkschaft sein.<sup>131</sup>

---

131 Jakob Kaiser: Max Habermann: Zu seinem Todestag am 30. Oktober 1944, Artikel in: Neue Zeit, 30. Oktober 1945, abgedruckt in: Mayer: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot, S. 189–191, hier S. 190.

# **Von der „traditionellen Freundschaft“ zur „notwendigen Nähe“ – Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Spanien (1949–1979)\***

**Natalia Urigüen López de Sandaliano**

## *Einführung*

Die Beziehungen zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland nahmen seit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 eine besondere Entwicklung, die durch den internationalen Kontext des Kalten Krieges, insbesondere aber durch den bestehenden strukturellen Unterschied zwischen einer neuen Bundesrepublik, die sich bemühte, Vorbild zu sein, und einer der letzten zentralistischen Diktaturen des Kontinents, die sich gleichzeitig in einer internationalen Isolierung befand, bedingt waren. Es mussten erst einige Jahre vergehen, bis die „traditionelle Freundschaft“, die in den Augen der Alliierten im spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg so großen Schaden ange richtet hatte, wieder hergestellt und gefestigt werden konnte. Obwohl das Verhältnis zwischen beiden Ländern dem Franco-Regime zum Vorteil gereichte, gingen von ihm auch wichtige Impulse für die wesentlichen sozialen und politischen Veränderungen aus, die schließlich aus Spanien in den 1970er Jahren eine Demokratie machten. Aber schon vor dem Tod Francos im November 1975 war die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in den Übergangsprozess Spaniens von grundlegender Bedeutung und manifestierte sich in der Unterstützung und im Dialog, der auf unterschiedlichen Ebenen – von der Regierung bis zu den Parteien und politischen Stiftungen – geführt wurde.

In der vorliegenden Arbeit wird die Entwicklung der bilateralen Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Spanien in den drei Jahrzehnten zwischen der Gründung des neuen Staates und dem Inkrafttreten der neuen Verfassung Spaniens nachgezeichnet. Dabei wird nicht versucht, sämtliche bzw. jeden einzelnen der diese Politik charakterisierenden Aspekte zu erfassen, sondern die Herausbildung der Grundzüge zu analysieren, durch die sie sich im Einklang mit der internationalen Entwicklung und der Entwicklung beider Länder artikulierte und nach und nach veränderte.

---

\* Der vorliegende Artikel beruht auf der Master-Abschlussarbeit „Drei ßig Jahre deutsche Außenpolitik gegenüber Spanien, (1949–1979)“, Madrid 2012. Sie ist eine Vorarbeit für ein mit einem Stipendium der Universidad Nacional de Educación a Distancia (UNED) geförderten Promotionsarbeit über die „Rolle der deutschen Christdemokratie in der spanischen transición zur Demokratie“.



*Die spanisch-deutschen Beziehungen in den ersten Jahren der Nachkriegszeit*

Während der ersten vier Nachkriegsjahre ließen die Alliierten auf dem Besatzungsgebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland keine spanisch-deutschen Beziehungen zu. Das war der Preis, den Spanien dafür bezahlen musste, dass hier eine der Diktaturen auf dem europäischen Kontinent fortbestand und – mehr noch –, dass Franco an seiner Freundschaft zu Hitler praktisch bis zum Kriegsende festgehalten hatte. Während des Krieges war Spanien nichtkriegsführend bzw. neutral geblieben und hatte damit zumeist die Achsenmächte begünstigt. Es hatte Wolfram nach Deutschland geliefert, einen in Kriegszeiten strategisch wichtigen Rohstoff. Es hatte Hitler eine Freiwilligendivision, die „Blaue Division“, zur Verfügung gestellt, die gemeinsam mit der Wehrmacht an der russischen Front gegen den Kommunismus kämpfte. Es hatte deutschen Geheimdiensten erlaubt, sich auf der Halbinsel und im spanischen Protektorat Marokko niederzulassen und es hatte außerdem zahlreiche Deutsche aufgenommen, die sich in Spanien niederließen<sup>1</sup>.

Die Resolution 39(I) der Vereinten Nationen (Februar 1946) führte dazu, dass der Westen die diplomatischen Beziehungen zu Spanien einfror. Das ging sogar so weit, dass Frankreich die Pyrenäengrenze schloss. Spanien war so einer internationalen Isolation ausgesetzt, da das Franco-Regime als eine Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit angesehen wurde.<sup>2</sup>

Deutschland wiederum war in vier Zonen aufgeteilt, unterstand dem Alliierten Kontrollrat und verfügte in den ersten Nachkriegsjahren über keine Souveränität und damit auch über keine eigene Außenpolitik. Folglich waren die spanisch-deutschen Beziehungen zwischen 1945 und 1949 in Wirklichkeit Beziehungen zwischen Spanien und den drei Besatzungsländern im westlichen Teil Deutschlands, nämlich den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien, für die es in erster Linie darum ging, durch das 1944 gestartete Programm „Safehaven“ jeder möglichen Spur der ehemaligen Nationalsozialisten auf dem Territorium Spaniens nachzugehen. Die Alliierten verfolgten dabei vier Ziele: das Ende der indirekten Unterstützung, die die neutralen Länder Deutschland auch weiterhin durch die Handels- und Finanzbeziehungen gewährten; die Blockierung sämtlicher deutscher Vermögenswerte und Investitionen in diesen Ländern, einschließlich Rohstoffe, Fertigprodukte, Bankeinlagen etc.; die Kapitalflucht und das Verbringen von Gütern durch flüchtige Nationalsozialisten zu verhindern sowie schließlich die Rückgabe von geraub-

---

1 Carlos Collado: España y los agentes alemanes 1944–1947. Intransigencia y pragmatismo político, in: Espacio, Tiempo y Forma. Serie V: Historia Contemporánea (1992), S. 431–482.

2 Zur Isolierung des Franco-Regimes in den ersten Nachkriegsjahren, vgl. auch Florentino Portero: Franco aislado. La cuestión española (1945–1950). Madrid 1989.

ten Gütern an die rechtmäßigen Eigentümer.<sup>3</sup> Parallel dazu begannen die Alliierten die Auflösung des in Spanien geschaffenen deutschen Spionagenetzes und die Ausweisung einer langen Liste deutscher Bürger zu fordern.<sup>4</sup>

Der entscheidende Faktor, der sowohl im Fall Deutschlands als auch Spaniens zu einer Änderung der Situation führte, war der Beginn des Kalten Krieges. Die Eskalation der Rivalitäten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bis 1947 brachte die Westmächte dazu, ihre antifaschistische Ideologie durch einen eisernen Antikommunismus zu ersetzen. Diese erzwungene Veränderung ermöglichte die Wiedereingliederung Spaniens und der Bundesrepublik Deutschland in die neue internationale Ordnung.

### *Die Wiederherstellung der traditionellen Freundschaft in den 1950er Jahren*

Das in der internationalen Arena ausgegrenzte Spanien spielte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren auch auf Grund seiner peripheren Lage auf dem europäischen Kontinent und einer wenig entwickelten Wirtschaft eine zweitrangige Rolle, da es zu keinem der Themen, die die Bundesrepublik Deutschland damals beschäftigten – der Wiederherstellung ihrer Souveränität, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Aufbau der Europäischen Gemeinschaft – einen Beitrag leisten konnte.<sup>5</sup> Spanien war nur in einer der für die Bundesrepublik Deutschland grundlegenden Fragen betroffen: Die Stärkung der Verteidigung Westeuropas gegen die sowjetische Bedrohung.

Die Bundesrepublik Deutschland wertete die Einhaltung der Hallstein-Doktrin durch die spanische Regierung sowie ihre konsequente Unterstützung der Bonner Haltung zur „deutschen Frage“ in den internationalen Kreisen und besonders in der Organisation der Vereinten Nationen, zu denen die Bundesrepublik Deutschland nicht gehörte, als sehr positiv. All dies trug zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seit 1949 bei.

Drei Grundgedanken bildeten den Ausgangspunkt der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik gegenüber dem Franco-Regime und bestimmten sie bis zu dessen Verschwinden: Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten

---

3 Zum Programm Safehaven siehe auch Carlos Collado: Angst vor dem „Vierten Reich“. Die Alliierten und die Ausschaltung des deutschen Einflusses in Spanien, 1944–1958. Paderborn 2001; Carlos Collado: España refugio nazi. Madrid 2005.

4 Collado: España y los agentes alemanes, S. 432.

5 Zu den durch die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 verfolgten Grundpfeilern und Zielen, vgl. auch: Wolfram F. Hanrieder: Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy. Yale 1989; Ulrich Lappenküper: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München 2008; Frank R. Pfetsch: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Adenauer bis zu Merkel. Schwalbach 2011; Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1999.

des Landes trotz des undemokratischen Charakters des Franco-Regimes; die Notwendigkeit, alte Ressentiments aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit zu vergessen, sowie die Unterstützung der Integration Spaniens in die NATO und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Durch diesen letzten Gedanken versuchte die Bundesregierung, das Wachstum der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zu begünstigen, die soziale und politische Stabilität in Spanien zu fördern sowie die Entwicklung und Liberalisierung voranzubringen.<sup>6</sup>

Der diktatorische Charakter des Franquismus und seine früheren Verbindungen zum Nationalsozialismus spielten keine wichtige Rolle für die bilateralen Beziehungen der Regierungen von Konrad Adenauer, da Bonn anderen gemeinsamen Werten, wie dem Antikommunismus und dem demokratischen Katholizismus, eine größere Bedeutung beimaß. Aufgrund des begrenzten äußeren Handlungsspielraums, der Festlegung ihrer Prioritäten und der politischen Vorsicht, zeigte die deutsche Regierung keine übermäßige Eile bei der Wiederaufnahme ihrer direkten Beziehungen zum Franco-Regime. Während Spanien bereits seit dem Frühjahr 1951 eine Botschaft in Bonn unterhielt, wurde die erste Botschaft der Bundesrepublik in Madrid erst 1952 eingerichtet, der in den nächsten Jahren eine Reihe von Konsulaten in verschiedenen spanischen Städten folgten. Für Deutschland bestand das größte Problem darin, für seine Diplomaten in Spanien ein geeignetes Profil zu finden, weil die Bundesregierung jede mögliche frühere Verbindung ihrer Kandidaten mit dem Nationalsozialismus vermeiden wollte.<sup>7</sup>

Während der ersten Jahre des Bestehens der Bundesrepublik galten die Ziele der Außenpolitik Adenauers gegenüber Spanien der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen, der Verteidigung der deutschen Wirtschaftsinteressen im spanischen Hoheitsgebiet sowie der konsularischen Unterstützung für die Tausenden von deutschen Bürgern mit Wohnsitz in Spanien. Zu diesen drei Zielen muss ein viertes hinzugefügt werden, das für Bonn von großer Bedeu-

6 Zu den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern während der Regierungen von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, siehe auch: Birgit Aschmann: „Treue Freunde...“? Westdeutschland und Spanien 1945–1963. Stuttgart 1999; Walter Lehmann: Die Bundesrepublik und Franco-Spanien in den 50er Jahren. München 2006; Gerlinde Freia Niehus: Außenpolitik im Wandel. Die Außenpolitik Spaniens von der Diktatur Francos zur parlamentarischen Demokratie. Frankfurt/Main 1989; Carlos Sanz: España y la República Federal de Alemania (1949–1966): Política, Economía y Emigración entre la Guerra Fría y la distensión. Unveröffentlichte Doktorarbeit, Universidad Complutense de Madrid 2005; Petra Maria Weber: Spanische Deutschlandpolitik 1945–1958. Entsorgung der Vergangenheit? Frankfurt/Main 1992.

7 Das Petersberger Abkommen, das es der Bundesrepublik Deutschland erlaubte, diplomatische und Handelsbeziehungen zu den westlichen Ländern aufzunehmen, war drei Jahre zuvor unterzeichnet worden, allerdings befand sich Spanien nicht auf der von den Alliierten aufgestellten Prioritätenliste. Zur Errichtung der ersten Botschaften in den jeweiligen Ländern, vgl. auch Aschmann: „Treue Freunde...“?, S. 201–223.

tung war: Die Rückgabe des aus dem Dritten Reich stammenden deutschen Eigentums, das sich das Franco-Regime seit 1945 unter dem Mantel des Safehaven-Programms der Alliierten nach und nach angeeignet hatte. Das mitten in einem Prozess des moralischen, politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus befindliche Westdeutschland unternahm unter der Aufsicht der Alliierten die ersten Schritte zur Wiederherstellung „neuer“, von der Last der Vergangenheit befreiten Beziehungen.

Mit dem Hauptziel der Stärkung des westlichen Blocks, beschloss die bundesdeutsche Regierung Spanien bei den Bemühungen, die internationale Isolation zu überwinden, zu unterstützen. Bonn schätzte dabei sowohl den Antikommunismus Spaniens und den Nutzen, den man daraus ziehen konnte, als auch dessen strategische Lage. Die deutsche Regierung verfolgte genau die Entwicklung des 1953 zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten unterzeichneten Verteidigungsabkommens, das die Errichtung amerikanischer Stützpunkte auf spanischem Boden erlaubte. Es war ebenfalls die Sicht Deutschlands auf die geostrategischen Aspekte Spaniens, die Deutschland seit seinem eigenen Beitritt zur NATO im Jahr 1955 veranlassten, in dieser oder jener Form die Aufnahme Spaniens zu unterstützen. Während der Zeit, als Konrad Adenauer an der Spitze des Bundeskanzleramtes stand (1949–1963), war eine zu explizite Unterstützung des Franco-Regimes, vor allem, wenn sie von der deutschen Bundesregierung kam, immer noch ein umstrittenes Thema. Innenpolitisch wandten sich die deutschen Sozialdemokraten gegen den Eintritt Spaniens in die NATO. Auf internationaler Ebene stieß ein Versuch einer bilateralen militärischen Zusammenarbeit außerhalb des Atlantischen Bündnisses und der Westeuropäischen Union auf den frontal Widerstand der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und anderer westlicher Länder, wie man an dem gescheiterten Versuch, 1960 deutsche Militärstützpunkte in Spanien zu errichten, sehen konnte. Ziel dieses Projektes war, eine Lösung für das Versorgungsproblem (im Fall eines sowjetischen Angriffs war die Bundesrepublik auf Lieferungen aus den Vereinigten Staaten angewiesen) und die fehlende territoriale Tiefe in Westeuropa zu finden. Letzterer Umstand betraf nicht nur das deutsche Territorium, sondern die gesamte NATO. Die Bundesregierung hat zu jeder Zeit die Regierungen der Hauptländer des Atlantischen Bündnisses über das Vorhaben informiert. Allerdings hatte sich die Presse dieser Angelegenheit angenommen und daraus einen Skandal gemacht, obwohl sie in Wirklichkeit noch gar nicht richtig zwischen den Regierungen in Bonn und Madrid behandelt worden war. Die Bundesrepublik Deutschland hat schließlich ihr Anliegen ohne den Beistand aus Spanien gelöst und in Beja (Portugal) einen Luftwaffenstützpunkt errichtet.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Zu den Versuchen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und dem gescheiterten Versuch, Militärdépos in Spanien anzulegen, siehe auch: Carlos Collado:

Die Wirtschaft war ein weiterer Aspekt, bei dem die Bundesrepublik für Spanien wichtig war, obwohl die Beziehungen hier zunächst von Unsicherheit geprägt wurden. Zu Beginn waren es die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich, die im Alliierten Kontrollrat durch eine Ende 1948 zwischen Madrid und der Trizone unterzeichnete Vereinbarung die Wiederaufnahme des Handelsaustausches mit Spanien ermöglichten. Allerdings war die Ausgangslage in beiden Ländern vollkommen gegensätzlich: Spanien hatte sich für eine Autarkiepolitik entschieden, die zu einer verzögerten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in den 1950er Jahren führte, und die Bundesrepublik war im internationalen Kapitalismus integriert und hatte seit 1948 einen spektakulären Wiederaufbau eingeleitet, an dessen Beginn die Unterstützung im Rahmen des Marshallplans stand, von der Spanien ausgeschlossen worden war. Westdeutschland verfolgte weiter den Weg des Multilateralismus, während Spanien keine andere Wahl hatte, als den bilateralen Ansatz in seinen außenwirtschaftlichen Beziehungen fortzusetzen. Nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge änderte die spanische Regierung die Taktik, aber bis dahin war ein Jahrzehnt der Stagnation vergangen. Spanien hatte in der Bundesrepublik einen Lieferanten von Produkten und Maschinen, die für die Industrialisierung des Landes absolut notwendig waren, während Westdeutschland in Spanien ein Anbieter von Grundnahrungsmitteln und der für den Wiederaufbau notwendigen Rohstoffen sah. Die Bundesrepublik hatte schon ca. 1952 ihren Platz auf dem spanischen Markt von der Konkurrenz aus Frankreich, Großbritannien und den USA zurückerobert.<sup>9</sup>

Wenn auch zunächst die bundesdeutsche Regierung einen Aufschwung des Handelsvolumens zwischen den beiden Ländern erreichte, entstanden bald darauf Hindernisse, die sich aus der geringen Öffnung der spanischen Wirtschaft und der fehlenden Zugehörigkeit zu einer multilateralen Organisation ergaben. Die Realität sah so aus, dass Spanien die vereinbarten Geschäftsbedingungen nicht erfüllte. Hinzu kamen Liquiditätsprobleme der spanischen Wirtschaft. Die deutsche Regierung hatte keine andere Wahl, als Zugeständnisse zu machen, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nicht zu belasten. Mitte der 1950er Jahre richtete die Bundesrepublik ihre Wirtschaftspolitik gegenüber Spanien neu aus und verfolgte dabei das Ziel, die spanische Regierung innerhalb kurzer Zeit in die Lage zu versetzen, die Bedingungen in Bezug auf Mengen, Termine, Lizenzen etc. einzuhalten und die Zunahme spa-

---

Planes militares de Adenauer en España, in: *Espacio Tiempo y Forma. Serie V: Historia Contemporánea* n. 4, 1991; Carlos Collado: *El proyecto de las bases militares alemanas en España*, in: Walter Bernecker (Ed.): *España y Alemania en la Edad Contemporánea*. Frankfurt/Main 1992; Carlos Collado: *Die deutsch-spanischen Beziehungen in der Nachkriegszeit: Das Projekt deutscher Militärstützpunkte in Spanien 1960*. Saarbrücken 1991.

9 Zu den ausländischen Investitionen in Spanien, vgl. auch Carlos Barciela u. a.: *La España de Franco (1939–1975)*. Madrid 2001.

nischer Exporte nach Westdeutschland zu fördern. Die Bundesrepublik beschloss, mittelfristig den Eintritt Spaniens in die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) und die Europäische Zahlungsunion (EZU) zu unterstützen. Im Wesentlichen hatte sich die Bundesregierung vorgenommen, die Öffnung und Liberalisierung der spanischen Wirtschaft zu fördern, was auch den Interessen der deutschen Exporteure zu Gute kam.<sup>10</sup>

1958 wurde das zwischen der Bundesrepublik und Spanien bestehende Problem im Zusammenhang mit dem auf dem Gebiet Spaniens 1945 sequestrierten Eigentums durch die Unterzeichnung zweier Abkommen gelöst: der *Convenio sobre ciertos efectos de la Segunda Guerra Mundial entre España y la República Federal de Alemania* und der *Convenio para la rehabilitación de derechos de propiedad industrial entre España y la República Federal de Alemania*.<sup>11</sup>

Das Ergebnis wurde von der Bundesregierung als sehr positiv bewertet und mehr als eine moralische Wiedergutmachung denn als ein bedeutender wirtschaftlicher Gewinn betrachtet. Die Regelung des Streitverfahrens führte neben dem Amtsantritt von technokratisch geprägten Ministern in der spanischen Regierung und der Umsetzung des *Plan Nacional de Estabilización Económica* von 1959 zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen seit den späten 1950er Jahren. Die Änderungen zu mehr Offenheit durch das Franco-Regime erfolgten auf Grundlage der Römischen Verträge und aus Angst vor einer größeren Isolierung Spaniens im europäischen Wirtschaftsraum. Im Ergebnis wurde Spanien zu den internationalen Wirtschaftsorganisationen zugelassen; auch kam es in den 1960er Jahren zu einer größeren wirtschaftlichen Liberalisierung.<sup>12</sup>

### *Die Vertiefung der bilateralen Beziehungen in den 1960er Jahren*

In den 1960er Jahren war die Bundesrepublik Deutschland eine bedeutende Wirtschaftsmacht des Westens und in den meisten internationalen technischen

10 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*. S. 271, 275; Aschmann: „Treue Freunde...“?, S. 286–311; Birgit Aschmann: *The Reliable Ally: Germany Supports Spain's European Integration Efforts, 1957–1967*, in: *Journal of European Integration History* 7 (2007) 1 S. 37–51.

11 *Convenio sobre ciertos efectos de la Segunda Guerra Mundial entre España y la República Federal de Alemania* sowie *Convenio para la rehabilitación de derechos de propiedad industrial entre España y la República Federal de Alemania*, unterzeichnet am 8. April 1958 in Madrid. Herausgegeben vom Ministerio de Asuntos Exteriores. Madrid 1959 (Vertragsregister Nr. 119). Deutscher Text in: *Bundesgesetzblatt II*, 3. April 1959 ([http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger\\_BGBI&start=%2F%2F\\*%5B%40attr\\_id%3D%27%2F%5B%40attr\\_id%3D%27%5D&wc=1&skin=WC#\\_\\_Bundesanzeiger\\_BGBI\\_\\_%2F%2F\\*%5B%40attr\\_id%3D%27%5D\\_\\_1370353405394](http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27%2F%5B%40attr_id%3D%27%5D&wc=1&skin=WC#__Bundesanzeiger_BGBI__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27%5D__1370353405394), Abruf: 10. Juni 2013).

12 Aschmann: „Treue Freunde...“?, S. 258f.

Organisationen vertreten. Darüber hinaus war sie zu einem bedeutenden Machtfaktor in der antikommunistisch ausgerichteten westlichen Staatenwelt geworden. Die Sorge, dass die Vereinigten Staaten der Politik Bonns in Bezug auf die „deutsche Frage“ nicht mehr beistehen würden, und die unveränderte Unterstützung der Hallstein-Doktrin durch die spanische Regierung führten in diesem Jahrzehnt zu einem größeren Einsatz der Bundesrepublik für die Einbeziehung Spaniens in den westlichen Block. Die Regierung von Ludwig Erhard hielt an der politischen Kontinuität der Beziehungen zum Franco-Regime fest und unterstützte die Annäherung Spaniens an Europa, die Entwicklung seiner Wirtschaft und die Verbesserung seiner Position in der internationalen Arena. Erhard zeigte während seiner Amtszeit (1963–1966) kein besonderes Interesse an Spanien, jedoch schloss seine Vision eines in größeren als den damals bestehenden Strukturen der wirtschaftlichen Integration vereinten „Europas der freien und gleichen Länder“ auch die Diktaturen auf der iberischen Halbinsel ein, was im Wesentlichen auf der Übereinstimmung mit seiner Sichtweise auf die Wirtschaft und den Freihandel beruhte. Im Unterschied zu Adenauer spielten Spanien und Portugal bei den Sicherheitsüberlegungen dieses Bundeskanzlers eine weniger wichtige Rolle.<sup>13</sup> Es gab auch keine Veränderungen in der Handlungslinie gegenüber Spanien während der Regierung der Großen Koalition (1966–1969). Ende der 1960er Jahre waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern von der übereinstimmenden Ablehnung des Kommunismus und der fortgesetzten Unterstützung für die Einbindung Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gekennzeichnet. Die Machtübernahme durch die deutschen Sozialdemokraten bedeutete daher keine wesentliche Änderung in der Bonner Strategie gegenüber Madrid. Kiesinger war der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, der Ende Oktober 1968 eine offizielle Reise nach Spanien unternahm, und tatsächlich war er der einzige Regierungschef der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Spanien während der gesamten Franco-Zeit einen offiziellen Besuch abstattete.<sup>14</sup>

In wirtschaftlicher Hinsicht legte die mit deutscher Unterstützung erfolgte Aufgabe der Autarkie die Grundlage zum Beginn der Integration Spaniens in die internationalen wirtschaftlichen Institutionen und die Eröffnung des Weges zum Multilateralismus. Während der 1960er Jahre und bis 1973 erlebte Spanien vor allem durch den Tourismus, den starken Anstieg der Exporte und ausländischer Investitionen sowie durch eine positive Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des öffentlichen und privaten Konsums seine „goldenen Wirtschaftsjahre“. Hinzu kam die Aufnahme des Arbeitskräfteüberschusses

---

13 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*, S. 390–392.

14 Kiesinger *llega mañana*. Primera visita a España de un canciller de la República Federal alemana; in: *ABC*, 27. Oktober 1968; Antonio Muñoz: *El amigo alemán*. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia. Barcelona 2012, S. 21–32.

durch den europäischen Markt, wobei hier Westdeutschland ebenfalls eine große Rolle zukam.<sup>15</sup> 1960 unterzeichneten Bonn und Madrid ein Einwanderungsabkommen, das es bis 1975 etwa 770.000 Arbeitnehmern und deren Familien ermöglichte, das Land offiziell zu verlassen und in der Bundesrepublik zu arbeiten.<sup>16</sup>

Wegen des Ansehens, das deutsche Produkte in Spanien besaßen, versprach sich Bonn Vorteile aus dieser Multilateralisierung. Während dieser gesamten Zeit intensivierten sich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Es wurden verschiedene Abkommen unterzeichnet, die den bilateralen Handel und deutsche Investitionen in der spanischen Industrie erleichterten. In jenen Jahren war die Bundesrepublik der zweitgrößte Käufer spanischer Exporte, wobei allerdings die Bedeutung Spaniens als Handelspartner vom Gesamtvolumen her gering war. Jedoch hat sich der Einsatz für die Multilateralisierung der spanischen Wirtschaft gelohnt, denn der Handelsaustausch nahm zu und Spanien erlebte einen Wirtschaftsboom, der das Land radikal veränderte und die Grundlagen der modernen Gesellschaft und demokratischen Zukunft schuf.<sup>17</sup>

### *Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu Spanien*

Nach der Analyse der Beziehungen der CDU-geführten Regierungen zu Spanien in den 1950er und 1960er Jahren muss auch eine Betrachtung der Entwicklung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Franco-Regime in diesen Jahren vorgenommen werden. In den 1950er Jahren bezog die SPD eine Position der offenen und aktiven Feindseligkeit zum Spanien Francos. Sie war nicht bereit, die Hilfe zu vergessen, die Hitler während des Bürgerkrieges Franco geleistet hatte. Einige Mitglieder und sogar herausragende Führungspersönlichkeiten (angefangen bei Willy Brandt persönlich) waren während des Bürgerkrieges in Spanien gewesen und bezogen sehr kritische Positionen gegenüber dem Franco-Regime und seinen Vertretern. Während der Ära Adenauer wurde die CDU im Bundestag kontinuierlich von der SPD wegen ihrer Unterstützung für das Franco-Regime kritisiert, obwohl dies keine Auswirkungen

15 Zur wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens in den 1970er Jahren, vgl. auch Albert Carreras und Xavier Tafunell: *Historia económica de la España contemporánea*. Barcelona 2004; Alfonso J. Gil: *Causas del desarrollo económico. España en Europa 1900–2000*. Madrid 2001; Francisco Simón: *Manual de Historia económica mundial y de España*. Madrid 1991, S. 652f.

16 Antonio Muñoz: *Una introducción a la historia de la emigración española en la República Federal de Alemania (1960–1980)*, in: *Iberoamericana: América Latina – España – Portugal* 46 (Juni 2012), S. 23–41; Carlos Sanz: „Illegale“, „Halblegale“, „Gastarbeiter“. Die irreguläre Migration aus Spanien in der Bundesrepublik Deutschland im Kontext der deutsch-spanischen Beziehungen 1960–1973. Berlin 2010.

17 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*, S. 748.



auf die deutsche Gesellschaft hatte. Die SPD prangerte die Verantwortung Deutschlands für die Zerstörung der Demokratie in der spanischen Republik an und unterstützte die Isolierung des Regimes in den europäischen Organisationen, um so den Zusammenbruch des Franco-Systems und die Rückkehr des Landes zur Demokratie zu erreichen.<sup>18</sup>

Mitte der 1960er Jahre änderte die SPD ihre Einstellung zum Spanien Francos. Nachdem die Sozialdemokraten als Ergebnis des außerordentlichen Parteitagess von Bad Godesberg im Jahr 1959 den Wandel zu einer Volkspartei beschlossen hatten, kam es zu einer Änderung ihrer außenpolitischen Grundsätze, die mit der Übernahme der Parteiführung durch Willy Brandt 1964 noch verstärkt wurde und auf eine konstruktive Positionierung in Übereinstimmung mit der Entspannungspolitik abzielte, die die Partei damals gegenüber den kommunistischen Diktaturen verteidigte. Dies hatte auf mittlere Sicht Auswirkungen auf die Beziehungen der Bundesrepublik zu Spanien.

Nach dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“, das die SPD für die Ost- und die Westpolitik geltend machte, änderten die deutschen Sozialdemokraten nach und nach ihre radikale Opposition gegenüber der Diktatur Francos und begannen – wie das auch die CDU seit langem tat – die Entwicklung des Franquismus zur Demokratie und die Annäherung Spaniens an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu unterstützen. Mitte der 1960er Jahre akzeptierte die SPD die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zum Franco-Regime. Dabei wollte Bonn allerdings keine anders gearteten Bündnisse eingehen, die als Freundschaft zu einer Regierung interpretiert werden könnten, die auch weiterhin ihrem Volk demokratische Freiheiten verwehrte.<sup>19</sup> Die SPD änderte ihre Vorgehensweise gegenüber Spanien und ging dabei von dem Gedanken aus, dass die vom europäischen Sozialismus verteidigte Isolierung des Regimes letztendlich die Extremisten auf der rechten und linken Seite begünstigen würde. Die deutschen Sozialdemokraten traten für eine Änderung der Vorgehensweise ein, um das Entstehen einer gemäßigten Linken in Spanien zu unterstützen. Mit diesem Vorgehen wurde die SPD, die konsequent an ihrer Strategie der europäischen Entspannung festhielt, zu der sozialdemokratischen Partei Europas, die die Franco-Diktatur am wenigsten bekämpfte. Hier gab es eine Übereinstimmung mit der von den Regierungen der CDU gegenüber Spanien verfolgten Politik, obwohl dabei ein neues Element eingeführt wurde: Die Förderung der demokratischen Hinwendung zu Europa, wobei hier darauf vertraut wurde, dass die Aussicht auf einen Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft zu einer Stärkung der europäisch orientierten und für eine Öffnung eintretenden Kräfte des Regimes führen und so den Weg zur Demokratie für die Zeit nach dem Ableben Francos ebnen

---

18 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 19–21.

19 Sanz: *España y la República Federal de Alemania*, S. 485.

würde.<sup>20</sup> Auch in Spanien hatte es gewisse Anzeichen einer Öffnung gegeben, wie die Verabschiedung des Staatsorgangesetzes (*Ley Orgánica del Estado*) im Jahr 1967, die innerhalb der franquistischen Partei zu einer Änderung der Herangehensweise führten.<sup>21</sup>

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie – zu der die SPD, die Friedrich-Ebert-Stiftung und gewerkschaftliche Vertreter gerechnet wurden – gab es eine Vielzahl von Meinungen zu der von der SPD-Führung eingeschlagenen pragmatischen und moderaten Linie. Besonders Ende der 1960er Jahre war die Parteiführung wegen ihrer fehlenden Kampfbereitschaft gegen den Franquismus zunehmend der Kritik der Jusos und der IG Metall ausgesetzt.<sup>22</sup> Jedoch setzte sich immer die von Willy Brandt und der SPD-Führung vorgegebene gemäßigte Linie durch, die im Einklang mit der durch seine Ostpolitik verteidigten Entspannung stand. Deshalb gab es während der Regierung der Großen Koalition zwischen CDU und SPD keinen tiefer gehenden Konflikt in Bezug auf die Art und Weise des Umgangs mit dem Franco-Regime.

#### *Die Grundzüge der deutschen Hilfe für Spanien in den 1970er Jahren*

Die Bildung der sozialliberalen Koalition in Deutschland im Jahr 1969 fiel mit einer tiefgreifenden Veränderung innerhalb der spanischen Regierung zusammen. Wenn Franco bisher auf eine ausgewogene Machtverteilung zwischen den in der Regierung vertretenen Gruppierungen geachtet hatte, das heißt, hauptsächlich zwischen den Anhängern der Falange und des Opus Dei, gab es jetzt im neuen Kabinett ein deutliches Übergewicht technokratischer und mit dem Opus Dei verbundener Minister. Sie waren in den 1960er Jahren die Verantwortlichen für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik gewesen, trugen jetzt dazu bei, dass die Erinnerungen an die Falange verblassten.<sup>23</sup>

Das Ziel dieser neuen Regierung bestand darin, die Zukunft des Landes ohne Franco vorzubereiten. Dazu wurde das Amt des Vizepräsidenten, das der Vizeadmiral Luis Carrero Blanco seit 1967 innehatte, in eine de facto Präsidentschaft umgewandelt. Gleichzeitig ernannte Franco Juan Carlos de Bor-

20 Antonio Muñoz: Europeizar es democratizar. El SPD y la España del tardofranquismo, in: *Historia del Presente* 17 (2011) 1 S. 97.

21 *Ley Orgánica del Estado* núm.1/1967, vom 10. Januar, in: *Boletín Oficial del Estado* (BOE) Nr. 9, 11. Januar 1967.

22 Werner Abelshauer: Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn 2009, S. 216–240.

23 José María Marín/Pere Ysàs/Carmen Molinero: *Historia política (1939–2000)*. Madrid 2001, S. 187–190; Paul Preston: *Franco, caudillo de España*. Barcelona 2005, S. 803–807; Javier Tusell: *Dictadura franquista y democracia (1939–2004)*. Barcelona 2005, S. 224–228, 236f.

bón<sup>24</sup> zum Nachfolger auf dem Königsthron. Von nun an setzten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die europäischen Großmächte alle ihre Hoffnungen auf schrittweise demokratische Reformen in den jungen Prinzen.<sup>25</sup>

Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel hielten an der von der SPD seit Mitte der 1960er Jahre verfolgten Strategie fest. Ebenso wie die christdemokratischen Regierungen setzten sie die „traditionelle Freundschaft“ fort, indem sie die Entwicklungen in Spanien wohlwollend begleiteten. Spanien unterstützte in den frühen 1970er Jahren die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ländern des Ostens, arbeitete an der Vorbereitung der Helsinki-Konferenz mit und trug zur Stabilisierung der Mittelmeerregion bei. Kurz gesagt, die spanische Regierung unterstützte die Entspannung. Das spanische Drängen auf eine Annäherung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde ebenso wie die sich seit Jahren in Spanien vollziehende wirtschaftliche Entwicklung seitens der deutschen Regierung positiv aufgenommen, die die neuen Minister als gemäßigte und proeuropäischen Technokraten ansah, die nach dem Tod Francos die *transición* zur Demokratie anführen konnten.<sup>26</sup>

In der deutschen Linken gab es Kräfte (die Gewerkschaften und die Jugendorganisation der SPD), die sich insbesondere in den Zeiten der stärksten Unterdrückung durch das spanische Regime gegen dieses Vorgehen ihrer Regierung

- 
- 24 Don Juan Carlos de Borbón (geb. 1938) ist der Enkel von Alfonso XIII. (1886–1941), der Spanien nach der Ausrufung der II. Republik im April 1931 verlassen musste. Sein Vater, Don Juan de Borbón (1913–1993) lebte während der gesamten Franco-Diktatur im Exil und konnte nie regieren, weil Franco im Jahr 1969 Juan Carlos zum Nachfolger auf dem Königsthron ernannt hatte. Don Juan hatte diese Rolle seines Sohnes nach dem Tod des Diktators akzeptiert.
- 25 Zur Rolle des Königs beim demokratischen Wandel, siehe auch Charles Powell: *El piloto del cambio. El rey, la monarquía y la transición a la democracia*. Barcelona 1991; Charles Powell: *Juan Carlos. Un rey para la democracia*. Barcelona 1995; Ders.: *Juan Carlos of Spain. Self-made monarch*. London 1996; Ders.: *El amigo Americano. España y Estados Unidos: de la dictadura a la democracia*. Barcelona 2011; Paul Preston: *Juan Carlos: El rey de un pueblo*. Barcelona 2003.
- 26 Der Begriff „transición“ (Übergang) bzw. „transición democrática“ (Übergang zur Demokratie) wird zur Bezeichnung einer historischen Periode verwendet, in der das diktatorische Regime Francos nicht mehr herrschte und für Spanien eine demokratische Verfassung galt. Unter den Historikern gibt es viele unterschiedliche Meinungen darüber, von wann bis wann diese Periode dauerte, wobei generell das Todesdatum Francos (20. November 1975) als Beginn dieser Periode akzeptiert wird. Eine größere Debatte besteht hinsichtlich des Endes, wobei die Historiker hier verschiedene Termine akzeptieren: Das Datum der ersten demokratischen Wahlen am 15. Juni 1977; der Tag der Verfassungsannahme am 8. Dezember 1978; die Abhaltung der ersten Wahlen auf der Grundlage des ersten Grundgesetzes im März 1979; das Datum des gescheiterten Putschversuchs im Februar 1981; die Wahlen im Jahr 1982, die mit dem Sieg des Partido Socialista Obrero Español (Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei) endeten bzw. sogar der Beitritt Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1986. Vgl. hierzu auch Charles Powell: *España en democracia, 1975–2000*. Barcelona 2001, S. 127–144.

aussprachen. Aus diesem Grund bezog Willy Brandt gegenüber dem Franco-Regime einerseits eine zurückhaltendere Position, während er gleichzeitig den Dialog mit den Gegnern Francos und den möglichen zukünftigen Führern des Landes förderte. Es gab Momente von Spannungen zwischen den beiden Regierungen, die durch Bonn geschickt gelöst wurden, indem man entweder die Zahl der politischen Besuche in Spanien erhöhte oder in Zeiten größerer Spannungen die Begegnungen zwischen offiziellen Vertretern Deutschlands mit der Opposition verringerte.<sup>27</sup>

Willy Brandt besuchte Spanien während seiner Zeit im Bundeskanzleramt nicht, um nicht den Eindruck einer Unterstützung der Diktatur zu erwecken. Dagegen unternahm Walter Scheel im April 1970 anlässlich der Gewährung eines deutschen Kredits an Spanien einen Besuch und unterstützte damit die Position, einen „Wandel durch Annäherung“ zu fördern.<sup>28</sup> Der deutsche Minister nutzte diesen Besuch, um sich im Haus des deutschen Botschafters mit prominenten Mitgliedern der offiziell von der Regierung anerkannten Opposition zu treffen. Dazu gehörten: der Christdemokrat Joaquín Ruiz Jiménez<sup>29</sup>; Enrique Tierno Galván<sup>30</sup>, der Führer der Partido Socialista del Interior (Inneren Sozial-Demokratischen Partei); José María de Areilza<sup>31</sup> und Joaquín Strústegui<sup>32</sup> als Führer der demokratischen Monarchisten. Scheel konnte sich so ein Bild von der Schwäche der demokratischen Opposition machen. Er war der erste europäische Politiker, der Gespräche mit Mitgliedern der Opposition gegen das Franco-Regime führte.<sup>33</sup> Diese ungewöhnliche Handlung war tatsächlich sowohl gegenüber dem Regime als auch der Opposition ein taktisches Si-

27 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 64–70.

28 Zu der Reise Scheels im April 1970 nach Spanien: *Alemania otorgará a España un crédito de doscientos millones de marcos para las obras del trasvase Tajo-Segura*, in: ABC, 24. April 1970.

29 Joaquín Ruiz Giménez (1913–2009), Rechtsanwalt und spanischer Politiker, war Botschafter Spaniens beim Heiligen Stuhl (1948–1951), Minister für nationale Bildung (1951) und ab 1968 Vorsitzender der christdemokratischen Oppositionsgruppe Izquierda Democrática (Demokratische Linke).

30 Enrique Tierno Galván (1918–1986), Rechtsanwalt und spanischer Politiker, Vorsitzender der Oppositionsgruppe Partido Socialista del Interior (Innere Sozialistische Partei), die zu Beginn der 1970er Jahre von der SPD durch die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt wurde.

31 José María de Areilza (1909–1998) Graf von Motrico, Botschafter in der Argentinischen Republik (1947–1950), den Vereinigten Staaten (1954–1960) und Frankreich (1960–1964). Gab 1964 den Posten in der Botschaft in Paris auf Grund von Differenzen mit dem Franco-Regime auf und schloss sich als Mitglied des privaten Rates von Don Juan de Borbón der monarchistischen Opposition an. Er war in der ersten Regierung der Monarchie Minister für Auswärtige Angelegenheiten (Dezember 1975–Juli 1976).

32 Joaquín Strústegui (1909–1992), Rechtsanwalt und liberaler spanischer Politiker, Gegner des Franquismus und Anhänger der Wiederherstellung der Monarchie in der Person von Don Juan de Borbón sowie der Errichtung eines demokratischen Staates.

33 Scheel traf spanische Oppositionelle, in: *Die Zeit*, 1. Mai 1970.

gnal, das bei der spanischen Regierung für Unbehagen sorgte, bedeutete es doch, dass Europa die durch das Franco-Regime geleugnete Opposition anerkannte.<sup>34</sup>

Eine andere Form der Unterstützung der sich in Spanien abzeichnenden Veränderungen war die aus Bonn an Don Juan Carlos ergangene offizielle Einladung, die Bundesrepublik vom 25. bis 29. September 1972 zu besuchen. Der Prinz wurde von Bundeskanzler Willy Brandt, Bundespräsident Gustav Heinemann und Außenminister Walter Scheel empfangen.<sup>35</sup> Mit der Einladung des Prinzen zeigte die Bundesrepublik Juan Carlos gegenüber ein Vertrauen, das er bisher von keinem anderen europäischen Land erhalten hatte, denn er war ziemlich isoliert und wurde sowohl von der Opposition als auch von der Öffentlichkeit als eine „Marionette“ Francos angesehen. Durch diese Reise lernte Bonn aus erster Hand die demokratischen Absichten von Juan Carlos kennen und beschloss, den Prinzen zu unterstützen, der wiederum seit jener Zeit Deutschland ebenfalls als ein befreundetes Land ansah. Das alles sollte noch sehr wichtige Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen ab 1975 haben.

Für die Bonner Außenpolitik gab es seit Mitte der 1970er Jahre als eine innovative Handlungslinie ihre Einbeziehung in das Ende der Diktaturen in Südeuropa. Nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods und als Folge der weltweiten Ölkrise von 1973 entstand auf dem ganzen Kontinent ein Klima der Instabilität, das sich insbesondere auf die Länder im Süden auswirkte und das Ende der wirtschaftlichen Prosperität der letzten 25 Jahre bedeutete. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die europäischen Großmächte hatten bisher auf die durch das westliche Wirtschaftssystem garantierte politische Stabilität vertraut. Nachdem diese zusammengebrochen war, entwickelte sich der Mittelmeerraum zu einem neuen Sorgenkind. Es herrschte Angst vor einer möglichen Ausweitung des Eurokommunismus in Europa, insbesondere in den Ländern, die durch das Ende ihrer Diktaturen instabil geworden waren: Griechenland, Portugal bzw. Spanien.<sup>36</sup> Für die Bundesrepublik bestand die Gefahr darin, dass der Eurokommunismus hinter dem Erscheinungsbild einer gemäßigten Organisation mit demokratischen Prinzipien und der Ablehnung des kommunistischen Modells der Sowjetunion danach strebte, zur Überwindung der politischen und ökonomischen Krisen in Ländern wie Frankreich und Italien beizutragen. Aber Bonn sah hinter dieser Fas-

34 Marianne Kneuer: *Demokratisierung durch die EU. Süd und Ostmitteleuropa im Vergleich*. Wiesbaden 2007, S. 179; Pilar Ortuño: *Los socialistas europeos y la transición española*. Madrid 2005, S. 193.

35 *Los príncipes han sido acogidos con medido protocolo y extrema cordialidad*, in: ABC, 27. September 1972.

36 *Zur Krise Mitte der 1970er Jahre im Süden Europas*, vgl. auch Beate Kohler: *Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie*. Bonn 1981.

sade den Zusammenhang mit Moskau. Die Anfälligkeit der jungen Demokratien könnte sich zu einem perfekten Nährboden für die Ausweitung des Eurokommunismus entwickeln. Aus diesem Grund versuchten sowohl die Bonner Regierung wie auch die deutschen Parteien und politische Stiftungen seit 1974, dem kommunistischen Einfluss entgegenzuwirken, und unterstützten in den Ländern des Übergangs zur Demokratie die Bildung gemäßigter, demokratischer Parteien sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums.<sup>37</sup>

Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher setzten den von Brandt eingeschlagenen Weg der Unterstützung der *transiciones* auf der iberischen Halbinsel und des Engagements der deutschen Regierung für die erfolgreiche Einführung der Demokratie fort. Das Bundeskanzleramt unterstützte weiterhin die Verhandlungen Spaniens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ignorierte die Stimmen derer, die solange gegen die Unterzeichnung von Handelsabkommen waren, wie der Übergang zur Demokratie noch nicht eingeleitet war. Schmidt nutzte das Vertrauen der Madrider Regierung in Bonn und förderte Kontakte zwischen den für Veränderungen eintretenden Kräften des Regimes und der demokratischen Opposition. Bisher hatte sich keine andere europäische Regierung darum gekümmert.<sup>38</sup> Schmidt hielt auch auf internationaler Ebene an seiner gegenüber Spanien verfolgten Linie fest. Bei seinen verschiedenen Treffen mit europäischen und nordamerikanischen Führern setzte sich der Bundeskanzler stets für eine Annäherung an die neuen aufstrebenden Kräfte und nicht so sehr an das Regime ein, um so einen demokratischen Ausweg zu sichern.<sup>39</sup> Die deutsche Regierung musste während der Eskalation der

37 Zur Vorgehensweise der Bundesrepublik in Portugal und Spanien während der Demokratisierungsprozesse, vgl. auch Wolfram Kaiser/Christian Salm: Transition und Europäisierung in Spanien und Portugal. Sozial- und christdemokratische Netzwerke im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 259–282; Ana Monica Fonseca: A Social-democracia alemã e a transição para a Democracia em Portugal (1974–1976). Unveröffentlichte Arbeit, Instituto Universitário de Lisboa 2011; Muñoz: El amigo alemán; Matthias Stenger: Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974–1992) (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 60). Düsseldorf 2011.

38 Ein Beispiel dafür ist das Scheitern des Gesetzes über Asociaciones Políticas von Dezember 1974. Helmut Schmidt versuchte den Präsidenten der Regierung, Arias Navarro, während ihrer Begegnung auf dem Helsinki-Gipfel von der Notwendigkeit eines Dialogs mit der nicht-kommunistischen Opposition zu überzeugen. Allerdings wollte der spanische Präsident diesem Rat nicht folgen.

39 Das Treffen zwischen Kissinger und Schmidt im Mai 1975 ist hierfür bezeichnend, weil damals die Haltung Schmidts zu Spanien klar wurde. Der Bundeskanzler billigte die von Gerald Ford nach Madrid vorgesehene Reise zum NATO-Gipfel nicht. Schmidt bat Kissinger, dass die USA Spanien nicht nur als einen geostrategischen Faktor ansehen sollten. Vgl. hierzu auch, Encarnación Lemus: Estados Unidos y la Transición Española. Entre la Revolución de los Claveles y la Marcha Verde. Madrid 2011, S. 36; Ortuño: Los socialis-

Gewalt in den letzten Monaten des Jahres 1975 ihre Unterstützung für Spanien intensivieren<sup>40</sup> und versuchte, die europäischen Länder davon zu überzeugen, dass Druck von außen in diesen so empfindlichen Momenten kontraproduktiv sei.<sup>41</sup>

Nach Francos Tod nutzte die Bundesrepublik das große Vertrauen, das sie sich in all den Jahren der Zusammenarbeit mit allen Kräften – vom Regime, über die gemäßigte Opposition bis hin zum König – erworben hatte und versuchte, einen Beitrag zur *transición* zu leisten. Bonn beobachtete die Situation in Spanien im Lichte der Ereignisse nach der portugiesischen Nelkenrevolution und auch mit der Befürchtung, dass das kommunistische Abdriften in Portugal auch auf Spanien übergreifen könnte. Aus diesem Grund verfolgte die Bundesregierung die Ereignisse in Spanien aus nächster Nähe und vermittelte gleichzeitig auf allen Ebenen (Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt, Botschaft, deutsche politische Parteien und politische Stiftungen), um einen geordneten Übergang zu erreichen. Damit entstand eine neue Funktion in den bilateralen Beziehungen beider Länder: Die Beraterrolle, die die Bundesrepublik während der ersten Übergangsregierungen ausübte und in der sie den Dialog mit den demokratischen politischen Gruppen förderte.<sup>42</sup> Auf internationaler Ebene unterstützte Westdeutschland weiterhin den Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, machte diesen aber von notwendigen Schritten in Richtung Demokratie abhängig.<sup>43</sup>

Trotz der anfänglichen Zweifel Bonnns am Vermögen von Juan Carlos, die Gegner einer Demokratisierung zum Einlenken zu bewegen, wurde der König auch weiterhin unterstützt. Diese Rückendeckung begann mit der diplomatischen Aufwertung, die die Anwesenheit von Bundespräsident Walter Scheel bei der Krönung des Königs am 27. November 1975 bedeutete<sup>44</sup>, an der die meisten europäischen Staatschefs nicht teilnahmen<sup>45</sup>, bzw. mit einer erneuten Einladung zu einem weiteren offiziellen Besuch der Bundesrepub-

---

tas europeos, S. 204f.; Powell: *El amigo Americano*, S. 213f.; Helmut Schmidt: *Hombres y poder*. Barcelona 1989, S. 180f.

40 Im August und September verhandelten Kriegsgesichte gegen Mitglieder der ETA und der *Frente Revolucionario Antifascista y Patriota* (Revolutionäre Antifaschistische und Patriotische Front, FRAP), als deren Ergebnis die letzten Hinrichtungen des Franquismus stattfanden. Diese Hinrichtungen führten zu einer Zunahme der Spannungen in Spanien und zu einer großen Protestwelle, die sich auch international ausweitete. Zur Eskalation der Gewalt Ende 1975, vgl. auch Marín/Ysás/Molinero: *Historia política*, S. 239–244.

41 Muñoz: *Europeizar es democratizar*, S. 115.

42 Niehus: *Außenpolitik im Wandel*, S. 478f.

43 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 279.

44 Teilnahme des Bundespräsidenten an der feierlichen Amtseinführung des spanischen Königs, in: *Bulletin*, Nr. 136, 27. November 1975.

45 Neben dem deutschen Bundespräsidenten waren der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing, Prinz Philip von Edinburgh und der Präsident Irlands, Cearbhall Ó Dálaigh, die einzigen bedeutenden europäischen Persönlichkeiten, die an der Zeremonie

lik im April 1977, das heißt, zwei Monate vor den ersten demokratischen Wahlen.<sup>46</sup>

Helmut Schmidt besuchte Madrid Anfang 1977, fünf Monate nachdem Adolfo Suárez<sup>47</sup> zum Präsidenten der spanischen Regierung gewählt worden war. Trotz des Drängens des spanischen Präsidenten lehnte er es ab, diese Reise früher zu unternehmen. Das war eine sanfte Warnung an Suárez, die Reformen durchzuführen. Schmidt traf sich einzeln mit Felipe González, dem Führer der *Partido Socialista Obrero Español*<sup>48</sup>, sowie mit Suárez und Juan Carlos<sup>49</sup>. Dabei zeigte der Kanzler Wege für eine erfolgreiche Bewältigung der Wirtschaftskrise auf und stellte das Modell der deutschen Sozialpartnerschaft als ein Beispiel dar, dem Spanien folgen könne. Darüber hinaus zeigte er damals bereits seine Unterstützung für die Legalisierung der Kommunistischen Partei Spaniens und beharrte gegenüber Suárez auf der Durchführung einer Gewerkschaftsreform mit verschiedenen gemäßigten Gewerkschaften, zu denen gute Kontakte bestanden. Dadurch würde die Regierung den großen Einfluss der Kommunisten in den Gewerkschaften begrenzen können.<sup>50</sup>

### *Die Rolle der deutschen Akteure im spanischen Übergang*

Nach fast vierzig Jahren Diktatur in Spanien waren die Beschränkungen und die Unreife der politischen Parteien ein großes Problem für das Erreichen der Demokratie. Einer der wenigen Versuche des Franco-Regimes zu einer Öffnung war das Gesetz über politische Vereinigungen (*Ley de Asociaciones*

---

teilnahmen. Todo a punto para las ceremonias de hoy, in: ABC, Madrid, 27. November 1975.

46 Bericht des Auswärtigen Amtes über die Reise des Königspaares in die Bundesrepublik Deutschland, 22. April 1977, in: Politisches Archiv – Auswärtiges Amt, Berlin (PA AA), Zwischenarchiv 110249.

47 Als der König Anfang Juli 1976 Adolfo Suárez (geb. 1932) zum Präsidenten der Regierung ernannte, war dieser sowohl für das spanische Volk als auch innerhalb der politischen Kreise ein unbekannter Politiker. Er hatte innerhalb der Strukturen des falangistischen Regimes verschiedene Ämter bekleidet: Er war Generaldirektor des spanischen Rundfunks und Fernsehens und bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten der Regierung Minister des Generalsekretariats der Bewegung. Er gehörte jedoch nicht zu den als Nachfolger von Arias Navarro vorgesehenen Politikern.

48 Der junge Rechtsanwalt Felipe González (geb. 1942) war 1974 auf dem Parteitag in Surresnes (Frankreich) zum Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) gewählt worden. Das war für die PSOE der Beginn eines neuen Kurses, der die überholte Handlungsweise der Exil-Parteiführung aufgab. Die SPD begann 1975 mit ihrer bedingungslosen Unterstützung für die PSOE, da die Ziele von González absolut mit denen der deutschen sozialdemokratischen Partei übereinstimmten.

49 Bundeskanzler Schmidt zu politischen Gesprächen in Madrid, in: dpa, 6. Januar 1977.

50 Georg von Lilienfeld, der deutsche Botschafter in Spanien an das Auswärtige Amt, 7. Januar 1977, in: PA AA, Zwischenarchiv 115896.



*Políticas*) von 1974<sup>51</sup>, durch das anstelle des Einparteiensystems der Diktatur ein Mehrparteiensystem geschaffen werden sollte. Auf Grund seiner massiven Einschränkungen scheiterte der Versuch und die meisten politischen Grüppchen blieben bis kurz vor den allgemeinen Wahlen von 1977 in der Illegalität. Allerdings breitete sich ab 1974 in der spanischen Politik eine Atmosphäre der Offenheit aus, die dazu führte, dass die verschiedenen deutschen Parteien und politischen Stiftungen damit begannen, sich unter den in Spanien entstehenden Verbänden und politischen Parteien für die ihnen ideologisch nahestehenden Gruppen zu interessieren. Dabei verfolgten sie die Absicht, die Entwicklung und Konsolidierung eines Parteiensystems zu fördern, ohne das der friedliche Übergang zur Demokratie nicht vonstatten gehen konnte. Aus Angst davor, dass in Spanien eine ähnliche Situation wie in Portugal nach der Nelkenrevolution entstehen könnte, war die Zusammenarbeit der deutschen politischen Akteure von entscheidender Bedeutung für die Schaffung einer politischen Klasse in Spanien, die in der Lage war, den Übergang zur Demokratie erfolgreich zu vollziehen.

#### *Die SPD und die Friedrich-Ebert-Stiftung*

Die deutschen Sozialdemokraten, die bereits zu verschiedenen spanischen sozialistischen Gruppen Beziehungen unterhielten, verstärkten 1975 ihre Kontakte und beschlossen im April jenes Jahres endgültig, den *Partido Socialista Obrero Español* zu unterstützen. Die Führung dieser Partei war kurz zuvor erneuert und die überalterte und radikale Führung im Exil, die weiter an ihrer völligen Ablehnung des Franco-Regimes festhielt, durch eine junge und pragmatische Generation unter der Führung von Felipe González ausgetauscht worden. Ihre Ziele standen in vollem Einklang mit den Vorstellungen der deutschen Sozialdemokraten. Von entscheidender Bedeutung war die damals in der Führung der Sozialisten vorhandene Entschlossenheit, die Demokratie auf der Grundlage der Monarchie und ohne einen Bruch mit dem alten Regime zu errichten. Darüber hinaus trugen zwei weitere Faktoren zur Unterstützung durch die SPD bei: Die Verschärfung der Situation in Portugal durch den Vormarsch der Kommunisten in der dortigen Regierung und die Überzeugung, dass die angebliche Öffnung der letzten Regierung Francos lediglich eine Fata Morgana war. Die SPD wollte den spanischen Sozialisten bei der Einführung der Demokratie in Spanien helfen, so wie sie es auch in Portugal tat. Das höchste Ziel war es, inmitten des Kalten Krieges an der Entspannung festzuhalten. Während der letzten Jahre des Franco-Regimes war des *Partido Comunista de España* aufgrund der umfangreichen Unterstützung aus dem Ausland die am

51 Gesetzesverordnung 7/1974 vom 21. Dezember, in der der juristische Status der Rechte politischer Vereinigungen festgelegt wurde, in: BOE Nr. 306, 23. Dezember 1974.

besten organisierte Gruppierung. Aus diesem Grund entschieden sich die deutschen Sozialdemokraten dafür, die Organisation einer gemäßigten Linkspartei zu unterstützen, die in der Lage war, das in Spanien vorhandene sozialdemokratische Potenzial an sich zu binden.<sup>52</sup>

Die deutschen Sozialdemokraten unterstützten die Schaffung regionaler Strukturen des *Partido Socialista Obrero Español* in Spanien und die Freilassung sozialistischer Mitglieder aus den Gefängnissen. Sie kümmerten sich ebenfalls um die Vermittlung sozialistischer Werte an die Parteikader. Darüber hinaus wurde durch die Förderung von Besuchen von Delegationen europäischer Sozialisten in Spanien sowie durch Reisen des Parteivorsitzenden innerhalb Europas, Felipe González auf europäischer und globaler Ebene bekannt gemacht. Einen großen Teil der Hilfe durch die SPD erhielt die Partei der spanischen Sozialisten durch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihr Vertreter in Spanien, Dieter Koniecki<sup>53</sup>, eröffnete Anfang 1976 das Madrider Büro und begann, die Hilfe für die PSOE und die ihr nahestehende Gewerkschaft, die *Unión General de Trabajadores* (UGT), zu organisieren. Um die Ausbreitung der Partei zu unterstützen, arbeitete die deutsche Stiftung an der Einrichtung von Büros in den 53 Provinzen Spaniens, an der Organisation von Konferenzen, Bildungsseminaren und Kursen im Ausland über die Durchführung von Wahlkämpfen mit, schuf Stipendien, gab Bücher und Informationsmaterial für neue Mitglieder heraus und unterstützte Forschungsprojekte spanischer Institutionen, die für die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei von Nutzen waren.<sup>54</sup>

Mit Hilfe der deutschen Sozialdemokraten wurden die Ziele erreicht, die sich die Sozialisten um Felipe González für die Wahlen von 1977 gestellt hatten. Die Partei war zum Sammelbecken der nicht-kommunistischen Linken geworden und hatte sich gegenüber der Regierung als Machtalternative herausgebildet. Der *Partido Socialista Obrero Español* wurde mit großem Abstand vor den Kommunisten zur stärksten Kraft der spanischen Linken. Aber es fehlte immer noch eine starke Konsolidierung und die Expansion der Partei durch die Eingliederung anderer kleiner sozialistischer Gruppen, die Erweiterung ihrer sozialen Basis und die Ausbildung von Kadern. Dafür konnten sie auch weiterhin auf die Unterstützung der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung zählen.<sup>55</sup>

52 Muñoz: *El amigo alemán*, S. 183–195.

53 Dieter Koniecki war seit 1969 Direktor des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko, sprach perfekt Spanisch und hatte Erfahrungen bei der Unterstützung und Konsolidierung politischer und Gewerkschaftsorganisationen.

54 Muñoz: *Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die spanischen Sozialisten im Übergang zur Demokratie (1975–1977)*, in: Bertold Unfried/Eva Himmelstoss (Hg.): *Die eine Welt schaffen. Praktiken von „Internationaler Solidarität“ und „Internationaler Entwicklung“*. Leipzig 2012, S. 139–155.

55 Muñoz: *El amigo alemán*. S. 389f.

*Die CDU und die Konrad-Adenauer-Stiftung*

Das Wirken der politischen Vertreter der deutschen Christdemokratie bei den Übergangsprozessen auf der spanischen Halbinsel ist bis jetzt viel weniger untersucht worden als die Rolle der deutschen Sozialdemokraten. Im Unterschied zum Fall Portugals<sup>56</sup> gibt es kaum tiefere Analysen über die Beteiligung der CDU und der ihr nahestehenden Konrad-Adenauer-Stiftung am spanischen Übergangsprozess. Es wurden durchaus Beziehungen zu den Persönlichkeiten und politischen Gruppen gepflegt, die möglicherweise nach dem Tod Francos den politischen Wandel in Richtung Demokratie anführen konnten. Konkret handelte es sich dabei bis zu den allgemeinen Wahlen von 1977 um christdemokratische Gruppen der Opposition und danach um die an der Regierung beteiligte Zentrumspartei, *Unión de Centro Democrático* (UCD).<sup>57</sup>

Die Zersplitterung innerhalb der spanischen Christdemokraten war ein ernstes Problem. Es war dann die aus den *Nouvelles Equipes Internationales*<sup>58</sup> hervorgegangene Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), die die kleinen christdemokratischen Grüppchen in Spanien zwang, sich in einer einzigen Gruppe, dem *Equipo Demócrata Cristiano del Estado Español*, kurz *Equipo* genannt, zusammenzuschließen, um offiziell in Spanien als Partner anerkannt zu werden und ebenfalls in der europäischen Organisation vertreten zu sein.<sup>59</sup> Der 1965 gebildete *Equipo* bestand aus fünf spanischen christdemokratischen Gruppen, darunter zwei auf nationaler Ebene (*Izquierda Democrática* sowie *Democracia Social Cristiana*) und drei, die in den Regionen (*Partido Nacionalista Vasco*, *Unió Democrática de Catalunya* und *Unió Democrática del País Valencià*) präsent waren. Die von den Mitgliedsparteien der EUCD unternommenen Anstrengungen, aus dem *Equipo* das Potential für eine starke und konsolidierte politische Partei zu schaffen, scheiterten. Diese Vereinigung war sehr fragil, sie beruhte auf einem Minimalkonsens und machte schon bald die Brüche unter ihren Mitgliedern sichtbar, die durch die Ablehnung innerhalb des *Equipo* der von Katalanen und Basken gemachten föderalistischen Vorschläge sowie durch die Selbstdarstellung der Führer der landesweit agierenden Parteien *Democracia Social Cristiana* bzw. *Izquierda Democrática*,

---

56 Stenger: Transnationale Parteienzusammenarbeit.

57 Natalia Urigüen: Treinta años de política exterior alemana hacia España (1949–1979). Master-Abschlussarbeit, UNED, Madrid, September 2012.

58 Zu den *Nouvelles Equipes Internationales*, vgl. auch Winfried Becker: Die *Nouvelles Equipes Internationales* und der Föderalismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 81–102.

59 Donato Barba: La oposición durante el franquismo. La democracia cristiana. Madrid 2001, S. 129.

José María Gil Robles<sup>60</sup> und Joaquín Ruiz Giménez, bedingt waren.<sup>61</sup> Die Aktivitäten des *Equipo* waren auf die gemeinsame Vertretung der spanischen Christdemokratie in den internationalen Institutionen und auf internationalen Treffen begrenzt, da es in Spanien selbst nur in sehr geringem Maße vertreten war.<sup>62</sup>

Trotz der unübersichtlichen Situation im bürgerlichen Lager Spaniens hielt die CDU an der von der EUCD verfolgten Linie und ab 1975 am *Equipo* als offiziellem Partner fest. Das Verhältnis der deutschen Christdemokraten zu den ihnen nahestehenden Parteien in Spanien wurde vor allem durch die Konrad-Adenauer-Stiftung getragen. Obwohl die Stiftung ihr Büro in Spanien unter dem Leiter Manfred Huber am 10. Oktober 1976 eröffnete, hatte sie bereits seit Mitte 1975 damit begonnen, sich für die Situation in Spanien zu interessieren. Der Vorsitzende der Stiftung, Bruno Heck<sup>63</sup>, legte die gesamte Verantwortung für das spanische Projekt in die Hände von Josef Thesing<sup>64</sup>, einem der Verantwortlichen des Instituts für Internationale Solidarität<sup>65</sup>. Heck konnte sich nicht

---

60 José María Gil Robles (1898–1980) führte gemeinsam mit Ruiz Giménez die christdemokratische Opposition während des Franquismus an. Seine politische Karriere begann jedoch schon viel früher. Er gehörte 1933 zu den Gründern der Spanischen Konföderation der Autonomen Rechten (CEDA) und war unmittelbar vor dem Beginn des Bürgerkrieges Mitglied der letzten Regierungen der II. Republik. Er war Monarchist bis er dann jedoch den Eindruck hatte, dass Don Juan sich zu Beginn der 1960er Jahre zu sehr an das Franco-Regime angenähert hatte, insbesondere nach dem sogenannten Münchner Schandtreffen. Von da an erklärte seine Partei und er sich als Accidentalisten, was dazu führte, dass einige seiner Anhänger, wie Fernando Álvarez de Miranda, die Partei verließen. Fernando Álvarez de Miranda: *Del contubernio al consenso*. Barcelona 1985, S. 45–49.

61 UEDC/EUCD, Procès-verbal de la reunión du bureau, Rom, 17. Dezember 1966, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) 09-004-030 (Bestand Europäische Union Christlicher Demokraten).

62 Barba: *La oposición durante el franquismo*, S. 215.

63 Bruno Heck (1917–1989), deutscher christdemokratischer Politiker, war Minister für Familie und Jugend (1962–1968), Generalsekretär der CDU (1967–1971) und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung (1968–1989).

64 Josef Thesing (geb. 1937) war zwischen 1966 und 1974 der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala und Kolumbien. Nach seiner Rückkehr war er bis 2002 in der Zentrale der Stiftung für die internationale Arbeit zuständig, zu der auch die Projekte in Portugal und Spanien gehörten. Im Januar 1978 wurde er zum Leiter des Instituts für internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ernannt.

65 Parallel zu der Anfang der 1960er Jahre in der Bundesrepublik erfolgten Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gründete die Konrad-Adenauer-Stiftung im Juli 1962 ihr eigenes Institut für Internationale Solidarität. Die Stiftung kanalisiert über dieses Institut die vom Ministerium erhaltene Hilfe und entwickelt Kontakte zu christdemokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Einrichtungen in den Entwicklungsländern. Der Grundgedanke ist dabei die Unterstützung von Bedürftigen auf der Grundlage eines christlichen Verständnisses von Menschenrechten, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Über die vom Institut für Internationale Solidarität geleistete Arbeit, vgl. auch Josef Thesing: *Die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Welt. Der Beginn der Arbeit des Instituts für Internationale Solidarität,*

vorstellen, dass es für die Demokratisierung in Spanien absolut notwendig war, mit Personen zusammenzuarbeiten, die nicht zur Umgebung Francos gehörten. Davon war Thesing allerdings überzeugt, weshalb ihm der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung sein Vertrauen aussprach und ihm die Verantwortung für das spanische Projekt übertrug. Zudem hatte Thesing den Vorteil, dass er sich bereits als Vertreter der Stiftung in Guatemala und Kolumbien mit der spanischsprachigen Welt vertraut gemacht hatte. Die Stiftung verfolgte in Spanien im Wesentlichen zwei Interessen: Die Förderung der Demokratisierung des Landes durch demokratische Kräfte Spaniens, um so einen Fortbestand des Franquismus ohne Franco zu verhindern, sowie die Unterstützung des Beitritts Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>66</sup>

Im September 1975 unternahm Josef Thesing seine erste Reise als Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Spanien. Vor dieser Reise hatte es bereits im Juni 1975 in Bonn ein Treffen mit einem Mitglied der *Izquierda Democrática* gegeben, bei dem ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die Parteien des *Equipo* und die Stiftung aufgestellt worden war.<sup>67</sup>

Die Reise von Thesing diente zwei Zielen: endgültig mit den spanischen christdemokratischen Gruppen die Möglichkeit einer konkreten Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und ihnen zu vereinbaren sowie ein gemeinsames Arbeitsprojekt vorzubereiten. An drei Tagen traf er mit mehreren Mitgliedern der *Izquierda Democrática* und der *Federación Popular Democrática* (vormals *Democracia Social Cristiana*), die ebenfalls die Gruppen aus den Regionen vertraten, zusammen. Die von Thesing mit den Mitgliedern der spanischen Christdemokratie geführten Gespräche trugen ihre Früchte, denn hier begann die konkrete Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Schaffung einer christdemokratischen Partei mit föderalem Charakter.<sup>68</sup>

Die deutsche christdemokratische Stiftung begann über das im September 1975 innerhalb der Universitätsstiftung San Pablo gegründete Institut für sozialpolitische Forschungen (INDESP), das als Zentrum für politische Bildung für den *Equipo* konzipiert war, bei der Organisation von Veranstaltungen zur politischen Bildung mitzuarbeiten. Darüber hinaus organisierte die Konrad-

---

in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 305–318.; Ders. (Hg.): In der Welt und für die Welt. 40 Jahre internationale Zusammenarbeit. Persönliche Erfahrungsberichte. Sankt Augustin 2002.

66 Gespräch der Autorin mit Josef Thesing, Sankt Augustin, Oktober 2012.

67 Bericht von Josef Thesing übers seine Reise nach Madrid vom 7.–10. September 1975, Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., in: ACDP 12-001-1261 (Bestand Konrad-Adenauer-Stiftung).

68 Ebd.

Adenauer-Stiftung in ihrer Akademie in Eichholz auch Seminare und Konferenzen für die Mitglieder der verschiedenen Parteien des *Equipo*.<sup>69</sup>

Die Stiftung beauftragte Ende 1976 das Unternehmen DATA mit der Durchführung einer sehr umfangreichen öffentlichen Meinungsumfrage über die damalige politische Situation in Spanien und die Wahlabsicht der Befragten.<sup>70</sup> Eines der größten Probleme waren fehlende Kenntnisse des *Equipo* über das politische Verhalten der Spanier. Deswegen mussten die fünf christdemokratischen Parteien vor den Wahlen im Juni für die Bedürfnisse und Wünsche der spanischen Gesellschaft sensibilisiert werden. Die Ergebnisse der auf 8.837 Befragungen basierenden Umfrage wurden im Januar 1977 vorgestellt: Die meisten Spanier wollten die Demokratie, lehnten aber jede radikale Politik und jede Form von revolutionären Experimenten ab. Die Franco-Ära war vorüber, aber die Menschen schätzten generell die Vorteile des erfolgten wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Besonders der starke Mittelstand, der den größten Nutzen von der sich auf allen Ebenen vollzogenen wirtschaftlichen Entwicklung hatte, wollte keinerlei politisches Risiko eingehen. Neue Gesichter, wie das von Adolfo Suárez, prägten einen neuen politischen Stil, mit dem sich viele Spanier identifizierten. In Anbetracht dieser Voraussetzungen war man zu dem Schluss gelangt, dass nur eine Partei der Mitte in der Lage wäre, die ersten demokratischen Wahlen zu gewinnen. Aber auch trotz dieser so relevanten Daten und der auf allen Ebenen unternommenen großen Anstrengungen war die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht in der Lage, Gil Robles und Ruiz Giménez von der Notwendigkeit zu überzeugen, den *Equipo* in eine große Partei der Mitte zu integrieren. Grundsätzlich war es Gil Robles, der nicht mit Politikern zusammen gehen wollte, die irgendetwas mit dem Franco-Regime zu tun gehabt hatten. Die übrigen, die Regionen vertretenden Mitglieder des *Equipo* waren nicht stark genug, die beiden erstgenannten Politiker umzustimmen.<sup>71</sup>

Die *Izquierda Democrática* und die *Federación Popular Democrática* schlossen sich im Frühjahr 1977 zur *Federación de la Democracia Cristiana* zusammen und traten gemeinsam zu den allgemeinen Wahlen im Juni an. Das Ergebnis war katastrophal. Mit nur 1,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte man keine parlamentarische Vertretung.<sup>72</sup>

Im Unterschied zu Portugal – wo die deutsche Christdemokratie ernsthafte Probleme hatte, einen ideologisch gleichgesinnten Partner zu finden, weil

69 Persönlicher Bericht von Josef Thesing an Bruno Heck vom 21. Juni 1976, in: ACDP 12-001-1261.

70 Vertraulicher Bericht von Josef Thesing für Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (1973–1998), über die politische Entwicklung in Spanien, 10. Mai 1977, in: Privatarchiv Dr. Josef Thesing.

71 Ebd.

72 Bericht von Josef Thesing: Die Wahlen in Spanien, in: IIS-Info Auslandsinformationen, 4. Juli 1977.

während der Zeit der Nelkenrevolution keine Partei aus Portugal in der EUCD vertreten war – waren in Spanien die Christdemokraten vom Beginn der *transición* an klar ausgemacht.<sup>73</sup> Das Scheitern bei den ersten demokratischen Wahlen lag vor allem an dem Unvermögen der Führer der *Federación de la Democracia Cristiana*, die nicht den entsprechenden Weitblick hatten zu verstehen, was das spanische Volk nach vierzig Jahren Diktatur wirklich wollte und brauchte, und die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte seit Anfang 1977 und mit den Umfrageergebnissen in der Hand den Christdemokraten nachdrücklich ihre Einbindung in eine Organisation der Mitte empfohlen. Die Stiftung hatte also eine gute Analyse der Situation in Spanien erstellt. Tatsächlich gab es unter den gewohnheitsmäßigen Partnern eine von Fernando Álvarez de Miranda angeführte Gruppe<sup>74</sup>, die sich im Frühjahr 1976 von der *Izquierda Democrática* abgespalten und den *Partido Demócrata Cristiano* gegründet hatte. Diese Gruppe nahm die Ratschläge der Stiftung.<sup>75</sup> Die Partei von Álvarez de Miranda trat der *Unión de Centro Democrático* bei, einem sehr heterogenen Konglomerat von 15 Parteien, zu der politische Gruppierungen von der Sozialdemokratie über die Liberalen bis zu den Christdemokraten gehörten und die wenige Monate vor den allgemeinen Wahlen gegründet worden war. Die *Unión de Centro Democrático*, eine nur drei Monate alte Partei der Mitte<sup>76</sup>, gewann die ersten demokratischen Wahlen und erzielte 166 Mandate. Der *Partido Demócrata Cristiano* von Álvarez de Miranda erreichte 34 Sitze im Abgeordnetenhaus.<sup>77</sup> Kann man dann wirklich von einem Scheitern der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung während der *transición* in Spanien sprechen?

Nach den historischen allgemeinen Wahlen vom Juni 1977, die mit der Niederlage von Gil Robles und Ruiz Giménez endeten, beschloss die Konrad-Adenauer-Stiftung, ihre Unterstützung auf die *Unión de Centro Democrático*

73 Urigüen: Treinta años de política exterior alemana hacia España, S. 88.

74 Fernando Álvarez de Miranda (geb. 1924) spanischer christdemokratischer Politiker, der bis 1964 der Gruppe von Gil Robles und anschließend bis 1976 der *Izquierda Democrática* angehörte. Anschließend wurde der Beitritt der Partei in die *Coordinación Democrática* beschlossen. Diese Organisation forderte von der Regierung eine Reihe demokratischer Maßnahmen. Zu ihr hatten verschiedene Parteien gehört, darunter auch die Kommunistische Partei. Deswegen kam es zur Abspaltung einer Gruppe von Politikern unter der Führung von Álvarez de Miranda, die den *Partido Demócrata Cristiano* gründete. Siehe auch Fernando Álvarez de Miranda: *Del contubernio al consenso*. Barcelona 1985.

75 Fernando Álvarez de Miranda erkannte in einem Interview mit der Autorin am 14. Februar 2013 dankbar die große Unterstützung an, die die Konrad-Adenauer-Stiftung und die CDU während der Übergangszeit leisteten.

76 Hier ist zu berücksichtigen, dass der *Partido Socialista Obrero Español*, der bei den Wahlen als zweitstärkste politische Kraft hervorging, praktisch bereits seit 100 Jahren existierte.

77 Bericht von Josef Thesing: „Die Wahlen in Spanien“, in: IIS-Info Auslandsinformationen, 4. Juli 1977.

zu konzentrieren und so zu versuchen, deren christdemokratischen Teil zu fördern und dessen Stärkung zu unterstützen.<sup>78</sup> Der Beitrag der deutschen Christdemokratie nahm Anfang Oktober 1977, wenige Monate nach den Wahlen, konkrete Gestalt an, als für 40 Führungskräfte der *Unión de Centro Democrático* – unabhängig von deren politischen Ideologien – ein Seminar organisiert wurde.<sup>79</sup> Zum Jahresende half die Stiftung den Christdemokraten Íñigo Cavero, Oscar Alzaga und Fernando Álvarez de Miranda bei der Gründung der *Fundación Humanismo y Democracia*, die für die politische Bildung der Mitglieder der *Unión de Centro Democrático* und damit für die Verbreitung der christlich-demokratische Ideologie innerhalb der Partei vorgesehen war.<sup>80</sup> Die Konrad-Adenauer-Stiftung stand auch in Kontakt mit den wichtigsten Autoren der Verfassung von 1978, die in vielen Aspekten auf dem deutschen Grundgesetz von 1949 beruht. Mehrere Mitglieder des Verfassungsausschusses des Parlaments reisten nach Bonn zum Sitz der Stiftung, wo Begegnungen mit deutschen Professoren für Verfassungsrecht organisiert wurden.<sup>81</sup>

Darüber hinaus lud die Stiftung führende Intellektuelle, Politiker und Journalisten zu Reisen in die Bundesrepublik ein. Dies erfolgte weitgehend aus psychologischen Gründen und mit der Absicht, das Gefühl der Isolierung aus dem Bewusstsein der Spanier zu löschen und ihnen die in Deutschland herrschende plurale Demokratie zu zeigen. Deswegen gehörten zum Kreis der Gäste nicht nur Menschen mit christdemokratischer Weltanschauung.<sup>82</sup> Gleichzeitig unternahm die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende der 1970er Jahre große Anstrengungen, um die spanischen Politiker von der Notwendigkeit des Beitritt Spaniens zur NATO zu überzeugen, da man zu diesem Zeitpunkt noch die spanischen Vorbehalte gegenüber dem Atlantischen Bündnis bekämpfen musste.<sup>83</sup>

Die *Unión de Centro Democrático* besaß bis zu ihrer Auflösung im Februar 1983 die kontinuierliche Unterstützung der CDU. Es ging vorrangig darum, die christdemokratischen Kräfte innerhalb der Union zu stärken, um schließlich die *Unión de Centro Democrático* in die Europäische Volkspartei (EVP)

78 Schreiben von Dr. Henning Wegener, Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen der CDU an Dr. Karl Carstens, Präsident des Bundestages, 11. November 1977, in: ACPD 07-001-16009 (Bestand CDU-Bundespartei).

79 Bericht der Abteilung für Internationale Beziehungen der CDU an Dr. Helmut Kohl: Präsidiumssitzung vom 17. Oktober 1977; Schwerpunkte und Probleme der internationalen Arbeit der CDU, 12. Oktober 1977, in: ACDP 07-001-16026.

80 Fernando Álvarez de Miranda: *Del contubernio*, S. 142.

81 Gespräch der Autorin mit Josef Thesing, Sankt Augustin, Oktober 2012.

82 Als Beispiel für die Vielfalt der eingeladenen Gäste soll hier der Rundfunk- und TV-Moderator Manuel Torre Iglesias angeführt werden, der die Bundesrepublik im Juni 1978 besuchte. Vgl. auch das Schreiben von Manfred Huber an Josef Thesing vom 17. April 1978, in: ACDP 12-001-1191.

83 Gespräch der Autorin mit Josef Thesing, Sankt Augustin, Oktober 2012.



integrieren zu können, die aus der EUCD hervorgegangen war. Dies war jedoch wegen des Scheiterns des Projektes der *Unión de Centro Democrático* nicht möglich<sup>84</sup>. Schließlich wurden dann in den späten 1980er Jahren die von Manuel Fraga Iribarne<sup>85</sup> geführte *Alianza Popular* (und anschließend der *Partido Popular*) Partner der CDU in Spanien.

#### *Die CSU und die Hanns-Seidel-Stiftung*

Ende 1975 gab es mit der *Unión Democrática Española* noch eine weitere politische Kraft, die sich als christdemokratisch betrachtete und die im Rahmen des Gesetzes über politische Vereinigungen vom Dezember 1974 gegründet worden war. Ihr Vorsitzender, Federico Silva Muñoz<sup>86</sup>, war während des Franquismus Minister für öffentliches Bauwesen. Seine Partei war für eine Zusammenarbeit mit den oppositionellen Christdemokraten, das heißt, mit den beiden national agierenden *Izquierda Democrática* und *Federación Popular Democrática*. Da zu den Zielen der Partei die Umsetzung einer zentral gesteuerten Politik gehörte, war eine Zusammenarbeit mit den baskischen und katalanischen Parteien nicht vorgesehen. Jedoch waren keiner der im *Equipo* vertretenen Führer und auch nicht die zur EUCD gehörenden Parteien zur Kooperation mit einer Partei bereit, deren Vorsitzender mit dem Franco-Regime zusammengearbeitet hatte.<sup>87</sup>

Die *Unión Democrática Española* unterhielt enge Beziehungen zu den Christdemokraten der bayerischen CSU, was in großem Maße an der langjährigen Freundschaft zwischen Silva Muñoz und Franz Josef Strauß lag. Sie hatten sich kennengelernt im Rahmen der *Centro Europeo de Documentación e*

84 Carlos Huneus: *La Unión de Centro Democrático y la transición a la democracia en España*. Madrid 1985.

85 Manuel Fraga Iribarne (1922–2012) war Minister für Information und Tourismus (1962–1969), Botschafter Spaniens in London (1973–1975) und nach Francos Tod zweiter Vizepräsident der Regierung und Innenminister (Dezember 1975–Juli 1976). Er betrachtete sich als Demokrat und Vertreter des Zentrums. Zu Fraga und *Alianza Popular* vgl. auch Rogelio Baon: *Historia del Partido Popular. Del franquismo a la refundación*. Madrid 2001; José María Bernaldez: *El patrón de la derecha*. Barcelona 1985 (Biografie Fragas); Manuel Penella: *Los orígenes y la evolución del Partido Popular. Una historia de AP*. Salamanca 2005.

86 Federico Silva Muñoz (1923–1997) spanischer Politiker, der unter dem Franco-Regime Minister für öffentliches Bauwesen (1965–1970) war. Silva akzeptierte die Restriktionen des im Dezember 1974 erlassenen Gesetzes über politische Vereinigungen und gründete die Vereinigung *Unión Democrática Española* (UDE), die die christdemokratische Ideologie vertrat. Die UDE wurde jedoch immer von den Führern des *Equipo* abgelehnt, weil sie die Führung der UDE als Kollaborateure des Franco-Regimes ansahen. Vgl. auch Federico Silva: *Memorias políticas*. Barcelona 1993.

87 Bericht von Klaus Weigelt, Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Venezuela von 1975–1981, nach einem dreimonatigen Aufenthalt in Spanien (6. April 1975–6. Juli 1975), in: ACDP 12-001-1261.

*Información* (CEDI), einer Organisation, die weltanschaulich in der Nähe der „Abendländischen Aktion“ angesiedelt war. Im Dezember 1975 zog die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung die Durchführung von politischen Programmen für die spanische Organisation in Betracht, die parallel zu den von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit den Mitgliedern des *Equipo* vorbereiteten Programmen stattfinden sollten.<sup>88</sup>

Die Hanns-Seidel-Stiftung eröffnete 1977 das Büro ihrer Vertretung in Spanien und arbeitete über die konservative Stiftung *Cánovas del Castillo* an der Schaffung des neuen politischen Spektrums mit. Bei den Wahlen 1977 unterstützte sie die *Alianza Popular*, die 1976 vom ehemaligen Innenminister Manuel Fraga Iribarne gegründet worden war und der sieben politische Gruppierungen (darunter die Partei von Silva Muñoz) angehörten<sup>89</sup>, deren Führer mehrheitlich bekannte Minister Francos gewesen waren<sup>90</sup>. Fraga, der sich bis dahin als Vertreter des Zentrums erklärt hatte, machte eine Rechtswende und vereinte die Kräfte, die sich am entschiedensten gegen den Wandel aussprachen, in einer einzigen Partei, um sie so kontrollieren und aus ihnen eine „zivilisierte Rechte“ machen zu können. Die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützte die Gründung des *Instituto de Estudios Sociales* (IESO), dem Zentrum für politische Bildung der *Alianza Popular*, in dem Begegnungen mit Journalisten, Frauenseminare und verschiedene praktische Kurse für Sympathisanten der Partei organisiert wurden.<sup>91</sup>

Die Hanns-Seidel-Stiftung hielt trotz der schlechten Wahlergebnisse der *Alianza Popular* in den Jahren 1977 und 1979<sup>92</sup> auch in den folgenden Jahren an ihrer Unterstützung fest. Viele der organisierten Seminare hatten das Ziel, die *Unión de Centro Democrático* zu spalten, um von hier sowohl Stimmen als auch Mitglieder für die *Alianza Popular* abzuziehen<sup>93</sup>.

88 Bericht von Dr. Heinrich Böx über eine in Spanien vom 8.–10. Dezember 1975 durchgeführte Umfrage über die politische Situation, in: ACDP 12-001-1261.

89 Die spanische Rechte bildet eine „Volksallianz“, in: FAZ, 11. Oktober 1976.

90 Die in der *Alianza Popular* zusammengeschlossenen Parteien waren: *Reforma Democrática* (angeführt von Manuel Fraga), *Unión del Pueblo Español* (Cruz Martínez Esteruelas), *Democracia Social* (Licinio de la Fuente), *Acción Regional* (Laureano López Rodó), *Unión Social Popular* (Enrique Thomas de Carranza), *Unión Nacional Española* (Gonzalo Fernández de la Mora) und *Acción Democrática Española* (früher *Unión Democrática Española* unter Führung von Federico Silva Muñoz).

91 Stiftungen im Dienst der Politik. Am Beispiel Spanien, in: Bayerischer Rundfunk, 12. Juli 1977.

92 Die *Alianza Popular* erreichte bei den Wahlen 1977 nur 8 Prozent der Stimmen und 16 Mandate. Bei den allgemeinen Wahlen 1979 verringerte sich der Prozentsatz der für sie abgegebenen Stimmen auf 6 Prozent und sie war im Kongress mit neun Abgeordneten vertreten.

93 Niehus: Außenpolitik im Wandel. S. 521.

### *Die FDP und die Friedrich-Naumann-Stiftung*

Nach den Worten ihres Vertreters in Madrid, Fritz E. Steinberg, gab es für die Friedrich-Naumann-Stiftung in Bezug auf das Ziel der Gründung einer liberalen Partei im spanischen Übergang wenig zu feiern. Allerdings muss man hier unbedingt den Ausgangspunkt berücksichtigen. Es war praktisch unmöglich, in Spanien eine Partei mit einer liberalen Ideologie zu gründen, weil der Liberalismus seit Beginn des 20. Jahrhunderts negativ behaftet war und sich der Franquismus sehr bemüht hatte, den Liberalismus zu diskreditieren. Dessen ungeachtet gab es in Spanien eine Vielzahl von liberalen Organisationen, Klubs und Gruppen.

Ein Experte für politische Analysen der deutschen Botschaft hatte Ende 1975 die FDP-Führung in Bonn darüber informiert, dass sich mehrere Spanier an die Botschaft gewandt und ihr Interesse für liberale Politik bekundet hatten. Nachdem einige Repräsentanten der spanischen liberalen Gruppen nach Bonn gereist und sich mit Mitgliedern der Friedrich-Naumann-Stiftung getroffen hatten, traf diese die Entscheidung, im Juli 1976 ein Büro in Madrid zu eröffnen. Es gab allerdings schon seit der Zeit kurz vor Francos Tod Kontakte im Rahmen der internationalen liberalen Organisationen zwischen den deutschen und spanischen Liberalen.

Steinberg traf auf ein breites Spektrum kleiner Gruppen, von denen die meisten nicht bereit war, miteinander zu kooperieren. Der wichtigste Kontakt der Friedrich-Naumann-Stiftung war die liberale Gruppe des Politikers Joaquín Garrigues Walker, wobei aber auch andere Gruppen wie die Regionalisten der *Esquerra Republicana de Catalunya* oder der *Esquerra Democrática de Catalunya* unterstützt wurden. Konkret wurden diese beiden katalanischen Parteien durch die Fürsprache der deutschen Liberalen Partei in die Liberale Internationale aufgenommen.<sup>94</sup> 1976 organisierte die Stiftung zehn Seminare, zwei in der Bundesrepublik und die übrigen in Madrid, Barcelona und Bilbao. Die ersten Berichte von Steinberg spiegelten die wahrscheinlich auch von seinen Kollegen der christdemokratischen Stiftungen ähnlich geteilte Sorge über das fehlen von Organisationsstrukturen bei den liberalen Gruppen und ihre Weigerung, sich in einer einzigen Partei zusammenzuschließen wider. Ein weiteres Problem, auf das der Vertreter der Stiftung stieß, war der spanische Kulturschock angesichts der Verwaltungsverfahren des deutschen Systems: Verzögerungen, schlecht ausgefertigte Quittungen oder Rechnungen, die nicht den buchhalterischen Normen entsprachen, behinderten die Zusammenarbeit.<sup>95</sup>

94 Brüssel: *La Internacional Liberal ratifica su deseo de democratización para España*, in: *La Vanguardia*, 2. Oktober 1976; *Los liberales deberán prestar una ayuda especial a España*, in: *Bruselas Ya*, 3. Oktober 1976.

95 Sebastian Borger: *Germany's party political foundations in Spain: a case-study of quasi-official foreign policy*. London 1998 (unveröffentlicht), S. 21.

Die meisten spanischen Partner der Stiftung beschlossen vor den Wahlen von 1977, sich der *Unión de Centro Democrático* anzuschließen. Diese Entscheidung beruhte, da es in Spanien keine richtig konsolidierte liberale Partei gab, auf einer Empfehlung des deutschen Außenministers, Hans-Dietrich Genscher. Der frühe Tod von Joaquín Garrigues im Jahr 1980 und die Auflösung der *Unión de Centro Democrático* bedeuteten das vorläufige Ende des Einflusses der deutschen liberalen Stiftung in Spanien. Trotzdem, durch ihre Unterstützung für die regionalen Parteien, hat die Friedrich-Naumann-Stiftung dabei mitgeholfen, das föderale System der deutschen Verwaltung auf die regionale Ebene zu exportieren.<sup>96</sup>

### *Schlussbemerkungen*

Die Analyse der Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber Spanien in den ersten dreißig Jahren ihres Bestehens erlaubt drei grundlegende Schlussfolgerungen: Erstens bestand die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Es ging um die Anpassung der Außenpolitik einer neuen Demokratie mit einer Diktatur, wobei allerdings erschwerend dazukam, dass diese neue Republik auf den Ruinen des Regimes errichtet wurde, dessen enger Verbündeter die Franco-Diktatur war. Dass diese Beziehungen darüber hinaus in den allgemeinen Kontext des Kalten Krieges, des nach dem Krieg einsetzenden Wiederaufbaus sowie der Gestaltung des europäischen Projektes eingebettet waren, stellte einen besonderen Anreiz zur Überwindung der ideologischen Differenzen dar.

Die zweite Schlussfolgerung beruht auf der positiven Entwicklung der spanisch-deutschen bilateralen Beziehungen in den ersten 25 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik. Dies war entscheidend dafür, dass die Bundesrepublik Mitte der 1970er Jahre zu einer großen Hilfe für Spanien wurde, als das Land seine ersten demokratischen Schritte machte. In den 1950er Jahren spielte Spanien eine untergeordnete Rolle in der Außenpolitik der Bundesrepublik, da es in der Nachkriegszeit dringendere Prioritäten gab, obwohl in diesem Jahrzehnt die Grundlagen für die Freundschaft zwischen den beiden Ländern wieder hergestellt wurden. Die Beziehungen intensivierten sich in den 1960er Jahren, als die Bundesrepublik endgültig eine bedeutende Wirtschaftsmacht war und Spanien begann, von den Vorteilen der Überwindung der Autarkiepolitik zu profitieren und einen großen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Die Bonner Regierung hat Spanien und dessen Aufnahmeantrag in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft jederzeit unterstützt, da man entsprechend der Westpolitik, an der in den 1970er Jahren eisern festgehalten wurde, in der Hinwendung Spaniens zu Europa die Lösung für die Demokratisierung des Landes

---

96 Ebd., S. 22.

nach Francos Tod sah. In diesem Zusammenhang hatten im Gegensatz zu anderen europäischen Parteien sowohl die CDU wie auch die SPD vollkommen verstanden, dass die Isolierung des Franco-Regimes in Europa nicht sinnvoll war und letztlich die Entstehung von linken und rechten Extremen begünstigen könnte.

Bei der dritten Schlussfolgerung muss man sich das „halbstaatliche“ Handeln der deutschen politischen Stiftungen vergegenwärtigen. Während des gesamten Übergangsprozesses zur Demokratie haben die deutschen politischen Stiftungen eine grundlegende Rolle gespielt, die von der Geschichtsschreibung als sehr positiv und als ein erfolgreiches Beispiel für die internationale Arbeit dieser politischen Akteure bewertet wird. Im Falle Spaniens beruhten die von den Stiftungen unternommenen Anstrengungen nicht auf einem vorgefassten Plan für die Demokratisierung des Landes. Ihre Tätigkeit zielte vielmehr darauf, in einem entscheidenden Augenblick der *transición* mit politischem Fingerspitzengefühl eine Reihe konkreter Aktionen durchzuführen, um das Wirken der politischen Parteien zu erleichtern. Allerdings ist das Ausmaß der von diesen Akteuren für die Schaffung einer realen politischen Alternative nach vierzig Jahren Franco-Diktatur – außer im Fall der deutschen Sozialdemokraten und der PSOE – noch nicht ausreichend erforscht und bewertet worden.



Abbildung 1: Bundeskanzler Kiesinger und Francisco Franco bei der ersten offiziellen Reise eines bundesdeutschen Regierungschefs nach Spanien Ende Oktober 1968, picture alliance/Europa Press.



Abbildung 2: Bundespräsident Gustav Heinemann empfängt Prinz Juan Carlos im September 1972 bei dessen Staatsbesuch in der Bundesrepublik, Bundesregierung/ Ulrich Wienke.



Abbildung 3: Spanische Christliche Demokraten zu Besuch bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Ende der 1970er Jahre. Neben den Vertretern der KAS, Bruno Heck und Josef Thesing, u. a. Javier Tusell, José Luis Álvarez, Javier Rupérez, José María Álvarez del Manzano, José Manuel García Margallo (seit 2011 spanischer Außenminister) und José Ignacio Wert (seit 2011 spanischer Bildungsminister), Harald Odehnal/KAS-ACDP.

## **„Über die Rathäuser ins Palais Schaumburg“: Zur Neuausrichtung der CDU-Kommunalpolitik in den 1970er Jahren**

**Christine Bach**

Mit dem Generationenwechsel in der Parteispitze setzte 1973 eine Aufwertung kommunalpolitischer Fragen in der CDU ein. „Wer in den deutschen Städten bei der Wahl in die Rathäuser nicht mehr auf Sieg, sondern nur noch auf Platz setzt“, so Helmut Kohl nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden beim Bundesparteitag in Bonn im Juni 1973, der könne auch in Bonn auf die Dauer nicht auf Sieg setzen.<sup>1</sup> Kohls Ankündigung, „in Vorbereitung der Bundestagswahl den Sektor Kommunalpolitik besonders intensiv“ anzugehen, blieb kein bloßes Lippenbekenntnis. Auf mehreren Ebenen erfolgte in den 1970er Jahren eine Modernisierung der kommunalpolitischen Arbeit der Partei. Besonderes Merkmal der Neuausrichtung war eine engere Verschränkung von Kommunal- und Bundespolitik. Dahinter stand die Absicht, von der Gemeinde, d. h. von der politischen Basis ausgehend, das gesellschaftspolitische Profil der CDU zu schärfen.

Als Hauptakteur der „Kommunalisierungsstrategie“ der Partei fungierte neben der CDU-Bundesgeschäftsstelle die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) von CDU und CSU unter dem seit Mai 1973 amtierenden Vorsitzenden Horst Waffenschmidt. Waffenschmidt, der seit 1972 als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag angehörte, koordinierte außerdem die kommunalpolitische Arbeit der KPV mit der der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit der Verabschiedung des Kommunalpolitischen Grundsatzprogramms im November 1975 leistete die KPV einen wichtigen Beitrag zur programmatischen Erneuerung der Unionsparteien in den 1970er Jahren. Der Beitrag widmet sich den Grundlagen der Neuausrichtung der KPV-Arbeit seit 1969 und beschreibt die Entwicklung der Vereinigung in der Phase der Parteireform bis zum Herbst 1975.

### *Reorganisation Kommunalpolitischer Fragen in der Phase der Parteireform nach 1969*

Das schwache Erscheinungsbild der CDU in den Kommunen war nicht erst seit der Wahl Helmut Kohls zum Parteivorsitzenden, sondern bereits seit der Mitte der 1960er Jahre regelmäßig Thema auf Parteitag und im CDU-Bun-

---

<sup>1</sup> Vgl. Protokoll des 21. Bundesparteitags der CDU in Bonn am 12. Juni 1973, S. 103, in: [www.kas.de/wf/de/71.8935/](http://www.kas.de/wf/de/71.8935/) (Abruf: 11. Mai 2013).



desvorstand.<sup>2</sup> Nach der verlorenen Bundestagswahl im September 1969 rückten insbesondere die schlechten CDU-Wahlergebnisse in den Großstädten in den Focus der innerparteilichen Diskussion. Beim Bundesparteitag im November 1969 in Mainz beauftragten die Delegierten deshalb den CDU-Bundesvorstand, einen „Fachausschuss für Ballungsräume“ ins Leben zu rufen. Aufgaben, die der Ausschuss wahrnehmen sollte, waren: eine allgemeine Analyse der politischen Situation in den Ballungsräumen, die Entwicklung eines Programms der CDU für die Ballungsräume und die Ausarbeitung von Empfehlungen für die Politik der CDU in den Ballungsräumen.<sup>3</sup> Zuvor hatten mehrere Redner während des Parteitags die Bedeutung der Wahlergebnisse in Großstädten als Gradmesser für die Akzeptanz der CDU als Volkspartei betont. „Die Entwicklung in den Ballungsräumen“, so etwa der Hamburger CDU-Politiker Erik Blumenfeld, eile „der allgemeinen politischen und sozialen Entwicklung stets um ein Stück voraus. [...] Wir werden in den 4 Jahren aus den großen Städten der Bundesrepublik kaum überall CDU-Hochburgen machen können. Aber den Ballungszentren und deren Aussagekraft gehört nun einmal im Rahmen der von uns bejahten Leistungsgesellschaft die Zukunft. Darum kämpfen wir für unsere Zukunft, wenn wir um die Städte und für ihre Zukunft kämpfen.“<sup>4</sup> Unter dem Vorsitz der Frankfurter Politikerin Ruth Beckmann tagte der neu berufene „Fachausschuss Ballungsräume“ dann seit Juni 1970, bevor er im Frühjahr 1971 als Unterausschuss in einen ebenfalls von CDU-Bundesvorstand neu berufenen „Bundesausschuss für Strukturpolitik“ eingegliedert wurde.<sup>5</sup> Bei der konstituierenden Sitzung am 7. Mai 1971 wählten die Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik den nordrhein-westfälischen Abgeordneten Horst Waffenschmidt zu ihrem Vorsitzenden.

2 Vgl. etwa Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Band 50). Bearb. von Günter Buchstab. Düsseldorf 2005, S. 70, 209, 224 und 402; Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Band 56). Bearb. von Günter Buchstab mit Denise Lindsay. Düsseldorf 2009, S. 199 und 1269. Bundesparteitage: Protokoll des 12. Bundesparteitags der CDU 1964, S. 42, 63 und 80; Protokoll des 13. Bundesparteitags der CDU 1965, S. 414; Protokoll des 16. Bundesparteitags der CDU 1968, S. 43 und 55; Protokoll des 17. Bundesparteitags der CDU 1969, S. 37. Alle Parteitageprotokolle sind zusammengestellt unter [www.kas.de/wf/de/71.8935](http://www.kas.de/wf/de/71.8935) (Abruf: 22. Mai 2013).

3 Vgl. ebd., Protokoll des 17. Bundesparteitags der CDU in Mainz, S. 207.

4 Ebd., S. 50f.

5 Inhaltlich war der „Fachausschuss Ballungsräume“ in dieser Zeit hauptsächlich mit der Diskussion und Überarbeitung der 1. Fassung des „Berliner Programms“ der CDU befasst. Vgl. Stellungnahme des Bundesfachausschusses „Ballungsräume“ zum Entwurf für das Berliner Programm, 2. Fassung, vom 3.11.1970, in: Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP) 07-001-3500 (Bestand CDU-Bundespartei); zur Zusammenlegung der beiden Ausschüsse vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 377.

Waffenschmidt, 1933 in Düsseldorf geboren, war seit seinem 21. Lebensjahr Mitglied der CDU. Als Abgeordneter der CDU für den Oberbergischen Kreis gehörte er von 1962 bis 1972 dem nordrhein-westfälischen Parlament an. Seit 1967 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU Rheinland. Zu Waffenschmidts Arbeitsschwerpunkten im Landtag zählten Fragen der Raumordnungs- und Strukturpolitik, von 1966 bis 1970 – also während der Hochphase der westdeutschen Planungseuphorie – leitete er den Planungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags. Insofern war Waffenschmidt mit strukturpolitischen Fragestellungen bestens vertraut. Neben seinem, nebenamtlichen, Engagement als Landtagsabgeordneter war der promovierte Jurist seit 1964 als hauptamtlicher Gemeindedirektor der Gemeinde Wiehl tätig. Damit verfügte Waffenschmidt auch über weitreichende kommunalpolitische Kompetenz.<sup>6</sup>

Der Bundesfachausschuss für Strukturpolitik verstand sich als „Clearing-Stelle für die Strukturpolitik der CDU“.<sup>7</sup> Seine Aufgabe bestand darin, den CDU-Bundesvorstand „in allen strukturpolitischen Fragen, also in Fragen des Wohnungs- und Städtebaus, der Raumordnung-, Verkehrs- und Kommunalpolitik sowie in Fragen des Umweltschutzes zu beraten“<sup>8</sup>. Mit der Aufstellung dieses Themenkatalogs reagierte die CDU nicht allein auf die veränderte machtpolitische Konstellation im Bund, vielmehr schuf sie ein Forum zur Beratung zentraler politischer Sachthemen der Zeit. Hierzu zählte neben der Kommunalen Gebietsreform, einem Thema, das in den 1970er die Bürger wie kaum ein anderes zur Gründung von Bürgerinitiativen motivierte<sup>9</sup>, eine breite gesellschaftspolitische Debatte um die Zukunftsfähigkeit der Städte angesichts von ökonomischer Krise, „autogerechter Ausrichtung“ und der verstärkten Nachfrage nach sozialen und kulturellen Dienstleistungen.<sup>10</sup> Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Motto der Jahresversammlung des Deutschen Städtetags im Mai 1971 „Rettet unsere Städte jetzt“.<sup>11</sup> Ganz allgemein wuchs zu Beginn der 1970er Jahre die Einsicht in die Bedeutung der Kommunen als

---

6 Zur Biographie Waffenschmidts vgl. den Artikel der Autorin unter <http://www.kas.de/wf/de/71.9535/> (Abruf: 29. Mai 2013).

7 Vgl. „Bundesstrukturausschuss der CDU legt erste Arbeitsergebnisse vor“, 7. April 1972, in: ACDP 07-001-3502.

8 Vgl. Ergebnisprotokoll der konstituierenden Sitzung des Bundesausschusses für Strukturpolitik vom 7. Mai 1971, ebd.

9 Ausführlich hierzu Sabine Mecking: Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000 (Studien zur Zeitgeschichte 85). München 2012.

10 Vgl. Axel Schildt u. a.: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart. Ulm 2009, S. 339.

11 Deutscher Städtetag (Hg.): Rettet unsere Städte jetzt. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags vom 25.–27. Mai 1971 in München. Köln 1971.

„Legitimationspuffer für die insgesamt anstehenden Gesellschaftsprobleme“.<sup>12</sup> Dieses neue Problembewusstsein spiegelte sich auch in den Arbeitspapieren des Ausschusses für Strukturpolitik, die Titel trugen wie „Wohnungspolitik – quo vadis?“, „Stadt als sozialer Raum – Bietet die Stadt eine humane Umwelt?“, oder „Regionalpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft“.<sup>13</sup>

Neben der Gründung der Ausschüsse für Ballungsräume und Strukturpolitik dokumentierte sich das zu Beginn der 1970er Jahre gewachsene Interesse der CDU an kommunalpolitischen Fragen auch in der Gründung eines Instituts für Kommunalwissenschaften (IFK), das dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Konrad Adenauer-Stiftung angegliedert war.<sup>14</sup> Dem Jargon der Zeit nach folgte diese Maßnahme dem Ziel einer „Erforschung und Darstellung der Problemstellung auf dem Gebiet der Kommunalpolitik“ zur „Bündelung theoretisch-wissenschaftlicher Überlegungen und Aktivitäten im Bereich der Partei“. Hinter dieser Beschreibung wird die Tendenz des Versuchs einer „Verwissenschaftlichung von Politik“ erkennbar, die in dieser Zeit von der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter Rüdiger Göb betrieben wurde.<sup>15</sup> Geleitet wurde das 1971 gegründete Kommunalwissenschaftliche Institut von Franz Schuster, einem diplomierten Volkswirt. Das Forschungsprogramm des IFK umfasste Fragen der Bodenrechts- und Verwaltungsreform, des Städte- und Wohnungsbaus ebenso wie Fragen des kommunalen Finanzsystems, Umweltfragen sowie die Erarbeitung eines Programms zur Entwicklung ländlicher Räume.<sup>16</sup> Neu an der inhaltlichen Arbeit des Instituts war, dass man alle diese Themen dezidiert als gesellschafts*politisch* verstand, also nicht, wie in der bis dahin von Verwaltungswissenschaftlern dominierten kommunalwissenschaftlichen Forschung, als eher unpolitische Sachthemen.<sup>17</sup>

Dieses neue Verständnis von Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik brach sich in den 1970er Jahren quer durch alle Parteien Bahn. Wesentliche Voraussetzung hierfür war eine neue Vorstellung von bürgerlicher Mitwirkung

---

12 In der stadtgeschichtlichen Forschung gelten die 1970er Jahre deshalb als „Sattelzeit“ bis heute fortwirkender gesellschaftspolitischer Problemlagen. Vgl. Adelheid von Saldern: Kommunikation in Umbruchzeiten. Die Stadt im Spannungsfeld von Kohärenz und Entgrenzung, in: Dies. (Hg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten. Stuttgart 2006, S. 11–44, hier S. 25.

13 Vgl. ACDP 07-001-3502.

14 Zum IFK vgl. auch Günter Beaugrand: Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen. Sankt Augustin 2003, S. 234f.

15 Vgl. Anja Kruke: Demoskopie in Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 149). Düsseldorf 2007, S. 140ff.

16 Vgl. Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: Partei- und Kommunalpolitik. O. D. [1975].

17 Vgl. Oscar W. Gabriel: Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland, in: Thomas Ellwein u. a. (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Entwicklungen, Perspektiven. Opladen 1999, S. 154–167, hier S. 158f.

und damit im Grunde genommen ein neuer Bürgerbegriff, den nun auch die CDU für sich adaptierte.<sup>18</sup> Deutlich wird dies z. B. in einer Veröffentlichung des IFK zum Thema „Partei und Kommunalpolitik“. Hier äußerte sich Rüdiger Göb mit Blick auf die Veränderungen der politischen Kultur und zunehmende Partizipationsforderungen der Bürger folgendermaßen: Kommunalpolitik sei deshalb „Gesellschaftspolitik und damit ein Teil der Politik schlechthin“, so Göb, weil sich „in der Kommunalpolitik – und eigentlich nur hier“ – unmittelbarer Bürgereinfluss geltend mache. Es sei „deswegen kein Wunder, dass gerade in den Städten und Gemeinden der Bürger sich über Bürgerinitiativen vermehrt zu Wort meldet und dass die Partizipationstheorien vor allem bei der Planung in den Städten und Gemeinden ansetze“. Auch wenn „man den Habermasschen Öffentlichkeitsbegriff ebenso“ ablehne, wie „eine falsch verstandene Demokratisierung der Gesellschaft“, bleibe „doch zu sehen, dass gerade die kommunale Ebene ein weites Experimentierfeld für eine neue Realität kontinuierlichen Bürgerengagements ist“<sup>19</sup>.

Dass gerade Göb sich für eine Stärkung kommunalpolitischer Themen in der CDU aussprach, war überdies kein Zufall. Vor seiner Tätigkeit für die CDU hatte er zwischen 1957 und 1960 als Syndikus des Deutschen Gemeindetags gearbeitet und von 1960 bis 1965 als Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags amtiert. Anschließend war Göb als Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium für kommunalpolitische Fragen mit zuständig gewesen.<sup>20</sup>

Schon im Sommer 1971 kündigte Göb in einem Interview mit den „Kommunalpolitischen Blättern“, dem Publikationsorgan der KPV, einen Kurswechsel in der Kommunalpolitischen Arbeit der Partei an. Kommunalpolitik, so kritisierte Göb hier, sei in der CDU bislang meist als „eine Art lokaler Sachpolitik“ verstanden worden, als „eine Spezialistentätigkeit gewissermaßen, die mit der Bundespolitik, also der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Gesellschaftspolitik und damit eben auch mit der Tätigkeit der Bundespartei und der Bundestagsfraktion nicht in Beziehung stehe“. Auch was die Bundespartei

---

18 Allgemein hierzu Habbo Knoch: Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 23). Göttingen 2007. Zur „partizipativen Revolution“ in den Kommunen vgl. Dieter Grunow u. a.: Kommunale Verwaltung: Gestaltungsspielräume und Ausbau von Partizipationschancen, in: Matthias Frese u. a. (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn 2003, S. 505–528.

19 Vgl. Rüdiger Göb: Kommunalpolitik und Bürgerorganisation, in: Institut für Kommunalwissenschaften, Partei und Kommunalpolitik, S. 10–23, hier S.12.

20 Zur Biographie Göbs vgl. Hans-Jürgen Lange: Responsivität und Organisation. Eine Studie über die Modernisierung der CDU von 1973–1989. Marburg 1993, S. 130 sowie [www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000012608&type=text/html&query.key=XCiZJZic&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview=](http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000012608&type=text/html&query.key=XCiZJZic&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview=) (Abruf: 16. Mai 2013).

angehe, so sei „eindeutig festzustellen, dass sie in den vergangenen Jahren nicht die Grundlagen für eine systematische kommunalpolitische Arbeit und damit für eine Basisarbeit der Partei überhaupt geschaffen hat. Dadurch mussten erhebliche Wettbewerbsnachteile in der Basisarbeit, insbesondere in den Ballungsräumen entstehen“.<sup>21</sup> Aufschlussreich ist, dass Göb an dieser Stelle bereits eine neue Form der Arbeitsteilung zwischen KPV und Bundespartei skizzierte. „Die Kommunalpolitische Vereinigung auf Bundesebene“, so Göb, habe nun „über ihre Landesverbände die Möglichkeit, gewissermaßen als Transmissionsriemen, als Kampforganisation vor Ort zu wirken.“ In Zukunft solle die Kommunalpolitische Vereinigung die Ratsfraktionen der CDU nicht nur bei fachlichen Fragen beraten, sondern auch in der politischen Arbeit, in der Öffentlichkeitsarbeit.<sup>22</sup> Damit forderte Göb nichts weniger als eine Abkehr von konkordanzdemokratischen Handlungsmustern sowie eine allgemeine Politisierung der KPV-Arbeit.<sup>23</sup> Dies entsprach genau der Stoßrichtung, die Horst Waffenschmidt der Vereinigung dann ab 1973 vorgeben sollte.

Mit der Berufung des Bundesausschusses für Strukturpolitik war diesem ausdrücklich auch die Aufgabe der Koordinierung der Arbeiten der verschiedenen Parteigruppierungen und -gremien zugewiesen worden, die sich mit strukturpolitischen Fragen im oben genannten Sinne beschäftigten. Aus dieser Aufgabenstellung resultierte, dass der Ausschuss sich bald nach seiner Konstituierung auch um Kontakte zur KPV bemühte. Ab März 1972 nahm der seit 1968 amtierende Bundesvorsitzende der KPV, Joseph Pütz, an den Sitzungen des Ausschusses teil.<sup>24</sup> Pütz, 1903 geboren, gehörte der Gründergeneration der CDU im Rheinland an. Als Finanzminister in der nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Franz Meyers hatte er zwischen 1960 und 1966 den Höhepunkt seiner politischen Karriere erreicht.<sup>25</sup> Mit Horst Waffenschmidt stand ihm ein Vertreter der Generation gegenüber, die nun dabei war, die Führungssämter in der CDU zu übernehmen. Es verwundert insofern nicht, dass der Generationenwechsel innerhalb der CDU im Jahr 1973 auch auf die KPV übergriff. In einem vom 4. April 1973 datierten Schreiben teilte Waffenschmidt Pütz seinen Entschluss mit, bei den im Mai anstehenden Vorstandswahlen für den KPV-Vorsitz zu kandidieren. Als Grund für seinen Entschluss nannte er,

21 Vgl. „Die CDU und ihre Kommunalpolitiker“, Interview mit Dr. Rüdiger Göb, in: Kommunalpolitische Blätter 15 (1971), S. 967ff., hier S. 968.

22 Vgl. ebd., S. 1077.

23 Zur politikwissenschaftlichen Diskussion um die Dominanz konkordanz- bzw. konkurrenzdemokratischer Handlungsmuster in der Kommunalpolitik vgl. Lars Holtkamp: Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit 30). Wiesbaden 2008.

24 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesausschusses für Strukturpolitik vom 24. März 1972, in: ACDP 07-001-3502.

25 Zur Biographie Joseph Pütz vgl. [www.munzinger.de/search/portrait/Josef+P%C3%BCtz/0/9336.html](http://www.munzinger.de/search/portrait/Josef+P%C3%BCtz/0/9336.html) (Abruf: 16. Mai 2013).

der seit November 1972 dem Deutschen Bundestag als Abgeordneter angehörte, er sei „in den letzten Wochen ganz deutlich zu der Überzeugung gekommen, dass der Bundesvorsitzende der KPV unbedingt in der aktuellen täglichen Arbeit der Bundespolitik hier in Bonn stehen sollte, um in dieser für uns schwierigen politischen Zeit das Notwendige tun zu können“. Er sei bereit, sich „dieser Aufgabe mit entsprechendem Engagement zu widmen“. In dem in freundschaftlich-sachlichem Ton gehaltenen Brief schlug Waffenschmidt Pütz auch vor, mit seiner „reichen Erfahrung und Sachkenntnis der Bundes-KPV als Ehrenvorsitzender zur Verfügung zu stehen“.<sup>26</sup>

Eine schriftliche Reaktion von Pütz auf Waffenschmidts Ankündigung ist nicht überliefert, aber es scheint, dass Waffenschmidt den Älteren mit seinen Sachargumenten überzeugen konnte. So gab Pütz bei der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der KPV im Vortag der Vorstands-Neuwahl am 17. Mai 1973 bekannt, dass er nicht mehr für das Amt des KPV-Vorsitzenden kandidieren werde. Im Anschluss daran verkündete er die Kandidatur Horst Waffenschmidts und den Beschluss der KPV-Landesvereinigung, ihn zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen.<sup>27</sup> Im geschäftsführenden Vorstand der KPV insgesamt, der sich nun, mit der Wahl eines Ehrenvorsitzenden, aus sechs Personen zusammensetzte, wurden mit dem niedersächsischen Landtagsabgeordneten Alfred Thole und Frankfurter Stadtrat Ernst Gerhard neben Waffenschmidt am 18. Mai 1973 zwei weitere Mitglieder neu hinzu gewählt. Dem Gremium gehörten außerdem an: Heinz Korbach, Landrat des rheinland-pfälzischen Landkreises Ahrweiler und als Vertreter der CSU der Landrat des Landkreises Augsburg, Fritz Wiesenthal. Neuer Schatzmeister der KPV wurde der nordrhein-westfälische CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Braun.<sup>28</sup>

### *Neuausrichtung der KPV unter Horst Waffenschmidt*

Bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der KPV im Mai 1973 war Horst Waffenschmidt der erste Bundespolitiker in diesem Amt. Nach seiner Wahl zum Abgeordneten des Deutschen Bundestags für den Oberbergischen Kreis hatte sich hier auf Waffenschmidts Initiative hin im Januar 1973 ein kommunalpolitischer Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion konstituiert.<sup>29</sup> Die Gründung dieses Arbeitskreises entsprach auch einer Forderung der KPV, die seit der Auflösung

---

26 Schreiben von Horst Waffenschmidt an Joseph Pütz vom 4. April 1973, in: ACDP 01-346-007/2 (Nachlass Horst Waffenschmidt).

27 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der KPV am 17. Mai 1973, in: ACDP 04-002-008/3 (Bestand Kommunalpolitische Vereinigung).

28 Kurzfassung der Niederschrift über die Bundesvertreterversammlung am 18. Mai 1973, in: ACDP 01-346-001/1.

29 Vgl. Schreiben von Waffenschmidt an Rainer Barzel vom 19. Januar 1973, in: ACDP 01-346-007/2. Das erste Treffen des Arbeitskreises fand am 23. Januar 1973 statt.

des Bundestagsausschusses für Kommunalpolitik im Jahr 1965 immer wieder eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion angemahnt hatte.<sup>30</sup> Umso notwendiger erschien dies, nachdem durch die Reform der Finanzverfassung 1969 die Verflechtungsbeziehungen zwischen den politischen Ebenen in der Bundesrepublik erheblich zugenommen hatten und Bundesgesetze mehr und mehr die Gestaltungsspielräume der Städte und Kommunen tangierten.<sup>31</sup> Vor diesem Hintergrund war die Einrichtung eines kommunalpolitischen Arbeitskreises im Bundestag vor allem auch funktional begründet.

Aus der Personalunion Waffenschmidts als KPV-Vorsitzender und Vorsitzender der kommunalpolitischen Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion ergaben sich in der Folge wichtige Synergieeffekte für die kommunalpolitische Arbeit von CDU und CSU. In den 1970er Jahren initiierte die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik in jeder Legislaturperiode Kommunaldebatten im Deutschen Bundestag. Den Auftakt dazu bildete die Bundestagsdebatte am 7. November 1974, die auf einer Großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise basierte.<sup>32</sup> Eine Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Fragen der Raumordnung vom 12. Dezember 1973 wurde ebenfalls in Zusammenarbeit von Fraktion und KPV erarbeitet.<sup>33</sup> Für die Arbeit der Kommunalpolitiker „vor Ort“ erstellte die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion Informationsmaterial und Argumentationshilfen.<sup>34</sup>

Die Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU war 1948 aus dem Zusammenschluss regionaler kommunalpolitischer Vereinigungen der Unionsparteien entstanden. Als Gründungsversammlung gilt die „Erste interzonale kommunalpolitische Tagung der CDU/CDU“ vom 5.–7. August 1948 auf dem Rittersturz bei Koblenz. Ziel der Vereinigung war die „Stärkung der bürgerschaftlichen Selbstverantwortung als Voraussetzung wahrer Demokratie“.<sup>35</sup> Den negativen Bezugspunkt dieser Zielsetzung bildete die Erfahrung der Vereinnahmung und Gleichschaltung der kommunalen Selbstverwaltung durch die

30 Vgl. Kommunalpolitische Blätter 9 (1978), S. 695.

31 Vgl. Gabriel: Kommunale Selbstverwaltung, S. 159.

32 Vgl. Deutscher Bundestag, 128. Sitzung am 7. November 1974, S. 8568ff. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07128.pdf> (Abruf: 17. Mai 2013).

33 Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Jahn (Münster): Dr. Schneider, Dr. Waffenschmidt, Dr. Warnke, Sick, Dr. Gruhl, Orgaß und Genossen der Fraktion der CDU/CSU betr. Raumordnung. Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1417 vom 12. Dezember 1973.

34 Vgl. Joachim Wilbers: Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands. Ein Beitrag zur Untersuchung des Vereinigungssystems der Unionsparteien. Frankfurt/Main 1986, S. 216.

35 Vgl. Sonderdruck des Deutschland-Union-Dienstes vom 13. August 1948, abgedruckt in: Kommunalpolitische Blätter 9 (1978), S. 693.

Nationalsozialisten. Auch Wilhelm Bitter, der die Bundes-KPV seit ihrer Gründung bis 1964 geleitet hatte, gehörte zu denjenigen, die unter dem NS-Regime leidvolle Erfahrungen gemacht hatten.<sup>36</sup>

Der Tod Bitters im Jahr 1964 stellte für die KPV einen entscheidenden Einschnitt dar. Unter seinen Nachfolgern, dem Schlüchterner Landrat Walter Jansen, und dem seit 1968 amtierenden ehemaligen nordrhein-westfälischen Finanzminister Joseph Pütz, setzte eine stärkere Orientierung der KPV an die Bundespolitik ein.<sup>37</sup> Die seit 1956 gültigen programmatischen Leitsätze der KPV wurden überarbeitet und 1966 als neue „Leitsätze über Familien-, Jugend-, und Sozialpolitik“ vom KPV-Vorstand verabschiedet.<sup>38</sup> 1968 wurde der Sitz der KPV-Geschäftsstelle von Recklinghausen nach Bonn verlegt. Eine Verlegung der KPV-Geschäftsstelle in die Bundesgeschäftsstelle der CDU sollte allerdings erst 1973 erfolgen.

Trotz dieser ersten Ansätze einer „Modernisierung“ der KPV-Arbeit,<sup>39</sup> die im Detail allerdings noch nicht erforscht sind, herrschte zu Beginn der 1970er Jahre sowohl bei der KPV als auch in der Führung der Bundes-CDU Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit. Während die KPV, wie gesagt, regelmäßig die mangelnde Berücksichtigung kommunalpolitischer Probleme durch die Bundespartei und die Fraktion beklagte, haftete der Vereinigung selbst lange Zeit der Charakter einer, politisch wenig schlagkräftigen Honoratiorenvereinigung an. Diese Beurteilung wird auch in einem Schreiben von CDU-Generalsekretär Bruno Heck, das dieser im Zuge der Beratungen des CDU-Bundesvorstands zur zukünftigen institutionellen Stärkung kommunalpolitischer Fragen innerhalb der Partei im April 1970 an den Fuldaer Oberbürgermeister und hessischen CDU-Landesvorsitzenden Alfred Dregger richtete, wiedergespiegelt. Hier heißt es: „Das Parteipräsidium hat sich mit den Überlegungen sorgfältig befasst, für die Aufgaben in diesem Bereich [der Betreuung der Kommunalpolitik innerhalb der CDU] eigens ein Mitglied des Parteivorstands zu beauftragen. Wir sind dabei allerdings zu der Überzeugung gekommen, dass auf diese

---

36 Wilhelm Bitter (1886–1964), ab 1911 Parteisekretär des Zentrums in Recklinghausen, 1919–1923 Stadtverordneter in Recklinghausen, 1921–1925 Mitglied des Provinziallandtags von Westfalen, 1922 Übernahme der Leitung der „Vestischen Druck- und Verlagsanstalt“. Am 30. Januar 1934 wurde Bitter als erster deutscher Verleger verhaftet und inhaftiert, weitere Verhaftungen folgten 1944. Nachdem er das Kriegsende in einem Versteck in Recklinghausen überlebt hatte, gehörte Bitter zu den Pionieren beim Wiederaufbau der Selbstverwaltung in (West-)Deutschland und zu den Mitbegründern der CDU in Recklinghausen. Neben der Bundes-KPV leitete er von 1947 bis 1964 auch die KPV Nordrhein-Westfalen. Vgl. Jörg-Dieter Gauger: Wilhelm Bitter, in: Günter Buchstab u. a. (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Freiburg/Breisgau 2004, S. 94–99.

37 Vgl. Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 285.

38 Vgl. Wilbers: Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU, S. 164.

39 So die Bewertung von Wilbers, ebd., S. 163.



Weise eine recht unökonomische Doppelarbeit institutionalisiert würde. Wir waren uns auch darüber im klaren, dass das, was im kommunalpolitischen Bereich von der Konzeption und von der Politik her zu tun ist, von der Kommunalpolitischen Vereinigung bisher nicht oder kaum wahrgenommen worden ist. Das Präsidium ist aber der Auffassung, dass das Konzipieren unserer Kommunalpolitik, die wissenschaftlichen Vorarbeiten dafür und die kommunalpolitische Bildungs- und Schulungsarbeit in einer Hand sein müssen.<sup>40</sup>

Mit der Ankündigung die Vereinigung „gemäß den Forderungen der Bundes-Satzung zum zentralen Beratungs- und Entscheidungsorgan für die Kommunalpolitik der CDU und der CSU auf Bundesebene“ zu machen, übernahm dann Horst Waffenschmidt im Sommer 1973 die Leitung der KPV.<sup>41</sup> Die ersten Maßnahmen, die er einleitete, zielten auf eine Professionalisierung der KPV-Arbeit. Zentrale Schritte hierzu waren die Neuorganisation der Geschäftsstelle<sup>42</sup> und eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Neben den kommunalpolitischen Blättern als etabliertes Publikationsorgan der KPV erschien seit 1973 der Presseinformationsdienst „kpv-aktuell“, der die Fraktionsvorsitzenden, führende Vertreter der CDU und CSU sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete über kommunalpolitisch relevante Themen informierte. Ab 1975 fanden in Zusammenarbeit mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle Presse-seminare für Kommunalpolitiker statt.<sup>43</sup>

Die neue Politisierungsstrategie der KPV unter Waffenschmidt ließ sich deutlich am offensiven Tonfall der Statements, die er im Sommer 1973 gegenüber der Presse abgab, ablesen. So kündete er in einem „Über die Rathäuser ins Palais Schaumburg“ übertitelten Interview mit dem „Rheinischen Merkur“ im Juni 1973 an, die CDU wolle „das beachtliche Demokratiepotehtial der zahlreichen engagierten Kommunalpolitiker in der CDU und CSU stärker nutzen als bisher.“<sup>44</sup> Als künftige „gesellschaftspolitische“ [sic!] Schwerpunkte der KPV-Arbeit benannte Waffenschmidt „Raumordnungs-, Umwelt-, Investitions- und Strukturpolitik und eine gerechte Finanzausstattung der kommunal-

40 Schreiben von Bruno Heck an Alfred Dregger vom 13. April 1970, in: ACDP 07-004-100/2.

41 Vgl. Erläuterungsbericht Waffenschmidts zur Einladung zur Bundesvorstandssitzung der KPV vom 4. Juni 1973, in: ACDP 01-346-001/1

42 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des KPV-Bundesvorstands am 7. September 1973 in Bonn, in: ACDP 04-002-008/3. Neuer hauptamtlicher Geschäftsführer der KPV wurde der Bürgermeister von Siegburg, Adolf Herkenrath. Er hatte zuvor, von 1967 bis 1973, das Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung geleitet.

43 Vgl. Bericht der Bundesgeschäftsstelle an die Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und der CSU Deutschlands am 21. und 22. November 1975 in Stuttgart, in: ACDP 01-346-001/1, S. 7 und 19.

44 Vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion, Auszug eines Interview Waffenschmidts mit dem Rheinischen Merkur vom 27. Juni 1973, in: ACDP 01-346-146/1.

len Selbstverwaltung“<sup>45</sup>. Dies waren alles Themen, die schon durch die Arbeiten des Bundesfachausschusses für Strukturpolitik und durch das IFK vorbereitet worden waren. Die Fachausschüsse der KPV, die sich nach der Wahl des Bundesvorstands ebenfalls neu konstituierten, tagten ab 1974 zu den Themen „Raumordnung, Städtebau, Strukturpolitik“, „Kommunales Verfassungsrecht“, „Verkehr und öffentliche Betriebe“, „Freizeit und Sport“, „Jugend, Familie und Soziales“. Der Fachausschuss „Finanzen“ beteiligte sich in Zusammenarbeit mit Bundestagsfraktion an den Parlamentarischen Initiativen von CDU und CSU. Der Arbeitskreis „Große Städte“, der bereits 1960 gegründet worden war, aber zwischenzeitlich seine Arbeit eingestellt hatte, nahm diese neu auf.<sup>46</sup>

Die Anstellung eines wissenschaftlichen Referenten für „politische Planung und die Geschäftsführung der Fachausschüsse“ war bezeichnend für einen neuen Arbeitsstil innerhalb der KPV, der auf zeitgenössischen Vorstellungen sozialwissenschaftlich fundierter „Planbarkeit“ aufbaute.<sup>47</sup> Auch die zuvor bereits im Rahmen der Tätigkeit des Bundesausschusses für Strukturpolitik praktizierte Zusammenarbeit mit dem Kommunalwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung griff nun auf die KPV über. Franz Schuster, der Leiter des Instituts, wurde, zusammen mit einem Mitarbeiter der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung seit September 1973 als ständiger Gast zu den Zusammenkünften des KPV-Bundesvorstands eingeladen.<sup>48</sup> Ausgehend von der Beobachtung, dass „das kommunalpolitische Interesse und die Bereitschaft zum kommunalpolitischen Engagement in den letzten Jahren, insbesondere in den städtischen Räumen, stark gewachsen sind“, empfahl Schuster dem KPV-Bundesvorstand im Sommer 1973 zum „Abbau negativer Imagehypothesen“ die Formierung einer kommunalpolitischen Strategie „aus einem Guß“: „Es muß m. a. W. deutlich werden, dass die kommunalpolitischen Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene die notwendige Fortsetzungen der Politik in der Gemeinde darstellen. Unterschiedliche Akzentsetzungen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene werden vom Wähler nicht wahrgenommen und tragen höchstens zur Programmverwirrung und damit zur Profillosigkeit bei.“<sup>49</sup>

Den Rahmen für die Empfehlungen des IFK zur Zentralisierung kommunalpolitischer Fragen bildeten die zur gleichen Zeit von der neuen CDU-Partei-

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. Bericht der Bundesgeschäftsstelle am 21. und 22. November, S. 16 ff.

47 Vgl. Niederschrift der Sitzung des Bundesvorstands der KPV am 8. Juni 1973, in: ACDP 04-002-008/3.

48 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des KPV-Bundesvorstands am 7. September 1973, S. 2, in: ACDP 04-002-008/3.

49 Vgl. ebd., Schwerpunkte künftiger KPV. Arbeitspapier des Instituts für Kommunalwissenschaften vom 6. September 1973.

führung unter Helmut Kohl ausgehenden Schritte zur Verbesserung der politischen und organisatorischen Integration der Gesamtpartei.<sup>50</sup> Um die Arbeit der Vereinigungen insgesamt stärker an die der Bundespartei anzubinden, vereinbarte das CDU-Präsidium mit deren Geschäftsführern bei einer Besprechung am 3. September 1973 in Bonn regelmäßig Zusammenkünfte. Zur besseren Koordination der politischen Arbeit sollten die Vereinigungen ihre kurz- und mittelfristigen Pläne bis Dezember 1973 bei der Bundespartei einreichen.<sup>51</sup> Das hierzu in der KPV-Geschäftsstelle entstandene Papier nannte im Wesentlichen zwei Aufgaben: Die „Schulung und Information des Kommunalpolitikers und die Vermittlung von Fähigkeiten und Material für seine Arbeit“ sowie die „Behandlung der fünf Themenbereiche „Soziale Dienste und Freizeit“, „kultureller Auftrag der Gemeinde“, „Regionalplanung, Strukturpolitik, Raumordnung“, „Finanzierung der Aufgaben der Selbstverwaltung“ und „Grundsatzfragen der bürgernahen Selbstverwaltung/ mehr Bürgerverantwortung/ Bürgerinitiativen“ im Rahmen eines Kommunkongresses im Frühjahr 1974“.<sup>52</sup>

Der Kommunkongress, den die KPV vom 8. bis 9. März 1974 in Bonn ausrichtete, sollte in einem für die Union wichtigen Wahljahr – in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein fanden Kommunalwahlen statt, in Hamburg und Bayern wurden die Bürgerschaft bzw. der Landtag neu gewählt – ein klares politisches Signal setzen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand weniger die Erörterung sachpolitischer Fragen, vielmehr ging es darum, „den Kommunalpolitikern ein neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein zu vermitteln, die Bedeutung der Kommunalpolitik in der CDU herauszustellen und durch die Art der Veranstaltung und Thematik in die Öffentlichkeit zu wirken“.<sup>53</sup> Mit der Wahl von Bonn als Veranstaltungsort unterstrich die KPV die bundespolitische Dimension der Veranstaltung. Außerdem hoffte man, so bei den Hauptstadtjournalisten größtmögliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Das Motto des Kongresses, „Selbstverwaltung sichert Freiheit“, betonte das Selbstverständnis der Unionsparteien als Anwalt für eine „freie, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung“.<sup>54</sup> Deutlich stand der Kongress im Zeichen der scharfen parteipolitischen Polarisierung der Zeit. So wandte sich Waffen-

50 Vgl. Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 132ff.

51 Ergebnisprotokoll der Besprechung des Präsidiums mit den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Vereinigungen am 3. September 1973, in: ACDP 07-001-1406.

52 Schreiben von Adolf Herkenrath an CDU-Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke vom 30. November 1973, in: ACDP 01-346-001/2.

53 Schreiben von Adolph Herkenrath an Karl-Heinz Bilke vom 5. Dezember 1973, in: ACDP 07-001-12215.

54 Vgl. Hans-Otto Kleinmann: 1973–1976. Reformer – Helmut Kohl, [www.kas.de/wf/de/71.8758/](http://www.kas.de/wf/de/71.8758/) (Abruf: 29. Mai 2013).

schmidt in seiner Eröffnungsrede gegen den „Kommunalsozialismus der SPD“, und die Unterwanderung der repräsentativen Demokratie über das vielerorts von Jungsozialisten betriebene imperative Mandat.<sup>55</sup> Der KPV-Vorsitzende reflektierte damit auf Entwicklungen, wie z. B. der in Frankfurt am Main, wo zwei Jahre zuvor der „härteste Kommunalwahlkampf seit 1945“ ganz im Zeichen einer zunächst von links ausgehenden Ideologisierung der Kommunalpolitik stattgefunden hatte.<sup>56</sup> Als Hauptredner am 1. Tag des Kongresses ergriff nach dem KPV-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl die Gelegenheit, die grundsätzliche Bedeutung kommunalpolitischer Entscheidungen im Sinne einer aktiven christlich-demokratischen Gesellschaftspolitik herauszustellen: „Gemeinde ist für uns vor allem Selbstgestaltungseinheit, eigenständiges Element und dynamische Einheit der Gesellschaft und des Staates. In dieser Eigenschaft müssen wir den kommunalen Bereich ausgestalten. [...] Kommunalpolitik der CDU ist bewußt wertorientiert. Sie stellt sich in den Dienst der Freiheit, Selbstbestimmung und politischen Teilnahme der Bürger. Darin liegt ihr unverwechselbarer gesellschaftspolitischer Charakter.“<sup>57</sup>

Ein wichtiges Ergebnis des Kongresses war es, dass die ca. 1200 Delegierten als Vertreter der kommunalen Amtsinhaber der Union fünf Leitsätze für ihre zukünftige politische Arbeit verabschiedeten, die als Basis für ein noch zu erarbeitendes Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm von CDU und CSU gedacht waren. Inmitten des großen Presseechos, das der Kongress insgesamt hervorrief, fand besonders die positive Würdigung von Bürgerinitiativen durch die Union große Beachtung. Der erste Leitsatz, der bei dem Kongress verabschiedet worden war lautete: „Das Ziel der CDU und CSU ist es, das verstärkte kommunalpolitische Interesse und Engagement der Bevölkerung aufzugreifen. Solches Engagement äußert sich auch in Bürgerinitiativen. Die Kommunalpolitiker von CDU und CSU betrachteten es als eine wichtige Aufgabe, derartige Initiativen aus der Bürgerschaft, sofern sie dem Gesamtinteresse oder den legitimen Einzel- und Gruppeninteressen dienen, aufzugreifen und zu vertiefen“. Abzulehnen seien Bürgerinitiativen, „wenn sie lediglich die Durchsetzung von Machtinteressen bestimmter Gruppen oder Personen oder die Überwindung des staatlichen und gesellschaftlichen Systems zum Ziel haben“. Mit dieser Feststellung öffneten sich CDU und CSU gegenüber einer neu

---

55 Vgl. Horst Waffenschmidt: „Mehr Basis für die Bürger. Rückblick und Ausblick – wirksame Arbeit in den Gemeinden“, in: „Selbstverwaltung sichert Freiheit“. Kommunalpolitik heute und morgen. Kommunalkongress der CDU und CSU 8./9. März 1974 in Bonn. Bonn 1974, S. 9–11, hier S. 10.

56 Vgl. Manfred Kittel: Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt am Main nach 1969 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 86). Hg. vom Institut für Zeitgeschichte. München 2011, S. 323ff.

57 Vgl. Helmut Kohl: Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik, in: „Selbstverwaltung sichert Freiheit“, S. 13f., hier S. 14.

politisierten Öffentlichkeit, gleichzeitig beharrten sie auf ihrer Auffassung, dass Bürgerengagement und Partizipation die Einhaltung der geltenden politischen und rechtlichen Spielregeln zur Voraussetzung haben muss. Weitere Forderungen der kommunalpolitischen Leitsätze betrafen eine Neuordnung der kommunalen Finanzen zur Verbesserung der Gestaltungsfähigkeit der Gemeinden, die Sicherung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinden im Zuge der staatlichen Raumordnung, die Bereitstellung kultureller Angebote und die Sicherung des Angebots an sozialen Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit freien Trägern.<sup>58</sup>

### *Institutionalisierung kommunalpolitischer Grundwerte durch das KPV-Grundsatzprogramm*

Mit der Erarbeitung eines kommunalpolitischen Grundsatzprogramms knüpfte die KPV unmittelbar an die Vorarbeiten, den der Kommunalpolitische Kongress im März 1974 geleistet hatte, an. „Man werde eines Tages fragen“, so Horst Waffenschmidt in der Sitzung des KPV-Bundesvorstands am 3. Mai 1974, „was ist aus den Aussagen und Ankündigungen geworden.“ Der Kongress und die gute Presse hätten den Auftrag gegeben, eine Grundsatzarbeit zu erstellen.<sup>59</sup> Aus diesem Grund beschloss der KPV-Bundesvorstand, eine Kommission einzusetzen, die beauftragt wurde, ein Programm zu erstellen, „welches wie das Berliner Programm der Partei in den Gremien der KPV diskutiert, beraten und vervollständigt werden soll, um denn bei der nächsten Vertreterversammlung beschlossen zu werden.“<sup>60</sup> Zum Vorsitzenden der Kommission bestellte der KPV-Bundesvorstand Joachim Dorenburg, Staatssekretär und Beauftragter Schleswig-Holsteins beim Bund. Dass der KPV-Beschluss zur Erarbeitung eines Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm etwa zur gleichen Zeit erfolgte, zu der auch die Grundsatzkommission der CDU unter Führung Richard von Weizsäckers die Arbeiten am 1. Grundsatzprogramm der Partei aufnahm, unterstreicht, dass die Neuausrichtung der KPV im Gesamtzusammenhang der programmatischen Erneuerung der CDU in der „zweiten Gründungsphase“ der Partei gesehen werden muss.<sup>61</sup>

Allgemein betrachtet, handelte es bei dem Entschluss, ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm zu erarbeiten, um den Versuch einer Institutionali-

58 Vgl. „Union wertet die Kommunalpolitik auf“. Fünf Leitsätze mit einer klaren Abgrenzung zu sozialdemokratischen Zielsetzungen, in: Kölnische Rundschau vom 14. März 1974.

59 Niederschrift über die Sitzung des KPV-Bundesvorstands am 3.5.1974, S. 2, in: ACDP 04-002-100/1.

60 Vgl. ebd.

61 Vgl. Hans-Otto Kleinmann 1969–1982, in: Winfried Becker u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002, S. 78–85, hier S. 78.

sierung und Verfestigung von Werten mit dem Ziel einer Zentralisierung politischer Entscheidungen. Die Schwierigkeiten, die sich hierbei für die Programmkommission mit Blick auf die spätere Umsetzbarkeit des Programms ergaben, skizzierte der Kommissionsvorsitzende Dorenburg in einem Zwischenbericht an den KPV-Vorstand im Januar 1975 folgendermaßen: „Wir sind [...] zu der Auffassung gelangt, dass ein Grundsatzprogramm den konkreten Handlungsspielraum des Kommunalpolitiker nicht über Gebühr einschränken darf, es muß ihm ausreichende Handlungsspielräume offenhalten. Die Aussagen des Programms können aus diesem Grund keineswegs so konkret sein, wie z. B. eine Gesetzesvorlage im Bundestag. Zugleich muß aber die Vielfalt der Entscheidungsmöglichkeiten so weit eingeschränkt werden, dass in der praktischen Kommunalpolitik der CDU/CSU noch ein konzeptioneller ‚schwarzer‘ Faden erkennbar bleibt.“<sup>62</sup> Wiederum dem Geist der Zeit und der Zusammenarbeit mit dem Institut für Kommunalwissenschaften bzw. dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung war es zu verdanken, dass der Versuch, diese Aufgabenstellung umzusetzen, mit Hilfe einer „wissenschaftlichen“ Methode erfolgte. Diese bestand darin, keine „Zusammenstellung bisheriger Einzelaussagen der CDU und CSU zur Kommunalpolitik“ vorzulegen, sondern in einer „umfassenden Aufarbeitung der gegenwärtigen kommunalpolitischen Problematik“ durch eine so genannte „Nutzwertanalyse“.<sup>63</sup> In einem ersten Schritt bestand diese in der Benennung von vier „kommunalpolitischen Aktionsbereichen“ (Selbstverwaltung, Wirtschaft, Kultur, Soziale Lebensverhältnisse), die danach jeweils in weitere „Problembereiche“ aufgegliedert wurden. Auf diese Weise erarbeitete die Kommission ein so genanntes „Zielmaßnahmensystem“, das in einem zweiten Schritt mit einem „Zielwertesystem“, bestehend aus „den Wertvorstellungen, die der CDU und CSU-Politik zugrunde liegen, bzw. zugrunde liegen sollen“, konfrontiert wurde.<sup>64</sup> „Aus dem Verständnis einer jahrzehntelangen Wertediskussion der Unionsparteien“ ergab sich das „Zielwertesystem“ aus den Werten „Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Pluralität und Effektivität“.<sup>65</sup> Mit Hilfe einer kompliziert anmutenden Methode wurden diese Werte anschließend gewichtet, woraufhin eine „wertbezogene Auswertung“ der einzelnen Felder des Zielmaßnahmensystems erfolgte. Auf diese Weise entstand ein „vielschichtiges Zahlensystem“, das mit Hilfe einer „Datenverarbeitungsanlage“ [!] ausgewertet wurde.<sup>66</sup> Im Ergebnis dieser kybernetischen Arbeitsweise stellte sich her-

---

62 Anlage 1. zum Protokoll der Sitzung des KPV-Bundesvorstands am 16./17. Januar 1975, S. 2–3, in: ACDP 04-002-100/1.

63 Vgl. Leitlinien für die Beratung des Entwurfs zu einem kommunalpolitischen Programm der CDU und CSU, in: ACDP 04-002-047/1.

64 Vgl. ebd.

65 Ebd.

66 Ebd.

aus, dass „an der Spitze der Grundwerteskala von CDU und CSU nach wie vor die Freiheit rangiert“.

Das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm, das die KPV bei der Bundesvertreterversammlung am 20. und 21. November 1975 in Stuttgart nach einer Beratung durch die KPV-Landesverbände verabschiedete, zeichnete sich dann in der Tat durch einen betont liberalen Grundzug aus. Vorab wurde das Grundsatzprogramm im Rahmen der Bundespressekonferenz am 8. September 1975 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt. An der Verbreitung der Botschaften des Programms beteiligten sich in den folgenden Tagen neben den Tageszeitungen auch die ARD-Rundfunkanstalten. Für den WDR berichtete am 15. September 1975 der Journalist Paul Trunk, „der Grundsatz, auch im kommunalen Bereich so wenig Staat wie möglich“, ziehe sich „wie ein roter Faden durch das Programm der Unionsparteien“, hier fänden sich „Parallelen zu den Vorstellungen der Freien Demokraten“ und hier läge „der grundsätzliche Unterschied zu den Auffassungen der SPD“.<sup>67</sup> „Mehr Anregungen zu Privatinitiative im kommunalen Bereich“, so Waffenschmidts Erläuterungen bei der Pressekonferenz, „die muß gefördert werden, wenn es besser gelten soll. Wir sprechen also zunächst unsere eigene Möglichkeit an und wir sagen, es muß Schluß sein mit dem Aberglauben, dass dann alles gut geregelt ist, wenn nur die öffentliche Hand zuständig ist, dies hat die öffentliche Hand in der Vergangenheit stark überfordert.“ Die öffentliche Hand, so Waffenschmidt, müsse verzichten, „da wo es private Unternehmen besser machen können“.

Die in dem Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm enthaltene Forderung, über kommunale Investitionen „die Privatinitiative und den Bügereinsatz neu anzukurbeln“, kommentierte der Hessische Rundfunk mit dem Satz, „ohne eine Verstärkung des Bürgersinns“ bliebe das Programm „hohl und vordergründig“.<sup>68</sup> Dies entsprach insofern den Überlegungen der Grundsatzkommission, da man hier bewusst und in Abgrenzung zur SPD auf eine Stärkung *individueller* bürgerlicher Rechte und Pflichten gesetzt hatte. Hierzu hieß es in einem intern vorgelegten Vergleich der Kommunalpolitischen Grundsatzprogramme von CDU und SPD: „Ziel der Kommunalpolitik der CDU ist es, die Bedingungen für die Selbstverwirklichung des einzelnen und für das Zusammenleben der Bürger in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft zu verbessern.“ Im Gegensatz dazu ist das programmatische Ziel der SPD „die Veränderung der bestehenden Gesellschaft zu einer Gesellschaft, die für jeden einzelnen die freie Persönlichkeitsentfaltung und die selbstverantwortliche

67 Vgl. Pressedokumentation über den Entwurf des Kommunalpolitischen Grundsatzprogramms der CDU/CSU, Ergebnis der Pressekonferenz vom 8. September 1975 in Bonn vom 15. September 1975, in: ACDP 04-002-047/1.

68 Vgl. ebd., Hessischer Rundfunk/Wolfgang Wiedemeyer, 8. September 1975.

Mitwirkung am gesellschaftlichem, politischen und wirtschaftlichen Leben besser als bisher gewährleistet“.<sup>69</sup>

Es ist evident, dass die Betonung liberaler Grundwerte in der politischen Arbeit der KPV sich genau in das Wahlkampfmotto der Unionsparteien im Bundestagswahlkampf 1976 „Freiheit statt Sozialismus“ einfügte. In einer längerfristigen Perspektive verwies die ursprünglich in der Betonung des Subsidiaritätsprinzips wurzelnde Aufwertung der Arbeit freier Träger und privater Initiative in Wirtschaft und Kultur bereits auf die Debatten um die Stärkung der „Zivil- bzw. Bürgergesellschaft“, die dann nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ am Ende des Jahrtausends die gesellschaftspolitische Diskussion in der Bundesrepublik mit bestimmen sollten.<sup>70</sup> Welche Auswirkungen allerdings die anti-etatistische Stoßrichtung des Kommunalpolitischen Grundsatzprogramms auf die konkrete Umsetzung der CDU/CSU-Kommunalpolitik seit 1975 hatten, wäre, auch mit Blick auf die aktuelle Diskussion in den Geschichtswissenschaften über die 1970er Jahre als „Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart“, erst noch zu untersuchen.<sup>71</sup>

---

69 Vergleich der kommunalpolitischen Programme von CDU, SPD und FDP vom 1. September 1975, in: ACDP 04-002-047/2. Das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm der SPD wurde zur gleichen Zeit wie das Programm der CDU/CSU erarbeitet und beim Bundesparteitag der SPD am 15. November 1975 in Mannheim beschlossen.

70 Zur Kulturpolitik hieß es etwa in dem Programm der CDU/CSU: „Die Forderungen der CDU zur Kulturpolitik umfassen den freien Zugang zur Kunst, zu Wissen und Information, die Anregung zu eigener schöpferischer Betätigung der Bürger sowie die Sicherung und Pflege des Kulturguts. *Wichtig sind hierbei für sie in allen diesen Gebieten auch die Förderung privater Initiativen für literarische und künstlerische Darbietungen und die Förderung privaten Mäzenatentum.*“ [Hervorhebung durch die Autorin]. Vergleich der kommunalpolitischen Programme von CDU, SPD und FDP vom 1. September 1975, in: ACDP 04-002-047/2. Zum Thema „Zivil- bzw. Bürgergesellschaft“ vgl. Frank Adloff: Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis. Frankfurt/Main u. a. 2005; eine Einführung zum Themenkomplex „Kulturstiftungen und Mäzenatentum“ gibt Manuel Frey: Macht und Moral des Schenkens. Staat und bürgerliche Mäzene vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart (Bürgerlichkeit, Wertewandel, Mäzenatentum 4). Berlin 1999.

71 Vgl. Konrad H. Jarausch: Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart, in: Ders. (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008 sowie Thomas Raithel u. a. (Hg.): Auf dem Weg in eine andere Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte). München 2009.





## Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Verhältnis der CDU zu den Grünen 1980–1990\*

Paul Kraatz/Tim B. Peters

Das Thema „Schwarz-Grün“, die Debatte über eine politische Zusammenarbeit zwischen den Parteien CDU und Bündnis 90/Die Grünen (bis hin zu möglichen Regierungskoalitionen auf Landes- oder Bundesebene), stellt heute eine Konstante im öffentlichen Diskurs dar.<sup>1</sup> Stärker ins Bewusstsein getreten ist diese Option seit Mitte der 1990er Jahre, als schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene zunahmen<sup>2</sup> und in der sogenannten Pizza-Connection<sup>3</sup> Politiker beider Parteien regelmäßig in Bonn zusammentrafen. Für die 1980er Jahre hingegen, als die Grünen sich bundespolitisch formierten, hat sich eher die Erinnerung an Konfrontationen festgesetzt. „Das Verhältnis von CDU und Grünen war in den achtziger Jahren vor allem auf der Bundes- und Länderebene durch eine scharfe gegenseitige Abgrenzung bestimmt.“<sup>4</sup> Gegensätze prägten das Bild. „Schwarz-Weiß‘ dominierte das wechselseitige Verhältnis von Schwarz und Grün.“<sup>5</sup> Tatsächlich aber war die Beziehung zwischen der CDU und den Grünen im letzten Jahrzehnt der alten Bundesrepublik differenzierter und vielschichtiger. Kurzen Phasen einer vorsichtigen Annäherung

---

\* Die Autoren danken Dr. Stefan Marx und Benedikt Wintgens M.A., für ihre hilfreichen Hinweise sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin für deren umfangreiche Unterstützung bei den Recherchen.

- 1 Vgl. hierzu Stephan Eisel: Über den Tag hinaus: Schwarz-Grün. Vom Gedankenspiel zur realistischen Option, in: Die Politische Meinung 383 (2001), S. 33–40; Hubert Kleinert: Schwarz-Grün erweitert Optionen. Zur Auflösung ideologischer Tabus, in: Die Politische Meinung 413 (2004), S. 69–74; Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011; Alexander S. Neu: Schwarz-Grüner „Tabubruch“. Zur prinzipiellen Koalitionsoffenheit auf allen politischen Ebenen, in: Die Politische Meinung 419 (2004), S. 61–68.
- 2 Insbesondere die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen vom 16. Oktober 1994 bewirkte eine solche Zunahme kommunaler Zusammenarbeit. Vgl. hierzu Jürgen Hoffmann: Schwarz-Grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik – Gründe, Erfahrungen, Folgerungen (Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 135/1997). Sankt Augustin 1997.
- 3 Der Name leitet sich von dem italienischen Restaurant ab, in dem die Treffen seit 1995 vierteljährlich stattfanden. Zu den grünen Teilnehmern gehörten unter anderem Volker Beck, Matthias Berninger, Katrin Göring-Eckardt, Cem Özdemir und Oswald Metzger, von der CDU Peter Altmaier, Hermann Gröhe, Eckart von Klæden, Andreas Krautscheid, Ronald Pofalla und Norbert Röttgen. Zeitzeugenberichte einiger Teilnehmer sind abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pizza-connection-die-schwarz-gruene-geburtsrunde-a-540701.html> (Abruf: 12. Mai 2013).
- 4 Hoffmann: Schwarz-Grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik, S. 16.
- 5 Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock: Wie aus Gegensätzen Optionen wurden. Ein Beitrag zur Debatte um Schwarz und Grün, in: Dies. (Hg.): Schwarz-Grün, S. 15–23, hier S. 16.

folgten längere Perioden verstärkter Abgrenzung. Dialogbereiten innerparteilichen Minderheiten standen in beiden Parteien angriffslustige, die politische Gegnerschaft hervorhebende Mehrheiten gegenüber. Im Folgenden soll daher das Verhältnis der CDU zu den Grünen bis zum Jahr 1990 näher beleuchtet werden.<sup>6</sup> Dieses Jahr stellt insofern einen Einschnitt dar, als sich durch die Deutsche Einheit und die PDS das Parteiensystem abermals veränderte. Ebenso verfehlten die westdeutschen Grünen 1990 auf Bundesebene – nicht zuletzt wegen ihrer kritischen Haltung zur Einheit – den Wiedereinzug ins Parlament.

#### *Vierte Partei oder vorübergehendes Phänomen?*

Als die Grünen Ende der 1970er Jahre aus verschiedenen Neuen Sozialen Bewegungen hervorgingen, war noch nicht absehbar, dass dies die „tiefgreifendste Veränderung, die sich im bundesdeutschen Parteiensystem seit den 1950er Jahren vollzog“<sup>7</sup>, werden sollte. Die Gründung der Bundespartei der Grünen am 13. Januar 1980 in Karlsruhe stellte hierbei den entscheidenden Schritt dar. Aus der Sicht der Zeitgenossen war jedoch offen, welche Zukunft der grünen Bewegung nach dieser Institutionalisierung blühen sollte. Die Sicht verschiedener Unionspolitiker unterschied sich daher auch nicht wesentlich von der allgemeinen Wahrnehmung. Zu heterogen erschienen die Ziele von Friedensaktivisten, Atomkraftgegnern, Umweltschützern, Feministinnen und Vertretern der Neuen Linken, als dass anzunehmen war, aus den Grünen könne einmal eine ernsthafte politische Konkurrenz erwachsen. Man reagierte „auf das Aufkommen der grünen Bewegung lange Zeit mit einer Mischung aus Sorglosigkeit, Geringschätzung und aufgeregtem Kurzzeitinteresse“<sup>8</sup>, wie eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung bereits 1984 feststellte. In der CDU überwog zunächst die Sicht, dass es sich bei den Grünen mit ihrer vermeintlich monothe-matischen Ausrichtung auf den Umweltschutz um ein vorübergehendes Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft handele. Die Möglichkeit, dass sich eine vierte Partei dauerhaft als politischer Faktor etablieren könne, erschien wenig wahrscheinlich.<sup>9</sup> So gab sich der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl im Dezember 1982 in einem Fernsehinterview überzeugt, dass es die Grünen in

- 
- 6 Christian Lorenz: Schwarz-Grün auf Bundesebene – Politische Utopie oder realistische Option?, in: APuZ 35–36 (2007), S. 33–40 und Stefan Grönebaum: Der konkrete Charme von Schwarz-Grün, in: Berliner Republik 6 (2006), S. 9–12, datieren erste Bündnisse zwischen CDU und Grünen auf kommunaler Ebene fälschlicherweise in die 1990er Jahre.
  - 7 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6). München 2006, S. 117.
  - 8 Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen: Zur Einführung, in: Dies. (Hg.): Die Grünen – Partei wider Willen (Studien zur politischen Bildung 9), Mainz 1984, S. 7–9, hier S. 7.
  - 9 Eine frühe Darstellung des Parteibildungsprozesses der Grünen lieferte 1984 der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Langguth. Vgl. Gerd Langguth: Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei?. Osnabrück 1984, insbes. S. 10–36.

einigen Jahren in der Bundesrepublik nicht mehr geben werde.<sup>10</sup> Auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hielt die Grünen nur mehr für eine Etappe auf dem geschichtlichen Weg zu einem freiheitlichen, sozialen und nun zusätzlich auch menschlichen Rechtsstaat.<sup>11</sup> Kurt Biedenkopf sah gar die Hauptfunktion der Grünen nicht in der einer politischen Partei. „Die Wählerzustimmung, die sie als Gruppe finden, ist vielmehr ein wichtiges Symptom für Defizite in der Repräsentanz wichtiger politischer Anliegen durch die bestehenden politischen Parteien.“<sup>12</sup> Die parlamentarischen Erfolge der Grünen auf allen staatlichen Ebenen machten jedoch bald klar, dass sich die Grünen als Partei etablierten, wie auch die Planungsabteilung der CDU-Parteizentrale 1984 erkannte: „Wir müssen für die kommenden Jahre von einem Vier-Parteien-System in den Parlamenten unserer Republik ausgehen.“<sup>13</sup>

### *Mittelbare Anfänge: Die Grünen als Korrektiv und Machtfaktor*

Während die Union nur langsam erkannte, dass sich die Grünen dauerhaft etablieren könnten, stellte sich gleichwohl die Frage, wie mit der neuen politischen Kraft umzugehen sei. Erste Annäherungen erfolgten dabei vor allem mittelbar. Die Grünen wurden vornehmlich als Impulsgeber für die eigenen innerparteilichen Positionen genommen. Bereits in einer Fraktionssitzung am 14. März 1978 wollte Horst Schröder, der als Bundestagsabgeordneter der CDU bis 1984 den Wahlkreis Lüneburg – Lüchow-Dannenberg vertrat, die kommunalen Erfolge der Grünen Liste<sup>14</sup> zum Anlass nehmen, „doch noch einmal unsere eigenen Aussagen zum Thema Kernenergie und Umweltschutz zu durchdenken“<sup>15</sup>. Ins selbe Jahr fiel der Parteiaustritt von Herbert Gruhl, der am 11. Juli 1978 die CDU verließ, da er seine umweltpolitischen Ziele nicht in der Union verwirklichen zu können meinte.<sup>16</sup>

---

10 Vgl. Ja der FDP zur Vertrauensfrage, dpa-Meldung, 9. Dezember 1982.

11 Vgl. Ernst Albrecht: Die Grünen decken ein Defizit auf, in: Frankfurter Rundschau, 30. Juli 1982.

12 Kurt Biedenkopf zitiert nach Biedenkopf sieht neue politische Mehrheit, in: Stuttgarter Zeitung, 23. Juli 1982.

13 Grüne Gegner im Visier, in: Rheinischer Merkur, 14. September 1984.

14 Die Grüne Liste Schleswig-Holstein konnte bei der Kommunalwahl am 5. März 1978 in zwei Kreistage einziehen.

15 Redebeitrag Horst Schröder in der Sitzung der CDU/CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 14. März 1978, in: ACDP 08-001-1052/1 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

16 Herbert Gruhl (1969–1980 MdB) gründete unmittelbar nach seinem medienwirksam im ARD-Magazin Report verkündeten Parteiaustritt die Grüne Aktion Zukunft (GAZ), die sich 1980 an der Gründung der Grünen beteiligte. Zu Herbert Gruhl vgl. Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011, S. 73–78.

Erst im Sommer 1982 kam es zu einer größeren Debatte über eine vorsichtige Annäherung an die Grünen. So rief das CDU-Präsidiumsmitglied Walther Leisler Kiep dazu auf, „eigene Positionen im Gespräch mit Andersdenkenden selbstkritisch zu überprüfen“<sup>17</sup>. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Norbert Blüm appellierte, „ohne Hysterie“<sup>18</sup> auf die Grünen zuzugehen. Auch der stellvertretende CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf sah wichtige Anstöße durch die Wähler der Grünen.<sup>19</sup> Ebenso forderte die Junge Union in den Worten ihres Bundesvorsitzenden Matthias Wissmann, dass es „keine Ausgrenzung protestierender und opponierender Teile der (jungen) Bevölkerung“ geben dürfe, und beklagte gleichzeitig ein „Defizit an sachlicher Diskussion in der CDU“<sup>20</sup>. Der niedersächsische Fraktionsvorsitzende Werner Remmers ging noch einen Schritt weiter. In einem Sammelband unter dem Titel „Die Grünen – Regierungspartner von morgen?“<sup>21</sup> gab er dem Wunsch nach einer Zusammenarbeit Ausdruck: „Ich kann mir jedenfalls gut vorstellen und wünsche es mir auch, dass es in der konkreten Parlamentsarbeit eine Reihe von Fragen und Aufgaben gibt, in denen es zu einer Zusammenarbeit kommt.“<sup>22</sup> Insbesondere erwartete er durch die Existenz der Grünen neue Impulse für die Arbeit der eigenen Fraktion.<sup>23</sup> Die in diesen Äußerungen deutlich werdende Offenheit gegenüber den Grünen stieß im eigenen Lager auf Widerspruch. Werner Remmers' Buchbeitrag wurde Anlass für eine kontroverse Diskussion in der Landtagsfraktion, in deren Folge der Fraktionsvorsitzende vorsichtig zurückruderte: Es gelte genau zu beobachten, ob sich die Grünen im Landtag an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie halten würden.<sup>24</sup> Dieses Beispiel ist symptomatisch für den Kurs der Volkspartei CDU gegenüber den Grünen in den 1980er Jahren. Positiven Äußerungen einzelner Amts- und Mandatsträger standen schroff ablehnende Positionen stets gegenüber.

Die Gründe für diesen ambivalenten Kurs lagen offenkundig zunächst in dem taktischen Vorteil, den das Auftreten der Grünen für die Union versprach. So offenbarte die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 6. Juni 1982, bei der die FDP den Einzug ins Parlament der Hansestadt knapp verfehlte, während die

17 Walther Leisler Kiep zitiert nach CDU hält die Grünen für nicht berechenbar, in: Hamburger Abendblatt, 19. Juli 1982.

18 Norbert Blüm zitiert nach Jetzt CDU-Debatte über die Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Juli 1982.

19 Vgl. Biedenkopf sieht neue politische Mehrheit, in: Stuttgarter Zeitung, 23. Juli 1982.

20 Matthias Wissmann zitiert nach Junge Union hält nichts von polemischen Auseinandersetzungen mit den Grünen, in: Münchner Merkur, 25. August 1982.

21 Vgl. Jörg R. Mettke (Hg.): Die Grünen. Regierungspartner von morgen? Reinbek 1982.

22 Werner Remmers: Grün – eine konservative Grundhaltung. Die CDU und die Alternativen, in: Jörg R. Mettke (Hg.): Die Grünen, S. 197–216, hier S. 199.

23 Vgl. Remmers: Grüne geben Anstöße, in: Hannoversche Allgemeine, 9. August 1982.

24 Vgl. Bei einem Bonner Regierungswechsel bleibt Albrecht in Hannover, in: FAZ, 8. September 1982.

Grün-Alternative Liste mit 7,7 Prozent die Fünfprozenthürde deutlich übersprang, eine neue Arithmetik der parlamentarischen Kräfte. Die koalitionsunwilligen<sup>25</sup> und aus Sicht vieler sozial- wie christdemokratischer Politiker koalitionsunfähigen Grünen bildeten eine Sperrminorität gegen die SPD. Eine solche grüne Partei, die vor allem einer Mehrheitsbildung links der Mitte entgegenstehen würde, stellte für die Union eine verlockende Option auf den verschiedenen politischen Ebenen dar. Der Umstand, dass die oppositionellen Unionsparteien im Deutschen Bundestag seit inzwischen über zwölf Jahren einer SPD/FDP-Regierung gegenüber saßen, spielte hier eine wesentliche Rolle. So hielt denn auch Helmut Kohl nach der Hamburg-Wahl fest: „Die sozial-liberale Koalition kann mit der Existenz der Grünen keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gewinnen, das ist die entscheidende Veränderung.“<sup>26</sup> Ebenso ging Kurt Biedenkopf im Sommer 1982 davon aus, dass die SPD auf absehbare Zeit weder allein noch mit der FDP gegen die Union und die Grünen Mehrheiten bilden könne.<sup>27</sup> CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wiederum hatte schon zwei Jahre zuvor einen Vorteil in der Gründung einer neuen vierten Partei durch die Grünen gesehen, da dadurch „die Zeit zu Ende geht, in der auf FDP-Parteitag entschieden wird, wer nach den Wahlen die Regierung bildet“<sup>28</sup>. Auch Kohl hatte bereits 1980 die Erwartung geäußert, dass von den Grünen eine Beunruhigung für die sozial-liberale Koalition ausgehen werde: „Nur, die ‚Grünen‘ sind da. Und ihre Existenz wird zu einer erheblichen Nervosität bei SPD und FDP führen.“<sup>29</sup> Die Grünen boten damit die Chance, die Monopolstellung der FDP als Zünglein an der Waage zu beenden. Diese strategisch nachvollziehbare Erwartung an die Grünen konnte jedoch nur so lange überzeugen, wie die Grünen für keine der anderen, im damaligen Sprachgebrauch „etablierten“ Parteien als potentieller Koalitionspartner in Frage kamen. Die parallel seit Anfang der 1980er Jahre in der SPD ausgetragene Debatte über das Verhältnis von SPD und Grünen („Löwenthal-Kontroverse“) endete allerdings in der neuen Bündnisperspektive Rot-Grün.<sup>30</sup> Gleichwohl versuchte die Union, eine Art Bannkreis um die Grünen zu ziehen. So schlug der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, im Juli 1982 ein Abkommen

---

25 Vgl. Grüne: Zur Zeit keine Koalition, in: Frankfurter Rundschau, 10. Dezember 1984.

26 Helmut Kohl zitiert nach Die Grünen: Unheimliche Hoffnung der Schwarzen, in: Vorwärts, 12. August 1982.

27 Vgl. Biedenkopf sieht neue politische Mehrheit, in: Stuttgarter Zeitung, 23. Juli 1982.

28 Heiner Geißler zitiert nach CDU und Grüne oft auf einer Wellenlänge, in: Neue Ruhr Zeitung, 10. November 1982.

29 Redebeitrag Kohl, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 15. Januar 1980, in: ACDP 08-001-1060/1.

30 Zur Löwenthal-Kontroverse in der SPD vgl. Norbert Seitz: Vom historischen Projekt zum Schnittmengen-Deal. Die wechselvolle Geschichte von Rot-Grün, in: Kronenberg/Wenckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün, S. 47–64, hier S. 47ff.

aller Bundestagsparteien gegen die Grünen vor.<sup>31</sup> Hierdurch sollten Regierungsbildungen in Bund und Ländern ermöglicht werden, solange die Grünen nicht bereit wären, sich in das parlamentarische System zu integrieren. Um auch bei fehlenden Mehrheiten eine Regierungsfähigkeit zu gewährleisten, schlug er eine Minderheitsregierung vor, die durch Fernbleiben von oppositionellen Abgeordneten bei Abstimmungen toleriert werden könne.<sup>32</sup> Durchsetzen konnte er sich mit seinem Vorhaben freilich nicht.

Die anfangs überwiegenden Annahmen unter Unionspolitikern, das Aufkommen der Grünen könne der CDU im Parteienwettbewerb durchaus nutzen, basierten nicht zuletzt auch auf Ergebnissen von Wählerstudien im Konrad-Adenauer-Haus. Eine Analyse für die Mitglieder des CDU-Präsidiums kam 1982 zu dem Schluss, dass das Wählerpotential der Unionsparteien durch das Auftreten der Grünen kaum berührt werde.<sup>33</sup> Stattdessen seien es frühere Wähler von SPD und FDP, „die den Grünen/Alternativen zu Wahlerfolgen verhelfen“<sup>34</sup>. Auch Werner Remmers sah in den Grünen eine Bereicherung der politischen Auseinandersetzung, „weil diese Entwicklung ja nun nicht gerade zu Lasten des eigenen Wählerpotentials geht“<sup>35</sup>. Diese optimistische Einschätzung hinsichtlich der grünen Wählerschaft musste jedoch schon bald revidiert werden. So gestand Werner Remmers auf einem Landesparteitag der niedersächsischen CDU in Cuxhaven (30./31. März 1984) ein, dass die Zahl der um die Umwelt besorgten Bürger bis tief in das Wählerpotential der Union hineinreiche.<sup>36</sup> Eindringend mahnte Remmers daher seine Parteifreunde, Umweltschutzfragen nicht zu leicht zu nehmen: „Wir müssen uns als die Partei erweisen, die erkannt hat, worum es geht, die auch in der Lage ist, mit den Umweltproblemen fertig zu werden.“<sup>37</sup> Prägnant formulierte er: „Die CDU muß die wahre grüne Partei werden.“<sup>38</sup>

---

31 Vgl. Dregger will Abkommen gegen Grüne, in: Welt am Sonntag, 11. Juli 1982.

32 Vgl. Dregger verlangt Koalition gegen Grüne, in: Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 1982.

33 Vgl. Analyse: Grüne sind keine Gefahr für die Union, in: Die Welt, 17. September 1982.

34 Ebd.

35 Remmers: Grün – eine konservative Grundhaltung, S. 202.

36 Vgl. Tewe Pannier: Die CDU muß die wahre grüne Partei werden, in: Hamburger Abendblatt, 31. März 1984.

37 Werner Remmers zitiert nach ebd.

38 Ebd.

*Wer sind die Grünen? Auseinandersetzung mittels Analysen*

Der Umstand, dass mit den grün-alternativen Gruppen eine neue, unkonventionelle Kraft die politische Bühne betrat, trug wesentlich dazu bei, dass sich die anderen Parteien und die Medien intensiv mit den Grünen beschäftigten. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre führte dies auch bei der CDU zu einer regelrechten Flut von Analysen und Dokumentationen über die Grünen. Ihnen allen gemein war die Zielrichtung, den politischen Gegner einerseits zu diskreditieren und andererseits die eigenen Erfolge hervorzuheben, insbesondere im Umweltbereich, um so (potentiellen) Grünen-Wählern eine Alternative zu bieten. So äußerte Heiner Geißler im Juni 1980 Verständnis anlässlich der Vorstellung einer „Analyse des Bundesprogramms der Grünen“, das die neue Partei auf ihrer zweiten Bundesversammlung in Saarbrücken (21.–23. März 1980) beschlossen hatte: „Die CDU weiß, daß heute viele Menschen, vor allem junge Leute, den Umweltschutzgedanken als Botschaft einer alternativen, ihrem Lebensgefühl besser entsprechenden Daseinsgestaltung begreifen.“<sup>39</sup> Damit verbunden war ein „Angebot an diejenigen Bürger, die nicht bereit sind, sich in und mit der Partei der GRÜNEN für die indirekte Durchsetzung marxistisch-kommunistischer Politik mißbrauchen zu lassen“.<sup>40</sup> Zwei Jahre später, im Sommer 1982, setzte sich die CDU-Bundesgeschäftsstelle erneut mit Geschichte, Programm und Politik der Grünen auseinander. In einer umfangreichen Studie (43 Seiten) vom 15. August 1982 wurden programmatische Aussagen der Grünen zitiert und um kurze Einschätzungen ergänzt.<sup>41</sup> Das im Ton eher sachlich-ausgewogen gehaltene Papier äußerte in der Zusammenfassung beinahe anerkennend-versöhnliche Worte: „Die Grünen verweisen zum einen auf Probleme, Defizite und Grenzen wohlfahrtsstaatlich organisierter Industriegesellschaften, die nicht zu leugnen sind. [...] Als kritische und mahende Instanz haben die Grünen ihre Verdienste.“<sup>42</sup> Gleichwohl ist die Stoßrichtung auch hier klar: Die Grünen „haben es allerdings bisher nicht vermocht, über Kritik und Anklage hinaus positive, praktikable und finanzierbare Lösungen vorzuschlagen. [...] Nur eine Volkspartei der Mitte kann diese Interessen zum Ausgleich bringen.“<sup>43</sup>

Mit der „Wende von Bonn“ durch die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 änderte sich das Verhältnis der CDU zu den Grünen schlagartig. Die Grünen wurden nun nicht mehr als eine mögliche Sperrmino-

---

39 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung, 17. Juni 1980.

40 Ebd.

41 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die Grünen. Geschichte, Programm und Politik. Bonn, 15. August 1982. Im Wortlaut abgedruckt in: Das Spektrum der Grünen ist breiter als angenommen wird, in Frankfurter Rundschau, 14. Oktober 1982.

42 Ebd., S. 38.

43 Ebd., S. 38f.



rität gegen die SPD oder sozialliberale Koalitionen gesehen, sondern wandelten sich zu einer Gefahr für die neue christlich-liberale Mehrheit. Denn mit dem Koalitionsbruch und der Neuorientierung der FDP wurden die Grünen nahezu automatisch zu einer neuen Koalitionsoption für die SPD. So erschien bereits im Dezember 1982 eine 32seitige Argumentationshilfe „Die Rotgrünen“, in der die CDU Programm und Politik der Grünen analysierte.<sup>44</sup> Warnend heißt es dort: „Der rotgrüne Pakt gewinnt Konturen.“<sup>45</sup> In die Grünen-Strategie der Union wurde damit auch die SPD mit einbezogen. Die Warnung vor den Folgen einer grünen Regierungsbeteiligung sollte stets auch die sozialdemokratische Partei treffen. Zudem wurde ihr der Vorwurf gemacht, das Entstehen einer weiteren „radikalen“ Partei im linken Spektrum nicht verhindert zu haben.

Der erstmalige Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag, der nach den vorangegangenen Wahlerfolgen auf Länderebene allzu deutlich machte, dass mit den Grünen als politischer Kraft mittelfristig zu rechnen war, führte die CDU zu einer immer deutlicheren Abgrenzung gegenüber dieser Partei. Ende 1982 und weiter 1983/1984 verschärfte sich der Ton, Ende 1984 erreichte er mit Blick auf anstehende Wahlen auf Kommunal- und Landesebene einen vorläufigen Höhepunkt.<sup>46</sup> Die Deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion (CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament) kündigte im Oktober 1984 eine „offensive Auseinandersetzung mit den Grünen“ an, um „der Öffentlichkeit die von dorthier drohenden Gefahren für die parlamentarische Demokratie vor Augen zu führen“<sup>47</sup>.

In einer von Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, verfassten Analyse „Auf dem Weg zur grünen Diktatur“<sup>48</sup> vom September 1984 hallte es wie ein Echo der Augen: „So kann und wird ein grüner Staat letztlich keine Demokratie sein. Es wird ein Staat sein, der mit der ‚englischen Krankheit‘ beginnt und in einem Staat der grünen Mullahs und ökologischen Ayatollahs endet.“<sup>49</sup> Im selben Monat erschien eine von der CDU/CSU-Fraktion herausgegebene 25seitige

44 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die Rotgrünen. Argumente gegen die rotgrünen Experimente. Köln 1982.

45 Ebd., S. 4.

46 Am 10. März 1985 fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zum Saarländischen Landtag sowie Kommunalwahlen in Hessen statt, gefolgt von der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai 1985.

47 So der Vorsitzende der Deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion, Rudolf Luster zitiert nach Deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion (Hg.): Pressemitteilung Nr. 108, 25. Oktober 1984.

48 Vgl. Ottfried Hennig: Auf dem Weg zur grünen Diktatur. Eine Dokumentation zum Bundesprogramm der Grünen, undatiert [September 1984], in: ACDP 08-010-128/2. Auszugsweise abgedruckt in: Die Grünen, Anspruch und Realität, in: Die Welt, 8. September 1984.

49 Ebd. Vgl. auch: Ein grüner Staat wird keine Demokratie mehr sein, in: Bonner Rundschau, 4. September 1984.

Zitatensammlung, mit der vor rot-grünen Koalitionen gewarnt wurde.<sup>50</sup> Die CDU-Bundesgeschäftsstelle legte im November 1984 mit „Die Grünen. Eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition“<sup>51</sup> weiter nach. Die inhaltliche Dimension der Parteiveröffentlichung reichte von „Cliquen herrschaft“ und „Öko-Sozialismus“ über „Unterwerfungspolitik gegenüber der Sowjetunion“ bis hin zum „Niedergang Hessens“<sup>52</sup> durch das rot-grüne Modell. Die sogenannten „hessischen Verhältnisse“<sup>53</sup> machten damit endgültig klar, was auch die CDU in ihrer Analyse feststellte: „Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stehen sich auf absehbare Zeit zwei politische Lager gegenüber: Das öko-sozialistische Bündnis von SPD und GRÜNEN und die Koalition der Mitte von Unionsparteien und FDP.“<sup>54</sup>

Mit einer von den Parlamentarischen Geschäftsführern der Unionsfraktion, Rudolf Seiters und Wolfgang Bötsch, herausgegebenen Dokumentation „Die Kader der Grünen“<sup>55</sup> erneuerte man 1986 die Vorwürfe, die Grünen würden sich zu einer linksextremistischen Partei entwickeln, die den Umweltschutz nur als Vorwand für eine „Unterwerfung unter sowjetische Hegemonie“<sup>56</sup> benutze. So stellte die Studie „die Lebensläufe von 65 führenden Funktions- und Mandatsträgern der Grünen auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene [dar], [...] die Mitglieder von Organisationen sind, waren oder ihnen nahestehen oder zumindest zeitweise nahestanden, die im Verfassungsschutzbericht genannt sind und extremistische oder sicherheitsgefährdende Ziele verfolgen“.<sup>57</sup> Über den hessischen Umweltminister Joschka Fischer wurde beispielsweise

50 Vgl. CDU warnt mit Zitatensammlung vor rot-grünen Bündnissen, in Frankfurter Neue Presse, 27. September 1984.

51 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die Grünen. Eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition, Bonn, undatiert [November 1984].

52 Alle Zitate ebd.

53 Bei der Landtagswahl in Hessen am 26. September 1982 konnten weder CDU noch SPD die absolute Mehrheit erreichen. Da die FDP den Einzug in den Landtag verpasste und die Grünen für beide Parteien als Koalitionspartner nicht in Frage kamen, entstand eine Pattsituation. Eine mögliche Große Koalition wurde von der SPD abgelehnt. Ministerpräsident Holger Börner (SPD) stand daher bis zur Selbstauflösung des Landtages und anschließenden Neuwahlen einer geschäftsführenden Landesregierung vor. Die Landtagswahl am 25. September 1983 änderte jedoch nichts an der Pattsituation, obgleich auch der FDP diesmal der Einzug in den Landtag gelang. Am 7. Juni 1984 schließlich wurde Börner, zunächst weiterhin geschäftsführend im Amt, mit den Stimmen der Grünen zum Ministerpräsidenten gewählt und stand einer von den Grünen tolerierten Minderheitsregierung vor. Der Tolerierungsphase folgte im Oktober 1985 die erste rot-grüne Koalition auf Landesebene.

54 Die Union stellt die Grünen in die linke Ecke, in: Frankfurter Rundschau, 4. Oktober 1984.

55 Rudolf Seiters/Wolfgang Bötsch (Hg.): Die Kader der Grünen. Bonn 1986.

56 Wahlkampfstreit über Grüne. CDU/CSU: Grüne dienen sowjetischer Politik, in: Hannoverische Allgemeine Zeitung, 5. Juni 1986.

57 Seiters/Bötsch: Die Kader der Grünen, S. 11.

vermerkt, er habe von 1968 bis 1975 der militanten Gruppe „Revolutionärer Kampf“ angehört und Hausbesetzer-Krawalle organisiert, sich aber andererseits als „Kapitalist“ versucht, da er angegeben hatte, als Inhaber einer Buchhandelsfirma zu arbeiten.<sup>58</sup> In den Kapiteln „Im Griff der K-Gruppen“ und „Der Einfluss der DKP“ wollte man nachweisen, wie Marxisten-Leninisten, Maoisten oder Trotzlisten – alle der Gewalt nicht grundsätzlich abgeneigt – die Grünen unterwanderten, um „die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu schwächen und wehrlos zu machen“.<sup>59</sup> Dabei rekurrierte man auf die Geschichte der Weimarer Republik, die an der parlamentarischen Unterwanderung durch Extremisten zu Grunde gegangen sei.<sup>60</sup>

Auf ihre typisch ironisierende Art gab die Bundestagsfraktion der Grünen eine Gegendarstellung heraus, die den Titel trug: „Zur Vorlage der Dokumentation ‚Die Kader der GRÜNEN‘ erklärt das Zentralkomitee der Russenknechte im Deutschen Bundestag“.<sup>61</sup> Unter Punkt 1 stellten sie klar: „Es ist unwahr, daß die heutige Pressekonferenz der CDU ‚Die Kader der GRÜNEN‘ vom CDU MdB Rudolf Seiters geleitet wurde. Wahr ist dagegen, dass es sich um einen vom KGB ferngesteuerten Doppelgänger handelt, der in den Reihen der CDU noch mehr Verwirrung anrichten soll als sie dies mit ihren eigenen Köpfen ohnehin schon produziert.“<sup>62</sup>

Innerhalb von zwei Monaten fand die Dokumentation über 60.000 Interessenten, so dass die Auflage erhöht werden musste. Obwohl von Seiten der CDU damit gerechnet wurde, gab es von den Grünen anscheinend keine Strafanzeigen gegen die Veröffentlichung.<sup>63</sup> Auf Nachfrage gab der Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Dieter Lukowski, bekannt, dass lediglich eine in der Dokumentation genannte Person darauf hingewiesen habe, dass sie nicht aus der kommunistischen, sondern aus der maoistischen Bewegung komme.<sup>64</sup>

58 Vgl. ebd., S. 43f.

59 Vgl. ebd., S. 21–52, Zitat S. 3.

60 Vgl. ebd., S. 4.

61 Die Grünen im Bundestag (Hg.): Gegendarstellung vom 5. Juni 1986.

62 Ebd.

63 Anlässlich der Ankündigung einer zweiten Auflage wandte sich der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Henning Schierholz, in einem Schreiben an Alfred Dregger. Darin warf er der CDU vor, „reihenweise Diffamierungen und Verfälschungen gegen Mitglieder der GRÜNEN im Bundestag“ zu verbreiten. Anhand seines eigenen Lebenslaufs wies er auf „diffamierende[...] Bewertungen und schlichte[...] Fehler“ hin: „Sollten Sie in diesem Stile fortfahren wollen, so bitte ich Sie zu erwägen, ob sich die CDU nicht rechtzeitig vor der Bundestagswahl in Schlamm-schmeißer-Union (SSU) umbenennen will.“ Schreiben des Abgeordneten Henning Schierholz an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger vom 24. Juni 1986, in: ACDP 08-001-587/2.

64 Vgl. Grünen-Dokumentation als Hit. Schon 60.000 Anforderungen für Unions-Broschüre über die Öko-Partei, in: Bonner Rundschau, 30. Juli 1986. – Es folgten im kurzen Abstand drei weitere Studien über die Grünen, die in Pressemitteilungen und -konferenzen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurden: Rudolf Seiters/Wolfgang Bötsch (Hg.): Grüne

*NS-Vergleiche und Extremismusvorwürfe*

Das Selbstverständnis der Grünen als „Anti-Parteien-Partei“<sup>65</sup> und ihre basisdemokratisch begründete kritische Distanz zum Parlamentarismus führten zahlreiche Unionspolitiker immer wieder zu historischen Vergleichen mit der Weimarer Republik oder dem Nationalsozialismus. So warf der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Rudolf Seiters, den Grünen vor, „bewußt den Niedergang der Bundesrepublik Deutschland in Kauf“ zu nehmen und „Weimarer Verhältnisse“<sup>66</sup> anzusteuern. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sprach von „faschistoid-mythische[n] Ritualen“ als Bestandteil des grünen Politikstils und sah „auch inhaltliche totalitäre Merkmale“<sup>67</sup> verwirklicht. Die Grünen wiederum förderten solche Vorwürfe nicht zuletzt durch ihre antiparlamentarische Linie bis hin zu Ähnlichkeiten mit dem NS-Sprachgebrauch.<sup>68</sup> Selbst Matthias Wissmann, der als JU-Bundesvorsitzender mit Blick auf die jüngere Generation zunächst für eine offene und sachliche Auseinandersetzung mit den Grünen geworben hatte<sup>69</sup>, sah „Elemente[.] eines neuen Faschismus“<sup>70</sup>, als der grüne Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth bei einem Empfang im Hessischen Landtag am 3. August 1983 den US-General Paul S. Williams mit Blut bespritzte.<sup>71</sup> Die Europaabgeordneten der Union gingen noch einen Schritt weiter: „Eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Europaabgeordneten soll prüfen, inwieweit es sich bei der von den Grünen verfolgten Politik um eine Spielart von Faschismus handelt.“<sup>72</sup>

Der Faschismus-Vorwurf perlte an den Grünen nicht ohne weiteres ab. Er wog offenbar so schwer, dass sich die Grünen gezwungen sahen, das Thema in

---

und Gewalt. Bonn 1986; Manfred Langer (Hg.): Grüne und Geld. Zur Staatsfinanzierung der GRÜNEN und ihrer alternativen Klientel. o.J. [Oktober 1986], in: ACDP 08-001-775/2; Ders. (Hg.): Die Grünen auf dem Prüfstand. Mit einem Vorwort von Hans-Peter Schwarz. Bergisch-Gladbach 1988.

65 Bericht zur Lage der Fraktion, März 1984, in: Josef Boyer/Helge Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe. Deutschland seit 1945, 14/I). Düsseldorf 2008, Dok. 70, hier S. 444.

66 Rudolf Seiters: Die Grünen streben Weimarer Verhältnisse an, in: Deutschland-Union-Dienst, 10. Dezember 1984.

67 Heiner Geißler zitiert nach Hamburger Abendblatt, 17. Dezember 1984.

68 Vgl. Tim B. Peters: Der parlamentarische Arm der Friedens- und Umweltbewegung. Die Grünen im Deutschen Bundestag 1983–1987, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Grünes Gedächtnis 2007. Berlin 2006, S. 77–82, hier S. 77.

69 Vgl. Wissmann: Mit Grünen diskutieren – Gegen ‚Holzhammer-Strategie‘, dpa-Meldung, 24. August 1982.

70 Matthias Wissmann zitiert nach Elemente eines neuen Faschismus bei Grünen, dpa-Meldung, 6. August 1983.

71 Vgl. Fall Schwalba-Hoth: Nicht mehr zumutbar, in: Die Zeit, 19. August 1983.

72 Deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion (Hg.): Pressemitteilung Nr. 108, 25. Oktober 1984.

einer Fraktionssondersitzung am 3. Dezember 1984 intensiver zu behandeln.<sup>73</sup> Zu den zahlreichen Gästen der Sitzung gehörten auch Vertreter anderer Parteien, darunter die SPD-Bundestagsabgeordneten Heinz Westphal, Ernst Waltemathe und Dietrich Sperling sowie Hildegard Hamm-Brücher von der FDP. Ein Unionsabgeordneter war nicht dabei.

Der Vorwurf eines linken und ökologischen Extremismus bekam Ende der 1980er Jahre mit dem Erstarren einer Partei des äußersten rechten Spektrums neuen Auftrieb. Überraschend erhielt im Januar 1989 die Partei „Die Republikaner“ (REP) bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 7,5% der Stimmen. Mit elf Mandaten zog sie ins Abgeordnetenhaus ein, während die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, und anstelle der Berliner CDU und des bisherigen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen regierte nun ein rot-grüner Senat. Gewarnt von der Berliner Wahl begannen die Unionsparteien sich nun genauer mit den „Republikanern“, ihrem Personal und vor allem mit den Gründen ihres Wahlerfolgs auseinanderzusetzen.<sup>74</sup> Im Mai 1989 – im Wahlkampf fürs Europaparlament – stellte CDU-Generalsekretär Geißler eine Studie vor, die die Bundesgeschäftsstelle zu den „Republikanern“ erstellt hatte.<sup>75</sup> Selbst die den Grünen nahestehende „tageszeitung“ lobte die Ergebnisse der Studie, die den „Republikanern“ „Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Vergötzung des Freund-Feind-Denkens“ sowie eine „Relativierung und Verharmlosung der Naziverbrechen“ bescheinigte.<sup>76</sup> Die als interne Handreichung für die politische Auseinandersetzung gedachte Analyse empfahl CDU-Mitgliedern, nicht mehr den positiv konnotierten Begriff „Republikaner“ zu verwenden, sondern künftig von „Rechtsradikalen“, „rechtsradikalen Stimmungsmachern“ oder einfach „Rep“ zu sprechen.<sup>77</sup> Diese Sprachregelung sah auch vor, sowohl rechts- als auch linksradikale Parteien – gemeint waren damit zugleich die Grünen – als Feinde der Demokratie zu bezeichnen und auf strukturelle Gemeinsamkeiten hinzuweisen. Insbesondere sollten Links- und Rechtsradikale möglichst oft in einem Atemzug genannt werden, um die Ablehnung der Linken auch gegen die Rechten zu wenden und so möglichst viele Wähler wieder für die Mitte zu gewinnen.<sup>78</sup>

73 Vgl. Fraktionssondersitzung, 3. Dezember 1984, in: Boyer/Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag, Dok. 116, S. 659–666.

74 Vgl. Ralf Grünke: Geheiligte Mittel? Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern. Baden-Baden 2006, S. 99–199.

75 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die REP. Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei, Bonn 18. Mai 1989.

76 Gerd Nowakowski: Der Hau-drauf widerlegt sich selbst, in: taz, 19. Mai 1989.

77 Jürgen Tuchel: CDU will mit einem Abgrenzungspapier den Republikanern Paroli bieten, in: Nürnberger Nachrichten, 8. Mai 1989.

78 Vgl. Hans Krump: „CDU-Politiker sollten besser von REP, nicht von den Republikanern reden“. Strategie Papier des Adenauer-Hauses zur Behandlung der Partei Schönhubers, in: Die Welt, 6. Mai 1989.

Diese Gleichsetzung erklärt, warum Geißler der SPD eine Mitschuld am Entstehen und Erfolg der „Republikaner“ gab und betonte, dass die CDU nicht die Fehler der SPD wiederholen werde. Den Sozialdemokraten warf der Generalsekretär vor, sie hätten die linksradikalen Grünen erst hoffähig gemacht.<sup>79</sup> Ähnlich hatte sich kurz zuvor Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble geäußert: Die Sozialdemokraten hätten es nicht geschafft, die Etablierung der Grünen zu verhindern – mit der Folge, dass nun die Radikalität zwischen den politischen Lagern zugenommen habe. Die CDU habe im Gegensatz dazu schon bei der Bekämpfung der NPD in den 1960er Jahren einen hohen Preis bezahlen müssen – die Regierungsmehrheit bei der Bundestagswahl 1969.<sup>80</sup>

Das Erstarken einer Partei rechts von CDU/CSU brachte die Union in eine ähnliche Situation, wie sie die SPD mit der Gründung der Grünen erlebt hatte. Und ganz ähnlich waren die Vorwürfe, die sich die beiden großen Volksparteien im Umgang mit den Randparteien gegenseitig machten. Das (Wahlkampf-) Argument von CDU und CSU, wer rechte Splitterparteien wähle, werde links regiert, glich den Aussagen der SPD, wer grün wähle, stärke die „Schwarzen“. Man warf sich gegenseitig vor, den demokratischen Konsens zu verlassen und machiavellistische Politik zu treiben, da man sich für den Machterhalt bzw. -erwerb mit Radikalen verbünde, und nicht zuletzt warf man dem jeweils gegnerischen Parteivorsitzenden Führungsschwäche und Versagen vor.<sup>81</sup>

Als die „Republikaner“ bei der Europawahl im Juni 1989 abermals überraschend starke Gewinne erzielen konnten – sie erhielten 7,1% der Stimmen –, begann, ungeachtet der strikten Ablehnung durch die CDU-Führung, in Teilen der Union eine Debatte über mögliche Koalitionen. Gerade in Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg, wo die „Republikaner“ viele Stimmen auch von der CDU bzw. CSU gewinnen konnten, stellte sich die Frage nach „Integration oder Isolierung“.<sup>82</sup> Die aufkommende Debatte wurde jedoch Anfang Juli durch einen Beschluss des Parteipräsidiums beendet. In diesem „Beschluß zum Verhältnis der CDU zu radikalen Parteien“ heißt es: „1. Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien, wie z. B. den Kommunisten, den Grünen/Alternative Liste, den Republikanern, den Nationaldemokraten und der Deut-

79 Vgl. Gerd Nowakowski: Der Hau-drauf widerlegt sich selbst, in: taz, 19. Mai 1989; Klaus Dreher: Union setzt sich mit Republikanern auseinander, in: Süddeutsche Zeitung, 18. Mai 1989.

80 Vgl. Klaus Dreher: Union setzt sich mit Republikanern auseinander, in: Süddeutsche Zeitung, 18. Mai 1989.

81 Vgl. hierzu etwa: Vogel: Zwischen „Reps“ und Unionsteilen gibt es keine grundsätzlichen Unterschiede, in: Parlamentarisch-Politischer-Pressedienst (PPP), 27. Juni 1989, sowie Rolf Zundel: Das Parteiensystem verändert sich: Gratwanderung in die Moderne, in: Die Zeit, 19. Mai 1989.

82 Frank Bösch: Integration oder Isolierung. Die Unionsparteien und der rechte Rand, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46 (2001) 8, S. 955–964.

schen Volksunion ab. 2. Dies gilt für die Bundes-, Landes- und Kommunal-ebene.<sup>83</sup> Damit wurde die Gleichsetzung von Grünen und Rechtsradikalen formal bestätigt, wenngleich CDU-Politiker, danach befragt, oftmals Unterschiede erkannten. So meinte der Vorsitzende der Jungen Union NRW, Ronald Pofalla, die Ehrlichkeit gebiete es, „darauf hinzuweisen, dass auf kommunaler Ebene sogar sehr oft eine Zusammenarbeit zwischen der CDU und den Grünen stattfindet, die eindeutig auf dem Boden der Verfassung stehen“.<sup>84</sup> Friedrich Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gab in einem Interview mit dem Deutschlandfunk auf die Frage: „Macht es sich die CDU auf der anderen Seite nicht etwas zu einfach, indem sie die Grünen und die Republikaner als Radikale in einen Topf wirft?“ die Antwort: „Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Grünen und den Republikanern, aber es bleibt sicherlich auch richtig, daß beide mit einfachen Parolen, daß beide mit Emotionen Politik zu machen versuchen [...]“.<sup>85</sup> Auf dem CDU-Bundesparteitag im September 1989 wurde der Beschluss des Präsidiums bestätigt. „Nur ein Delegierter meldete sich zum Radikalthema zu Wort. Er wies darauf hin, daß nicht alle Grünen radikal seien und daß man mit ihnen in manchen Bereichen politisch zusammenarbeiten könne. Der neu gewählte CDU-Generalsekretär Volker Rühle erwiderte: Die Entscheidung des Parteitags sei ein notwendiger Grundsatzbeschluss, bei dem nicht jeder einzelne Grüne vor Ort gemeint sei.“<sup>86</sup> In der Tat stand der Beschluss im Widerspruch zur politischen Praxis auf kommunaler Ebene, wo vereinzelt erste schwarz-grüne Bündnisse entstanden. Im nordrhein-westfälischen Hückeswagen hatten sich CDU und Grüne in der gemeinsamen Opposition kennen und schätzen gelernt, so dass es nach der Kommunalwahl im Oktober 1989 ausgemacht schien, dass dort mit Manfred Vesper der erste Christdemokrat mit den Stimmen der Grünen zum Bürgermeister gewählt werden sollte – im Gegenzug sollten die Grünen den Vorsitz im Umweltausschuss bekommen.<sup>87</sup> Durch Presseberichte auf den Fall aufmerksam geworden, eilte der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm in die oberbergische Kleinstadt, um die Zusammenarbeit zu verhindern und den Parteibeschluss, der Bündnisse mit den Grünen ausschloss, durchzusetzen. Manfred Vesper, der in den drei Vertretern der Grünen-Fraktion „vernünftige Leute“ und keine Extremisten sah, entschloss

83 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung der CDU, 4. Juli 1989.

84 Ronald Pofalla zitiert nach: NRW JU-Vorsitzender verteidigt Grüne gegen CDU-Kampagne, in: taz, 10. Juli 1989.

85 Friedrich Bohl zitiert nach Deutschlandfunk, 18. Juli 1989. Niederschrift in: Deutscher Bundestag, Pressedokumentation 035-0/33.

86 Die CDU und die Republikaner – Abgrenzungen nach rechts und links, dpa-Meldung, 13. September 1989.

87 Kommunalwahl NRW. CDU-Bürgermeister wahrscheinlich von Grünen mitgewählt, dpa-Meldung, 16. Oktober 1989.

sich daraufhin, von seinem Amt als CDU-Ortsvorsitzender zurückzutreten, sich aber dennoch von den Grünen als Bürgermeister wählen zu lassen: „Wir machen hier keine große Politik, sondern bauen Kanäle“.<sup>88</sup>

*Gewalt und Gewaltenteilung: Juristische Auseinandersetzungen*

Jenseits der politisch-analytischen Ebene zeichneten sich die Auseinandersetzungen der CDU mit den Grünen durch ihre Vielfältigkeit aus. Zum politischen Arsenal gehörten auch rechtliche und parlamentsorganisatorische Vorstöße, und dadurch unterschied sich dieses Vorgehen von der Linie gegenüber den anderen Bundestagsparteien. So sollte eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Paul Mikat und Wolfgang Schäuble prüfen, wie die Grünen von der bewussten Störung der Parlamentsarbeit abgehalten werden könnten.<sup>89</sup> Ausschlaggebend hierfür waren unter anderem anhaltende Störungen durch Abgeordnete der Grünen, die durch Zwischenrufe, Transparente und Gesangseinlagen während der Nachrüstungsdebatte den parlamentarischen Ablauf erheblich störten.<sup>90</sup>

Gerichtliche Schritte empfahl in einem anderen Zusammenhang der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Eberhard Walde, in einem Rundschreiben den Kreis- und Ortsverbänden seiner Partei, als Gegenwehr gegen die „Schmutz-Kampagne der CDU/CSU“.<sup>91</sup> Walde beklagte in diesem Schreiben, dass vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl im Januar 1987 eine Kampagne entwickelt worden sei, die vorsehe, die Grünen „aufs übelste zu verleumden und mit Dreck zu bewerfen“.<sup>92</sup> „Bei diesen Kampagnen“, so Walde weiter, „scheut die CDU/CSU keine Lügen, keine noch so bössartigen Unterstellungen oder Verdrehungen, keine noch so harte Verleumdung, um uns in der Öffentlichkeit zu diffamieren. [...] Die CDU will sich mit uns nicht auseinandersetzen. Sie will uns kaputt machen.“<sup>93</sup>

Mit dieser öffentlichen Empfehlung des Bundesgeschäftsführers der Grünen wurde ein weiterer Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU

---

88 Manfred Vesper zitiert nach Blüm interveniert gegen schwarz-grüne Kooperation, in: Süddeutsche Zeitung, 17. Oktober 1989.

89 Vgl. Union will die Grünen zur Ordnung zwingen, in: Bonner Rundschau, 2. Dezember 1983

90 Vgl. die Bundestagsdebatte zum Thema „Doppelbeschluss der NATO und der Stand der Genfer INF-Verhandlung“ vom 21. November 1983, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 126, S. 2321–2456. Zur Vorbereitung der Debatte innerhalb der Grünen-Fraktion vgl. die Klausursitzung der Fraktion am 16. sowie die Fraktionssondersitzung am 20. November 1983 in: Boyer/Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag, Dok. 53 und 54, S. 339–355.

91 Vgl. Eberhard Walde zitiert nach Grüne wollen Angriffe der CU/CSU noch schärfer kontern, dpa-Meldung, 4. August 1986.

92 Ebd.

93 Ebd.



und Grünen erreicht. Denn es war keine Seltenheit, dass die beiden Parteien politische Auseinandersetzungen oftmals juristisch ausfochten.<sup>94</sup> Das Neue daran war der gezielte Einsatz von Strafanzeigen als strategische Option der Auseinandersetzung. Dahinter stand auch die Überlegung, dass sich die Grünen auf eine „Materialschlacht“ mit der Union aufgrund der beschränkten Finanzmittel nicht einlassen konnten und wollten. Eine Strafanzeige dagegen, so Walde, verursache kaum Kosten und sei dank der Presseberichte trotzdem öffentlichkeitswirksam.<sup>95</sup>

Tatsächlich verschärfte die CDU/CSU im Laufe des Jahres 1986 den Ton gegenüber den Grünen. Die Veröffentlichung der Dokumentation „Die Kader der Grünen“ sollte den Bürgern das linksextremistische, verfassungsfeindliche und terroristische Umfeld der „Anti-Parteien-Partei“ bewusst machen.<sup>96</sup> Daneben häuften sich die Aussagen, die den Grünen vorwarfen, sich nicht eindeutig und glaubhaft von Gewalt zu distanzieren. Hintergrund dafür waren vor allem die oftmals gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Demonstranten und Polizisten, beispielsweise an der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf und dem Kernkraftwerk Brokdorf, bei denen, so Alfred Dregger, die demokratischen Spielregeln und bürgerlichen Umgangsformen außer Kraft gesetzt wurden. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag warnte: „Erstmals seit dem Ende der Hitler-Diktatur kommt die Bedrohung nicht von außen, sondern von innen“.<sup>97</sup> Überhaupt fragte man sich in der Union, ob die Grünen noch auf dem Boden des Grundgesetzes stünden<sup>98</sup> oder ob sie „Agenten der Sowjetunion“<sup>99</sup> seien. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zog Parallelen zwischen den Grünen und der Entwicklung der baskischen Eta, da er einen wachsenden gewalttätigen, militanten Flügel innerhalb der grün-alternativen Bewegung sah.<sup>100</sup>

Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion beschäftigte sich auch der Deutsche Bundestag mit dem Thema. In der Aktuellen Stunde am 4. Juli 1986 betreffend

---

94 Vgl. hierzu etwa: Grüne erstatten Anzeige gegen Todenhöfer. Streit eskaliert – CDU-Politiker gelassen, in: Bonner Rundschau, 30. Januar 1986; Unions-Politiker beschimpften Grüne. Rechtliche Schritte?, in: General-Anzeiger, 25. Februar 1986; Scharfe Kritik an Eugen Volz. Nannte der Staatssekretär die Grünen „Vereinigung von Mördern“?, in: Stuttgarter Zeitung, 13. August 1986; Anzeige gegen CSU-Politiker, in: Frankfurter Rundschau, 17. September 1986.

95 Vgl. ebd.

96 Vgl. Presseerklärung der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, 19. Juni 1986.

97 Alfred Dregger zitiert nach Rot-Grüne Bündnisse erinnern Dregger an Zeit brauner Machthaber, dpa-Meldung, 21. Mai 1986.

98 Stehen die Grünen noch auf dem Boden des Grundgesetzes?, in: Deutschland-Union-Dienst, 13. Juni 1986.

99 Alfred Dregger zitiert nach Dregger nennt Grüne Agenten der Sowjetunion, dpa-Meldung, 6. Juni 1986.

100 Vgl. „Wie die Eta in Spanien“. Scharfe Vorwürfe Stoltenbergs gegen die Grünen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 1986.

„Haltung der Bundesregierung zu den von den GRÜNEN auf ihrer Bundesversammlung beschlossenen Forderungen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit, des Rechts und der Wirtschaft“ entwickelte sich eine parlamentarische Debatte darüber, „was grüne Politik für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland bedeutet“.<sup>101</sup> CDU/CSU, FDP und auch die SPD nutzen die Debatte für eine heftige grundsätzliche Kritik gegenüber der Politik der Grünen. Die Frage nach der Haltung der Grünen zur Gewalt war dabei hinter vielen Vorwürfen durchzuhören.<sup>102</sup>

Die Vorwürfe, dass die Grünen ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt hätten, beschäftigten schließlich auch die Gerichte. Im Juli 1986 erstatteten die Grünen gegen den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, Bundesjustizminister Hans Engelhard, Otto Graf Lambsdorff (beide FDP)<sup>103</sup> und Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU)<sup>104</sup> Strafanzeige wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede. Diese hatten in Interviews und in der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag behauptet, dass grüne Delegierte bei der im Mai stattgefundenen Bundesdelegiertenkonferenz – so hießen die Parteitage der Grünen – gejubelt hätten, als die Nachricht von 132 verletzten Polizisten aus Wackersdorf eintraf.<sup>105</sup> Auch die CDU musste sich vor dem Bonner Landgericht verantworten, da sie die Vorwürfe in ihrer Wahlkampfzeitung „CDU-Extra“ wiederaufgenommen hatte.<sup>106</sup> Im Dezember 1986 entschied das Gericht zugunsten der CDU, untersagte ihr aber u. a. die Behauptung, die Grünen wür-

---

101 Redebeitrag von Rudolf Seiters zur Aktuellen Stunde betreffend „Haltung der Bundesregierung zu den von den GRÜNEN auf ihrer Bundesversammlung beschlossenen Forderungen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit, des Rechts und der Wirtschaft“ am 4. Juli 1986, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 138, S. 16813f., hier S. 16813.

102 Hauptvorwürfe an die Grünen waren der geplante Austritt aus der NATO, Auflösung der Bundeswehr, Entwaffnung der Polizei, Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz, sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke, wirtschaftliche Schwächung zum Zwecke der Systemveränderung, Befürwortung sowie Unterstützung von Gewaltaktionen gegen den Staat, Streichung des „Abtreibungsparagrafen“ 218. Zur Aktuellen Stunde vgl. ebd., S. 16813–16828.

103 Vgl. Strafanzeige der Grünen gegen Strauß, Engelhard und Lambsdorff, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Juli 1986.

104 Vgl. Grüne zeigen Kiechle an, in: Stuttgarter Zeitung, 26. Juli 1986.

105 Vgl. Anm. 94. Die der DKP nahestehende Zeitung „Unsere Zeit“ berichtete, der von dpa geschilderte und so erst bekannt gewordene Sachverhalt sei „absolut unbewiesen und von anderen vor Ort befindlichen Presseorganen (wie der UZ) auch nicht wahrgenommen und auch vom Urheber später nie wieder behauptet worden“. Grüne wehren sich gegen CDU-Hetzkampagne. Reaktionäre Stimmungsmache gegen angebliche Gewalttätigkeiten soll Wahlkampfthema werden, in: Unsere Zeit, 14. August 1986. Die dpa-Meldung konnte nicht ermittelt werden.

106 Vgl. Grüne erfolgreich gegen CDU-Vorstand, in: General-Anzeiger, 4. Oktober 1986.

den sich mit Molotow-Cocktail werfenden Politchaoten verbünden – dafür fehlten die Beweise.<sup>107</sup>

### *Annäherung auf kommunaler Ebene*

Trotz aller Ablehnung und Bekämpfung finden sich auch Beispiele für schwarz-grüne Zusammenarbeit. Ende der 1980er Jahre konstatierte die „Wirtschaftswoche“: „Zwar werden aus schwarz-grüner Sympathie nur selten feste Bindungen, aber häufig wilde Ehen: Aktionsgemeinschaften in einzelnen kommunalpolitischen Fragen“.<sup>108</sup> Die vermutlich erste Zusammenarbeit dieser Farbgebung auf kommunaler Ebene gab es im September 1984 im rheinland-pfälzischen Boppard.<sup>109</sup> Dort konnte der CDU-Politiker Jürgen Mohr durch die Stimmenenthaltung der Grünen zum Ortsvorsteher gewählt werden. Sein zweiter Stellvertreter wurde, dank Unterstützung der CDU, ein Grünen-Politiker.<sup>110</sup> Danach häuften sich „die Fälle schwarz-grüner Bündnisse zur Verhinderung sozialdemokratischer Bürgermeister, Ortsvorsteher oder hoher kommunaler Beamte[r]“.<sup>111</sup>

Wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen solcher Bündnisse war, dass der Kooperation häufig eine langjährige SPD-Vorherrschaft vorausging und dass CDU und Grüne bereits vorher, sei es während der gemeinsamen Opposition oder auch durch das Aufeinandertreffen und Zusammenleben im Alltag, gute persönliche Kontakte und Vertrauen hergestellt hatten.<sup>112</sup> Im rheinischen Städtchen Monheim warb die CDU offensiv für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit. Da man sich kannte, hatte man „keine Berührungsängste“. Die zumeist sehr jungen Kandidaten der Grünen kamen, wie der Monheimer CDU-Politiker Lothar Schaub bemerkte, „fast alle aus bekannten und seriösen Monheimer Elternhäusern“ – darunter Söhne und Töchter von FDP- und CDU-

107 Vgl. CDU: Gericht läßt Gewalt-Aussage über Grüne zu, dpa-Meldung, 1. Dezember 1986 sowie CDU gewinnt Rechtsstreit gegen DIE GRÜNEN, in: Deutschland-Union-Dienst, 4. Dezember 1986.

108 Harald Schumacher: Schwarz mit grün, in: Wirtschaftswoche, 11. August 1989.

109 Jürgen Hoffmann gibt in seiner Studie „Schwarz-grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik“ eine detaillierte Beispielübersicht für kommunale Zusammenarbeit zwischen CDU und Grünen. Vgl. ebd., S. 58–66.

110 Vgl. Beispiel Boppard: Wie schwarz-grüne Bündnisse funktionieren, in: PPP, 12. September 1984. – Wolter von Tiesenhausen, Sprecher der CDU, bestritt in einer Pressemitteilung, dass es in Boppard zu einer Zusammenarbeit von CDU und Grünen gekommen sei. Sein Versuch, das Wahlergebnis des CDU-Ortsvorstehers auch ohne die Stimmen der Grünen zu erklären, ist allerdings falsch. Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung, 13. September 1984 sowie Wolter von Tiesenhausen, in: PPP, 13. September 1984.

111 In Rheinland-Pfalz häufen sich die schwarz-grünen Bündnisse, in: PPP, 14. September 1984.

112 Vgl. auch Hoffmann: Schwarz-Grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik, S. 7–9.

Ratsmitgliedern.<sup>113</sup> Darüber hinaus entstanden vereinzelt schwarz-grüne Kooperationen, wo man in Sachfragen gemeinsame Ziele verfolgte: etwa im hessischen Mörfelden-Walldorf, dem Zentrum der Proteste gegen die Startbahn-West des Frankfurter Flughafens, oder in Mainhausen, dem Standort einer Sondermülldeponie.<sup>114</sup>

Hatte die CDU im hessischen Wahlkampf noch vor dem „rot-grünen Chaos“ gewarnt, hoffte nun spöttisch die SPD, dass in den Kommunen nicht das schwarz-grüne Chaos ausbreche.<sup>115</sup> Die SPD bewertete diese Bündnisse kritisch und warf der CDU Wortbruch und Machtstreben vor.<sup>116</sup> Die Rolle der Grünen als „Zünglein an der Waage“ beurteilte man dagegen positiv: „Den Grünen hingegen kann man das Kompliment nicht verweigern, daß sie – wie zuvor häufig die F.D.P. – ihre Position [...] erkannt und ohne langes Zögern in Personalmacht umgesetzt haben“.<sup>117</sup>

Auf Landesebene waren dagegen schwarz-grüne Bündnisse für beide Seiten noch völlig ausgeschlossen. Allein der baden-württembergische Landesverband der Grünen ist hier eine Ausnahme, in dem „Profis im Wartestand“<sup>118</sup> wie Wolf-Dieter Hasenclever, Winfried Kretschmann und Fritz Kuhn das Bild der Fraktion prägten. Schon 1984 hielt es der grüne Landtagsabgeordnete Rezzo Schlauch für vorstellbar, bei der nächsten Landtagswahl 1988 mit der CDU zusammenzuarbeiten.<sup>119</sup> Im Vorfeld der Landtagswahl 1988 wiederholte Kuhn diese Überlegung, sollte die CDU unter Lothar Späth die absolute Mehrheit verpassen.<sup>120</sup> Wie er in einem Interview mit der „tageszeitung“ deutlich machte, hoffte Kuhn, ein solches Angebot werde die innerparteiliche Diskussion in der CDU begünstigen und spaltende Tendenzen sichtbar machen.<sup>121</sup>

113 Lothar Schaub zitiert nach Johannes Nitschmann: „Fast alle kommen aus seriösen Verhältnissen“, in: Stuttgarter Zeitung, 8. September 1984.

114 Vgl. Joachim Neander: Im Umweltstreit von Mainhausen setzten die Grünen auf die CDU, in: Die Welt, 9. April 1985.

115 Vgl. Wenzel Pleil: Das erste schwarz-grüne Bündnis in Hessen, in: Frankfurter Rundschau, 28. März 1985.

116 Vgl. Schwarz-Grüne Bündnisse, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 24. September 1984.

117 Ebd.

118 So die Kapitelüberschrift über den Landesverband Baden-Württemberg bei Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln 1993, S. 249.

119 Vgl. Bündnis mit CDU? Streit bei den Grünen, in: Die Welt, 28. Dezember 1984. Zum Verhältnis von CDU und Grünen in Baden-Württemberg in den 1990er Jahren vgl. die Ausführungen von Rezzo Schlauch: Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler. Zum Verhältnis von Schwarz und Grün in Baden-Württemberg, in: Kronenberg/Weckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün, S. 65–71.

120 Vgl. Kuhn bietet Späth die Hilfe der Grünen an, in: Stuttgarter Zeitung, 28. August 1987.

121 Vgl. Interview von Max Thomas Mehr mit Fritz Kuhn: „Wechselnde Mehrheiten, auch mit der CDU“, in: taz, 29. August 1987.

Schwarz-grüne Bündnisse und selbst die Zusammenarbeit in vereinzelt Fragen waren trotz der ersten Annäherungen auf kommunaler Ebene noch keine Selbstverständlichkeit. Wie schädigend sich schon vorsichtig geäußerte Überlegungen über eine schwarz-grüne Zusammenarbeit auswirken konnten, musste im Frühjahr 1987 Christa Thoben erfahren, stellvertretende Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU und Mitglied des Bundesvorstands.<sup>122</sup> Wenige Tage vor der Neuwahl des Vorstands der CDU-Landtagsfraktion, in der sie gegen Bernhard Worms, den amtierenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag, antrat, gab Thoben der „Welt“ ein Interview. Auf die Frage, ob Thoben sich eine mittel- oder langfristige Zusammenarbeit mit den Grünen vorstellen könne, antwortete sie: „Wenn sie sich zu einem realpolitischen Kurs hin entwickeln und ihr Verhältnis zur Gewalt eindeutig klären, würde ich diese [eine Zusammenarbeit] nicht ausschließen. Aber ich sehe eine solche Entwicklung nicht.“<sup>123</sup>

Der nordrhein-westfälische Landesverband der Grünen reagierte mit Ironie. Man sei gerührt und glücklich, „erst Biedenkopf, jetzt Thoben“. Allerdings müsse sich in der CDU der eher realpolitische Flügel durchsetzen und die Christdemokraten müssten ihr Verhältnis zur Gewalt klären. Die Erklärung endete mit dem Satz: „Leider sehen wir eine solche Entwicklung nicht“.<sup>124</sup>

Drastischer und für Thoben überraschend fiel die Reaktion in der eigenen Partei aus. Schon vor der Veröffentlichung des Interviews versuchte Heiner Geißler mit einer eigenen Stellungnahme Thobens Aussagen zu relativieren. Er betonte, dass es keinerlei Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit den Grünen gebe, und schob die die Parteien trennenden Merkmale nach, die Christa Thoben in dieser Deutlichkeit nicht erwähnte: Mit einer Partei, die aus der NATO austreten wolle, Gewalt verharmlose, für die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 sei, die Exportindustrie benachteilige und aus der Kernenergie aussteigen wolle, gebe es keine inhaltliche Übereinstimmung. Bemüht um Schadensbegrenzung nannte der CDU-Generalsekretär Thobens Äußerungen „mißverständlich“.<sup>125</sup> Auch Bundeskanzler Helmut Kohl meldete sich zu Wort und ließ verlauten, er habe den Unsinn satt, der immer wieder aus Düsseldorf in die Partei getragen werde,<sup>126</sup> womit er auf die in der Union eben-

122 Ausführlich zum „Fall Thoben“ vgl. Guido Hitz: *Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995. Teil II: 1985–1990* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 45). Düsseldorf 2010, S. 457–487.

123 Christa Thoben zitiert nach „Schwarz-Grün“ ist nicht ausgeschlossen, in: *Die Welt*, 13. Februar 1987.

124 Über Thoben-Äußerung „gerührt und glücklich“, in: *Westfälische Rundschau*, 14. Februar 1987.

125 Vgl. Geißler sieht keine Möglichkeit für Zusammenarbeit mit Grünen, dpa-Meldung, 12. Februar 1987.

126 Vgl. Lothar Bewerunge: Nach der Aufregung ein Rückzug, in: *FAZ*, 14. Februar 1987.

falls umstrittenen Äußerungen Biedenkopfs anspielte, der sich im November 1986 ähnlich geäußert hatte und den Grünen attestierte, richtige Fragen gestellt zu haben.<sup>127</sup> Dass auch Biedenkopf, der Thoben bei der Kandidatur für den Fraktionsvorsitz im Landtag als „Kandidatin der Erneuerung“ unterstützte, ihr nun nicht weiter half, mag deshalb überraschen.<sup>128</sup> Ausschlaggebend aber war – neben der heftigen Kritik an Thoben, die ebenfalls von der CSU und der nordrhein-westfälischen Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion geäußert wurde<sup>129</sup> – die im April anstehende Landtagswahl in Hessen<sup>130</sup>. Dort konzentrierte sich der Wahlkampf der CDU auf das gescheiterte erste rot-grüne Bündnis auf Länderebene. Auf den Wahlplakaten der CDU warnte man vor dem „rot-grünen Chaos“. Angesichts der Hoffnungen, die Thoben nun auf den realpolitischen Flügel der Grünen richtete, der in Hessen selbst der linken SPD das Regieren unmöglich gemacht hatte, fragte man sich nun in der CDU, wie glaubwürdig die diesen Wahlkampf noch führen könne.<sup>131</sup>

Die so in die Schusslinie geratene Christa Thoben fühlte sich von der Presse missverständlich wiedergegeben. Doch ihr Versuch, eine Veröffentlichung des Interviews unter Androhung rechtlicher Schritte zu verhindern, scheiterte. Die „Welt“ konnte bei ihrer Darstellung der Äußerungen bleiben, da das Interview nicht nur auf Tonband festgehalten, sondern auch von Thoben selbst freigegeben worden war.<sup>132</sup>

Schon vor der Veröffentlichung des Interviews waren Thoben nur Außenseiterchancen bei der Kampfkandidatur gegen Worms eingeräumt worden, so dass es rückblickend schwierig ist, eine Kausalität zwischen ihren Äußerungen über eine mögliche Zusammenarbeit mit den Grünen – die sie, als sich die

127 Vgl. Interview von Dirk Cornelsen mit Kurt Biedenkopf: Die Fragen, die sie stellen, sind richtig, die Antworten unrealistisch, in: Frankfurter Rundschau, 26. November 1986.

128 „Eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der Grünen Partei kommt für die CDU nicht in Frage. Dies ist die einmütige Auffassung des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen“. Kurt Biedenkopf zitiert nach Lothar Bewerunge: Nach der Aufregung ein Rückzug, in: FAZ, 14. Februar 1987.

129 Vgl. Reinhold Michels: Wirbel um Thoben-Äußerung zu den Grünen, in: Rheinische Post, 13. Februar 1987, sowie den Kommentar von Gerlind Schaidt: CDU und die Grünen?, in: Bonner Rundschau, 13. Februar 1987, in dem es heißt: „Aufrechte, bodenständige Christdemokraten mögen gestern die Welt nicht mehr so recht verstanden haben. [...] Eines hat Frau Thoben deutlich gemacht: Ihr fehlt es ganz offensichtlich noch an politischer Erfahrung, um in ein so wichtiges Amt wie das des Fraktionschefs im bevölkerungsreichsten Bundesland gewählt zu werden. Die CDU-Politikerin muß noch viel lernen. Es bleibt abzuwarten, ob die Partei ihr diese Chance geben wird.“

130 Vgl. Heinz Verfürth: Ablehnung der Grünen mit Hessen begründet, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 13. Februar 1987.

131 Vgl. Gunter Hofmann: Denzettel für Denker. Mit ihrer Angst vor grünen Themen schadet sich die Union selbst, in: Die Zeit, 20. Februar 1987.

132 Vgl. Peter Gillies: Schwäche eines Verbandes, in: Die Welt, 17. Februar 1987, sowie Heinz Verfürth: Ablehnung der Grünen mit Hessen begründet, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 13. Februar 1987.

Veröffentlichung nicht verhindern ließ, wieder zurücknahm und präzierte – und ihrer darauf folgenden Wahniederlage festzustellen. Schaut man sich die Berichterstattung in der Presse dazu an, wird jedoch deutlich, dass der dann doch überraschend klare Wahlerfolg von Worms, dem man schließlich ankreidete, der „Vater des nordrhein-westfälischen Wahldebakels von 1985“ zu sein, eng mit dem umstrittenen Interview zusammenhing.<sup>133</sup> Pressebeobachter fragten sich allerdings auch, warum gerade Thobens Äußerungen über die Grünen so viel Widerspruch und Aufregung erzeugten, während ähnliche und „schlimmere“ Äußerungen relativ unkommentiert blieben. Sie vermuteten als wahren Grund für die Empörung einen Machtkampf im CDU-Landesverband – zwischen dem Kohl nahe stehenden Worms und Thoben aus dem Kreis um Biedenkopf.<sup>134</sup>

### *Zwei Parteien auf dem Weg zu normalen Beziehungen*

Bei der Landtagswahl in Hessen im April 1987 konnten die Grünen ihr Wahlergebnis stark verbessern und erreichten 9,4 Prozent der Stimmen. Dass es für die Grünen trotzdem nicht zu einer erneuten Regierungsbeteiligung reichte, lag an den Sozialdemokraten, die mit Stimmverlusten nur zweitstärkste Kraft hinter der CDU wurden. Während Joschka Fischer nach der Wahl noch dafür warb, „die Frage nach einer linken Mehrheit nicht aus den Augen zu verlieren“,<sup>135</sup> äußerten andere Grünen-Politiker wie Winfried Kretschmann ihre Bedenken, ob die alleinige Ausrichtung auf die SPD auf Dauer die Existenz einer kleinen Partei sichern könne. Man müsse nach allen Seiten offen sein, auch für die CDU.<sup>136</sup> Das Wahlergebnis verdeutlichte, dass SPD und Grüne sich gegenseitig linke Wähler streitig machten. Für die Umsetzung grüner Politik, und dafür setzten grüne Realo-Politiker auf Regierungshandeln, müssten zusätzliche Stimmen nicht vom linken Rand, sondern in der Mitte erworben werden.<sup>137</sup>

Die Fixierung auf die SPD, so meinte auch der Vorstandssprecher der Grünen, Lukas Beckmann, führe in eine Sackgasse: „Es muß zu einem integrierten Bestandteil unserer Strategie werden, auf allen Ebenen der Politik Tolerierungs- und Koalitionsgespräche mit der CDU nicht auszuschließen. Mit der

133 Vgl. Das grüne Tabu in der CDU, in: Süddeutsche Zeitung, 16. Februar 1987 sowie Werner A. Perger: Wer unverkrampft über die Grünen redet, ist in der CDU untendurch, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 22. Februar 1987.

134 Vgl. ebd. sowie Gunter Hofmann: Denktzettel für Denker. Mit ihrer Angst vor grünen Themen schadet sich die Union selbst, in: Die Zeit, 20. Februar 1987, sowie Hitzte: Verlorene Jahre?, S. 457–487.

135 Joschka Fischer zitiert nach Lange Durststrecke im Blick, in: taz, 7. April 1987.

136 Vgl. Harald Günter: Der grüne Ministerialrat, der sich die CDU als Partner vorstellen kann, in: Die Welt, 9. April 1987.

137 Vgl. Hessens Grüne wollen um CDU-Wähler werben, in: Die Welt, 27. April 1987.

heutigen CDU ist dies nicht möglich. Wir müssen in den nächsten Jahren gezielt daran arbeiten, in der CDU die Voraussetzungen für solche Gespräche zu schaffen“.<sup>138</sup> Zwar hätten die Grünen eine linke Tradition, sie seien aber eine „im Kern wertkonservative“ und keine linke Partei. Auch aufgrund seiner geäußerten Hoffnung, die konsequente Hinwendung zum „C“ der CDU werde notwendigerweise zu deren Spaltung führen, erntete er heftigen Widerspruch.<sup>139</sup> Die CDU attestierte Beckmann „Realitätsferne und politische Verworrenheit“.<sup>140</sup> Sein Parteifreund Thomas Ebermann reagierte mit einem offenen Brief: „Lieber Lukas, ich bin sehr verärgert über Dich. Da arbeiten ich und einige Freunde seit mehreren Jahren an der Spaltung der CDU. Wie ich Dir kürzlich vertraulich mitteilte, standen wir kurz vor dem ersehnten Erfolg. Mit Biedenkopf war absolutes Stillschweigen vereinbart, weil Blüm und Süßmuth noch schwankten. Die beiden sind – wie Du weißt – wichtig, denn ohne sie kriegen wir die CDU-Arbeiter und die CDU-Frauen nicht zu uns rübergezogen. Mit deinem Vorpreschen hast Du uns um Monate, wenn nicht um Jahre, zurückgeworfen“.<sup>141</sup>

Vorstöße, wie die von Kretschmann oder Beckmann, waren für die meisten Grünen und ihre Wähler noch tabu. Doch immer mehr von ihnen wollten eine Zusammenarbeit mit der CDU – in ferner Zukunft – nicht völlig ausschließen. Den „Fundis“ zugehörige Politiker, wie die Mitglieder des Bundesvorstands Jutta Ditfurth oder Rainer Trampert, sprachen sich zwar gegen eine Öffnung zur CDU aus, sahen jedoch die Notwendigkeit, sich zumindest den konservativ-liberalen Wählern zuzuwenden und ihnen Angebote zu machen.<sup>142</sup>

### *Zwischen Annäherung und Abgrenzung – Fazit*

Mit den Grünen betrat in den 1980er Jahren ein neuer Akteur die politische Bühne der Bundesrepublik. Hervorgegangen aus den Neuen Sozialen Bewegungen, brachten sie eine Vielzahl an bisher wenig beachteten Themen auf die Agenda der Bonner Politik: die Rechte von Frauen und Homosexuellen, den Umweltschutz, den Protest gegen die Atomkraft und die Forderung nach Abrüstung. Dass dabei zuweilen die Legitimität mehrheitsdemokratisch gefasster Beschlüsse infrage gestellt, der parlamentarische Ablauf gestört und öffentli-

---

138 Lukas Beckmann zitiert nach Die Grünen entdecken die CDU, in: FAZ, 23. April 1987.

139 Vgl. Matthias Geis: Grünes Liebäugeln mit dem „C“ der CDU, in: taz, 23. April 1987. Zitat ebd.

140 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Pressemitteilung, 22. April 1987.

141 Die Grünen im Bundestag (Hg.): Pressemitteilung Nr. 288/87, 22. April 1987.

142 Vgl. Partei der Grünen soll auch für CDU-Anhänger wählbar werden, dpa-Meldung, 1. Mai 1987; Hessens Grüne wollen um CDU-Wähler werben, in: Die Welt, 27. April 1987; Grüne finden Gemeinsamkeiten mit der CDU, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 1987; Die Grünen im Bundestag (Hg.): Pressemitteilung Nr. 295/87, 24. April 1987.



cher Protest organisiert wurde – bei denen es nicht selten zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei (als Vertreter der Staatsgewalt) kam –, rührt aus dieser Herkunft und beibehaltenen Rückbindung.

Daneben zog mit den Grünen auch ein neues Politikverständnis in die Parlamente ein. Die im Januar 1983 in den Sindelfinger Beschlüssen festgehaltenen Grundsätze grüner Politik – wie Basisdemokratie, Rotation und Diätenregelung – unterschieden sich erheblich von denen der etablierten Parteien. Darin manifestierte sich auch ein moralisches Überlegenheitsgefühl gegenüber den „Altparteien“, immer „zwischen Moral und Macht zu entscheiden“.<sup>143</sup>

Die Haltung der CDU gegenüber den Grünen war zunächst von strategischen Überlegungen geprägt. Deutlich wird dies vor allem in Zusammenhang mit dem Regierungswechsel 1982, in dessen Folge die Grünen von einem möglichen Instrument gegen sozial-liberale Koalitionen zu einer potentiellen Gefahr für die neue christlich-liberale Koalition wurden, jedenfalls in der Sicht der Union. Eine Rolle dabei spielte auch die Tatsache, dass konservative Vertreter bei den Grünen, wie der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, die Partei verließen und sich die Linken immer mehr durchsetzen konnten.<sup>144</sup>

Angesichts dieser Entwicklung und der dauerhaften Etablierung der Grünen als vierter Kraft im Parteienspektrum der Bundesrepublik änderte sich der Umgang untereinander. In den Parlamenten trafen plötzlich Politiker aufeinander, die in sozialer, kultureller und politisch-ideologischer Hinsicht grundsätzlich andere Standpunkte vertraten und dennoch miteinander bzw. gegeneinander arbeiten sollten – aber eben doch miteinander umgehen mussten.<sup>145</sup> Daneben sorgte besonders das ungeklärte Verhältnis der Grünen zur Gewaltfrage und zur repräsentativen Demokratie für scharfe Abgrenzung. Dabei zielte die Auseinandersetzung der CDU mit den Grünen immer auch auf die Sozialdemokraten ab. Indem man den Grünen Linksradikalismus, Verfassungsfeindlichkeit, faschistische Tendenzen usw. nachsagte, versuchte man die SPD von möglichen Bündnissen mit den Grünen abzuhalten und keine linken Mehrheiten entstehen zu lassen.

143 Petra Kelly in ihrer Stellungnahme zum ersten Rechenschaftsbericht der Fraktion vom März 1984, in: Boyer/Heidemeyer (Bearb.): Die Grünen im Bundestag, Dok. 70, S. 444.

144 Über den Einfluss der Neuen Linken bei den Grünen vgl. Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 278–287.

145 Zur Integrationskraft parlamentarischer Arbeit in Bezug auf systemkritische Parteien, freilich in einem anderen Zusammenhang, vgl. Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 135), Düsseldorf 2012, S. 470–485.

Gleichsam im toten Winkel der ideologischen Auseinandersetzung entstanden seit 1984 schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene. Hier blieben zum einen die trennenden Themen ausgespart, die auf Bundes- und Landesebene eine Zusammenarbeit unmöglich machten. Zum anderen erleichterte oftmals „die jahrelange gemeinsame Frontstellung gegenüber den regierenden Sozialdemokraten [...] die schwarz-grüne Annäherung in personellen und inhaltlichen Fragen“.<sup>146</sup> Dabei darf die Rolle des persönlichen Umgangs von CDU- und Grünen-Politikern auf kommunaler Ebene nicht unterschätzt werden. Schließlich kannten sie einander nicht erst durch die parlamentarische Arbeit, sondern schon aus dem örtlichen sozialen Leben: aus Nachbarschaft und Schule, aus der Kirchengemeinde, dem Schützenverein oder dem Fußballclub.

Das Jahr 1987 steht insofern für den Beginn einer Normalisierung des Verhältnisses von CDU und Grünen, als sich die Grünen immer weiter „von der ‚Anti-Parteien-Partei‘ zur ökologischen Reformpartei“<sup>147</sup> wandelten. Der Konflikt zwischen „Realos“ und „Fundis“ beherrschte zwar noch das öffentliche Bild der grünen Partei, allerdings verschob sich im Laufe der 1980er Jahre das Gewicht zugunsten der „Realos.“ Dementsprechend änderte sich auch das Politikverständnis der Grünen, die „einen Anpassungsprozess von der Fundamentalopposition zur konstruktiven Kraft durchliefen“.<sup>148</sup>

Bei der Bestätigung des CDU-Präsidiumsbeschlusses zur Zusammenarbeit mit rechts- und linksradikalen Parteien im Oktober 1992 fehlten bezeichnenderweise die Grünen in der Liste der Parteien, mit denen eine Zusammenarbeit ausgeschlossen war.<sup>149</sup> Und 1994, als auch die Grünen wieder im Deutschen Bundestag vertreten waren, wurde Antje Vollmer zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählt, mit Unterstützung der Unionsparteien.<sup>150</sup> Die Grünen hatten dieses Amt bereits 1983 und 1987 für sich gefordert. Dabei waren sie auch von

---

146 Jürgen Hoffmann: Schwarz-grün in den Gemeinden. In mehr als dreißig Kommunen haben sich ungleiche Partner zusammengefunden, in: *Die Politische Meinung* 42 (1997) 330, S. 56–64, hier S. 59.

147 Silke Mende: Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur „ökologischen Reformpartei“. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 273–315.

148 Helge Heidemeyer: (Grüne) Bewegung im Parlament. Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag und die Veränderungen in Partei und Parlament, in: *Historische Zeitschrift* 291 (2010), S. 71–102, Zitat S. 101f.

149 Vgl. Ralf Grünke: *Geheiligte Mittel?*, S. 104f.

150 Die Unterstützung der Wahl Antje Vollmers zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages ging auf eine Empfehlung Wolfgang Schäubles an die CDU/CSU-Fraktion zurück. Vgl. Schäubles Interview „Alles reiner Unfug“, in: *Der Spiegel*, 21. November 1994, sowie Gunter Hofmann: Der Tabu-Strip, in: *Die Zeit*, 9. Dezember 1994. Für die Einschätzung Helmut Kohls, der darin keine Veränderung in der Haltung zu den Grünen begründet sah, vgl. dessen Bericht zur Lage vom 3./4. Februar 1995, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Bearb.): *Helmut Kohl. Berichte zur Lage 1989–1998*. Der Kanz-

prominenten Abgeordneten aus Reihen der Regierungskoalition unterstützt worden. Doch erst im 13. Deutschen Bundestag gelang ihnen dieser Prestigegewinn. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse wollte die Union mit der Wahl eines grünen anstelle eines zweiten sozialdemokratischen Vizepräsidenten auch einen Keil in die Oppositionsreihen treiben.<sup>151</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung hingegen symbolisierte Vollmers Wahl zur Vizepräsidentin des Parlaments das neue Verhältnis der einstigen Gegner.

---

ler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64). Düsseldorf 2012, S. 638f.

151 Vgl. Susanne Düwel: Techtelmechtel unter Gegnern, in: Stern, 17. November 1994.

# Ökologie in der DDR Staatlicher Umweltschutz in der Ära Honecker\*

Andreas Thüsing

Die 1989 unter dem Protest ihrer eigenen Bürger zusammengebrochene DDR genoss bereits in der Zeit ihres Bestehens den Ruf, einer der schlimmsten Umweltverschmutzer in Europa zu sein. Vor allem aus den 1970er und 1980er Jahren stammende Bilder vergifteter Gewässer, durch Tagebau devastierter Landschaften und riesiger Kaliabraumhalden sind bis heute gegenwärtig und bestimmen die Vorstellung von Ökologie im Arbeiter- und Bauern-Staat. Das sächsische Mölbis galt als das „dreckigste Dorf Europas“.<sup>1</sup> Südlich von Leipzig in unmittelbarer Nähe zu Espenhain gelegen, wurde es vom dortigen Braunkohlenveredelungswerk permanent in Rauch und Ruß gehüllt. Vor allem die Schwelgase führten dazu, dass die Bäume teilweise schon im Sommer ihr Laub verloren. Die dafür verantwortlichen Schwelöfen wurden erst im September 1990 endgültig stillgelegt.<sup>2</sup> Der Name Bitterfeld, gleichgesetzt mit der Chemischen Industrie der DDR, galt auch im Westen geradezu als Synonym für Umweltverschmutzung und -zerstörung.<sup>3</sup>

Republikweit empfand die Bevölkerung die extreme Luftverschmutzung als das gravierendste Umweltproblem. Die allgemein hohen Emissionen hatten ihre Ursache ganz wesentlich im extensiven Einsatz von Braunkohle sowohl für den Hausbrand als auch im industriellen Bereich, insbesondere zur Verstromung.<sup>4</sup> In Espenhain wie in anderen braunkohleverarbeitenden Anlagen wurde

---

\* Vgl. zum Folgenden allgemein auch Andreas Thüsing: Ökologie im Sozialismus. Staatlicher Umweltschutz in der DDR, in: Ronald Lambrecht/Ulf Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschung“. Aufsätze für Ulrich von Hehl zum 65. Geburtstag. Leipzig u. a. 2012, S. 381–399.

1 Nina Grunenberg: Ein 68er in der DDR, in: Die Zeit, 30. August 1996 ([http://www.zeit.de/1996/36/Ein\\_68er\\_der\\_DDR](http://www.zeit.de/1996/36/Ein_68er_der_DDR), Abruf: 18. Oktober 2012); zitiert nach <http://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%B6lbis> (Abruf: 18. Oktober 2012). In Mölbis lag die Lebenserwartung 1990 um sechs bis sieben Jahre unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt; vgl. Pilotprojekt für die Umwelt, in: Leipziger Tageblatt, 31. Januar 1991.

2 Ein trauriger Ruhm für Espenhain, in: Die Union, 1. September 1990.

3 Vgl. auch Simone Barck: Die Chiffre „Bitterfeld“. Eine kulturhistorische Annäherung im Dreierschritt, in: Dagmar Kift (Hg.): Arbeit, Kultur, Identität. Zur Transformation von Arbeitslandschaften in der Literatur. Tagungsband zum Symposium des Fritz-Hüser-Instituts und des LWL-Industriemuseums 23.–25. März 2006. Essen 2007, S. 135–154. Zur Gleichsetzung Bitterfelds mit der Chemischen Industrie der DDR Silke Fengler: Forschung und Entwicklung im „Skandal-Kombinat der DDR-Chemie“. Die Filmfabrik Wolfen, in: Technikgeschichte 79 (2012), S. 29–44.

4 ZK-Abt. Grundstoffindustrie, Informationen für das Politbüro des Zentralkomitees betr. Informationen über den Stand und die Entwicklung des Umweltschutzes in der DDR, 5. April 1972, in: Bundesarchiv (BArch) DK 5/1831, unpag.: „Die energetische Basis der DDR ist im wesentlichen die Braunkohle. Daraus resultiert eine hohe Inanspruchnahme

der Betrieb seit den späten 1950er Jahren auf Verschleiß der eingesetzten Maschinen gefahren, weil man vom unmittelbar bevorstehenden Wechsel auf Erdölnutzung ausging. Nachdem diese Erwartungen in der Ölkrise des Herbstes 1973 ihr Ende fanden, wurden die Anlagen weiterhin ohne jede Rücksicht auf die damit verbundenen Umweltbelastungen betrieben.<sup>5</sup>

Der Einsatz von Kernenergie unter Nutzung permanent veralteter und entsprechend risikobehafteter sowjetischer Technologie konnte mit einem maximalen Anteil von ca. zehn Prozent am gesamten Stromverbrauch die Abhängigkeit von der Braunkohle nie entscheidend verringern.<sup>6</sup> Der Einsatz erneuerbarer Energien kam im Wesentlichen über Vorüberlegungen nicht hinaus.<sup>7</sup> Die Stromknappheit blieb Zeit ihres Bestehens ein erhebliches Problem für die DDR.<sup>8</sup>

Zu diesen hausgemachten Problemen traten Umweltbelastungen aus den umliegenden sozialistischen Bruderstaaten (die auch von bundesdeutschem Gebiet erfolgten Luftemissionen können in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden). Die Elbe als größter Fluss der DDR kam bei Děčín (Tetschen) bereits hochgradig vor allem mit Zyanid vergiftet aus der ČSSR.<sup>9</sup> Die Belastung der Luft von tschechoslowakischer Seite war derart hoch, dass seit den späten 1970er Jahren die Waldarbeiter im Süden der DDR, insbesondere im Erzgebirge, einen auch von den deutschen Behörden so bezeichneten „Giftzu-

---

land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen für den Tagebaubetrieb, eine hohe Belastung der Atmosphäre durch Staub und Schwefeldioxid. Zugleich ist ein erheblicher Ascheanfall zu verzeichnen.“

- 5 Zur Ölkrise vgl. nicht nur aus bundesdeutscher Sicht zuletzt Tim Schanetzky: Ölpreisschock 1973. Wendepunkt des wirtschaftspolitischen Denkens, in: Andreas Rödder (Hg.): Deutschland in der Welt. Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2010, S. 67–81; allgemein Jens Hohensee: Böswillige Erpressung oder bewußte Energiepolitik? Der Einsatz der Ölwanne 1973/74 aus arabischer Sicht, in: Ders. (Hg.): Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945. Stuttgart 1993, S. 153–176. Zu Erdöl- und -gasvorkommen auf dem Gebiet der DDR vgl., Wolfgang Rost/Olaf Hartmann: Erdöl und Erdgas in Ostdeutschland (1945 bis 1990), in: Olaf Hartmann u. a. (Hg.): Zur Geschichte der Geowissenschaften in der DDR (Schriftenreihe für Geowissenschaften 16). Ostklüne 2007, S. 255–267.
- 6 Wolfgang D. Müller: Geschichte der Kernenergie der Bundesrepublik Deutschland. 3: Geschichte der Kernenergie in der DDR. Kernforschung und Kerntechnik im Schatten des Sozialismus. Stuttgart 2001; Mike Reichert: Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad 1955–1990. St. Katharinen 1999.
- 7 Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Abt. Umweltschutz, an Ulrich Bergemann, Dresden, 6. Juli 1983, in: BArch DK 5/71, unpag.
- 8 Wilhelm Riesner: Wie die DDR gegen den Stromausfall kämpfte, in: FAZ, 2. Juli 2011 (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-wie-die-ddr-gegen-den-stromausfall-kaempfte-1656710.html>, Abruf: 2. November 2012).
- 9 Vor diesem Hintergrund kam es bereits wenige Tage nach der deutschen Wiedervereinigung am 8. Oktober 1990 zur Bildung der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe; BGBl. 1992 [!], S. 942.

schlag“ erhielten. Der größte Kurort der DDR, das sächsische Staatsbad Bad Elster, sah sich in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht, denn nicht nur Einwohner, sondern insbesondere auch Gäste klagten über unzumutbare Geruchsbelästigungen.<sup>10</sup> Diese Beschwerden stießen bei den zuständigen deutschen Stellen durchaus auf Verständnis,<sup>11</sup> es wurde auch Besserung versprochen, ohne dass die Missstände jedoch irgendeine Milderung erfuhren. Die tschechoslowakische Seite verwies umgekehrt auf Emissionen, die ihren Ursprung in der DDR hätten und insbesondere das Sudetenland (tschechisch Sudety) hart trafen.<sup>12</sup> Gemeinsam traten Tschechoslowakei und DDR jedoch westlichen Berichten über die Umweltverschmutzungen entgegen und taten sie als diffamierende Propaganda ab. Gleichzeitig verwiesen sie auf die angeblich ungleich höhere Schadstoffbelastung in der Bundesrepublik, wobei die diesbezügliche Argumentation in sich peinlich widersprüchlich wirkt: Allein die Gesamtkonzentration an Schwefeldioxid, dem Hauptverursacher des Sauren Regens und damit des Waldsterbens, sei etwa auf dem Gebiet der Bundesrepublik ungleich höher, gleichzeitig der Gesamtausstoß der Bundesrepublik geringer als der der DDR mit dem deutlich kleineren Territorium.<sup>13</sup>

- 
- 10 Schreiben des Wolfgang Faust, Annaberg-Buchholz, an den Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt, 7. April 1979, in: BArch DK 5/71, unpag. – Hans Reichelt (geb. 1925), DBD, 1950–März 1990 MdVK, 1953 und 1955–1963 Minister für Land- und Forstwirtschaft, 1971/72 stellv. Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, März 1972–November 1989 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 18. November 1989–11. Januar 1990 Minister für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Dezember 1989 als Mitglied des Präsidiums und stellv. Vorsitzender der DBD zurückgetreten, 1994 Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH). – Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Abt. Umweltschutz, Information über das Ergebnis von Aussprachen mit Beschwerde führenden Betriebskollektiven aus Betrieben des Vogtlandes über Geruchsbelästigungen aus der ČSSR, 9. Mai 1979, in: BArch DK 5/71, unpag.
- 11 Schreiben des Ministeriums für Gesundheitswesen, Hauptabt. Hygiene und Staatliche Hygieneinspektion, an Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Abt. Umweltschutz, 4. Februar 1980, in: BArch DK 5/72, unpag.
- 12 Direktive für das Auftreten auf dem dreiseitigen Treffen der Stellvertreter der Vorsitzenden der Ministerräte der DDR, ČSSR und VRP [Volksrepublik Polen] zu Fragen des Umweltschutzes und der Wasserwirtschaft im Februar 1988 in der VRP, o. D., in: BArch DK 5/1546, unpag.
- 13 Schreiben der ZK-Abt. Forschung und Entwicklung, Pöschel, an Günter Mittag, 9. März 1983, in: SAPMO-BArch DY 30/2836, Bl. 1f. Demnach lag der Gesamtausstoß der Bundesrepublik bei 3,5 Mio. t, der der DDR bei ca. 4–5 Mio. t. Vgl. auch den in einer ADN-Information wiedergegebenen und im gleichen Vorgang abgelegten Artikel des dpa-Korrespondenten Claus Hoecker, Wirtschaftspolitik in der DDR vor Bewährungsprobe, o. D. (Februar 1983), in: SAPMO-BArch 30/2836, Bl. 8f. Demnach lag bereits seit Jahren in der DDR der durchschnittliche SO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf bei 236 kg, während er in der Bundesrepublik (die zudem ihre gesetzlichen Emissionsobergrenzen immer weiter senkte) lediglich 58 kg betrug. – Günter Mittag (1926–1994), SED, 1953–1961 Leiter der ZK-Abt. Eisenbahnen, 1962–1973 und 1976–1989 ZK-Sekretär für Wirtschaft, 1976–1989

Schließlich kämpfte die DDR auch Zeit ihrer Existenz mit erheblichem Wassermangel, ohne dass dieses Problem in breiteren Bevölkerungskreisen als solches erkannt oder von Partei bzw. staatlichen Behörden deutlich thematisiert wurde – sieht man einmal von der Benennung des zuständigen Ressorts als Ministerium für Umweltschutz *und Wasserwirtschaft* ab. Das Territorium der DDR zählte zu den wasserärmsten Gebieten in Europa.<sup>14</sup> Die Bundesrepublik etwa verfügte über mehr als die neunfache Wassermenge, jedem Bundesbürger stand viermal mehr Trinkwasser zur Verfügung als seinem ostdeutschen Landsmann.<sup>15</sup> Die einzige Möglichkeit, dem Mangel zu begegnen, konnte ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Ressource sein, verbunden mit besonderen Anstrengungen im Bereich des Gewässerschutzes. Diese Anstrengungen wurden jedoch zugunsten des massiv forcierten Auf- und Ausbaus der Industrie bewusst stark vernachlässigt. Dabei konnten sich weder Wissenschaftler noch Partei- und Staatsfunktionäre auf Unkenntnis berufen, denn schon Anfang der 1970er Jahre bestand unter Experten Einigkeit darüber, dass die dauerhafte Versorgung von Bevölkerung und Industrie mit Trink- und Brauchwasser bereits mittelfristig auch ein schwerwiegendes Hemmnis in der wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten würde. Bereits gegenwärtig werde das vorhandene Wasser bis zu viermal genutzt – Hans Reichelt, der zuständige Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, sprach sogar von einer fünfmaligen Nutzung –, wobei die Bereitstellung als Trinkwasser für die Bevölkerung durchaus nicht immer an erster Stelle erfolgte.<sup>16</sup> Bis zum Untergang der

---

Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED, 1966–Oktober 1989 Mitglied des Politbüros, 1991 angeklagt. Verfahren aus gesundheitlichen Gründen nicht eröffnet, Rentner. Eine wissenschaftliche Biographie dieses einflussreichsten Wirtschaftsfunktionärs der DDR fehlt bislang. Zu seinem Machtbereich vgl. Rainer M. Lepsius: *Wirtschaftliche Entscheidungsstrukturen der DDR in den achtziger Jahren. Der „Bereich Mittag“ im Zentralkomitee der SED*, in: Hartmut Esser (Hg.): *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*. Wiesbaden 2000, S. 29–39; eher populär: Carl-Heinz Janson: *Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte*. Düsseldorf u. a. 1991. Wichtig zu Mittag auch das einschlägige Repertorium des Bundesarchivs Bernd Schlüter (Bearb.): *Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Büro Günter Mittag 1962–1989*. Bestand DY 30 (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs 81). Koblenz 2007.

- 14 Schreiben der Abt. Grundstoffindustrie, Wambutt, an Günter Mittag, 30. Oktober 1984, in: SAPMO-BArch DY 30/2836, Bl. 196f.; vgl. auch Christoph Bernhardt: *Zwischen Industrialismus und sanitärer Wohlfahrt. Umweltprobleme im Sozialismus am Beispiel der Wasserfrage in der DDR*, in: Torsten Meyer/Marcus Popplow (Hg.): *Technik, Arbeit und Umwelt in der Geschichte. Günter Bayerl zum 60. Geburtstag*. Münster 2006, S. 367–380.
- 15 Jörg Roesler: *Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR*. Erfurt 2006, S. 7.
- 16 ZK-Abt. Grundstoffindustrie, Informationen für das Politbüro des Zentralkomitees betr. Information über den Stand und die Entwicklung des Umweltschutzes in der DDR, 5. April 1972, in: BArch DK 5/1831, unpag.; Referat des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt zur Beratung des Präsidiums der Kammer für Technik, 21. September 1972, in: BArch DK 5/2428, unpag.

DDR änderte sich hieran kaum etwas; so flossen etwa die Abwässer des Raumes Zwenkau südlich von Leipzig noch bis 1991 weitgehend ungeklärt in die Elster und vergifteten das ursprünglich ausgesprochen fischreiche Gewässer.<sup>17</sup> Auch im sogenannten Chemiedreieck Halle–Merseburg–Bitterfeld starben Gewässer durch die Einleitung von Schadstoffen.<sup>18</sup> Flächendeckend standen viel zu wenige und zudem hoffnungslos veraltete Anlagen zur Verfügung, die überdies an ihren jeweiligen Standorten mit ihren Kapazitäten den deutlich gestiegenen Abwassermengen nicht gewachsen waren.<sup>19</sup> Das Wasserwerk Grimma I erhielt erst 1991 eine Kohlefilteranlage und wurde schrittweise in seiner Kapazität ausgebaut.<sup>20</sup>

Die seit der Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften in den 1950er Jahren zunehmend industrialisierte Landwirtschaft benötigte einerseits immer größere Mengen an Brauchwasser, belastete andererseits die ohnehin spärlichen Wasserressourcen wie auch den Boden durch die übermäßige Verwendung verschiedener Kunstdünger. Insofern trifft Frank Uekötter den Kern des Problems: „Eine exzessive Nährstoffzufuhr war der chemieförmige Ersatz für defizitäre Wasserressourcen.“<sup>21</sup>

Tagebauseen bzw. bergbaubedingte Senkungsgebiete wie die Kulkwitzer Lachen – heute Naturschutzgebiet – sollten ohne ausreichenden Versickerungsschutz mit Hausmüll und Industrieasche verfüllt werden.<sup>22</sup> Die vielfach

17 Gerd Barthel: Bald fließt sauberes Wasser in die Elster, in: Leipziger Volkszeitung, 29. November 1991.

18 Rainer Albrecht: Die Geschichte der ehemaligen Rieselfelder zur Entsorgung von Betriebsabwässern aus den Wolfener Agfa-Fabriken, in: Uwe Holz (Hg.): Zur Industriegeschichte der Bitterfelder Region. Bitterfeld 2009, S. 47–74. Allgemein zum Chemiedreieck Edgar Fischer: Tradition und High-Chem. Eine chlorreiche Geschichte im Raum Bitterfeld-Wolfen. Zur Industriegeschichte der Bitterfelder Region. Leipzig 2003.

19 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Reichelt an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Müller, 9. Juli 1982, in: BArch DK 5/1981, unpag.; Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Reichelt an den Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Müller, 9. Juli 1985, in: BArch DK 5/1831, unpag.

20 Günther Gießler: Das Haar in Leipzigs Trinkwasser, in: Leipziger Volkszeitung, 1. Oktober 1991.

21 Frank Uekötter: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft (Umwelt und Gesellschaft 1). Göttingen 2010, S. 436; kritisch zu Uekötters die Ökonomie vernachlässigendem Ansatz Roman Köster: Rezension von: Frank Uekötter: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft. Göttingen 2010, in: sehpunkte 12 (2012) 3 (<http://www.sehpunkte.de/2012/03/17707.html>, Abruf: 28. November 2012). Zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vgl. Klaus Schmidt: Landwirtschaft in der DDR. VEG, LPG und Kooperationen. Wie sie wurden, was sie waren, was aus ihnen geworden ist. Clenze 2009; Jürgen Knauss: Etappen der DDR-Landwirtschaftsgeschichte, in: Ders. (Hg.): Beiträge zur Agrargeographie und Landwirtschaftsgeschichte des historischen Mitteldeutschlands. Ein Sammelband. Blankenhain 2005, S. 147–157.

22 Justus Oertner: Kulkwitzer Lachen. Naturschutz am Rande der Großstadt, in: Leipziger Blätter 19 (1991), S. 64–67, hier S. 65f.



ebenfalls kaum gesicherten Hausmülldeponien konterkarierten jede noch so geringe Bemühung um den Grundwasserschutz. Gerade die Deponien bildeten und bilden bis heute ein besonders hartnäckiges und langfristiges Problem: Bereits im Sommer 1989 lagen etwa Pläne vor, die in unmittelbarer Nähe zum Naherholungsgebiet Dölitz gelegene, von 1940 bis 1986 betriebene Deponie an der Leipziger Leinestraße als „größtes Rekultivierungsobjekt der Republik“ zu sanieren.<sup>23</sup> Doch auch mehr als zwanzig Jahre später ist das Problem aktuell noch nicht umfassend behoben und befürchten die Anwohner weiterhin eine erhebliche Beeinträchtigung des Grundwassers.<sup>24</sup> Bis in die Gegenwart bestätigt sich die bereits 1996 geäußerte Vermutung, die Beseitigung der aus DDR-Zeiten herrührenden Umweltschäden sichere noch für lange Zeit etliche Arbeitsplätze.<sup>25</sup>

Die wachsende Produktion in Landwirtschaft und Industrie wie auch die zunehmende Lebens- und Wohnqualität – vor allem im Zuge des ehrgeizigen Neubauprogramms seit Anfang der 1970er Jahre erhielten immer mehr Wohnungen eigene Bäder – erforderten immer größere Wassermengen.<sup>26</sup> Der fortschreitende Braunkohleabbau führte gleichzeitig zu einem stetigen Absinken des Grundwasserspiegels und somit zu einer weiteren Verknappung der kostbaren Ressource. Die Situation wurde auch außerhalb der DDR als existenzielle Bedrohung erkannt und war verschiedentlich Thema gemeinsamer Beratungen der Staaten des Warschauer Pakts.<sup>27</sup> 1987 tagte ein Internationales Symposium „Grundwasserüberwachung und -bewirtschaftung“ in Dresden.<sup>28</sup>

\*

Verschiedene Naturschutzgruppen machten lokale Umweltvernichtungen immer wieder zum öffentlichen Skandal, etwa den über die DDR hinaus bekann-

- 
- 23 Wiedergeburt der Natur auf großer Kippe Leinestraße, in: Leipziger Volkszeitung, 5./6. August 1989.
- 24 Andreas Tappert: Deponie Leinestraße. Rekultivierung läuft, ebd., 27. November 2012.
- 25 Leonhard Kusek: Umweltarbeit, in: Leipziger Blätter 29 (1996), S. 26–29, hier S. 27.
- 26 In der Folge des Machtwechsels von Walter Ulbricht auf Erich Honecker beschloss die 10. Tagung des ZK der SED nach dem VIII. Parteitag am 2. Oktober 1973 ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm, in dessen Rahmen zahlreiche Plattenbausiedlungen – u. a. Halle-Neustadt, Jena-Neulobeda, Leipzig-Grünau – neu entstanden bzw. erheblich ausgebaut wurden. Vgl. Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971–1990. Ergebnisse und Defizite eines Programms in kontroversen Sichten. Berlin u. a. 2001; Christine Hanne-mann: Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. Braunschweig u. a. 1996. Zum letztlichem Misslingen des Programms zuletzt auch Tanja Scheffler: Dresden. Vom schnellen Scheitern der sozialistischen Städtebaukonzepte. Der Weg zurück zur historischen Stadt, in: Deutschland Archiv 45 (2012), S. 666–680.
- 27 Maßnahmeplan der Warschauer-Pakt-Staaten zur Sicherung der Wasserversorgung/Abwasserbehandlung anlässlich der Beratung des politisch-beratenden Ausschusses am 10. und 11. Dezember 1987, in: BArch DK 5/5096, unpag.
- 28 Ebd.

ten Silbersee bei Bitterfeld, geradezu Sinnbild des zerstörerischen Umgangs mit der Natur im SED-Staat,<sup>29</sup> oder den Uranbergbau der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut, deren Nachfolgerin, die Wismut GmbH, noch immer mit der Sanierung und Rekultivierung des Gebietes befasst ist.<sup>30</sup> Auch die Zerstörung ganzer Landschaften durch den grassierenden Tagebau und die existenzielle Bedrohung ganzer Ortschaften wie Zwenkau, Pegau oder Markkleeberg im Süden Leipzigs und insbesondere der sorbischen Siedlungsgebiete in der Ober- und Niederlausitz wurden – soweit möglich – von diesen Gruppen öffentlich gemacht.<sup>31</sup> Verschiedene Vereinigungen gründeten seit Mitte der 1980er Jahre sogenannte Umweltbibliotheken, z. B. an der Ost-Berliner Zionskirche, in Leipzig oder im sächsischen Großhennersdorf, um dem offiziellen Stillschweigen über den ökologischen Raubbau eigene Informationen entgegenzustellen.<sup>32</sup>

- 
- 29 Eberhard Streuber: 150 Jahre Grube Johannes. Silbersee. Von der Braunkohlengrube zur ökologischen Altlast, in: Die Filmfabrik Wolfen. Aus der Geschichte. Hg. vom Industrie- und Filmmuseum Wolfen. Heft 9. Wolfen 2001; Chronik des Braunkohlebergbaues im Revier Bitterfeld. Hg. vom Verein Bitterfelder Bergleute e. V. 2. Aufl. Bitterfeld 1998. Zu den Umweltgruppen Gesine Schmidt: Veränderungen des Lebensstils und der Gesellschaft. Einblicke in die Umweltbewegung der DDR und ein Interview mit Michael Beileites, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 25 (2009), S. 145–158. Die bislang profundeste Darstellung einer lokalen Umweltgruppe Maria Nooke: Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche. Berlin 2008.
- 30 Zur SAG Wismut Rainer Karlsch: Der Aufbau der Uranindustrien in der SBZ/DDR und CSR als Folge der sowjetischen Uranlücke, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 5–24; zur sozialen Bedeutung der Wismut Juliane Schütterle: Kumpel, Kader und Genossen. Arbeit und Leben im Uranbergbau der DDR. Die Wismut AG. Paderborn u. a. 2010. Zur Wismut GmbH: Chronik der Wismut. Hg. von der Wismut GmbH. 2. Aufl. Chemnitz 2011.
- 31 Kerstin Kretschmer: Industrialisierung und Umwelt. Der Braunkohletagebau in Nordwestsachsen. Strukturveränderungen und ökologische Folgen, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert (Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen 2). Leipzig 1998, S. 133–153. Zu den in ihrer Existenz bedrohten Ortschaften vgl. Ministerium für Kohle und Energie, Bereich Braunkohle, Information über die Tagebauentwicklung im Südraum von Leipzig und deren Anforderung an die territoriale Einordnung. Unterlagen für die Beratung am 23. Oktober 1986 im Ministerium für Kohle und Energie, 13. Oktober 1986, in: BArch DK 5/1389, unpag. Zu den sorbischen Gebieten vgl. Edmund Pech: Auswirkungen des Braunkohletagebaus auf die nationale Minderheit der Sorben 1945–1990, in: Eberhard Wächtler (Hg.): Die Braunkohle und ihre Bergleute. Zur Geschichte des Braunkohlebergbaus. 7. Montanhistorisches Kolloquium. Borken 2006, S. 95–114; Winfried Schich: Berzdorf auf dem Eigen in der Oberlausitz. Der Aufbau einer Kulturlandschaft im 13. und ihre Zerstörung im 20. Jahrhundert, in: Meyer/Popplow (Hg.): Technik, Arbeit und Umwelt in der Geschichte, S. 381–394.
- 32 Zur Umweltbibliothek an der Zionskirchgemeinde Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 2. Aufl. Berlin 1998, S. 629f.; zur Herausbildung einer Gegenöffentlichkeit ebd., S. 632–635. Zur Leipziger Umweltbibliothek Roland Quester: 10 Jahre Umweltbibliothek Leipzig. Eine Chronik 1988–1998. Leipzig 1998.

Diese Versuche, eine Öffentlichkeit jenseits der von der Partei gelenkten zu schaffen, beantworteten die Staatssicherheit und andere Stellen mit immer neuen Repressalien.<sup>33</sup> Vom staatlichen Vorgehen gegen die verschiedenen Umweltgruppen waren oft auch oppositionelle Pfarrer betroffen, die in ihren Gemeinden Räume und Arbeitsmöglichkeiten, etwa für die Umweltbibliotheken, zur Verfügung stellten.<sup>34</sup> Im Herbst 1987 beschlagnahmten Ost-Berliner Staatsanwaltschaft und Staatssicherheit in den Räumen der Zionsgemeinde Kopiergeräte und Manuskripte der „Umweltblätter“ und verhafteten mehrere Umweltaktivisten, wenige Tage später wurde ein Umweltseminar in der Ost-Berliner Elisabethgemeinde bereits im Vorfeld erheblich gestört, indem angemeldete Teilnehmer bei der Anreise aufwendig kontrolliert und mitgeführte Broschüren beschlagnahmt wurden. Gegen Teilnehmer einer Mahnwache an der Zionskirche ging die Polizei gewaltsam vor.

Formal waren die Staatsorgane sogar im Recht: Berichte über Umweltverschmutzungen unterlagen diversen Geheimhaltungsbestimmungen, was 1982 mit der sogenannten Umweltdaten-Geheimhaltungsverordnung nochmals nachdrücklich unterstrichen wurde. Die vom Staatlichen Zentralamt für Statistik erarbeiteten Statistischen Jahresberichte für Umweltschutz und Wasserwirtschaft erhielten eine Klassifizierung als Vertrauliche Verschlussache und gelangten neben dem zuständigen Minister Reichelt lediglich dem Staatsratsvorsitzenden Honecker, dem Sekretär des Zentralkomitees für Wirtschaft Günter Mittag und dem Minister für Staatssicherheit Erich Mielke zur Kenntnis.<sup>35</sup> In einer neuerlichen Geheimhaltungsverordnung von 1987 wiederholte Minister Reichelt die Anordnung und weitete die Pflicht zur Verschwiegenheit im Ergebnis auf alle auch nur entfernt mit Umweltfragen befassten Informationen

- 
- 33 Michael Beleites: *Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz*. 2. Aufl. Berlin 1992; Christoph Kuhn: „Inoffiziell wurde bekannt ...“ Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchentag Halle. Gutachten zum Operativen Vorgang „Heide“. 2. Aufl. Magdeburg 1997; Jeannette Michelmann: Umweltschutz und Staatssicherheit in der Provinz, in: Heiner Timmermann (Hg.): *Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall*. Münster u. a. 2003, S. 139–150.
- 34 Walter Süß: *Wandlung der MfS-Repressionstaktik seit Mitte der siebziger Jahre im Kontext der Beratungen der Ostblock-Geheimdienste zur Bekämpfung der „ideologischen Diversion“*, in: Leonore Ansorg (Hg.): *„Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989)*. Köln u. a. 2009, S. 111–134. Zur Rolle der Kirchen zuletzt Ehrhart Neubert: *Die Kirchen in der DDR vor und nach der friedlichen Revolution 1989/90*, in: Hans-Joachim Veen (Hg.): *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*. Köln u. a. 2009, S. 3–40. Bizzarr Horst Schneider: *Unter dem Dach der Kirche. „Bürgerrechtler“ in der DDR*. Berlin 2010.
- 35 Vgl. Michael Beleites: *Konspirative Abschirmung der Umweltschäden durch die SED-Führung und das Ministerium für Staatssicherheit und die Versuche zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode)*. Hg. vom Deutschen Bundestag III/2. Baden-Baden 1999, S. 1585–1622, hier S. 1587.

aus. Betroffen waren „zusammenfassende Informationen und Materialien und bedeutsame Einzelinformationen zu Wasserschadstoff- und Umwelthavarien, Hochwasserereignissen und ihrer [!] Auswirkungen, zeitlich begrenzten extremen Belastungen des Wassers, des Bodens und der Luft, die zur Gefährdung von Menschen führen können“.<sup>36</sup>

Der Umstand, dass die Verordnungen nur verwaltungsintern verbreitet wurden, legt nahe, dass sich die verantwortlichen Stellen zumindest ein rudimentäres Empfinden für die Absurdität des eigenen Handelns bewahrt hatten. Im Übrigen fehlte trotz des elaborierten Regelwerks offensichtlich letzte Klarheit hinsichtlich des Umgangs mit Umweltdaten: „Publikationen sind deshalb zu diesen Informationen nicht gestattet und [!] unterliegen einem Prüfungsverfahren.“<sup>37</sup> Die Geheimhaltung war im Übrigen zu keinem Zeitpunkt im beabsichtigten Ausmaß durchzusetzen: Auf internationalen Tagungen wurden ostdeutsche Umweltdaten diskutiert, z. B. im Rahmen des Internationalen Botanikerkongresses im Juli 1987, pikanterweise in West-Berlin. Westliche Medien brachten regelmäßig Meldungen zu ökologischen Themen jenseits der Mauer.

Weder sinistre Geheimhaltungsbestimmungen noch Repressalien diverser staatlicher Stellen gegen Umweltschützer und ihre Unterstützer konnten das Thema dauerhaft aus der Öffentlichkeit halten. Bereits 1988 veranstalteten Mitglieder des Leipziger Arbeitskreises Weltumwelttag eine als „Gedenkumzug“ deklarierte Demonstration, um auf die katastrophale Verschmutzung der Pleiße aufmerksam zu machen. Die einstige Lebensader der Stadt war innerhalb des Stadtgebietes inzwischen weitgehend unterirdisch kanalisiert, um die Geruchsbelästigung zu verringern und das Ausmaß des ökologischen Desasters vor der Bevölkerung zu verbergen.<sup>38</sup> Im Juni 1989 fand die Demonstration, diesmal unter dem Titel „Pleiße-Pilgerweg 1989“, erneut statt. Trotz fehlender behördlicher Genehmigung, Repressalien und etlicher Festnahmen durch das MfS zogen die Aktivisten unter großem Polizeiaufgebot durch die Innenstadt.<sup>39</sup> Die Staatsmacht hatte darauf verzichtet, die Demonstration um jeden Preis zu

36 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Weisung Nr. 24/87 zur Ausarbeitung der Nomenklatur für Staatsgeheimnisse und der Geheimnisträgernomenklatur in den nachgeordneten Betrieben und Einrichtungen des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 10. Januar 1987, in: BArch DK 5/2091, unpag.

37 Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat, Bericht über Probleme des Geheimnisschutzes bei Informationen zum Umweltschutz, 25. Oktober 1982, in: BArch DK 5/1982, unpag.

38 Eine interne Meldung des MfS über den Pleiße-Gedenkumzug, in: [http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/Vorabend-der-Revolution/1988\\_Umweltbewegung/Dokumente/1988-06-05\\_Bericht/\\_tabelle.html?nn=2635464](http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/Vorabend-der-Revolution/1988_Umweltbewegung/Dokumente/1988-06-05_Bericht/_tabelle.html?nn=2635464) (Abruf: 27. Dezember 2012).

39 Ein Bericht über die Demonstration aus den „Umweltblättern“, des Info-Blattes des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde vom Juli 1989, abgedruckt in: Steffen Lieberwirth: Wer eynen spielmann zu tode schlaegt ... Ein mittelalterliches Zeitdokument anno 1989. Leipzig 1990, S. 156f. Aus der Sicht der HA XX des MfS, in: [http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/Vorabend-der-Revolution/1988\\_Umweltbewegung/](http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/Vorabend-der-Revolution/1988_Umweltbewegung/)

verhindern – ein deutlicher Beleg für die bereits fortgeschrittene Erosion der SED-Herrschaft.

Die durch die stümperhaft manipulierten Kommunalwahlen im Mai 1989 sensibilisierten Bürger führten immer offener politische Diskussionen auch außerhalb des vertraulichen privaten Raumes.<sup>40</sup> Umweltthemen kam dabei eine besondere Bedeutung zu.<sup>41</sup> Statistische Untersuchungen zu den Demonstrationen des Herbstes und Winters 1989/90 in Sachsen belegen die auffällige Häufigkeit von Forderungen aus dem Bereich der Ökologie, insbesondere nach behutsamerem Umgang mit der Umwelt.<sup>42</sup>

\*

Die ideologischen Prämissen, auf die die DDR-Staats- und Parteiführung sich regelmäßig berief, waren ausgesprochen ökonomistisch geprägt. Immerhin hatte Karl Marx seine Ideen unter dem Einfluss der rasch voranschreitenden Industrialisierung Englands entwickelt. Trotzdem war er bereits Mitte des 19. Jahrhunderts mit geradezu modern anmutenden Worten für einen verantwortlichen Umgang mit der Natur eingetreten: „Selbst die ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und sie haben sie als *boni patres* den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen.“<sup>43</sup>

Diesen Teil der Marx'schen Lehre vernachlässigte die DDR in ihrem ökologischen Handeln weitgehend. So nahm man im Erzgebirge eine Steigerung der ohnehin hohen Luftverschmutzung durch gesprühte Insektizide in Kauf, um die von dieser Luftverschmutzung geschädigten und entsprechend besonders anfälligen Bäume vor Schädlingsbefall zu schützen. Diese Maßnahme diente

---

Dokumente/1989-06-10\_Bericht/\_tabelle.html?nn=2635464 (Abruf: 27. Dezember 2012).

- 40 Klaus Bästlein: Eine Fälschung zuviel. Die DDR-Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, in: Jens Schöne (Hg.): Revolution. Die DDR im Jahr 1989 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 29). Berlin 2010, S. 19–47; Karl-Wilhelm Fricke: Die DDR-Kommunalwahlen 1989 als Zäsur für das Umschlagen von Opposition in Revolution, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 467–505.
- 41 Etwa Arbeitskreis Weltumwelttag des Synodalausschusses der Evangelisch-Lutherischen Kirche des Kirchenbezirk Leipzig-Ost an den Ministerrat der DDR, 4. Juni 1989, in: BArch DK 5/5799, unpag.; Vertretertreffen kirchlicher Umweltgruppen in der DDR, Offener Brief an den Ministerrat der DDR und den Deutschen Bundestag, 10. September 1989, ebd.
- 42 Vgl. Walter Heidenreich/Michael Richter: Parolen und Ereignisse der Friedlichen Revolution in Sachsen. Eine quantitative Auswertung. Dresden 2009, S. 83.
- 43 Zitiert nach Iring Fettscher: Karl Marx – ein Blatt, ein Bild, ein Wort, in: Jahrbuch Ökologie 2009, S. 207–209 [Hervorhebung im Original].

allein der Sicherung der forstwirtschaftlichen Erträge.<sup>44</sup> Zwar untersagten lokale Stellen gelegentlich diese Form der Schädlingsbekämpfung, nicht zuletzt in Reaktion auf Eingaben der betroffenen Bevölkerung. Diese Verbote wurden jedoch von vorgesetzten Behörden auf Bezirks- und Republikebene zumeist ignoriert. Das forstwirtschaftliche Plansoll hatte Vorrang vor Lebensqualität und Naturschutz. Ein weiteres Beispiel illustriert den Primat der Ökonomie: Nach der fahrlässigen Einleitung giftiger Chemikalien in die Ilm wurde der Verantwortliche nicht wegen des ökologischen Schadens, sondern wegen der wirtschaftlichen Verluste aufgrund des massenhaften Fischsterbens verurteilt.<sup>45</sup>

Entgegen dem durch derlei – öffentlich totgeschwiegene – Skandale verstärkten Eindruck, besaß die DDR eine nahezu modern anmutende Umweltgesetzgebung. Bereits in den frühen 1950er Jahren wurden gesetzliche und administrative Regelungen zum Umwelt- und Naturschutz erlassen, wohl unter dem Einfluss der Sowjetunion, die zur gleichen Zeit ganz ähnlich handelte.<sup>46</sup> 1953

- 
- 44 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Heinz Kuhrig an Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe, Information über die gegenwärtige Lage und eingeleitete Maßnahmen zum Forstschutz im Bezirk Karl-Marx-Stadt, 18. Juni 1981, in: SAPMO-BArch DY 30/118, unpag.; Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe an SED-Generalsekretär Erich Honecker, Information über die gegenwärtige Situation auf dem Gebiet des Forstschutzes in den Wäldern der DDR, 18. Dezember 1984, in: SAPMO-BArch DY 30/120, unpag. – Heinz Kuhrig (1929–2001), SED, 1952–1961 Mitarbeiter der Abt. Landwirtschaft des ZK der SED, 1961–1963 Direktor des Instituts für Landtechnik der Deutschen Akademie des Landwirtschaftswissenschaften, 1963–1967 stellv., 1973–1982 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, 1976 Mitglied des ZK der SED. – Werner Felfe (1928–1988), SED, 1954–1963 Kandidat, 1963 Mitglied des ZK der SED, 1957–1960 zunächst stellv. Vorsitzender, dann Vorsitzender des Rates des Kreises Zschopau, 1960–1963 Vorsitzender des Rates des Bezirks Karl-Marx-Stadt und Mitglied des Büros der SED-Bezirksleitung, 1965/66 stellv. Abt.-Leiter im ZK der SED, 1966–1968 Sekretär für Agitation und Propaganda, 1968–1971 2. Sekretär, 1971–1981 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, 1973 Kandidat, 1976 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, ab 1981 Sekretär des ZK der SED für Landwirtschaft.
- 45 Interne Mitteilung des Leiters der Abt. Landwirtschaft beim ZK der SED Bruno Lietz an den Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe, 16. Juni 1982, in: SAPMO-BArch DY 30/118, unpag. – Bruno Lietz (1925–2005), SED, 1961–1972 Sekretär für Landwirtschaft der Bezirksleitung Rostock, 1963 Kandidat, 1982 Mitglied des ZK der SED, 1972–1981 stellv. Vorsitzender der Staatlichen Plankommission für den Bereich Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, 1981/82 Leiter der Abt. Landwirtschaft des ZK der SED, November 1982–November 1989 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, 1986–März 1990 MdVK, 1990 Rentner.
- 46 Hermann Behrens: Naturschutz und Landeskultur in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Günter Bayerl/Torsten Meyer (Hg.): Die Veränderung der Kulturlandschaft. Nutzungen, Sichtweisen, Planungen (Beiträge der Tagung „Technik und die Veränderung der Kulturlandschaft“). Münster u. a. 2003, S. 213–271. Zum sowjetischen Vorbild vgl. Joseph Croiteru: Trapper im Sowjetreich. Umweltbewusstsein in Osteuropa, in: FAZ, 8. Juli 2008; vgl. auch Grünbuch. Politische Ökologie im Osten Europas (Osteuropa 58 [2008] 45).

wurde in Halle an der Saale das Institut für Landesforschung und Naturschutz, angegliedert an die Deutsche Akademie für Landwirtschaftswissenschaft, mit Zweigstellen in Greifswald und Potsdam gegründet.<sup>47</sup> 1962 wurde an der gleichen Akademie eine Ständige Kommission für Landschaftspflege und Naturschutz eingerichtet und parallel eine entsprechende Sektion an der Deutschen Akademie der Wissenschaften konstituiert. Die Ständige Kommission ging 1968 in der Ständigen Arbeitsgruppe für sozialistische Landeskultur auf, 1972 umbenannt in Beirat für Umweltschutz beim Ministerrat.<sup>48</sup>

Bereits in den 1960er Jahren fand in der Tagespresse eine intensive Diskussion über den Wert des Naturschutzes für die Erholung der „Werkstätigen“ statt.<sup>49</sup> Die Beiträge durften auch durchaus kritisch ausfallen, solange sie sich in den Grenzen der sozialistischen Ordnung bewegten und die Vormacht der SED nicht hinterfragt wurde. Zunehmend wurde in kritischen Pressebeiträgen aber gleichzeitig hervorgehoben, die zuständigen Stellen seien bereits erfolgreich mit der Beseitigung der Missstände befasst.<sup>50</sup> Grundsätzliche Kritik am Umweltschutz in offiziellen Medien war äußerst selten und erregte entsprechende Aufmerksamkeit.<sup>51</sup>

Auch gesetzgeberisch entfaltete die DDR deutlich früher Initiativen als viele andere Staaten, etwa auch die Bundesrepublik. 1954 verabschiedete die Volkskammer das „Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatlichen Natur (Naturschutzgesetz)“.<sup>52</sup> Eine Durchführungsverordnung von 1955 war speziell

- 
- 47 Vgl. Hermann Behrens: Das Institut für Landesforschung und Naturschutz (ILN) und die Biologischen Stationen, in: Ders./Jens Hoffmann (Hg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte. 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz. Hg. vom Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. München 2007, S. 69–72; Ludwig Bauer: Zur Arbeit der Sektion Landeskultur und Naturschutz der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, ebd., S. 63–68. Zur Akademie der Wissenschaften Werner Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin 2000.
- 48 Ellenor Oehler: Zu Funktion und Tätigkeit des Beirats für Umweltschutz beim Ministerrat, in: Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Hg.): Umweltschutz in der DDR, S. 1–44.
- 49 Etwa: Gibt es bereits eine Konzeption für das Rosental?, in: Die Union, 29. Oktober 1963; Waldluft, Rehe und Schutzpilze, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 22. April 1966; Abholzen mit Bedacht, in: Sächsisches Tageblatt, 6. Februar 1969; Ist Freizeit freie Zeit?, in: Mitteldeutsche Nachrichten, 27. April 1969; Doch die Haustür liegt so nahe, in: Sächsisches Tageblatt, 10. Mai 1970.
- 50 Auflagentreue ist notwendig – zum Wohle der Luft, in: Leipziger Volkszeitung, 30. September 1987; Kristin Decker: Es ging um Luft, Lärm und Gewässer, in: Sächsisches Tageblatt, 1. Oktober 1987.
- 51 „Bisher ist es jedoch so, daß speziell Planungsvorhaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes weniger ernst genommen werden als die anderer Bereiche. Treten irgendwo Planungsprobleme auf, werden hier zuerst Abstriche gemacht.“; Die Umwelt – Politikum für jeden im Land, in: Leipziger Volkszeitung, 28. Juni 1988.
- 52 Gesetzblatt der DDR Nr. 71/1954, S. 695–698. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 20. Dezember 1976, in: BGBl. 1976 I, S. 3574–3582.

dem Tierschutz gewidmet und listete die vom Aussterben bedrohten Arten auf. Neben dem sowjetischen Vorbild – anders als in den späten 1980er Jahren wurden politische Trends des großen Bruders auch ohne ausdrückliche Weisung noch nahezu blind übernommen – dürfte ein weiterer Punkt maßgeblich für die frühere gesetzgeberische Initiative der DDR-Führung gewesen sein: In der DDR galt (wie auch in der Bundesrepublik) seit der Staatsgründung das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 fort.<sup>53</sup> Diese hochgradig von der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie geprägte Norm sollte keinesfalls länger als unbedingt nötig Gesetzeskraft haben in der sich selbst als das „antifaschistische“ Deutschland definierenden DDR.<sup>54</sup> Schließlich erlangte der Naturschutz sogar Verfassungsrang. In der zweiten DDR-Verfassung von 1968 bestimmte Artikel 15 Absatz 2: „Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur. Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheit der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers.“<sup>55</sup>

Für die Bundesrepublik wurde der Naturschutz erst 1994 als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen.<sup>56</sup>

1972 richtete die DDR-Regierung ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft ein.<sup>57</sup> Auch hier zog die Bundesrepublik erst geraume Zeit

53 RGBl. Nr. 68/1935, S. 821–825. Zum Reichsnaturschutzgesetz vgl. Edeltraud Klüeting: Die gesetzlichen Regelungen der nationalsozialistischen Reichsregierung für den Tierschutz, den Naturschutz und den Umweltschutz, in: Joachim Radkau/Frank Uekötter (Hg.): Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2003, S. 77–105, hier S. 92–101; Karl Ditt: Die Anfänge der Naturschutzgesetzgebung in Deutschland und England 1935/49, ebd., S. 107–143, hier S. 116–123.

54 Zum Antifaschismus in der DDR zuletzt Christoph Classen: Faschismus und Antifaschismus in der Geschichtskultur der frühen DDR, in: Heiner Timmermann (Hg.): Vergangenheitsbewältigung in Europa im 20. Jahrhundert. Berlin 2010, S. 23–41. Vgl. auch Herfried Münkler: Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Manfred Agethen/ Eckhard Jesse/ Ehrhart Neubert (Hg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Feiburg/Breisgau 2002, S. 79–99.

55 Gesetzblatt der DDR Nr. 8/1968, S. 199–222, hier S. 208. Zur innenpolitischen Verfassungsdiskussion auch im Hinblick auf den Umweltschutz Wilfriede Otto: Verfassungsdebatte und Verfassung der DDR 1968. Ein Kernstück für relative Identifikationsmöglichkeiten und endgültigen Abbruch, in: Timmermann (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, S. 151–177.

56 Art. 20a GG: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a) vom 27. Oktober 1994, BGBl. 1994 I, S. 3146–3148.

57 Am 12. April 1990 umbenannt in Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit unter Minister Karl-Hermann Steinberg (CDU).



später nach, als im Juni 1986 in Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebildet wurde.<sup>58</sup> Die Bevölkerung der DDR wurde seinerzeit durch die eigenen Medien erst mit erheblicher Verspätung und zunächst äußerst unvollständig über die Reaktorexpllosion unterrichtet. Eine „Nebenwirkung“ der Katastrophe war ein plötzliches reiches Angebot an Gemüse, da osteuropäische Ware im Westen nicht mehr zu verkaufen war und deshalb in den sozialistischen Bruderstaaten in den Handel gelangte.<sup>59</sup>

Auch in der Außenpolitik der DDR war die Umweltpolitik ein wichtiges Instrument. Um ihrem wichtigsten Ziel, der breiten internationalen Anerkennung und einem ähnlichen Ansehen wie die Bundesrepublik, näher zu kommen, begab sich die DDR in ein dichtes Geflecht von Umweltorganisationen und -verträgen.<sup>60</sup>

Neben diesen primär auf Außenwirkung zielenden Mitgliedschaften und Abkommen – insbesondere mit Staaten außerhalb des sozialistischen Wirtschaftsraumes – traf die DDR-Führung auch ganz konkrete innenpolitische Maßnahmen. So wurden im Bereich der chemischen Industrie strikte Emissionsobergrenzen festgelegt und ihre Überschreitung scharf geahndet. Die festgelegten Grenzwerte konnten freilich aufgrund technischer Unzulänglichkeiten meist nicht eingehalten werden. Die fälligen Geldstrafen wurden deshalb vielfach bereits vorab, versteckt in unverdächtigen Einzelposten, in den Plänen der verschiedenen Unternehmen eingestellt, was natürlich die gesetzlichen Bestimmungen ad absurdum führte. Zwar mangelte es nicht an technologischen Lösungsansätzen, denn die DDR verfügte durchaus über Experten mit dem notwendigen technischen Know How. Doch fehlten der Volkswirtschaft die notwendigen materiellen Voraussetzungen, was nicht zuletzt am Technologieembargo der OECD gegen die Ostblock-Staaten lag.<sup>61</sup> Eigentlich erstreckte

- 
- 58 Zur Katastrophe von Tschernobyl zuletzt Melanie Arndt: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Erfurt 2011; vgl. auch Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl. 4. Aufl. Berlin 2007.
- 59 Martin Debes: Tschernobyl: Als es in der DDR plötzlich Tomaten gab, in: Thüringer Allgemeine, 14. März 2011 (<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Tschernobyl-Als-es-in-der-DDR-plotzlich-Tomaten-gab-43573536>, Abruf: 3. Januar 2013). Zitiert nach [http://de.wikipedia.org/wiki/Katastrophe\\_von\\_Tschernobyl](http://de.wikipedia.org/wiki/Katastrophe_von_Tschernobyl) (Abruf: 3. Januar 2013).
- 60 Joachim Scholtyseck: Die Außenpolitik der DDR (Enzyklopädie deutscher Geschichte 69). München 2003, S. 32. Allgemein zur DDR-Außenpolitik Siegfried Bock/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Berlin 2010. Zum Umweltschutz als Thema der internationalen Beziehungen (ohne Konzentration auf Deutschland) zuletzt Anna-Katharina Wöbse: Weltnaturschutz. Umweltdiplomatie in Völkerbund und Vereinten Nationen 1920–1990. Frankfurt/Main 2012.
- 61 Peter E. Fäßler: Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949–1958, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), S. 673–700; zu

sich das Embargo nur auf rüstungstechnologisch relevante Produkte, doch insbesondere die USA legten in den Hochzeiten des Kalten Krieges diesen Begriff sehr weit aus, was im Übrigen in besonderer Weise die Bundesrepublik betraf, die enge Handelsbeziehungen zu etlichen Staaten des Warschauer Paktes unterhielt. Die geringen eigenen Ressourcen nutzte die DDR kaum für umweltgerechte Sanierungen ihrer Betriebe.

Stattdessen wurden die vorhandenen Anlagen weiterhin auf Verschleiß gefahren, durchaus in dem Wissen, dass die ursprünglich einmal geplante Ablösung durch neue erdölbetriebene Technologien angesichts der internationalen Ölpreisentwicklung und der rückläufigen sowjetischen Lieferungen nicht im geplanten Umfang stattfinden würde.<sup>62</sup> Notwendige Investitionen in neue Betriebe unterblieben mangels finanzieller Mittel.<sup>63</sup> Im Interesse einer möglichst hohen Arbeitsproduktivität und einer maximalen Kapazitätsauslastung wurden Umweltbelastung und Naturzerstörung billigend in Kauf genommen. Den technischen Stand des Umweltschutzes illustriert der Umstand, dass dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft 1985 zugesagt wurde, bis zum XI. SED-Parteitag 1986 einen [!] Computer mit CAD/CAM-Systemen, einer zu diesem Zeitpunkt im Westen bereits breit etablierten Technik, für die republikweite Erfassung von Umweltdaten zu erhalten.<sup>64</sup> Auch die personelle Ausstattung der mit Umweltfragen befassten Stellen blieb weit hinter den Erfordernissen zurück. Durch das Ministerium könnten „die wachsenden Lei-

---

den Gegenstrategien speziell der DDR Klaus Behling: Hightech-Schmuggler im Wirtschaftskrieg. Wie die DDR das Embargo des Westens unterlief. Berlin 2007.

- 62 Zu den sowjetischen Lieferungen bereits zeitgenössisch Michael Schmitz: Das Beste für den großen Bruder. Moskau verlangt größere Mengen und bessere Qualität im Warenaustausch, in: Die Zeit, 18. Januar 1985 (<http://www.zeit.de/1985/04/das-beste-fuer-den-grossen-bruder>, Abruf: 4. Januar 2013). Die sowjetischen Erdöllieferungen der 1980er Jahre dienten nur begrenzt der Deckung des eigenen Bedarfs: Die DDR-Führung setzte weiter auf den extensiven Einsatz von Braunkohle, verkaufte das zu deutlich unter dem Weltmarktniveau liegenden Kosten gekaufte bzw. gegen eigene Lieferungen verrechnete Erdöl am Weltmarkt zu den dort üblichen Preisen gegen harte Westwährung und verdiente so außenwirtschaftlich dringend benötigte Valuta – und trat als Konkurrenzanbieter neben der Sowjetunion an den Märkten auf. Das Vorgehen Ost-Berlins belastete das Verhältnis zur östlichen Führungsmacht ganz erheblich und führte zu einer Drosselung der sowjetischen Lieferungen; vgl. Leonid I. Zedilin: Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 34). Köln 1995.
- 63 BArch DK 5/5378, unpag.; demnach besaß die Mehrzahl der Chemiewerke keine oder keine angemessenen Kläranlagen. Vgl. auch Claus Christ: Umweltprobleme und Umweltschutz in der mitteldeutschen Chemieindustrie der DDR, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert. Halle/Saale 2005, S. 378–413, hier S. 391f., 398f.
- 64 Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordination Alexander Schalck-Golodkowski an Günter Mittag, 15. November 1985, in: SAPMO-BArch DY 30/2836, Bl. 339f. CAD = Computer-aided design, CAM = Computer-aided manufacturing.

tungsaufgaben, insbesondere die konzeptionelle Arbeit, nicht mehr voll wahrgenommen werden“.<sup>65</sup>

Allerdings war das formal zuständige Ministerium unter Minister Hans Reichelt auch nicht die maßgebliche Instanz für die Umweltpolitik der DDR. Im Rahmen der von der SED-Führung festgelegten Eckwerte für den jeweiligen Volkswirtschaftsplan oblag es der Staatlichen Plankommission, Umweltprojekte finanziell wie kapazitiv einzubinden.<sup>66</sup> Die letzte Entscheidung lag wiederum bei der Parteiführung, die sich die „Kompetenzkompetenz für alle Lebensbereiche“ anmaßte und erst am 1. Dezember 1989 durch die Volkskammer abgesprochen bekam.<sup>67</sup> Die staatliche Administration war auf die Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen reduziert.

Innerhalb des SED-Parteiparates waren mehrere Abteilungen des Zentralkomitees mit Fragen des Umweltschutzes befasst.<sup>68</sup> Die Abteilung Grundstoffindustrie war unmittelbar zuständig für die Umsetzung der Beschlüsse von Politbüro und ZK-Sekretariat. Zudem unterstand ihr das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft politisch. Schließlich koordinierte sie auch die Zusammenarbeit mit weiteren wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen; hierbei kam der Abteilung Planung und Finanzen besondere Bedeutung zu, die wiederum die Staatliche Plankommission kontrollierte. Über dem dichten Geflecht von „Anleitungen“ und Kontrollen stand der Sekretär des Zentralkomitees für Wirtschaft, seit 1976 Günter Mittag. Er war nicht nur Vorgesetzter

- 
- 65 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Bruno Lietz an Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe, Analyse über die Arbeit des Naturschutzes in der DDR mit Vorschlägen für die weitere Entwicklung, 2. Juli 1987, in: SAPMO-BArch DY 30/122, unpag.
- 66 Vgl. Gerhard Schürer: Statement. Erfahrungen als Leiter der Staatlichen Plankommission. Wirtschaftliche und politische Verflechtungen von Akteuren, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR. Analyse eines aufgegebenen Staates. Berlin 2001, S. 31–45.
- 67 Zur Kompetenzkompetenz vgl. Rainer M. Lepsius: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 17–30. Allgemein zu Herrschaftsverständnis und Herrschaftspraxis der SED Klaus Schroeder: Staatsverständnis und Herrschaftsformen der SED, in: Peter März (Hg.): 40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz. München 1999, S. 99–117; Bernd Faulenbach: Die SED-Diktatur in der DDR, in: Ludger Kühnhardt (Hg.): Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens. Baden-Baden 1999, S. 127–141.
- 68 Zum ZK der SED Jochen Staadt/Manfred Wilke: „Ein Hochsicherheitstrakt der Macht“. Das Zentralkomitee der SED am Marx-Engels-Platz, in: Hans Wilderott (Hg.): Das Haus am Werderschen Markt. Von der Reichsbank zum Auswärtigen Amt. Berlin 2000, S. 205–252; für die frühen Jahre der DDR Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweisen von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Münster u. a. 2003. Zu den Abteilungsleitern Rainer Weinert: Die Wirtschaftsführer der SED. Die Abteilungsleiter im ZK im Spannungsfeld von politischer Loyalität und ökonomischer Rationalität, in: Stefan Hornbostel (Hg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Opladen 1999, S. 59–84.

sämtlicher wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees, sondern darüber hinaus auch Leiter verschiedener Arbeitsgruppen innerhalb der SED, die etwa mit Fragen des grenzüberschreitenden Umweltschutzes zwischen DDR und Bundesrepublik befasst waren. Zwischen beiden deutschen Staaten waren die Verschmutzung der Werra durch den Kaliabbau, die Wasserqualität der Elbe und der Mülltourismus in die DDR die wichtigsten ökologischen Diskussionspunkte.<sup>69</sup>

Sowohl innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als auch auf bilateraler Ebene war die DDR in Umweltprojekte involviert, die die Abteilung Handel, Versorgung – bei der auch die Aufsicht über das Ministerium für Außenhandel und die ihm nachgeordneten Außenhandelsunternehmen lag – gemeinsam mit der ZK-Arbeitsgruppe RGW koordinierte.<sup>70</sup> Die ZK-Abteilung Landwirtschaft übernahm Aufgaben aus dem engeren Bereich des Naturschutzes und der Forstwirtschaft und überwachte daneben unter Leitung des ZK-Sekretärs für Landwirtschaft auch das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Die gesamte Umwelt- und Naturschutzpolitik wurde mithin von Abteilungen des Zentralkomitees entweder direkt gesteuert oder über den Umweg der „Anleitung“ der zuständigen Ministerien. Der für die gesamte DDR-Wirtschaft, und den dieser in jeder Beziehung untergeordneten Bereich Ökologie, entscheidende Günter Mittag ließ sich vom zuständigen Minister Hans Reichelt regelmäßig und ausgesprochen kleinteilig Bericht erstatten. Dies ging so weit, dass selbst Rededispositionen des Ministers für unbedeutende regionale Fachtagungen von Mittag selbst oder seinem Büro abgezeichnet wurden. Der Zugriff der SED und der generelle Vorrang vor den

---

69 Zur Werra Hartmut Ruck: Die Kaliindustrie in Thüringen 1945–1989, in: Ulrich Eisenbach/Akos Paulinyi (Hg.): Die Kaliindustrie an Werra und Fulda. Geschichte eines landchaftsprägenden Industriezweigs. Darmstadt 1998, S. 123–136; Ulrich Eisenbach, Kaliindustrie und Umwelt, ebd., S. 194–222. Zur Elbe Daniel Lingenhöhl: „Meine Überwachung war nahezu perfekt“. Ernst Paul Dörfler engagierte sich in der DDR für den Umweltschutz. Im Interview spricht er über den damaligen Widerstand und die Schwierigkeiten im Naturschutz heute, in: Die Zeit, 4. Oktober 2010 (<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-10/elbe-umweltschutz-sd>, Abruf 7. Januar 2013); zeitgenössisch: Schlüssel voll. Die DDR, Hauptverschmutzer des Nordsee-Zuflusses Elbe, lehnt noch immer eine deutsch-deutsche Zusammenarbeit bei der Sanierung ab, in: Der Spiegel, 20. Juni 1988. Zum Müllimport aus der Bundesrepublik Olaf Stellberger: Müllstandort Rote Insel in Schöneberg. Experimentierfeld der Müll-Moderne, in: Susanne Köstering/Renate Rüb (Hg.): Müll von gestern? Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg. Münster u. a. 2003, S. 125–138; Jinhee Park: Der „Langfristvertrag“ oder das zweifelhafte Glück der Kurzsichtigkeit. West-Berliner „Müllentsorgung“ in der DDR, ebd., S. 73–87.

70 Zum RGW Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1973–1976 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 15). Köln u. a. 2000; István Horváth: Hauptmerkmale der Beziehungen zwischen den RGW-Ländern und der Sowjetunion 1945–1990, in: Timmermann (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, S. 495–506.

zuständigen staatlichen Stellen auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes waren somit sichergestellt.

Annähernd zeitgleich zu entsprechenden Entwicklungen in der Bundesrepublik entwickelten Teile der DDR-Bevölkerung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein zunehmendes Bewusstsein für die ökologische Situation und begannen, sich nicht allein für Fragen des Umweltschutzes zu interessieren, sondern auch zu engagieren.<sup>71</sup> Die SED war bemüht, diese Strömungen zu kontrollieren. Hierzu wurde 1980 unter dem Dach des Kulturbundes die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) gegründet.<sup>72</sup> Die GNU sollte Themen des Umwelt- und Naturschutzes in der Bevölkerung verbreiten und die unabhängige Umweltbewegung in ihrem Einfluss beschränken, um die Entstehung einer Gegenöffentlichkeit – die die SED Zeit ihres Bestehens als Bedrohung der eigenen Vormachtstellung ansah – zu verhindern. Im Herbst 1982 gab es in sämtlichen Bezirken der DDR ein ausgebautes Netz der GNU.<sup>73</sup> Die Gesellschaft selbst nannte im Sommer 1989 Zahlen: In mehr als 2.500 „Fachkollektiven“ und Interessengemeinschaften seien etwa 69.000 Mitglieder an ca. 9.000 „Naturobjekten“ tätig.<sup>74</sup>

Dem Ministerium für Staatssicherheit kam besondere Bedeutung innerhalb der staatlichen Umweltpolitik zu. Ihm oblag die Überwachung und Durchsetzung der rigiden Geheimhaltungsbestimmungen für sämtliche auch nur vage mit dem Komplex Umwelt zusammenhängenden Daten – in einer Industriegesellschaft eine kaum zu übersehende Flut. Es sollte unbedingt verhindert werden, dem immer wieder heraufbeschworenen Klassenfeind im Westen Infor-

- 
- 71 Schmidt: Veränderungen des Lebensstils und der Gesellschaft. Einblicke in die Umweltbewegung der DDR und ein Interview mit Michael Beleites; Uwe Bastian: Zur Genesis ostdeutscher Umweltbewegung unter den Bedingungen eines totalitären Herrschaftssystems, in: Ders. (Hg.): Greenpeace in der DDR. Erinnerungsberichte, Interviews und Dokumente. Berlin 1996, S. 58–94; Benjamin Nölting: Strategien und Handlungsspielräume lokaler Umweltgruppen in Brandenburg und Ostberlin 1980–2000 (Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung 19). Frankfurt/Main 2002. Für die Bundesrepublik Jens Ivo Engels: Naturpolitik in der Bundespolitik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980. Paderborn u. a. 2006; Ders.: Umweltschutz in der Bundesrepublik. Von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung, in: Sven Reichardt/ Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983. Göttingen 2010, S. 405–422.
- 72 Vgl. Natur und Umwelt. Beiträge zur Gründungsversammlung der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR. Hg. vom Zentralvorstand. O. O. 1981; Hermann Behrens: Umweltbewegung, in: Ders./ Jens Hoffmann (Hg.): Umweltschutz in der DDR, S. 131–148.
- 73 Bericht über die 1. Zentrale Konferenz der GNU am 19./20. November 1981 in Dresden, in: SAPMO-BArch DY 27/3193, unpag.
- 74 Kulturbund der DDR, Bezirkssekretariat Cottbus, Bericht zur Entwicklung der Gesellschaft für Natur und Umwelt, 3. November 1982, in: SAPMO-BArch DY 27/5659, unpag.; entsprechende Berichte aus den Bezirken Dresden und Erfurt, ebd.

mationen zugänglich zu machen, die dieser vielleicht als Waffe im Kampf der Systeme nutzen könnte. Wie „erfolgreich“ diese Bemühungen waren, belegt das verbreitete Entsetzen nach 1989 in Westdeutschland, als das ganze Ausmaß der ökologischen Katastrophe, die sich mit der Chiffre *Bitterfeld* verband, offenbar wurde.

Noch wichtiger als die Bemühungen um Geheimhaltung war die Überwachung von Mitgliedern und Sympathisanten der unabhängigen Umweltgruppen, die sich nicht in irgendeiner Weise in die GNU hatten einbinden lassen. Zum einen sollte verhindert werden, dass von dieser Seite die Geheimhaltungsvorschriften verletzt oder auch nur umgangen wurden. Zum anderen sollte eine als fundamental erachtete Opposition überwacht werden, deren destabilisierenden Einfluss auf das sozialistische System man fürchtete. Der Herbst 1989 zeigte dann, wie begründet der Argwohn war.

Die Staatsicherheit bemühte sich nicht allein um die Geheimhaltung der Umweltdaten und die potentielle Opposition, sie leistete auch Positives für den Umweltschutz, indem sie Eingaben von Bürgern nachging. Vor einer Recherche des Sachverhaltes erfolgte regelmäßig die Prüfung, ob es sich bei dem Petenten um einen zwar verärgerten, aber grundsätzlich loyalen Bürger handelte, oder der Beschwerdeführer die bestehende Ordnung prinzipiell ablehnte. Solange der Beschwerdeführer sich im Rahmen der sozialistischen Ordnung bewegte, wurde sein Anliegen durch die zuständigen Behörden bearbeitet, vielfach begleitet von parallelen Untersuchungen der Staatssicherheit, die etwa innerbetriebliche Missstände als Ursachen von Umweltgefährdungen als potentielle Gefährdung der Volkswirtschaft verfolgte. Diese Berichte der Staatssicherheit sind heute von großer Bedeutung für die Forschung, da sie, wie auch für andere Bereiche, bei aller gebotenen Quellenkritik beanspruchen dürfen, die Situation im Wesentlichen ungeschminkt wiederzugeben. Dies gilt umso mehr, weil im zentralistischen System der DDR nachgeordnete Behörden und Dienststellen in vielen Fällen geschönte Informationen nach oben weiterleiteten, die deshalb für die Forschung nicht unproblematisch sind.

Innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit waren mehrere Abteilungen mit Fragen des Umweltschutzes befasst. Die wichtigsten waren die Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) und die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG). Daneben war auch die Abteilungen 4 – Kirchen und Religionsgemeinschaften – und 9 – „Politische Untergrundtätigkeit“ – innerhalb der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“) involviert.<sup>75</sup>

---

75 Zur den hier interessierenden Gliederungen des MfS neben den gängigen Überblicksdarstellungen Roland Wiedmann: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (MfS-Handbuch V/1). Berlin 1995; Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch III/10). Berlin 1997; Thomas Au-

Das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft lud Einzelne und ganze Gruppen zu Bürgergesprächen,<sup>76</sup> die nicht allein eine unmittelbare Information ermöglichte, sondern insbesondere auch Ventilfunktion für bürgerlichen Unmut hatten. Eine ähnliche Funktion hatten im Übrigen auch Presseberichte über Umweltbelastungen, mit denen gleichzeitig Druck auf die verantwortlichen Betriebe und die Verwaltung vor Ort ausgeübt wurde.<sup>77</sup>

Im Zuge der „Wende“ 1989 nahm eine Gruppe von ostdeutschen Umweltschützern, unter ihnen der heutige brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck, direkten Kontakt zum damaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer auf.<sup>78</sup> Daraus ergaben sich direkte offizielle Kontakte zwischen den beiden Umweltministerien. Einer der DDR-Vertreter, Michael Succow, wurde am 15. Januar 1990 stellvertretender Umweltminister der DDR. Minister Reichelt ließ ihm und seinen ins Ministerium berufenen politischen Freunden volle Handlungsfreiheit. Die unübersichtliche Situation zwischen Machtverzicht der bisherigen Regierung, Volkskammerwahlen mit nachfolgender Regierungsbildung und beginnenden Beitrittsverhandlungen nutzten die Umweltaktivisten, nunmehr offizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Umwelt- und Naturschutz, Reaktorsicherheit und Energie, nicht allein zur Konzeption künftiger Projekte wie z. B. der Naturschutzakademie auf der Insel Vilm, sondern auch, um bisher im weitesten Sinne staatlich genutzte Flächen wie etliche Truppenübungsplätze und die Jagdgebiete Erich Honeckers und anderer früherer Spitzenfunktionäre in Naturschutzgebiete umzuwandeln. Im Ergebnis gelang es, von ursprünglich geplanten 10,8 Prozent des DDR-Territoriums immerhin knapp fünf Prozent als Großschutzgebiete einzurichten. Zum Ende seiner Existenz gelang dem DDR-Umweltministerium eine bemerkenswerte Leistung – „ein weltweit einzigartiger Erfolg“.<sup>79</sup>

\*

Nicht erst seit dem Ende der DDR gibt es Forschungen zum Umwelt- und Naturschutz in der DDR. Schon vor 1989 erschien vor allem in der Bundesrepub-

---

erbach u. a.: Anatomie der Staatssicherheit. Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“ (MfS-Handbuch). Berlin 2008, insbes. S. 89–103.

76 Schreiben des Ulrich Städler, Berlin, an den Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 1. März 1979, und dessen Beantwortung mit Einladung zu einem persönlichen Gespräch mit einem Mitarbeiter des Ministeriums, in: BArch DK 5/71, unpag.

77 Etwa Martin Schroeter: Ein qualmender Schlot ist eine denkbar schlechte Visitenkarte, in: Leipziger Volkszeitung, 15. Oktober 1980.

78 Vgl. hierzu und zum nachfolgenden Ulli Kulke: Wie Umweltschützer das Tafelsilber der DDR retteten, in: Die Welt, 2. Oktober 2012 (<http://www.welt.de/reise/deutschland/article109582879/Wie-Umweltschuetzer-das-Tafelsilber-der-DDR-retteten.html>, Abruf: 10. Februar 2013).

79 Ebd.

lik Literatur, die freilich ohne belastbare Umweltdaten auskommen musste, denn die Unterlagen ja der Geheimhaltung.<sup>80</sup> Hinzu kam die Systemkonkurrenz, die die Forschung erheblich beeinflusste. Ostdeutsche Publikationen stellten die Überlegenheit des Staatssozialismus auch im Bereich der Ökologie heraus, blieben aber – nicht allein wegen der Geheimhaltungsbestimmungen – den Beweis schuldig. Gelegentlich wurde anstelle der eigenen Überlegenheit, abhängig von der politischen Großwetterlage, sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR die gemeinsame Verantwortung für die *eine* Welt betont.<sup>81</sup>

Ein Diskussionsschwerpunkt unter Forschern aus der DDR war die Frage nach der Vereinbarkeit von Ökologie mit der maßgeblich ökonomisch ausgerichteten marxistisch-leninistischen Ideologie. Marx und Engels hatten ihre Lehren unter dem Eindruck der Industriellen Revolution und deren Auswüchsen im Manchester-Kapitalismus entwickelt. Vor diesem Hintergrund galten ihnen Werte wie Umwelt und Natur vorrangig als wirtschaftliche Faktoren, indem etwa die Ausbeutung von Bodenschätzen in den Vordergrund gerückt wurde. Diese Sichtweise beherrschte auch etliche Veröffentlichungen aus der Zeit vor 1989.<sup>82</sup> Hinzu trat in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Diskussion um das Spannungsverhältnis zwischen sozialistischem Staatsmodell und moderner, nicht mehr rein ökonomistisch orientierter Betrachtung von Natur.<sup>83</sup> Zuvor war diese Frage bereits in der bundesdeutschen Forschung thematisiert worden.<sup>84</sup> Freilich gelang es der Forschung in keinem der beiden Staaten, das Spannungsverhältnis zwischen Ökologie und Sozialismus überzeugend aufzu-

---

80 Zu vorwiegend westdeutschen Publikationen bilanzierend Horst Paucke: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung. Zur Situation in der ehemaligen DDR. Marburg 1994.

81 Herbert Schindler: Graben wir uns selbst das Wasser ab? Umweltprobleme in unserer Zeit. Berlin (Ost) 1979; Adolf Bauer/Horst Paucke: Umweltprobleme – Herausforderung der Menschheit. Berlin (Ost) 1979; Josef Füllenbach: Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit. Bonn 1977.

82 Adolf Bauer/Horst Paucke: Zu einigen Prinzipien der Naturnutzung im Sozialismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 25 (1978), S. 1027–1037; Horst Paucke: Karl Marx und Friedrich Engels zum Verhältnis von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und rationeller Naturnutzung (Akademie der Wissenschaften der DDR. Wissenschaftliches Informationszentrum Berlin. Aus dem wissenschaftlichen Leben des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften 23). Berlin (Ost) 1983.

83 Anneliese Griese: Karl Marx und Friedrich Engels über das Verhältnis von Gesellschaft und Natur, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung 26 (1989), S. 70–82; Richard Raatzsch: Traditionsbegriffe in der marxistisch-leninistischen Philosophie und in ausgewählten Einzelwissenschaften. Eine historisch-materialistische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Beziehung von Natur und Gesellschaft. Halle-Wittenberg 1988.

84 Günther Bachmann: Ökologie und Sozialismus. Eine Einführung in die in den sozialistischen Ländern geführte Diskussion über die ökologischen Perspektiven der Menschheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 26 (1981), S. 73–91.



lösen. Die bereits 1972 von Hans Reichelt propagierte Bedeutung des Umweltschutzes als wichtigste Maßnahme „zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den kommenden Jahren“ konnte der Diskussion so wenig Impulse geben wie noch frühere Aussagen der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, „Natur“ komme eine große immaterielle Bedeutung zu und der sorgfältige Umgang mit ihr sei „eine der Voraussetzungen für sein [des Menschen] physisches und psychisches Wohlbefinden“.<sup>85</sup>

Konsequent wurden bereits ab 1973 Mittel etwa für die Rekultivierung von Tagebauten in den Volkswirtschaftsplan eingestellt – nicht zufällig wurde 1973 auch der im Leipziger Westen gelegene Kulkwitzer See, ein seit Mitte der 1960er Jahre gefluteter ehemaliger Braunkohletagebau, zum Naturschutzgebiet erklärt.<sup>86</sup> Trotzdem räumte Minister Reichelt noch Ende 1980er Jahre der wirtschaftlichen Erschließung von Naturressourcen die gleiche Bedeutung ein wie deren Nutzung als Freizeit- und Erholungsstätten.<sup>87</sup>

Für die deutsche Geschichte ist die Umweltgeschichte trotz ihrer Anfänge bereits in den 1970er Jahren immer noch ein eher randständiges Spezialfach mit nachgeordnetem Stellenwert gegenüber den traditionellen Teildisziplinen und ausgesprochenen Modetrends innerhalb der Historiographie. In besonderem Maße gilt dies für die Umweltgeschichte der DDR. Grundlegende Handbücher wie der einschlägige Band Frank Uekötters in der Enzyklopädie Deutscher Geschichte widmen der DDR nur knappsten Raum.<sup>88</sup> In Überblickdarstellungen zur DDR-Geschichte wird das Thema nahezu vollständig ausgespart, lediglich Arbeiten zur DDR-Opposition gehen auf die Umweltbewegung ein, allerdings mit einer (Über-)Betonung ihres regimekritischen Charakters unter Vernachlässigung der inhaltlichen Arbeit.<sup>89</sup> Im Bericht der Enquete-Kommission des 12.

85 Rede des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt zur Woche der sozialistischen Landeskultur 1972, 18. April 1972, in: BArch DK 5/2428, unpag.; Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Landeskultur und Grünland, Gesichtspunkte zur Ausarbeitung von „Richtlinien für eine sozialistische Landeskultur“, 3. Mai 1962, in: SAPMO-BArch DY 27/308, unpag.

86 Referat des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt zur Beratung des Präsidiums der Kammer für Technik, 21. September 1972, in: BArch DK 5/2428, unpag. Zur Geschichte dieses wichtigen Leipziger Naherholungsgebietes Kulkwitzer See zum 35-jährigen Jubiläum 2008 im Blickpunkt (<http://www.kulkwitzersee.com/35-jaehriges-jubilaeum-kulki-teil01.html>, Abruf: 18. Februar 2013).

87 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt, Betriebsspezifische Weisungen zur Durchführung der Aufgaben der Umweltgestaltung und des Umweltschutzes des Volkswirtschaftsplanes 1987 und des Fünfjahresplanes 1986–1990, in: BArch DK 5/2916, unpag.

88 Frank Uekötter: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 81). München 2007, S. 35f.

89 Etwa Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997, S. 445–455. Nathan Stoltzfus: Public space and the dynamics of environmental action. Green protest in the German Democratic Republic, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 385–403, widmet der ökologischen Arbeit mehr Raum, legt den Schwerpunkt

Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ finden sich lediglich im Sachregister drei Lemmata zum Komplex „Umwelt“.<sup>90</sup> Die Enquete-Kommission des 13. Deutschen Bundestages, deren Arbeit in der Errichtung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mündete, räumte dem Thema deutlich mehr Raum ein und veröffentlichte in ihrem Abschlussbericht immerhin zwei einschlägige Aufsätze.<sup>91</sup>

In jüngerer Zeit angelaufene Forschungen werden in Kürze etliche Lücken in der ostdeutschen Umweltgeschichte füllen. An der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität läuft seit einigen Jahren das DFG-Projekt „Und ewig sterben die Wälder. Das deutsche ‚Waldsterben‘ im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik“. Hier interessiert insbesondere die Teilstudie „Hinter vorgehaltener Hand. Debatten über Wald und Umwelt in der DDR“, die von Tobias Huff bearbeitet wird. An der Berliner Humboldt-Universität besteht, ebenfalls von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert, seit 2010 das Vorhaben „Vom Natur- zum Umweltschutz. Zivilgesellschaftliches Engagement und der Wandel der Naturschutzbewegung in Ost- und West-Berlin 1945–1989“ unter Leitung von Astrid Mignon Kirchhof. Aus diesem Projekt ist im Wintersemester 2012/13 das „Berlin-Brandenburgische Colloquium für Umweltgeschichte“ hervorgegangen.

Diese Aktivitäten wie auch verschiedene Fachtagungen lassen erwarten, dass „die immer noch von einem schemenhaften Schwarz-Weiß-Denken“ bestimmte Diskussion um Umweltschutz in der DDR versachlicht wird.<sup>92</sup> Gleichzeitig dürften die Ergebnisse die bei weitem noch nicht abschließend erforschte Geschichte der DDR um eine wichtige Facette bereichern.

---

aber ebenfalls auf den dissidenten Charakter der Gruppe, wie dies auch für die Schilderung des ehemaligen Umweltaktivisten Carlo Jordan: Ökologiebewegung und Grüne im Osten, in: Gerda Haufe/Karl Bruckmeier (Hg.): Die Bürgerbewegung in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993, S. 240–260, gilt.

90 Umweltbibliothek, Umweltgruppe, Umweltpolitik bzw. -probleme. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode). Hg. vom Deutschen Bundestag. 9: Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland. Baden-Baden 1995, S. 843.

91 Michael Beleites: Konspirative Abschirmung der Umweltschäden durch die SED-Führung; Emanuel Heinisch: Geheimhaltung von Umweltdaten und Abschirmung von Umweltschäden durch das MfS und die SED-Führung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode). Hg. vom Deutschen Bundestag III/1. Baden-Baden 1999, S. 593–596. Die Kurzfassung des Abschlussberichts der Enquete auch online, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/110/1311000.pdf> (Abruf: 11. Juni 2013). Gesetz über die Errichtung der Stiftung Aufarbeitung, in: <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/errichtungsgesetz-1081.html> (Abruf: 11. Juni 2013).

92 <http://www.waldsterben.uni-freiburg.de/projekt/teilstudie-4> (Abruf: 18. Februar 2013).



# Der Bundestagswahlkampf 1961

Mona Krewel

„1961 waren erstmals alle größeren Parteien bereit und fähig die Techniken der modernen Wahlkampfführung – von Bevölkerungsumfragen bis zu unterhalt-samer Werbung – zu verwenden.“<sup>1</sup> schrieben Wildenmann & Scheuch in ihrem 1965 veröffentlichten Rückblick auf den Wahlkampf. Ähnliche Äußerungen über den Wahlkampf 1961 finden sich an anderen Stellen auch in der späteren Literatur, wobei einige Autoren die beobachteten Innovationen in diesem Wahlkampf als Merkmale amerikanischer Wahlkämpfe beschreiben, während andere ganz im Sinne der heutigen Modernisierungsthese dieselben Charakteristika als Wandlungsfolgen gesellschaftlicher, politischer und medialer Veränderungsprozesse klassifizieren.<sup>2</sup> Unabhängig davon, ob diese Feststellungen nun aus der Perspektive der Amerikanisierungs- oder der Modernisierungsthe-se der politischen Kommunikation erfolgen,<sup>3</sup> so scheint allen doch eines ge-meinsam: Dem Wahlkampf 1961 werden Neuerungen bescheinigt, die man so in den vorausgegangenen Wahlkämpfen offenbar noch nicht gesehen hat. Nichtsdestotrotz wird dieser Wahlkampf im Rahmen der üblichen Entwick-

---

1 Rudolf Wildenmann/Erwin K. Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: Dies. (Hg.): Zur Soziologie der Wahl. Köln 1965, S. 39–73, hier S. 53.

2 Jürgen Dittberner: Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961, in: Dietrich Staritz (Hg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte, Entstehung, Entwicklung. Eine Einführung. Opladen 1980, S. 129–156, hier S. 150. Dazu auch Marie Luise Recker: Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969, in: Gerd A. Ritter (Hg.): Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik. Düsseldorf 1997, S. 267–309, hier S. 304; Otto Altendorfer: Wahlkampf in Deutschland, in: Ders./Heinrich Wiedemann/Herrmann Mayer (Hg.): Handbuch: Der moderne Medienwahlkampf. Professionelles Wahlkampfmanagement unter Einsatz neuer Medien, Strategien und Psychologien. Eichstätt 2000, S. 65–76, hier S. 68; Christina Holtz-Bacha: Wahlkampf in Deutschland. Ein Fall bedingter Amerikanisierung?, in: Klaus Kamps (Hg.): Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation. Wiesbaden 2000, S. 43–56; hier S. 43.

3 Unter Amerikanisierung wird in der Wahlkampfforschung je nach Definition entweder die zunehmende Annäherung von Wahlkämpfen an eine Art idealtypische Wahlkampagne, die als amerikanisch bezeichnet wird, mit dem realen amerikanischen Wahlkampf aber nicht notwendiger Weise etwas zu tun haben muss, oder aber eine zunehmende Übereinstimmung von Kampagnen außerhalb der USA mit realen amerikanischen Kampagnen verstanden. Neben diesen deskriptiven Amerikanisierungsbegriffen wird der Terminus in einer dritten Lesart auch als fortschreitende Annäherung an den realen Wahlkampf in den USA infolge amerikanischer Einflüsse definiert. Der Modernisierungsansatz sieht die Veränderungen von Wahlkämpfen hingegen als zwingende Anpassung an einen sozialen, politischen und medialen Wandel, den die USA lediglich früher durchlaufen haben; siehe hierzu Harald Schoen: Wahlkampfforschung, in: Jürgen Falter/Ders. (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden 2005, S. 503–542, hier S. 515–521.

lungstypologien von vormodernen über moderne bis hin zu unseren heutigen postmodernen Wahlkämpfen in der Wahlkampfforschung zumeist noch immer den vormodernen Wahlkämpfen zugerechnet.<sup>4</sup> Bedenkt man indes, dass derartige Einteilungen in der Wahlkampfforschung bislang ohnehin bestenfalls „heuristischen Wert“<sup>5</sup> besitzen, da eine empirische Prüfung der mit einer Modernisierung von Wahlkämpfen verbundenen Merkmale in Form eines Langzeitvergleichs aller deutschen Wahlkämpfe von 1949 bis heute nach wie vor aussteht und insofern niemand mit Gewissheit sagen kann, wie die Umbrüche von einer Wahlkampfphase zur nächsten exakt zu terminieren sind,<sup>6</sup> so scheinen die zahlreichen Hinweise auf die außergewöhnliche Modernität des Wahlkampfes 1961 in der Literatur doch darauf zu verweisen, dass die Wahlkampf-führung der Parteien in diesem Wahljahr sich von den vorangegangenen und möglicherweise auch nachfolgenden Wahlkämpfen abgehoben haben könnte. Zumindest scheint an vielen Stellen in der Literatur ein Bild dieses Wahlkampfes durch, dass Anlass dazu gibt, sich auch heute noch mit dem Wahlkampf 1961 auseinanderzusetzen, weil er sich der theoretischen Vorstellung eines linearen Modernisierungstrends deutscher Wahlkämpfe möglicherweise zu entziehen scheint oder gar einen Anstoß dazu liefern könnte, die Vorstellung von einer gleichförmig fortschreitenden Modernisierung der Wahlkampf-kommunikation grundsätzlich zu überdenken. In diesem Sinne können wir etliche Charakteristika des modernen Wahlkampfes möglicherweise bereits in den frühen Wahlkämpfen vorfinden, wohingegen manch späterer Wahlkampf diese Merkmale unter Umständen in deutlich geringerem Ausmaße aufweisen könnte.

Eine empirische Prüfung der Entwicklung von Wahlkämpfen im Zeitverlauf und damit eine Antwort auf die Frage, ob der Bundestagswahlkampf 1961 im intertemporalen Vergleich deutscher Wahlkämpfe tatsächlich eher den vormodernen oder den modernen Wahlkämpfen zuzurechnen ist und dabei möglicherweise sogar einen Wendepunkt darstellt, kann auch der nachfolgende Beitrag nicht leisten. Stattdessen kann im Nachfolgenden nur eine vorrangig deskriptive Einzelfallstudie des Bundestagswahlkampfes 1961 erfolgen, die den einschlägigen Merkmalen, welche mit der modernen Wahlkampagne verbunden werden, dabei jedoch besondere Aufmerksamkeit schenken wird. Darüber hinaus kann dieser Aufsatz obgleich seines Einzelfallstudiencharakters in der

---

4 Jochen Wagner: Deutsche Wahlwerbekampagnen made in USA? Amerikanisierung oder Modernisierung bundesrepublikanischer Wahlkampagnen. Wiesbaden 2005, S. 226–240.

5 Fritz Plasser/Gunda Plasser: Globalisierung der Wahlkämpfe. Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich. Wien 2003, S. 24.

6 Mona Krewel: Wahlkampfkommunikation im intertemporalen Vergleich. Forschungsdesiderata und -perspektiven bei der Untersuchung von Prozessen des Wandels in Wahlkämpfen, in: Esra Aydin u. a. (Hg.): Düsseldorf Forum Politische Kommunikation 2007 (Schriftenreihe DFPK 3). Berlin 2008, S. 169–197, hier S. 176.

vergleichenden Betrachtung mit anderen Wahlkampfstudien doch dazu beitragen, möglicherweise gewisse Zweifel an allzu simplen Vorstellungen von großen Unterschieden zwischen den damaligen und unseren heutigen Wahlkämpfen zu wecken.

Die nachfolgende Schilderung des Bundestagswahlkampfs 1961 wird sich dabei vor allem auf ausgewählte Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse<sup>7</sup> der Wahlkampfdokumente der Parteien und Protokolle der Sitzungen der Bundestagsvorstände und Bundestagsfraktionen aus dem Bundestagswahlkampf 1961 ebenso wie auf eine Sekundäranalyse von Experteninterviews mit Vertretern der Parteien sowie eine repräsentative Vorwahlbefragung aus der Kölner Wahlstudie von 1961 stützen.<sup>8</sup> Darüber hinaus werden aber auch einige ausgesuchte Ergebnisse einer quantitativen Inhaltsanalyse von Wahlwerbespots und Wahlkampfanzeigen in die nachfolgenden Darstellungen einfließen.<sup>9</sup> Aus Platzgründen wird sich der Beitrag dabei auf den Wahlkampf der beiden großen Parteien konzentrieren müssen. Dies scheint insofern gerechtfertigt, da „dies die mit Abstand größten, den Parteienwettbewerb im Allgemeinen und den

- 
- 7 Die qualitative Inhaltsanalyse wurde nach der von Gläser & Laudel (2009) vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Auswertung von Textdaten vorgenommen. Dabei wurde das relevante Textmaterial mit Hilfe eines auf theoretischen Vorüberlegungen basierenden Suchrasters in Textform (nicht-numerisch) aus dem Rohmaterial extrahiert. Das Suchraster konnte dabei während des gesamten Prozesses der Extraktion verändert werden und war in diesem Sinne entsprechend der qualitativen Herangehensweise als offen zu verstehen, wobei eine Veränderung des Suchrasters es aber gleichzeitig erforderte, nochmals zu Dokumenten, die bereits extrahiert wurden, zurückzukehren und diese auf Basis des geänderten Suchrasters erneut zu extrahieren. Im Anschluss an die Extraktion wurde das extrahierte Material bereinigt und das Suchraster zudem nochmals überarbeitet; siehe hierzu Jochen Gläser/Grit Laudel: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden 2009, S. 199–203.
- 8 Der Dank der Verfasserin gilt an dieser Stelle dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung ebenso wie dem Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Unterstützung bei der Recherche nach den Wahlkampfdokumenten von CDU und SPD aus dem Bundestagswahlkampf 1961. Darüber hinaus ist dem Bundesarchiv (BArch) zu danken, durch das der Verfasserin die Interviewtranskripte der Kölner Wahlforscher zur Verfügung gestellt wurden. Die Bereitstellung der Querschnittsbefragung aus der Kölner Wahlstudie von 1961 ist schließlich dem Datenarchiv für Sozialwissenschaften bei GESIS zu verdanken.
- 9 Im Gegensatz zu der obengenannten qualitativen Inhaltsanalyse folgte die Inhaltsanalyse der Wahlwerbespots und Wahlkampfanzeigen einer strikt quantitativen Herangehensweise. Basierend auf einem entsprechend der theoretischen Vorüberlegungen entwickelten Codebuch wurden die Wahlkampfanzeigen und Wahlwerbespots von zwei Codierern verschlüsselt (nummerisch) und die Codierungen anschließend in einen Datensatz überführt. Es wurden zwei Inter-Coder-Reliabilitätstests sowie ein Test auf Forscher-Codierer-Reliabilität gerechnet, im Rahmen derer für alle Variablen überwiegend gute ( $\geq .70$ ) bis sehr gute ( $\geq .80$ ) Koeffizienten mit Krippendorffs Alpha erreicht wurden; vgl. hierzu u. a. Patrick Rössler: Inhaltsanalyse. Konstanz 2005.

Wahlkampf im Besonderen dominierenden Kontrahenten sind. Aus ihren Reihen kommen in aller Regel Kanzler oder Kanzlerkandidaten ...“.<sup>10</sup>

Im weiteren Verlauf des Beitrags soll nun zunächst die Ausgangslage, in der sich die beiden Parteien zu Beginn des Bundestagswahlkampfes 1961 befanden, geschildert werden, um die Rahmenbedingungen für das Wahlkampfhandeln der Parteien zu skizzieren, da der sozialen Situation des Wahlkampfes in der Regel ein relevanter Einfluss auf die Handlungsentscheidungen der politischen Akteure zugeschrieben werden kann.<sup>11</sup> In diesem Sinne sollen im Zuge der Behandlung der Ausgangslage, wie sie sich für die beiden Parteien im Vorfeld des Wahlkampfes darstellte, zudem einige Annahmen bezüglich der aus diesen Rahmenbedingungen abzuleitenden Wahlkämpfe formuliert werden. Im Anschluss daran wird der Beitrag dann zunächst ausführlich auf den Wahlkampf der CDU eingehen, um sich sodann eingehend mit dem Wahlkampf der SPD zu beschäftigen. Da der Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 ein besonderes Ereignis im Bundestagswahlkampf 1961 darstellte, das den Wahlkampf beider Parteien entscheidend geprägt hat, soll dem Einfluss dieses einschneidenden Vorfalles auf den weiteren Verlauf des Wahlkampfes abschließend ein eigener Abschnitt gewidmet werden, bevor der Beitrag schließlich ein bilanzierendes Fazit zum Bundestagswahlkampf 1961 anbietet und versuchen wird, eine Perspektive für den Umgang der Wahlkampfforschung mit älteren Wahlkämpfen aufzuzeigen.

*Die Ausgangslage: „Der Wahlkampf 1961 wird deshalb von so großer Bedeutung sein, weil es für eine Partei wie die SPD sehr schwer sein würde, eine Wahl nach der anderen zu verlieren.“<sup>12</sup>*

Die CDU war aus der Wahl 1957 als klarer Sieger hervorgegangen. Die Wähler hatten den Christdemokraten eine absolute Mehrheit beschert.<sup>13</sup> Allerdings begann sich innerhalb der CDU langsam aber sicher eine Führungskrise abzuzeichnen. Die erneute Kandidatur von Konrad Adenauer für das Amt des Bundeskanzlers war innerparteilich nicht unumstritten und der Ton im Kampf um die Nachfolge „des Alten“ in den Reihen der Christdemokraten wurde zunehmend schärfer.<sup>14</sup> Wie stark die Spannungen im Hinblick auf Personalfragen

10 Volker Hetterich: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Opladen 2000, S. 15.

11 Krewel: Wahlkampfkommunikation im intertemporalen Vergleich, S. 180f.

12 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 14. September 1959, Fraktionssitzung, in: Reinhard Schiffers (Bearb.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/III.2). Düsseldorf 2004, S. 451–459, hier S. 459.

13 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 39.

14 Kanzlernachfolge. Sesselrücken, in: Der Spiegel 5 (1961), S. 13–15.

innerhalb der CDU tatsächlich waren, zeigte sich für die Öffentlichkeit vor allem im Zuge der von den Medien „Präsidentialkrise“ getauften Auseinandersetzungen um die Nachfolge von Theodor Heuss 1959. So hatte Konrad Adenauer kurzzeitig seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten erklärt, in der Hoffnung aus dieser Position heraus weiterhin einen entscheidenden Einfluss auf die Tagespolitik nehmen und die Auswahl des nächsten Kanzlerkandidaten der CDU maßgeblich beeinflussen zu können. Da sich jedoch abzeichnete, dass Adenauer den von der Fraktion als Kanzler favorisierten Ludwig Erhard auch als Bundespräsident nicht würde verhindern können, zog der Kanzler seine Kandidatur für das Bundespräsidentenamt mit der offiziellen Begründung zurück, die zu diesem Zeitpunkt so schwierigen außenpolitischen Lage mache es ihm unmöglich, sich jetzt aus der aktiven Bundespolitik zurückzuziehen. Stattdessen trat er erneut als Spitzenkandidat der CDU für die Bundestagswahl 1961 an.<sup>15</sup> Die Tatsache, dass die Autorität der zuvor stets unangefochtenen Führungsfigur Adenauer von seiner Partei mehr und mehr in Frage gestellt wurde, ließ jedoch nicht unerhebliche Konsequenzen erwarten, da eine Partei wie die CDU, die zu diesem Zeitpunkt nach wie vor durch außerordentlich starke Landesverbände aber auch konfessionelle Gegensätze geprägt wurde, einer straffen Führung als Klammer bedurfte, wenn sie zwischen den verschiedenen Länder- und Konfessionsinteressen nicht aufgerieben werden sollte.<sup>16</sup> Konrad Adenauer selbst skizzierte diese Schwäche seiner Partei mit den Worten: „[H]aben wir denn überhaupt eine Bundespartei? Haben wir eine? Wir haben eine Bundestagsfraktion, aber haben wir eine Bundespartei? Die haben wir nicht! Und das ist für unsere Partei eine sehr gefährliche Sache ...“.<sup>17</sup> Folgt man der „Party-Centered Theory of Professionalized Campaigning“, die von Gibson & Römmele (2001) vorgeschlagen wurde, dann sollten hierarchisch strukturierte Parteien es in Wahlkämpfen leichter haben, Neuerungen in ihrer Partei zu etablieren.<sup>18</sup> Die Führungskrise innerhalb der CDU ließ daher nicht unbedingt erwarten, dass die Christdemokraten 1961 in der Lage sein würden, ein Feuerwerk an Neuerungen im Rahmen ihrer Wahlkampagne abzufeuern, sondern im Wesentlichen ihre Kampagne von 1957 wiederholen würden.

Die SPD befand sich im Gegensatz zur CDU nach der Wahl 1957 zunächst in einer desaströsen Ausgangslage. Die Partei hatte die vorangegangene Wahl verloren und vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses stand der bisherige

---

15 Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991, S. 502–526.

16 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 39f. Dazu auch 1. Bundespartei – Landespartei – Kreisparteien. O. O. O. J., in: ACDP 07-001-12086, S. 1 (Bestand CDU-Bundespartei).

17 CDU-Bundestagsfraktion, 14. September 1959, S. 458.

18 Rachel Gibson/Andrea Römmele: A Party-Centered Theory of Professionalized Campaigning, in: The Harvard International Journal of Press/Politics 6 (2001), S. 31–43, hier S. 37.



politische Kurs der Sozialdemokraten grundlegend in Frage.<sup>19</sup> Da nach Gibson & Römmele (2001) davon ausgegangen werden kann, dass Parteien nach einem schlechten Wahlergebnis einen größeren Anreiz haben sollten, ihre Wahlkampagnen zu verändern,<sup>20</sup> hätte die in der Überschrift dieses Abschnitts zitierte Einschätzung der Christdemokraten, was von der SPD im Wahlkampf 1961 zu erwarten sein würde, nicht treffender sein können. Für die Sozialdemokraten ging es bei der Wahl 1961 tatsächlich um alles oder nichts. Die Krise, in die sich die SPD nach der Wahl 1957 gestürzt sah, ließ die CDU daher zu Recht befürchten, dass die Sozialdemokraten ihre Kampagne des Wahljahres 1957 nicht wiederholen würden, sondern im kommenden Wahlkampf stattdessen mit einigen Innovationen aufwarten und alles daran setzen würden, ihre Rolle als ewige Oppositionspartei endlich abzustreifen. Es stand zwar zu keinem Zeitpunkt das tatsächliche Ende der Sozialdemokratischen Partei zu befürchten, da die SPD als große alte Traditionspartei gesellschaftlich trotz ihres mangelnden Wahlerfolgs fest verankert war, jedoch war mit schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen und einer echten Zerreißprobe für die Partei zu rechnen, wenn den Sozialdemokraten eine Anerkennung ihrer Politik durch die Wähler im Wahljahr 1961 erneut versagt bleiben würde.<sup>21</sup> Ein erster Schritt auf dem Weg zur Erneuerung der SPD bestand infolgedessen bereits zwei Jahre vor dem Wahlkampf in der Verabschiedung des Godesberger Parteiprogramms,<sup>22</sup> das eine ideologische Wende für die Sozialdemokratische Partei markierte und dessen Ziel in erster Linie darin bestand, die Regierungsfähigkeit der SPD zu demonstrieren und der Partei neue Wählerschichten zu erschließen.<sup>23</sup> Diese Absicht wurde vom politischen Gegner auch von Anfang an erkannt. So hieß es aus den Reihen der CDU: „Das Godesberger Programm ist eine Ermächtigung für 1961. Man will zur Macht und zwar über die bürgerlichen Kreise und über Herrn Brandt. ... Auch Herr Wehner ... hat erkannt, daß man die Tür zu den bürgerlichen Kreisen nicht zuschlagen darf; denn man muß sie für die Wahl haben.“<sup>24</sup> Gleichzeitig eröffnete das 1959 beschlossene Godesberger Programm der SPD aber auch ganz neue Möglichkeiten hinsichtlich

19 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 40.

20 Gibson/Römmele: A Party-Centered Theory, S. 37.

21 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 41.

22 Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Bad Godesberg 1959. Unter [http://www.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger\\_programm.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger_programm.pdf) (Abruf: 30. März 2013).

23 Hans Hacker: Der Wahlkampf. O. O. O. J., S. 12.

24 CDU-Bundesvorstand: Sitzung vom 29. Januar 1960, in: Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994, S. 578–646, hier S. 601.

ihres Wahlkampfstils. In diesem Sinne sind es erneut Gibson & Römmele (2001), die darauf hinweisen: „... ideologically, the principles of marketing and use of outside consultancy firms underpinning professionalized campaigns are more consistent with the principle of a right-wing party. A left-wing or socialist party, in principle, would be expected to oppose the use of these business-type practices.“<sup>25</sup> Der ideologische Wandel der SPD von einer sozialistischen Arbeiterpartei hin zu einer modernen „Catch-All-Party“<sup>26</sup> ließ somit erwarten, dass es der SPD im Wahlkampf 1961 erstmals möglich sein würde, Wahlkampfmethoden einzusetzen, die eine Partei wie die CDU aufgrund ihrer ideologischen Positionierung bereits in früheren Wahlkämpfen einsetzen konnte. Dass die CDU bereits 1953 erste Ansätze gezeigt hatte, ihre Wahlkampfplanung wissenschaftlich durch externe Experten absichern zu lassen, wozu sie 1957 schließlich vollständig übergang<sup>27</sup>, bestätigen auch die frühen Wahlkampfbeobachtungen der Kölner Wahlforscher, und im Sinne der Überlegung von Gibson & Römmele (2001) spekulieren auch Wildenmann & Scheuch (1965) bereits damals, dass die Gründe für die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Parteien im Hinblick auf eine Professionalisierung ihrer Wahlkampforganisation ideologischer Natur sein könnten: „Hier hat es eine Partei, deren Verbindungen zur Wirtschaft so intim sind wie die der CDU, leichter, die Technologie der Markenartikelwerbung zu übernehmen und für ihre Zwecke zu modifizieren.“<sup>28</sup> Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass das Godesberger Programm somit für die SPD auch eine „Ermächtigung“ dergestalt bedeutet haben sollte, der Partei einen modernen Wahlkampf im Stile der beiden vorangegangenen CDU-Wahlkämpfe zu ermöglichen, der insbesondere eine Professionalisierung der Wahlkampforganisation im Sinne eines Outsourcings von Wahlkampfaufgaben an bezahlte Spezialisten beinhalten würde, die im Gegensatz zu engagierten Parteisoldaten weniger nach ideologischen Überzeugungen als vielmehr nach den Grundsätzen des politischen Marketings handeln.<sup>29</sup> Auch die CDU erkannte, dass sich aus dem Godesberger Programm

---

25 Gibson/Römmele: A Party-Centered Theory, S. 37.

26 Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 20–41.

27 Allgemein dazu auch Tilman Mayer (Hg.): Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer. Bonn 2009.

28 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 53.

29 Winfried Schulz: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik. Opladen 1997, S. 186f. Dazu auch Patrick Donges: Amerikanisierung, Professionalisierung, Modernisierung? Anmerkungen zu einigen amorphen Begriffen, in: Klaus Kamps (Hg.): Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation. Wiesbaden 2000, S. 27–42, hier S. 32; Christina Holtz-Bacha: Bundestagswahlkampf 1998 – Modernisierung und Professionalisierung, in: Dies. (Hg.): Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien. Ein Reader zum Wahljahr 1998. Opladen 2000, S. 8–29, hier S. 10; Dies.: The End of Old Certainties. Changes in the Triangle of Media, Political System, and Electorate and

für die SPD nicht nur Möglichkeiten ergeben, neue Wähler anzusprechen, sondern letztlich auch eine andere Form des Wahlkampfes zu verfolgen: „Das vom Godesberger Parteitag im November 1959 verabschiedete Grundsatzprogramm hat den Sozialisten eine neue Plattform für den Wahlkampf gegeben.“<sup>30</sup> Neben die ideologische Reform trat bei den Sozialdemokraten darüber hinaus auch eine personelle. Erstmals bei einer Bundestagswahl zog die SPD nicht mit ihrem Parteivorsitzenden in den Wahlkampf, sondern legt sich auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, als Spitzenkandidaten fest, der in Folge des andauernden Drucks auf Berlin bereits vor Beginn des Wahlkampfes auf eine gewisse Popularität bauen konnte und darüber hinaus nicht unbedingt als klassischer Sozialdemokrat galt, wodurch er die programmatische Erneuerung der SPD auch personell verkörpern konnte. Das Potential, das in der Person Brandt im Vergleich zu früheren SPD-Spitzenkandidaten lag, diskutierte auch die CDU bereits im Vorfeld des Wahlkampfes: „Nun, wie dem auch sei, jedenfalls tritt Adenauer zum erstenmal [sic!] ein Kanzlerkandidat entgegen, der ihm – im Moment – an Popularität annähernd gewachsen scheint. Schon das allein schafft eine neue Lage ...“<sup>31</sup>

Die Ausgangslage, aus der heraus die beiden großen Parteien in den Wahlkampf starteten, hätte demnach nicht unterschiedlicher sein können: Auf der einen Seite eine langjährige und erfolgreiche Regierungspartei, die jedoch inmitten einer Führungskrise steckte und deren einst so erfolgreiches Zugpferd Konrad Adenauer infolgedessen bereits angeschlagen in die Wahlauseinandersetzung ging. Auf der anderen Seite eine programmatisch erneuerte Oppositionspartei mit einem diese Erneuerung auch verkörpernden Spitzenkandidaten, die sich in ihrer Existenz jedoch durch eine Serie von Wahlniederlagen bedroht sah. Aus diesen unterschiedlichen Rahmenbedingungen konnten mit Hilfe der „Party-Centered Theory of Professionalized Campaigning“ zudem einige Annahmen über den von beiden Parteien zu erwartenden Wahlkampf formuliert werden. Wenngleich im Nachfolgenden bestenfalls plausible Argumente im Bezug auf diese Annahmen angeboten werden können, da die überwiegend qualitative Herangehensweise dieses Beitrags keinen Hypothesentest im strengen Sinne erlaubt, so werden die im Vorangegangenen formulierten Annahmen die folgenden Darstellungen doch zumindest strukturieren können.

---

Their Consequences, in: *Ethical Perspectives* 9 (2002), S. 222–229, hier S. 225; Dies.: *Parteien und Massenmedien im Wahlkampf*, in: Ulrich von Alemann/Stefan Marshall (Hg.): *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden 2002, S. 42–56, hier S. 47.

30 Vorstand der SPD: *Musterung vor dem Streit – SPD ist besser gerüstet*, in: *Tatsachen – Argumente* 3 (1960), in: *AdsD, SPD-Bundestagsfraktion* 3. WP, Box 627–628, Mappe 627.

31 Brandt contra Adenauer? *Braucht die Union einen zweiten Mann?*, in: *Die Politische Meinung* 51 (1960), S. 19–28, hier S. 24.

*Der Wahlkampf der CDU: „Adenauer, Erhard und die Mannschaft“<sup>32</sup>*

Wie schon 1957 engagierten die Christdemokraten auch 1961 wieder eine Reihe von unabhängigen externen Werbefachleuten,<sup>33</sup> aber auch erstmals statt einer gleich zwei Werbeagenturen (Die WERBE, Essen, und Dr. Hegemann, Düsseldorf)<sup>34</sup>, die der Partei vor und während dem Wahlkampf zur Seite standen und in einem Konkurrenzverfahren arbeiteten, so dass die CDU stets die Wahl zwischen zwei Vorschlägen hatte<sup>35</sup>. Die Agenturen waren unter anderem für die Anzeigen- und die Plakatwerbung aber auch für die Ausarbeitung einer Wahlillustrierten zuständig.<sup>36</sup> Neben diesen eher gestalterischen Aufgaben wurden zudem auch allgemeine Beratungsleistungen vertraglich vereinbart,<sup>37</sup> weshalb die Mitarbeit der Agenturen an der Wahlkampfkonzeption der Partei mehr als eine bloße Kommerzialisierung von zuvor unentgeltlich durch die Parteimitgliedern erbrachten Dienstleistungen darstellte und stattdessen als echte Professionalisierung des CDU-Wahlkampfs interpretiert werden kann. Im Bereich der Meinungsforschung lieferten schließlich das Emnid-Institut und das Institut für Demoskopie Allensbach der Partei die Zahlen auf deren Basis sie ihre Kampagne plante.<sup>38</sup>

Die umfangreiche Absicherung der CDU-Kampagne mittels Umfragedaten hinterließ zudem ihre Spuren bezüglich der gezielten Ansprache bestimmter Wählersegmente im Wahlkampf. In diesem Sinne konzentrierte die CDU ihren Wahlkampf vor allem auf die unentschlossenen Wähler, die man als unpolitisch erachtete und daher versuchte, sie vor allem mit positiver Sympathiewerbung anzusprechen,<sup>39</sup> weil man davon ausging, dass harte politische Auseinandersetzungen diese Zielgruppe abschrecken könnten.<sup>40</sup> Genauso diente die Schaltung von Wahlkampfanzeigen in den Illustrierten dem Zweck, die unent-

32 Kanzlernachfolge. Sesselrücken, in: Der Spiegel 5 (1961), S. 14.

33 Rias II: Abschrift der Sendung „Wahlkampfleiter der Parteien erläutern ihre Tätigkeit“. O.O. 1961, in: AdSD, Karl Anders, Box 1, Mappe SPD-Bundestagswahlkampforganisation, S. 1.

34 Konrad Kraske: Vermerk für Herrn Dr. Krone. Besprechung zur Wahlvorbereitung am 8. Juni. Bonn 1960, in: ACDP 01-028-026/4, S. 2 (Nachlass Heinrich Krone).

35 Konrad Kraske: Die Bundestagswahl 1961. Vorbereitung – Ergebnis – Folgerungen. Eine Analyse im Auftrag des Bundesvorstandes der CDU. Bonn 1962, in: ACDP 07-001-5026, S. 19.

36 Dem Bundeskanzler vorzulegen. Bonn 1961, in: ACDP 07-001-12086, S. 7.

37 Konrad Kraske: Brief an Herrn Professor Dr. Fritz Burgbacher, MdB. Btr.: Vertragsabschluss mit Werbeagenturen, in: ACDP 07-001-1011, S. 2.

38 Vermerk für den Herrn Bundeskanzler. Btr. Stand der Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf, in: ACDP 07-001-12086, S. 1. Dazu auch Beschlussprotokoll der ersten Besprechung des zur Vorbereitung der Bundestagswahlen gebildeten Arbeitskreises am 9. Dezember 1960 im Hause Schleswig-Holstein in Bonn, Drachenfelsstraße 17, in: ACDP 01-028-026/4, S. 1.

39 Dem Bundeskanzler vorzulegen, in: ACDP 07-001-12086, S. 8.

40 Kraske: Die Bundestagswahl 1961, in: ACDP 07-001-5026, S. 34.

schiedenen und damit aus Sicht der CDU zugleich auch unpolitischen Wähler anzusprechen.<sup>41</sup> Die von der CDU im Vorfeld des Wahlkampfes ausgebildeten Vertrauensleute sollten außerdem versuchen, in einen direkten Kontakt mit den unentschlossenen Wählern zu kommen.<sup>42</sup>

Neben der Orientierung des Wahlkampfes an der Nachfrage der Wähler gab es mit den Medien für die CDU noch einen weiteren Fixpunkt, nach dem sie ihre Kampagne ausrichtete. Dies galt vor allem für das Fernsehen, dessen gestiegene Bedeutung als Wahlkampfkanal sich im Rahmen der Kampagne der Christdemokraten unter anderem anhand der Wichtigkeit demonstrieren lässt, welche man der Vorbereitung der Wahlwerbespots im Fernsehen beimaß: „Im Hörfunk und im Fernsehen stand den Parteien im Wahlkampf 1961 wesentlich mehr Zeit zur Verfügung, als im Wahlkampf 1957. Gleichzeitig handelte es sich hier um eines der wichtigsten und der wirksamsten Werbemittel. Die Hörfunk- und Fernsehsendungen der CDU/CSU waren deshalb von langer Hand sorgfältig vorbereitet, um auf keinen Fall durch Improvisationen irgendwelche Chancen zu verschenken.“<sup>43</sup> Die CDU investierte jedoch nicht nur in ihre paid media-Kampagne, sie erkannte vor allem auch die Bedeutung der free media:<sup>44</sup> „Die Willensbildung in der Demokratie ... vollzieht sich unter eine Vielzahl widerstreitender Einflüsse, die sich zum guten Teil gegenseitig neutralisieren, und in deren Rahmen die allgemeinen meinungsbildenden Medien (insbesondere Presse, Funk und Film) allein quantitativ eine wesentlich größere Rolle spielen, als es die intensivste Wahlkampfwerbung zu tun vermag.“<sup>45</sup> Die Bedeutung, die man dem Fernsehen in der Bundes-CDU schon damals beimaß, zeigte sich auch in den medienpolitischen Plänen Adenauers mit Hilfe der Gründung der Deutschland-Fernsehen GmbH ein privates, zweites Fernsehprogramm errichten zu wollen, das durch eine Anteilmehrheit in erster Linie dem Bund und in erst in zweiter Linie den Ländern unterstellt sei sollte. Auf diese Weise wollte Adenauer ein Gegengewicht zu den aus seiner Sicht linken öffentlich-rechtlichen Länderanstalten im Wahlkampf 1961 und darüber hinaus bilden. Wenngleich der Bundeskanzler diese Idee in ihrer ursprünglichen Form aufgrund des Widerstandes der Länder einschließlich der CDU-Ministerpräsidenten letzten Endes auch nicht realisieren konnte, weil es zu einer Klage der SPD regierten Länder in Karlsruhe kam, die schließlich in einem Bundes-

41 Ebd., S. 37.

42 Dem Bundeskanzler vorzulegen, in: ACDP 07-001-12086, S. 3.

43 Ebd., S. 40.

44 Während unter „paid media“ jede Art von bezahlter Werbung seitens der Parteien im Wahlkampf zu verstehen ist, meint der Begriff „free“ oder auch „earned media“ die redaktionell zu verantwortende alltägliche politische Berichterstattung in den Medien, wobei es hier Absicht der Parteien ist, diese im Sinne ihrer Wahlkampfziele zu beeinflussen; siehe hierzu Schoen: Wahlkampfforschung, S. 510.

45 Kraske: Die Bundestagswahl 1961, in: ACDP 07-001-5026, S. 31.

verfassungsgerichtsurteil mündete, das die Zuständigkeit der Länder für die Organisation des Rundfunk anerkannte, so demonstriert der Wunsch eines starken Einflusses des Bundes auf den Rundfunk doch die Wichtigkeit dieses Kommunikationskanals insbesondere in den Augen des Bundeskanzlers zu einem sehr frühen Zeitpunkt.<sup>46</sup>

Hatte die CDU ihre vorangegangenen Wahlkämpfe hoch personalisiert als Adenauer-Wahlkämpfe geführt und galt vielen gar als Kanzlerwahlverein, so stellte sie Adenauer zwar auch in diesem Wahlkampf wieder heraus, setzte 1961 vor dem Hintergrund der Nachfolgediskussion aber erstmals stärker auf einen Mannschaftswahlkampf.<sup>47</sup> Hinzukam, dass sich die Christdemokraten zudem mit einem „Anti-Adenauer-Wahlkampf“<sup>48</sup> der FDP konfrontiert sahen, da die Liberalen in der Hoffnung, sich auf diese Weise als Korrektiv einer CDU-Übermacht positionieren zu können, mit dem Versprechen nach der Wahl den Rücktritt Adenauers herbeizuführen, ihre Kampagne bestritten.<sup>49</sup> Insbesondere in der letzten Phase des Wahlkampfes ließ sich schließlich auch die schwelende Personaldebatte im Bezug auf die Kanzlernachfolge nicht mehr länger unterdrücken. Im Rahmen der Werbekampagne der Partei machte sich dies vor allem dadurch bemerkbar, dass die Christdemokraten dazu übergingen, vermehrt auch den Wirtschaftsminister und wahrscheinlichsten „Kronprinzen“ der Partei, Ludwig Erhard, zu plakatieren.<sup>50</sup> Die Führungskrise in der CDU-Spitze schlug sich jedoch nicht nur in einem Mannschaftswahlkampf nieder, sie verhinderte an einigen Punkten auch eine zentrale Leitung des Wahlkampfes. So wollte die Parteispitze in diesem Wahlkampf beispielsweise auf eine Wahlillustrierte verzichten, da die Werbeagenturen hiervon abgeraten hatten, es gelang ihr jedoch nicht, die Abschaffung dieses Werbemittels gegen die Landesverbände durchzusetzen, die auf der Fortführung dieses Wahlkampf-instrumentes bestanden.<sup>51</sup> Im Rahmen einer Tagung, die sich der Evaluation des Bundestagswahlkampfes widmete, kritisierten so dann auch einige der geladenen Wahlbeobachter im Nachgang, dass es der CDU während des Wahl-

---

46 Hanns Jürgen Küsters: Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen, in: Karl-Günther von Hase (Hg.): Konrad Adenauer und die Presse (Rhöndorfer Gespräche 9), Bonn 1988, S. 13–31, hier S. 26–30.

47 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 43f. Dazu auch Leitsätze für den Bundestagswahlkampf 1965, in: ACDP 07-001-5076, S. 4.

48 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 44.

49 Ebd.

50 Uwe Schleth: Protokoll über ein Gespräch Ministerialrat Dr. Hohmann – Schleth am 13. September 1961 anlässlich der Teilnahme an der Wahlreise Erhards durch Niedersachsen, in: BArch N1404/592, S. 4.

51 Dem Bundeskanzler vorzulegen, in: ACDP 07-001-12086, S. 7.

kampfs an Koordination vor allem innerhalb des Kreises der führenden CDU-Politiker gemangelt habe.<sup>52</sup>

Betrachtet man weiter die verschiedenen Kampagnenstrategien, die Parteien in Wahlkämpfen einsetzen können, so scheint eine Strategie immer wieder in besonderem Maße mit diesem Wahlkampf verbunden zu werden: Das sogenannte Negative Campaigning. In diesem Sinne existiert bezüglich des Wahlkampfes 1961 vor allem die Vorstellung von einer schmutzigen Kampagne der CDU gegen die Person des SPD-Spitzenkandidaten Willy Brandt<sup>53</sup> und sicherlich lassen sich auch etliche Belege für eine Negativkampagne der CDU finden. So wurden zum Beispiel Trickfilme und Tonbildschauen produziert, die sich nach Angaben der CDU „polemisch mit der SPD auseinandersetzen“<sup>54</sup> sollten. Brandt persönlich wurde im Verlaufe des Wahlkampfes als Vaterlandsverräter und Casanova angegriffen und seine Herkunft als uneheliches Kind geriet ebenfalls zum Gegenstand der Wahlkampfauseinandersetzungen,<sup>55</sup> insbesondere nach dem Konrad Adenauer ihn anlässlich einer Wahlkampfrede in Regensburg im August 1961 als „Willy Brandt alias Frahm“ titulierte hatte.<sup>56</sup> Die inhaltsanalytischen Daten zeigen jedoch, dass das Bild einer außergewöhnlich stark personalisierten Negativkampagne gegen den SPD-Kanzlerkandidaten zumindest in Teilen revidiert werden muss. Schaubild 1 stellt dar, worauf die Negativwerbung der CDU im Vergleich der Wahlkämpfe 1957, 1961 und 1965 ebenso wie im Vergleich verschiedener Wahlwerbemedien jeweils zielte, d. h. ob das Objekt der Negativwerbung eher die Person oder aber der Standpunkt des politischen Gegners war. Zunächst einmal zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Angriffe seitens der CDU in allen drei Wahljahren auf die vom politischen Gegner vertretenen Standpunkte zielte.

Der Anteil an Angriffen auf die Person gegnerischer Politiker fällt dagegen im Zeitraum von 1957 bis 1965 eher gering aus. Zwar nahmen die Angriffe auf die Person von Politikern 1961 (26,4 Prozent) gegenüber 1957 (13,3 Prozent) deutlich zu, um dann aber 1965 (27,5 Prozent) schließlich in etwa auf diesem Level zu verharren. Somit scheint es zwar zu einer Zunahme persönlicher Angriffe im Wahlkampf 1961 gekommen zu sein, was auch die einhellige Vorstellung von einem besonders harten Wahlkampf gegen die SPD und ihren Kandidaten in der Wahlkampfliteratur erklärt, nichtsdestotrotz sticht die CDU-Kampagne von 1961 in dieser Hinsicht nicht besonders hervor, wenn man sie beispielsweise mit

52 Politische Akademie Eichholz: Kurzprotokoll der Auswertungstagung zum Bundestagswahlkampf 1961 am 19./20. Januar 1962, in: ACDP 07-001-5032, S. 4.

53 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 60.

54 Dem Bundeskanzler vorzulegen, in: ACDP 07-001-12086, S. 9.

55 Mona Krewel: Brandt, Willy (1913–1992), in: Lynda Lee Kaid/Christina Holtz-Bacha (Hg.): Encyclopedia of Political Communication. Vol. 1. Thousand Oaks, CA 2008, S. 65.

56 Hanns Jürgen Küsters: Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1992), S. 483–542, hier S. 483.

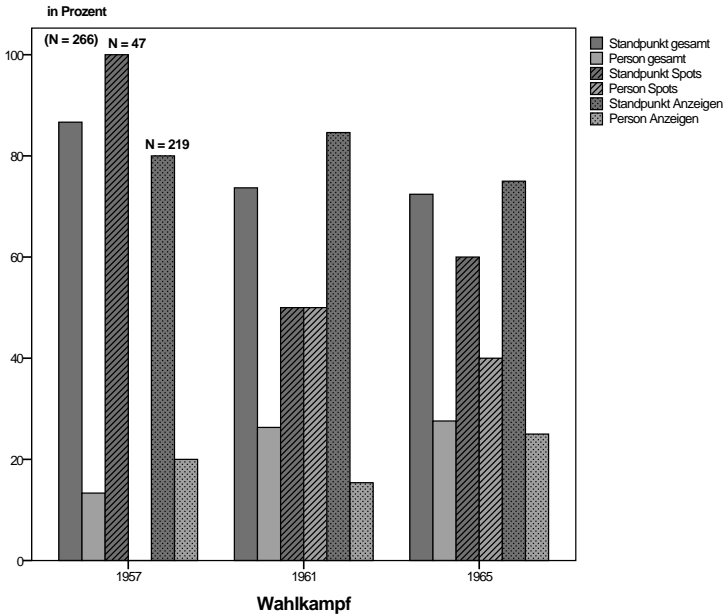


Schaubild 1: Objekt der Negativwerbung in der CDU-Wahlwerbung 1957–1965

dem Wahlkampf 1965 vergleicht. Zugleich muss man aber wiederum ergänzen, dass sich die Mehrheit der persönlichen Angriffe im Wahlkampf 1961 tatsächlich gegen den Kanzlerkandidaten der SPD im Speziellen richtete (21,1 Prozent) und nur selten andere sozialdemokratische Politiker (5,3 Prozent) zum Ziel persönlicher Angriffe durch die Christdemokraten wurden.<sup>57</sup> Darüber hinaus wurden im Rahmen der hier durchgeführten Inhaltsanalyse nur Wahlwerbespots und Wahlkampfanzeigen untersucht. Es scheint jedoch so, als könne ein Großteil des gegen Brandt verbreiteten Kampagnenmaterials und zwar vor allem jenes, das in besonderem Maße diffamierende Äußerungen enthielt und damit wohl zu dem Eindruck einer Schmutzkampagne beigetragen haben dürfte, nicht der CDU selbst zugeschrieben werden. Urheber waren stattdessen Privatpersonen, die in dem Bestreben handelten, die CDU auf diese Weise zu unterstützen. Hierzu müs-

57 Im Wahlkampf 1957 richteten sich die persönlichen Angriffe der CDU überhaupt nicht gegen den Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten Erich Ollenhauer, sondern ausschließlich gegen andere SPD-Politiker. 1965 hingegen widmeten sich 21,4 Prozent aller persönlichen Angriffe dem SPD-Kanzlerkandidaten und sogar nur 3,4 Prozent anderen Sozialdemokraten.



sen insbesondere die Publikationen des Herausgebers der Passauer Neuen Presse Hans Kapfinger gezählt werden.<sup>58</sup> Für die CDU waren diese Aktionen jedoch tatsächlich alles andere als hochwillkommene Wahlgeschenke.<sup>59</sup> In diesem Sinne vertrat beispielsweise Ministerialrat Hohmann die Auffassung, dass die Kapfinger-Aktionen und insbesondere auch die Veröffentlichung von mutmaßlich privaten Briefen Brandts an die Bonner Journalistin Susanne Sievers der CDU letztlich mehr geschadet als genützt hätten.<sup>60</sup> Darüber hinaus hatten die Wahlkampfstrategen der CDU in dem Wissen, dass ein allzu aggressiver Umgang mit Brandt möglicherweise einen „Backlash-Effekt“<sup>61</sup> auf den Angreifer zur Folge haben könnte, zudem etliche negative Artikel und private Informationen, die ihnen angeboten wurden, explizit abgelehnt.<sup>62</sup> Wie sich die SPD im Bezug auf den Einsatz von Negativwerbung im Vergleich dazu hielt, wird der nun folgende Abschnitt zeigen.

*Der Wahlkampf der SPD: „Wir brauchen eine andere Wahlpropaganda; lasst uns die Wahl gewinnen“<sup>63</sup>*

Mit dieser Einschätzung von Veränderungen in der sozialdemokratischen Kampagne und dem diesem Wandel zugrundeliegenden Motiv hatte die CDU den Nagel im Grunde genommen bereits auf den Kopf getroffen. So gab die SPD schon in der Vorbereitung ihres Wahlkampfes geradezu ein Paradebeispiel politischen Lernens ab. Hatte sie den Wahlkampfstil der Christdemokraten 1957 noch kritisiert, so nahmen die Sozialdemokraten sich diesen 1961 schließlich zum Vorbild. Dementsprechend kann man in den Wahlkampfbeobachtungen Kitzingers (1960) zum Wahlkampf 1957 lesen: „Die SPD war ihrer ganzen Natur nach nicht in der Lage, einen Wahlkampf zu führen, wie ihn die CDU sich leisten konnte. Ihre große und aktive Mitgliederschaft, ihre innere Struktur, ihre Einstellung zum Wähler und ihre Sorge um demokratisches Verhalten hätten sie gehemmt. Das Publikum wie die Partei selbst hätte alles, was zu aalglatt amerikanisch im Stil erschien, als ihrem Charakter widersprechend empfunden.“<sup>64</sup> Wie bereits thema-

58 Die Kapfinger Kampagne. Der unterwellige Tod, in: Der Spiegel 11 (1961), S. 30–32.

59 Uwe Schleth: Telefongespräch Elscher–Schleth, am 11. Juli 1961, 10 Uhr, in: BArch N1404/593, S. 1.

60 Schleth: Protokoll über ein Gespräch Ministerialrat Dr. Hohmann, in: BArch N1404/592, S. 4.

61 Gina M. Garramone: Voters responses to negative political ads, in: Journalism Quarterly 61 (1984), S. 250–259.

62 Uwe Schleth: Interview Gerhard Elschner – Schleth, am 31. Mai 1961, Bundesgeschäftsstelle CDU Bonn, Nassestr. 16.00 Uhr–17.30 Uhr, in: BArch N1404/593, S. 13f.

63 CDU-Bundesvorstand: Sitzung vom 11. Juli 1961, in: Buchstab: Adenauer, S. 938–1003, hier S. 949.

64 Uwe W. Kitzinger: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957. Göttingen 1960, S. 116.

tisiert, hatte sich jedoch gerade diese Natur der SPD zwischen 1957 und 1961 entscheidend verändert. Und so überrascht es dann auch nicht, dass sich die SPD bei der Vorbereitung ihres Wahlkampfes 1961 ganz im Stile der vorangegangenen CDU-Kampagnen erstmals massiv auf externe Experten verließ, mit denen schließlich auch eine deutliche Umfrage-, Zielgruppen- und Medienorientierung Einzug in den sozialdemokratischen Wahlkampf hielt.<sup>65</sup> In diesem Sinne gab die SPD vorrangig auf Umfragedaten basierende Untersuchungen bei kommerziellen Instituten in Auftrag, so unter anderem bei Emnid,<sup>66</sup> aber auch bei dem mit der Partei eng verbundenen Institut für angewandte Sozialwissenschaft,<sup>67</sup> die unter anderem die Wirkung von Partei- und Wahlprogramm, aber auch einzelner Werbemittel im Wahlkampf, die Bewertung der Parteien und Kandidaten, ebenso die mit ihnen verbundenen Eigenschaften und zugeschriebenen Problemlösungskompetenzen, die Rolle der Medien und vor allem auch den Einfluss von Ereignissen auf das Wählerverhalten in der heißen Wahlkampfphase analysieren sollten. Die SPD ließ zudem die Wirkung einzelner Fernsehinterviews ihres Spitzenkandidaten testen<sup>68</sup> und verwendete in ihren Anzeigen bevorzugt Begriffe, die in Tests zuvor positiv mit Brandt assoziiert worden waren.<sup>69</sup> Zur Optimierung des Auftritts ihres Kandidaten ließ die SPD sich außerdem von Journalisten beraten.<sup>70</sup> Die Medienschaffenden wurden dabei insbesondere hinsichtlich möglicher Angriffe auf Brandt in Anspruch genommen.<sup>71</sup> Für die Beurteilung der Wirkung der gegnerischen Kampagne zogen die Sozialdemokraten dagegen Werbepsychologen zu Rate.<sup>72</sup> Die Plakatentwürfe ebenso wie die Produktion der Wahlwerbespots lagen

---

65 Held nach Maß, in: Der Spiegel 37 (1961), S. 28–44, hier S. 30.

66 Emnid: Die Anhängerschaft der politischen Parteien und ihre Entwicklung. Eine Spezialuntersuchung im Auftrag des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bielefeld 1961, in: AdsD, Karl Anders, Box 1, Mappe SPD-Bundestagswahlkampforganisation 1961.

67 Erwin Scheuch/Günther Edler/Wolfgang Leirich: Protokoll über ein Gespräch mit dem Herrn Liepelt und Hartenstein, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bad Godesberg, Gotenstr. 27, am 17. Juli 1963. o.O. 1963, in: BArch, N1404/592, S. 1.

68 SPD: Sitzung des PV- und Fraktionsvorstandes am 19. September 1961, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Box Sitzungen des Parteivorstandes September, Mappe 19.9.1961 und 20.9.1961, S. 4. Dazu auch SPD-Bundestagsfraktion: Sitzung des Arbeitskreises am Freitag und am Sonnabend, 16.–17. Juni 1961, in Berlin. Arbeitskreis Politisches Laboratorium. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 629–631, Mappe 629, S. 3f.

69 SPD-Bundestagsfraktion: Sitzung des Arbeitskreises am Freitag, dem 21. Juli 1961, in Bonn. Arbeitskreis Politisches Laboratorium. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 627–628, Mappe 628, S. 5.

70 SPD-Bundestagsfraktion: Sitzung des Arbeitskreises am Freitag, dem 14. Juli 1961, in Bonn. Arbeitskreis Politisches Laboratorium. Bonn 1961, ebd., S. 14.

71 Werner Stelzer: Brief an Herrn Brandt. Btr. Wahlkampf 1961: Gefahren und Möglichkeiten für den Kanzlerkandidaten der Sozialdemokratischen Partei, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 623–624, Mappe 623, S. 11.

72 Vorstand der SPD: Bonner Depesche. Staatspolitischer Wochenspiegel 18/61. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 639–640, Mappe 640.

schließlich ebenfalls in den Händen von Spezialisten.<sup>73</sup> Darüber hinaus wurde zum Zwecke der Beratung des Kanzlerkandidaten ein eigener Arbeitskreis, das sogenannte Politische Laboratorium, gegründet, der sich aus Experten verschiedener Disziplinen zusammensetzte, die regelmäßig zusammenkamen, um Empfehlungen für den Wahlkampf des Kandidaten auszuarbeiten und insbesondere seine Fernsehauftritte vorzubereiten.<sup>74</sup> Einige Wissenschaftler wechselten für den Zeitraum des Wahlkampfs aber auch ganz in die Parteizentrale der SPD.<sup>75</sup>

Insbesondere die Beschäftigung von Meinungsforschern brachte für die SPD auch einen stärkeren Zuschnitt ihrer Kampagne auf bestimmte Zielgruppen mit sich. Aufgrund der Tatsache, dass die SPD mit Hilfe des Godesberger Programms natürlich vor allem Wähler jenseits ihrer Stammwählerschaft anzusprechen versuchte und festgebundene CDU-Wähler sich wohl nur schwer von ihrem Gesinnungswandel hätten überzeugen lassen, lag es nahe, den Wahlkampf auf die schwach gebundenen Wähler anderer Parteien und die Unentschiedenen zu konzentrieren: „Ganz grob gesehen sind es also zwei Hauptgruppen, denen wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen a.) die Randschichten der Wähler, die sich vorläufig entschieden haben und b.) die Unentschlossenen. Diese Wählergruppen anzusprechen und sie zu gewinnen versuchen, ist die besondere Aufgabe unserer Werbung.“<sup>76</sup> Für gezielte Werbung lassen sich im SPD-Wahlkampf 1961 dementsprechend auch zahlreiche Beispiele finden, die von speziellen Wählerbriefen für Jungwähler über eine eigene Wahlkampfzeitung für Landwirte und besonderen Flugblätter zur Ansprache von Katholiken bis hin zu Tagungen für Frauen, Angestellte und Gewerkschafter reichten.<sup>77</sup>

73 Heinrich Hartmann: Brief an Karl Anders, Parteivorstand der SPD. Reutlingen 1961. Dazu auch Parteivorstand der SPD: Sitzung des Parteivorstandes am 1. und 2. Juli 1961, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Box Sitzungen des Parteivorstandes, Mappe 1./2.7.1961, S. 59.

74 Günther Edler: Gespräch am 28. August 1961 mit Herrn Stelzer im Bundeshaus, 16.00 bis 17.00 Uhr 10, in: BArch N1404/595, S. 1f. Dazu auch SPD-Bundestagsfraktion: Protokoll der Sitzung am 2. Juni 1961, Bonn, Bundeshaus. Arbeitskreis Politisches Laboratorium. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 629–631, Mappe 629, S. 5.

75 Günther Edler: Protokoll über ein Gespräch mit Herrn Warner, Referent für Film, Funk und Fernsehen beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei in Bonn am 5. Juli 1961; Dauer des Gesprächs etwa 1 ½ Stunden, in: BArch N1404/592, S. 4f.

76 Vorstand der SPD/Referat Werbung und Propaganda: Wie führe ich den Wahlkampf? Kurzhinweise zur schnellen Unterrichtung. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 636–638, Mappe 638, S. 20.

77 Vorstand der SPD: Bonner Depesche. Staatspolitischer Wochenspiegel 30/61. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 639–640, Mappe 640. Dazu auch SPD: Nach Feierabend. Zeitschrift für die ländliche Bevölkerung. Sondernummer Bundestagswahl. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 639–640, Mappe 639; Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker: Zur Orientierung katholischer Wähler. Mannheim 1961, ebd. SPD-Bundestagsfraktion: Kurzprotokoll der Fraktionssit-

Davon, dass mit den externen Spezialisten nicht nur eine deutliche Zielgruppenansprache, sondern darüber hinaus auch eine starke Orientierung an den Medien Einzug in den sozialdemokratischen Wahlkampf hielt, zeugt nicht nur die Tatsache, dass die SPD den Rat von Journalisten suchte, sondern auch unzählige Stellungnahmen von SPD-Politikern und Funktionären. Exemplarisch soll hier Klaus von Dohnanyi zitiert werden, der die Bedeutung, welche die Sozialdemokraten vor allem dem Fernsehen im Wahlkampf 1961 beimaßen, mit den Worten zusammenfasste: „Keines der modernen Massenmedien besitzt im Hinblick auf den Wahlkampf 1961 auch nur annähernd die Bedeutung und die Möglichkeiten des Fernsehens. Bei einer Zahl von mehr als 5 Millionen angemeldeten Fernsehgeräten ist dieses Medium in der Lage, bis zu 10 Millionen Wähler anzusprechen, das ist ca. ein Viertel der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik. Die Parteien haben die Bedeutung des Fernsehens für die Führung des Wahlkampfes erkannt und daher beträchtliche Anstrengungen gemacht, die zur Verfügung gestellte Zeit durch eine optimale Ansprache an das Fernsehpublikum zu nutzen.“<sup>78</sup> Die besondere Rolle, die das Fernsehen als nunmehr wichtigstes Wahlkampfmedium spielte,<sup>79</sup> spiegelte sich auch in der Tatsache, dass die SPD ein Fernsehduell zwischen den beiden Spitzenkandidaten forderte, das der amtierende Bundeskanzler jedoch ablehnte.<sup>80</sup> Dass die Sozialdemokraten 1961 im Allgemeinen zudem ein aktives Themen-, Ereignis-, Nachrichten- und Botschaftsmanagement im Umgang mit den Medien betrieben, verdeutlichen darüber hinaus Pläne für das Füllen des medialen Sommerlochs durch die Generierung entsprechender Pseudo-Ereignisse<sup>81</sup> oder aber die Orientierung der Veröffentlichung von Nachrichten an den Redaktionsschlüssen der Journalisten,<sup>82</sup> um nur einige Beispiele zu nennen.

Die oben geschilderte Anlehnung der SPD an der christdemokratischen Kampagne von 1957 und die Professionalisierung des SPD-Wahlkampfes ebenso wie die daraus schließlich resultierende Umfrage-, Zielgruppen- und Medienorientierung des sozialdemokratischen Wahlkampfes muss dabei wohl vor

---

zung vom 9. Februar 1960, 11 Uhr, Bonn 1960, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 6, S. 1.

78 Klaus von Dohnanyi: Brief im Auftrag von Infratest an J. F. Warner Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: AdsD, Karl Anders, Box 1, Mappe SPD-Bundestagswahlkampforganisation 1961, S. 1.

79 Günther Edler: Gespräch mit Karl Anders am 25. April 1962 in dessen Haus in Götzenheim über Langen, in: BArch N1404/595, S.4.

80 SPD-Bundestagsfraktion: Sitzung des Arbeitskreises am Freitag, den 4. August 1961, in Bonn. Arbeitskreis Politisches Laboratorium. Bonn 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 629–631, Mappe 629, S. 11. Dazu auch Krewel: Brandt, S. 65.

81 SPD-Bundestagsfraktion: Sitzung des Arbeitskreises am Freitag, dem 21. Juli 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 627–628, Mappe 628, S.1.

82 SPD-Bundestagsfraktion: Sitzung des Arbeitskreises am Freitag, den 14. Juli 1961, ebd., S. 15.

allem auch als Folge der Bewertung der CDU-Kampagne von 1957 als außerordentlich erfolgreich in den Medien, aber auch in den wissenschaftlichen Publikationen zu diesem Wahlkampf gesehen werden.<sup>83</sup> So beschrieb die SZ die CDU-Kampagne von 1957 exemplarisch für viele Medienkommentare als „größte Propagandalawine der deutschen Parteigeschichte“<sup>84</sup> und legte der SPD nahe: „Mit der roten Fahne und der alten Genossen-Herrlichkeit allein ist es eben nicht zu machen. Mit außenpolitischen Parolen, die angesichts der Weltlage notwendigerweise im Nebel schwimmen, gewinnt man keine Wahlen gegen ein geschicktes Managertum, das aus der dem Wähler genehmen Vereinfachung der Dinge eine einträgliche Tugend zu machen vermag.“<sup>85</sup> Aber auch die SPD-Spitze selbst hatte den überragenden Wahlsieg der CDU bereits am Montag nach der Wahl 1957 vor allem als Erfolg einer ungleichen Kampagne gedeutet.<sup>86</sup> Dass die oben benannten Veränderungen in der Wahlkampforganisation der SPD dabei erst vor dem Hintergrund des neuen Parteiprogramms stattfinden konnten, bekräftigte auch SPD-Wahlkämpfer Schütz im Interview mit den Kölner Wahlforschern. Hier heißt es: „Herr Schütz bestätigt, dass diese Art der Wahlkampfführung nur möglich gewesen sei, weil vorher bereits Datenveränderungen eingetreten sind. Als solche sieht er das Godesberger Programm ...“<sup>87</sup>. Die Tatsache, dass die SPD ihren Wahlkampf auf dem Boden des Godesberger Programms nach dem Muster vorangegangener CDU-Kampagnen ausrichtete, ließ die Wahl 1961 damit letztlich aber auch zu einer Schicksalsfrage für die SPD-Spitze und den von ihr eingeschlagenen Reformkurs werden. Wenn sich die ideologischen Reformen und der daraus resultierende neue Wahlkampfstil nicht bezahlt gemacht und die SPD zumindest in die Nähe einer realistischen Regierungsbeteiligung gerückt hätten, kann davon ausgegangen werden, dass der Parteiführung sicherlich inhaltliche und personelle Konsequenzen gedroht hätten, weshalb diese Wahl für die SPD sicher nicht zu Unrecht in der Literatur auch als „Plebiszit über die Reformbemühungen der Führung“<sup>88</sup> bezeichnet wurde.

83 Exemplarisch kann hier insbesondere Kitzinger: Wahlkampf in Westdeutschland, genannt werden. Davon, dass auch die SPD diese wissenschaftlichen Publikationen zur Kenntnis genommen hat, zeugt folgender Briefwechsel: Charles Foster: Brief an Karl Garbe 1961, in: AdSD, Erich Ollenhauer, Box Wahlkampf/Öffentlichkeitsarbeit 1960–1961, Mappe 400.

84 Hans Ulrich Kempfski: Pfeffer und Honig aus dem CDU-Labor, in: Süddeutsche Zeitung, 11. September 1957, S. 3.

85 Werner Friedmann: Die Schlacht ist geschlagen, ebd., 17. September 1957, S. 1.

86 Adenauers großer Wahlsieg, ebd., S. 1f., hier S. 2.

87 Rudolf Wildenmann/Uwe W. Kitzinger: Protokoll über die Unterredung zwischen Herrn Dr. Wildenmann und Herrn Dr. Kitzinger und Herrn Klaus Schütz, Berlin, am Samstag, den 26. August 1961, in: BArch N1404/592, S. 3f.

88 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 41.

Auf der Ebene der Wahlkampf Inhalte verfolgte die SPD im Bundestagswahlkampf 1961 eine klare Personalisierungsstrategie und stellte ihren Spitzenkandidaten Willy Brandt als Symbol des Reformkurses der Partei deutlich heraus. Dass dies ein Novum im Vergleich zu früheren SPD-Wahlkämpfen war, verdeutlicht die Aussage Fritz Sängers in einer NDR-Sendung: „... ein anderes neues Mittel scheint mir z. B. die Tatsache zu sein, dass die Sozialdemokraten ... einen Mann als das Gesicht der Partei und als ihr Wollen herausgestellt hat. Da geht es nicht um den Mann, sondern der Mann steht für die Sache. Das, glaube ich, ist eine wirksame Art von Propaganda. Man versinnbildlicht sozusagen in der grossartigen Leistung, die Willy Brandt in Berlin vollbracht hat als Regierender Bürgermeister von Berlin und in der sozusagen exponiertesten Bastion des freiheitlichen Westens, das überträgt man in die Leistungsfähigkeit für seine Partei und in das Leistungswollen und das machen wir sichtbar durch seine Person.“<sup>89</sup>

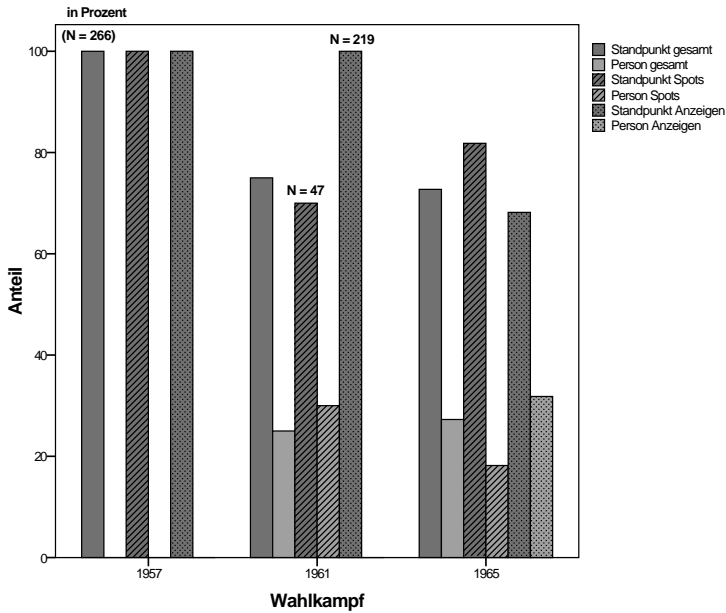


Schaubild 2: Objekt der Negativwerbung in der SPD-Wahlwerbung 1957–1965

89 NDR: ‚Der Standpunkt‘: Fritz Säger, politischer Berater des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu den Wahlvorbereitungen der SPD 1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP, Box 634-635, Mappe 635, S. 2.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Negativwerbung im Bundestagswahlkampf 1961 in der Literatur fast ausschließlich der CDU zugeschrieben wird, lohnt umgekehrt auch ein Blick auf das Negative Campaigning seitens der SPD. Genauso wie bereits Schaubild 1 zeigt auch Schaubild 2 den Anteil der auf den Standpunkt bzw. die Person gegnerischer Politiker gerichteten Negativwerbung im Vergleich der Wahlkämpfe 1957, 1961 und 1965 ebenso wie im Vergleich verschiedener Wahlwerbemedien für die SPD. Wie aus der Abbildung 2 im Vergleich zu Abbildung 1 ersichtlich wird, unterscheidet sich die SPD nicht wesentlich von der CDU, wenn es um den Einsatz von Angriffsstrategien, die sich auf gegnerische Standpunkte oder aber die Person von Politikern richten können, geht.

In allen drei Wahljahren dominieren genau wie im Falle der CDU die Angriffe auf gegnerische Standpunkte, wobei allerdings auffällt, dass die Attacken der SPD gegen den politischen Gegner 1957 noch rein thematischer Natur waren und Angriffe gegen Personen 1961 somit ein Novum darstellten. Richtet man das Augenmerk nun auf den hier interessierenden Wahlkampf von 1961, so wird offensichtlich, dass die Sozialdemokraten mit ihren Negativattacken genauso häufig auf die Person gegnerischer Politiker zielten wie die CDU. Ebenso wie im Falle der Christdemokraten blieb der Anteil an persönlichen Angriffen von 1961 (25,0 Prozent) auf 1965 (27,3 Prozent) auch bei der SPD nahezu unverändert. Bemerkenswert erscheint jedoch, dass sich hinter den sozialdemokratischen Angriffen auf die Person eines Politikers im Wahlkampf 1961 ausschließlich Angriffe gegen den Bundeskanzler (25,5 Prozent) verbergen und andere Politiker von der SPD zumindest im Rahmen ihrer Wahlkampfanzeigen und Wahlwerbepots überhaupt nicht persönlich angegriffen wurden.<sup>90</sup> In diesem Sinne war Konrad Adenauer somit sogar in stärkerem Maße Zielscheibe persönlicher Attacken durch die Sozialdemokraten als sich Willy Brandt Angriffen gegen seine Person durch die CDU ausgesetzt sah. Dass sich trotzdem ein anderer Eindruck in der Literatur manifestiert hat, mag daran liegen, dass sich die Angriffe der Christdemokraten gegen den SPD-Kanzlerkandidaten eher jenseits der offiziellen paid media-Kampagne der CDU ereignet haben und tatsächlich stärker einem der Partei nahestehenden Umfeld zuzurechnen sind, als dass sie auf den ordentlichen Wahlkampf zurückgeführt werden könnten.

---

90 Im Wahlkampf 1965 richteten sich die persönlichen Angriffe der SPD lediglich zu 9,1 Prozent auf den CDU-Kanzlerkandidaten Ludwig Erhard, allerdings zu 18,2 Prozent gegen andere Politiker der CDU.

*Der 13. August und der Wahlkampf: „Wir können froh sein, dass wir aus reinem Dusel auf einem unserer Wahlplakate das Brandenburger Tor haben“<sup>91</sup>*

Zwar herrschte bereits seit dem Berlin-Ultimatum von 1958 eine grundsätzliche Krisenstimmung im Bezug auf Berlin, aber zunächst blieb das Berlin-Problem eine tickende „politische Zeitbombe“<sup>92</sup>. Erst mit Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 wurde die Berlin-Frage tatsächlich zu einem Thema, das den Wahlkampf in jeder Hinsicht auf den Kopf stellte. Hatten beide Parteien bis dahin noch eine professionell geplante und durchgeführte Kampagne präsentiert, so machte der 13. August jegliche langfristige Wahlkampfstrategie hinfällig und an die Stelle der professionell geplanten Kampagnen trat zunächst einmal eine gewisse Ratlosigkeit der Parteien, wie mit diesem Ereignis umzugehen sei. Darf man einen Wahlkampf in Mitten einer Staatskrise einfach fortführen oder muss er vor dem Hintergrund der Ereignisse nicht eingestellt werden? Verlangt der Wähler nach staatsmännischem Allparteienhandeln anstelle von Parteiengezänk im Wahlkampf? Oder hat bereits verloren, wer die Wahlkampfauseinandersetzung allzu leichtfertig einstellt?<sup>93</sup> Der Mauerbau zeigt damit, wie stark solche von Schmitt-Beck & Pfetsch (1994) als Umweltkontingenzen bezeichneten Ereignisse einen Wahlkampf beeinflussen und jegliche Konzeption zunichte machen können<sup>94</sup> oder wie Harlinghausen die Auswirkungen der Berlin-Krise auf den Wahlkampf der CDU rückwirkend beschreibt: „Es hat uns in den letzten acht Tagen ganz kräftig in die Küche geregnet.“<sup>95</sup> Dem Beginn des Mauerbaus 1961 kommt damit eine ähnliche Bedeutung zu, wie sie im Wahlkampf 2002 der Hochwasserkatastrophe oder dem Irakkrieg zugeschrieben wurden.<sup>96</sup>

---

91 Uwe Schleth: Protokoll über ein Gespräch André in der Landesgeschäftsstelle der CDU Saarland, Blumenstr. 11 am 17. August 1961 von 10.00–12.30, in: BArch N1404/593, S. 10.

92 Schwarz: Adenauer, S. 467.

93 Hans Robinsohn: Memo zur weiteren Führung des Wahlkampfes in der durch die Berliner Ereignisse geschaffenen Situation. Hamburg 1961, in: AdsD, SPD Bundestagsfraktion 3. WP, Box 623–624, Mappe 623, S. 2.

94 Rüdiger Schmitt-Beck/ Barbara Pfetsch: Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. Zur Generierung von Öffentlichkeit in Wahlkämpfen, in: Friedhelm Neidhard (Hg.): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen. Opladen, S. 106–138, hier S. 119.

95 Uwe Schleth: Protokoll über ein Gespräch mit den Herrn *Elschner* und *Harlinghausen* von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Herrn *Kitzinger* und Herrn *Schleth* am 24. August 1961 von 19.15 bis 22.15 Uhr in einem Restaurant in Bonn, in: BArch N1404/593, S. 1 [Hervorhebung im Original].

96 Harald Schoen: Der Kanzler, zwei Sommerthemen und ein Foto-Finish. Priming-Effekte bei der Bundestagswahl 2002, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraut Roller (Hg.): Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes. Wiesbaden 2004, S. 23–50. Dazu auch Hans Mathias Kepplinger/Thomas Roessing: Elb-



Die Schuldigen für ihre Wahlkampfmisere hatten beide Parteien dabei schnell ausgemacht. Man sah die Verantwortung vor allem bei den zuvor so hochgelobten externen Spezialisten, deren Wahlkampfplanungen nun obsolet waren. So hieß es in einer Evaluation des Bundestagswahlkampfes auf Seiten der CDU: „Obwohl die CDU zwei Agenturen verpflichtet hatte, die zweifelslos zu den führenden Unternehmen dieser Art in Europa gehören, war jeder Versuch, den Rat der Agenturen in politischen oder politisch-psychologischen Fragen nutzbar zu machen, hoffnungslos. Dies zeigte sich insbesondere nach dem 13. August, als die allgemeine Ratlosigkeit über die Tendenz angemessener und situationsgerechter propagandistischer Maßnahmen nur von der Partei selbst, nicht aber von den Agenturen aufgelöst werden konnte.“<sup>97</sup> Darüber hinaus richtete sich die Enttäuschung der Wahlkämpfer vor allem auch auf das neue Medium Fernsehen. Da die Produktionstechniken und -abläufe es technisch nicht zuließen, in der Kürze der Zeit neue Wahlwerbespots zu produzieren, welche die durch den 13. August eingetretene Situation adäquat thematisieren würden, wurden viele der geplanten Wahlwerbespots kurzfristig durch improvisierte Politikeransprachen ersetzt.<sup>98</sup> Infolge der Berliner Ereignisse erlebte aber auch die von einigen bereits totgesagte Wahlkampfanzeige eine Art zweiten Frühling:<sup>99</sup> „Im übrigen hat sich nach dem 13. August gezeigt, dass die Insertion in der Tagespresse am ehesten dazu geeignet ist, mit einem hohen Aufmerksamkeitswert schnell auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren.“<sup>100</sup> In diesem Sinne schien auf die anfängliche Ratlosigkeit der Parteien vor dem Hintergrund der Ereignisse des Mauerbaus ein gewisser Aktionismus zu folgen, der die eigentlich professionell angelegten Kampagnen schnell in improvisierte verwandelte. Passend hierzu bekannte SPD-Wahlkämpfer Klaus Schütz in diesem Zeitraum jeden Tag einen neuen Wahlkampfplan ausgearbeitet, anschließend dann aber auch so gleich wieder verworfen zu haben.<sup>101</sup> Und genauso wenig verwundert es, dass „Die WERBE“ als eine der beiden Agenturen der Christdemokraten in ihrem Bericht über den Wahlkampf ein

---

hochwasser und Bilderflut. Nicht die Realität sondern ihre Darstellung beeinflusste das Wahlverhalten, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Wolfgang Donsbach/Hans Mathias Kepplinger und Mitarbeiter (Hg.): Wählerstimmungen in der Mediendemokratie. Analysen auf Basis des Bundestagswahlkampfes 2002. Freiburg u. a. 2005, S. 187–207.

97 Kraske: Die Bundestagswahl 1961, in: ACDP 07-001-5026, S. 20.

98 CDU-Bundesvorstand: Sitzung vom 25. August 1961. Bonn 1961, in: Günter Buchstab: Adenauer, S. 1003–1062, hier S. 1009. Dazu auch Die WERBE GmbH/Dr. Hegemann GmbH: Die Werbemaßen der CDU beim Wahlkampf zur Bundestagswahl 1961. Essen, Düsseldorf 1961, in: ACDP 07-001-5031, S. 27.

99 Politische Akademie Eichholz: Kurzprotokoll der Auswertungstagung, S. 4.

100 Kraske: Die Bundestagswahl 1961, in: ACDP 07-001-5026, S. 37.

101 Wildenmann/Kitzinger: Protokoll über die Unterredung zwischen Herrn Dr. Wildenmann und Herrn Dr. Kitzinger, in: BArch N1404/592, S. 10.

ganzes Kapitel mit „Die Berlin-Krise wirft die Pläne durcheinander“<sup>102</sup> übertitelte.

Die SPD wusste die Situation nach dem 13. August noch am ehesten politisch für sich zu nutzen und versuchte vor allem auf die Rolle ihres Kanzlerkandidaten als Regierendem Bürgermeister von Berlin zu setzen und Willy Brandt als handelnden Krisenmanager und Vertreter der westlichen Welt an vorderster Front zu inszenieren. Die mit dem Godesberger Programm eingeleitete ideologische Wende der Partei und damit verbundene Annäherung der SPD an das atlantische Abwehrbündnis und die USA sollte durch das Auftreten Brandts als „Symbol des Widerstandes gegen den Aggressor und .. Symbol des Freiheitswillens der Deutschen“<sup>103</sup> in der Berlin-Krise versinnbildlicht werden oder wie in einem Kommentar der FAZ zu lesen war, bemühte sich die SPD vor dem Hintergrund der Ereignisse „...noch adenauerischer als Adenauer zu werden.“<sup>104</sup> Journalisten aus der Sowjetzone wurde qua Beschluss des SPD-Präsidiums der Zutritt zu allen SPD-Veranstaltungen mit dem Beginn der Krise verweigert, um jegliche Skepsis an der Glaubwürdigkeit der zum Westbündnis bekehrten SPD im Keim zu ersticken,<sup>105</sup> deren Wahrhaftigkeit die CDU in diesem Wahlkampf von Anfang an massiv bestritten hatte.<sup>106</sup> Um darüber hinaus keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres Kandidaten aufkommen zu lassen, wurde außerdem der geplante Sonderzug für Brandt abbestellt, und man verzichtete ab diesem Zeitpunkt auch auf das weiße Mercedes-Cabriolet, das der Kandidat zuvor auf seiner Deutschlandreise eingesetzt hatte und das ihm sicher nicht zuletzt das Image des „German Kennedy“ eingebracht hatte.<sup>107</sup>

Die CDU auf der anderen Seite wirkte streckenweise wie ein Zuschauer, dem man das Zepter des Handelns entrissen hatte, das in einer solchen Situation typischer Weise bei der jeweiligen Regierungspartei liegen sollte. Konnte Gerhard Schröder 2002 den von der Flut betroffenen Menschen Unterstützung durch die Bundesregierung versprechen,<sup>108</sup> waren es 1961 nicht die Fernsehbilder von Konrad Adenauer, welche die Wähler erreichten, sondern vor allem eine emotionale Ansprache des SPD-Kanzlerkandidaten, der als Regierender Bürgermeister vor Ort zu den Menschen gesprochen hatte, während sämtliche Kameras auf ihn gerichtet waren. Die SPD erkannte sodann auch umgehend den Wert dieser Rede für den Wahlkampf und rief ihre Anhänger auf, die Ber-

102 Die Werbe/Dr. Hegemann: Die Werbemaßen der CDU, in: ACDP 07-001-5031, S. 29.

103 Brandt contra Adenauer?, in: Die Politische Meinung 51 (1960), S. 22.

104 Ernst-Otto Maetke: Der Umbruch im Wahlkampf, in: FAZ, 5. September 1961, S. 1.

105 SPD-Präsidium: Sitzung des Präsidiums, der Mannschaft und des ZWL am 18. August 1961, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Box Sitzungen des Präsidiums, Mappe 1961/7, S. 5.

106 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 40f.

107 SPD-Präsidium: Sitzung des Präsidiums, der Mannschaft und des ZWL, S. 5. Dazu auch Krewel: Brandt, Willy, S. 65.

108 Kepplinger/Roessing: Elbhochwasser und Bilderflut, S. 205.

linrede des Kandidaten im Sinne einer „Riding the wave“-Strategie<sup>109</sup> auch auf ihren Veranstaltungen einzusetzen, um das Thema personell zu besetzen.<sup>110</sup> Auf diese Weise gelang es der SPD zumindest in Teilen, den für deutsche Wahlkämpfe typischen medialen Amtsbonus des Bundeskanzlers mit dem Einsetzen der Berlin-Krise durch eine Art Bürgermeisterbonus auszugleichen. In diesem Sinne betonte auch Klaus Schütz, dass es „[v]or dem 13. für die SPD ein Problem gewesen [sei], genügend auf dem Fernseher zu erscheinen. Die Regierung habe ja die Möglichkeit besessen, als Regierung im Fernsehen aufzutreten. Dies sei nach dem 13. jedoch weggefallen.“<sup>111</sup> Dass man die mediale Weiterverbreitung der Brandt-Bilder aus Berlin in den Reihen der CDU unterschätzt hatte, erkannte man spätestens in der Aufarbeitung dieses Wahlkampfes auch im Lager Adenauers: „Die Entwicklung nach dem 13. August ... hat gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn eine Partei die Öffentlichkeit auch nur vorübergehend aus dem Griff verliert.“<sup>112</sup> Der wohl größte Fehler der CDU im Umgang mit der Berlin-Krise bestand jedoch nach eigener Einschätzung vor allem darin, dass die CDU zu lange auf eine Strategie des Abwartens verfallen war.<sup>113</sup> In diesem Sinne hatte Konrad Adenauer den Wahlkampf zunächst weitgehend unbeirrt weitergeführt und zu lange gezögert, sich persönlich einen Eindruck von der Lage in Berlin zu verschaffen. Darüber hinaus wurde vor allem die Fortführung der Negativkampagne gegen Brandt seitens des Kanzlers in den Medien kritisiert, da die Angriffe auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin in einer solchen Situation allgemein als unpassend empfunden wurden.<sup>114</sup> Sehr spät gab die Führungsspitze der CDU dann auch erst die Losung aus, dass jegliche Verbalattacken auf den SPD-Kandidaten eingestellt werden sollten.<sup>115</sup> Dass man die Folgen der Berlin-Krise für den Wahlkampf und insbesondere deren Auswirkungen auf die Wahrnehmung des Kanzlers in den Reihen der Christdemokraten unterschätzt hatte, zeigen auch Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung aus dem September 1961 im Rahmen derer 60,3 Prozent der Befragten auf die Frage „Wer hat sich in der Berlin-Krise richtiger

109 Stephan Ansolabehere/Shanto Iyengar: Riding the wave and claiming ownership over issues. The joint effects of advertising and news coverage in campaigns, in: *Public Opinion Quarterly* 58 (1994), S. 335–357. Dazu auch Stephan Ansolabehere/Shanto Iyengar: Winning through advertising: It’s all in the context, in: James A. Thurber/Candice J. Nelson (Hg.): *Campaigns and elections American style*. Boulder, CO 1995, S. 101–111.

110 Vorstand der SPD: Bonner Depesche. *Staatspolitischer Wochenspiegel* 30/61, o.S.

111 Wildenmann/Kitzinger: Protokoll über die Unterredung zwischen Herrn Dr. Wildenmann und Herrn Dr. Kitzinger, in: BArch N1404/592, S. 7.

112 Kraske: Die Bundestagswahl 1961, in: ACDP 07-001-5026, S. 109

113 Schleth: Protokoll über ein Gespräch mit den Herrn *Elschner*, in: BArch N1404/593, S. 6 [Hervorhebung im Original].

114 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 59.

115 Uwe Schleth: Protokoll Gespräch Bucher in der Geschäftsstelle des CDU-Landesverbandes Nordbaden, Karlsruhe, Kriegsstr. 16, am 19. August 1961, 10–12.00 Uhr, in: BArch N1404/593, S. 6.

verhalten, Adenauer oder Brandt?“ mit „Willy Brandt“ antworteten, während nur 35,2 Prozent den Kanzler nannten und lediglich 4,5 Prozent das Verhalten beider Spitzenkandidaten gleich beurteilten. Auf die direkte Frage „Wenn die Kriegsgefahr wegen der Berlinkrise noch schlimmer wird, wen möchten Sie dann als unseren Bundeskanzler sehen?“ antworten nichts desto trotz 51,0 Prozent mit Adenauer und 49,0 Prozent mit Willy Brandt,<sup>116</sup> insbesondere vor dem Hintergrund der langjährigen außenpolitischen Erfahrung des Bundeskanzlers, die stets als eine besondere Qualifikation Adenauers galt, ein geringer Vorsprung. In diesem Sinne hat es der CDU, wie von Harlinghausen interpretiert, offensichtlich tatsächlich kräftig in die Küche geregnet,<sup>117</sup> wenngleich letztlich auch nicht kräftig genug, um der SPD die Ablösung der CDU zu ermöglichen.

### *Fazit*

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Bundestagswahlkampf 1961 in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlich war. Wie im Vorangegangenen gezeigt werden konnte, war der Wahlkampf beider großer Parteien auf der Ebene der Wahlkampforganisation durch ein hohes Maß an *Professionalisierung* gekennzeichnet. So beschäftigten sowohl die CDU als auch die SPD externe Experten und entwickelten ihre Wahlkampfstrategien vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Meinungsforschung. Daraus resultierte in beiden Wahlkampfslagern ein erkennbarer Zuschnitt des Wahlkampfs auf bestimmte Zielgruppen und damit eine Ersetzung der Angebotsorientierung seitens der Parteien durch eine Nachfragerorientierung im Wahlkampf. In Anerkennung der zunehmenden Bedeutung der Medien, insbesondere des Fernsehens, für die Wähleransprache zeigten sowohl die Christdemokraten als auch die Sozialdemokraten eine starke Medienorientierung. Dies gilt sowohl für den Einsatz des Fernsehens als zum Zeitpunkt dieser Wahl neuesten Kommunikationstechnologie im Rahmen ihrer Werbekampagnen als auch hinsichtlich der Anpassung der politischen Kampagne an die Eigengesetzlichkeiten der Medienberichterstattung.

Auf der Ebene der Wahlkampf*inhalte* spiegelten sich schließlich ebenfalls die Konsequenzen der Beschäftigung kommerzieller Spezialisten. Politische Inhalte traten im Bundestagswahlkampf 1961 zwar nicht vollständig hinter Personen zurück, was allein schon durch die Ereignisse des 13. August unmöglich war, allerdings spielten die Kandidaten eine mindestens ebenso bedeuten-

---

116 Erhard K. Scheuch/Rudolf Wildenmann/Gerhard Baumert: Kölner Wahlstudie (Bundesrepublik, September 1961). GESIS Datenarchiv, Köln 1961. ZA0056 Datenfile Version 1.0.0.

117 Sleth: Protokoll über ein Gespräch mit den Herrn *Elschner*, in: BArch N1404/593, S. 1.

de Rolle. Es muss jedoch auch konstatiert werden, dass sich das Ausmaß an *Personalisierung* zwischen den beiden Parteien im Wahlkampf 1961 deutlich unterschied. Während die SPD sich für eine klare Fokussierung auf ihren Spitzenkandidaten entschied, setzte die CDU erstmals auf einen Mannschaftswahlkampf und versuchte ihren Kanzlerkandidaten, der vor allem im Zuge der Berlin-Krise an Außenwirkung, im Vorfeld des Wahlkampfs aber auch bereits an innerparteilicher Führungsstärke eingebüßt hatte, durch den populären Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zu flankieren. Eine bemerkenswerte Beachtung wurde in der einschlägigen Literatur bislang auch stets der Strategie des *Negative Campaigning* seitens der CDU gegen SPD-Kanzlerkandidaten Brandt im Bundestagswahlkampf 1961 zuteil. Allerdings konnte gezeigt werden, dass dieses Bild zumindest in Teilen revidiert werden muss. Zwar nahmen die Angriffe gegen Politiker als Personen im CDU-Wahlkampf 1961 zu und waren auch in erster Linie gegen Brandt persönlich gerichtet, allerdings differierte der Anteil persönlicher Attacken in der Wahlwerbung der CDU nur unerheblich zwischen den Wahlkämpfen 1961 und 1965. Persönliche Angriffe gegen den politischen Gegner mussten im Bundestagswahlkampf 1961 auf Seiten der SPD zudem in ähnlichem Maße konstatiert werden.

Als Fazit zur Ausgestaltung der Wahlkämpfe der großen Parteien im Wahljahr 1961 kann somit festgehalten werden, dass sowohl der Wahlkampf der Christdemokraten als auch der sozialdemokratische Wahlkampf deutliche Züge moderner Wahlkämpfe aufwiesen. Für die CDU stellte diese Form des Wahlkampfs dabei im wesentlichen eine Wiederholung ihrer Wahlkampagne von 1957 dar, was zum einen daran lag, dass diese sowohl von den Medien als auch vom politischen Gegner als außerordentlich erfolgreich bewertet worden war. Zum anderen spricht einiges dafür, dass die Personaldebatte innerhalb der CDU es der Partei gar nicht ermöglicht hätte, in diesem Wahlkampf große Innovationen durchzusetzen, da die Führungskrise den Wahlkampf durchaus belastete. Für die ideologisch im Gegensatz zur CDU an einem solchermaßen modernen Wahlkampf bislang gehinderte SPD bedeutete die Anwendung der modernen Wahlkampftechniken dagegen eine Neuerung, die ihr in erster Linie durch eine programmatische Reform möglich wurde, zu deren konsequenter Anwendung aber sicher auch die wiederholten Ohrfeigen der Wähler bei den vorangegangenen Bundestagswahlen beigetragen hatten.

Die Tatsache, dass der 13. August zu einer gewissen Ernüchterung bei den Parteien hinsichtlich der Mittel der modernen Wahlkampfkommunikation führte, deren Grenzen vor dem Hintergrund der Ereignisse allzu sichtbar wurden, hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass den modernen Wahlkampftechniken im Wahlkampf 1965 schließlich mit einer deutlich größeren Zurückhal-

tung seitens der Parteien begegnet wurde als noch 1961.<sup>118</sup> So resümierte beispielsweise Konrad Kraske (CDU): „Im übrigen hat die Vorbereitung des Wahlkampfes im ganzen, insbesondere aber die Entwicklung nach dem 13. August, deutlich gezeigt, was Agenturen und Werbefachleute vermögen, und was sie nicht vermögen.“<sup>119</sup> Es kann daher vermutet werden, dass die mit dem Wahlkampf 1961 begonnene Modernisierung der Wahlkampfkommunikation somit durch den 13. August einen Dämpfer erhalten hat und der vollständige Übergang von vormodernen zu modernen Wahlkämpfen sich ohne dieses Ereignis möglicherweise früher und eindeutiger vollzogen hätte.

Als Appell an die zukünftige Wahlkampfforschung kann daher abschließend formuliert werden, dass die Wahlkampfforschung sich den älteren Wahlkämpfen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in stärkerem Maße annehmen und diese mit den heute zur Verfügung stehenden Methoden der empirischen Sozialwissenschaft untersuchen sollte. Die derzeit erkennbare Fixierung der Wahlkampfforschung auf aktuelle Wahlkämpfe wird insbesondere die Forschung zur Modernisierung von Wahlkämpfen langfristig nicht weiter bringen. Vorzugsweise Langzeitvergleiche wären dabei wünschenswert, weil nur diese tatsächlich Aufklärung über die Entwicklung von Wahlkämpfen bringen können.<sup>120</sup> Nichtsdestotrotz können auch Einzelfallstudien zu den frühen Wahlkämpfen bereits ein erster Schritt sein, die inzwischen bereits einem Mantra gleichenden „Immer-Mehrismus-Aussagen“<sup>121</sup> für heutige Wahlkämpfe in Frage zu stellen. So scheint die Hauptannahme vieler aktueller Wahlkampfstudien nicht selten darin zu bestehen, dass Wahlkämpfe immer unpolitischer würden und sich nur noch um Kandidaten drehen würden, wohingegen ältere Wahlkämpfe ausschließlich auf politische Inhalte konzentriert gewesen seien. Solange wir aber nicht über ein ausreichendes Wissen in Bezug auf die Qualität der älteren Wahlkämpfe verfügen, sind die zahlreichen „Früher war alles besser“ Unkenrufe letzten Endes nichts anderes als Plattitüden. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass wir denselben Abgesang auf politische Inhalte

---

118 dpa: wahlvorbereitungen vier. zwf.: spd stützt sich auf ihre mitglieder, in: AdSD, SPD-Bundestagsfraktion 4. WP, Box 918-919, Mappe 919. Dazu auch Bundesgeschäftsstelle der CDU: Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestags 1965. Darstellungen – Analysen. Bonn 1966, in: ACDP 07-001-5037, S. 1.

119 Kraske: Die Bundestagswahl 1961, in: ACDP 07-001-5026, S. 20.

120 Alexander Geisler/Jens Tenschler: „Amerikanisierung“ der Wahlkampagne(n)? Zur Modernität von Kommunikationsstrukturen und -strategien im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000, in: Ulrich Sarcinelli/Heribert Schatz (Hg.): Mediendemokratie im Medienland. Inszenierungen und Themensetzungsstrategien im Spannungsfeld von Medien und Partieliten am Beispiel der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2000. Opladen 2002, S. 53–117, hier S. 106. Dazu auch Krewel: Wahlkampfkommunikation im intertemporalen Vergleich, S. 171.

121 Ulrich Saxer: Massenmedien als Wahlkommunikatoren in längerfristiger Perspektive, in: Hans Bohrmann u. a.: Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Opladen 2000, S. 31–46, hier S. 42.

in Wahlkämpfen auch bereits in der frühen Wahlkampfliteratur finden. So schrieben Wildenmann & Scheuch (1965) über den Wahlkampf 1961: „In den heutigen Wahlkämpfen ... scheinen die Inhalte der Werbung wie eine Markenartikelreklame vornehmlich darauf abgestellt zu sein, Gruppenmerkmale und Stereotypen anzusprechen.“<sup>122</sup> Dass empirische Aufarbeitungen der früheren Wahlkämpfe auch heute noch möglich sind, da das entsprechende Material hierfür in den Archiven der Parteien zur Verfügung steht, konnte im Rahmen des vorliegenden Beitrags gezeigt werden.

---

122 Wildenmann/Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, S. 50f.

## Streben nach Konsens – Rainer Barzels Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag\*

Kai Wambach

Der Vorsitz einer Fraktion im Deutschen Bundestag gilt als eines der anspruchsvollsten und schwierigsten Ämter im politischen Raum der Bundesrepublik. Mit Bezug auf die im hohen Maße heterogene CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft ist diese Annahme zu unterstreichen und zu potenzieren; vor allem, da diese zusätzlich noch die Besonderheit aufweist, ein Zusammenschluss zweier selbstständiger Parteien zu sein. Diese Tatsache hat das Wirken der Unionsfraktion zwar oft „dynamisiert“, allerdings auch immer wieder „belastet und gelegentlich fast ruiniert“.<sup>1</sup>

Durch die politische Geschichte der Bundesrepublik stellte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fast immer die meisten Abgeordneten, lediglich nach den Bundestagswahlen 1972 und 1998 konnten die Sozialdemokraten für sich den Status als größte Fraktion beanspruchen. Bei weit über 200 Abgeordneten ist der Fraktionsvorsitzende täglich mit den unterschiedlichsten Stimmungen, Ansichten und Meinungen konfrontiert, die durch die Medien und die jeweiligen Wahlkreisbegehren oder andere Interessenbeeinflussungen sowie zahlreiche weitere Faktoren noch angeheizt werden. Diese Mischung ergibt mitunter eine schwer zu bändigende und anzuleitende Gruppierung, die sich der Führung gerne auch einmal widersetzt und droht, eine parlamentarische Hürde zu verweigern. So reitet der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende „zwar nicht eben einen Tiger, aber doch einen Mustang, der gerne durchgeht“.<sup>2</sup>

Als einer der wohl erfolgreichsten Vertreter der hohen Schule der Fraktionsbändigung gilt bis in die heutige Zeit vor allem Rainer Barzel.<sup>3</sup> Von 1963<sup>4</sup> bis 1973 führte der promovierte Jurist die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag über die Regierungszeit von drei Bundeskanzlern und durch drei aufeinanderfolgende, voneinander vollkommen unterschiedliche Wahlperioden.

---

\* Der Aufsatz basiert auf der Masterarbeit des Verfassers: „Rainer Barzel als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag von Beginn der Großen Koalition bis 1973“ eingereicht 2012 an der Universität Bonn bei Prof. Dominik Geppert.

1 Hans-Peter Schwarz: Die Fraktion als Machtfaktor, in: Ders. (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 279.

2 Ebd., S. 285.

3 Rainer Barzel (1924–2006), 1957–1987 MdB, 1962/63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1963/64–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU, 1972 Kanzlerkandidat von CDU und CSU, 1982/83 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983/84 Präsident des Deutschen Bundestages. Der Verfasser promoviert zurzeit mit einer Biographie Rainer Barzels an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

4 Von Dezember 1963 bis Dezember 1964 führte Barzel die Fraktion kommissarisch.



Von ihm selbst stammt die Aussage, „ein Fraktionsvorsitzender könne nicht länger erfolgreich amtieren als ‚zwei Bundesregierungen lang‘“<sup>5</sup>, da sich mit den Jahren die Zahl der Unzufriedenen und Übergangenen immer weiter vergrößere. Mit Blick auf seine eigene Amtszeit wirkt sie daher ein wenig konstruiert, verliert darüber allerdings nicht ihren Wahrheitsgehalt. Denn in der Geschichte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag amtierten außer Barzel lediglich noch Alfred Dregger (1982–1991) und Wolfgang Schäuble (1991–2000) länger als acht Jahre als Fraktionsvorsitzende. Beide führten ihr Amt zudem überwiegend als Vorsitzende der Kanzlerfraktion aus. Im Rückblick auf die Gestaltungs- und Machtmöglichkeiten seines lange ausgeübten Amtes resümierte Barzel später, ein Fraktionsvorsitzender könne zwar nicht einfach Anordnungen geben, aber doch viel bewirken, da er sowohl über die Tagesordnung als auch über den Zeit- und Ablaufplan der Fraktion entscheide. Einen guten, erfolgreichen Fraktionsführer mache aus, dass er die Mehrheit der Fraktion von seiner eigenen Position im offenen Dialog überzeuge. Deshalb sei sein Einfluss immer nur so hoch, „wie das Gehör, das er findet, das er sich verschafft.“ Seine realen Möglichkeiten lägen in der Fähigkeit, gewinnbringend für den eigenen Standpunkt zu werben; dabei könne man „auch mal überreden. Tricksen – das geht, bestenfalls, einmal.“<sup>6</sup>

Barzels politische Karriere, die ihn 1971 erst Parteivorsitzender der CDU und im darauffolgenden Jahr schließlich Spitzenkandidat der Union bei der Bundestagswahl werden ließ, ist mit der Unionsfraktion sehr eng verknüpft. Nachdem er im Dezember 1963 kurz nach seinem Ausscheiden als gesamtdeutscher Bundesminister in Vertretung des erkrankten Heinrich von Brentano zunächst kommissarisch die Leitung übernommen hatte, führte Barzel die Fraktion genau ein Jahr später auch als gewählter Vorsitzender.<sup>7</sup> In dieser Funktion wusste der umsichtige Organisator und gewiefte Rhetoriker von Beginn an zu überzeugen – nur wenige Monate nach Übernahme des Vorsitizes im Deutschen Bundestag galt der als sehr ehrgeizig bekannte, aufstrebende und „intelligente[...] Manager“<sup>8</sup> für die eigene Partei und die Medien als „strahlender Komet am Himmel der Union“<sup>9</sup>.

Von 1964 bis 1965 festigte Barzel stetig seinen Einfluss und ergriff jede sich ihm bietende Möglichkeit, innerhalb von Fraktion und Partei rasch weiter auf-

5 Rainer Barzel: Ein gewagtes Leben. Erinnerungen. Stuttgart u. a. 2001, S. 189.

6 Ebd., S. 188.

7 Vgl. Winfried Becker u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002, S. 188.

8 Heinrich Krone: Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44) Düsseldorf 2003, Eintrag von Dienstag, 1. Dezember 1964, S. 339.

9 Christ und Welt, 9. April 1965.

zusteigen.<sup>10</sup> Doch nicht die im Vergleich zu später noch in gewohnter Koalitionsform verlaufenden Jahre unter Kanzler Ludwig Erhard sollten für Barzel und die Fraktion von entscheidender Bedeutung sein, sondern ganz speziell die Jahre 1966 bis zu seinem Rücktritt am 9. Mai 1973. Denn für die CDU/CSU-Fraktion waren die Kanzlerschaften von Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt vor allem eine Zeit gravierender, teils schmerzhafter Umwälzungen und Veränderungen: Erstmals musste von 1966 bis 1969 die Regierungsmacht mit einem parlamentarisch annähernd gleichstarken Partner geteilt werden, der noch dazu eigentlich der politische Hauptkonkurrent war. Ab 1969 fanden sich CDU und CSU dann – für viele Parlamentarier der Union vollkommen überraschend und schwer zu ertragen – nach zwanzig Jahren an der Regierung auf einmal in der Rolle der Opposition wieder.

Sowohl die Phase der Großen Koalition als auch der anschließende Verweis auf die Oppositionsbänke stellten für die bisher durch den unangefochtenen Status als ‚Kanzlerfraktion‘ verwöhnte Unionsfraktion gänzlich neue Erfahrungen dar. Die Anforderungen an die Fraktions Spitze und insbesondere an den Fraktionsvorsitzenden waren in diesen Jahren äußerst hoch. Vergleichbare Situationen hatte die Union im Deutschen Bundestag bisher nicht erleben müssen und Barzels Vorgaben waren somit in vielerlei Hinsicht richtungweisend für den Kurs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – auch in späteren Jahren. Barzels Zeit als Vorsitzender kommt mithin eine ganz besondere Bedeutung in der Geschichte der Unionsfraktion zu, da er diese in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden gleich zweimal auf parlamentarisches Neuland führte und sie durch seinen persönlichen Stil über seine Amtszeit hinaus tiefgreifend prägte.<sup>11</sup>

Auch für ihn selbst war dies die entscheidende Zeit seiner politischen Karriere: Dreimal bestand für ihn die, mal mehr, mal weniger gute Gelegenheit, sein großes Ziel der Kanzlerschaft zu erreichen. Zweimal wollte er Bundesvorsitzender seiner Partei werden; kaum gelang ihm dies im zweiten Anlauf im Oktober 1971, sah er sich ein halbes Jahr später mit dem wohl schicksalhaftesten Moment seines politischen Lebens konfrontiert, dem gescheiterten Konstruktiven Misstrauensvotum vom 27. April 1972. Von 1966 bis 1973 sank, stieg und sank sein Einfluss und persönliches Ansehen in der Öffentlichkeit, in der Partei und vor allem in der Fraktion ein ums andere Mal. Graphisch dargestellt vollführte Barzels politische Karriere in den Jahren zwischen 1966 und 1973 somit eine Achterbahnfahrt.

---

10 Vgl. Krone: Bd. 2, Eintrag von Freitag, 8. Mai 1964, S. 287.

11 Für den damaligen Sprecher der Fraktion, Eduard Ackermann, fallen in die Zeit von Barzels Fraktionsvorsitz fünf Großereignisse in der Geschichte der Bundestagsfraktion: 1. Die Bildung der Großen Koalition, 2. Der Verlust der Regierungsmacht, 3. Das verlorene Konstruktive Misstrauensvotum, 4. Die Auseinandersetzung um die Ostverträge und 5. Das Ende der Ära Barzel. Vgl. Eduard Ackermann: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik. Bergisch-Gladbach 1994, S. 40f.

*1966: Ein Jahr voller Rückschläge*

Dass dieses Wechselbad von Machtaufbau und -verlust im Frühjahr 1966 seinen Anfang nahm, hatte der damals gerade einmal 41-jährige Aufsteiger im überwiegenden Maße sich selbst zuzuschreiben. Nachdem Konrad Adenauer wenige Tage vor seinem neunzigsten Geburtstag im Januar 1966 wie erwartet öffentlich verkündet hatte, im Frühjahr nicht wieder für den Parteivorsitz kandidieren zu wollen<sup>12</sup> und die CDU damit erstmals seit 1950 nach einem neuen Parteivorsitzenden suchen musste, sah Barzel seine Stunde gekommen. Die aussichtsreichsten Kandidaten Paul Lücke<sup>13</sup> und Josef Hermann Dufhues<sup>14</sup> wollten die Führung der Partei nicht übernehmen, Barzel aber gedachte durch die Vereinigung von Fraktions- und Parteivorsitz prädestinierter Nachfolgekandidat für das Kanzleramt zu werden.

Forsch und mit dem Hinweis, Erhard werde bei einer Kampfabstimmung Schaden nehmen, versuchte er den Kanzler in einem Gespräch zu überreden, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und ihm den Vorzug zu überlassen,<sup>15</sup> und ließ sich wenige Tage später von den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe zum Kandidaten aufstellen<sup>16</sup>. Anders als es sich Barzel erhofft hatte, reagierte der über dieses Vorgehen im Vorfeld nicht unterrichtete und düpierte Erhard durch die Ankündigung seiner eigenen Kandidatur.<sup>17</sup>

Damit waren Barzels Aussichten auf das Amt schon vor dem Parteitag im Prinzip auf einen Schlag zunichte gemacht. Ein Aufrechterhalten seiner Kandidatur wäre einem Akt der Rebellion gegen den Kanzler gleichgekommen, zu dem weder Barzel noch die CDU zu diesem Zeitpunkt bereit waren. Denn auch wenn die Ära Adenauer gerade erst vorbei war, bildeten Kanzlerschaft und Parteivorsitz für viele Christdemokraten nach wie vor eine Personalunion. Barzel hatte das Gegenteil dessen erreicht, was er bezwecken wollte: Eigentlich hatte sein offensives Vorgehen bewirken sollen, dass Erhard vor einer eigenen Kandidatur zurückschreckte. Nun war er gezwungen, auf einen Ausgleich zu drängen, ohne dabei sein Gesicht zu verlieren. Er ruderte zurück und ließ sich auf dem Parteitag zum ‚Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden‘ wählen, ein für diesen Zweck geschaffenes und im Nachhinein nicht mehr besetztes Kompro-

12 Vgl. Christ und Welt, 24. Dezember 1965.

13 Vgl. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969. (Studien zur Internationalen Geschichte 20) München 2008, S. 399.

14 Vgl. Krone: Bd. 2, Eintrag vom 13. Januar 1966, S. 447f.

15 Vgl. ebd., Eintrag vom 6. Februar 1966, S. 452.

16 Vgl. Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten, S. 400.

17 Absichtserklärung zur Übernahme des Parteivorsitzes am 9. Februar 1966, vgl. Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München 1996, S. 597f.

missamt<sup>18</sup>, welches Barzels Niederlage im parteiinternen Machtspiel etwas verbergen sollte – sein schwaches Ergebnis lässt erkennen, wie die Delegierten sein übereiltes Vorgehen bewerteten: Von 557 gültigen Stimmen erhielt er bei 108 Gegenstimmen, 63 Enthaltungen und nur 385 Ja-Stimmen<sup>19</sup>.

Nur wenig später musste Barzel ein weiteres Mal bitteres Lehrgeld bezahlen. Vor dem Hintergrund der Kontaktaufnahmen von SPD und FDP mit Parteien der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sah er die Union unter Zugzwang gesetzt, den anderen Parteien nicht die deutschlandpolitische Initiative zu überlassen. Aus diesem Grund hielt er am Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni im Waldorf-Astoria-Hotel in New York auf Einladung des American Council on Germany eine Rede zur Wiedervereinigung, die aus seiner Sicht eine Einladung zur Diskussion innerhalb der Union über progressive Schritte in der Deutschlandpolitik war und parallel das Bild von CDU und CSU in der Öffentlichkeit auffrischen sollte. Barzel wollte gleichzeitig den Wiedervereinigungswunsch der Deutschen betonen und dabei auch sowjetische Sicherheitsinteressen berücksichtigen sowie einen Beitrag zur westlichen Entspannungspolitik leisten.<sup>20</sup>

Da er jedoch der Sowjetunion neben wirtschaftlichen Hilfen in seiner Rede<sup>21</sup> in Aussicht stellte, dass die Rote Armee im Falle einer Wiedervereinigung im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems neben NATO-Verbänden auf deutschem Boden verbleiben könnte und er im Vorfeld zudem weder Kanzler Erhard noch Außenminister Gerhard Schröder oder die CDU/CSU-Fraktion über Inhalt und Zielsetzung seiner Rede informiert, dafür jedoch kräftig die

18 Einzig die Wahl des ehemaligen Vorsitzenden der Ost-CDU, Lothar de Maizière, zum alleinigen Stellvertreter Helmut Kohls auf dem Vereinigungsparteitag 1990 weist eine gewisse Analogie auf. Hier fielen jedoch alle Stellvertreterposten bis auf de Maizières weg, während Barzels Position unter den Stellvertretern die eines Primus inter pares darstellte. Vgl. Frank Bösch: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart u. a. 2002, S. 134.

19 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): *14. Bundesparteitag der CDU*. 21.–23. März 1966 in Bonn. Hamburg o. J., S. 208. Erhard erhielt von 548 gültigen Stimmen nur von 413 Delegierten Zuspruch bei 80 Ablehnungen und 50 Enthaltungen, vgl. ebd. Heinrich Krone ging davon aus, dass viele Barzel nicht wählten, damit sein Ergebnis unter dem von Erhard lag, vgl. Krone: *Bd. 2, Eintrag vom 21.–23. März 1966*, S. 473.

20 Vgl. Klaus Hildebrand: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4)*. Stuttgart u. a. 1984, S. 201.

21 Abgedruckt in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*. IV. Reihe. Bd. 12: 1. Januar–30. November 1966. Hg. von Karl Dietrich Bracher und Hans-Adolf Jacobsen. Bearb. von Gisela Oberländer. Frankfurt/Main 1981, S. 900–912. Vgl. auch Barzel in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969*. Bearb. von Günter Buchstab (*Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* 50). Düsseldorf 2005, Sitzung vom 6. Mai 1966, S. 180–182; Sitzung vom 11. Juli 1966, S. 22, insbes. Anm. 52 und S. 256/257.

mediale Werbetrommel gerührt hatte,<sup>22</sup> sah er sich bei seiner Rückkehr nach Deutschland teils heftigen Vorwürfen ausgesetzt.

Aus Partei und vor allem der übergangenen Fraktion erhob sich massive Kritik, die selbst Barzel im Rückblick als ein wahres „Scherbengericht“<sup>23</sup> bezeichnete. Erhard und Schröder warfen ihm vor, bezüglich der Deutschlandpolitik einen „Aufweichungsprozeß“ zu betreiben, der dazu führen könne, dass „wir zum Schluß vor dem Offenbarungseid oder dem Totalausverkauf stehen“<sup>24</sup>. Kein Abgeordneter verteidigte Barzel, im Gegenteil, aus der Fraktion kam Applaus, als Schröder ihm den Beginn eines „Wettlauf[s] der Ausverkaufsangebote“<sup>25</sup> vorwarf. Die Schelte, die Barzel aus Partei, Fraktionsvorstand und Fraktionsvollversammlung empfing, ließ ihn erstmals kurzfristig zurückstecken: „So kleinlaut wie in dieser Sitzung habe ich diesen vorzüglichen Parlamentarier selten gesehen“<sup>26</sup>, beschreibt Walter Althammer Barzels Reaktion auf so viel kritischen Gegenwind. Doch Barzels fraktionsinternes Prestige sollte vor Bildung der Großen Koalition noch einmal leiden müssen.

Im Herbst 1966 hatte die Erosion von Erhards Kanzlerschaft ihren Höhepunkt erreicht. Die missglückte USA-Reise<sup>27</sup> und die Querelen mit dem liberalen Koalitionspartner hatten seine Position sturmreif geschossen – Rücktrittsforderungen aus der Fraktion unterstützten diesen Prozess nachhaltig. Mit dem Fraktionsbeschluss „Erhard ist und bleibt Kanzler“<sup>28</sup> wollte Barzel eigentlich Zeit für diesen gewinnen, doch wirkte diese Zusicherung in der Öffentlichkeit wie ein Requiem auf Erhards Kanzlerschaft. Überhaupt nahm kaum jemand Barzel in diesen Monaten eine Unterstützung Ludwig Erhards ab. Zu stark, zu offensichtlich waren im Verlauf des Jahres 1966 sein Ehrgeiz und sein Streben nach dem Kanzleramt gewesen.

Schon im Frühjahr hatte sein kritischer Vor-Vorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden, Heinrich Krone, über Barzel in seinem Tagebuch geklagt: „Und wenn der (doch) nicht so ehrgeizig wäre und nicht früh genug alles wer-

22 Vor seiner Abreise kündigte er u. a. neue Lösungsansätze zur Wiedervereinigung an. Vgl. Barzel an Springer vom 13. Mai 1966, in: Bundesarchiv (BArch) N 1371-348 (Depositum Barzel); Ackermann an Barzel vom 25. Mai 1966, in: BArch N 1371-198.

23 Rainer Barzel: Auf dem Drahtseil. München u. a. 1978, S. 94.

24 Erhard, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. Hg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Eingel. und bearb. von Corinna Franz (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/V). Düsseldorf 2004, Sitzung vom 21. Juni 1966, S. 1853.

25 Schröder, ebd., S. 1860.

26 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 16: Walter Althammer. Boppard 2002, S. 129.

27 Vgl. Hentschel: Erhard, S. 635–638; Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten, S. 447.

28 CDU/CSU-Fraktion 1961-1966, Sitzung vom 4. Oktober 1966, S. 2043.

den wollte, um noch lieber gestern als heute Kanzler zu werden.<sup>29</sup> Hatte Krone bereits 1959 erstmals Barzels Ehrgeiz kritisiert,<sup>30</sup> häuften sich vor allem im Verlauf des Jahres 1966 sehr abwertende Kommentare wie „Ich kenne Rainer Barzel. Ist der Mann eitel und arrogant! Ich weiß es.“<sup>31</sup> Dies ist zum einen sicherlich auf persönliche Schwierigkeiten im Verhältnis Barzel – Krone zurückzuführen. Doch war Krone nicht der Einzige, der in dieser Hinsicht mit Kritik nicht sparte. Dass Barzel in dieser Zeit so schnell wie möglich so hoch wie möglich steigen wollte, war allgemein bekannt.<sup>32</sup> Und so ließ es sich der entthronte und enttäuschte Erhard am Ende seiner Kanzlerschaft nicht nehmen, „jetzt alle Schuld an der mißlichen Lage auf Barzel [zu] schieben“.<sup>33</sup> Nicht wenige in Partei und Fraktion sahen aus den genannten Gründen die Dinge ebenso, hatte Barzel doch nie seine Ambitionen verleugnet, sie im Gegenteil offen propagiert.

Dass er Erhard in den letzten Wochen von dessen Kanzlerschaft jedoch auch lange Zeit die letzten, nicht genutzten Optionen erhalten hatte<sup>34</sup> und letztlich auch das Wohl von Partei und Fraktion im Auge behalten musste<sup>35</sup>, darf darüber allerdings nicht außer Acht gelassen werden.

Barzels Aussichten, bei der fraktionsinternen Abstimmung am 10. November 1966 zum Kanzlerkandidaten gekürt zu werden, waren vor dem Hintergrund der beschriebenen Ereignisse und vor allem aufgrund seiner Verwicklung in Erhards Abgang äußerst schlecht. Zwar versuchte er sich einen Vorteil gegenüber seinen Mitbewerbern Gerhard Schröder, Kurt Georg Kiesinger und

29 Krone: Bd. 2, Eintrag vom 6. Februar 1966, S. 452. Krones teils äußerst missbilligenden Umgang mit dem jungen, offen ehrgeizigen Barzel erklärt Hans-Otto Kleinmann damit, dass dessen „kritische“, „von persönlicher Animosität“ nicht freie Sicht auf den Nachfolger unter Umständen darauf beruhen könnte, dass er an ihm etwas verurteilte, „was er vielleicht an sich selbst vermißte“, ebd., S. XIV. Dies ist eine mögliche Erklärung für Krones Haltung gegenüber Barzel. Insgesamt fällt auf, dass Krone sich an keinem anderen ehrgeizigen Politiker innerhalb der Union, wie etwa Franz Josef Strauß oder Gerhard Schröder, mit ähnlich kritischen Bemängelungen abarbeitet wie an Rainer Barzel.

30 Vgl. Heinrich Krone: Tagebücher. Erster Band. 1945–1961. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28). Düsseldorf 1995, Eintrag von Sonntag, 13. September 1959, S. 376.

31 Krone: Bd. 2, Eintrag vom 10. Januar 1966, S. 446.

32 Vgl. Peter März: Zweimal Kanzlersturz. Adenauer 1963, Erhard 1966, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 57. So galt Barzel gerade 1965/66 als „über die Maßen ehrgeizig [...]“.

33 Ernst Majonica: Das politische Tagebuch. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2011, Eintrag vom 31. Oktober 1966, S. 449.

34 Ackermann behauptet gar, Barzel habe Erhard von einem verfrühten Rücktritt abgehalten. Vgl. Ackermann: Mit feinem Gehör, S. 47.

35 Vgl. Hildebrand: Von Erhard, S. 232. Ansonsten, so Hildebrand, wäre Barzel vielleicht selbst Sinnbild des Niedergangs geworden. Dagegen u. a. Peter März: Kanzlersturz, S. 60, der Barzel „maßgeblich[e]“ Verantwortung an Erhards Schicksal bescheinigt.

Eugen Gerstenmaier dadurch zu erwirken, dass er vor der Fraktion ein handschriftliches Schreiben Konrad Adenauers<sup>36</sup> verlas, in welchem dieser ihn aufforderte Erhards Nachfolger zu werden. Dies nutzte ihm aber freilich wenig, da viele wussten, dass Bundestagspräsident Gerstenmaier ein ähnliches Motivationsschreiben<sup>37</sup> erhalten hatte – Adenauer war letztlich jeder recht, der Schröder als Kanzler verhindern konnte.

Das Ergebnis der fraktionsinternen Abstimmung war für Barzel niederschmetternd: Im dritten Wahlgang erhielt er, der Fraktionsvorsitzende, von 244 abgegebenen Stimmen nur 26, während Kiesinger mit 137 Stimmen zum Kanzlerkandidaten der Union gekürt wurde und Außenminister Schröder immerhin ein Votum von 81 Stimmen erhielt.<sup>38</sup>

Hätte Barzel zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannt, dass er durch sein Verhalten im Jahr 1966 bei seiner Fraktion für erheblichen Unmut gesorgt hatte, so wurde ihm dieser Umstand bei seiner Bestätigung im Fraktionsvorsitz am 6. Dezember noch einmal deutlich vor Augen geführt. Lediglich 183 von 251 Abgeordneten beteiligten sich überhaupt an der Wahl, Zustimmung erhielt Barzel nur von 122. 32 Fraktionsmitglieder votierten gegen ihn, 29 enthielten sich.<sup>39</sup> Hatte er im Vorjahr noch 94,96 Prozent Zustimmung erhalten, waren es diesmal nur noch 66,66 Prozent. Auch wenn es richtig ist, dass die Fraktion „keinesfalls auf seine effiziente Führung verzichten wollte“<sup>40</sup>, kann doch diese Zweidrittelmehrheit nicht verhehlen, dass ihm aus der Gesamtfraktion nur 122 Abgeordnete ihr Vertrauen aussprachen, also gerade einmal 48,6 Prozent<sup>41</sup>.

### *1966–1969: Ein Garant für den Erfolg der Großen Koalition*

So startete Rainer Barzel größtenteils aus eigenem Verschulden höchst angeschlagen in die Große Koalition, und offensichtlich hatten die Ereignisse des Jahres 1966 bei ihm zu einem Umdenken geführt. In den folgenden Jahren hielt der Fraktionsvorsitzende sich und seinen Ehrgeiz ganz auffällig zurück, sowohl vor der Öffentlichkeit als auch in den Partei- und Fraktionsgremien.

36 Abdruck des Schreibens vom 29. Oktober 1966 in: Rainer Barzel: Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen. Frankfurt/Main u. a. 1986, S. 109–111. Barzels Dankantwort vom selben Tag in: BArch N 1371-260.

37 Vgl. Ackermann: Mit feinem Gehör, S. 48f.

38 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1961–1966, Sitzung vom 10. November 1966, S. 2208f.

39 Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Hg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Eingel. und bearb. von Stefan Marx (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/V). Düsseldorf 2011, S. 6.

40 Manfred Agethen: Rainer Barzel (\*1924), in: Torsten Oppelland (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 2: 16 biographische Skizzen aus Ost und West. Darmstadt 1999, S. 180.

41 Vgl. Stefan Marx: In der ersten Großen Koalition. 1966–1969, in: Schwarz (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor, S. 88.

Vielmehr war Barzel augenfällig bestrebt, durch nüchterne und sachliche Arbeit im Fraktionsvorsitz zu überzeugen.

Besondere Vorsicht ließ er fortan gegenüber dem neuen Bundeskanzler walten. Nur auf dem 16. Bundesparteitag 1968 in Berlin trumpfte er gegen Kiesinger auf, als dieser durch seine Aussage, die Koalition mit der SPD könnte durchaus nach 1969 weiter fortgesetzt werden, den Unmut der Delegierten auf sich gezogen hatte. Barzel hingegen hielt eine gefeierte, furiose Rede, in der er im Gegensatz zum Kanzler die Unionsparteien stark von FDP und SPD abgrenzte und forderte, Ziel der kommenden Bundestagswahl könne allein eine regierungsfähige Mehrheit für CDU und CSU sein. Mit minutenlangem Applaus wurde er dafür gefeiert und avancierte zum „Held des Parteitags“<sup>42</sup>. Die Bild-Zeitung titelte „Keiner spricht wie Rainer [...] Mann des Tages“<sup>43</sup>. Der Kanzler hingegen war „deutlich verärgert“ und nahm dem Fraktionsvorsitzenden den „kecken Vorstoß“<sup>44</sup> sehr übel. Besonderen Zorn erweckte bei ihm die Tatsache, dass in Barzels vorher verteiltem Redemanuskript die Passage „Unser erster Mann ist der Kanzler“<sup>45</sup> aufgeführt war, der Fraktionsvorsitzende diese Bekundung in seiner Rede vor den Delegierten aber ausließ. Ob dies nun Absicht war oder nicht, es blieb kaum jemandem verborgen und verstärkte nur des Kanzlers Vorurteile und Misstrauen. Zwischen 1966 und 1969 blieb es jedoch die einzige öffentliche Spitze gegen Kiesinger.

Dieser allerdings begegnete Barzel von Beginn seiner Kanzlerschaft an mit großem Argwohn; aus Stuttgart hatte der vormalige baden-württembergische Ministerpräsident den Sturz Erhards mitverfolgt und eine besondere Verantwortung des Fraktionsvorsitzenden festgestellt. In diesem Sinne befürchtete er ständig Ränke von Seiten Barzels,<sup>46</sup> vermutete in einem vertraulichen Gespräch gar, „von Mördern“<sup>47</sup> umgeben zu sein. Neben Barzel verdächtigte er auch Schröder und Strauß der unionsinternen Opposition. Nur zu gerne hätte der Kanzler Barzel als Minister auf die Regierungsbank geholt und bot ihm auch das Verteidigungsministerium an,<sup>48</sup> um den zwar gestutzten jedoch nach

---

42 Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 684.

43 Bild-Zeitung, 6. November 1968.

44 Gassert: Kiesinger, S. 684.

45 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): 16. Bundesparteitag der CDU. 4.–7. November 1968 in Berlin. Hamburg o. J. Teil 1, S. 146.

46 Vgl. Dirk Kroegel: Einen Anfang finden. Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition (Studien zur Zeitgeschichte 52) München 1997, S. 31f.

47 Gespräch Kiesingers mit Giselher Wirsing vom 5. Oktober 1967, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-226-322 (Nachlass Kiesinger).

48 So Barzels Aussage im Rückblick, vgl. Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 231.



wie vor einflussreichen innerparteilichen Konkurrenten mehr oder weniger problemlos in die Kabinettsdisziplin einbinden zu können<sup>49</sup>.

Barzel jedoch wusste, dass er als Fraktionsvorsitzender in einer Großen Koalition sehr viel mehr Bewegungsspielraum und auch größeres Machtpotential haben würde. Erleichtert wurde ihm seine Entscheidung durch die Berufung Helmut Schmidts als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion. Als der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ihn informierte, das Amt werde demnächst Schmidt übernehmen, war für Barzel laut eigener Aussage die Sache entschieden.<sup>50</sup> Er wusste, mit dem ihm schon vorher bekannten Schmidt würde er gut harmonieren. Und tatsächlich sollte die effektive Zusammenarbeit der beiden Vorsitzenden der neuen Regierungsfractionen für den nicht zu bestreitenden Erfolg der ersten Großen Koalition von kaum zu unterschätzender, sogar entscheidender Bedeutung sein.

Die gewaltige Umstellung für die Unionsfraktion, einen zwar unbequemen, jedoch parlamentarisch schwächeren Koalitionspartner mit einem solchen gewechselt zu haben, der im Vorjahr nur knapp an der 40-Prozentmarke gescheitert war,<sup>51</sup> wurde durch das sehr gute Verhältnis der Fraktionsvorsitzenden auf persönlicher wie auf arbeitsorientierter Ebene abgedefert. „Von mir werden Sie auch beim Gegeneinander immer spüren können, daß meine persönliche Wertschätzung für Sie unabhängig von sachlichen Differenzen ist. Sollte sich dies je ändern, womit ich nicht rechne, so werden Sie das zunächst von mir selbst hören“<sup>52</sup>, erklärte Barzel in einem Glückwunschschreiben anlässlich Schmidts Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der SPD im März 1967.

Vollkommen zu Recht aber nicht ohne eine gewisse Selbstgefälligkeit fuhr er fort, er könne wohl ohne Übertreibung feststellen, dass von ihrer gemeinsamen Zusammenarbeit noch mehr für das Land abhängt als für ihre Parteien. Schmidt dankte und versicherte Barzel: „Sie werden mich immer zur Verfügung finden.“<sup>53</sup>

Das Zusammenspiel der beiden orientierte sich an Barzels Arbeitsweise: effizient, direkt, zu Diskussionen über den richtigen Weg stets bereit, aber sowohl Schmidt als auch Barzel bewiesen immer wieder eine auf verwertbare Ergebnisse orientierte Arbeitseinstellung – dies forderten sie auch von ihren Fraktionen. In der Regel verabredeten sich die Fraktionsvorsitzenden immer dienstags zusammen mit ihren Stellvertretern Richard Stücklen und Alex Mül-

49 Vgl. Joachim Samuel Eichhorn: Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966–1969) (Studien zur Zeitgeschichte 79). München 2009, S. 109.

50 Vgl. Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 238f.

51 Bei der Bundestagswahl 1965 errang die FDP 9,5 Prozent der Stimmen, die SPD 39,3 Prozent.

52 Barzel an Schmidt vom 14. März 1967, in: BArch N 1371-70.

53 Schmidt an Barzel vom 31. März 1967, ebd.

ler zu einem Koalitionsgespräch auf Fraktionsebene und zur Vorabklärung anstehender Tagespunkte vor den Fraktionssitzungen.<sup>54</sup>

Zur besseren Abstimmung und Koordinierung ließen sie zwischen den parallel tagenden Fraktionssitzungen von Union und SPD Sendboten – von Barzel auch „bewährte Zwischentreppenbetätiger“<sup>55</sup> genannt – hin und her laufen, die die jeweils andere Fraktionsführung über Beratungsstände beim Koalitionspartner informierten<sup>56</sup>. Darüber hinaus achtete man darauf, Sorge zu tragen, dass Anträge vor Eingabe in den Geschäftsgang mit der anderen Fraktion abgesprochen wurden, da man sich sonst „ins Unrecht setzen“<sup>57</sup> würde. Da es im Deutschen Bundestag durch die Große Koalition keine nennenswerte Opposition<sup>58</sup> mehr gab, achteten sie zusammen ganz besonders auf die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des Parlaments sowie dessen Kontrollfunktion. Immer wieder trieben sie das Kabinett an, den Regierungskatalog zu erfüllen<sup>59</sup>.

Weder Schmidt noch Barzel sind und waren je für ihr Understatement bekannt. Ihr äußerst selbstbewusstes Auftreten und ihre sichere, energische Fraktionsführung, die bei aller Unterstützung und Loyalität bisweilen zu Konflikten mit der Bundesregierung führen konnte, veranlassten Kiesinger zu der bissigen Bemerkung, Barzel und Schmidt sei „alles zuzutrauen“<sup>60</sup>.

Taktierend regte Schmidt gegenüber Barzel an, „ein wenig [vor der Öffentlichkeit zu] verheimlichen, wie sehr wir im praktischen Vollzug zur kollegialen Kooperation gefunden haben“<sup>61</sup>. Dies blieb jedoch erfolglos; das Wort der Bonner „Koalitionswillige“<sup>62</sup> machte in der bundesdeutschen Presse rasch die Runde. Auch in Karikaturen fand das allseits bekannte gute Arbeitsverhältnis seine mitunter spöttische Würdigung.<sup>63</sup>

Das wichtigste Koordinierungsinstrument von Schmidts und Barzels Arbeit war der maßgeblich von ihnen initiierte sogenannte Kreßbronner Kreis<sup>64</sup>. Ur-

54 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Einleitung, S. XXXIV.

55 Barzel, ebd., Sitzung vom 12. Dezember 1967, S. 601.

56 Vgl. ebd., Einleitung, S. LXXVIII/LXXIX; Arnulf Baring/Gregor Schöllgen (Hg.): *Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel*. München 2006, S. 103.

57 Rasner, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 18. März 1969, S. 1392.

58 Die 50 Abgeordneten der einzigen Oppositionspartei FDP konnten gegen die parlamentarische Übermacht der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD kaum etwas ausrichten. Selbst bei starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Union und Sozialdemokraten bei einzelnen Abstimmungen bestand kaum Hoffnung für die Liberalen, mit ihren Stimmen etwas zu bewegen.

59 Vgl. Hildebrand: *Von Erhard*, S. 269f.

60 Helmut Schmidt: *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*. Berlin 1996, S. 511.

61 Schmidt an Barzel vom 18. Januar 1968, in: BArch N 1371-74.

62 Die Bonner Gemini-Brüder, in: *Westdeutsche Rundschau*, 3. Januar 1969.

63 Vgl. Karikaturen u. a. in: *Stern*, 15. Dezember 1968; *Süddeutsche Zeitung*, 18. Dezember 1968; *Stuttgarter Nachrichten*, 23. Dezember 1968.

64 Die Protokolle des Kreßbronner Kreises liegen inzwischen in einem Editionsband vor: Stefan Marx (Bearb.): *Der Kreßbronner Kreis. Die Protokolle des Koalitionsausschusses*

sprünglich hatte man bei Bildung der Großen Koalition auf die Einrichtung eines Koalitionsausschusses verzichten wollen,<sup>65</sup> schon im Spätsommer 1967 aber zeigte sich, dass ohne ein vorberatendes, nicht öffentliches Gremium keine konflikt- und störungsfreie Politik von CDU/CSU und SPD betrieben werden konnte. Nachdem Kiesinger die Spitzen der Koalition Ende August/Anfang September 1967 zu beratenden Gesprächen an seinen Urlaubsort nach Kreßbronn am Bodensee eingeladen hatte,<sup>66</sup> suchten Barzel und Schmidt eine regelmäßige Form des Austausches zu installieren. Am 18. Oktober 1967 informierte Rainer Barzel den Kanzler, der „Koalitionspartner [also v. a. Schmidt] führt erneut Klage über mangelnden Kontakt zur Spitze der Bundesregierung. Ich habe daraufhin erklärt, daß Sie vorhätten, ein regelmäßiges Gespräch fest zu verabreden. Es ist der gemeinsame Wunsch beider Fraktionen, daß es dazu kommt. Als Termin empfehlen wir jeweils Dienstag, 9:00 Uhr. Natürlich sind wir offen für bessere Vorschläge.“<sup>67</sup> Aus dem Schreiben insgesamt ist erkennbar, dass sich Barzels und Schmidts Offenheit „für bessere Vorschläge“ lediglich auf die Uhrzeit, nicht aber auf das Vorhaben an sich bezog. Der postulierte „gemeinsame Wunsch beider Fraktionen“ bezeugt die vorherige Absprache. Kiesinger ging auf das Drängen der beiden Fraktionsvorsitzenden ein; ein „informelle[s], jedoch institutionalisierte[s] Gremium“<sup>68</sup> wurde ins Leben gerufen und nach seinem ersten Tagungsort Kreßbronner Kreis genannt.

In diesem Koalitionsausschuss waren Barzel und Schmidt in der Lage, durch vorher abgesprochene gemeinsame Haltungen ihre Unabhängigkeit zu demonstrieren, wodurch sie hinterher in den Sitzungen der Regierungsfractionen die miterwirkten Kompromisse leichter und besser vertreten konnten. Darüber hinaus stärkte ihr fest verankerter Platz im Koalitionsausschuss ihre politische

---

der ersten Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 63) Düsseldorf 2013.

- 65 Dies geschah u. a., da man Sorgen in Teilen der Bevölkerung entgegenwirken wollte, die eine deutsche Auflage der österreichischen großen Koalition (1947–1966) befürchteten. Diese bewirkte eine fast vollständige Entmachtung des nationalen Parlamentes. Vgl. Eichhorn: *Durch alle Klippen*, S. 170.
- 66 Vgl. zum ersten Treffen des Kreßbronner Kreises u. a. Hildebrand: *Von Erhard*, S. 272f; Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser: *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966–1969 und ihre langfristigen Wirkungen* (Bouvier-Forum 6). Bonn 1991, S. 74–76; Eichhorn: *Durch alle Klippen*, S. 172–174; Klaus Schönhoven: *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969* (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945 2). Bonn 2004, S. 184–186.
- 67 Barzel an Kiesinger vom 18. Oktober 1967, in: BArch N 1371-272. Einige Tage später insistierte Barzel auf eine Entscheidung Kiesingers in der Sache. Vgl. Barzel an Kiesinger vom 27. Oktober 1967, in: ACDP 01-226-003. Entgegen Gassert und Eichhorn halten Hartmut Soell und Heribert Knorr Barzel und Schmidt nicht für „die treibenden Kräfte“, vgl. Gassert: *Kiesinger*, S. 577, Anm. 443.
- 68 Eichhorn: *Durch alle Klippen*, S. 177.

Stellung gegenüber ihren Fraktionen.<sup>69</sup> Innerhalb der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU sicherte das gute Verhältnis Barzels zu Franz Josef Strauß‘ Nachfolger als Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, dem ehemaligen Postminister Richard Stücklen, eine gute Zusammenarbeit. Dies und Barzels Beachtung des Bedürfnisses der CSU nach Wahrung ihrer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit sorgten in den Jahren 1966 bis 1969 dafür, dass es in der Fraktionsgemeinschaft kaum zu größeren Zwistigkeiten kam.<sup>70</sup>

Zum reibungslosen Ablauf der Fraktionsarbeit trug in hohem Maße auch der sogenannte Elferrat der Fraktion bei, dessen Einfluss sich unter dem Vorsitz Barzels spürbar vergrößert hatte. Dieses inoffizielle Gremium bestand neben dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern aus den Vorsitzenden der sechs Arbeitskreise der Fraktion und den drei Parlamentarischen Geschäftsführern,<sup>71</sup> und stellte somit eine im Vergleich zum Fraktionsvorstand verkleinerte und infolgedessen schlagkräftigere Führungsebene der Fraktion dar.

Der Elferrat tagte vor den Fraktionsvorstandssitzungen und diente der Vorberreinigung von Konfliktthemen und der strategischen Planung<sup>72</sup> des Fraktionskurses sowie der Sitzungen der Gesamtfraktion. Da Barzel hier den Ton angab, stellte dies ein indirektes aber sehr wirkungsvolles Instrument zur Fraktionsführung dar. Der nicht-offizielle Rahmen sowie die überschaubare Teilnehmerzahl dieser konzentrierten Fraktionsführung schafften eine konstruktive Arbeitsatmosphäre, die der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Arbeitskreises, Ernst Majonica, als „teils vergnüglich[...], teils politisch[...]“<sup>73</sup> beschrieb. Barzel trug dafür Sorge, indem er die Mitglieder des Elferrats „zum Gespräch beim Glas Wein“<sup>74</sup> auch schon einmal in seine Privatwohnung einlud. Dieses „wichtigste[...]“ Lenkungsgremium [des] Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses<sup>75</sup> der Fraktion war in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand insgesamt sehr hilfreich für Barzels Fraktionsführung und besonders für die Abstimmung mit der CSU-Landesgruppe.<sup>76</sup>

Bisweilen allerdings führte diese Form der Vorberatung und -abstimmung bei den Abgeordneten zu Missfallen. Anfang 1967 beschwerte sich Maria Stommel, die Fraktionsmitglieder „lesen Dienstag morgens in der Zeitung, was wir Dienstag nachmittags in der Fraktion beschließen sollen“<sup>77</sup>. Ihre Fraktionskollegin Maria Jacobi kritisierte, dass „die großen Probleme“ kaum dis-

69 Vgl. ebd., S. 162.

70 Vgl. Marx: In der ersten Großen Koalition, S. 111.

71 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Einleitung, S. XXXII.

72 Vgl. Barzel an die Mitglieder des Elferrats vom 14. Juni 1968, in: BArch N 1371-76.

73 Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 8. Februar 1968, S. 527.

74 Einladung zum Elferrat vom 8. Februar 1968, in: BArch N 1371-74.

75 Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993, S. 304.

76 Vgl. Eichhorn: Durch alle Klippen, S. 101.

77 Stommel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 17. Januar 1967, S. 56.

kutiert würden, und „daß der Fraktionsvorstand [...] einfach Beschlüsse faßt, die wir nachher nur noch akzeptieren“<sup>78</sup>. Dem fügte Hermann Schwörer anklagend hinzu, auf diese Art und Weise könne man in der Fraktionssitzung nicht mehr umstoßen, „was die Halbgötter im Vorstand beschlossen haben“<sup>79</sup>. Barzel nahm diese Klagen auf und gab der Fraktion fortan immer wieder Gelegenheit, in längeren Diskussionen eine Entscheidung herbeizuführen, achtete dabei allerdings darauf, dass diese stets zweckmäßig und inhaltlich zielführend waren.<sup>80</sup>

Wenn der Abgeordnete Josef Bauer im März 1968 nach einer langen Diskussion zur Lage der Landwirtschaft lobte, „ohne den Fraktionsvorsitzenden hätte es diese Debatte und dieses Ergebnis nicht gegeben!“<sup>81</sup>, demonstriert dies anschaulich, dass Barzels in Bezug auf Diskussionen großzügige, aber immer strikt ergebnisorientierte Fraktionsführung von den Mitgliedern der Fraktion anerkannt und dankbar gewürdigt wurde.<sup>82</sup>

Barzel hatte durch seine effiziente, stringente und dabei stets ausgleichende Fraktionsführung schnell erreicht, dass ihm seine Fraktion die Unstimmigkeiten des Jahres 1966 größtenteils rasch verzieh. Im Sommer 1967 empfand er seine Stellung jedenfalls bereits als stark und gesichert genug, das Angebot der nordrhein-westfälischen CDU auszuschlagen, den Vorsitz des aus den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe gebildeten Landespräsidiums zu übernehmen. Dieser wäre mit der Spitzenkandidatur im nächsten Wahlkampf für die NRW-Landtagswahl 1970 verbunden gewesen. Barzel jedoch stellte nach den ersten Presseberichten selbstbewusst und ohne Zögern öffentlich klar: „Mein Platz ist und bleibt in Bonn.“<sup>83</sup> Dass ihm die führende Rolle in Nordrhein-Westfalen angeboten wurde, ist mit Sicherheit auch Ausdruck seines wiederhergestellten Ansehens, welches er sich durch seine Fraktionsführung in der Partei neu erarbeitet hatte.

Diese Fraktionsführung setzte im überwiegenden Maße auf ausgleichende Problembehandlungen, klärende Diskussionen in der Vollversammlung, umsichtige Vorklärung und wenn möglich Umschiffung strittiger Fragen im Fraktionsvorstand oder Elferat und eine offene und faire Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner. Auf diese Weise gelang es Barzel in den Jahren 1966

78 Jacobi, ebd., S. 52.

79 Schwörer, ebd., S. 56.

80 Vgl. ebd., Einleitung, S. XXXII.

81 Bauer, ebd., Sitzung vom 5. März 1968, S. 800 (Text: CD-ROM).

82 Laut Eichhorn: Durch alle Klippen, S. 116, wurde in den Fraktionen in den Jahren der Großen Koalition zwar mehr diskutiert als in der Zeit zuvor. Jedoch könne man nicht von einem erhöhtem Machtpotential der Abgeordneten sprechen, vielmehr steigerte sich die Macht der Fraktionsvorsitzenden, da sie aus der Verselbstständigung der Fraktionen im Parlament mehr Macht für sich selbst generieren konnten.

83 Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion vom 28. Juni 1967, in: BArch N 1371-72.

bis 1969, dass die Unionsfraktion in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten selbst strittigste Gesetzesinitiativen wie beispielsweise die hoch komplizierte Finanzverfassungsreform und die Notstandsgesetzgebung erfolgreich behandeln und abschließen konnten. Gerade das Beispiel der Notstandsgesetze zeigt den Erfolg von Barzels konsensorientierter Fraktionsführung. Er wusste genau, welche Schwierigkeiten Helmut Schmidt mit der parteiinternen Diskussion über das Für und Wider dieser Gesetze auch in seiner Fraktion hatte. Insofern warb er vor der Unionsfraktion leidenschaftlich für Verständnis für den Koalitionspartner und für Zugeständnisse bei der Ausgestaltung der Gesetze. Wenn er jedoch merkte, dass bei den Christdemokraten eine unüberwindbare Schmerzgrenze erreicht war, sparte er nicht mit direkten Worten an die SPD-Fraktion. So stellte Barzel gegenüber den Sozialdemokraten ausdrücklich klar, dass sie es mit ihren Änderungswünschen nicht übertreiben durften. Denn „es sei auch denkbar, daß eine Notstandsgesetzgebung an der Bundestagsfraktion der CDU/CSU scheitere“. Deshalb dürfe die SPD nicht auf ein Notstandsgesetz hinarbeiten, das nur ein „Pappschwert“<sup>84</sup> sei.

Gegenüber der Regierung handelte er als Fraktionsvorsitzender stets loyal, achtete jedoch in dieser Zeit ohne nennenswerte Opposition streng auf die Unabhängigkeit des Parlaments. So weigerte er sich etwa, anders als beispielsweise Krone<sup>85</sup>, als Fraktionsvorsitzender an Sitzungen des Kabinetts teilzunehmen – aus „grundsätzlichen Bedenken“<sup>86</sup>. Gleichwohl verlangte er beharrlich Berichte aus den Kabinettsitzungen, damit die Kontrollfunktion der Unionsfraktion gewahrt blieb.<sup>87</sup>

Auch wenn die Große Koalition über die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag verfügte, bedeutete dies nicht, dass alle Vorgaben aus dem Kabinett einfach abgenickt und durchgewunken wurden. Dies etwa musste der sozialdemokratische Verkehrsminister Georg Leber zu seinem Leidwesen feststellen, als sich die Unionsfraktion gegen seinen bis heute sogenannten Leber-Plan stellte. Denn weder in den Koalitionsverhandlungen von November 1966 noch in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966<sup>88</sup> war ein solches verkehrspolitisches Programm erwähnt oder auch nur angedeutet worden. Dementsprechend fühlten sich die Abgeordneten der Unionsfraktion nicht an die Vorlage aus dem sozialdemokratischen Verkehrsministerium gebunden und

---

84 Barzel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 21. Januar 1968, S. 704.

85 Vgl. Krone: Bd. 1, Eintrag von Freitag, 19. Dezember 1958, S. 321.

86 Barzel an Kiesinger vom 13. Juli 1967, in: BArch N 1371-73.

87 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Einleitung, S. LXXXVIII.

88 Da bei Bildung der Großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD kein Koalitionsvertrag geschlossen worden war, galt Kiesingers Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 und der darin aufgestellte Fahrplan und die angesprochenen Vorhaben als Richtschnur für die Projekte der Regierung.

stellten ein eigenes Programm auf die Beine<sup>89</sup>. Obwohl Barzel selbst die Ziele des Leber-Plans guthieß, ließ er die Fraktion gewähren. Die Abgeordneten mussten in seinen Augen unbedingt die Möglichkeit haben, die Grenzen der Diskussions- und Kompromissbereitschaft der Regierung auszutesten, auch wenn er mahndend darauf hinwies, dass es „eine hochpolitische Frage“ sei, „einen Alternativentwurf durch einen Fraktionsbeschluß zu machen“<sup>90</sup>. Im Kreßbronner Kreis suchte er zwischen dem verschnupften Verkehrsminister und den Interessen der Unionsfraktion zu vermitteln,<sup>91</sup> stellte sich jedoch sonst ganz auf die Seite seiner Fraktion. Vom Kanzler eindringlich gebeten, eine Einigung mit dem Verkehrsminister herbeizuführen,<sup>92</sup> verwies Barzel auf die harte Position Lebers, der selbst Vorschläge nicht akzeptieren wollte, die „von unserem Fraktionsvorstand als kaum noch verträgliches Angebot und von einer starken Minderheit als unakzeptabel bezeichnet wurde[n]“. Wenn die Verkehrsreform scheitere, wäre dies ein fatales Signal für die Koalition und überdies eine Schwächung der Demokratie. Es wäre ratsam, wenn er, Kiesinger, auf Leber einwirken könnte, da dieser nicht gut „dastehen [würde], wenn er unser faires Angebot endgültig und nochmals ablehnt“<sup>93</sup>. Dieses Schreiben und besonders der letzte Satz demonstrieren neben Barzels Selbstbewusstsein, dass er und seine Fraktion zu großen Kompromissen bereit waren, es jedoch ultimativ ablehnten, gegen ihre eigenen Interessen nachzugeben, wenn nicht von der Gegenseite ein ebenso großes Einlenken erfolgte.

Der Fraktionsvorsitzende setzte somit wenn möglich auf Einigung in der Sache, konnte jedoch sehr unnachgiebig sein, wenn seiner Ansicht nach die Ziele und Interessen der Union außer Acht gelassen wurden. Dies galt sowohl für Verhandlungen mit dem Koalitionspartner als auch für fraktionsinterne Streitigkeiten. Er selbst kritisierte Jahrzehnte später den aus seiner Sicht diametral entgegengesetzten Führungsstil eines seiner Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden: „Kohl führte nicht, er herrschte. Er nahm stets den großen Teil der Redezeit in Anspruch und trug weitschweifig vor.“<sup>94</sup> Barzel hingegen reüssierte mit seinem stark konsensualen, jedoch sehr prinzipientreuen

89 Vgl. Eichhorn: Durch alle Klippen, S. 221–244. Dieses wurde nach dem Verkehrsexperten der Unionsfraktion ‚Müller-Hermann-Plan‘ genannt. Das Gegenprogramm richtete sich vor allem gegen die von der Union unterstellten und kritisierten staatlich-regulatorischen Eingriffe und Verbote in die Verkehrswirtschaft, die in den Augen der Christdemokraten die soziale Marktwirtschaft zu stark einschränkten.

90 Barzel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 23. Januar 1968, S. 732.

91 Vgl. Marx (Bearb.): Der Kreßbronner Kreis, Sitzung vom 25. Juni 1968, S. 113.

92 Kiesinger an Barzel mit Zusatz „Eilt!“ vom 11. Juni 1968, in: BArch N 1371-273.

93 Barzel an Kiesinger vom 20. Juni 1968, ebd.

94 Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 374. Jürgen Todenhöfer bestätigte 1977 Barzels Kritik indirekt, indem er in einem Interview klagte, dass unter Kohls Fraktionsführung kaum ein Sachverhalt richtig zu Ende diskutiert würde. Vgl. Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 236.

und grundsätzlichen Führungsstil als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion in der Großen Koalition.

Gerade im letzten Jahr der Regierung von CDU/CSU und SPD sollten sich seine Fraktionsführung und die gute Zusammenarbeit mit Helmut Schmidt bezahlt machen. Denn auch wenn die Koalition gute Erfolge erzielte, hatten sich Christ- und Sozialdemokraten spätestens zum Herbst 1968 kräftig auseinandergeliebt und wirkten immer mehr wie die Protagonisten einer ungewollten Ehe. Hinzu kam, dass Kiesinger und sein Außenminister Brandt, die sich ohnedies nie sonderlich zugetan waren,<sup>95</sup> spätestens nach Gustav Heinemanns Wahl zum Bundespräsidenten nicht mehr verlässlich miteinander arbeiteten, so sie denn überhaupt miteinander sprachen.

Die Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt sorgten vor allem in den letzten Monaten der Großen Koalition für deren Fortbestehen bis zum Wahltag am 28. September.<sup>96</sup> Nicht wenige zweifelten im Frühsommer 1969, ob die Koalition diesen Termin überhaupt ohne endgültiges Zerwürfnis erreichen würde. Zusammen mit ihren Stellvertretern Stücklen und Möller erarbeiteten Schmidt und Barzel in bewährter konstruktiver Zusammenarbeit einen ausführlichen Katalog noch zu erledigender Aufgaben, der zumindest für die Fraktionen eine ausreichende arbeitsbasierende Agenda bis September sicherstellte. Vor dem Hintergrund des bedrückend schlechten (Nicht-)Verhältnisses zwischen Brandt und Kiesinger konnte und wollte es Barzel dabei „nicht versäumen, Ihnen [Kiesinger] mitzuteilen, daß dieses Gespräch in einer ausgezeichneten Atmosphäre stattfand und zu sehr konstruktiven Ergebnissen führte“<sup>97</sup>. Der aufgestellte Katalog sollte für die erfolgreiche parlamentarische Arbeit der Großen Koalition in der Schlussphase von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Viele noch strittige Punkte, die nicht ob der schlechten Stimmung in der Koalition auf der Strecke bleiben durften, wurden auf diese Weise noch abgearbeitet und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht.<sup>98</sup>

Wissend um die Befindlichkeiten der Parlamentarier, die sich nur sehr ungerne zu Entscheidungen gedrängt sahen, ließ Barzel den Abgeordneten seiner Fraktion dabei wie immer ausreichend Raum für konstruktive Diskussionen und gewinnbringende Kontroversen solange diese dem engen Zeitplan nicht im Wege standen.<sup>99</sup> Diese ergebnisorientierte Fraktionsführung bildete die Grundlage für die erfolgreiche parlamentarische Arbeit der CDU/CSU-Fraktion in der Großen Koalition insgesamt. Die fraktionsinterne Diskussion über

---

95 Vgl. Arnulf Baring: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Stuttgart 1982, S. 135.

96 Vgl. Ders./Schöllgen: *Kanzler*, S. 103.

97 Barzel an Kiesinger vom 1. April 1969, in: ACDP 01-226-002.

98 Vgl. Marx: *In der ersten Großen Koalition*, S. 91.

99 Prägnant und präzise gab Barzel am 22. April 1969 der Fraktion die noch zu erledigenden Aufgaben vor. Vgl. hierzu den Bericht des Fraktionsvorsitzenden in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 22. April 1969, 15.00–19.00 Uhr, S. 1407 (Text: CD-ROM).



die Strafrechtsreform geriet darüber im gleichen Maße wie die brisante Debatte über die Verjährungsfrage von Mord und Völkermord „zu den Sternstunden der Meinungsbildung innerhalb der CDU/CSU-Fraktion in den Jahren der ersten Großen Koalition“<sup>100</sup>. Trotz aller grundsätzlichen Meinungen und Standpunkte zeigte sich die Fraktion dabei in einem solchen Maße diskussions- und kompromissbereit, dass Barzel am Ende der Sitzung erfreut festhalten konnte: „Es war eine Debatte, meine Herren, wo ich erstmals seit langer Zeit die Glocke nicht gebraucht habe. Das spricht dafür, daß wir zugehört und auf hohem Niveau diskutiert haben, was mich freut.“<sup>101</sup>

Die Freude währte jedoch nicht mehr lange: Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 erhielt die Union zwar erneut die meisten Stimmen und scheiterte nur knapp an der absoluten Mehrheit der Mandate. Doch Willy Brandt gelang es, mit der FDP als Koalitionspartner einen knappen Vorsprung im Bundestag zu erreichen. Dies konnten und wollten viele in der Union zunächst nicht begreifen, allen voran Kanzler Kiesinger. Als dieser Barzel unter völliger Ausblendung der Stimmverhältnisse und sozialliberalen Absichtserklärungen noch in der Wahlnacht für die kommende Legislaturperiode das Auswärtige Amt anbot, konnte Barzel nur völlig entgeistert entgegen: „Aber wir werden die Regierung verlieren, Herr Bundeskanzler!“<sup>102</sup> Und im Anschluss machte er Kiesinger ganz unmissverständlich seine Absicht und seinen Willen deutlich, in der kommenden Oppositionsphase weiter als Fraktionsvorsitzender die Unionsfraktion zu führen.<sup>103</sup>

### *1969–1973: Nach gutem Start ein harter Kampf – und dann ein langer Fall*

Barzel selbst startete im Gegensatz zu 1966 deutlich besser in die neue Regierungszeit. Sein Renommee war durch seine erfolgreiche Fraktionsführung der letzten Jahre stetig angewachsen.<sup>104</sup> Hinzu kam, dass sich die Fraktion und vor allem die Partei nach dem erstmaligen und für viele sicherlich erschütternden Verlust der Regierungsmacht wochen- und monatelang in einer Art Schockstarre befanden. Offensichtlich wusste kaum jemand, mit den veränderten Verhältnissen umzugehen und insofern blieben ertragreiche und konstruktive Re-

100 Marx: In der ersten Großen Koalition, S. 97.

101 Barzel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 22. April 1969, 15.00–19.00 Uhr, S. 1407 (Text: CD-ROM).

102 Baring: Machtwechsel, S. 161.

103 Vgl. Rainer Barzel: Die Tür blieb offen. Ostverträge – Mißtrauensvotum – Kanzlersturz. Bonn 1998, S. 43.

104 Laut Stefan Marx: In der ersten Großen Koalition, S. 88, war Barzels Rolle als Fraktionsvorsitzender in den Jahren 1966–1969 „herausragend[...]“.

aktionen zunächst aus; der CDU-Vorsitzende und Ex-Kanzler Kiesinger lebte diese Haltung vor, brachte kaum Impulse und schimpfte auf die Liberalen.<sup>105</sup>

Der Fraktionsvorsitzende dagegen setzte sich an die Spitze: Er realisierte am schnellsten die neue Situation – und damit auch seine eigenen Möglichkeiten. Schon wenige Tage nach der verlorenen Bundestagswahl kündigte er „die ersten konkreten parlamentarischen Schritte gegen die neue Regierung an“<sup>106</sup> und positionierte sich damit demonstrativ als entschlossenes Zugpferd der Opposition.

Am 16. Oktober 1969 wurde Barzel ohne Gegenkandidat<sup>107</sup> mit 199 von 211 abgegebenen Stimmen bei vier Gegenstimmen und acht Enthaltungen für die gesamte Legislaturperiode zum Vorsitzenden der Unionsfraktion gewählt.<sup>108</sup> Die Fraktion vertraute in der nun anstehenden schweren Zeit auf Barzels Führungsfähigkeiten und sein Organisationstalent; der ihm gegenüber eigentlich kritische Dufhues bewertete das Ergebnis als „eindrucksvoll“<sup>109</sup>. Für die Medien war die Frage nach der Führerschaft der neuen Oppositionspartei mit der Wahl bereits entschieden: Kiesinger spielte keine Rolle mehr.<sup>110</sup>

Barzels Ziel war, die Fraktion gar nicht erst in Lethargie und Selbstmitleid versinken zu lassen, sondern so schnell wie möglich mit überzeugender Oppositionspolitik aufzuwarten – die neue Regierung musste von Anfang an Gegenwind im Parlament erfahren. Unverzüglich machte sich Barzel an die für die Oppositionsarbeit notwendig gewordene Neustrukturierung seiner Fraktion. Diese erhöhte auf seine Anregung hin die Zahl der Parlamentarischen Geschäftsführer von drei auf fünf. Zu seinem engsten und wichtigsten Vertrauten

105 Vgl. Gassert: Kiesinger, S. 727. So forderte Kiesinger u. a. öffentlich, man müsse die FDP bei den kommenden Landtagswahlen aus den Parlamenten herauskatapultieren. Solcherlei Aussagen verfestigten jedoch eher die Hinwendung vieler Liberaler zur SPD und sicherten Brandts Mehrheit im Bundestag.

106 Barzel bereitet sich auf Oppositionsrolle vor, in: Stuttgarter Zeitung, 8. Oktober 1969. Eduard Ackermann charakterisierte Barzel in diesem Sinne als „Macher“, vgl. Eduard Ackermann: Politiker. Vom richtigen und vom falschen Handeln. Bergisch-Gladbach 1996, S. 70.

107 Im Rückblick beschreibt Barzel Pläne von Heck und Kiesinger, den ehemaligen Kanzler statt seiner als Fraktionsvorsitzenden zu installieren. Vgl. Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 264; Ders.: Im Streit und umstritten, S. 134. Dies lässt sich jedoch laut Andreas Grau nicht belegen, vgl. Andreas Grau: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005, S. 34. Gegenüber der Presse hatte sich Kiesinger „voll für Barzels Wiederwahl eingesetzt“, Rheinische Post, 17. Oktober 1969. Die Rolle als Fraktionsvorsitzender nach seiner Zeit im Kanzleramt hätte sich zudem nicht mit Kiesingers Selbstverständnis vertragen.

108 Vgl. Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 16. Oktober 1969, in: ACDP 08-001-1020/1, S. 11 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

109 Telegramm Dufhues an Barzel vom 16. Oktober 1969, in: BArch N 1371-10.

110 Barzel als Oppositionsführer, in: Augsburgener Allgemeine, 17. Oktober 1969; Barzel vorn, in: Flensburger Tageblatt, 17. Oktober 1969.

Will Rasner und dessen Kollegen Leo Wagner und Josef Rösing stießen noch Heinrich Köppler und Olaf von Wrangel,<sup>111</sup> die künftig als ‚Manager des Parlaments‘ „im formellen wie im informellen Willensbildungsprozeß ihrer Fraktion [...] über eine außerordentliche Fülle an Aufgaben und Kompetenzen“ verfügen sollten. Ihre „erhebliche[n] Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten“<sup>112</sup> machte sich Barzel bei der Führung der Fraktion zu nutze. Neben Gerhard Stoltenberg und Heinrich Windelen konnte Barzel seinen Vertrauten Hans Katzer im Fraktionsvorstand installieren.

Die Vorsitze der Arbeitskreise wurden mit erfahrenen, anerkannten Parlamentariern besetzt.<sup>113</sup> Einzig beim bedeutenden Arbeitskreis V, zuständig für Auswärtiges, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen, erlebte der seit 1959 amtierende Vorsitzende Ernst Majonica eine für ihn bittere Überraschung: An seiner Stelle wurde Werner Marx gewählt, Majonica musste nach zehn Jahren den Vorsitz räumen. Er zeigte sich in seinem Tagebuch tief enttäuscht davon, dass Barzel „nichts getan [hat], um das Ergebnis zu beeinflussen“<sup>114</sup>. Seine Abwahl offenbarte die Stimmungslage der Fraktion gegenüber der angekündigten neuen Ostpolitik der sozialliberalen Regierung; die Union wolle hier „härtere Kontraste“, so der abgewählte Majonica. Er selbst, dessen Aufgeschlossenheit gegenüber einer neuen Linie bekannt war, befand diese Einstellung als sehr „gefährlich“<sup>115</sup>.

Empfindlich weil unvorbereitet wurde die Fraktion vor allem auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung getroffen. Bisher hatte man sich in Bezug auf spezielle Sachverhalte stets auf die Ausarbeitungen und Analysen der einzelnen Bundesministerien stützen können; dementsprechend war nach dem unerwarteten Verlust dieser Quellen zunächst kein für die Opposition ausreichender Mitarbeiterstab in der Fraktion vorhanden. Lediglich 55 Mitarbeiter, davon 14 wissenschaftliche Fachkräfte, beschäftigte die Fraktion vor der Bundestagswahl 1969, die sozialdemokratische Fraktion verfügte zum gleichen Zeitpunkt über annähernd 100 Angestellte.<sup>116</sup> Zu Beginn der Oppositionsphase

111 Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 23. Oktober 1969, in: ACDP 08-001-1020/1, S. 14f.

112 Sönke Petersen: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktionen, Arbeitsweise (Forschung Politikwissenschaft 67). Opladen 2000, S. 19.

113 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 35f. AK I (Allgemeine und Rechtsfragen): Benda, AK II (Wirtschaft und Ernährung): Müller-Hermann, AK III (Haushalt, Steuern und Finanzen): Pohle, AK IV (Arbeit und Soziales): Götz, AK VI (Bildung, Wissenschaft und Publizistik): Martin.

114 Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 23. Oktober 1969, S. 602.

115 Ebd.

116 Vgl. Hans-Joachim Veen: Die CDU/CSU-Opposition im parlamentarischen Entscheidungsprozeß. Zur Strategie und zum Einfluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Gesetzgebungsarbeit des 6. Deutschen Bundestages (1969–1972). Bonn 1972, S. 27.

galt Barzels intensives Bemühen der Behebung dieses organisatorischen Missstandes. Neben einem unverzüglichen und großzügigen Ausbau des Fraktionsapparates veranlasste er Ende Oktober 1969 die Einsetzung einer Kommission für organisatorische Veränderungen innerhalb der Fraktion.<sup>117</sup> Im Verlauf der Legislaturperiode wuchs durch diese Bemühungen die Zahl der Angestellten der Unionsfraktion stetig bis auf 170 an, davon rund 60 wissenschaftliche Mitarbeiter und Referenten; erstmals lag man nunmehr auf diesem Gebiet vor der SPD-Fraktion.<sup>118</sup>

Um die Arbeit im Fraktionsvorstand effektiver zu gestalten, bekamen Barzels Stellvertreter von ihm genauer definierte Aufgabenfelder zugewiesen. Darüber hinaus wurde die Gründung thematisch gebündelter Arbeitsgruppen für die Bundestagsausschüsse durchgesetzt, um auch hier die Effektivität zu erhöhen.<sup>119</sup> Barzel persönlich stand nach dem Verlust der Regierung für die Union vor der sehr unangenehmen Situation, dass auf einmal eine nicht unbedeutliche Zahl äußerst einflussreicher ehemaliger Minister in die Fraktion zurückkehrte. Diese führenden Abgeordneten konnten seiner Stellung als alleiniger Wortführer der Unionsfraktion potenziell sehr gefährlich werden. Für Barzels Einfluss auf die Meinungsbildung innerhalb der Fraktion und die Außenwirkung ihrer Beschlüsse konnte zu großes Einwirken ehemaliger, auf Profilierung bedachter Ex-Minister nur negativ wirken. Vor allem die Vorstöße seiner ewigen Konkurrenten Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß auf dem Feld außenpolitischer Richtungsvorgaben sollten den Fraktionsvorsitzenden in Zukunft vor arge Probleme stellen. Für den Beginn aber wusste er sich zu helfen und setzte die Unvereinbarkeit eines Sitzes im Fraktionsvorstand bei gleichzeitigem Vorsitz in einem Bundestagsausschuss durch.<sup>120</sup> Damit blieb zumindest Schröder der Platz in der Führungsebene der Fraktion verwehrt, da er dem Auswärtigen Ausschuss im Bundestag vorsaß.<sup>121</sup>

Darüber hinaus initiierte Barzel die Regelung, dass jedem Bundestagsausschuss ein Obmann zugeteilt wurde, unabhängig davon, ob ein Ausschuss bereits von einem Mitglied der CDU/CSU-Fraktion geleitet wurde. Auf diese Weise erreichte er, dass der größte Teil der ehemaligen Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre mit Aufgaben versorgt wurde.<sup>122</sup> Diese Maßnahmen

---

117 Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 08-001-1020/1, S. 44.

118 Vgl. Veen: Die CDU/CSU-Opposition, S. 29.

119 Vgl. Bösch: Macht und Machtverlust, S. 102.

120 Vgl. Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 11. November 1969, in: ACDP 08-001-1020/2, S. 12.

121 Vgl. Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002, S. 715f.

122 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 37.

kamen sowohl der Arbeit der Fraktion als auch Barzel zugute. Um untätige, jedoch einflussreiche Abgeordnete in seiner Fraktion musste er sich für die nahe Zukunft nicht sorgen. Weiterhin organisierte Barzel die Schaffung eines Planungsstabes unter der Leitung seines Vertrauten Hans Katzer, welcher die Koordinierung von Information und Konsultation besonders auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erleichtern sollte.<sup>123</sup> Außerdem koordinierte er die Arbeitsstäbe so, dass jederzeit ein entsprechendes Pendant zum jeweiligen Bundesressort der Regierung zur Verfügung stand.<sup>124</sup>

Das von Barzel vorgelegte rasante Tempo in der Umstrukturierung der Bundestagsfraktion entsprang seinem Verlangen, diese möglichst rasch auf die neue Situation einzustellen und vor der Öffentlichkeit beweisen zu können, dass die Opposition fachlich ausgereifter und fundierter und darüber hinaus schneller und erfolgreicher agierte als das Regierungslager.<sup>125</sup> Selbst das Barzel gegenüber häufig sehr kritische Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ musste ihm attestieren, dass er in den ersten Wochen der Oppositionsarbeit seine Sache sehr gut machte. Vor allem seine geschickte Umformung des „disziplinierte[n] Bundestagsensemble[s]“<sup>126</sup>, welche stets auf einen Ausgleich zwischen aufstrebenden jungen Nachwuchspolitikern und gestandenen Ex-Ministern achtete, wurde lobend erwähnt. Als Fraktionsvorsitzender war Barzel wenige Monate nach Ende der Großen Koalition aus Sicht der Union kaum mehr wegzudenken. Niemand widersprach dem Publizisten Johannes Gross, der im Sommer 1970 urteilte, dass „Barzel der beste Fraktionsvorsitzende ist, den die CDU/CSU je gehabt hat, ja der effizienteste Fraktionsvorsitzende in der Geschichte des Bundestages überhaupt“<sup>127</sup>.

Durch seine allseits anerkannte Arbeit im Deutschen Bundestag führte an Rainer Barzel in den Jahren 1969 bis 1971/72 auch parteipolitisch kaum ein Weg vorbei. Kiesinger hatte als CDU-Vorsitzender selbst Monate nach dem für ihn schockierenden Verlust des Kanzleramtes keine wegweisenden Maßnahmen für die Bundespartei getroffen. Seine Wiederwahl zum Parteivorsitzenden kurz nach der Wahlniederlage auf dem 17. Bundesparteitag im November 1969 in Mainz erfolgte mehr aufgrund mangelnder, williger Alternativen. So kurz nach der schmerzhaften Niederlage wollte aus der ersten Führungsriege der

123 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 320.

124 Vgl. Ackermann: Mit feinem Gehör, S. 73.

125 Die Unionsfraktion erarbeitete denn auch bis 1972 insgesamt 122 Gesetzesinitiativen auf dem Feld der Innenpolitik. Diese Oppositionserfolge gingen jedoch unter dem öffentlichkeitswirksamen Eindruck der neuen Ostpolitik in der Regel eher unter. Vgl. Wulff Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 100.

126 Der Spiegel, 17. November 1969.

127 Publik, 17. Juli 1970.

Partei niemand die Verantwortung für die taumelnde und zutiefst verunsicherte Union übernehmen<sup>128</sup> – auch Barzel nicht. In dieser schwierigen Phase konzentrierte er sich lieber auf die angesprochene Neustrukturierung und Neuausrichtung seiner Bundestagsfraktion. Nicht auszuschließen ist zudem, dass er sich von einer Kampfkandidatur auf dem Parteitag gegen Kiesinger trotz dessen Ansehensverlust seit der Bundestagswahl kein für ihn positives Ergebnis versprochen haben mochte. Auch wenn der Fraktionsvorsitzende sich bis Mitte November bereits als Oppositionsführer etabliert hatte,<sup>129</sup> wäre ihm ein Angriff auf die Parteispitze wohl nicht gut bekommen. Mit Sicherheit standen ihm die Querelen um den Parteivorsitz 1966 noch deutlich vor Augen. Darüber hinaus war er sich bewusst, dass er sich durch seine vielgelobte Arbeit als Fraktionsführer während der Großen Koalition auch innerparteilich wieder großes Ansehen erworben hatte. Die Führungsfrage war in Mainz nur kurzfristig geklärt worden – das war Barzel bewusst. Lang- bis mittelfristig würde sie von ganz allein wieder aufkommen. Angesichts der akuten Schwäche der Partei würden die entscheidenden Impulse der nächsten Monate allein von Seiten der Fraktion ausgehen. Die Zeit lief diesmal für Barzel, er musste nicht vorpreschen.

Im Oktober 1971 setzte sich Barzel auf dem 19. Bundesparteitag in Saarbrücken denn auch mit einer ziemlich überzeugenden Zwei-Drittel-Mehrheit gegen seinen Mitherausforderer Helmut Kohl durch und erreichte damit endlich, wonach er schon fünf Jahre vorher gestrebt hatte: die Vereinigung von Fraktions- und Parteivorsitz.<sup>130</sup> Wenig später wurde er dann folgerichtig auch Kanzlerkandidat von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1973. Doch im Unterschied zu den äußerst erfolgreichen Jahren der Großen Koalition, in denen Barzel als umsichtiger und fleißiger Vermittler Kompromisse selbst zwischen den schwierigsten Standpunkten innerhalb der eigenen Fraktion und gegenüber dem Koalitionspartner erarbeiten konnte und in denen seine emsige Konsenspolitik verfiel, war er von November 1969 bis zu seinem Rücktritt im Mai 1973 nahezu ununterbrochen mit einer in dieser Zeit kaum lösbaren Hürde konfrontiert.

Der von der neuen sozialliberalen Koalition angestrebten neuen Ost- und Deutschlandpolitik entsprang eine bundesweit geführte Diskussion, die in Teilen die hoch erregte Atmosphäre der knapp zwanzig Jahre zuvor stattgefundenen Debatte um die Westverträge wieder aufleben ließ.<sup>131</sup> Die Unionsfraktion

---

128 Vgl. Gassert: Kiesinger, S. 735.

129 Wiesbadener Kurier, vom 17. Oktober 1969, Artikel über Barzel mit dem Titel: „Der Oppositionsführer“.

130 Ergebnis der Vorstandswahlen: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): 19. Bundesparteitag der CDU. 4.–5. Oktober 1971 in Saarbrücken. Hamburg o. J., S. 229f.

131 Vgl. Werner Link: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition 1966–1975, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.):

befand sich letztlich nahezu das gesamte Jahrzehnt der 1970er Jahre in einem phasenweise sehr emotionalen und erbittert geführten Richtungsstreit, den Hans Peter Schwarz anschaulich eine „große[...], selbsterfleischende[...] innerparteiliche[...] Kontroverse“<sup>132</sup> nannte.

Zwar war man sich innerhalb der Union größtenteils der Tatsache bewusst, dass die internationalen Entwicklungen eine veränderte, progressivere Hinwendungspolitik gegenüber Moskau, dem Ostblock und dem ‚anderen Deutschland‘ möglich, ja vielleicht erforderlich machten. In den Jahren der Großen Koalition hatte man sich ja auch bereits zu einer „bedingte[n] Unterstützung“ von neuen, vorsichtigen Schritten in der Ost- und Deutschlandpolitik durchgerungen.<sup>133</sup> Doch große Teile von CDU und CSU und bedeutende Strömungen innerhalb der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag lehnten die ihrer Meinung nach viel zu weit gehenden Zugeständnisse ab, die die sozialliberale Koalition in den Verhandlungen gegenüber Warschau, Moskau und Berlin-Pankow machte, ohne aus Unionssicht dafür entsprechende Gegenleistungen zu erhalten.

Barzel selbst stand einer weiter vorangehenden Ost- und Deutschlandpolitik sehr offen gegenüber; in der Vergangenheit hatte er als gesamtdeutscher Minister und als Fraktionsvorsitzender immer wieder progressive Schritte unternommen und gutgeheißen. Doch auch für ihn galt das Prinzip erfolgreicher Kaufleute: Keine Vorleistungen ohne fest zugesicherte Gegenleistungen. Und auf keinen Fall durfte es für ihn zu einer vertraglich fixierten Verfestigung der Zweistaatlichkeit kommen. Darüber hinaus wusste Barzel allerdings auch um die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung, die einen offeneren Umgang mit Moskau und der DDR guthießen. So musste er seine Politik und Fraktionsführung jeweils den Verhältnissen sowie teils tagespolitischen Erfordernissen anpassen und eine zusehends unübersichtliche Linie verfolgen. Diese Linie erläuterte Barzel am 8. September 1970 vor dem Bundesvorstand der CDU. Man stehe vor der Entscheidung, in einer Totalkonfrontation Druck auf die Regierung auszuüben, „oder den Versuch zu machen, auf sie einzuwirken, sie zu ändern oder sie zu beeinflussen“. Sein Bemühen gelte dem letzteren, es sei seine grundsätzliche Politik. In ihr existierten nur ganz wenige taktische Züge „und sie versucht, als letzten Versuch aus einem schlechten Anfang vielleicht etwas Gutes zu bewirken“<sup>134</sup>.

---

Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 115.

132 Hans-Peter Schwarz: Die CDU und die deutsche Einheit, in: Gerd Langguth (Hg.): In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU. Köln u. a. 1996, S. 57.

133 Vgl. Link: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik, S. 116–126, Zitat S. 116.

134 Barzel, in: Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab und Denise Lindsay

Barzels Engagement galt demnach vorrangig dem Streben, sich aus der Opposition heraus die Möglichkeit offen zu halten, korrigierenden Einfluss auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition auszuüben. Würde man sich verfrüht verbindlich festlegen auf eine einheitliche Ablehnung der gesamten Ostpolitik, provozierte man damit eine geschlossene Zustimmung der SPD/FDP-Koalition, internationale Isolierung und würde am Ende völlig die Möglichkeit verlieren, noch Einfluss auf die Inhalte der mit Polen und der Sowjetunion ausgehandelten Verträge auszuüben.<sup>135</sup>

Barzel wollte alle Optionen offen halten, wollte vor allem, wenn möglich, Modifizierungen eines Kurses erreichen, den er und Teile der Unionsfraktion für in der Sache richtig, jedoch konzeptionell für falsch ausgeführt erachteten. Dabei durfte er jedoch nicht eine Sekunde auch diejenigen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion außer Acht und unvertreten lassen, die die Politik von Brandt, Walter Scheel und Egon Bahr vehement und leidenschaftlich ablehnten und in Personen wie dem in die Fraktion zurückgekehrten Franz Josef Strauß und Alfred Dregger<sup>136</sup> prominente und lautstarke Fürsprecher und Multiplikatoren hatten. So musste Barzel als Fraktionssprecher von Zeit zu Zeit auch scharfe und polemische Attacken auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition forcieren und selbst fahren, um auch diejenigen unionsinternen Kräfte zu befriedigen, die am liebsten eine strikte Blockade- und Verweigerungspolitik betrieben hätten.

Und wenn er dies tat, kamen ihm mitunter Ereignisse in die Quere, auf die er keinen Einfluss hatte. Laut Majonica war ein Großteil der Unionsfraktion im Herbst 1971 mit der aktuellen Politik nicht glücklich, und am 21. September begann „eine Debatte mit der fast einhelligen Forderung nach totaler Opposition“<sup>137</sup>. Barzel spürte im Herbst 1971 die wachsende Verärgerung innerhalb der Fraktion und dachte auch an den bevorstehenden Parteitag, auf dem er gerne zum Vorsitzenden gewählt werden würde. So blies er vor der Fraktion rhetorisch zur Attacke: „Herr Brandt geht aufs Ganze. Tun wir’s auch, meine Freunde!“<sup>138</sup> Vor der Öffentlichkeit ging er mit der Regierung hart ins Gericht.<sup>139</sup> Nachdem Brandt jedoch nur einen Monat später, am 20. Oktober 1971, den Friedensnobelpreis zugesprochen bekommen hatte, erklärte Barzel

---

(Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, Sitzung vom 8. September 1970, S. 289.

135 Vgl. ebd., S. 292.

136 Alfred Dregger wurde erst mit der Bundestagswahl 1972 Mitglied der Unionsfraktion, opponierte jedoch bereits vorher als Landespolitiker in Hessen und im Vorstand der CDU gegen Barzels Kurs in der Ostpolitik.

137 Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 21. September 1971, S. 664.

138 Barzel, in: Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 21. September 1971, in: ACDP 08-001-1027/1, S. 18.

139 Barzel wirft der Bundesregierung Leichtfertigkeit vor, in: Die Welt, 27. September 1971.



vor dem Deutschen Bundestag, eine totale Konfrontation sei nicht das Ziel der Union, sondern eine „Solidarität der Demokraten“<sup>140</sup>. Polemische Angriffe auf den frisch gekürten Nobelpreisträger, der für seine Politik soeben ausgezeichnet worden war, konnten, so war Barzel bewusst, nicht zu positiven Ergebnissen im öffentlichen Bild der Union führen.

Nur einmal verfolgte Barzel einen sehr eindeutigen Kurs in Sachen Ostpolitik. Als er im Dezember 1971 als gerade erst erkorener Kanzlerkandidat von CDU und CSU<sup>141</sup> zu Gesprächen mit Ministerpräsident Alexei Kossygin und Außenminister Andrei Gromyko nach Moskau reiste, wurde er dort seiner Meinung nach offensichtlich nicht ausreichend ernst genommen. Nicht nur, dass ihn der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Breschnew, zu seinem Unmut nicht empfing.<sup>142</sup> Schon bald musste er erkennen, dass die sowjetische Seite ihm kein Stück entgegenkommen wollte und überhaupt nicht bereit war, ihm und der CDU/CSU-Opposition mehr zuzugestehen, als vorher in den Verhandlungen mit der Bundesregierung.<sup>143</sup> Tief enttäuscht und offensichtlich aus dem Bauch heraus zog er für sich die Konsequenzen und schrieb nach dem Treffen mit Kossygin am 14. Dezember aus Moskau einen Brief an seinen Stellvertreter Richard Stücklen, in dem er empfahl, „daß die Fraktion ihr Nein zu dieser Politik verbindlich beschließt“. Abschließend fügte er fast trotzig hinzu, in Moskau habe man nun „sehr wohl begriffen, daß der Führer der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland Respekt verdient“<sup>144</sup>.

Zu einem verbindlichen ‚Nein‘ von CDU und CSU kam es jedoch nicht; führende Politiker der Unionsfraktion wie Richard von Weizsäcker redeten dies Barzel aus;<sup>145</sup> schon bald fand er denn auch wieder seine konsensuale Linie. In der ersten Lesung der Ostverträge im Deutschen Bundestag am 23. Februar 1972 betonte der Fraktionsführer, die Ostpolitik der Regierung sei „gegen unseren Rat betrieben“, jegliche Gemeinsamkeit „abgelehnt“<sup>146</sup> worden. Solange es zu keiner innerdeutschen Lösung über einen Verkehrsvertrag gekommen sei, empfahl er der sozialliberalen Koalition die Ostverträge besser „liegen zu lassen“. Nach einer fulminanten Generalabrechnung mit der Politik der Regierung formulierte Barzel die Antwort der Union auf die vorgestellten

140 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. WP, 21. Oktober 1971, S. 8330ff.

141 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition.“, Sitzung vom 9. Dezember 1971, S. 637f.

142 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 235.

143 Vgl. Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 147.

144 Barzel an Stücklen vom 15. Dezember 1971, in: BArch N 1371-258.

145 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 236–238.

146 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. WP, 23. Februar 1972, S. 9754f.

Ostverträge der Koalition aus SPD und FDP: „So nicht!“<sup>147</sup> Dieses „So nicht“ bildete gleichzeitig den Höhepunkt von Barzels Strategie eines konsensorientierten Interessenausgleiches zwischen den gegensätzlichen Meinungen innerhalb seiner Fraktion. Es insinuierte: Die Union könnte zustimmen, wenn die Verträge entsprechende Änderungen erführen. Sollte dies nicht erfolgen, wäre eine ultimative Ablehnung die Folge.

Mit seiner Politik und vor dem Hintergrund der sich gegenüberstehenden Lager innerhalb seiner Fraktion befand sich der geplagte Fraktionsvorsitzende in der Frage der Ost- und Deutschlandpolitik in einem wahren Dilemma: Einerseits war er gezwungen, immer wieder einmal sehr heftige verbale Angriffe auf die Regierung zu starten, durfte aber auf der anderen Seite nie die Kompromissbereitschaft seiner Fraktion aufgeben, um eventuell doch noch Verbesserungen an den Verhandlungsergebnissen herbeizuführen.

Durch diesen unübersichtlichen, jedoch für den Zusammenhalt der Fraktion fast unerlässlichen Kurs waren sich viele Abgeordnete über Barzels Ziele und Motive nicht im Klaren,<sup>148</sup> was er später auch selbst ganz offen zugab<sup>149</sup>. Hinzu kam, dass er fortwährend den intern und öffentlich geäußerten kritischen Meinungen von Strauß, Kiesinger, Karl Theodor von und zu Guttenberg und anderen ausgesetzt war, deren Wort erheblichen Einfluss innerhalb der Unionsfraktion hatte. Insbesondere der CSU-Vorsitzende konnte Barzels Vorreiterrolle innerhalb der Unionsparteien nur schwer ertragen und stellte dessen Kurs immer wieder in Frage.<sup>150</sup> Ein schwacher Trost für Barzel: Nicht anders sollte es in dieser Beziehung später seinem Nachfolger als Parteivorsitzenden und Nach-Nachfolger als Fraktionsvorsitzenden, Helmut Kohl, ergehen.

So war Rainer Barzel letztlich in der Ostpolitik ein ständig Getriebener, und konnte sich zu keinem Zeitpunkt wirklich sicher sein, mit einer gefassten und auch mehrheitlich beschlossenen Meinung seine Fraktion tatsächlich geschlossen hinter sich zu wissen. Dies bekam Barzel im Frühjahr 1972 unangenehm zu spüren, obwohl trotz aller Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ostpolitik seine persönliche Situation in den ersten Monaten des Jahres bis dahin eher positiv war. Im baden-württembergischen Landtagswahlkampf lief er zu großer Form auf und verblüffte Freund und Feind mit seiner höchst erfolgreichen Wahlkampfhilfe für Ministerpräsident Hans Filbinger. Barzel avancierte in Baden-Württemberg zum absoluten Publikumsmagneten und wurde von der

147 Ebd., S. 9761. Über Majonica ließ Barzel dem sowjetischen Botschafter Valentin Falin am Tag des Konstruktiven Misstrauensvotums ausrichten, sein ‚So nicht‘, sei keineswegs ein ‚Nein‘, vgl. Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 28. April 1972, S. 689.

148 „Ich weiß nie, was Taktik ist und was nicht.“, ebd., Eintrag vom 11. April 1972, S. 686.

149 Vgl. Barzel: Die Tür blieb offen, S. 175.

150 Zur Rolle von Strauß, Kiesinger, Guttenberg, Schröder vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 511–525.

„Südwestpresse“ gar als der „perfekteste Barzel, den es je gab“<sup>151</sup> bezeichnet. „Fünf Reden am Tag – und immer noch frisch; Volle Säle und überwältigender Beifall für den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU“<sup>152</sup>, verkündete die „Stuttgarter Zeitung“, während die „Rheinische Post“ fast ungläubig feststellte: „Rainer Barzel zieht sogar mittags um zwölf“<sup>153</sup>.

Doch nur wenige Tage nach der Landtagswahl erfolgte das Ereignis, das Barzels Karriere und auch seinem Leben eine entscheidende Wendung geben sollte: „Ich stelle fest, daß der von der Fraktion der CDU/CSU vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Barzel die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestags nicht erreicht hat“<sup>154</sup>, verkündete Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel am 27. April 1972, nachdem die durch Fraktionsaus- und -übertritte von Liberalen und Sozialdemokraten dazu in die Lage gebrachte Unionsfraktion gegen Kanzler Brandt ein Konstruktives Misstrauensvotum eingebracht hatte.

Mit dem Misslingen<sup>155</sup> dieses von der Union geplanten Coups, die einen Monat später zu verabschiedenden Ostverträge noch unter ihre Kontrolle bringen zu können, begann für den überraschend gescheiterten Rainer Barzel ein langsamer und quälender Fall. Zwar mussten Willy Brandt und seine sozialliberale Koalition im Nachgang auf die Union zukommen um die Ostverträge in den entscheidenden zweiten und dritten Lesungen durch den Deutschen Bundestag zu bringen, da sie selbst keine verlässliche Mehrheit mehr aufweisen konnten. In zähen Verhandlungen<sup>156</sup> erreichte die Union Modifizierungen, die die Verträge für CDU und CSU annehmbar machten. Doch Barzel hatte offensichtlich seinen Zugang zur Fraktion und sein Geschick im Umgang mit den Abgeordneten verloren und sollte diese nicht mehr zurückerlangen. Obwohl er sich vehement dafür eingesetzt hatte, konnte er keine generelle Zustimmung seiner Fraktion zu den Ostverträgen erreichen, obschon diese durch eine gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages inzwischen für die Union akzeptabel gewesen wären. Allen voran die Abgeordneten der CSU verweigerten dem Fraktionsvorsitzenden in dieser Frage die Gefolgschaft; im Raum stand der Vorwurf, Barzel und Teile der Union seien im entscheidenden Mo-

151 Südwestpresse, 11. Februar 1972.

152 Stuttgarter Zeitung, 7. Februar 1972.

153 Rheinische Post, 11. Februar 1972.

154 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. WP, 27. April 1972, S. 10714.

155 Vgl. zu den Gründen des Scheiterns und die als erwiesen geltende Einmischung der DDR Andreas Grau: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt, in: Historisch-Politische Mitteilungen 16 (2009), S. 1–17, zur Rolle des MfS insbes. S. 15–17.

156 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 332–368.

ment umgefallen.<sup>157</sup> Letztlich passierten die Verträge den Deutschen Bundestag durch die Enthaltung des größten Teils der Unionsfraktion<sup>158</sup> – ein Kompromiss, der Barzel nicht gefallen konnte.

Über seinen von außen schwer einsehbaren aber notwendigen Kurs hatte er allerdings auch oftmals eine klare und eindeutige, erklärende Kommunikation mit der Fraktion versäumt. Barzel musste erkennen, dass, wie Walter Hallstein ihm einen Tag vor der Abstimmung mitteilte, „viele Herren, die sich Ihnen in besonderer Loyalität verpflichtet fühlen, nicht in der Lage sind, Ihre Entscheidung in der Sache nachzuvollziehen“.<sup>159</sup>

Durch die ablehnenden Maximalpositionen der Gegner der Ostverträge, selbst als diese für die Union eigentlich annehmbar waren, musste Barzels größtes Talent, das geschickte Herstellen von Kompromissen, letztlich scheitern. Für Kompromisse müssen sich beide Seiten ein Stück bewegen – sie werden unmöglich, wenn sich nur eine Seite dazu entschließen kann. Dass Barzel bei den Verhandlungen mit der sozialliberalen Koalition so gut wie alle Punkte erreichte, die er im Vorfeld eingefordert hatte, wurde von den oppositionellen Kräften seiner Fraktion nicht goutiert. War er noch sehr angeschlagen in die Große Koalition gestartet und gestärkt aus ihr hervorgegangen, muss dies für die Zeit der Opposition genau umgekehrt gelten.

Bis zum Mai 1973 verblieb Barzel noch im Amt des Fraktionsvorsitzenden, überstand im November 1972 sogar noch die Niederlage bei der Bundestagswahl, bei der die Union erstmals ihren Status als stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag einbüßte. Doch die Stimmen aus Partei und Fraktion, die nachhaltig seinen Rücktritt forderten, waren nach dem Misstrauensvotum erstmals laut geworden und sollten nach der Bundestagswahl nicht mehr verstummen.

Nachdem Helmut Kohl Anfang 1973 angekündigt hatte, demnächst öffentlich seine „Bereitschaft zur Kandidatur als Parteivorsitzender zu erklären“<sup>160</sup>, geriet der Fraktions- und Parteiführer ernsthaft ins Wanken. „Barzel am Ende? Die Position des CDU/CSU-Chefs ist schwer angeschlagen“<sup>161</sup> titelte im Frühjahr 1973 die „Wiener Presse“ und die „Frankfurter Neue Presse“ sprach gar von der „Hinrichtung Barzels“<sup>162</sup>. Seine Lage verschlechterte sich von Woche zu Woche. „Wohin mit Barzel?“<sup>163</sup>, war bald die allgemeine Frage in den Me-

157 So der CSU-Abgeordnete Walter Becher, in: Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 9. Mai 1972 (nachmittags), in: ACDP 08-001-1029/1, S. 17ff.

158 Vgl. Grau, *Gegen den Strom*, S. 361–365.

159 Vermerk Jansens vom 16. Mai 1972, in: BArch N 1371-102.

160 Kohl an Barzel vom 22. Januar 1973, in: BArch N 1371-253.

161 Die Presse (Wien), 15. Februar 1973.

162 Frankfurter Neue Presse, 17. Februar 1973.

163 Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 25. Februar 1973.

dien und der Bonner Generalanzeiger analysierte: „Rainer Barzel steht mit dem Rücken zur Wand“<sup>164</sup>.

Am Ende zog der Fraktionsvorsitzende selbst die Reißleine und machte die Probeabstimmung über den gleichzeitigen Beitritt von Bundesrepublik und DDR zu den Vereinten Nationen zur entscheidenden Frage über seinen Verbleib im Amt. Die Fraktion entschied im zweiten geheimen Wahlgang knapp gegen seine Beschlussempfehlung und Barzel zog die Konsequenzen.<sup>165</sup> So war nach den Niederlagen des Jahres 1972 weniger der Umstand überraschend, dass Rainer Barzel am Ende „ausgerechnet vom eigenen Fraktionsgaul schmähslich abgeworfen“<sup>166</sup> wurde. Erstaunen muss vielmehr die Tatsache, dass er sich noch so lange im Amt hatte halten können.

Barzels politische Karriere erfuhr durch die Ereignisse der Jahre 1972/73 einen scharfen Schnitt, war jedoch keineswegs vorüber. Nach einem mehrjährigen Rückzug aus der ersten Reihe von Partei und Fraktion erlangte er Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre wieder zusehends an Ansehen und Einfluss. Im ersten Kabinett Helmut Kohls wurde Barzel Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und konnte somit wieder im Bereich der innerdeutschen Politik wirken. 1983 erreichte Barzel schließlich mit seiner Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages das zweithöchste Amt in der Bundesrepublik Deutschland, musste dieses jedoch nach nur eineinhalb Jahren wieder aufgeben. Zwei Jahre nach seinem Rücktritt stellte sich heraus, dass die gegen Barzel im Zusammenhang mit der Flick-Affäre erhobenen Vorwürfe inhaltlich nicht gerechtfertigt waren.<sup>167</sup>

---

164 General-Anzeiger, 1. März 1973.

165 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 349.

166 Schwarz: Helmut Kohl, S. 184.

167 Vgl. ebd., S. 374; Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 407.

# DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

## **Helmut Kohl und Frankreich Einführung\***

**Hanns Jürgen Küsters**

Zu der heutigen Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Ära Kohl im Gespräch“ darf ich Sie im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie mal wieder den Weg hinauf hier auf den Petersberg nicht gescheut haben und heiße Sie alle willkommen. Das Thema der Tagung „Helmut Kohl und Frankreich“ steht in einem fast natürlichen Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22. Januar 1963 durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle. Die Ära Kohl von 1982 bis 1998 überschneidet sich auf französischer Seite 13 Jahre mit den beiden Amtszeiten, damals noch das Septennat, von François Mitterrand und drei Jahre mit der Präsidentschaft von Jacques Chirac. Was liegt also heute näher, als sich mit der Frankreichpolitik Helmut Kohls und der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen zu beschäftigen.

Sieht man einmal von der Phase der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/90 ab, so steckt die zeitgeschichtliche Aufarbeitung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1980er und 1990er Jahren noch in den Kinderschuhen. Viele Quellen sind noch nicht verfügbar und bedürfen der Auswertung. Denken Sie nur an die deutsch-französischen Konsultationen, von denen in den 16 Jahren Amtszeit Helmut Kohls allein 32 planmäßig zweimal jährlich stattfanden und die 50 Treffen des Europäischen Rates, bei denen es gewöhnlich am zweiten Verhandlungstag zwischen dem Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten zu einem gemeinsamen Frühstück kommt, oder die Begegnungen im Rahmen von NATO-Gipfeltreffen und sonstigen Zusammenkünften auf höchster Ebene, ganz zu schweigen von den bilateralen Vorbereitungstreffen und Telefonaten auf dieser Ebene. Ohne die vielfältigen Überlieferungen und administrativen Vorgänge lassen sich die Beziehungen überhaupt nicht richtig erfassen.

Ungeachtet dieser Unzulänglichkeiten und noch ausstehenden Forschungen kann man allerdings schon jetzt eines festhalten: Die deutsch-französischen Kontakte erreichten in der Ära Kohl eine bis dahin nicht gekannte Intensität und Qualität und sind nicht mehr mit den Beziehungen aus der Ära Adenauer

---

\* Einführungsvortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 22. November 2012 auf dem Petersberg in Königswinter.

vergleichbar. Hinzu kommt, dass sich die außenpolitischen Rahmenbedingungen grundlegend veränderten. Aus den Europäischen Gemeinschaften der Zehn, wie sie zu Beginn der Ära Kohl 1982 noch existierten, war an ihrem Ende 1998 die Europäische Union mit 15 Mitgliedstaaten und 13 Beitrittskandidaten geworden, die darauf hofften, möglichst bald Vollmitglied der EU zu werden. Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Mauerfall und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa wandelte sich die Tektonik in Europa. Die Globalisierung mit neuen Gravitationszentren in Asien stellte die Europäer vor neue Herausforderungen, und nicht zuletzt hielt in diesen beiden Dekaden das neue Kommunikations- und Technologiezeitalter Einzug, wodurch auch die Sicherheitspolitik vor neuen Möglichkeiten stand. Man denke nur an die Diskussionen über die Beteiligung an SDI.

Es ist schon oft gesagt worden, lässt sich aber nicht oft genug auch mit den Worten Helmut Kohls wiederholen: „Ohne enge deutsch-französische Beziehungen gibt es keine politische Einigung in Europa“. Motor, Eckpfeiler, Achse sind nur einige Bezeichnungen für das, was beide Länder in und für Europa in den 1980er und 1990er Jahren bewirkt haben: Ohne die enge Zusammenarbeit zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand wäre die Einheitliche Europäische Akte nicht zustande gekommen, wären das Schengen-Abkommen, der Maastricht-Vertrag und der Amsterdamer Vertrag nicht geschlossen worden, wäre die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro heute nicht Realität. Und mit großer Wahrscheinlichkeit hätte Frankreich 2009 unter Präsident Nicolas Sarkozy auch nicht wieder den Weg in die militärische Integration der NATO gefunden. Die deutsch-französische Brigade und die Gründung des bilingualen Fernsehsenders ARTE symbolisieren Marksteine eines neuen deutsch-französischen Verhältnisses bei aller Rivalität und bei allen Spannungen, die zur Geschichte der beiderseitigen Beziehungen gehören.

Helmut Kohl machte sich nie Illusionen über das Selbstverständnis, das Selbstbewusstsein seines Gegenübers auf französischer Seite. François Mitterrand wie auch Jacques Chirac sprachen immer im Namen der Französischen Republik, weil sie von Amts wegen deren „Inkarnation“ waren. Mitterrand sagte nicht „ich“, sondern stets „Frankreich“, wenn er sich meinte.

Meine Damen und Herren, Aufgabe dieser mittlerweile zur Tradition gewordenen Veranstaltungsreihe ist es, neue Blicke auf die Ära des Kanzlers der deutschen Einheit und Ehrenbürger Europas zu werfen, mögliche Forschungskontroversen aufzuzeigen und Anregung zu geben, noch offenen oder nur schwer zu beantwortenden Fragen in Vorträgen von Wissenschaftlern und Zeitzeugen nachzugehen. Zwei gewiss kardinale Thesen sind schon seit längerem in der Diskussion. Zum einen: Wie hat François Mitterrand wirklich zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gestanden? Hat er sie befürwortet, oder mehr notgedrungen – also konstellationsbedingt aus Gründen der politischen Ratio – unterstützt, vielleicht als unvermeidlich zum Preis der Vertiefung

der europäischen Integration – die Helmut Kohl anstrebte – hingenommen oder gar abgelehnt und hintertrieben, wie einige meinen? Gerade neuere Publikationen bemühen sich, das Bild von Frankreichs marginaler Rolle im Transformationsprozess und bei der Überwindung des Kalten Krieges zu korrigieren und damit auch die Bedeutung der Rolle Helmut Kohls neu einzuordnen. Uns interessiert hier aber hauptsächlich die Wirkung auf das Verhältnis zu Helmut Kohl und seine Haltung, wie er sein französisches Gegenüber eingeschätzt hat.

Eine andere These beherrscht ebenfalls schon seit 1998 die Diskussion, ob nämlich Bundeskanzler Kohl die Zustimmung des französischen Präsidenten zur Einheit Deutschlands durch Einführung des Euro – also den Einstieg in den Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 – und damit die Aufgabe der D-Mark „quasi erkauft“ habe. Zwar ist dies schon mehrfach widerlegt und es ist erwiesen worden, dass Helmut Kohl längst vor dem Fall der Mauer bereit war, die D-Mark zugunsten einer europäischen Währung aufzugeben. Doch hält sich die These hartnäckig, weil die Regierung Kohl vor und parallel zum Prozess der Wiedervereinigung die europäische Einigung in Richtung Politische Union vorantreiben wollte.

Helmut Kohl hat die Beziehungen zu Frankreich stets in historischer Perspektive beurteilt. Seine Versöhnungsgeste mit Mitterrand über den Kriegsgräbern von Verdun war ihm genauso wichtig wie seine Zusage bei ihrem Vieraugengespräch am 21. Oktober 1982, drei Wochen nach seiner Wahl zum Bundeskanzler, als Kohl mit Blick auf die deutsche Frage Mitterrand versicherte, er, der Bundeskanzler, wolle keine Rückkehr zum Bismarckschen Nationalstaat. Mitterrand antwortete darauf, selbstverständlich müsse die deutsche Frage eines Tages gelöst werden, wie man auch Jalta los werden musste. Mitterrand glaubte, es werde sich ganz von allein ergeben und fügte hinzu: „vielleicht gegen Ende des Jahrhunderts“.

Zwei Grundsätze hat Helmut Kohl nie aus den Augen verloren: Die deutsch-französische Aussöhnung ist keine Selbstverständlichkeit. Und: Sie gelang nur, weil Deutschland sich unter Adenauer nach Westen gewandt hatte. „Vierzig Jahre Politik in Europa würden auf den Kopf gestellt“, meinte er 1990 vor dem CDU-Bundesvorstand, „wenn das wiedervereinigte Deutschland neutralisiert, das heißt isoliert wird. Wer etwas von Geschichte versteht,“ so führte er weiter aus, müsse „wissen, dass bis zum Eintritt in den Völkerbund genau das das Thema der Weimarer Republik war. Ohne die Isolierung Deutschlands, die damals von den Amerikanern unter Wilson bewusst geduldet, von den Engländern zähneknirschend ertragen, aber massiv von der französischen Politik, bis Briand kam, betrieben wurde, wäre vieles von dem, was später gekommen ist – das soll keine Entschuldigung für Hitler sein –, nicht denkbar gewesen.“

Was Helmut Kohl damals bewegte, die Beziehungen zu Frankreich weiter zu intensivieren, wo es Interessengegensätze und gemeinsame Vorstöße gab, alles das wird noch eingehend zu erörtern sein. Es freut mich sehr, dass wir



heute wirkliche Experten und Zeitzeugen der deutsch-französischen Beziehungen begrüßen können. Zunächst wird Staatssekretär a. D. Dr. Jürgen Hartmann, der den Bundeskanzler viele Jahre aus der Nähe erlebt hat, uns das Bild Helmut Kohls von Frankreich erläutern, das maßgeblich in der Jugendzeit und in seiner Zeit als rheinland-pfälzischer Politiker geprägt wurde. Mein verehrter Kollege, Professor Dr. Ulrich Lappenküper, der viele Jahre an der Universität Bonn zu den bilateralen Verhältnis geforscht hat, widmet sich schon seit vielen Jahren auch den Beziehungen zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand und auch dem Verhältnis zu Jacques Chirac. Er wird uns einen fundierten Überblick über die Weichenstellungen in den Beziehungen während der 1980er und 1990er Jahre geben. Die wirklichen Abläufe zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Élysée-Palast kann am besten einer der damaligen Beteiligten darlegen und bewerten. Herr Botschafter a. D. Professor Joachim Bitterlich, den ich hiermit ganz herzlich begrüße, gehörte als Mitarbeiter und später als Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt jahrelang zu den außenpolitischen Beratern Helmut Kohls. Er unterhielt nicht nur die wichtige Verbindung in das Umfeld des französischen Präsidenten. Er beriet den Bundeskanzler, besonders wenn es um Fragen der europäischen Integration ging. Viele Vorschläge und Positionspapiere gehen auf seine Ideen und Vorschläge zurück. Ich freue mich, dass er uns heute die Hintergründe im Zuge der Umsetzung des Delors-Pakets, über die Diskussionen um die institutionellen Reformen der europäischen Verträge mit Blick auf die Politische Union und das Zustandekommen des Maastricht-Vertrages erläutern wird. Ohne sicherheitspolitische Rückkoppelungen wäre die deutsche Einheit nicht vollendet worden. Konteradmiral Lange war damals als militärischer Experte im Bundeskanzleramt tätig. Ich darf Sie ebenfalls herzlich begrüßen. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen, gingen doch die deutsch-französischen Sicherheitsvorstellungen keineswegs immer konform. In Anbetracht der Höhen und Tiefen, die das deutsch-französische Verhältnis durchlebt hat und noch durchlebt, ist es erforderlich, die Frage zu stellen, was aus heutiger Sicht von dem geblieben ist, was an Grundlagen in der Ära Kohl gelegt wurde. Zur Beantwortung dieser Frage haben wir Frau Dr. Ulrike Guérot gewinnen können, die als Publizistin eine ausgewiesene Expertin für die deutsch-französischen Beziehungen ist. Auch Sie heiße ich herzlich willkommen.

Das Œuvre „Helmut Kohl und Frankreich“ ist reichhaltig. Machen wir uns an die Arbeit.

# Das Frankreichbild Helmut Kohls\*

Jürgen Hartmann

Das Frankreich-Bild von Helmut Kohl wurde weitgehend geprägt von seiner Zusammenarbeit und seiner Freundschaft mit François Mitterrand; das ist auf vielen Seiten seiner Erinnerungen nachzulesen. So wird es auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Doch es gab auch eine Zeit *avant François Mitterrand*, eine Zeit, in der der junge Kohl seine persönlichen und politischen Orientierungen suchte und festigte. Seine Frankreich-Erfahrungen aus jenen Jahren sind bisher wenig bekannt, obwohl dort die Wurzeln angelegt sind für die meisten Beziehungen des Bundeskanzlers Kohl zum Nachbarland. Er selbst schreibt sehr wenig von diesen Erfahrungen, die meisten erwähnt er erst gar nicht.

## 1. Das Umfeld

Nun war die Pfalz, Helmut Kohls stets sehr bewusst wahrgenommene Heimat, in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unbedingt diejenige deutsche Landschaft, in der sich den Menschen die Entfaltung frankophiler Gefühle aufdrängte. Nach den Feldzügen des Generals Mélac, der 1689 mit dem ausdrücklichen Befehl seines Kriegsministers Louvois „*Brûlez le Palatinat*“ aus Paris losgeschickt worden war und grausame Verwüstungen hinterlassen hatte<sup>1</sup>, waren die Franzosen nun schon zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert Besatzungsmacht. Es herrschte bittere Not, zu deren Linderung, anders als in der amerikanischen und britischen Zone, die Besatzungsmacht nichts beitragen konnte. Wegen der Requisitionen, an die ich selbst schlimme Erinnerungen habe, wurden sie teilweise sogar verantwortlich gemacht für die katastrophale Ernährungslage.<sup>2</sup> Und in Landau rekrutierte eifrig die Fremdenlegion.

Gewiss, es gab auch positive Erinnerungen, vor allem an die Franzosenzeit von 1792 bis 1815, als die Pfalz zu den französischen Départements Mont Tonnerre, Sarre und Bas-Rhin gehörte. Es war eine Zeit, die dem Land Gewerbfreiheit, ein neues und gutes Rechtssystem, eine Kommunalverfassung oder auch einen systematischen Straßenbau gebracht hatte.<sup>3</sup> In den Jahren nach 1945 waren diese Erinnerungen freilich verschüttet von den aktuellen Sorgen.

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 22. November 2012 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Karl Moersch: Geschichte der Pfalz. 2. Aufl. Neustadt 1987, S. 389f.

2 Andreas Linsenmann: Außenbeziehungen: Vom Grenzland zur Brücke der Völkerverständigung, in: Friedrich P. Kahlenberg/Michael Kießner (Hg.): Kreuz – Rad – Löwe. Rheinland-Pfalz. Ein Land und seine Geschichte. Bd. 2. Darmstadt 2012, S. 161

3 Moersch: Geschichte der Pfalz, S. 461.

Zudem gab es in Paris Leute, die von einer Loslösung der linksrheinischen Gebiete, ja sogar des gesamten Rheinlandes vom ehemaligen Reichsgebiet träumten. Lediglich Träume waren es freilich nicht; im Saarland waren sie ja der Wirklichkeit recht nahe gekommen, und in der Pfalz gab es, wie schon 1792 und 1920 Leute, die ähnliche Vorstellungen hegten: Separatisten. Auch General de Gaulle blieb in seinen Äußerungen zum zukünftigen Schicksal des Rheinlandes höchst unbestimmt.<sup>4</sup>

So sah das Umfeld aus, in dem Helmut Kohl seine politische Sozialisierung erfahren sollte. Nichts spricht dafür, die Nähe oder gar die Freundschaft der Franzosen zu suchen.

## 2. *Europa*

In der Tat waren es zunächst die noch recht konfuse Ideen eines neuen Europa, die den jungen Kohl anzogen. Selbst wenn er gelegentlich an der deutsch-französischen Grenze Grenzanlagen beseitigte und Schlagbäume aufstemmte, geschah dies, wie er selbst schreibt, „aus Begeisterung über den europäischen Aufbruch“<sup>5</sup>. Auch seinen ersten Besuch in Paris, 1950 als Mitglied einer pfälzischen CDU-Delegation, bei dem er Robert Schuman begegnete, setzt er in einen europäischen Kontext.<sup>6</sup>

Geprägt haben muss ihn eine Begegnung mit den *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI), eines 1947 gegründeten Kreises, der einen regelmäßigen Kontakt zwischen Persönlichkeiten und Gruppen christlich-demokratischer Ausrichtung in Europa und in der Welt erlauben sollte.<sup>7</sup> Am 1. Oktober 1950 fand ein Kongress der NEI-Jugend in Konstanz statt, an dem neben dem CDU-Generalsekretär Bruno Dörpinghaus, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano und dem späteren belgischen Premierminister Léo Tindemans eben auch Helmut Kohl teilgenommen hatte.<sup>8</sup> Nach seiner Rückkehr heißt es in einem Bericht der Ludwigshafener CDU, „dass Helmut Kohl von der Vision eines vereinigten Europas durchdrungen war“<sup>9</sup>.

Heinz Schwarz<sup>10</sup> berichtet noch von einer Reise der Jungen Union Rheinland-Pfalz nach Frankreich, an der Helmut Kohl im September 1951 teilgenommen hat. Möglicherweise ist sie identisch mit einem Besuch, den Kohl bei

4 Vgl. die Zitate bei Corine Defrance: *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*. Straßburg 1994, S. 33ff.

5 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*. München 2004, S. 76.

6 Ebd., S. 75.

7 Zur Geschichte der NEI vgl. die Beiträge in dem von der EVP-Fraktion herausgegebenen Band: *Zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Europa*. Melle 1990; Robert Bichet: *La démocratie chrétienne en France*. Besançon 1980, S. 243.

8 Vgl. den Bericht in *Union in Deutschland*, 7. Oktober 1950, S. 53.

9 Zitiert bei Klaus Hofmann: *50 Jahre CDU Ludwigshafen*. Ludwigshafen 1996, S. 37.

10 Mündliche Mitteilung an den Verfasser vom 13. Januar 2012.

seiner Freundin Hannelore, die sich etwa um diese Zeit zu Sprachstudien in Paris aufhielt, abstattete.<sup>11</sup> Wie schon bei der ersten Reise besuchte die Gruppe die Schlachtfelder von Verdun, wo Kohls Vater im Ersten Weltkrieg als Soldat gestanden hatte.<sup>12</sup> Neben der europäischen Vision waren diese Besuche in Verdun ein zweites starkes Motiv für Helmut Kohl, den Kontakt mit Frankreich zu suchen. Sie sollten 1984 zu einem der großen symbolischen Akte der deutsch-französischen Beziehungen führen. Auch ein weiterer Frankreich-Aufenthalt hat in Kohls Erinnerungen keine Spuren hinterlassen. 1962 begründeten die Stadt Ludwigshafen und die bretonische Stadt Lorient eine Partnerschaft, die im Stadttheater von Fontainebleau feierlich besiegelt wurde. In seiner Rede als CDU-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Ludwigshafen erklärte er dort, dass mit dieser Partnerschaft die von Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer getragene Europa-Vision Wirklichkeit werde.<sup>13</sup> Auch hier also in erster Linie ein übernationaler, europäischer Ansatz Kohls, begleitet allerdings auch bei diesem Besuch von einem Abstecher nach Douaumont und Verdun.

Man darf annehmen, dass in dieser frühen Zeit das über seine nähere Heimat und Deutschland hinausgehende politische Interesse des jungen Kohl zu allererst auf Europa gerichtet war. Europa war sein Traum, auf Europa bezogen sich seine Visionen. Erst über das Ziel einer europäischen Zusammenarbeit erkannte er die Notwendigkeit der deutsch-französischen Aussöhnung. Diese musste bewerkstelligt werden, sollte das größere Ziel, Europa, erreicht werden.

Weitere Frankreich-Aktivitäten Kohls haben in seinen Erinnerungen allenfalls andeutungsweise Erwähnung gefunden. Es sind aber tragende Elemente seiner Frankreich-Beziehungen und seiner späteren Frankreich-Politik. Außerdem sind es bisher unbekannte oder kaum gewürdigte Stationen seiner politischen und persönlichen Biographie.

Seine gelegentlichen Fahrten ins nördliche Elsass meine ich damit nicht. Das waren Ausflüge mit der Familie oder mit Freunden und hatten in erster Linie wohl kulinarische Ziele. Aber eine Begegnung mit dem Premierminister von Québec, Robert Bourassa, im September 1971 darf man durchaus in einen französischen Zusammenhang setzen. Bourassa war ein vehementer Verfechter der Frankophonie und eines *Québec libre*. Ihn zu besuchen, kam in Frankreich gut an.

---

11 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 96.

12 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden 1982–1984. Bonn 1984, S. 93.

13 Hofmann: 50 Jahre CDU Ludwigshafen, S. 52.

### 3. Burgund

In seiner Mainzer Regierungserklärung vom 20. Mai 1969 erklärt Kohl: „Aus unserer Grenzsituation ergeben sich ganz natürliche Beziehungen zu unseren Nachbarn. Die deutsch-französische Freundschaft ist Bestandteil unserer Politik.“<sup>14</sup> Er fährt dann fort: „Die Landesregierung hofft, die Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Burgund weiter ausbauen zu können. Wir wünschen Partnerschaft vor allem im Sinne einer Begegnung der Menschen, insbesondere der jungen Generation in diesen beiden Nachbarländern.“ Das war schon mehr, als er 1982 dazu sagen sollte.

Die von Kohl erwähnte Partnerschaft zwischen den beiden großen Weinbauregionen Rheinland-Pfalz und Burgund war 1962 von Peter Altmeier und dem legendären Kanonikus Kir feierlich begründet worden. Sie umfasste weite Kreise der Bevölkerung und führte Jahr für Jahr zu zahlreichen Begegnungen.

An der ersten Großveranstaltung nach seinem Amtsantritt konnte Kohl aus Termingründen nicht teilnehmen, unterstrich aber die Bedeutung, die er ihr zumaß, durch die Entsendung von gleich drei Kabinettsmitgliedern.

Auf Einladung des Präfekten Jean Pierre Moatti kam er dann in Begleitung seiner Frau am 29./30. November 1969 nach Dijon, der Hauptstadt der Partnerregion.<sup>15</sup> Hannelore Kohl schloss bei diesem Besuch eine wohl bis zu ihrem Lebensende andauernde Freundschaft mit Isabelle Moatti, der kunstsinnigen Frau des Präfekten und russischen Emigrantin, mit der sie Erinnerungen an Leipzig austauschte.

1973 fuhr das Ehepaar Kohl erneut nach Dijon.<sup>16</sup> Hunderte von in der Partnerschaft engagierten Rheinland-Pfälzern waren vorausgefahren. Präfekt Moatti hatte zu Ehren Kohls einige französische Politiker aus der Region zum Abendessen und anschließender Gesprächsrunde eingeladen. Es waren der Präsident der *Assemblée Nationale*, Edgar Faure, der das französische Parteienspektrum zwischen Sozialisten und Gaullisten fast vollständig durchwandert hatte und dabei in der IV. Republik zweimal Premierminister war. Außerdem genoss er einen Ruf als Autor von Kriminalromanen. Dazu kam Robert Poujade, seit 1967 Abgeordneter der UDR (*Union des démocrates pour la cinquième République*) und des RPR (*Rassemblement pour la République*), 1968 bis 1971 Generalsekretär der UDR seit 1971 Oberbürgermeister von Dijon und meines Wissens der erste hochrangige Politiker des RPR, dem Kohl begegnete.<sup>17</sup> Zu der Runde gehörte schließlich noch Jean-Philippe Lecat, Informations-

14 Stenographischer Bericht des Landtags Rheinland-Pfalz, 6. Wahlperiode, S. 1396.

15 Landeshauptarchiv (LHA), Koblenz, Bestand 860-8401.

16 LHA Koblenz, Bestand 860-8405.

17 Poujade berichtet in seinen Erinnerungen von dieser Begegnung, vgl. Robert Poujade: *Avec de Gaulle et Pompidou*. Paris 2011, S. 158.

minister unter Valéry Giscard d'Estaing und ausgewiesener Kenner der Geschichte Burgunds.

Wer einmal vor den mächtigen Grablegern der burgundischen Herzöge in Dijon gestanden hat, der hat etwas erfahren von dem Anspruch und von der Tragik des burgundischen Zwischenreiches, das die Trümmer der karolingischen Teilung zwischen Nordsee und Mittelmeer für die Dauer von vier Generationen noch einmal zusammenbringen sollte, bevor es zum erneuten Leidwesen Frankreichs durch Heirat an Habsburg fiel.

In dieser europäischen Kernlandschaft war François Mitterrand Bürgermeister der kleinen burgundischen Stadt Château-Chinon. Heute befindet sich dort das Museum seiner Amtszeit als Staatspräsident, in dem sich als Geschenke des Königs von Marokko einige Arbeiten des Idar-Obersteiner Edelsteinschleifers Helmut Wolf befinden. Als Präsident des *Conseil Général* des Departements Nièvre wurde er regelmäßig zu den Partnerschaftstreffen eingeladen, auch durch den Ministerpräsidenten Kohl. Begegnet sind sich die Beiden damals nicht.

Ein drittes Mal begaben sich die Kohls im Oktober 1975 nach Dijon.<sup>18</sup> Diesmal wurde Helmut Kohl als *chevalier du tastevin* in die renommierte burgundische Weinbruderschaft aufgenommen. Die hochfeierliche Zeremonie erfolgte in dem ehemaligen Wirtschaftshof der Zisterzienser-Abtei Cîteaux, dem Château Clos de Vougeot. Das war ein Fest so recht nach Kohls Geschmack. Eine Tischgemeinschaft an historischem Ort mit 600 gesetzten Gästen, traditioneller burgundischer Küche und Spitzen-Crus.

Das Erlebnis der Partnerschaftsbewegung, die er einmal die größte Bürgerinitiative des Landes nannte, war nach Europa und Verdun ein weiteres Leitmotiv für Kohls Beziehungen zu Frankreich. Sehr viel später, in einer Rede auf dem 57. Katholikentag seiner Heimatdiözese Speyer am 23. Juni 1991, brachte er das mit den Worten zum Ausdruck: „Dass es dazu [gemeint ist die Überwindung der Erbfeindschaft] kam, hatte vor allem zwei Gründe: Zum einen verdanken wir diese Entwicklung der Weitsicht und der Entschlossenheit von großen Persönlichkeiten wie Robert Schuman und Konrad Adenauer. Zum anderen waren es die vielen – vor allem jungen – Menschen, die die Chance zur Begegnung mit dem Nachbarn ergriffen und damit das Fundament einer dauerhaften Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern schufen“.<sup>19</sup>

18 LHA Koblenz, Bestand 860-8407.

19 Abgedruckt in: Peter Hintze/Gerd Langguth (Hg.): Helmut Kohl. Der Kurs der CDU. Stuttgart 1993, S. 356.

#### 4. Störungen

Doch war das deutsch-französische Verhältnis in jener Zeit keineswegs frei von Belastungen. Fast genau 10 Jahre lang trübte die ungelöste Saarfrage alle Bemühungen um Verständigung. Kohl nennt sie ihr schwerstes Hindernis.<sup>20</sup> Erst 1955 einigten sich Adenauer und Mendès-France darauf, die Saarländer über ein Sonderstatut abstimmen zu lassen, das eine Europäisierung des Landes vorsah. Die im Saarland regierende Christliche Volkspartei (CVP) unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann hatte sich für das Sonderstatut ausgesprochen und führte eine entsprechende Kampagne. Die rheinland-pfälzische CDU trat dagegen geschlossen für eine Ablehnung ein und unterstützte massiv die zum Teil noch in der Illegalität arbeitenden Gegner des Statuts. Sie setzte sich damit in einen direkten Widerspruch zu Adenauer. Kohl berichtet in seinen Erinnerungen von solchen Aktionen, die ihn, hätten ihn die Franzosen erwischt, unweigerlich ins Gefängnis gebracht hätten.<sup>21</sup>

Ich selbst erinnere mich noch an die wohl von der pfälzischen Jungen Union verteilten schwarzen Aufkleber mit der Forderung „Der Dicke muss weg“, gemeint war damit Johannes Hoffmann. Die Abstimmung am 23. Oktober 1955 brachte eine klare Mehrheit gegen das Sonderstatut und machte damit den Weg frei für eine Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik. Diese erfolgte dann zum 1. Januar 1957.

Später, nach dem Kreuther Trennungsbeschluss von 1976, erinnerte sich Kohl noch einmal an jene Zeit, als sich in einer entscheidenden nationalen Frage zwei christlich-demokratische Parteien unversöhnlich gegenüberstanden, die regierende CVP, die für das Sonderstatut eintrat, und die bis kurz vor der Abstimmung nicht zugelassene CDU, die dieses strikt ablehnte.<sup>22</sup> Die Vorstellung eines solchen Konflikts zwischen CDU und CSU erfüllte ihn mit Grauen.

Eine zweite, in der bundesdeutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt Belastung der deutsch-französischen Verständigung, zumindest für einen rheinland-pfälzischen Politiker, war der Mundatwald, ein ca. 700 ha großes Waldstück an der Grenze zum Elsass, das Frankreich einseitig von Deutschland abgetrennt hatte. Zur Sicherung seines Anspruchs hatte Frankreich etwa im gleichen Umfang Grundeigentum pfälzischer Bauern im Elsass sequestriert. Verschiedene Anläufe zur Lösung des Problems, unter anderem im Nachgang zum Elysée-Vertrag, waren am Widerstand in der Bevölkerung gescheitert. Auch in Kohls Mainzer Regierungszeit konnte dies doch eher lokale Problem nicht gelöst werden. In seinen Erinnerungen geht er nicht darauf ein.

---

20 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 602.

21 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 95.

22 Ebd., S. 426.

Erst Bernhard Vogel gelang es, sicherlich nicht ohne Hilfe des Bundeskanzlers, die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit des Mundatwaldes mit dem Vertragswerk über die Entschädigung der *Malgré Nous* zu verknüpfen und schließlich beizulegen – 38 Jahre nach dem Kriegsende.<sup>23</sup>

### 5. Auf der Pariser Szene

Einen Höhepunkt der deutsch-französischen Aussöhnung setzte der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963. Den im Anschluss an diesen Vertrag ausgebrochenen heftigen Streit über den Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ in der CDU-Bundestagsfraktion hielt Kohl für „völlig unverständlich“ und für eine „Scheinalternative“<sup>24</sup>. Mitterrand, das sei am Rande gesagt, gehörte damals zu den scharfen Gegnern des Vertrages.<sup>25</sup> Als Bundeskanzler würdigte Kohl den Vertrag 1983 im Hotel de la Monnaie in Paris.<sup>26</sup> Aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums entwickelte er 1988 in einer Rede im Palais de l’Elysée in einer höchst eindrucksvollen Weise seine Sicht der Tragweite des Vertrages.

Erste Erfolge seiner Bemühungen um die deutsch-französischen Beziehungen konnte Helmut Kohl in Paris bei seinem „Antrittsbesuch“ als Parteivorsitzender am 15. und 16. Oktober 1973 verzeichnen. Die französische Botschaft in Bonn hatte das Programm voll gepackt mit hochrangigen Gesprächspartnern: Staatspräsident Pompidou, die beiden Kammerpräsidenten Edgar Faure und Alain Poher, Premierminister Messmer, Finanzminister Giscard d’Estaing, Verteidigungsminister Galley, Außenminister Jobert. Edgar Faure, den Kohl in Dijon kennen gelernt hatte, gab ein Mittagessen. Dazu hatte die deutsche Botschaft noch Parteitermine vereinbart, mit dem Erziehungsminister Joseph Fontanet, ehemaliger Generalsekretär des MRP (*Mouvement républicain populaire*), und mit Alexandre Sanguinetti, dem Vorsitzenden der gaullistischen Fraktion UDR. Letzterer hatte zu einem Mittagessen die ehemaligen Außenminister Couve de Murville und Maurice Schumann<sup>27</sup> eingeladen. Alfred Frisch, ein sehr kenntnisreicher Beobachter, bemerkte in der Stuttgarter Zeitung, eine solche Anhäufung von Spitzenterminen habe es für einen ausländischen Besucher in Paris bisher nicht gegeben.<sup>28</sup>

23 Regierungserklärung vom 13. Oktober 1983, Landtag Rheinland-Pfalz, 10. Wahlperiode, Plenarprotokoll 10/8, S. 391.

24 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 181.

25 Karl-Heinz Bender: *Das gleiche Bündnis und die gleiche Zukunft. Zum Deutschlandbild von François Mitterrand*. Dokumente. Bonn 1988, S. 183 mit weiteren Nachweisen.

26 Bundeskanzler Helmut Kohl. *Reden 1982–1984*, S. 87.

27 Schumann und Fontanet kamen aus dem MRP. Sie hatten im Mai 1962 mit zwei anderen Ministern des MRP die Regierung Pompidou aus Protest gegen die Europa-Politik de Gaulles verlassen.

28 *Stuttgarter Zeitung*, 17. Oktober 1973.



Kohl nutzte die Gespräche vor allem, um Irritationen hinsichtlich der Westbindung der Bundesrepublik auszuräumen, die in Paris angesichts einiger Auswüchse der Bonner Ostpolitik entstanden waren. Vor dem Hintergrund der Besorgnisse, die der Jom Kippur-Krieg in Paris ausgelöst hatte, erlangte die Europapolitik in den Gesprächen eine besondere Bedeutung. Kohl glaubte, bei den traditionell europakritischen Franzosen einen Sinneswandel feststellen zu können.

Joseph Rován, in einem Kommentar im „Mannheimer Morgen“<sup>29</sup>, nimmt Kohl bei diesem Besuch wahr als „verhältnismäßig jungen Politiker mit seiner soliden akademischen Schulung und gewandten Umgangsformen, der trotzdem nicht volks- und wirklichkeitsfremd auftritt“.

Nur für den Korrespondenten des „Münchener Merkur“ und der „Rhein-Zeitung“<sup>30</sup> blieb Kohl auch weiterhin für die Franzosen ein Unbekannter.

## 6. Das Jahr 1976

Im Bundestags-Wahljahr 1976 sollte eine ganze Reihe von Projekten den Bekanntheitsgrad von Helmut Kohl in Frankreich erhöhen. Als erstes war ein Treffen mit französischen Intellektuellen und Deutschlandkennern geplant, um Kohl als eine bekannte Größe in den intellektuellen Diskurs des Landes einzuführen. Mit Unterstützung des aus Koblenz gebürtigen Schriftstellers Joseph Breitbach und des Hauptgeschäftsführers der Deutsch-Französischen Handelskammer, Cornel Renfert, die beide über große Netzwerke in Paris verfügten, gelang es, Persönlichkeiten wie den Hölderlin- und Deutschlandexperten Pierre Bertaux, den Schriftsteller, Chefredakteur des Figaro und späteres Mitglied der Académie Française, Jean d’Ormesson, die beiden großen Deutschland-Kenner Alfred Grosser und Joseph Rován, den Buchautor und ZDF-Korrespondenten Peter Scholl-Latour, den hoch geachteten Soziologen Raymond Aron und den langjährigen Bonner Korrespondenten von „Le Monde“ Alain Clément am 4. Februar 1976 um einen Tisch im Restaurant Ledoyen auf den Champs Elysée zu versammeln.

Kohl nahm die Gelegenheit wahr, seine Vorstellungen zu Europa, Deutschland und den deutsch-französischen Beziehungen ausführlich darzustellen. Paul Falkenburger half als Dolmetscher aus. Eine Diskussion kam nicht zustande, „weil Kohl zuviel selbst geredet hat“, wie Joseph Rován später dem Verfasser gegenüber einmal kritisch anmerkte. Das erschien aber nicht als Nachteil. Wichtig war vielmehr, dass dieser an Deutschland interessierte Teil der intellektuellen Elite Frankreichs die Einladung angenommen hatte, gekom-

29 Mannheimer Morgen, 17. Oktober 1973, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Pressearchive, Kohl, Helmut, Reise/Paris.

30 Ausgaben vom 17. Oktober 1973, ebd.

men war und Kohl zugehört hatte. Eine Diskussion hätte gewiss brillante Statements der Teilnehmer ausgelöst, dafür waren sie bekannt, und zu jenen typisch französischen, höchst geistvollen Wechselreden geführt, die aber Kohls Redezeit stark beschnitten hätten. Hochzufrieden kehrte Kohl nach dieser Tischrunde zurück ins Le Bristol, das Hotel der deutschen Bundeskanzler seit Adenauer.

Im Laufe seines dreitägigen Aufenthaltes besuchte Kohl auch den französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, der bei ihm offenbar keinen besonderen Eindruck hinterließ. Intensiver müssen die Gespräche mit Premierminister Jacques Chirac gewesen sein, die immerhin zwei Stunden dauerten. Außerdem begegnete Kohl Innenminister Michel Poniatowski, Außenminister Jean Sauvagnargues, den er als Botschafter in Deutschland kennen gelernt und mit exquisiten Wein-Präsenten versorgt hatte, und Justizminister Jean Lecanuet, dem Vorsitzenden der MRP-Nachfolge-Partei *Centre des démocrates sociaux* (CDS). Im Mittelpunkt aller Gespräche stand der Tindemans-Bericht über weitere Schritte bei der europäischen Einigung, der in Frankreich, vor allem bei den Gaullisten, deutlich zurückhaltender aufgenommen worden war als in Deutschland. Auch für die europäische Direktwahl war in Paris weniger Enthusiasmus auszumachen. Kohl warb bei seinen Gesprächspartnern für eine engere Zusammenarbeit der nicht-sozialistischen demokratischen Parteien in Europa. Auf einen zukünftigen Partner wollte sich Kohl nach dem Verschwinden des MRP nicht festlegen; zu groß erschienen die unterschiedlichen Auffassungen zur Europapolitik, die er vor allem bei Chirac festgestellt haben dürfte.

Zu den für 1976 geplanten Frankreich-Aktivitäten gehörten noch ein Fernseh-Auftritt am 14. September sowie zwei längere Interviews für „Le Figaro“ und „Le Monde“. Das Interview für „Le Figaro“ führte dessen Leiter des außenpolitischen Dienstes Jacques Guillemé Brulon. Es ließ sich arrangieren, dass er Kohl bei einem Manöver französischer Truppen in Landau begleitete. An solchen Manövern hatte Kohl in seiner Ministerpräsidenten-Zeit öfter teilgenommen.<sup>31</sup> Das Interview erschien am 18. Mai 1976 auf der ersten Seite mit dem Aufmacher, für die deutsch-französische Freundschaft bestehe keine Gefahr.

Entsprechend freundlich fiel das von Kohls Hand schlussredigierte Interview aus. Der Journalist hatte mit einem Zitat von Bundeskanzler Helmut Schmidt, demzufolge das vom Gaullismus geprägte Frankreich nicht zu den für die neuen ökonomischen und sozialen Herausforderungen vorbereiteten Ländern gehöre, Kohl eine Steilvorlage geliefert. Ohne Schmidt direkt anzugreifen, konnte sich Kohl als Staatsmann zeigen, der seine außenpolitischen Überzeugungen nicht durch Wahlkampf-Sprüche relativiert. Er bezeichnete es

---

31 Zum Beispiel am 13. September 1973 und am 8. Mai 1976.

als absurd und unsinnig, den Gaullismus auf eine Stufe mit den totalitären Regimen von Salazar und Franco zu stellen.

Wie in vielen späteren Äußerungen erläuterte Kohl auch in diesem Interview die Beziehungen Deutschlands zu den USA und zur atlantischen Allianz. Die Franzosen neigten dazu, die atlantischen Beziehungen als eine Relativierung der deutsch-französischen Beziehungen zu sehen; Kohl erklärte sie in der Regel als die zwei Seiten ein und derselben Medaille.

In einem weiteren Interview mit dem Bonner „Le Monde“-Korrespondenten Daniel Vernet<sup>32</sup>, stellte sich Kohl als ebenso überzeugter Europäer, Anhänger der Atlantischen Allianz und Anhänger der deutsch-französischen Freundschaft vor. Auf die Frage Vernets aber, ob die CDU mit ihrem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ nicht zukünftige europäische Partner verprelle, holte Kohl zu einem Rundumschlag gegen ein Europa der Sozialistischen Internationale aus, bei dem auch Mitterrand sein Teil abbekam: „Für mich ist Mitterrand in keiner Weise ein Modell europäischer Politik. Ein Mann, der die Volksfront ‚praktiziert‘, ist für mich ein für alle Mal unerträglich, weil er eine Entwicklung vorbereitet, die nicht meiner freiheitlichen Auffassung entspricht.“

Diese Bemerkungen Kohls hatten in Frankreich für Aufsehen gesorgt. Noch 14 Jahre später sollte der inzwischen zum Chefredakteur von „Le Monde“ aufgerückte Vernet sie in einem Beitrag für einen von Reinhard Appel herausgegebenen Band<sup>33</sup> erneut aufgreifen. Er glaubte Kohl vorhalten zu müssen, Mitterrand nicht vollständig verstanden zu haben, als dieser sein mit dem *programme commun* von 1972 begonnenes Projekt erläuterte, die Rolle der KPF im politischen Leben Frankreichs zu verringern. Allerdings, so Vernet, sei Kohl dabei nicht der einzige gewesen.

Vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen eines Zusammengehens von Sozialdemokraten und Kommunisten schätzte Kohl die Gefahren eines solchen Experiments allerdings deutlich höher ein als dessen französische Protagonisten.

Ich denke aber nicht, dass Kohl mit seiner Bemerkung die innenpolitischen Manöver Mitterrands im Auge hatte, sondern dessen mehrfach geäußerte Absicht, sein Volksfront-Modell auch auf Europa anzuwenden. Nicht zuletzt stand da seine Drohung im Raum: *L'Europe sera socialiste ou elle ne sera pas*.<sup>34</sup> Das konnte doch nur heißen, sollte die vereinte Linke die Europawahlen nicht gewinnen, dann sei mit Europa gänzlich Schluss. Eine solche Alternative konnte Kohl nicht unwidersprochen lassen. Da gehörte ein ebenso grober Keil

32 Abgedruckt in: *Le Monde*, 19./20. September 1976.

33 Reinhard Appel (Hg.): *Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht*. Bonn 1990, S. 45.

34 Aus einer Rede Mitterrands vor dem Kongress der Euro-Linken im Frühjahr 1976. Abgedruckt, allerdings bereinigt um das Zitat, in: EU-Kommission (Hg.): *30 Jours d'Europe*, Nr. 125, Juni 1976, S. 8. Vgl. auch FAZ, 4. Mai 1977.

drauf. Das Zitat hat Kohl später im Deutschen Bundestag<sup>35</sup> und vor dem CDU-Bundesparteiausschuss<sup>36</sup> aufgegriffen.

Eine tiefe Abneigung gegen Mitterrand hatte Kohl auch in einem kleinen Kreis bei einem Kongress der Europäische Bewegung am 5. Februar 1976 in Brüssel geäußert, als der damalige Vorsitzende der Sozialistischen Partei Frankreichs mit liturgischer Attitüde in den Konferenzraum einzog.

### 7. Parteien-Kooperation

Seit der Konstanzer Konferenz der NEI-Jugend war für Kohl die europäischste der französischen Parteien, das MRP, der natürliche Partner der CDU. Zu ihr gehörten neben Robert Schuman, der zu den wichtigsten politischen Bezugspersonen Kohls gehört und dem er 1986 eine Würdigung widmete<sup>37</sup>, Männer wie Alain Poher<sup>38</sup>, Pierre Pflimlin<sup>39</sup> und René Pleven<sup>40</sup>, aber auch Georges Bidault, der später allerdings einen ganz anderen politischen Weg beschreiten sollte<sup>41</sup>. Die Auflösung des MRP (1966) muss Kohl schmerzlich berührt haben, denn noch zehn Jahre später berichtet er von intensiven Gesprächen „mit unseren alten Freunden aus dem früheren MRP“<sup>42</sup>.

Mit dem Herannahen der ersten Europawahlen stellte sich mehr und mehr die Machtfrage. Ohne einen mehrheitsfähigen, starken Partner aus Frankreich war Europa für Kohl nicht vorstellbar. In der CDU und vor allem in der CSU gab es starke Tendenzen, mit den Gaullisten zusammenzugehen, denen man eine größere Zukunft zutraute und mit denen man immerhin die Symbolik der Vaterfiguren de Gaulle und Adenauer und des Elysée-Vertrages teilte.

Aber die Gespräche mit den Gaullisten und vor allem mit deren Parteivorsitzenden Chirac waren schwierig. Die Partei, das RPR, stand außerhalb der euro-

35 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, S. 2587 (B).

36 Am 13. Juni 1977, in: ACDP 07-001-620.

37 Abgedruckt in: EVP-Fraktion (Hg.): Robert Schuman – Demokrat und Europäer. Aktualität eines Vorbildes. Melle 1988, S. 27ff.

38 Alain Poher (1909–1996), langjähriger Senatspräsident, zeitweilig amtierender Staatspräsident und Bewerber um die Nachfolge de Gaulles.

39 Pierre Pflimlin (1907–2000), letzter Ministerpräsident der IV. Republik, Oberbürgermeister von Strasbourg.

40 René Pleven (1901–1993), zweimaliger Ministerpräsident und Autor eines Planes für eine Europa-Armee.

41 Georges Bidault (1899–1983), deutscher Kriegsgefangener, Vorsitzender des nationalen Widerstandsrates (CNR), erster Außenminister de Gaulles, Gründer des MRP, Ministerpräsident, Verteidigungsminister. 1961 überwirft sich Bidault mit de Gaulle in der Algerienfrage. Er bekennt sich zu Algérie française und gerät in die Nähe der Terrororganisation OAS. 1963 geht er zunächst ins Exil nach Brasilien, dann nach Belgien.

42 ZDF-Interview am 5. Februar 1976; Niederschrift in: ACDP, Pressearchiv, Kohl, Helmut, Reisen/Paris 5. Februar 1976.

päischen Partei-Internationalen und war auch im damals noch nicht direkt gewählten Europäischen Parlament weitgehend isoliert. Das Führungspersonal hatte kaum Erfahrung in der internationalen Parteien-Kooperation. EUCD (*Europäische Union Christlicher Demokraten*) und EVP (*Europäische Volkspartei*) hatten sich gegenüber konservativen Parteien klar und unnachgiebig abgeschottet. Auf dem Europa-Parteitag der CDU 1976 war mit Jean Lecanuet nur das französische CDS vertreten, nicht aber das RPR. Die britischen Konservativen waren immerhin mit Margaret Thatcher und Sir Christopher Soames präsent.

Wenn die EDU 1978 auch eine neue Gesprächsebene mit dem RPR schuf, blieb die Zusammenarbeit mit den Gaullisten weiterhin zurückhaltend. Als Helmut Kohl am 2. Juni 1982 am EDU-Kongress in Paris teilnahm, merkte man ihm seinen Unmut deutlich an. Beim festlichen Abendessen im Rathaus von Paris provozierte ihn Chirac zusätzlich, indem er ständig verschwand, um einem Fußballspiel zuzuschauen. Zu ihm wird Kohl auch späterhin keine erfreuliche Beziehung finden.<sup>43</sup> Dennoch wird man sagen können, dass Kohl bis zum Wahlsieg Mitterrands das politische Spitzenpersonal Frankreichs gut kannte.

### 8. Politik oder Neigung?

Am Tag der Kanzlerwahl von 1982 stellte „Le Monde“ die Frage, ob Helmut Kohl frankophil sei.<sup>44</sup> Auf der Positivseite vermerkte der Artikel gerade mal seine Herkunft vom Rhein, auf der Negativseite dagegen die Absicht Kohls, die atlantische Allianz zu stärken und die Beziehungen zu Moskau und den übrigen osteuropäischen Ländern auszubauen. Die alten französischen Ängste also. Damit lässt sich die Frage nicht beantworten.

Differenzierter als „Le Monde“ verwendet Hans-Peter Schwarz den Begriff<sup>45</sup>, nämlich nur in Verbindung mit der europäischen Einigung. Insofern ist er schon näher bei Kohl, der die deutsch-französischen Beziehungen nie um ihrer selbst willen anspricht, sondern stets in einem europäischen Zusammenhang, mal sind es „tragende Pfeiler“<sup>46</sup>, mal „Säulen“<sup>47</sup>, mal haben sie eine „Schlüsselrolle“<sup>48</sup>.

43 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 905.

44 Ausgabe vom 2. Oktober 1982, S. 5. Le Monde datiert seine Abendausgabe auf den folgenden Tag. Der Artikel geht zurück auf ein Informationsgespräch, das der Journalist Bernard Brigouleix am 23. September 1982 in der Pariser Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung geführt hatte.

45 Hans Peter Schwarz: Helmut Kohl, z. B. S. 355 und 667.

46 Regierungserklärung 1983, abgedruckt in: Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden 1982–1984, S. 148.

47 Helmut Kohl: Mein Tagebuch 1998–2000. München 2000, S. 28.

48 Hommage an Joseph Rovon, abgedruckt in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden zu Kunst und Kultur. Bonn 1996, S. 46.

Emotionale Wertungen als „Herzstück“ oder „Herzensthema“<sup>49</sup> sind dagegen höchst selten und nicht immer eindeutig.

Nur ein einziges Mal lockert Kohl diesen Bezug auf, als er Mitterrand gegenüber erklärt, die deutsch-französischen Beziehungen seien ihm wichtiger als Europa. Dies ist offenbar ein Angebot, auf das Mitterrand allerdings nicht weiter eingeht.<sup>50</sup> Andererseits setzt Kohl das deutsch-französische Verhältnis auch in anderen Beziehungen ein. So pflegte er zu sagen: „Unser Weg nach Warschau führt über Paris“. Und auch zur deutschen Frage dürfte er einen solchen Bezug gesehen haben.

Damit aber erhalten die deutsch-französischen Beziehungen im politischen System Kohls einen instrumentalen Charakter und sind weit weg von einer zweckfreien Aufgeschlossenheit gegenüber Frankreich, seinen Bewohnern und seiner Kultur, die man als frankophil bezeichnen könnte.

Das auch von ihm selbst immer wieder verwendete Bild der zwei Seiten einer Medaille hilft nicht weiter, weil es eher eine Zustandsbeschreibung ist als eine Erklärung. Zutreffender erscheint mir schon die „Gaus'sche Formel“ von der „emotional angereicherten politischen Nähe zu Frankreich“<sup>51</sup>.

Abgesehen davon, dass in beide Begriffe, „frankophil“ und „emotional angereicherte Nähe“, doch die Andeutung hineingelesen werden könnte, die deutschen Interessen nicht immer sachgerecht wahrzunehmen, fehlt mir in beiden etwas für die politische Persönlichkeit Kohls Entscheidendes. Etwas, das seine europäische Vision jenseits des institutionalisierten und permanenten Interessenausgleichs tragen könnte, etwas, das vielleicht sogar den Pfälzer und den Rheinländer, den Franken also, vom Preußen, Sachsen oder Bayern unterscheidet. Ich meine jenes aus fernen Tiefen kommende Gespür für eine aus dem karolingischen Erbe herrührende gemeinsame Verpflichtung der beiden Länder zur Gestaltung der Zukunft, ein Gespür, das auch für das politische Denken Mitterrands bestimmend war.<sup>52</sup> Das ist es wohl auch, was Kohl 1988 in Aachen mit den Worten andeuten sollte: „Deutschland und Frankreich waren stets mehr als nur Nachbarn. Sie waren und sind Geschwister, hervorgegangen aus denselben Ursprüngen, aus demselben karolingischen Reich.“<sup>53</sup>

---

49 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 149.

50 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 584. Auch Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl*, S. 463, erwähnt diese Episode mit ausführlicher Quellenangabe.

51 Günter Gaus: *Widersprüche*. München 2004, S. 222.

52 Vgl. Karl Heinz Bender: *Mitterrand und die Deutschen. Die Wiedervereinigung der Karolinger*. Bonn 1995.

53 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): *Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden zu Fragen der Zukunft*. Bonn 1989, S. 225.



## Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1980er und 1990er Jahren\*

Ulrich Lappenküper

„Was ich in den Jugendjahren erlebt habe, hat mich für den Rest meines Lebens – auch in der Zeit als Bundeskanzler – entscheidend geprägt. Die deutsch-französische Beziehung war mir ganz selbstverständlich ein Herzensthema.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten umriss Helmut Kohl im ersten Band seiner „Erinnerungen“ sein Verhältnis zu Frankreich. Nun sind Memoiren nicht selten mit einer gewissen Vorsicht zu lesen, wobei die eben genannten da keine Ausnahme bilden. War der sechste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich, wie er behauptet, ob des jahrhundertelangen „Grenzlandschicksal[s]“ der Pfalz<sup>2</sup> „nicht nur verstandesmäßig, sondern vor allem auch emotional“ von der „Sehnsucht nach einer echten Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen“ durchdrungen?<sup>3</sup>

Um eine tragfähige Antwort zu liefern, wird die folgende Studie nach einem kurzen Rückblick auf die frankreichspezifischen Bezüge der Kohl'schen Sozialisation drei Kernfragen behandeln: 1. Welche Rolle spielte der Nachbar d'outre rhin im außenpolitischen Konzept Helmut Kohls? 2. Welche Motive und Ziele leiteten ihn in seinem Verhältnis zu Frankreich? 3. Wie sah die Bilanz seiner Frankreichpolitik am Ende der sechzehnjährigen Kanzlerschaft aus? Sämtliche Ergebnisse, dies sei betont, können trotz der dankenswerten Konsultation relevanter Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin und der Pariser Archives Nationales kaum mehr als einen ersten Aufriss bieten. Auch wenn die Forschung zur Außen- und Frankreichpolitik Helmut Kohls durch die vorzügliche Edition seiner Lageberichte im Bundesvorstand der CDU<sup>4</sup>, die große Biographie aus der Feder von Hans-Peter Schwarz<sup>5</sup> und neue Studien zur Deutschlandpolitik seines wichtigsten französischen Counterparts, François Mitterrand<sup>6</sup>, jüngst mächtige Impulse erhalten hat, steht sie noch weitgehend am Anfang.

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 22. November 2012 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 149.

2 Ebd., S. 177.

3 Ebd., S. 149.

4 Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64). Düsseldorf 2012.

5 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012.

6 Ulrich Lappenküper: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx. München 2011.



## I.

Trotz dieser Einschränkung geht man gewiss nicht fehl in der Annahme, dass das frühe Frankreichbild des 1930 geborenen Pfälzers nicht eben positiv war. Vater Hans hatte im Ersten Weltkrieg in der Hölle von Verdun gekämpft und „das Trauma“ der Angriffe zeitlebens nie überwunden.<sup>7</sup> Sein älterer Sohn Walter fiel Ende des Zweiten Weltkriegs, nachdem er wenige Monate zuvor in Frankreich schwer verwundet worden war<sup>8</sup>. Dem jüngeren Bruder Helmut blieb *dieses* Schicksal zwar dank der Gnade der späten Geburt erspart, nicht aber die Erziehung „im bösen Geist der angeblichen Erbfeindschaft“<sup>9</sup>.

Auf die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten folgte für den Teenie die bedrückende Besatzungszeit der Franzosen. Nie sollte Kohl vergessen, dass er in seiner Heimatstadt den Gehsteig zu verlassen hatte, wenn ein französischer Offizier entgegenkam<sup>10</sup>, dass de Gaulle die Besatzungszone als „politisches Pfand“ benutzte<sup>11</sup> und die französischen Behörden ihm, dem seit 1947 politisch aktiven Christdemokraten, die Gründung einer Art Europa-Union versagten.<sup>12</sup> Nein, der junge Helmut Kohl empfand für Frankreich nicht die „große Liebe“ wie seine spätere Frau Hannelore, und dies lag gewiss nicht nur daran, dass er anders als sie nie der französischen Sprache mächtig sein sollte.<sup>13</sup> Kaum jemand, so gestand er in einem Rückblick Jahrzehnte später offen ein, habe in der Pfalz in den Nachkriegsjahren zu hoffen gewagt, dass die beiden Nachbarn ihre „Erbfeindschaft“ überwinden könnten.<sup>14</sup>

Die Wende zum Guten kam mit dem Schuman-Plan vom 9. Mai 1950. Idealistisch-bewegt von diesem Durchbruch zur europäischen Integration, räumte der Pennäler mit Gleichgesinnten bei Bergzabern symbolisch eine Zollschranke beiseite und verbrüdete sich mit französischen Altersgenossen – freilich erst, nachdem man sich zunächst geprügelt hatte.<sup>15</sup> Den ganz auf Frankreich ausgerichteten Europakurs Konrad Adenauers befürwortete Kohl nur mit einer bezeichnenden Einschränkung: Die Bereitschaft des Alten Herrn aus Rhöndorf

---

7 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 17.

8 Vgl. ebd., S. 36.

9 Rede Kohls auf dem Katholikentag der Diözese Speyer, 23. Juni 1991, in: Helmut Kohl: Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993. Hg. von Peter Hintze und Gerd Langguth. Stuttgart 1993, S. 355–370, hier S. 357.

10 Vgl. Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 75.

11 Ebd., S. 55; vgl. auch Ders.: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 590, und das Kapitel „Der Separatismus in der Pfalz nach 1945“ seiner Dissertation: Ders.: Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien. Diss. phil., Univ. Heidelberg 1958, S. 148–157.

12 Vgl. Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 56.

13 Ebd., S. 96.

14 Rede Kohls auf dem Katholikentag der Diözese Speyer, 23. Juni 1991, in: Ders.: Der Kurs der CDU, S. 356.

15 Vgl. Schwarz: Helmut Kohl, S. 57; Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 76.

zur Europäisierung der Saar ging dem jungen Mann aus Ludwigshafen entschieden zu weit.<sup>16</sup> Ob er tatsächlich, wie sein Biograph Schwarz meint, „in den fünfziger Jahren zum Frankophilen“ mutierte<sup>17</sup>, erscheint daher durchaus fraglich; denn von inniger Liebe zur französischen Kultur, Sprache oder Literatur sagen die uns bisher zugänglichen Quellen kaum etwas. Frankreich, so will es scheinen, war für Kohl damals vor allem, wie Otto von Bismarck einmal formuliert hat, „ein Stein [...] in dem Schachspiel der Politik“<sup>18</sup>; freilich ein besonders wertvoller, nämlich – um mit Adenauer zu sprechen – der „Angelpunkt des europäischen Zusammenschlusses“<sup>19</sup>. Und daran sollte sich bis zu seiner Wahl zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 auch kaum etwas ändern.

## II.

Als Kohl ins Bonner Kanzleramt einzog, standen die deutsch-französischen Beziehungen nicht zum Besten. Persönliche Animositäten zwischen seinem Vorgänger Helmut Schmidt und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, politische Reibereien und „kognitive Dissonanzen“<sup>20</sup> hatten der „Entente élémentaire“<sup>21</sup> seit 1981 heftig zugesetzt. Angesicht des vom neuen deutschen Regierungschef Kohl bevorzugten Politikstils der „personenbezogene[n] Gipfeldiplomatie“<sup>22</sup> wirkte es nicht eben förderlich, dass ihm sein zukünftigster Gesprächspartner in Paris persönlich bisher völlig unbekannt war. Kohl hatte als Vorsitzender der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag und Chef der CDU zwar Kontakte zum gaullistischen Staatspräsidenten Georges Pompidou und zum liberalen Valéry Giscard d’Estaing aufgenommen; zum Sozialisten Mitterrand herrschte aber bisher Funkstille, und das obwohl von Paris

16 Vgl. Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 94–97.

17 Schwarz: *Helmut Kohl*, S. 362.

18 Bismarck an Leopold von Gerlach, 2. Mai 1857, in: [Otto von] Bismarck: *Gesammelte Werke*. Bd.14/I: *Briefe 1822–1861*. Hg. von Wolfgang Windelband und Werner Friedland. Berlin 1933, S. 464–469, hier S. 465.

19 Interview Adenauers mit Agence France Presse, 15. September 1949, in: *Keesing’s Archiv der Gegenwart 1948/49*. Bearb. von Heinrich von Sieglar. Bonn u. a. o. J., S. 2069D; zu den deutsch-französischen Beziehungen in der Ära Adenauer grundlegend Corine Defrance/Ulrich Pfeil: *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963*. Darmstadt 2011; Ulrich Lappenküper: *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963*. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“. 2 Bde. München 2001.

20 Gilbert Ziebura: *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945*. Mythen und Realitäten, Überarb. und aktual. Neuausgabe. Stuttgart 1997, S. 280.

21 Willy Brandt: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*. Hamburg 1976, S. 341.

22 Schwarz: *Helmut Kohl*, S. 420.

durchaus Fühler ausgestreckt worden waren.<sup>23</sup> Um diesen unerquicklichen Zustand schnellstmöglich zu beenden, regten sein Intimus Alois Mertes und Außenminister Hans-Dietrich Genscher unmittelbar nach Kohls Ernennung zum Kanzler eine baldige Reise an die Seine an.<sup>24</sup> Nur drei Tage nach dem Konstruktiven Misstrauensvotum machte er sich auf den Weg und setzte damit aus der Sicht der französischen Führung ein Zeichen der „*continuité sans faille*“, ganz in der Tradition der „*lignée de la CDU rhénane et francophile d'ADENAUER*“<sup>25</sup>.

Kohls Blitzbesuch im Elysée-Palast und ein drei Wochen später stattfindendes reguläres Konsultationstreffen im Kanzleramt bildeten den Auftakt zu einer für Staatsmänner unterschiedlicher Nationen ganz ungewöhnlich dichten Serie persönlicher *Tête-à-tête*; insgesamt über 100 sollten es bis 1995 werden. Dass die Zusammenarbeit mit dem im Charakter und Temperament so ganz anderen Franzosen zu einem der Eckpfeiler der Außenpolitik des deutschen Bundeskanzlers werden würde, war dennoch keineswegs vorprogrammiert. „Wir waren eigentlich überhaupt nicht ‚füreinander geschaffen‘“, offenbarte Kohl Jahre später. „Wir hatten auch nicht von Grund auf Zuneigung füreinander.“<sup>26</sup> Trennend wirkte neben ihren persönlichen Eigenarten und parteipolitischen Präferenzen vor allem ein schweres Bündel politischer Divergenzen: das ökonomische Ungleichgewicht zwischen der Bundesrepublik und Frankreich; Kohls Drängen auf eine Mitsprache über die französische Abschreckungsstrategie; Mitterrands Volksfrontkonzept und seine Vorbehalte gegenüber der „*axe franco-allemand*“. Immerhin, die Habenseite einer ersten Bestandsaufnahme war nicht leer: Neben dem gemeinsamen Willen zur Fortentwicklung des „*accord franco-allemand*“ standen das Festhalten Kohls am NATO-Doppelbeschluss wie auch Mitterrands Plädoyer für eine Aktivierung der sicherheitspolitischen Kooperation.<sup>27</sup> Anlass zur Hoffnung bot dem Kanz-

23 Vgl. Daniel Bernard an Hubert Védrine, 3. Februar 1982, in: Archives Nationales Paris (AN), 5 AG 4/CD 190; Védrine an Mitterrand, 4. Februar 1982, ebd.

24 Vgl. Henri Froment-Meurice: *Vu du Quai. Mémoires 1945–1983*. Paris 1998, S. 642f.; Georg S. Schneider: *Alois Mertes (1921–1985). Das außenpolitische Denken und Handeln eines Christlichen Demokraten (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 61)*. Düsseldorf 2012, S. 472.

25 Védrine an Mitterrand, 4. Oktober 1982, in: AN, 5 AG 4/CD 190; vgl. auch Tagebuchaufzeichnung von Botschafter Axel Herbst, 4. Oktober 1982, in: Ders.: *Ein Septennat an der Seine 1976–1983*. Privatdruck o. D., S. 93f.

26 Diskussionsbeitrag Kohls zur Konferenz „Die Ära Kohl im Gespräch“, in: *Historisch-Politische Mitteilung* 10 (2003), S. 311; vgl. auch Redebeitrag Kohls in der Fraktionssitzung vom 9. November 1982, in: *Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 08-001-1070/1* (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

27 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 4. Oktober 1982, in: AN, 5 AG 4/PM 88; vgl. auch Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 22. Oktober 1982, im Auszug in: Tilo Schabert: *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*. Stuttgart 2002, S. 86; Presseerklärung Mitterrands, 22. Oktober 1982, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (PIB) 1982*, S. 916f.

ler überdies die Tatsache, dass der Präsident ihm stolz erzählt hatte, einst Staatssekretär im Kabinett Schumans gewesen zu sein. „Das ist also Geist [...] von unserem Geist“, frohlockte er Anfang November 1982 vor der Unionsfraktion. „Robert Schuman, der große Mann [...] der großen Zeit des französischen MRP, unserer Schwesterpartei.“<sup>28</sup>

Den richtigen Kitt für die beiderseitige Verständigung lieferten allerdings nicht etwaige weltanschauliche Affinitäten, sondern die nach dem Jahreswechsel aufbrechenden innenpolitischen Schwierigkeiten der beiden Länder. Paris sah sich währungspolitischer Turbulenzen ausgesetzt, und in der Bundesrepublik beschwor die Debatte über den NATO-Doppelbeschluss – zumindest aus französischer Perspektive – die Gefahr eines deutschen National-Neutralismus herauf. Kurz nachdem Mitterrand Kohl Anfang 1983 mit seiner historischen Bundestagsrede im Kampf um die Nachrüstung massiv den Rücken gestärkt hatte, warf der Kanzler dem Präsidenten seinerseits einen finanziellen Rettungsring zu und bewahrte ihn so vor einer Kehrtwende in der europäischen Währungspolitik. Als Kohl dann auch noch die Zustimmung des Bundestags zur Dislozierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen durchsetzte, dankte Mitterrand es ihm Ende 1983 mit zwei europapolitischen Fundamentalentscheidungen: zum einen mit dem Beschluss, sich fortan *aktiv* an der Behandlung der in der EG schwärenden „Eurosklerose“ zu beteiligen<sup>29</sup>; zum anderen mit der Absicht, die notwendige Therapie im „dialogue franco-allemand“ abzustimmen.<sup>30</sup>

### III.

In der festen Überzeugung, dass die Europapolitik das „Herzstück“ der Bonner Außenpolitik sein müsse<sup>31</sup>, hatte Kohl sich seit seinem Amtsantritt wiederholt

28 Redebeitrag Kohls in der Fraktionssitzung vom 9. November 1982, in: ACDP 08-001-1070/1.

29 Zu diesem Terminus Helmut Giersch: *Euroscerosis*. Kiel 1985.

30 Zitiert nach Jean Lacouture: Mitterrand. Bd. 2: *Les vertiges du sommet*. Tb.-Ausgabe Paris 1998, S. 132.

31 Rede Kohls vor der Außenpolitischen Gesellschaft in Kopenhagen, 24. September 1984, im Auszug in: Pressemitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 491/84. Zur Europapolitik Kohls vgl. grundlegend Hans Stark: Helmut Kohl, *l'Allemagne et l'Europe. La politique d'intégration européenne de la République fédérale 1982–1998*. Paris 2004; vgl. auch Eckart Gaddum: *Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl*. Paderborn u. a. 1994; Hanns Jürgen Küsters: *Helmut Kohl: Architekt der europäischen Einigung? Betrachtungen zur Erforschung seiner Europapolitik*, in: Mareike König/Matthias Schulz (Hg.): *Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen*. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag. Stuttgart 2004, S. 221–237; Ulrich Lappenküper: *Die Europapolitik Helmut Kohls 1982–1992*, in: Sylvain Schirrmann (Hg.): *Quelles architectu-*

dafür ausgesprochen, die aktuellen Problemkomplexe der EG – das Haushaltsungleichgewicht; die Finanzierung der Agrarpolitik; die Beitrittsbegehren Spaniens und Portugals sowie die Forderung Margaret Thatchers nach einer Minderung des britischen EG-Beitrags – baldmöglichst zu bereinigen. Trotz monatelanger Verhandlungen der Zehnergemeinschaft endeten diese Bemühungen auf der Athener Tagung des Europäischen Rats im Dezember 1983 im „désastre“<sup>32</sup>. Nur ein Ergebnis konnte der Kanzler auf der Habenseite verbuchen: Im Juni hatten sich die Staats- und Regierungschefs in der „Feierlichen Deklaration“<sup>33</sup> von Stuttgart zur schrittweisen Errichtung einer Europäischen Union gegebenenfalls auf der Basis eines neuen Vertrags bekannt.

Um die weithin „verlassene Baustelle“ Europa<sup>34</sup> wieder zu beleben, kamen Mitterrand und Kohl Anfang 1984 überein, die alte Sechser-Gemeinschaft als „neues Kraftzentrum“ aufzubauen.<sup>35</sup> Der Kanzler wartete sogar mit der Idee eines deutsch-französischen „Zweibundes“ auf<sup>36</sup> und bekannte sich überdies zu einer „europäischen Sicherheitspolitik“, die „das europäische Widerlager“ der transatlantischen „Brücke“ stärken sollte.<sup>37</sup> Ende Juni gelang dem Europäischen Rat dank seiner „Politik des ausgeprägten Bilateralismus“<sup>38</sup> ein markanter Fortschritt. Beflügelt von einer Verständigung über das britische Beitragsproblem, einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine vorläufige Lösung des Haushaltskonflikts, legten das Datum für die Süderweiterung der

---

res pour quelle Europe? Des projets d'une Europe unie à l'Union européenne (1945–1992). Actes des deuxième journées d'étude de la Maison de Robert Schuman Metz, 9, 10 et 11 mai 2010. Brüssel u. a. 2011, S. 273–291.

32 Roland Dumas: *Le Fil et la Pelote. Mémoires*. Paris 1996, S. 327.

33 Vgl. Feierliche Deklaration des Europäischen Rats zur Europäischen Union, 19. Juni 1983, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1983*. Bonn 1984, S. 417–424.

34 Rede Mitterrands in Den Haag, 7. Februar 1984, in: *Europa-Archiv* 39 (1984), S. D195–199, hier S. D196.

35 Zitiert nach *Der Spiegel* 13 (1984), S. 144.

36 Zitiert nach Stefan Fröhlich: „Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung. Paderborn u. a. 2001, S. 224.

37 Rede Kohls auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr, 15. Februar 1984, in: *Kohl: Reden 1982–1984*. Bonn 1984, S. 318–338, hier S. 324. Für die deutsch-französische Sicherheitspolitik in den 1980er Jahren grundlegend: Urs Leimbacher: *Die unverzichtbare Allianz. Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit 1982–1989*. Baden-Baden 1992; Karl Kaiser/Pierre Lellouche (Hg.): *Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Auf dem Weg zur Gemeinsamkeit?* Bonn 1986; zu den Bemühungen um eine deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft vgl. auch Ulrich Lappenküper: *Die deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft zwischen Kommerz, Kontrolle und europäischer Einigung*, in: Jörn Leonhard (Hg.): *Vom Vergleich zur Verflechtung. Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert*. Berlin 2013 (im Druck).

38 Ulrich Lappenküper: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*. München 2008, S. 109.

EG fest und vereinbarten die Einberufung eines Ad-hoc-Ausschusses zur Fortschreibung der „Stuttgarter Deklaration“.<sup>39</sup>

Mit ausgeprägtem Gespür für die Bedeutung der Geschichte im Leben ihrer Völker und für die Wirkungskraft symbolischer Gesten bekräftigten Kohl und Mitterrand das revitalisierte „couple franco-allemand“ drei Monate später mit einem Fanal der Versöhnung. Zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs reichten sie über den Grabfeldern von Verdun demonstrativ die Hand. „Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. Wir sind Freunde geworden“<sup>40</sup>, verkündeten sie emphatisch.

In evidentem Gegensatz zur mittlerweile stimmigen Chemie auf der Ebene der Regierungen taten sich zwischen den Gesellschaften dies- und jenseits des Rheins gewisse Gräben auf. Frankreichs Fortschrittsgläubigkeit und der weit verbreitete Konsens über die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft stieß in der Bundesrepublik auf großes Unverständnis. Im Gegenzug sorgte sich mancher Franzose beim Blick auf die ökologischen und pazifistischen Bewegungen um den Geisteszustand der Deutschen.

In *einer* Hinsicht stimmte die Chemie auch auf der Ebene der Regierungen nur bedingt, in der Sicherheitspolitik, genauer – in der Nuklearfrage. So sehr Kohl auch für eine Kooperation im Rüstungsbereich warb, so energisch sperrte sich Mitterrand gegen eine deutsche Mitsprache über die Force de frappe. Die von ihm gewissermaßen zur Ablenkung vom „problème nucléaire“<sup>41</sup> angeregte gemeinsame „Eroberung des Weltraums“<sup>42</sup> reichte Kohl aber nicht aus; er wünschte „toutes les technologies“ in das Gemeinschaftsprogramm einzubinden.<sup>43</sup> Doch von seinem Begehren nach Konsultationen über den Einsatz der französischen Atomstreitmacht wollte Mitterrand umso weniger wissen, als ihn aus Bonn beunruhigende Signale zur deutschen Frage erreichten. Willy Brandts Plädoyer für eine „zweite Phase deutscher Friedenspolitik“<sup>44</sup> oder der seit Jahren diskutierte Besuch Erich Honeckers in die Bundesrepublik deutete Frankreichs Präsident als Symptom eines deutsch-deutschen Brückenschlags,

39 Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates zur Tagung vom 25./26. Juni 1984, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1984. Bonn 1985, S. 434–437; Gérard Bossuat: La relance aux Conseils européens de Fontainebleau et de Milan. Innovation et nouvelle donne, in: Schirmann (Hg.): Quelles architectures pour quelle Europe?, S. 251–271.

40 Gemeinsame Erklärung Kohls und Mitterrands, 22. September 1984, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1984, S. 968.

41 Elisabeth Guigou und Védrine an Mitterrand, 29. Oktober 1984, in: AN, 5 AG 4/CD 179.

42 Rede Mitterrands in Den Haag, 7. Februar 1984, in: Europa-Archiv 39 (1984), S. D199.

43 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 29. Oktober 1984, zitiert nach Jacques Attali: Verbatim. Bd. I: Chronique des années 1981–1986. Paris 1993, S. 713f., hier S. 714.

44 Interview Brandts mit Die Welt, 28. März 1985, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Willy-Brandt-Archiv, A 3, Mappe 991.

der einer Wiedervereinigung unter neutralistischen Vorzeichen Vorschub leisten konnte. Deutschlandpolitisch, so führte er Kohl im Oktober 1984 vor Augen, müsse man von dem Prinzip ausgehen, „que tout ce qui n'est impossible est possible“<sup>45</sup>.

Weit davon entfernt, die Gefahr eines neutralistischen Abdriftens vollständig zu negieren, verständigte sich Kohl mit ihm im Frühjahr 1985 darauf, die Einigung der EG mit einem gemeinsamen Vertragsentwurf über eine Europäische Union zu forcieren. Ihre Partner reagierten zunächst ausgesprochen frostig auf den bilateralen Alleingang<sup>46</sup>, sprachen sich dann aber auf einem Rats-treffen in Sommer mit Mehrheit für die Einberufung einer entsprechenden Regierungskonferenz aus. Auch wenn sich die EG Anfang 1986 nicht zum Abschluss eines neuen Vertrags, sondern „nur“ zu einer Einheitlichen Europäischen Akte durchringen konnte<sup>47</sup>, feierte Kohl das Ergebnis als großen Erfolg.<sup>48</sup> Mit der nun anvisierten Verwirklichung des Binnenmarktes und der Verankerung des Begriffs der Wirtschafts- und Währungspolitik in den EWG-Vertrag wurde in der europäischen Geschichte ein neues Kapitel aufgeschlagen.

Bemerkenswerte Fortschritte verzeichnete jetzt auch die deutsch-französische Debatte über die Sicherheitspolitik. Offenbar getragen von der Einsicht, dass eine isolierte nukleare Verteidigung Frankreichs „illusorisch“ sei<sup>49</sup>, genehmigte Mitterrand Ende Februar 1986 eine „coopération politico-stratégique“ mit der Bundesrepublik über den „emploi éventuel des armes préstratégiques françaises sur le sol allemand“.<sup>50</sup> Einen mächtigen Schub nach vorn erhielt diese Vereinbarung durch das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen von Reykjavik. Ähnlich irritiert über die Entspannungsbereitschaft der Hegemonialmächte wie Konrad Adenauer und Guy Mollet im Jahr der weltpolitischen Doppelkrise 1956, zogen ihre politischen Enkel aus den Beratungen Ronald Reagans und Michail Gorbatschows den Schluss, die Hürden auf dem Weg zur europäischen Verteidigung rascher abbauen zu müssen. Nachdem

45 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 30. Oktober 1984, zitiert nach Schabert: Weltgeschichte, S. 126.

46 Vgl. Entwurf des Vertrages der Regierungen von Frankreich und der Bundesrepublik über eine Europäische Union, 28./29. Juni 1985, in: Europa-Archiv 40 (1985), S. D449–D451; Memorandum der französischen Regierung, 28./29. Juni 1985, ebd., S. D444–D449.

47 Vgl. Schlussfolgerungen der Ratspräsidentschaft zur EG-Regierungskonferenz, 2./3. Dezember 1985, in: Europa-Archiv 41 (1986), S. D157; Einheitliche Europäische Akte, Februar 1986, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1985. Berlin 1986, S. 431–452.

48 Interview Kohls mit dem spanischen Fernsehen, 27. Dezember 1985, PIB-Pressemitteilung Nr. 577/85, in: ACDP, Pressearchiv, Helmut Kohl, Interviews.

49 Kohl an Kurt Birrenbach, 23. September 1985, in: ACDP 01-433-029/2 (Nachlass Birrenbach).

50 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 27. Februar 1986, zitiert nach Attali: Verbatim. Bd. I, S. 932 und 933.

Mitterrand im Sommer 1987 eine Modifikation des Elysée-Abkommens in Richtung auf eine „intégration de nos armées sur des points précis et significatifs“<sup>51</sup> angeregt hatte, sprach sich Kohl für die Aufstellung vollständig integrierter deutsch-französischer Divisionen aus.

Die Durchführung dieses streng geheimen Planes übertrugen sie ihren Vertrauten Jacques Attali und Horst Teltschik, der seinem französischen Counterpart wenig später die Gründung eines bilateralen Verteidigungsrats vorschlug. Obwohl das Bundeskanzleramt damit an der Seine den Verdacht erregte, es ziele auf ein „droit de regard“ über die französische Nuklearpolitik<sup>52</sup>, wies der Elysée die Idee nicht einfach zurück; nein, er forderte vielmehr im Gegenzug die Schaffung eines Wirtschafts- und Finanzrates in der ostentativen Hoffnung, Einfluss auf die D-Mark zu gewinnen – die westdeutsche „force atomique“, wie Mitterrand sie nannte.<sup>53</sup> Anfang 1988 gossen Bonn und Paris ihre Überlegungen mit der Einsetzung eines Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungsrates sowie der Gründung eines militärischen Großverbandes „in Form einer Brigade“ in eine vertragliche Form.<sup>54</sup>

Nachdem der Europäische Rat zwei Monate später auf der Basis eines deutsch-französischen pas de deux einen Ausweg aus der finanzpolitischen Sackgasse gefunden hatte<sup>55</sup>, setzte Kohl im Sommer 1988 einen höchst bemerkenswerten nächsten Schritt: Ungeachtet massiver innerdeutscher Vorbehalte willigte er darin ein, ein Sachverständigengremium unter dem Vorsitz von Kommissionspräsident Delors mit der Prüfung zur Vollendung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu beauftragen.<sup>56</sup>

Falls der Kanzler gehofft hatte, mit dieser Zusage Frankreich für eine weitere Vertiefung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit gewinnen zu können, sollte er sich täuschen. Um die „zusätzliche diplomatische Handlungsmöglichkeit“ der Kernwaffe<sup>57</sup> nicht aus der Hand zu geben, legte Mitterrand

51 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 9. August 1987, zitiert nach Jacques Attali: *Verbatim*. Bd. II: *Chronique des années 1986–1988*. Paris 1993, S. 337.

52 Hubert Védrine: *Les mondes de François Mitterrand. A l'Elysée 1981–1995*. Paris 1996, S. 413.

53 Ausführungen Mitterrands im Conseil des ministres vom 17. August 1988, zitiert nach Schabert: *Weltgeschichte*, S. 335.

54 Gemeinsame Abschlusserklärung der Sprecher der Bundesregierung und des französischen Präsidenten, 22. Januar 1988, in: *Europa-Archiv* 43 (1988), S. D136–D138, hier S. D137.

55 Vgl. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 11./12. Februar 1988, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1987/88*. Bonn 1988, S. 438–458.

56 Vgl. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 27./28. Juni 1988, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89*. Bonn 1989, S. 407–410.

57 Ausführungen Mitterrands im Conseil des ministres vom 26. Oktober 1988, zitiert nach Schabert: *Weltgeschichte*, S. 221.



die nuklearpolitische Kooperation im Oktober 1988 auf Eis. Obwohl Kohl nach der Vorlage des Delors-Berichts im Frühjahr 1989 innenpolitisch unter starken Druck geriet, zahlte er Mitterrands Rückzieher nicht mit gleicher Münze heim. Als der Europäische Rat im Sommer beschloss, Arbeiten zur Vorbereitung einer Regierungskonferenz über die WWU einzuleiten, stimmte auch der Kanzler mit Ja. Das Datum der Aufnahme formeller Verhandlungen blieb zwar einstweilen offen<sup>58</sup>, dennoch hatte er aus der Sicht Mitterrands einmal mehr unter Beweis gestellt, der „meilleur chancelier possible pour construire l'Europe“ zu sein.<sup>59</sup>

#### IV.

Mit dem weltpolitischen Umbruch des Jahres 1989/90 verschoben sich die „Fronten“ der gouvernementalen und gesellschaftlichen Einstellungen zum Vis-à-vis in erheblicher Weise. Während die Franzosen den Fall der Berliner Mauer mehrheitlich begrüßten, reagierten Teile der Pariser „classe politique“ verunsichert, ja abweisend. Mitterrand selbst focht die prinzipielle Legitimität eines deutschen Nationalstaates zwar nicht an, wünschte dessen Wiedergeburt aber ad calendae graecas zu verschieben.<sup>60</sup> Ein rapider Vertrauensverlust zu Kohl bestärkte ihn im Herbst 1989 darin, den Zug in Richtung Wiedervereinigung bremsen zu müssen. Dass der Kanzler nach dem Mauerfall das ominöse „W-Wort“ partout nicht in den Mund nehmen wollte, erinnerte den Präsidenten an den berühmten Ausspruch Léon Gambettas über Elsass-Lothringen: immer daran denken, nie davon sprechen.<sup>61</sup> Kohls Zehn-Punkte-Programm empfand man im Elysée-Palast schlichtweg als „trahison“<sup>62</sup>. Zum Überlaufen brachte das Fass dann des Kanzlers Versuch, die Einberufung der Regierungskonferenz

58 Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 26./27. Juni 1989, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90. Bonn 1990, S. 404–418.

59 Zitiert nach Védrine: *Les mondes*, S. 410.

60 Vgl. Ulrich Lappenküper: „La faiblesse soviétique fait la force des Allemands“. François Mitterrand und die Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90, in: Klaus Hildebrand/Udo Wengst/Andreas Wirsching (Hg.): *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*. München 2008, S. 383–395; Ders.: *Mitterrand und Deutschland*, S. 258–302. Deutlich wohlwollender urteilen hingegen Frédéric Bozo: *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*. Paris 2005; Maurice Vaïsse/Christian Wenkel (Hg.): *La diplomatie française face à l'unification allemande. D'après des archives inédites*. Paris 2011.

61 Vgl. François Mitterrand: *Über Deutschland*. Tb.-Ausgabe Frankfurt/Main 1998, S. 28.

62 Louis Wiznitzer: *Le grand gâchis. Faillite de la politique étrangère de François Mitterrand*. Paris 1991, S. 135.

zur WWU hinauszuzögern und zugleich eine zweite Konferenz über institutionelle Reformen durchzusetzen.<sup>63</sup>

Kurz nach dem Jahreswechsel bemühte sich Kohl zwar in einem Vieraugengespräch in Mitterrands südwestfranzösischem Refugium Latché, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Doch der Erfolg hielt sich in Grenzen. „Wenn er [...] Deutscher wäre, wäre er für die Wiedervereinigung so schnell wie möglich [...]. Aber er sei Franzose“, gab Mitterrand zu Protokoll.<sup>64</sup> Obwohl der Kanzler sechs Wochen später erneut versicherte, die deutsch-deutsche Entwicklung in die europäische Architektur einbinden zu wollen<sup>65</sup>, setzte Mitterrand sein „Doppelspiel“<sup>66</sup> unverdrossen fort und startete nun einen „kuriosen Einkreisungsversuch mit den Polen“<sup>67</sup>. Erst der Ausgang der DDR-Volkswahlwahlen und die Erkenntnis, auf Gorbatschow nicht zählen zu können, ließ ihn im März 1990 einlenken. Nachdem der „Bruch“<sup>68</sup> mit Kohl in letzter Minute vereitelt worden war, willigte Mitterrand auch in dessen Wunsch ein, den EG-Partnern die Einberufung *zweier* Regierungskonferenzen zu empfehlen.<sup>69</sup> Kurz nach der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags über die internationalen Aspekte der Wiedervereinigung unterstrich das „couple“ in einer gemeinsamen Erklärung mit seltsam anmutender Versöhnungsrhetorik die Bedeutung der bilateralen „Schicksalsgemeinschaft“ und ihren Willen, weiterhin als „Motor des europäischen Einigungswerkes“ zu fungieren.<sup>70</sup>

## V.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 goss die deutsch-französischen Beziehungen in ein neues Fundament. Das jahrzehntealte „équilibre des déséquilibre“<sup>71</sup> – die Austarierung der deutschen Wirtschaftsmacht durch Frankreichs Militärmacht – geriet aus den Fugen.<sup>72</sup> Wenn-

63 Vgl. Kohl an Mitterrand, 27. November 1989, in: Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (Bearb.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998, S. 565f.

64 Unterredung zwischen Mitterrand und Kohl vom 4. Januar 1990, ebd., S. 682–690, hier S. 686.

65 Vgl. Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 15. Februar 1990, ebd., S. 842–852.

66 Kohl: Erinnerungen 1982–1990, S. 956.

67 Artikel Hanspeter Oswald, in: Die Welt, 6. März 1990.

68 Kohl: Erinnerungen 1982–1990, S. 581.

69 Vgl. Kohl und Mitterrand an den irischen Ministerpräsidenten Charles Haughey, 18. April 1990, in: Europa-Archiv 45 (1990), S. D283.

70 Gemeinsame Erklärung, 18. September 1990, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1990, S. 1169f.

71 Stanley Hoffmann: La France dans le nouvel ordre européen, in: Politique étrangère 3 (1990), S. 503–512, hier S. 504.

72 Vgl. ausführlich Bozo: Mitterrand; Elke Bruck: François Mitterrands Deutschlandbild. Perception und Politik im Spannungsfeld deutschland-, europa- und sicherheitspolitischer

gleich es für Kohl keinen Zweifel gab, dass die Zeitenwende die deutsche Außenpolitik zur Wahrnehmung einer „Führungsfunktion“ zwang<sup>73</sup>, stand das seit Adenauers Zeiten existierende außenpolitische „Grundgesetz“, die Einbindung in die multilateralen Strukturen des Westens und die deutsch-französische Partnerschaft, für ihn nie in Frage.

Ungeachtet des demonstrativ zur Schau gestellten Schulterschlusses mit Mitterrand waren die Vorstellungen ihrer Delegationen auf den nach Rom einberufenen europäischen Regierungskonferenzen jedoch keineswegs deckungsgleich. Während Frankreich vor allem darauf abzielte, die Währungsunion zu vollenden und die Bedeutung der Nordatlantischen Allianz durch Schaffung einer unabhängigen europäischen Sicherheitsstruktur zu reduzieren, kam es der Bundesrepublik insbesondere auf den Ausbau der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und die Stärkung des Straßburger Parlaments an. Trotz dieser materiellen Differenzen und des durch Bonns Vorpreschen bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens noch verschärften Konfliktstoffs schafften Kanzler und Präsident es dennoch, die Hürden auf dem Weg zum Maastrichter Vertrag gemeinsam wegzuräumen. Dass Kohl nach Mitterrands Warnung vor einer „Europe allemande“<sup>74</sup> sogar Ende 1991 auf die Aufstockung der Abgeordnetenzahl des wiedervereinigten Deutschland im Europaparlament verzichtete<sup>75</sup> und die D-Mark preisgab, obwohl er sein Ziel einer Politischen Union *nicht* erreichte, empfand der Präsident als einzigartigen Beleg europäischer Gesinnung; dies umso mehr, als der Kanzler offen eingestand, „gegen deutsche Interessen“<sup>76</sup> verstoßen zu haben. Daraus den Vorwurf abzuleiten, Kohl habe die D-Mark für Mitterrands Zustimmung zur Wiedervereinigung geopfert, entspricht gleichwohl nicht den Tatsachen: „Alle Einzelteile des europäischen Puzzles“, so hat Andreas Wirsching jüngst zu Recht in Erinnerung gerufen, lagen „spätestens seit dem Delors-Plan auf dem Verhandlungstisch.“ Wie genau sie zusammenpassten, blieb freilich zunächst offen.<sup>77</sup>

Nach der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags verfolgte der Kanzler europapolitisch drei Fundamentalziele:

---

Entscheidungen 1989–1992. Frankfurt/Main u. a. 2003; Wichard Woyke: Deutsch-französischen Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt. Opladen 2004.

73 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 30. August 1991, in: Ders.: Berichte zur Lage, S. 296–310, hier S. 298.

74 Unterredung zwischen Mitterrand und Kohl vom 14. November 1991, in: AN, 5 AG 4/CDM 33.

75 Unterredung zwischen Mitterrand und Kohl vom 10. Dezember 1991, ebd.

76 Unterredung zwischen Kohl und US-Außenminister James Baker vom 12. Dezember 1989, in: Küsters/Hofmann (Bearb.): Deutsche Einheit, S. 636–641, hier S. 638.

77 Andreas Wirsching: Stationen auf dem Weg nach Maastricht, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Köln u. a. 2010, S. 119–131, hier S. 127; vgl. auch Schwarz: Helmut Kohl, S. 519f.

- das Abkommen so schnell wie möglich in Kraft zu setzen,
- die Aufnahme von EFTA-Staaten auf den Weg zu bringen<sup>78</sup> und
- die deutsch-französische Brigade zum Euro-Korps<sup>79</sup> zu erweitern.

Dem „couple franco-allemand“ stand damit eine schwere Belastungsprobe bevor. Denn Mitterrand verband die Ratifikation in Frankreich ohne Not mit einem Referendum, stand der EU-Norderweiterung aus Gründen der europäischen Machtgeographie mit deutlicher Skepsis gegenüber und machte keinen Hehl aus seiner Absicht, mithilfe des Euro-Korps ein „Europe de la défense“ aufzubauen.<sup>80</sup> Kohl wünschte zwar ebenfalls die Schaffung einer europäischen „Verteidigungsmacht“, pochte aber auf eine „klare Verschränkung“ mit der NATO.<sup>81</sup> Dass die Bundesregierung sich im Sommer 1992 wegen wachsender Haushaltsschwierigkeiten weigerte, den unter Druck geratenen Franc zu stützen, und zugleich einen agrarpolitischen Reformvorschlag einbrachte, der auf eine Begrenzung der Produktion hinauslief, schürte den Verdacht, sie wolle die Kosten für die Wiedervereinigung auf die Partner abwälzen.

Um die sich rasch auftürmende antideutsche Welle in Frankreich zu besänftigen, verteidigte Mitterrand das Maastrichter Abkommen mit dem bemerkenswerten Argument, es diene dazu, den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu bewahren.<sup>82</sup> Kohl sprang ihm umgehend zur Seite und appellierte via Fernsehen an die Nachbarn, dem großen Werk der europäischen Einigung die Unterstützung nicht zu versagen.<sup>83</sup> Erleichtert über den positiven Ausgang des Referendums, machten sich beide Regierungen umgehend daran, das französische Währungsproblem wie auch die Pariser Bedenken gegenüber der EU-Norderweiterung auszuräumen.

Einen schweren Schlag erlitt das „couple“ Kohl-Mitterrand durch die Wahlen zur Nationalversammlung im März 1993. Nach einer deftigen Niederlage der Sozialisten sah sich Frankreichs Staatspräsident genötigt, den Neo-Gaullisten Edouard Balladur zum Premierminister zu ernennen. Da Mitterrand die Leitung der operativen Außenpolitik wegen einer Krebserkrankung mehr und mehr aus den Händen gab, drohte in den Augen Kohls ein europapolitischer

---

78 Vgl. Gemeinsame Pressekonferenz Kohls und Mitterrands, 22. Mai 1992, im Auszug in: Europa-Archiv 47 (1992), S. D455f.

79 Vgl. Philipp Wassenberg: Das Eurokorps – Sicherheitsrechtliches Umfeld und völkerrechtliche Bedeutung eines multinationalen Großverbands. Baden-Baden 1999.

80 Interview Mitterrands mit TV 1, 15. Dezember 1991, in: Politique étrangère, Textes et Documents, Décembre 1991, S. 151–158, hier S. 152.

81 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 30. August 1991, in: Ders.: Berichte zur Lage, S. 303.

82 Vgl. Interview Mitterrands mit Europe 1, 1. Mai 1992, in: Office Universitaire de Recherche Socialiste, Paris, F 6 50 MM.

83 Fernsehgespräch Mitterrands mit Kohls, 3. September 1992, in: ACDP, Pressearchiv, François Mitterrand.

Schwenk zu einer „Europe à l'Anglaise“<sup>84</sup>, und dies zu einer Zeit, als Englands Premierminister John Major in das wenig europafreundliche Fahrwasser Thatcher einschwenkte.<sup>85</sup>

Von Mitterrand öffentlich dazu aufgefordert, der Londoner Europakonzeption mithilfe der „Achse“ Bonn-Paris entgegenzuwirken<sup>86</sup>, rief der Kanzler Deutsche und Franzosen im Herbst 1993 dazu auf, „den Kern der Europäischen Union [zu] bilden“<sup>87</sup>. Kurz darauf vereinbarten sie in trauter Eintracht eine neue gemeinsame Initiative, um dem nun in Kraft tretenden Maastricht-Vertrag Leben einzuhauchen.<sup>88</sup> Mitte 1994 zelebrierten Kohl und Mitterrand ihre von den Irritationen des Wiedervereinigungsjahres weitgehend befreite Partnerschaft ein letztes Mal mit einer starken Geste voll geschichtspolitischer Symbolik: Seit an Seit nahmen sie am französischen Nationalfeiertag die traditionelle Parade auf den Champs Elysées ab.<sup>89</sup> Nachdem der Präsident dann sechs Monate später auf dem Essener Ratgipfel auch noch sein prinzipielles Plazet zu der vom Kanzler geforderten EU-Osterweiterung angekündigt hatte, gab es im Grunde nur noch ein Feld, auf dem die Früchte der Zusammenarbeit nicht recht reifen wollten: die Kernwaffenfrage. Solange die Politische Union Europas nicht existierte, musste Frankreich nach Meinung des Herrn im Elysée das Symbol seiner Unabhängigkeit in nationaler Verfügungsgewalt behalten.<sup>90</sup>

## VI.

Nach dem Wechsel von Mitterrand zu Jacques Chirac im Mai 1995 schien sich *diese* Position zwar zur Freude Kohls aufzuweichen, ansonsten aber driftete das deutsch-französische Verhältnis einem Tiefpunkt zu. Den Kanzler dürfte dies nicht wirklich überrascht haben, galt Frankreichs neuer Staatspräsident doch seit langem als Europa-Skeptiker, der eher der neoliberalen britischen Vorstellung von einer engeren Zusammenarbeit der Regierungen zuneigte als der deutschen Vision vom schrittweisen Aufbau einer Politischen Union. Schon in Chiracs Amtszeit als Bürgermeister von Paris Ende der 1970er Jahre und dann erneut während der ersten „Cohabitation“ von 1986 bis 1988 war

84 Zitiert nach Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 583.

85 Vgl. Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 1./2. Oktober 1993, in: Ders.: *Berichte zur Lage*, S. 494–505, hier S. 495.

86 Interview Mitterrands mit France 2, 25. Oktober 1993, in: ACDP, Pressearchiv, François Mitterrand.

87 Zitiert nach Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*, S. 614.

88 Vgl. Kohl und Mitterrand an Jean-Luc Dehaene, 27. Oktober 1993, nebst Anlage in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1993*, S. 1049–1051.

89 Vgl. *Der Spiegel* 28 (1994), S. 108–112.

90 Vgl. Interview Mitterrands, 9. Januar 1994, in: *La Politique étrangère, Textes et Documents, Janvier 1994*, S. 31–33, S. 32.

Kohl mit ihm aufgrund „tiefe[r] Meinungsverschiedenheiten bei zahlreichen europapolitischen Fragen“ wiederholt angeeckt.<sup>91</sup>

Kaum im Elysée-Palast eingezogen, bestätigte der Neogaullist seinen Ruf als Sachwalter de Gaullescher Grandeur-Politik und löste mit der Wiederaufnahme militärischer Atomtests in der Bundesrepublik einen Aufschrei der Enttäuschung aus. Kurz darauf vermittelte er den Eindruck, als ob er sich durch Annäherung an Major aus der „Umarmung“ Kohls befreien wolle.<sup>92</sup> Nicht einmal das von Chirac genehmigte Angebot einer „dissuasion concertée“<sup>93</sup> fiel in Bonn auf fruchtbaren Boden. Kohl plädierte zwar für eine Prüfung, konnte sich aber im Kabinett nicht durchsetzen, da so mancher Bundesminister inzwischen zu ignorieren schien, dass die Republik noch immer „in einer vielfältig nuklearisierten Staatenwelt“ lebte.<sup>94</sup>

Vor der Hand bekundeten beide Regierungen zwar weiterhin ihr „Vertrauen in die unerschütterliche Solidität des [...] Willens [...] auf dem Weg hin zum Bau Europas“<sup>95</sup>. Auch bemühten sie sich nach Kräften, die Reform des Maastrichter Vertrages mit gemeinsamen Initiativen voranzubringen. Als Frankreich aber Anfang 1996 die Abschaffung der französischen Wehrpflicht ankündigte<sup>96</sup> und für die Maastrichter Folgekonferenz ein Papier vorlegte, demzufolge die Souveränität der Nationen auf den Gebieten Verteidigung und Sicherheit unangetastet bleiben sollte, löste es eine schwere „crise de confiance“ aus.<sup>97</sup> Für Kohl, den Vertreter der „Zivilmacht“ Deutschland, konnte der von Chirac wiederbelebte gaullistische Wunsch nach einem europäischen „Machtpol“ nicht eben verlockend erscheinen.<sup>98</sup> Ein Ende 1996 genehmigtes deutsch-französisches Sicherheits- und Verteidigungskonzept propagierte zwar vollmundig die Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik, doch

91 Vermerk Henning Wegeners, 11. Dezember 1978, in: ACDP 07-001-16058 (Bestand CDU-Bundespartei); vgl. Kohl an Kurt Birrenbach, 3. Oktober 1978, Entwurf, in: ACDP 07-001-16059; Kohl: Erinnerungen 1982–1990, S. 582f.

92 Artikel Hans-Hagen Bremer, in: Frankfurter Rundschau, 27. Juni 1995.

93 Zitiert nach Georges-Henri Soutou: *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*. Paris 1996, S. 416.

94 Erwin Häckel: Die nuklearpolitische Interessenlage Deutschlands, in: *Internationale Politik* 51 (1996) 10, S. 3–8, hier S. 6.

95 Pressekonferenz Chiracs und Kohls, 25. Oktober 1995, Manuskript des Bundespresseamtes, in: ACDP, Pressearchiv, Jacques Chirac.

96 Vgl. Florence Gauzy: *Krieger, Berufs- oder Wehrpflichtarmee? Die Militärreformen der 1990er Jahre in Frankreich und Deutschland im Vergleich*, in: Jörg Echternkamp/Stefan Martens (Hg.): *Militär in Deutschland und Frankreich 1870–2010. Vergleich, Verflechtung und Wahrnehmung zwischen Konflikt und Kooperation*. Paderborn u. a. 2012, S. 49–66.

97 Botschafter François Scheer an Ministère des Affaires Etrangères, 9. Mai 1996, zitiert nach Matthieu Osmont: *Les ambassadeurs de France à Bonn (1955–1999)*. Thèse de doctorat des Institut d'Etudes Politiques de Paris 2012, S. 357.

98 Artikel Günter Nonnenmacher, in: FAZ, 15. April 1997.

mussten sich die Regierungen fragen lassen, welchen Zielen diese Politik dienen sollte und mit welchen Mitteln sie erreicht werden konnten.<sup>99</sup> Mehr und mehr erweckte das bilaterale Verhältnis den Eindruck einer höchst „störanfällig[en]“ und nur bedingt „strapazierfähig[en]“ Partnerschaft.<sup>100</sup>

In der französischen Diplomatie wurde angesichts des „climat ‚gris et atone“<sup>101</sup> die Hoffnung gehegt, dass ein Regierungswechsel in Paris die Atmosphäre aufhellen könne. Nach dem Wahldebakel der Neo-Gaullisten vom Mai 1997 kam es tatsächlich zu einer politischen Wende an der Seine. Doch auch unter dem neuen Premierminister Lionel Jospin sollte sich die Lage nicht verbessern. Insbesondere dessen Forderung nach einer Neuverhandlung des von Bundesfinanzminister Theo Waigel ausgearbeiteten Stabilitätspakts führte zu „banger Krisenmomenten“<sup>102</sup>.

Dass auch Kohl ungeachtet seines Credos, europapolitisch der „letzte Mohikaner“ zu sein<sup>103</sup>, die nationalen Interessen nicht aus dem Blick verlor, verdeutlicht sein Auftreten auf dem Amsterdamer EU-Gipfel Mitte 1997. Als am letzten Sitzungstag die Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips auf der Tagesordnung stand, trieb der Kanzler die Diskussion bis an die „Bruchkante“<sup>104</sup>, da er die in der Bundesrepublik hochbrisante Asylantenfrage nicht in die Entscheidungsgewalt des Europäischen Rats legen wollte. Auch die Durchsetzung des Stabilitätspakts, den er mit Blick auf die Einführung des Euro „tiefenpsychologisch und ökonomisch“ unabdingbar fand<sup>105</sup>, oder die „gegen alle Widerstände“<sup>106</sup> durchgeboxte Entscheidung zugunsten Frankfurts als Sitz der Europäischen Zentralbank belegen, dass Kohl den von ihm inkriminierten „nationalen Geschäfte[n]“ durchaus selbst nachzugehen fähig war.<sup>107</sup> Die Beseitigung der deutsch-französischen Krise erleichtert er damit nicht – im Gegenteil.

Neue Meinungsverschiedenheiten über die Osterweiterung der EU und die Besetzung des Chefessels in der EZB drohten den beiderseitigen Motor

- 
- 99 Vgl. Joachim Schild: Durchbruch in der deutsch-französischen Sicherheitskooperation? Das gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungskonzept. Ludwigsburg 1997.
- 100 Susanne Pfeiffer: Die deutsch-französische Partnerschaft: störanfällig, aber strapazierfähig? Eine Analyse im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (1990–2000). Frankfurt/Main u. a. 2006.
- 101 Scheer an Ministère des Affaires Etrangères, 2. Dezember 1996, zitiert nach Osmont: Ambassadeurs, S. 358.
- 102 Christian Müller: Aus dem Tritt geraten. Belastungen des deutsch-französischen Tandems, in: Internationale Politik 53 (1998) 9, S. 7–12, S. 7.
- 103 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 28. August 1995, in: Ders.: Berichte zur Lage, S. 690–702, hier S. 697.
- 104 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 30. Juni 1997, ebd., S. 880–892, hier S. 888.
- 105 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 8. September 1997, ebd., S. 893–902, hier S. 901.
- 106 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 30. Juni 1997, ebd., S. 889.
- 107 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 28. August 1995, ebd., S. 697.

vollends abzuwürgen. Denn Chirac machte nicht nur ersteres von der „Vorbedingung“<sup>108</sup> einer Reform der Institutionen abhängig, er favorisierte außerdem für den Frankfurter Spitzenposten seinen Landsmann Jean-Claude Trichet, wohingegen Kohl den Niederländer Wim Duisenberg ins Rennen zu schicken beabsichtigte. Indem beide dann Anfang Mai 1998 mit dazu beitrugen, die EZB-Personalie mit einem Kuhhandel zu bereinigen<sup>109</sup>, und dann kurz darauf eine neue europäische Initiative ankündigten<sup>110</sup>, bewies das deutsch-französische Tandem zwar ein gewisses Maß an Fahrtüchtigkeit; subkutan aber kamen einmal mehr die unterschiedlichen „Philosophien“ der beiden Fahrer deutlich zum Vorschein: Während Chirac als Ziel ein Europa der Nationalstaaten entwarf, sprach Kohl vom Dreiklang Heimat – Vaterland – Europa.<sup>111</sup>

Wenige Monate später endete Kohls Regierungszeit – nach sechzehn Jahren. Obwohl sich seine Kanzlerschaft seit 1996 in einem – wie Hans-Peter Schwarz formuliert – „unerbittlichen Sinkflug“ befunden hatte<sup>112</sup>, hoffte er wohl bis zuletzt mit einer Mischung aus „Selbstüberschätzung, Sendungsbewußtsein“ und „Trotz“<sup>113</sup>, die Regierungsmaschine noch einmal durchstarten zu können. Chirac scheint Kohls Chancen realistischer eingeschätzt zu haben. Als er wenige Wochen vor der Bundestagswahl in einer außenpolitischen Rede eine Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft für die Zeit nach dem Urnengang ankündigte, erwähnte er seinen Duzfreund Helmut mit keinem Wort.<sup>114</sup>

## VII.

Ganz in der Tradition Adenauers und de Gaulles hatten Helmut Kohl und François Mitterrand nach einer gut einjährigen „Inkubationsphase“ kräftig an der „axe franco-allemand“<sup>115</sup> geschmiedet und das bilaterale Verhältnis zur „Schicksalsgemeinschaft“ erhoben.<sup>116</sup> Aus Rücksicht auf die USA und die mindermächtigen Partner der EG wie auch in wacher Erinnerung an die christ-

108 Artikel FAZ, 20. September 1997.

109 Vgl. die Entscheidung des Rates der EU vom 2. Mai 1998, in: Internationale Politik 53 (1998), S. 99–106; Erklärung Duisenbergs, ebd., S. 106.

110 Vgl. Kohl und Chirac an den britischen Premierminister Tony Blair, 5. Juni 1998, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1998, S. 537f.

111 dpa-Meldung 352, 7. Mai 1998, in: ACDP, Pressearchiv, Jacques Chirac.

112 Schwarz: Helmut Kohl, S. 819.

113 Ebd., S. 853f.

114 dpa-Meldung 510, 26. August 1998, in: ACDP, Pressearchiv, Jacques Chirac.

115 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 4. Oktober 1982, in: AN, 5 AG 4/PM 88.

116 François Mitterrand: Überlegungen zur französischen Außenpolitik. Ingolstadt 1987, S. 116.



demokratischen Grabenkämpfe der 1960er Jahre achtete Kohl dabei behutsam darauf, nicht in die Optionsfalle von Atlantikern und Gaullisten zu tapen.<sup>117</sup>

Im Fokus seiner Zusammenarbeit mit Mitterrand stand die Überzeugung, dem europäischen Integrationsprozess politische Triebkraft verleihen zu müssen. Wenn auch ihre Zielsetzungen keineswegs identisch waren und eine gewisse Rivalität stets latent blieb, herrschte zwischen ihnen ein mehrdimensionaler europapolitischer Grundkonsens, in dessen Zentrum der Mythos von der Selbstrettung Europas nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs stand.<sup>118</sup> „Die Frage des Baus des europäischen Hauses unter irreversibler Einbindung des mit Abstand stärksten Landes, Deutschland“, so hatte Kohl diesen Grundgedanken einmal im Bundesvorstand seiner Partei prägnant umschrieben, „ist die Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert.“<sup>119</sup>

Mitterrands Rücktritt markierte für das „couple“ einen tiefen Einschnitt. Zwar hielt sein Nachfolger Chirac an der europäischen Motorfunktion fest und versuchte, die Debatte über die Reform des Maastrichter Vertrags gemeinsam mit Kohl voranzubringen. Angesichts ihrer unterschiedlichen Europaphilosophien fielen die Ergebnisse jedoch sehr bescheiden aus. Sämtliche Erfolge deutsch-französischer Zusammenarbeit in der Ära Kohl – die Einheitliche Europäische Akte, die Gründung des Fernsehsenders ARTE, der Maastrichter Vertrag, die Vereinbarung über den Bau von Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken, die deutsch-französische Brigade oder die Schengener Abkommen – weisen in die Zeit *vor* der Amtsübernahme Chiracs; mit einer Ausnahme: die Etablierung der WWU. Und dieser europapolitisch vielleicht „größte Triumph“<sup>120</sup> Kohls wäre fast vom Streit mit Chirac über die EZB-Präsidentschaft verdeckt worden.

Ob der sechste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ein Frankophiler war oder ob er Frankreich, ganz pragmatisch, als „Stein [...] in dem Schachspiel der Politik“<sup>121</sup> betrachtete, diese Frage wird man wohl erst dann beantworten können, wenn das Verhältnis Helmut Kohls zum Nachbarn d’outre rhin über die politischen Beziehungen hinaus auch in seinen kulturellen Verästelungen erforscht worden ist.

117 Redebeitrag Kohls in der Fraktionssitzung vom 10. September 1984, in: ACDP 08-001-1072/2; Redebeitrag dess. in der Fraktionssitzung vom 14. Januar 1986, in: 08-001-1076/1.

118 Vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. Stuttgart 2006, S. 541.

119 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 3./4. Februar 1995, in: Ders.: Berichte zur Lage, S. 634–649, hier S. 647; vgl. auch Lagebericht 12./13. Januar 1996, ebd., S. 715f., hier S. 715.

120 Schwarz: Helmut Kohl, S. 844.

121 Bismarck an Gerlach, 2. Mai 1857, in: Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 14/I, S. 465.

## **Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der militärischen Sicherheit\***

**Rudolf Lange**

Erlauben Sie mir, an den Anfang meiner Ausführungen über die deutsch-französische Kooperation in Bereich der militärischen Sicherheit einen kurzen Bericht zu stellen über mein erstes Zusammentreffen mit dem Herrn Bundeskanzler. Im September 1987 – erst drei Tage vorher hatte ich meinen Dienst in der Abteilung 2 des Bundeskanzleramtes bei Herrn Teltschik angetreten – begleitete ich den Bundeskanzler zu einem Treffen mit seinem belgischen Kollegen und einem Besuch der belgischen Streitkräfte in Köln. Ich war entsprechend aufgeregt. Wir näherten uns nach kurzem Flug mit dem Hubschrauber dem militärischen Teil des Köln-Bonner Flughafen. Es herrschte Windstille und so hingen die vorgehissten Flaggen schlaff an ihren Masten. Die NATO-Flagge war schwach zu erkennen und rechts und links davon schwarz-rot-gold. Als der Bundeskanzler das durch das Fenster des Hubschraubers sah, rief er mir über die Intercom in höchst ärgerlichen Ton zu: „Da haben die Idioten zwei deutsche Flaggen an den Masten!“ Erschrocken schaute ich und wollte dem Herrn Bundeskanzler gerade pflichtschuldigst zustimmen, als ich meinte, mit geübtem Seemannsblick erkannt zu haben, dass es sich einmal um die quergestreifte und das andere Mal um die längsgestreifte Flagge handelte. Ganz sicher war ich mir allerdings nicht.

Was tun? Ich nahm all meinen Mut zusammen und antwortete mit möglichst fester Stimme: „Herr Bundeskanzler, eine der beiden ist die belgische Flagge.“ Daraufhin traf mich ein vernichtender Zornesblick, und ich dachte mir: Na gut, damit ist Deine Dienstzeit im Bundeskanzleramt wohl beendet. Aber drei Tage ist ja auch nicht schlecht und auf jeden Fall mehr, als was die meisten Offiziere ihren Enkeln bieten können.

Inzwischen hatte der einschwebende Helikopter die Flaggen aufgemischt und voll entfaltet. Ich hatte Recht. Der Bundeskanzler blickte mich an, ich erwiderte den Blick, aber nun galt es, nicht etwa ein triumphierendes Lächeln auf die Gesichtszüge zu legen. Als der Lärm der Rotoren sich gelegt hatte, und wir uns auf den Ausstieg vorbereiteten nickte der Herr Bundeskanzler mir zu und sagte: „Hm, hm.“ Von da an war unser Verhältnis geklärt: Er wusste, dass ich ihm nicht nach dem Mund rede und ich wusste, dass ein gepresstes „Hm, hm“ ein ziemlich großes Lob des Herrn Bundeskanzlers ist.

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 22. November 2012 auf dem Petersberg in Königswinter.

Aus diesen ersten drei Tagen wurden fünf Jahre und ich muss nicht erwähnen, dass die Jahre 1987 bis 1992 die spannendsten und interessantesten in meinen 40 Dienstjahren waren.

Die Amtszeit, um nicht zu sagen die Ära des Bundeskanzlers Helmut Kohl von 1982 bis 1998 lässt sich in zwei Abschnitte unterteilen, die rein zeitlich gesehen zwar ungefähr gleich lang sind – nämlich jeweils etwa acht Jahre – die aber unter sicherheitspolitischen Aspekten unterschiedlicher nicht hätten sein können.

Und trotzdem gab es eine Konstante während der 16 Jahre: Die deutsch-französische Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.

Wenn wir heute das deutsch-dänisch-polnische Korps mit Sitz in Stettin als genauso normal betrachten wie das Eurokorps mit Sitz in Straßburg, so sollten wir uns noch einmal die sicherheitspolitische Landschaft beim Regierungsantritt von Helmut Kohl im Herbst 1982 vor Augen führen: Ein amerikanischer Präsident Reagan, der vom Reich des Bösen sprach und über den Krieg der Sterne spekulierte und auf dem Boden in Mitteleuropa jeweils etwa 1 Million Soldaten und ca. 10.000 Panzer auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze. Eine Armee des Warschauer Paktes die von der Bewaffnung, Ausbildung und Strategie her in der Lage war, in kürzester Zeit einen Großangriff auf unser Territorium zu führen.

Nicht umsonst soll Bundeskanzler Schmidt seine ausländischen Gesprächspartner bei passender Gelegenheit darauf hingewiesen haben, dass der nächste sowjetische Panzer nur 10 Stunden vor seinem Schreibtisch stünde. Halt gemacht sollte im Idealfall aus sowjetischer Sicht erst nach etwa 35 Tagen am Atlantik, also nachdem auch Frankreich überrollt gewesen wäre.

Die NATO hatte auf ihre konventionelle Unterlegenheit mit der militärischen Strategie der Flexible Response und dem politischen Solidaritätsprinzip reagiert, nicht nur deutsche, sondern Soldaten aus weiteren fünf Nationen wären im Rahmen der integrierten Vorneverteidigung von Anfang an in die Kämpfe verwickelt gewesen. Wie auf einer Perlenschnur aufgereiht, standen Dänen und Niederländer, Briten und Belgier und natürlich unsere amerikanischen Freunde Schulter an Schulter mit den Kameraden der Bundeswehr an der Nahtstelle zum Warschauer Pakt. Nur ein guter Nachbar fehlte: Frankreich.

Und genau hier lag das sicherheitspolitische Dilemma der damaligen Zeit im Feld der deutsch-französischen Sicherheitskooperation. Denn mit französischen militärischen Fähigkeiten konnte weder im konventionellen geschweige denn im nuklearen Bereich von Anfang an gerechnet werden. Und dies „von Anfang an“ war entscheidend, denn dadurch wurde den Machthabern im Kreml deutliche gemacht, dass ein Angriff auf nur einen Bündnispartner nicht möglich ist.

Es galt also, Frankreich wieder an die sofortige und gemeinsame Verteidigung des gesamten Bündnisgebietes heranzuführen. Und hier zeigte sich gleich

zu Beginn seiner Kanzlerschaft eine der besonderen Fähigkeiten des Bundeskanzlers Helmut Kohl: In kürzester Zeit gelang ihm das, was ihm auch später im Prozess der deutschen Einheit mit Präsident Gorbatschow und 1993 in Washington mit dem eben gewählten jungen US-Präsidenten Clinton gelang, nämlich sein jeweiliges Gegenüber davon zu überzeugen, dass er der ehrliche Repräsentant einer zeitgemäßen, berechenbaren und verlässlichen deutschen Politik auch auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung ist.

Schon die ersten persönlichen Treffen müssen für den französischen Staatspräsidenten so eindrucksvoll gewesen sein, dass dieser sehr schnell bereit war, seine anfängliche Zurückhaltung aufzugeben. Als Beispiel sei die Rede von François Mitterrand vor dem deutschen Bundestag im Januar 1983 genannt.

Natürlich lag das Datum der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Elysee-Vertrags fest – und es schmälert keineswegs Helmut Kohls Leistung wenn man unterstellt, dass unter Bundeskanzler Helmut Schmidt die Vorbereitungen bereits angelaufen waren – aber es war die Persönlichkeit Helmut Kohl, die es schaffte, Präsident Mitterrand dazu zu bewegen, sich vor dem Deutschen Bundestag für die sicherheitspolitischen Prinzipien eines noch nicht einmal vier Monate im Amt befindlichen und aus Helmut Kohls eigener Sicht noch nicht durch reguläre Wahlen legitimierten deutschen Bundeskanzlers auszusprechen. Und dies tat Präsident Mitterrand.

Dabei ging es um nichts weniger als das damals brisanteste Thema im Bereich der Sicherheitspolitik: Die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses. Präsident Mitterrand sprach sich vor dem deutschen Bundestag eindeutig dafür aus, obwohl Frankreich nur sehr peripher daran beteiligt war. Sicherlich tat Präsident Mitterrand dies nicht völlig altruistisch, aber das ist ja auch eine Haltung, die in der Politik nur höchst selten anzutreffen ist.

Bundeskanzler Helmut Kohl liebte zu Recht Symbole und symbolhafte Handlungen. Wenn man Menschen fragt, die weniger gut als Sie alle hier mit der Materie vertraut sind, dann taucht auch bei denen immer wieder ein Bild auf: Helmut Kohl und François Mitterrand am 22. September 1984 auf dem Soldatenfriedhof bei Verdun. Hand in Hand besiegelten die beiden Staatsmänner an dem Ort, an dem Helmut Kohls Vater im 1. Weltkrieg gekämpft hatte und an dem im Juni 1940 der Unteroffizier Mitterrand nach tapferem Kampf zunächst verwundet und dann gefangen genommen worden war, genau an diesem Ort besiegelten sie das Ende der deutsch-französischen Erb- oder auch Erzfeindschaft.

Aber es blieb natürlich nicht bei symbolhaften Handlungen. Ein besonders wichtiger Meilenstein im Bereich der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Kooperation wurde im Jahr 1987 gelegt. Bereits im Juni des Jahres hatte der Bundeskanzler die Idee eines gemeinsamen militärischen Großverbandes entwickelt.

Im September bei der Heeresübung „Moineau Hardi“ also „Kecker Spatz“ übten zum ersten Mal ca. 20.000 französische Soldaten zusammen mit 55 000 deutschen in Süddeutschland gemeinsam die Abwehr eines großangelegten Angriffs auf deutschem Boden vor den Augen des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Präsidenten.

Dies war ein ganz wichtiger Schritt, um zumindest im konventionellen Bereich Frankreich aus der selbst gewählten Isolation heraus und an die gemeinsame NATO-Verteidigung heran zu führen.

Im November 1987 bei den 50. deutsch-französischen Konsultationen in Karlsruhe stimmte der französische Präsident der Idee unseres Bundeskanzlers zu und schon im Januar 1988 erfolgte – anlässlich des nunmehrigen 25. Jahrestages des Elysee-Vertrags – mit der Gründung des deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrats die Voraussetzung für den Aufbau einer gemeinsamen deutsch-französischen Brigade noch im gleichen Jahr 1988.

Mit der später wechselseitigen Stationierung und vor allem der Unterstellung der Soldaten unter den Kommandeur einer anderen Nation wurde zumindest für die französische Seite Neuland betreten, aber auch für deutsche Soldaten hatte es dies auf so niedriger Ebene noch nie gegeben.

Der erste Kommandeur der deutsch-französischen Brigade war -nicht überraschender Weise- ein Franzose. Zufall oder freundliche Geste der französischen Seite: Sein Name war auch für deutsche Soldaten problemlos auszusprechen: Er hieß Sengeisen.

Im Jahr 1992 hatte diese Idee von Helmut Kohl aus dem Jahr 1987 so viel Attraktivität entwickelt, dass Belgien, Spanien und Luxemburg sich ihr nicht länger entziehen wollten und das heutige Eurokorps gegründet wurde.

Kaum dass die Keimzelle des Eurokorps, die deutsch-französische Brigade, den Kinderschuhen entwachsen war, geschah allerdings das, was allen bisherigen sicherheits-politischen Grundsatzüberlegungen nicht nur der beiden Nationen Deutschland und Frankreich den Boden unter den Gedanken wegzog: die weltpolitische Zeitenwende ausgelöst durch Michael Gorbatschows Politik der Verständigung mit dem Westen. Mit seinem Ausspruch: „Mercur betritt die Bühne – Mars tritt ab“ hatte Franz Josef Strauß es auf den Punkt gebracht.

Die Selbstaflösung des WP 1991 und der kurz danach folgende Zerfall der Sowjetunion katapultierte das nunmehr vereinte Deutschland über Nacht in eine völlig neue geostrategische Lage. In nur wenigen Jahren vom Frontstaat zu einem Land, das nur von Freunden und guten Nachbarn umgeben ist. Sieben Bündnispartner und zwei neutrale Staaten an den Grenzen, so militärisch komfortabel wie heute hatten wir es noch nie in unserer wechselvollen Geschichte.

Mit dem „Vertrag über die abschließenden Regelungen in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990, besser als „2+4-Vertrag“ bekannt, erlangte nicht nur Deutschland seine volle Souveränität wieder, sondern Frank-

reich verlor damit auch jedwede Möglichkeit, uns gegenüber völkerrechtlich eine Sonderrolle einzunehmen. Diese Entwicklung konnte nicht ohne Auswirkungen auf die deutsch-französische Sicherheitspolitik bleiben. Auf deutscher Seite konnte man mit sehr viel mehr Gelassenheit als bisher den sich rasch entwickelnden und verändernden Entwicklungen entgegensehen. Stichwort: Polen und die damalige Tschechoslowakische Republik auf dem Weg in die NATO! Und Frankreich, musste sein bisheriges ambivalentes und von vielen Vorbehalten geprägtes Verhältnis zur NATO und damit natürlich auch uns gegenüber zumindest adjustieren wenn nicht sogar neu definieren. Für beide Nationen eröffneten sich aber zugleich völlig neue Chancen u. a. durch eine stärkere Betonung der europäischen Komponente der transatlantischen Sicherheitsarchitektur.

Unverändert blieb allerdings auch in dieser neuen Lage der enge Schulterschluss zwischen Bonn und Paris. Und so kündigten Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Mitterrand schon im Oktober 1991 die Gründung des späteren Eurokorps an. Nur ein Jahr später wurde dieser europäische Großverband aus inzwischen fünf Nationen aufgestellt.

Die Idee gemischter Großverbände zeigte so viel Attraktivität, dass in Folge nicht nur das Eurokorps sondern auch deutsch-amerikanische und deutsch-niederländische Großverbände entstanden und als vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung 1999 das deutsch-dänisch-polnische Korps mit Sitz in Stettin.

Im militärischen Bereich, aber auch auf sicherheitspolitischer Ebene war allerdings seit Beginn der 1990er Jahre noch ein dornenreicher Weg zurückzulegen. Ich erinnere nur an die bitteren Erfahrungen der Europäer auf dem Balkan seit 1993.

Die neue US-Administration unter Präsident Clinton hätte dieses Gebiet „vor der Haustür“ der Westeuropäer gern den europäischen NATO-Partner überlassen, wenn diese denn nach ziemlich vollmundigen Ankündigungen dazu auch in der Lage gewesen wären.

Weder die Petersburger Erklärung des Ministerrats der WEU von 1992 mit sehr weitreichenden Aufgabenzuweisungen an die WEU noch das SACEUR-Agreement vom Januar 1993 der Generäle Shalikashvili und Naumann und Admiral Lanxade auf französischer Seite und auch die Erklärung der vollen Einsatzbereitschaft des Eurokorps im November 1995 konnten daran etwas ändern.

Bevor ich mit einem Blick auf das deutsch-französische Sicherheits- und Verteidigungskonzept vom Dezember 1996 schließe, noch einige Worte zur französischen Nuklearkomponente.

Über Sinn oder besser Unsinn französischer Gefechtsfeldwaffen, die aufgrund ihrer Reichweite und Dislozierung einzig auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik hätten Schaden anrichten können, ist von der deutschen Seite eher hinter vorgehaltener Hand diskutiert worden.

Dass Frankreich sich die Einsatzentscheidung über seine Nuklearwaffen vorbehält, ist verständlich. Aber auch in diesem sensiblen Bereich hat das Ende des Ost-West-Konflikts eine Wende bewirkt und so erfolgte Ende der 1990er Jahre im Nachgang zur Annäherung an die Militärorganisation der NATO auch eine gewisse Bereitschaft der französischen Seite zur Beteiligung an Nuklearkonsultationen im Rahmen der NATO.

Salopp gesagt: Die Wenss und Abers, von denen gerade dieser Bereich nur so strotzte, wichen einem stärker am Realismus orientierten Sprachgebrauch.

Wie angekündigt, zum Abschluss nun ein Blick auf das „Gemeinsame Deutsch-Französische Sicherheits- und Verteidigungskonzept“. Es wurde im Rahmen der 68. deutsch-französischen Konsultationen in Nürnberg vom deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrat unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Chirac am 9. Dezember 1996 gebilligt.

Es bildet, wenn man so will, den Höhepunkt und gleichzeitig den Abschluss der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Kooperation der Ära Helmut Kohl.

Vorangegangen war eine Phase der leichten Unsicherheit und Irritation ausgelöst im Wesentlichen durch die Abschaffung der Wehrpflicht in Frankreich. Aber auch der von Präsident Mitterrand Anfang der 90er Jahre eingeleitete Versuch, europäische Verteidigungsstrukturen deutlich außerhalb der NATO aufzubauen, war zu diesem Zeitpunkt als gescheitert zu betrachten.

Umso mehr ging es nun darum, wieder deutsch-französische Gemeinsamkeit zu zeigen.

Schon in der Präambel heißt es: „Deshalb sind unsere beiden Länder entschlossen, einvernehmlich die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität im Rahmen der Erneuerung der Allianz voranzutreiben und die transatlantische Partnerschaft mit den nordamerikanischen Staaten auf eine neue und feste Grundlage zu stellen. Im Rahmen der Europäischen Union werden sich unsere beiden Länder für die Verwirklichung einer Gemeinsamen Europäischen Verteidigungspolitik und für die schrittweise Integration der WEU in die Europäische Union einsetzen.“

Mit der Beschwörung der deutsch-französischen Schicksals und Interessengemeinschaft, der gemeinsamen Bewertung des sicherheitspolitischen Umfelds und einem gemeinsamen strategischen Ansatz fanden die Bemühungen um eine solide, krisenfeste und tragfähige deutsch-französische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO, die die gesamte Kanzlerschaft von Helmut Kohl geprägt hatten, ihren krönenden Abschluss.

Dies wir u. a. deutlich in folgender Passage: „Wir haben vor, die Allianz zu erneuern, damit sie ein wirksames militärisches Instrument im neuen strategischen Kontext bleibt und den transatlantischen Verbund auf der Basis einer dauerhaften Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ebenso gewährleistet

wie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität mit der Fähigkeit der Europäer zu eigenständigem, solidarischen Handeln.“

Helmut Kohls Ziel, Frankreich stärker an die NATO heranzuführen unter gleichzeitiger Wahrung nationaler Interessen, dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Zeit seiner so erfolgreichen 16-jährigen Kanzlerschaft und wurde mit diesem gemeinsamen Konzept im Dezember 1996 endgültig manifestiert.

Wie Bundeskanzler Helmut Kohl mit den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen nach seiner Zeit umgegangen wäre – Stichwort Irak, Afghanistan oder Libyen – darüber kann nur spekuliert werden.

Aber das sollte man ja nicht tun. Auch wenn angesichts des allzeit klaren Kurses von Helmut Kohl die Versuchung dazu groß ist.





# Zwanzig Jahre nach Helmut Kohl: Wo stehen die deutsch-französischen Beziehungen?\*

Ulrike Guérot

## Einleitung

Zwanzig Jahre nach Helmut Kohl ist es um die deutsch-französischen Beziehungen schlecht bestellt. „*Je t'aime moi non plus*“ war immer das Leitmotiv, der selbstgewählt ironische Wahlspruch der deutsch-französischen Beziehungen und leider war er selten so wahr wie heute. Denn ehrlicherweise kann man, schaut man sowohl auf die praktische, aktuelle Politik wie auf Umfragewerte, nicht wirklich behaupten, die deutsch-französischen Beziehungen seien, 50 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrags von 1963, gut, nur weil das gerade ausgerichtete Fest der goldenen Hochzeit in Berlin schön war, die gemeinsame Parlamentsdebatte am 22. Januar 2013 beeindruckend, das Festkonzert in der Philharmonie bewegend, und die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck sehr gelungen.

Vieles wäre vorzubringen gegen die jüngst demonstrativ zur Schau gestellte deutsch-französische Beschaulichkeit und Harmonie: die jüngste Rückführung der deutschen Goldreserven aus Paris (ein Zeichen für Vertrauen?); die – mickrigen – zwei deutschen Transall-Flugzeuge, die zunächst mobilisiert wurden, um den französischen Einsatz in Mali zu unterstützen; der schale Beigeschmack, den die Enthaltung Deutschlands beim Libyen-Einsatz 2011 hinterlassen hat und der das Schisma in der deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation jenseits der blütenschönen gemeinsamen Strategie-papiere erneut sichtbar gemacht,<sup>1</sup> multipliziert erst kürzlich um den unheilvollen Effekt, den das Scheitern der Fusion von EADS mit BAE-System im November 2012 in der deutsch-französischen Rüstungsindustrie und der strategischen *community* ausgelöst hat.

Dazu eine Energiewende in Deutschland, die den Franzosen nicht angekündigt wurde, ein französischer Nukleardeal, der Deutschland wiederum nicht angekündigt wurde, eine deutsche Wirtschaftspolitik, die in Frankreich mehr *nolens volens* als „deutsches Modell“ gepriesen, de facto aber mit Stirnrunzeln, wenn nicht mit Wut kommentiert wird; die Sprachkenntnisse der jeweils anderen Landessprache und die bilingualen Schulzweige, die in beiden Län-

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 22. November 2012 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Vgl. Claudia Major, *La France, l'Allemagne et la défense européenne*, „Visions franco-allemandes“, Notes du CERFA n° 20, Januar 2013.

dem, auch in den Grenzregionen, zurückgehen: die Liste der Versäumnisse, der Schwierigkeiten, ja der Streitigkeiten ist lang, sehr lang sogar. Vieles scheint de facto dauerhaft inkompatibel, irreparabel, vergeblich zwischen Deutschland und Frankreich. Doch war das eigentlich je anders?

Zurecht bezeichnet Alfred Grosser, der Großmeister der deutsch-französischen Beziehungen, der eben diese wie kein anderer über 50 Jahre beobachtet hat, die deutsch-französischen Beziehungen als einen „enormen Mythos“<sup>2</sup> und legt – mit teilweise bösen Zitaten – nach in seinem bemerkenswerten Essay zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags:<sup>3</sup> gemeinsames Geschichtsverständnis? Woher denn. Europäisches Finanzkrisenmanagement? Fehlanzeige. Einhaltung europäischen Rechts? Nur da, wo es passt und nicht stört. Nationales Selbstverständnis und Pochen auf Eigenständigkeit? Immer noch groß (vor allem in *La République...*). Deutsch-französische Zivilgesellschaft? Jenseits von funktionierenden Städtepartnerschaften in den großen gesellschaftlichen Diskursen beider Länder (z. B. über Migration): weitgehend abwesend. Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die gleichsam „narzisstische Kränkung“, die Frankreich – überrollt von einem Diskurs über „*le model allemand*“ – gerade kollektiv durchläuft mit Blick auf seine wirtschaftliche Zurückgeworfenheit hinter Deutschland, das derzeit übermächtig erscheint. Während 82 Prozent der Deutschen also immer noch finden, man habe ein Verhältnis auf Augenhöhe mit Frankreich, finden das nur 53 Prozent der Franzosen, und 41 Prozent widersprechen dem ausdrücklich.<sup>4</sup> Für das emotionale Gleichgewicht ist dies problematisch, der Bruch der Symmetrie eine Belastung für die deutsch-französische Freundschaft und potentiell ein Problem für die Tragfähigkeit der gemeinsamen europäischen Kooperation.

Das alles scheint mit Blick sowohl auf das bilaterale Verhältnis als auch auf die Fähigkeit eines deutsch-französischen Krisenmanagements in Europa auf den ersten Blick eher niederschmetternd. Deutschland und Frankreich, liest man die „Berliner Erklärung“<sup>5</sup> zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages, die ein Ausbund an wirtschaftspolitischer Nüchternheit und Reformfordernissen ist, sind in der Ebene zäher Alltagskooperation angekommen und müssen dicke Bretter bohren. Vorbei die erhebende Symbolik von Völkerverständigung und

2 Vgl. Alfred Grosser: „Élysée-Vertrag ist bis heute ein enormer Mythos“, in: Deutschlandfunk, Interview der Woche, 20. Januar 2013, in: [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw\\_dlf/1983787/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/1983787/) (Abruf: 8. Mai 2013).

3 Vgl. Alfred Grosser: France-Allemagne: le présent en perspective, „Visions franco-allemandes“, Notes du CERFA n° 21, Januar 2013.

4 Vgl. „Frankreich und Wir“. Ergebnisse der großen Umfrage „Frankreich, Deutschland und Sie?“, vorgestellt von ARD, Deutschlandradio, ARTE und Radio France, zum 50. Jahrestag des Élysée Vertrages, in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_33367-1522-1-30.pdf?130131101339](http://www.kas.de/wf/doc/kas_33367-1522-1-30.pdf?130131101339) (Abruf: 8. Mai 2013).

5 <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/Gemeinsame-Erklaerung-zu-50-Jahren-Eacute-lys-eacute-e-Vertrag-2232205> (Abruf: 8. Mai 2013).

Aussöhnung, hinein in den Sumpf, der transnational trocken gelegt werden muss, bestehend aus der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit, globaler Zukunftsfähigkeit, Modernisierung der Städte, nachhaltigen Energiekonzepte, Arbeitsmarktreform, Gesundheitsförderung, Ausbildungskonzepten und Grenzkoooperation: ein gemeinsames Alltagsgeschäft, unspaßig, anstrengend, die Mühen der Ebene eben.

Natürlich haben viele Deutsche Ferienhäuser in Frankreich, junge Franzosen genießen derzeit Berlin und es ist gleichsam eine Art Entspannungszustand der Normalität eingetreten, den man auch begrüßen kann, ein nachbarschaftlich-distanziertes Nebeneinander, ohne großes Geschichtsbewusstsein und ohne ständigen Aussöhnungsdiskurs.<sup>6</sup> Städtepartnerschaften sind dabei ein alterndes Konzept. Das ist der Punkt, an dem die deutsch-französischen Beziehungen gleichsam Opfer ihres eigenen Erfolges geworden sind. Frankreich ist für die deutsche Jugend nicht mehr der Raum der intellektuellen Neugierde, es gibt derzeit mehr deutsche Austausch-Schüler in Peking als in Frankreich. Große französische Intellektuelle wie etwa Jean-Paul Sartre oder Michel Foucault, die eine Anziehungskraft für ein gemeinsames gesellschaftliches Zukunftsprojekt ausüben könnten, gibt es nicht mehr. Und Stephane Hessel hat mit seinem Buch „Empört euch“ keine deutsche-französische Mobilisierung der Jugend in der Eurokrise ausgelöst.

Dies alles müsste nicht zur Besorgnis anhalten, wenn es nicht ein großes Projekt zu stemmen gäbe, nämlich die Ausgestaltung einer europäischen Demokratie, die allein den Euro überlebensfähig machen dürfte. Der Euro erfordert allen europäischen Staaten, allen voran aber Frankreich und Deutschland, eine Art sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Konvergenz ab, auf die die Staaten und ihre Bürger, vor allem aber eine zunehmend ahistorische und apolitische Jugend unvorbereitet scheinen. Der generationelle Bruch in der europäischen Erzählung und ihrer Überlieferung ist mit Händen zu greifen und die eigentliche Frage dürfte sein, ob es auf beiden Seiten des Rheins in der nächsten Generation zwischen den Jugendlichen, zumeist am unteren sozialen Rand, die von Europa nie viel erfahren und mitbekommen haben<sup>7</sup> und der Erasmus-Jugend, die Europa zur Selbstverständlichkeit erklärt hat, genügend Akteure geben wird, die ständige kulturelle Übersetzungsleistung zu erbringen, die eine ausgestaltete europäische Demokratie wie eine Lebensader braucht. Denn eine Währungsunion braucht, wie die derzeitige Eurokrise zutage fördert, ein

---

6 Die Umfrageergebnisse der ARTE-Umfrage bestätigen diese neue Normalität; allerdings ist darauf zu verweisen, dass die Umfrage insofern nicht repräsentativ ist, als dass sie in einem Milieu durchgeführt wurde, das interessiert an den deutsch-französischen Beziehungen ist.

7 Interessant ist in diesem Zusammenhang z. B. die Tatsache, dass Marine Le Pen bei den letzten französischen Parlamentswahlen im April 2012 mit 28 Prozent in der Altersgruppe 18–25 Jahre mit 8 Prozent über dem nationalen Durchschnitt abgeschnitten hat.

gemeinsames politisches und ökonomisches Verständnis von Lebenswelten, die letztlich die Formulierung einer gemeinsamen politischen Kultur bedeuten. Die Ausformulierung einer europäischen politischen Kultur wird auf europäischer Ebene entscheidend davon abhängen, dass ein solcher Diskurs in der nächsten Generation zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur gelingt – sondern überhaupt engagiert betrieben wird.

Dieser Artikel will versuchen, die stete Erosion der deutsch-französischen Beziehungen seit der Ära Kohl zu beleuchten. Dazu werden die deutsch-französischen Beziehungen in fünf Phasen eingeteilt: Das Verblühen der Maastricht-Ambitionen schon gegen Ende der Ära Kohl 1994–1998; die sogenannte europäische Normalisierung der Schröder-Regierung 1998–2002; die Mutation der deutsch-französischen Beziehungen zu einer Lokomotive ohne Anhänger 2003 bis zum französischen Referendum 2005; die Entdeckung deutsch-französischer Konkurrenz ab 2007; und schließlich die Zeit der neuen Konfrontation in der Eurokrise und der jüngste systemische Bruch zwischen Deutschland und Frankreich.

#### *Das Verblühen der Maastricht Ambitionen*

Retrospektiv darf die These vertreten werden, dass der Maastrichter Vertrag von 1992 selbst der Höhepunkt der deutsch-französischen Beziehungen und ihrer Ambitionen gewesen ist, die „Hoch“zeit dessen, was möglich war und angestrebt werden sollte: eine immer engere europäische Union. Inzwischen hat Hans-Peter Schwarz in seiner umfassenden Kohl-Biographie<sup>8</sup> die komplizierten historischen Umstände des Maastrichter Vertrages herausgearbeitet und differenziert dargestellt, dass der Maastrichter Vertrag, mithin die Einführung einer gemeinsamen Währung ohne die zeitgleiche oder gar vorherige Einführung einer politischen Union – wie vor allem von Deutschland damals gefordert und umfassend in der Diskussion über eine „Krönungstheorie“ diskutiert – möglicherweise bedenklich bzw. leichtsinnig war. Der Maastrichter Vertrag war die schwierige Balance, das deutsche Versprechen, dass deutsche und europäische Vereinigung bedingungslos zusammengehören sollten, einzulösen, und dadurch die Befürchtungen seiner europäischen Nachbarn, Deutschland könne sich durch die Wiedervereinigung renationalisieren und in Europa wieder zu mächtig werden, zu zerstreuen, wobei Deutschland de facto durch die Aufgabe der D-Mark in Vorleistung getreten ist. Die derzeitige Eurokrise ist in ihrer Essenz nichts anderes, als dass das politische *Volet*, also die Ausgestaltung einer politischen Union, von 1992 an über die verschiedenen Verträge von Amsterdam 1997, Nizza 2000, der gescheiterten europäischen Verfassung von 2005 sowie dem gültigen Lissabonner Vertrag nie wirklich

8 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl: Eine politische Biographie. München 2012.

ausgestaltet wurde. Demokratie und Wirtschaft sind durch den Maastrichter Vertrag in Europa auseinander dividiert und nie wirklich auf europäischer Ebene zusammengeführt wurden. Genau darunter krankt Euroland heute, und es liegt maßgeblich in deutsch-französischer Verantwortung, einen Zustand zu überwinden, in dem die Währung transnational, Souveränität und soziale Verteilungsgerechtigkeit indes national geblieben sind.

Auch erscheint es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Einführung der gemeinsamen Währung nicht spannungsfrei war.<sup>9</sup> Es wurde zwischen Deutschland und Frankreich heftig gestritten über den Namen der gemeinsamen Währung, den Sitz und Status der Zentralbank sowie die Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftsregierung – Notwendigkeit, der man sich erst in jüngster Zeit im Zuge der Eurokrise wirklich zuwendet. Nicht vergessen werden darf dabei auch, dass die Durchführung der deutsch-deutschen Währungsunion, im Zuge derer die deutschen Zinsen auf bis zu 12 Prozent hochschnellten, um der Inflationsgefahr durch den 1:1 Umtausch von Ostmark in D-Mark zu begegnen, in der französischen Wirtschaft, die durch den Wechselkurs an die D-Mark gebunden war und darum den deutschen Zinsschritt mitgehen musste, zu tiefen Verwerfungen in der französischen Wirtschaft führte. Das französische Defizit stieg zwischen 1992 und 1994 von ca. 3 auf 6 Prozent und die Arbeitslosigkeit wuchs kräftig an. Damit hatte Deutschland de facto einen Teil der ökonomischen Kosten der Wiedervereinigung auf seinen Nachbarn abgewälzt, ohne dass Frankreich dem etwas hätte entgegenstellen können. In Deutschland zumeist unerwähnt und unterbelichtet, ist diese Erfahrung tief im französischen Langzeitgedächtnis eingepägt und hat die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen schon in den 1990er Jahren tief beeinträchtigt.

In den 1990er Jahren hatte man sich noch der Illusion hingegeben, man könne sich um die politische Vervollständigung der Währungsunion herumdrücken. Durch die Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes 1997 hat man versucht, die Frage der nationalen Verschuldungsproblematik notdürftig zu fixieren. Später sollte sich herausstellen, dass der Stabilitätspakt unzureichend war: Frankreich und Deutschland brachen ihn zeitgleich 2003.

Doch auch in anderen Politikfeldern erodierte die deutsch-französische Zusammenarbeit schon in den Jahren nach Abschluss des Maastrichter Vertrages, der doch eigentlich eine „immer engere Union“ schaffen sollte. In der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verhakten sich Deutschland und Frankreich in der Frage der Rolle der NATO in den europäischen Verteidigungsstrukturen und unterminierten damit beide de facto ein beherzigtes europäisches Vorgehen in Bosnien. 1996 kündigte Frankreich den Übergang zu einer Berufsarmee an, ohne Deutschland dies vorher zur Kenntnis zu geben, und führte Testversuche seiner Atomwaffen aus. 1998 unterzeichnete Frankreich

9 Eric Aeschmann/Pascal Riché: *La guerre de sept ans*. Paris 1999.

zusammen mit Großbritannien die sogenannten Verträge von St. Malo und ließ Deutschland sicherheitspolitisch außen vor. Auf der anderen Seite forcierte Deutschland die europäische Osterweiterung mehr als sein französischer Nachbar, der sich emotional der Erweiterung bis zuletzt entgegenstellte und diese vielmehr – zurückgehend auf alte französische Vorstellungen von *Le Mitteleuropa* – als deutschen Hinterhof betrachtete. Auf dem Europagipfel in Cannes 1996 unterzeichneten Helmut Kohl und Jacques Chirac einen gemeinsamen Brief über Subsidiarität,<sup>10</sup> der dem Engagement des Maastrichter Vertrages bereits die Luft heraus nahm. Kurz: schon gegen Ende der Ära Kohl war spürbar, dass das in Maastricht gegebene Versprechen schwieriger einzulösen sein würde, als von den Vertragsvätern – namentlich François Mitterrand, Helmut Kohl und Jacques Delors – gedacht.

### *Der Nimbus der Normalisierung*

Mit Amtsantritt Gerhard Schröders im Jahre 1998 änderten sich die deutsch-französischen Beziehungen bzw. allgemeiner das deutsche Selbstverständnis in Europa spürbar. Gerhard Schröders Antrittsrede im Deutschen Bundestag,<sup>11</sup> die als „Normalisierung“ deutscher Außen- und Europapolitik gewertet wurde, schien nicht geeignet, den europäischen Nachbarn eben jene Sorge eines wieder erstarkenden Deutschlands zu nehmen, auch wenn auf den Diskurs der sogenannten Normalisierung zunächst demonstrativ positiv reagiert und die deutsche „Normalisierung“ formell begrüßt wurde. Dahinter stand freilich eine neue Art Deutschlands, nationale Interessen, z. B. bei der Landwirtschafts- oder auch Migrationspolitik vorzutragen. Auch darf nicht vergessen werden, dass sich Gerhard Schröder durch seine Politik des „Dritten Weges“ mit Tony Blair zunächst demonstrativ von Frankreich abwandte – und – ebenfalls nicht hilfreich, den Euro noch 1998 in einem Artikel in *Foreign Affairs* als „Kopfgewurt“ bezeichnete.<sup>12</sup>

Auch wenn auf dem EU-Gipfel in Köln im Sommer 1998 entschiedene Fortschritte bei der Ausgestaltung der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) gemacht werden konnten, u. a. durch die Einsetzung eines Hohen Beauftragten (Javier Solana) für die ESVP, was dann im weiteren Verlauf

10 Gemeinsamer Brief des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten an den Vorsitzenden des Europäischen Rates vom 6. Dezember 1995, in Auszügen abgedruckt in: Mathias Jopp/Otto Schmuck (Hg.): *Die Reform der Europäischen Union. Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*. Bonn 1996, S. 115ff.

11 Auch wenn Gerhard Schroeder das Wort „Normalisierung“ selbst in seiner Rede nicht gebraucht hat, vgl. Andreas N. Ludwig: *Auf dem Weg zu einer „Achse Berlin-London“? Die deutsch-britischen Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union unter Gerhard Schröder und Tony Blair (1998–2002)*. Hamburg 2011, S. 58.

12 Gerhard Schröder, in: *Politique internationale* 4 (1997).

auch das europäische Engagement im Bürgerkrieg des ehemaligen Jugoslawien verbesserte, so hatte das deutsch-französische Verhältnis zu diesem Zeitpunkt schon deutliche Risse bekommen.

Es sollte nicht lange dauern, bis diese Risse deutlich zutage traten. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2000 in Nizza konnten sich Deutschland und Frankreich nicht über die neue Stimmrechtverteilung im Rat einigen. Frankreich hatte zuvor geltend gemacht, dass die Stimmrechtverteilung sich proportional stärker an die Größe der Bevölkerung anlehnen müsse; woraufhin Deutschland seinerseits geltend machte, dass auch die durch die Wiedervereinigung zugezogenen ca. 25 Mio. mehr Deutsche entsprechend berücksichtigt werden müssten, was Frankreich allerdings wiederum ablehnte. Die Parität der Stimmen im Rat war symbolisch der stärkste Ausdruck der politischen Gleichheit Deutschlands und Frankreichs und Frankreich nicht bereit, darauf zu verzichten. Der Ausweg aus diesem offenen deutsch-französischen Eklat auf einem europäischen Gipfel, dem „französischen Suez“, wie ein Beobachter es nannte,<sup>13</sup> war schließlich, Deutschland zehn Abgeordnete mehr (99) im europäischen Parlament zu gewähren, die Stimmgleichheit im Rat indes beizubehalten. Deutschland hatte sich zusätzlich auf dem Gipfel in Nizza für verschiedene seiner „Besonderheiten“ verkämpft, die es aus der Binnenmarktregulierung herausgehalten sehen wollte, darunter die deutsche Handwerksordnung, die Gewährträgerhaftung der Landesbanken oder die sogenannte Daseinsvorsorge, also die öffentliche Versorgung (Wasser, öffentlicher Nahverkehr oder Energie) der Länder und Kommunen – sehr zum Missfallen seiner europäischen Partner. Nizza, der Gipfel, der politisch wie wirtschaftlich die EU auf die anstehende Osterweiterung vorbereiten sollte, generierte zum europäischen Schockerlebnis, in dem der deutsch-französische Motor komplett ausgefallen war.

Der deutsch-französische Vertrauensbruch war so groß, dass Deutschland und Frankreich unmittelbar nach dem Gipfel von Nizza den sogenannten Blaesheim-Prozess einrichteten, benannt nach einem kleinen Ort im Elsass. Es wurde vereinbart, fortan vor jedem europäischen Gipfel deutsch-französische Vorgespräche auf Ministerebene zu führen, um ein neuerliches europäisches Desaster solcher Dimension zu verhindern. Die Blaesheim-Gespräche wurden zu einer Art vertrauensbildender Maßnahme in den deutsch-französischen Beziehungen. Es darf indes vermutet werden, dass sich Deutschland und Frankreich vom Keim des in Nizza gesäten gegenseitigen Misstrauens nie richtig erholt haben.

---

13 Vgl. François Heisbourg: Nice: un „Suez“ diplomatique, in: *Le Monde*, 26. Dezember 2000.



*Vom Tandem zur Lokomotive ohne Anhänger*

Die nachfolgenden Jahre der großen Koalition sollten bestätigen, dass die deutsch-französischen Beziehungen mit Beginn der 2000er Jahre gleichsam aus dem Takt geraten sind und nicht mehr zu ihrer ursprünglichen Tandem-Funktion zurückfinden sollten. Der Irak-Krieg der USA 2003 stellte das deutsch-französische Paar gleich vor die nächste Herausforderung, bei der es auf europäischer Ebene insofern scheiterte, als dass der – in der Sache richtige – deutsch-französische Schulterschluss<sup>14</sup> gegen den Einmarsch der USA in den Irak zu großen europäischen Verwerfungen führte. Zehn (vor allem ost-) europäische Staaten unterzeichneten einen gemeinsamen Brief „United we stand“<sup>15</sup> und mithin war die EU in der Irak-Frage gespalten. Dass Jacques Chirac noch das inzwischen berühmte *bonmot* bemühte, die Osteuropäer hätten „einen Moment verpasst, den Mund zu halten“<sup>16</sup>, hat den Zwiespalt der EU nicht zum Besseren gewendet. Wie auch immer die sachliche Berechtigung der deutschen und französischen anti-Irak-Krieg Position war: es hat Europa auseinandergetrieben. Der Motor mutierte zur *Lokomotive ohne Anhänger*, (fast) keiner ‚folgte‘ der deutsch-französischen Positionsbestimmung, womit ein alter Grundsatz der deutsch-französischen Beziehungen erstmalig außer Kraft gesetzt wurden, nämlich dass, wenn nur Deutschland und Frankreich sich einig sind, europäische Probleme einer Lösung zugeführt werden können. Damit wurde zum ersten Mal sichtbar, wie sehr die Osterweiterung auch die Führungsdynamik der EU verändert hatte.

Der Irak-Vorfall hatte im späteren Verlauf auch schwerwiegende Auswirkungen auf die zeitgleich laufenden Verhandlungen über eine europäische Verfassung im Rahmen des Verfassungskonventes, der 2002 unter Leitung von Valérie Giscard d’Estaing seine Arbeit aufgenommen hatte. Vor allem das Kapitel über die Ausgestaltung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) litt naheliegenderweise unter der europäischen politischen Spaltung über den Irak-Krieg und die Ambitionen wurden im Verlaufe des Konventes sichtlich zurückgestutzt. Zum Beispiel wurde nicht mehr durchgesetzt, dass der Hohe Beauftragte für die GSVP sich „europäischer Außenminister“ nennen durfte.

Zum gleichen Zeitpunkt – 2003 – verletzten sowohl Deutschland als auch Frankreich den Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU und überzogen die Defizitgrenze von 3 Prozent, wurden indes nicht, wie zuvor die kleineren EU-

14 Zusammen mit Belgien und Luxemburg, bekannt als sogenannter „Chocolat-Summit“, vgl. z. B. BBC News: European press review, 30. April 2003 (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2987439.stm>, Abruf: 8. Mai 2013).

15 United We Stand. Eight European leaders are as one with President Bush, in: The Wall Street Journal, 30. Januar 2003.

16 „Donc, je crois qu’ils ont manqué une bonne occasion de se taire.“, in: <http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/europe/conf-chirac> (Abruf: 8. Mai 2013).

Länder Portugal und Irland, dafür mit einem „Blauen Brief“ aus Brüssel gehandelt. Das deutsch-französische Tandem missbrauchte damit sprichwörtlich seine Führungsrolle in Europa und ging mit schlechtem Beispiel voran.

Und wiederum fast zeitgleich hatten Deutschland und Frankreich wenige Monate zuvor, auf dem EU-Rat im Oktober 2002, in Zweiergesprächen gekungelt und dann den europäischen Partnerstaaten einen (faulen) Kompromiss in der Agrarpolitik präsentiert, in dem Frankreich im wesentlichen seine Rückflüsse behielt und Deutschland im Gegenzug französische Unterstützung dafür erhielt, eine Verlängerung der Freizügigkeitsregelung für osteuropäische Arbeitnehmer im Zuge der Osterweiterung geltend zu machen. Deutschland erstritt sich damals eine 6-jährige Übergangszeit, die erst 2012 vollkommen aufgehoben wurde.

In der Summe führte dies dazu, dass das deutsch-französische Engagement nicht mehr dem gemeinsamen Fortschritt in Europa galt, sondern die zu große deutsch-französische Nähe eher benutzt wurde, deutsche wie französische Eigeninteressen in der EU geltend zu machen und zu sichern. Deutschland und Frankreich wurden zu einem Tandem, das gleichsam gegen die Gesamtinteressen der EU gerichtet war. Die deutsch-französische Symbiose wurde zum europäischen Spaltpilz.

In diesen Zeiten deutsch-französischer Lustlosigkeit für Europa war es kaum verwunderlich, dass das Ergebnis des europäischen Verfassungskonventes halbherzig blieb und hinter den ursprünglich hochgesteckten Erwartungen an eine europäische Verfassung zurück fiel.

Den nächsten schweren Schlag erlitt das deutsch-französische Tandem durch das französische „nein“ zu eben jenem Verfassungsvertrag. Damit hatte sich gleichsam nicht nur ein (großes<sup>17</sup>) Gründungsmitglied, sondern auch der wichtigste deutsche Partner emotional von Europa verabschiedet. Die französische Europadiskussion hat sich bis heute nicht von diesem „nein“ erholt, es war das Ende der französischen Diskussion über Europa. Deutschland stand zu diesem Zeitpunkt schon ebenfalls welken Integrationsabsichten alleine da. Es ist wichtig, die kulturpolitische Dimension dieses „Neins“ herauszuheben und zu beleuchten, auf welche emotionale Befindlichkeit das französische „nein“ in Deutschland stieß.

Deutschland war spätestens ab 2006, beschleunigt durch die Fußball-Weltmeisterschaft, in einer Art nationalen Fieber, einer Stimmung der – unschuldigen – (Re-)Nationalisierung, unschuldig im Sinne von absichtslos.<sup>18</sup> Neben dem Fußball gab es 2010 den Sieg von Lena beim European Song Contest, die

---

17 Auch die Niederländer stimmten wenige Tage nach dem französischen „Nein“ gegen die europäische Verfassung.

18 Irene Götz: Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989. München 2011.

Kampagne vom „Land der Ideen“ und „Ich bin Deutschland“, Exporterfolge und ein neues Selbstwertgefühl, das auch in Projekten wie etwa dem Humboldt-Forum in Berlin oder dem Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses Ausdruck fand und findet. In der Retrospektive ist ebenfalls auffällig zu beobachten, dass sich Deutschland – trotz der finanziellen Belastungen der Wiedervereinigung – und aufgrund der zu Beginn der Dekade durchgeführten „Agenda 2010“ („Harz IV“-Reformen) ab etwa 2006/07 wieder wirtschaftlich saniert hat<sup>19</sup> und ab 2007 wieder das Defizit-Kriterium des Maastrichter Vertrages einhalten konnte, während Frankreich mangels Strukturereformen<sup>20</sup> wirtschaftlich weiter und zunehmend hinter Deutschland zurück fiel. Ab diesem Zeitpunkt drifteten Deutschland und Frankreich in allen entscheidenden makro-ökonomischen Basisdaten auseinander und auch das Zinsdifferential weitete sich zwischen Deutschland und Frankreich. Dieses Auseinanderklaffen wird große psychologische Folgen für das Tandem haben, denn die wirtschaftliche Ungleichheit gefährdete von da an die politische Symmetrie des Tandems in Europa. Verstärkt wurde dieser Effekt durch eine Reihe von gescheiterten deutsch-französischen Unternehmenszusammenschlüssen, wobei Sanofi-Alcatel 2003 und Siemens-Areva 2007 als wichtigste zu nennen sind, die tiefe Spuren in der industriepolitischen Zusammenarbeit hinterlassen haben.

### *Der Versuch der Konkurrenz*

Wo Zusammenarbeit auf der Basis von ökonomischer Gleichheit nicht mehr gewährt ist, und das europäische Engagement auf beiden Seiten durch unterschiedliche Einflüsse (französisches „Nein“ und deutsche nationale „Hoch“-phase) sowieso schon gebrochen oder zumindest mürbe ist, begann nunmehr eine Phase der politischen Konkurrenz zwischen Deutschland und Frankreich. Vom einstigen Tandem der 1990er Jahre über die „Lokomotive ohne Anhänger“ zu Beginn der letzten Dekade leisteten sich Frankreich und Deutschland ab der Wahl von Nicolas Sarkozy 2007 eine Art Führungswettkampf in Europa. Wo Deutschland die „östliche Partnerschaft“ unterstützte,<sup>21</sup> forcierte Frankreich – politisch unge-

19 Erst jetzt beginnt eine Diskussion darüber, welchen Preis im Sinne von sozialer Kohäsion Deutschland möglicherweise langfristig für die Harz-IV Reformen bezahlt hat, vgl. Klaus Dörre: Das neue Elend: Zehn Jahre Hartz-Reformen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (2013), S. 99–108 (<http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/maerz/das-neue-elendzehn-jahre-hartz-reformen-0>, Abruf: 8. Mai 2013).

20 Nicholas Bavarez: Réveillez-vous!: le cri d'alarme de Nicolas Bavarez, in: Le Figaro, 6. September 2012 (<http://www.lefigaro.fr/livres/2012/09/06/03005-20120906ARTFIG00597--reveillez-vous-le-cri-d-alar-me-de-nicolas-bavarez.php>, Abruf: 8. Mai 2013).

21 Ein von Schweden und Polen gemeinsam in die EU-Außenpolitik eingebrachter Vorschlag. Vgl. Stefan Meister/Marie-Lena May: Die Östliche Partnerschaft der EU – ein Kooperationsangebot mit Missverständnissen, DGAP Standpunkt Nr. 7 (September 2009) (<https://weltpolitik.net/de/article/getFullPDF/17916>, Abruf: 8. Mai 2013).

schickt noch dazu – eine Mittelmeerunion, in der ursprünglich europäische Mittelmeeranrainer mehr Mitsprache als andere EU-Staaten haben sollten. Zugleich tritt Frankreich wieder in die militärischen Strukturen der NATO ein, die es in den 1960er Jahren noch unter Charles de Gaulle verlassen hatte. Damit wollte Frankreich eindeutig Deutschland seine bisherige Rolle als amerikanischer Junior-Partner auf dem europäischen Kontinent streitig machen. Sein aktives sicherheitspolitisches Engagement für Europa bewies Frankreich dann sogleich in der Georgien-Krise im August 2008, während Deutschland sich hier zögerlich und tendenziell pro-russisch verhielt. Iran (genauer: deutsche Zögerlichkeit bei der Embargo-Frage) und, nicht neu, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB), sind weitere Streitpunkte auf der langen Liste der deutsch-französischen Streitigkeiten. Auch wenn es heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist, weil Angela Merkel und Nicolas Sarkozy später, im Rahmen der Eurokrise zu „Merkozy“ mutieren sollten: zu Beginn der Amtszeit von Präsident Sarkozy war das deutsch-französische Paar weit davon entfernt, sich zu verstehen und mit Blick auf Europa an einem Strang zu ziehen.

Inmitten dieses deutsch-französischen Unfriedens fiel dann 2008 die Finanzkrise, die später zur Eurokrise werden sollte, und die erste deutsch-französische Antwort war keine gemeinsame. Im Oktober 2008, nach der Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers, gingen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy getrennt vor ihre jeweilige nationale Presse, um die Spareinlagen zu garantieren, ein Schulterchluss der bei der Krisensituation war symbolisch ebenso wie faktisch ausgeblieben.

In den ersten Monaten der Finanzkrise, im Zeitraum von 2008 bis zum Sondergipfel der EU in Deauville im Oktober 2010, machte sich Frankreich daraufhin zum „*Front-runner*“ des europäischen Südens, forderte die Einführung von Eurobonds, eine Neujustierung der Statuten der EZB, die auch auf die Erhaltung von Beschäftigung ausgerichtet sein müssten und wehrte sich sowohl gegen Reformdruck als auch Sparauflagen. Es war einer der wichtigsten politischen Kämpfe um die Deutungshoheit der Finanzkrise – und die richtige Krisenstrategie – die Frankreich und Deutschland in diesen zwei Jahren miteinander ausgefochten haben – und Frankreich unterlag.

Im Oktober 2010, eben bei jenem Treffen in Deauville, schwenkte Frankreich um und ein auf den deutschen Kurs der Haushaltsanierung. Unter welchem politischen Druck dies geschah, ist aus heutiger Sicht noch schwer zu bewerten. Doch mit diesem Moment wurde aus der deutsch-französischen Konkurrenz in Europa um die ökonomisch richtigen Krisenlösungen und die politische Vormachtstellung ein Schwenk zu „Merkozy“ vollzogen.<sup>22</sup> Europa tat das deutsch-französische Kondominium indes nicht gut!

---

22 Ulrike Guérot/Thomas Klau: After Merkozy: How France and Germany Can Make Europe Work, ECFR Policy Brief 2012.

Mit diesem Schwenk nämlich wurde zugleich die wertvolle deutsch-französische Parität gebrochen, die allein die Stärke des deutsch-französischen Tandems ausmacht. Dem geflügelten Wort von Stanley Hofman aus den 60er Jahren folgend – der Symmetrie in der Asymmetrie<sup>23</sup> – müssen Frankreich und Deutschland sich zunächst streiten, um dann für Europa einen konstruktiven Kompromiss bei einem Problem zu finden. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ein klassisches Beispiel für eine solche Annäherung nach langen Streitigkeiten. Anders formuliert: zu viel deutsch-französische Nähe schadet Europa. Erst die Annäherung von zwei Ländern, die stellvertretend für zwei verschiedene wirtschaftspolitische Philosophien und kulturpolitische Pole stehen, erlaubt den anderen europäischen Staaten, sich einem Kompromiss anzuschließen, lässt politischen Raum für die anderen Staaten. Wenn Deutschland aber zu mächtig ist und Frankreich sich ihm notgedrungenmaßen anschließen muss, weil es die Ressourcen verloren hat, seine eigene Position angemessen zu verfechten, kann das deutsch-französische Tandem seine Führungsrolle in Europa nicht mehr ausüben. Genau dies ist seit 2008 der Fall. Der politische und ökonomische Machtzuwachs, den Deutschland gleichsam als „*accidental empire*“ durch die Eurokrise in Europa erfahren hat, hat die traditionelle Struktur der deutsch-französischen Beziehungen zerschlagen. Genau dies ist heute eines der größten Dilemmata bei der Lösung der Eurokrise.

### *Deutschland und Frankreich im heutigen Kriseneuropa*

Vom Europakt-Plus bis Fiskalpakt war Frankreich beim Eurokrisenmanagement im deutschen Soziussitz und damit in dem Zwiespalt, eine Politik mit zu führen und zu verteidigen, die viele in Frankreich – Eliten wie Bevölkerung – de facto nicht gut fanden. Der Fiskalpakt z.B. löste – obgleich Sarkozy ihn 2012 wortgewaltig in der Öffentlichkeit vertrat – eher Befremden aus, die deutsche „Sparpolitik“ wurde (und wird) als einseitig kritisiert. Deutschland schaut diesem Zwist immer auf die Mikro-Ebene und beanstandet – zu Recht – die fehlenden französischen Strukturreformen, die unter Sarkozy ausgeblieben sind. Frankreich hingegen hält Deutschland auf der Makro-Ebene ein fehlendes Bemühen um eine ausreichende Binnennachfrage vor und wirft ihm Lohndumping vor. Die Franzosen üben auch Kritik an einer verengten deutschen Sicht auf die Rolle einer Zentralbank und werfen den Deutschen vor, de facto implizit Wirtschaftsnationalismus zu betreiben, in dem Deutschland die Schwächen des Eurosystem zu seinen Gunsten nutze.<sup>24</sup>

23 Gemeint war, dass der politische Riese Frankreich und der wirtschaftliche Riese Deutschland sich immer durch ihre Ungleichheit ergänzt und ausgeglichen haben.

24 Vgl. Harald Schumacher: Der deutsche Irrweg, in: Tagesspiegel, 14. April 2013.

Diese gegenseitigen Vorwürfe beruhen letztlich auf der Tatsache, dass es sich bei Deutschland und Frankreich um strukturell sehr unterschiedliche Volkswirtschaften handelt – z. B. die deutsche Exportorientierung und sein starker Mittelstand – die weder einfach verglichen noch schnell kopiert werden können; und aus diesen unterschiedlichen Strukturen ergeben sich auch unterschiedliche ökonomische Politikanforderungen bzw. Möglichkeiten. Letztlich haben beide Seiten Recht: Frankreich muss seine Reformen in Angriff nehmen und Deutschland muss makro-ökonomischen Stellschrauben mehr Bedeutung beimessen. Genau dies müsste jetzt auch zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder ausdiskutiert werden.

Dafür spricht das Bekenntnis zum 50. Jahrestag des Elysee-Vertrages, dem hoffentlich jetzt Taten folgen werden, dass nach der Exekutive auch die Parlamente in den deutsch-französischen Beziehungen enger zusammenwachsen sollen. Die Eurokrise, die neuen *governance*-Strukturen in Euroland, z. B. die Einführung des „europäischen Semester“, machen in Zukunft – im Übrigen nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich – eine stärkere sozial-, haushalts- und steuerpolitische Absprache und damit eine gemeinsame gesellschaftliche Diskussion über sozial- und wirtschaftspolitische Prioritäten notwendig. Das gemeinsame Bekenntnis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer anlässlich der Feierlichkeiten im Januar 2013 war hierfür ein erstes Symbol.

Weitere Schritte dürften folgen. „*Wir werden unseren Austausch mit den Sozialpartnern intensivieren, um gemeinsame Initiativen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Wahrung eines hohen Niveaus an sozialer Sicherheit zu ergreifen*“, heißt es u. a. in der gemeinsamen Erklärung. Dahinter steht konkret, dass etwa ein Mindestlohn von 14 Euro/Std. in Frankreich für die Arbeit z. B. in einem Schlachthof im Rahmen eines Währungsverbundes strukturell inkompatibel sind mit den 5,50 Euro, die derzeit in Deutschland für diese Arbeit gezahlt werden. Grenzüberschreitend wird man sich also im Rahmen des deutsch-französischen Krisenmanagements jetzt mit genau diesen Fragen auseinandersetzen müssen: welche Löhne, welche Sozialleistungen, welche Steuern? Die Einsicht ist in beiden Ländern angekommen, dass jede nationale wirtschaftspolitische Weichenstellung, jede Schraube, die in dem einen wie in dem anderen Land gedreht wird an Steuern, Sozialleistungen oder Gehältern, unweigerlich Auswirkungen auf das Nachbarland hat – und dass es jetzt darum gehen muss, ein Wirtschaft- und Sozialmodell für ganz Europa zu entwerfen, de facto also einen „*contrat social*“ für Euroland, der das Verhältnis zwischen Markt und Staat, und zwischen Arbeit und Kapital neu regelt, bzw. der Wettbewerbsverzerrungen verhindert, die durch die fehlende Komplementierung des Binnenmarktes entstanden sind. Mehr denn je braucht Euroland die gleichen wirtschaftspolitischen Regeln für alle. Eine ökonomische Konvergenz zwischen Deutschland und Frankreich ist zudem entscheidend, weil beide Länder immer noch kritische Masse für die Eurozone und die EU sind.

Der sozio-ökonomische Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich hier ist, dass Deutschland eine Gesellschaft hat, die entschieden hat, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit auf jeden Fall sicherzustellen ist. In Frankreich ist ebendies ökonomisch-kulturell noch nicht unbedingt der Fall; und die französische Wirtschaft ist auch weniger in die globale Wertschöpfungskette eingebunden als die deutsche. Viele in Frankreich<sup>25</sup> haben eine noch fast verträumte Debatte, in der Europa und der Binnenmarkt nicht als Trampolin für den Weltmarkt, sondern eher als Puffer und Schutzwall gegen globale Märkte zu fungieren haben.

Hier den richtigen Modus vivendi zu finden, zwischen vielleicht berechtigten französischen Forderungen nach dem Ende der deutschen Lohnzurückhaltung, der Erhöhung der Binnennachfrage und des Ausgleiches der Handelsbilanzunterschiede<sup>26</sup> – oder auch nach einer erweiterten Rolle der EZB jenseits von Preisstabilität – diese Diskussion über die richtigen ökonomischen Rezepte für die Eurozone gemeinsam zu führen, das ist die große deutsch-französische Aufgabe der Zukunft. In den vergangenen Monaten war diese Diskussion indes überschattet von einer allzugroßen Dominanz des „*modèle allemand*“, dem deutschen wirtschaftspolitischen Modell, das Frankreich, wie vielfach suggeriert wurde, einfach so übernehmen zu habe, ungeachtet seiner sehr unterschiedlichen industrie- und wirtschaftspolitischen Struktur, wie etwa geografische Raumaufteilung, Besiedlung, Mittelstandsstruktur oder auch Ausbildungssysteme. Zu Recht verweisen französische Ökonomen in diesem Zusammenhang darauf, dass Frankreich vieles, was Deutschland als wirtschaftliche Stärken vorweisen könne, strukturell so gar nicht übernehmen könne.<sup>27</sup> Der französische Diskurs ist indes auch stark davon gekennzeichnet, dass die Franzosen unter „*modèle allemand*“ derzeit recht einseitig die Harz-IV Reformen subsumieren und sich viele, vor allem die französische Linke, nicht nur sozio-kulturell dagegen wehrt, ähnliche Reformen durchzuführen, sondern auch die ökonomische Rechtfertigung bzw. den nachhaltigen Erfolg dieser Reformen in Frage stellt. Der Parti Socialiste spricht inzwischen in der Neufassung seines Parteiprograms im April 2013 von der Notwendigkeit einer „demokratischen Konfrontation“ mit Deutschland. Die Natur der deutsch-französischen Beziehungen wird es jedenfalls notwendig machen, dass Deutschland französische Sichtweisen und Positionen mit Blick auf die Euro-Governance akkomodiert, und zwar anders als diejenigen anderer (süd-)europäischer Staaten. Dies gilt auch mit Blick auf

25 Vgl. z. B. Jean-Luc Mélenchon: Protectionnisme: l'exemple du Mercosur, in: [http://cont-reinfo.info/article.php3?id\\_article=3177](http://cont-reinfo.info/article.php3?id_article=3177), 12. Januar 2012 (Abruf: 8. Mai 2013).

26 Vgl. z. B., Europas Unwucht aus Deutschland, in: Financial Times Deutschland, 21. Dezember 2011 (<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/export-europas-unwucht-aus-deutschland/60145777.html>, Abruf: 8. Mai 2013).

27 Guillaume Duval: Made in Germany: Le modèle allemand au-delà des mythes. Paris 2013.

französische Forderungen nach europäischen Mindestlohn-Untergrenzen, dem Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung als einer möglichen Art der fiskalischen Stabilisierung der Eurozone oder dem französischen Begehren nach einer gewissen Steuerharmonisierung auch im Unternehmenssteuerbereich – womit die Franzosen letztlich dem (berechtigten) Argument einer Komplettierung des Binnenmarktes auch im Steuerbereich folgen.

Deutschland und Frankreich kommen hier von Mars und Venus. Die Klischees der Unterschiede beider Staaten sind altbekannt und vielbeschrieben: hier das dirigistische-präsidentielle, exekutive Frankreich, dort das liberale, parlamentarische, föderale Deutschland. Auf die fundamentalen deutsch-französischen Unterschiede inklusive der industriellen Dominanz Deutschlands zielte auch eine Feuilleton-Debatte, die der italienische Philosoph Giorgio Agamben im Mai 2013 durch die Veröffentlichung eines Archiv-Textes lancierte: im Jahr 1945 hatte der russische Intellektuelle Alexander Kojew in einem Strategiepapier die Gründung einer Lateinischen Union (Frankreich mit Spanien und Italien) als einzige strategische Überlebenschance Frankreichs gegenüber einem zukünftigen deutschen industriellen Imperium in Europa beschrieben<sup>28</sup> – wozu 1945 indes eine gewisse Weitsicht gehörte. Im politischen Kontext von 2013 aber war es die politische Aufforderung an François Hollande, endlich den Widerstand des europäischen Südens gegen die deutsche Austeritätspolitik zu choreographieren. Doch die Lateinische Union – und damit wirtschaftspolitische Systemkonkurrenz – findet nicht statt, im Gegenteil. Der Spielraum für wirtschaftspolitische Unterschiede, und damit auch der Spielraum für Doppeldeutigkeiten wird geringer, genau das ist das Neue, das ist die eigentliche Herausforderung der Eurokrise: de facto wird die Pufferzone für Ambivalenzen reduziert, weil die Euro-Governance klare, eindeutige, transnationale Regeln auch im sozial- und steuerpolitischen Bereich braucht und die Finanzmärkte klare haushaltspolitische Ansagen.

Ob Deutschland und Frankreich in den nächsten Monaten der Aufgabe gerecht werden, diese wirtschaftspolitische Diskussion zunehmend gemeinsam und in gegenseitigem Respekt voreinander zu führen – und damit wieder Vorbild für Europa werden – und beide dann politisch auch beherzt genug sein werden, angesichts wachsender Euroskepsis, innenpolitischer Schwierigkeiten und anschwellendem Populismus<sup>29</sup> die jetzt notwendigen Schritte zur Vervollständigung des Euros zu ergreifen, erst im Rahmen der Bankenunion – hier vor allem die Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems für Banken – und

---

28 Alexander Kojew: „Outline of a doctrine of French Politics“, 1945, in: <http://www.hoover.org/publications/policy-review/article/7750> (Abruf: 6. August 2013).

29 Vgl. Gründung der anti-Euro-Partei in Deutschland der „Alternative für Deutschland“; vgl. Philip Plickert: Anti-Euro Partei wächst rasant, in: FAZ.net, 11. April 2013 (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/alternative-fuer-deutschland-anti-euro-partei-waechst-rasant-12144143.html>, Abruf: 8. Mai 2013).



dann mit Blick auf die „Genuine and Deep Economic and Monetary Union“, so wie im Dezember 2012 von EU-Ratspräsident van Rompuy vorgestellt,<sup>30</sup> das wird sich erst nach den deutschen Wahlen zeigen. Derzeit lässt der politische Wille noch zu wünschen übrig, die politischen Systeme sind beidseits des Rheins erschöpft und Deutsche und Franzosen gleichermaßen europamüde.

Unerwarteter Weise darf man Hoffnung schöpfen. Am 30. Mai 2013 verabschiedeten Deutschland und Frankreich zur allgemeinen Überraschung noch vor den deutschen Wahlen eine gemeinsame Erklärung zur Vertiefung der politischen und fiskalischen Integration innerhalb der Eurozone.<sup>31</sup> Die Erklärung zielte zwar nur in eher allgemeinen Worten auf Wachstum und Haushaltskonsolidierung und griff auch das Thema der Jugendarbeitslosigkeit auf. Darüber hinaus aber kann man es auch wie eine Blaupause für die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion lesen, mit konkreten Vorschlägen zur Bankenunion und zur besseren wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinierung, wobei auch neue Politikbereiche der Integration zugeführt werden sollen, z. B. die Arbeitsmarktpolitik, die Rentenpolitik oder auch die Aus- und Weiterbildungspolitik. Dies alles freilich im Rahmen der Eurozone, nicht der EU, mit einer größeren Rolle des ESM in den Governance-Strukturen (während die Europäische Kommission weitgehend unerwähnt bleibt). Als Höhepunkt wird in diesem Papier die Schaffung eines permanenten Präsidenten der Eurozone gefordert.

Insofern wäre es nicht die erste tiefe deutsch-französische und europäische Krise, in der am Ende doch die positive Überraschung obsiegte. Indes: diesmal sollten die latenten Disintegrationstendenzen nicht unterschätzt werden! In diesem Sinne sind die Zeiten eines nahezu bedingungslosen deutschen Bekenntnisses zu den deutsch-französischen Beziehungen und Europa eines Helmut Kohls endgültig vorbei.

---

30 Towards a genuine economic and monetary Union, Report by President of the European Council, Herman Van Rompuy, Brussels, 26 June 2012 (EUCO 120/12), [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/focuson/crisis/documents/131201\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/focuson/crisis/documents/131201_en.pdf) (Abruf: 8. Mai 2013).

31 „Frankreich und Deutschland – Gemeinsam für ein gestärktes Europa der Stabilität und des Wachstums“, Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 187/13 vom 30. Mai 2013.

## **Die deutsch-französischen Beziehungen in der Phase der Deutschen Einheit und des Vertrags von Maastricht\***

**Joachim Bitterlich**

Lieber Herr Küsters, meine Damen und Herren, im Lichte der bisherigen Vorträge sollte ich jetzt das Manuskript beiseite legen und letztlich versuchen, in einem Hin und Her den Bogen der Geschichte der letzten 25 Jahre zu spannen.

Daher zunächst zu Frau Guérot. Für mich kam der zweite Bruch in den deutsch-französischen Beziehungen 1995 mit der Wahl von Jacques Chirac zum Präsidenten der Republik. Zwischen Chirac und Kohl ist nie eine echte Vertrauensbeziehung entstanden. Chirac war für uns Deutsche, verzeihen Sie, wenn ich das so direkt sage, ein äußerst schwieriger, letztlich nie ein verlässlicher Partner. Ein Aspekt wird zumeist falsch dargestellt, die Wehrdienstfrage. Frankreich hat die Wehrpflicht abgeschafft, das war Chirac, aber es gab zwischen Helmut Kohl und Jacques Chirac abendfüllende Diskussionen über dieses Thema. Helmut Kohl hat drei Monate versucht, Chirac seine Auffassung nahezubringen. Nur Chirac hatte sich entschieden und war von seiner vorgefassten Meinung einfach nicht abzubringen. Kohl hat ihn mehrfach gewarnt, aber es war in der Beziehung hoffnungslos und das Kern-Argument von Chirac war für mich ein durchaus verständliches aus der Lage meiner eigenen Söhne heraus. Er glaubte nicht mehr an die Möglichkeit von Wehrgerechtigkeit im System.

Zu Ulrike Guérots Ausführungen eine zweite Bemerkung: Wir stehen heute meiner Meinung nach vor der Notwendigkeit der Neuordnung der Europäischen Union. Wir sind angekommen bei Themen, die den Kernbereich nationaler Souveränität betreffen. Wir haben einmal gedacht, wir hätten das wunderbar gelöst, indem wir ein Europäisches Parlament in Direktwahl wählen und seine Kompetenz stetig verstärken. Nur dieses Europäische Parlament ist aus meiner Sicht nie dort angekommen, wo wir gemeint haben, dass es hinkommt. Und wir haben leider eines völlig unterschätzt, nämlich die Rolle und das Selbstverständnis nationaler Parlamente, die letztlich der Legitimität näher stehen als das Parlament in Straßburg, das weit entfernt von der Realität ist, wenn Sie so wollen. Wir haben da ein echtes Problem! Eine Lösung kann für mich nur in einem stärkeren Miteinander bestehen, der Entwicklung einer „Vertretung“ der nationalen Parlamente hin zu einer Art 2. Kammer.

Interessant ist, es gibt eine gewisse Debatte über Europa nur in Deutschland. Wir reden zwar vielsagend über „Politische Union“, meinen heute aber etwas

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 22. November 2012 auf dem Petersberg in Königswinter.

völlig anderes als das, was wir in der Zeit von Helmut Kohl damit gemeint haben. Wir reden über Föderalismus und Parlamentarismus, nur die anderen in Europa verstehen uns nicht. Vor allem auch unsere französischen Nachbarn verstehen uns überhaupt nicht.

Frankreich ist eine republikanische Monarchie oder eine Wahlmonarchie mit einem sehr schwach ausgeprägten Parlamentarismus. Ich denke hier an ein einfaches Beispiel. Mir sagte vor einigen Monaten der alte Verteidigungsminister vor der Wahl in Paris: „Was soll ich nur machen, wir haben ein großes Problem mit Deutschland. Ihr seid für uns in der Sicherheitspolitik unsichere Kantonisten geworden. Ihr seid nicht verlässlich! Ihr habt eine Parlamentsarmee, damit kann man nicht arbeiten!“ Und ich antwortete ihm: „Das ist so! Wir werden das auch nicht ändern können und nicht ändern wollen. Nur ich mache Ihnen den Vorschlag, gehen Sie bitte nach Berlin, suchen Sie den Dialog mit dem Verteidigungsausschuss. Versuchen Sie, eine Vertrauensbildung aufzubauen.“ Er schaute mich erstaunt an und sagte: „Ja, Sie haben im Grunde recht! Aber das kann ich nicht machen. Dann meinen auf einmal die Kollegen in Paris, ich müsste das dort auch tun und das entspricht nicht unserem Verständnis und im Übrigen handelt es sich um eine Vorbehaltsmaterie des Präsidenten, ihn müsste man fragen! Das ist nicht unser System.“ Ich vereinfache hier. Nur wir stehen im Grunde vor der Notwendigkeit, über die Behandlung von Kernfragen nationaler Souveränität, zu entscheiden, die wir zum Teil bereits abgegeben haben bzw. deren nationale Ausübung im Alleingang immer weniger Sinn macht.

Zugleich geht es darum, wie organisieren wir uns in einer optimalen Weise, auch in einer Weise, in der auch andere in Europa letztlich ihr Gesicht erkennen und ihr Gesicht nicht verlieren. Frankreich ist heute in einer Lage, die ich vielleicht noch, weil ich dort lebe, etwas schärfer und härter sehe, als Ulrike Guérot es erläutert hat. Frankreich hat, wenn Sie so wollen, nicht erst seit 2006, ich setze dieses viel früher an, letztlich wirtschaftlich den Anschluss – bzw. auch seine politische Rolle – verloren. Und ausgerechnet die Deutschen haben wirtschaftlich die Kurve nach einer Schwächeperiode gekriegt. Und das verstehen die Franzosen da drüben nicht, weil sie einfach nicht bemerkt haben, was sich hier abgespielt hat über die Jahre. Wenn ich den Franzosen erzähle, auch die Deutschen haben ebenfalls einige Zeit gebraucht bis zu Reformen, so zählt das nicht.

Nein, sie sehen das Ergebnis! Die französische Industrie hält heute mit der deutschen nicht Stand. Wir reden heute in Paris ernsthaft darüber, was Frankreich zum Beispiel angesichts der Tatsache tun muss, dass die Zukunft eines traditionsreichen Automobilwerks mit 40.000 Mitarbeitern in Frage steht (Peugeot/PSA). An sich sagen ihnen die Analysten, die Firma müsste geschlossen werden. Wir haben eine Überproduktion und das ist nicht durchzuhalten. Nur stellen Sie sich bitte vor, eine symbolische Firma in Frankreich wie die

PSA muss zumachen. Gleichzeitig sagt mir der gleiche Analyst, übrigens Renault ist nicht weit davon entfernt und wackelt auch. Frankreichs Industrie ist unaufhaltsam im Niedergang.

Nur wir Deutschen, wie lange haben wir gebraucht bis zur Arbeitsmarkt- und zur Rentenreform, meine Damen und Herren? 17 Jahre! Ziehe ich die deutsche Einheit davon ab, sind es immerhin noch neun Jahre – alleine Schröder hat auch fünf Jahre gebraucht! Solch einen Tanker wie Deutschland oder Frankreich umzusteuern, ist ungeheuer schwierig, und manche in Deutschland erwarten heute von anderen in Europa, dass all dies in einem Jahr gelingt! Und ein François Hollande hat ja die Wahl nicht gewonnen, weil er der Überzeugendste von allen ist. Das war eine Antiwahl in Wahrheit. Es war gegen Sarkozy, er war nicht mehr glaubwürdig. Und was macht Hollande: Er versucht in der jetzigen Lage glaubwürdig zu bleiben. Das heißt, er erfüllt zunächst einmal Wahlversprechen. Er weiß genau wie es um Frankreich bestellt ist, wie die Lage ist. Er sucht einen Weg: Wie komme ich da raus?

Dann sind auf der anderen Seite des Rheins, wenn Sie wollen, auf der Seite auf der wir sind, die Deutschen, die oft im Reflex dem Leitsatz folgen: „Nach dem deutschen Wesen soll die Welt genesen oder soll die EU genesen!“ Wir haben aus der Sicht mancher unserer Landsleute das Rezept, das Patentrezept. Und wir verstehen nicht, dass das restliche Europa nicht genauso funktionieren kann und will. Wir haben die Schwierigkeit, uns letztlich von unserer nationalen Nabelschau zu lösen und europäisch zu denken. Das Ganze zeugt heute von etwas, was mich fast erschrocken macht als einer der, wie der Franzose sagt, ein Passeur ist, ein permanenter Wanderer zwischen zwei Welten. Diese beiden Welten sind sich letztlich unbekannt geblieben. Und das ist ein großes Problem. Die Bonner werden mir sofort sagen, das liegt daran, dass ihr nach Berlin umgezogen seid!

Es ist, meine Damen und Herren, ein bisschen zu einfach. Nur, wenn Sie zurück schauen, der erste Bruch in dieser Beziehung war in der Tat die Zeit 1989/1990. Nur damals hat es Helmut Kohl noch geschafft, auch Dank eines François Mitterrand, diese Beziehung nach einer Schrecksekunde im September 1989 bis Januar 1990 wieder auf die Reihe zu bekommen und letztlich mit den Franzosen einen wirklich „historischen Kompromiss“ in der Europapolitik auszuhandeln. Die Franzosen haben sich damals gebeugt und haben das deutsche Modell der Währungsunion akzeptiert.

Damit bin ich beim ersten Schwachpunkt der Wirtschafts- und Währungsunion, der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung. Die Franzosen haben sich damals genauso linkisch benommen, wie wir uns heute zuweilen benehmen, indem sie sich dem entgegengesetzt haben: Wenn wir die Unabhängigkeit der Zentralbank, der aus ihrer Sicht so „schrecklichen“ Bundesbank, akzeptieren, dann müsst ihr Deutsche umgekehrt eine „Wirtschaftsregierung für Europa“ akzeptieren. Daraufhin haben wir erschreckt gedacht: Um Him-

mels Willen, das artet dann nur aus zu französischem Dirigismus und die hebeln auf diese Weise die Unabhängigkeit der Zentralbank aus. Und unsere Antwort war ein unmissverständliches Nein – aus heutiger Sicht ein Fehler! Übrigens die Franzosen wussten damals nicht, dass der Präsident der Bundesbank und sein Vize zweimal im Jahr Gäste des Bundeskabinetts waren. Das war ihnen nicht geläufig, ja fremd. Als sie es erfahren haben, waren die Kollegen in Paris fassungslos.

Aber damals haben wir den politischen Kompromiss letztlich irgendwo anders gesucht, nämlich in den deutsch-französischen Initiativen, die betrafen andere Kernbereiche von Souveränität, nämlich Außen und Sicherheit sowie Innen und Justiz. Also Polizei, Immigration, Asyl, gemeinsame Außenpolitik, das Euro-Korps, gemeinsame Entwicklung von Sicherheitspolitik und Verteidigung. Diese Vorstellungen haben wir leider damals in Maastricht nicht durchsetzen können. Es waren für Helmut Kohl Kernelemente der Politischen Union. Wir sind gescheitert nicht nur an den Engländern, letztlich an der vereinten Kraft von Administration, der Innenminister, die sich vehement wehrten – ich nehme den deutschen nicht aus. Wir sind gescheitert an der vereinte Kraft der Verteidigungsminister und der Außenminister, die mit Schrecken darauf schauten, was Kohl vorhat; er enteignet uns faktisch und will das Ganze europäisieren.

Vielleicht war die Zeit auch noch nicht ganz reif dafür. Helmut Kohl sagte mir oft: Achtung, ich unterschreibe diese Initiativen sofort. Aber das letzte Glied in der europäischen Einigung wird die gemeinsame Außenpolitik sein. Dort sitzen lange gewachsene Traditionen und Bilder fest. Dafür werden wir am längsten brauchen. Aber er war überzeugt, wir werden das schaffen.

Nur wir sind heute, 2012, nicht soweit mit den Franzosen, wie wir mit Mitterrand und seiner Mannschaft 1990/1991 waren. Da ist ein Problem. Das nenne ich „den ersten Bruch“. Zunächst Chirac, das ist der nächste Bruch. Dann Schröder-Chirac, das ist der nächste Bruch in den nächsten Folgejahren, das hat Frau Guérot richtig beschrieben.

Nur gehen wir einmal in der Geschichte zurück. Ich komme auf diese Bewertung noch einmal zu sprechen. Gehen wir einfach einmal zurück in das Jahr 1989: Was hat sich abgespielt aus Pariser Sicht? Über Deutschland haben wir alle genug gelesen. Frankreich war völlig verunsichert. Was spielte sich da in Mittel- und Osteuropa ab? Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, DDR, Gorbatschow? Frankreich sah sich auf einmal in dieser Beschleunigung im Grunde völlig verunsichert in Bezug auf die Zukunft seiner eigenen, in gewisser Weise auf dem Kontinent dominierenden politischen Rollen. Die Felle schwammen weg, urplötzlich! Und wer war der natürliche Profiteur aus französischer Sicht? Die Deutschen!

Deutschlands Öffnung und Schwenk nach Osten, das ist ein Thema, das sich in der politischen Klasse von Paris bis heute hält. Vorige Woche schrieb noch

einer der alten Kollegen Botschafter, heute bei einem amerikanischen Investmentfonds tätig: „Deutschland wird gaullistisch!“ Gemeint ist damit, die Deutschen emanzipieren sich von der EU und von der NATO. Sie werden eine selbständige Rolle in Europa übernehmen und das Korrelat mit Frankreich wird nicht mehr bestehen. Das ist die Furcht seit Herbst 1989. Und es ging letztlich bis zur Angst der Franzosen vor einem deutschen Separatfrieden mit Gorbatschow, mit den Russen. Mich sprechen heute noch Franzosen an auf die Rolle von Hans-Dietrich Genscher bei den Vier-plus-Zwei-Gesprächen, wie die Franzosen sagen – wir sagen Zwei-plus-Vier-Gespräche, daran sehen Sie so kleine Unterschiede –: Genscher war doch mit Schewardnadse für einen Deal einschließlich der Neutralität Deutschlands und ist lediglich durch Baker, dem Abgesandten von Bush, ausgebremst worden.

Diesen Verdacht hören Sie heute noch regelmäßig in Paris. Das heißt, die Amerikaner haben euch bzw. Genscher bei der Stange gehalten. Damals hatten die Franzosen, das darf man auch nicht vergessen, zu den Amerikanern, zu Bush sen, ein Nichtverhältnis. Das enge Verhältnis war hier, in Europa, zwischen Paris und Bonn. Die Zeichen in Paris standen auf Alarm. Mitterrand war immerhin soweit zu sagen: Stopp, man kann dem Deutschen das Selbstbestimmungsrecht nicht verwehren, wenn sie das hinbekommen: Selbstbestimmungsrecht, demokratisch, aber eingebettet in europäische Strukturen. Die französische Nomenklatur ging viel weiter. Sie war weitaus skeptischer. Und die treibende Kraft aus meiner Sicht war Roland Dumas, der beste Freund von Hans-Dietrich Genscher. Aus meiner Sicht war er es, der letztlich versucht hat, Mitterrand immer wieder zu bremsen.

Und es gab natürlich auch damals Berichtskanäle. Ich habe die Freude gehabt, im Élysée damals die Berichte des französischen Botschafters lesen zu dürfen. Das war schon erhellend. Er schrieb diese natürlich im Licht des Erwartungshorizonts in Paris! Diese werden übrigens nie veröffentlicht, die Franzosen haben nicht eine Gesetzgebung wie die Deutschen, Stichwort Informationsfreiheitsgesetz. Das gibt es dort alles nicht. Nur, damals war für die Franzosen Alarmstufe Nr. 1, daher auch die höchste Sensibilität vor allem, was aus Bonn damals kam. Vergessen Sie bitte auch eines nicht: Es war französische EG-Präsidentschaft. Jeder Präsident will ein Zeichen setzen. Und die Franzosen hatten in Paris ein einziges Ziel im Kopf, jetzt, im Dezember 1989 in Straßburg, als nächste Stufe, eine Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion einzuberufen. Dann kommt die gesamte Entwicklung Mitteleuropas einschließlich DDR dazwischen, dann kommt auf einmal die Öffnung der Mauer als die große Überraschung, die in Paris keiner erwartete, mit der keiner rechnete. Dann kommen auf einmal die 10 Punkte Helmut Kohls im Deutschen Bundestag, die in Wahrheit keine Revolution darstellten, sondern letztlich eine Zusammenfassung deutscher Positionen, etwas prägnant formuliert mit einer vagen Öffnung am Ende – und dazu nicht konsultiert mit

Paris! Im Übrigen sei die Frage erlaubt: Hätte Paris in einer solchen Frage nationaler Bedeutung je uns oder einen anderen engen Partner konsultiert?

Darüber hinaus kommt ein paar Tage später ein Brief im Élysée an von Helmut Kohl, der sagt: Währungsunion ja, wir müssen diese weiter vorbereiten. Aber wir müssen doch für die demokratische Legitimierung der fortschreitenden Integration sorgen, indem wir vor allem die demokratische Verankerung des Europäischen Parlaments, seine Rechte verstärken, plus Ideen, die noch darüber hinausgehen. Damals fiel zum ersten Mal das Wort „Politische Union“ als Korrelat zur Wirtschafts- und Währungsunion. Das wurde in jenen Wochen erfunden. Die natürliche Reaktion in Paris war: Das ist wohl der Gipfel. Erst jagen sie uns in diese Ecke, dann spielen sie voll auf Verzögerung, in Wahrheit wollen die nicht. Das wurde uns letztlich unterstellt.

Es war schwierig, den Franzosen zu vermitteln, was wir wollen und in welche Richtung wir wirklich denken und wie wir weiter vorgehen wollen. Wir waren für sie ein Buch mit sieben Siegeln geworden. Dann kam dieser für mich im Grunde unsägliche Europäische Rat von Straßburg mit einem ersten Tag, an dem zum ersten Mal offen über die Frage der deutschen Wiedervereinigung, der deutschen Einheit gesprochen wurde; mit einer Dame von der Insel, die völlig auf Contra geschaltet war und auf dem Kontinent einen Eiferer neben sich hatte, der schon immer so ein bisschen die Brücke spielte zu der Insel: Das war der Holländer Ruud Lubbers. Ansonsten spielte Mitterrand, weil er selbst noch nicht klar wusste, wie er sich verhalten sollte, den Moderator. Aber nicht den Moderator wie im deutschen Fernsehen, sondern wie in den französischen Talkshows, der sagt nämlich nicht seine Meinung, sondern gibt das Wort weiter, nicht mehr. Und parallel musste Hans-Dietrich Genscher eine halbe Nacht mit seinen Kollegen kämpfen, um Schlussfolgerungen zu erreichen, die einigermaßen das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung sicherstellten, mit allen Kautelen, die überhaupt in diese Erklärung zu packen waren. Das war „KSZE-hoch 2“, wenn Sie wollen.

Das i-Tüpfelchen des Gipfels am nächsten Tag war das traditionelle Frühstück Kohls und Mitterrands. Mein Protokoll ist damals ohne mein Dazutun veröffentlicht worden durch meinen damaligen Chef, Horst Teltschik, der nicht dabei war und mich auch nie gefragt hat, ob das so rechtens sei. Ich hatte ja auch kein „Copyright“ am Protokoll. Das erschien in seinem Tagebuch über die deutsche Einheit. Aber das Faszinierende war, über den Europäischen Rat haben wir nicht geredet, sondern wir haben über Mitterrands Frage geredet: „Lieber Helmut, soll ich denn jetzt nach Ost-Berlin fahren oder nicht? Soll ich an meiner Reise festhalten oder nicht?“ Natürlich sagte Kohl ihm ganz klar: „Bitte, lieber François, machen Sie sich Ihr eigenes Bild!“ Stellen Sie sich mal vor, Kohl hätte ihm gesagt: „Bitte fahren Sie nicht!“ Irgendjemand auf französischer Seite hätte dies doch mit gespielter Entrüstung rausgestochen.

Diese Reise, die in gewisser Weise in Reinform wurde, weniger durch Ost-Berlin, aber vor allem durch den Aufenthalt in Leipzig, als die Studenten trotz Kontrolle auf einmal unbotmäßig wurden und Mitterrand eine Frage stellten, die in keiner der Vorbereitungsmappen enthalten war: „Herr Präsident, wieso brauchen wir ein Visum, um an die Seine zu fahren?“ Das war der Schlag letztlich, wo ihm bewusst wurde, was sich in der DDR entwickelt hatte. Das deutsch-französische Verhältnis war ins Schlingern geraten. Auch die Umgebung war verunsichert. Es war schwierig mit den Pariser Kollegen umzugehen, die alle unter Druck standen. Sie wollten im Grunde nur wissen: Was wollt ihr? Wohin wollt ihr? Wie wird die Bewegung sein?

Ich muss heute sagen aus der Sicht zurück: Es ist letztlich bemerkenswert wie rasch wir damals diese Irritation überwunden haben. Ich setze dieses an mit dem Gespräch von Latche im Januar 1990, als Kohl und Mitterrand alleine an der Südwestküste Frankreichs spazieren gingen, und im Grunde Helmut Kohl Mitterrand klarmachte: „Ich stehe zum europäischen Engagement, zu Deutschland und zu Deutschland in der NATO und der europäischen Integration in der Zukunft. Ich hoffe sehr, dass wir die Wiedervereinigung so hinbekommen. Anders ist es mit mir aber nicht zu machen.“ Es gab in der Folge ein geschürtes Missverständnis, vor allem aus der französischen Administration heraus, aus der Politik, geschürt durch die Polen, das war die berühmte Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die in Wahrheit keine Frage war. Das war eine Frage des Timings für die Gesamtdeutschen.

Aber ich sage aus der heutigen Sicht: Wir haben im Grunde diese nur kurze Phase der Irritation der Überzeugungskraft Helmut Kohls und dem Vertrauensverhältnis zwischen Kohl und Mitterrand damals zu verdanken. Es war eine – geschichtlich betrachtet – kurze Schrecksekunde, die wir relativ rasch wieder überwunden haben. Offiziell haben wir noch eine gewisse Zeit gebraucht, denn ich hatte damals ab Januar mich daran gesetzt, mit Élisabeth Guigou, eine deutsch-französische Initiative vorzubereiten; nämlich eine gemeinsame Linie in Sachen weiteren Vorgehens in der Wirtschafts- und Währungsunion und gleichzeitig Politischer Union. Élisabeth Guigou träumte, die Regierungskonferenz ab Frühjahr 1990 zu führen und nicht, was wir im Kopf hatten, Ende 1990! Wir haben das dann aber hinbekommen und Mitterrand, der unter Druck stand, hat noch gewartet bis zum Tag der ersten freien Wahl in der DDR bzw. heute den neuen Bundesländern, bis er dann das endgültige grüne Licht gegeben hat. In Wahrheit stand der Text vollkommen fertig seit Februar. Wir waren dann wieder – auch nach außen – auf einem gemeinsamen Gleis.

Nur in Wahrheit waren wir uns auch über die Währungsunion nicht einig. Ich erinnere mich, als ich das Mandat der beiden Regierungskonferenzen auf Bitten der Italiener im Herbst 1990 schrieb, habe ich mir noch in Rom mit Herrn Jean-Claude Trichet, damals Finanzstaatssekretär, einen Kleinkrieg geliefert über die Frage der Unabhängigkeit der Zentralbank, über den Namen



der künftigen europäischen Währung und, und, und! Wir waren nicht einig. Und wer heute behauptet, die Währung, der Euro sei ein Preis für die Deutsche Einheit gewesen, irrt aus einem ganz einfachen Grunde: Die Idee der Währungsunion ist entstanden lange bevor die deutsche Einheit wieder aktuell wurde, nämlich im Sommer 1988 in Hannover. Das Konzept begann zu entstehen zwischen Sommer 1988 und Frühjahr 1989 im Delors-Ausschuss, eine Serie von Fragen blieb offen bis zu Maastricht im Dezember 1991. Und die Deutschen haben sich damals voll durchgesetzt und nicht die Franzosen mit ihren Vorstellungen. Eine Art Gegengewicht sollte dann die Politische Union sein. Und das Interessante war damals, dass wir ab April 1990 bis in den Spätherbst 1991, bis kurz vor Maastricht, eine Fülle von weitreichenden deutsch-französischen Initiativen erarbeitet haben, die es in der Form wie in ihrer Tragweite auch nie wieder gab.

Wir waren damals nie so vermessen zu meinen, wir machen es völlig alleine, sondern wir haben es immer übernommen: Du konsultierst den einen oder anderen, um auf diese Weise zumindest gleich einige im Boot zu haben. Wir sind in der Innenpolitik und Justiz absolut weitergegangen als wir es in den zehn Jahren danach geschafft haben. Den Rückstand haben wir etwas aufgeholt! Wir sind in der Außen- und Sicherheitspolitik erheblich weitergegangen. Ich weiß, einige Besserwisser erzählen dann sofort, das riecht so nach Fouchet-Plan und ähnlichem. Na und? Aber das war damals der Versuch, Dinge echt nach vorne zu bringen und wer hat uns kritisiert? Das waren die Engländer und die Holländer, die beide meinten, wir seien die Totengräber der NATO. Und das einem Helmut Kohl zu unterstellen war mehr als starker Tobak.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt dieses Jahr 1990 aus dem europäischen und besonders dem deutsch-französischen Blickwinkel noch einmal im Einzelnen betrachten. Ich habe darüber in der Vergangenheit geschrieben und ich glaube, das ist das einzige Dokument gewesen, das je die Paraphe trägt des Chefs des Bundeskanzleramts und des Kanzlers selbst. Das ist in einem Buch erschienen. Und ich hoffe, die Adenauer-Stiftung wird so nett sein und das in die Konferenzkanäle aufzunehmen.<sup>1</sup> Daher will ich Ihnen die Lesestunden ersparen.

Ich will im Grund auf etwas völlig anderes hinaus, nämlich auf die Währungsunion aus heutiger Sicht. Denn es wird heute immer wieder gesagt: Achtung, die Währungsunion leidet unter Schwächen. Ja, eine habe ich vorhin genannt: Die Frage der Wirtschaft! Wir hätten damals und in der Folge aktiv

---

1 Joachim Bitterlich: Frankreichs (und Europas) Weg nach Maastricht im Jahr der Deutschen Einheit, in: Werner Rouget: Schwierige Nachbarschaft am Rhein. Frankreich-Deutschland. Hg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld. Bonn 1998 (in gekürzter Fassung erschienen in: Die Zeit Nr. 20, 7. Mai 1998; [http://www.zeit.de/1998/20/Anfangs\\_frostig\\_spaeter\\_europaeisch](http://www.zeit.de/1998/20/Anfangs_frostig_spaeter_europaeisch), Abruf. 6. Juni 2013).

nachdenken müssen, über das notwendige Maß von Konzertierung oder Harmonisierung, vor allem einer permanenten Konzertierung von Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Fiskalpolitik. Ich habe das gesagt und geschrieben im Einvernehmen mit meinem Lehrer meiner Studentenjahre, mit Jacques Delors. Nur ich ernte in Deutschland nur Hohngelächter. Ich regte damals an, hierfür einen Delors-II-Ausschuss zu schaffen, bestehend aus Delors, Ciampi und Tietmeyer als den drei besten Exponenten dafür. Nur, der Gedanke ist nie weiterverfolgt worden, das ist heute die Schwäche. Und jetzt versuchen wir dieses unter Druck im Stückwerk hinzukriegen.

Wir reden über Banken! Bankenunion klingt gut und ist wichtig! Nur, wir haben damals Maastricht geschaffen, als die Bankenwelt weder liberalisiert, noch globalisiert war. Wir hatten es damals mit einer anderen Bankenwelt zu tun. Ich verstehe auch diejenigen nicht, die nach uns gekommen sind ab dem Jahr 2000. Selbst einige schlaue Wirtschaftsprofessoren sind einfach nicht darauf gekommen, warum man sich nicht ab dem Zeitpunkt hingesetzt hat und überlegt hat, was ist das Maß angemessener Regulierung eines völlig entfesselten weltweit tätigen Bankensektors. Das Thema wurde im G-7-Kreis angesprochen, mehr aber nicht. Es kommt jetzt, aber – aus meiner Sicht – spät, hoffentlich nicht zu spät und zu schwach.

Natürlich können Sie hinzufügen, wir waren vielleicht politisch naiv. Wir konnten einfach aufgrund der Vorgeschichte nicht glauben, dass ausgerechnet die Deutschen und Franzosen selbst die wesentlichen Kriterien des Vertrages – die berühmten 3 Prozent und die 60 Prozent sind ja schließlich nur Extrempositionen gewesen, übrigens beide Zahlen sind von den Franzosen erfunden worden –, dass ausgerechnet wir diese Kriterien ohne Zögern verletzen. Gehen Sie einmal in Archive, schauen Sie zurück, ja wir sind kritisiert worden, aber in Wahrheit war die Kritik recht milde. Griechenland haben sie dann en passant aufgenommen. Die Punkte waren alle bekannt in Sachen Griechenland. Nur man verwies auf das Europäische Statistische Amt, das war nicht ganz glaubwürdig, der Leiter stand damals unter Korruptionsverdacht.

Ein abschließendes Wort: Ich hatte die Freude, mit Hans-Peter Schwarz vor 14 Tagen in Paris auf dem Podium zu sitzen in der Kombination Historiker und Zeitzeuge. Wir kamen auch zu unterschiedlichen Beurteilungen. Ich finde das natürlich und auch angemessen. Daher hatte ich an sich darauf gehofft, dass die Adenauer-Stiftung, die bei der Diskussion in Paris glorreich durch Abwesenheit glänzte, es erlauben würde, diese spannende Diskussion hier fortsetzen zu können, denn ich meine, den Zeithistorikern ist vor allem eines entgangen: Heute haben wir in Europa eine große Debatte über das, was wir Deutsche nicht gelernt haben: „Führung“. Alle sagen, die Amerikaner, die Chinesen, ihr Deutschen müsst führen. Nur verdammt noch mal, das haben wir nicht gelernt. Uns haben sie alle nach dem 2. Weltkrieg regelrecht eingetrichtert nach dem

Motto, ihr habt soviel Unheil angerichtet, wenn ihr mal geführt habt in Europa, jetzt haltet euch mal bitte zurück.

Der einzige letztlich, der letztlich gezeigt hat, wie es richtig gemacht wird über zehn Jahre, der letztlich der echte Präsident des Europäischen Rates war, nie offiziell, der hinter den Kulissen der permanente „Strippenzieher“ war, der hieß Helmut Kohl. Helmut Kohl war für alle letztlich zehn Jahre lang der anerkannte Führer. Ich setze den Beginn 1988 im Februar der Sondertagung des Europäischen Rats, in der Helmut Kohl im zweiten Anlauf damals die erste große Neuordnung der Finanzen der Europäischen Union in die Tat umgesetzt hat, auch die Verteilung der Gelder in Fonds (Strukturfonds, Kohäsionsfonds). Das war übrigens der Beginn vom Ende von Margret Thatcher. Und Kohl hat diese Rolle zehn Jahre gehabt und die Ironie des Schicksals will es, dass letztlich zwei an Helmut Kohls „Stuhl gesägt“ haben, der eine hieß Tony Blair. Wahrscheinlich noch nicht mal aus bösem Willen, sondern einfach, weil er unvorbereitet war durch seine Leute. Und er meinte bis zur letzten Sekunde, den Deal über den ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank, das ist Sache von Paris und Berlin, die müssen sich einigen. Leider war es nicht so, denn da saß Jacques Chirac. Das ist der andere, der mit dem Kopf durch die Wand wollte – und den Helmut Kohl fünf Monate versuchte, von seiner Idee abzubringen, unbedingt einen Franzosen als ersten EZB-Präsidenten durchzusetzen.

Helmut Kohl ist für mich das Vorbild, wie man dieses Europa führt. Ein früherer sozialdemokratischer Ministerpräsident aus einem kleineren europäischen Land sagte mir noch vor ein paar Wochen: Das war eine wunderbare Zeit! Helmut Kohl hatte für uns Kleine immer Zeit. Wenn er nicht konnte, habe ich dich angerufen. Ihr hattet immer ein Ohr für uns. Ihr wart bereit, auf unsere Probleme einzugehen. Ihr seid nicht damals die Puristen gewesen, wie jetzt die Berliner sind oder die Frankfurter oder die bekannten deutschen Wirtschaftsprofessoren. Ihr habt zugehört. Ihr seid auf unsere Probleme eingegangen. Das war nicht immer ein sauberer Weg, nein, aber letztlich haben wir dann immer hinter euch gestanden. Das war der Schlüssel für die Entwicklung und Absicherung der europäischen Integration.

Das heißt, das System funktioniere und es erklärt auch, warum die Franzosen damals zur ersten Erweiterungsrunde in den 1990er Jahren Ja sagten, weil Kohl dahinter stand. Helmut Kohl war für sie letztlich die Garantie, dass es funktionierte und dass dadurch das europäische Einigungswerk keinen Schaden erleidet. Wenn mir heute jemand sagt, Helmut Kohl habe deutsche Interessen vernachlässigt. Was hat er je anderes vertreten als deutsche Interessen? Natürlich haben wir einiges vernachlässigt, vielleicht mehr in der innenpolitischen Seite! Ich zitiere das immer wieder als ein Beispiel, und damit will ich aufhören: Kohl hat 1988 angefangen, über Arbeitsmarktreformen und Rentenreform zu sprechen. Wir haben ihm damals das in Frageform für seine Reden

notiert. Es war ein bekannter deutscher Minister, der auf Kohl einredete, bitte nicht, die Zeit ist nicht reif, die Renten sind sicher! Sie erinnern sich an diese herrlichen Worte! Es passierte nichts. Da kam die deutsche Einheit. Dann haben wir den zweiten Versuch gestartet ab Mitte der 1990er Jahre, indem die Kollegen die Gedanken einer Reform des Arbeitsmarktes und der Renten wieder aufgriffen. Damals war es Oskar Lafontaine, der uns mit der Mehrheit im Bundesrat drei Jahre lang ausbremste. Dann kam Gerhard Schröder, der zunächst in die falsche Richtung rannte, der auch wiederum fünf Jahre brauchte, bis Peter Hartz, dem hier das größte Verdienst gebührt, ihn auf die richtigen Gedanken und das Thema in die richtige Richtung brachte, nämlich die Arbeitsmarktreform. 1988 bis 2003, meine Damen und Herren! Es zeigt wie schwierig es ist, ein solches System umzusteuern. Vor dem Riesenproblem stehen wir heute in Frankreich. Wir stehen aber auch vor anderen, ähnlichen Problemen hier in Deutschland, wir müssen wieder lernen, die anderen zu verstehen. Lernen zuzuhören, auf sie zuzugehen!

Heute bin ich am meisten erschrocken, über die Unkenntnis des einen über den anderen. Politologen nennen das die „Illusion der Nähe“. Da ist heute für mich ein echtes Problem in der Kommunikation entstanden. Wir reisen wie die Weltmeister, Grenzen gibt es keine mehr, alles ist offen! Nur in Wahrheit wissen wir immer noch nicht, wo der Schuh des Nachbarn drückt.



# 60 JAHRE LUXEMBURGER ABKOMMEN

## Einführung\*

Hanns Jürgen Küsters

Im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung darf ich Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen: Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ willkommen heißen. Es ist mir eine ganz besondere Freude, Sie wieder einmal hier in Sankt Augustin zu einer politisch-zeithistorischen Tagung begrüßen zu dürfen.

Am 10. September 1952, also vor fast genau 60 Jahren, unterzeichneten die Bundesregierung unter Konrad Adenauer für die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel das Abkommen über Wiedergutmachungsleistungen, mit dem die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung für die Folgen des Völkermordes an den europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland übernahm. Es sah Zahlungen, Exportgüter und Dienstleistungen im Gesamtwert von 3,5 Milliarden DM, Leistungen an die in der Conference on Jewish Material Claims against Germany zusammengesetzten Verbände zur Eingliederung mittelloser jüdischer Flüchtlinge sowie die Selbstverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zur Rückerstattung von Vermögenswerten von Opfern des Holocausts vor.

Doch ging es hierbei nicht nur um Wiedergutmachung, was materiell nicht wiedergutzumachen war. Es ging um mehr. Sieben Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs stellte das Luxemburger Abkommen einen bedeutenden Meilenstein auf dem Weg zur deutsch-israelischen Wiederannäherung dar.

Ein solcher Schritt war nach den menschenverachtenden Gräueltaten und Exzessen der Nationalsozialisten zugleich eine fast übermenschliche Aufgabe für alle Beteiligten, wurden doch vollkommen unterschiedliche Erwartungen mit der Wiederaufnahme der Kontakte verbunden. Israel ging es um die Feststellung der Schuld, Deutschland erwartete Bereitschaft und Worte zur Versöhnung, wie der erste Botschafter Israels in Deutschland Asher Ben-Natan in seinen Erinnerungen betonte. Brücken bauen ohne zu vergessen, darin bestand die eigentliche Herausforderung.

Zu den wichtigen Komponenten, die das bilaterale Verhältnis formten, gehörte vor allem die Überwindung der Nicht-Kommunikation und die Durchsetzung der Politik David Ben Gurions der behutsamen Annäherung an die „Tä-

---

\* Einführungsvortrag anlässlich der Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen. Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ am 6. September 2012 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

ternation“ und die Wiederaufnahme der Kontakte gegen die Mehrheit der öffentlichen Meinung. Es darf auch nicht vergessen werden, dass sich die Deutschen schwerer mit der Wiederannäherung taten, als es die Regierung Adenauer anfangs wahrhaben wollte.

Konrad Adenauer, der rheinische Katholik, dem in den 1920er Jahren eine jüdenfreundliche Haltung nachgesagt wurde, war sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Juden und den Staat Israel bewusst; er war auch bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen. Auch von Ben Gurion kann man mit Fug und Recht sagen, dass er sich der besonderen Verantwortung für Israel bewusst war und sich der Herausforderung stellte, dem jüdischen Volk eine Heimstatt zu geben. Nicht minder war ihm die Tatsache bewusst, dass sich Israel nicht auf Dauer gegen jegliche Beziehungen zu den Deutschen sträuben konnte. Ausgangspunkt war seine feste Überzeugung, es werde gelingen, bei den Deutschen, vor allem deren Jugend, ein Gefühl moralischer Genugtuung zu erzeugen, um die Sünden Hitler-Deutschlands zu sühnen.

„Wir mussten das Unrecht, das den Juden angetan worden ist von den Nationalsozialisten soweit gut machen, wie das irgend möglich war“, hat Adenauer betont. Denn für ihn war das vom ersten Tage der Bundesrepublik Deutschland der entscheidende Maßstab, ob die Deutschen „wieder aufgenommen werden würden in den Kreis der anderen Völker“.

Wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt bemühte sich Bundeskanzler Adenauer um Kontakte zu jüdischen Vertretern, weil er die moralische und finanzielle Wiedergutmachung, die letztlich nur symbolischen Charakter haben konnte, als Verpflichtung der Deutschen und als Teil des rechtsstaatlichen Wiederaufbaus in Deutschland ansah. Sein Interview mit dem Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ im November 1949 war der Beginn einer nur allmählich und mühsamen zustande kommenden Beziehung zwischen der Bundesregierung und Vertretern des Staates Israel. Sie mündeten dann in offizielle Verhandlungen, über die uns mein Kollege, Herr Professor Dr. Thomas Brechenmacher, von der Universität Potsdam ausführlicher berichten wird.

In Israel kam es über das Wiedergutmachungsabkommen zu erheblichem politischen Streit. Holocaust-Opfer und rechte Kritiker, vor allem Menachem Begin, bestanden darauf, Israel dürfe von Deutschland kein Geld oder andere Hilfe akzeptieren und auch nie Beziehungen zu Deutschland aufnehmen. Ben Gurion dagegen war Pragmatiker und beharrte auf dem Standpunkt, der junge Staat Israel brauche jede Art der Hilfe, auch aus Deutschland sei diese Hilfe willkommen.

Die Intensivierung der Kontakte kam nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965 auf verschiedenen Ebenen Schritt für Schritt voran. Nach dem ersten Besuch einer Knesset-Delegation im März 1969 in Bonn folgte im

Juni 1971 der Gegenbesuch einer Bundestagsdelegation. 1970 und 1971 kamen erste Besuche der Außenminister Abba Eban und Walter Scheel zustande. Willy Brandt kam im Juni 1973 als erster amtierender Bundeskanzler nach Israel. Erst im Juli 1975 besuchte Yitzak Rabin als erster israelischer Ministerpräsident offiziell die Bundesrepublik. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Israel in seiner Amtszeit nie einen offiziellen Besuch abgestattet. 40 Jahre nach Kriegsende, im Oktober 1985, reiste Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum ersten Staatsbesuch nach Israel, den Präsident Chaim Herzog im April 1987 in der Bundesrepublik erwiderte. Positiv zu vermerken ist, dass nach der Wiedervereinigung 1990 die Kontakte und Konsultationen sich enorm verstärkt haben. Ab 1992 fand ein auffälliger Wandel statt. Zwischen Bundeskanzler Kohl und den Ministerpräsidenten Rabin, Peres und Netanjahu kam es regelmäßig einmal im Jahr zu Begegnungen.

Oftmals wird heute darüber gestritten, ob die deutsch-israelische Beziehungen schon wieder oder noch nicht wieder normal sind oder auch niemals wieder normal sein können. Adenauer und Ben Gurion haben auf diese Frage mit ihrem politischen Verhalten die Antwort gegeben. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit der Regierungszeit Adenauers erkannt: Die Deutschen haben gegenüber keinem anderen Staat der Welt eine vergleichbare fundamentale Verpflichtung, für die Existenz des jüdischen Staates und seine Sicherheit einzutreten. An diese Verpflichtung hat Israel stets hohe Erwartungen geknüpft, der die Bundesregierung seit der Ära Adenauer nachgekommen ist.

Nach dem Ende des Holocausts im „Land der Täter“ ein dauerhaftes jüdisches Leben zu etablieren, war für die meisten Überlebenden kaum denkbar. Dennoch bildeten sich in Deutschland wieder jüdische Gemeinden. Wer ein Haus baut, will bleiben. Konrad Adenauer hat dies stets begrüßt. Ab der Mitte der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre kam es in der Bundesrepublik sogar zu einer ersten „Neubauwelle“ von Gemeindezentren und Synagogen. Der deutschen Politik galt dies als Ausweis einer vielleicht gelingenden „Wiedergutmachung“ der Verbrechen des Nationalsozialismus. Einweihungen jüdischer Bauwerke sind hier stets Gegenstand gesellschaftlichen und politischen Interesses und werden als Gradmesser des Verhältnisses zwischen Juden und Nichtjuden verstanden. Durch jüdische Einwanderer aus Osteuropa sind nach 1990 die Mitgliederzahlen der Gemeinden in Deutschland stark gestiegen. Eine zweite Welle von Neubauten jüdischer Einrichtungen ist die Folge, die bis in die Gegenwart anhält. Gleichwohl dürfen wir nicht vergessen, dass es auch heute antisemitische Vorfälle gibt, wie in der vergangenen Woche der Angriff auf einen Rabbi in Berlin. Es ist ein wichtiges und richtiges Zeichen, dass die Deutschen sich sofort öffentlich dagegen wehren und kundtun, dass Antisemitismus in Deutschland nie mehr eine Chance haben darf.

Welch schwierigen Weg der Wiederannäherung wir in sechs Jahrzehnten zurückgelegt haben, darüber wird heute Dr. Johannes Gerster berichten. Er war



lange Jahre Bundestagsabgeordneter und Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem, kann also sowohl als Zeitzeuge wie auch mit einigem Abstand aus eigenen Erfahrungen über den Prozess des Aufeinanderzugehens berichten.

Erfolge in der Politik sind oftmals auch der Tatsache geschuldet, Widerstände in den eigenen Reihen zu bekämpfen, für gewonnene Überzeugungen standfest einzutreten und diese durchzusetzen. Nur so wird das für unmöglich Gehaltene möglich, werden Vorurteile, Hindernisse und Widerstände allmählich abgebaut. Realistisch Moral und Staatsräson abzuwägen, dazu bedarf es der Vision und der Staatskunst gleichermaßen. Die ehemalige Vorsitzende unserer Stiftung, Frau Bundesministerin a. D. Dr. Dorothee Wilms, weiß das aus eigener politischer Erfahrung zu berichten. Sie hat sich freundlicherweise bereit erklärt, das Schlusswort zu sprechen. Dafür meinen herzlichen Dank.

# Konrad Adenauer, Franz Böhm und die Verhandlungen über das Luxemburger Abkommen\*

Thomas Brechenmacher

Adenauer schreibt in seinen Erinnerungen an die Entstehungsgeschichte des Luxemburger Abkommens über Franz Böhm: „Professor Böhm war mir von Staatssekretär Hallstein für diese Aufgabe [des Leiters der deutschen Verhandlungsdelegation] empfohlen worden. Er hatte sich seit Kriegsende speziell mit der Frage einer Wiedergutmachung an den Juden befaßt. Aus Gesprächen mit ihm wußte ich, daß er die gleiche Haltung wie ich zu diesem Fragenkomplex einnahm.“<sup>1</sup> Felix Shinnar, einer der beiden Verhandlungsführer der israelischen Seite, vermerkt rückblickend: „Die Wahl von Professor Böhm [...] war die beste, die für diese Aufgabe ganz besonderen Inhalts getroffen werden konnte. Seiner warmherzigen Persönlichkeit, der Lauterkeit seines Wesens und seiner hohen moralischen Gesinnung ist der Verlauf der Verhandlungen und das Ergebnis zu einem nicht geringen Teil zu verdanken.“<sup>2</sup> Und Böhm selbst erinnert sich: „Herr Hallstein hatte wahrscheinlich deshalb an meine Person gedacht, weil er meine Ansichten kannte und wußte, daß ich während des Dritten Reiches wegen meiner Kritik an der nationalsozialistischen Judenpolitik in ernstliche Schwierigkeiten geraten war.“<sup>3</sup>

## I.

Franz Böhm, geboren 1895 in Konstanz als Sohn eines Staatsanwalts und badischen Kultusbeamten, war nach dem Studium der Rechte in Freiburg dem Berufsweg des Vaters gefolgt und Staatsanwalt geworden.<sup>4</sup> Früh spezialisierte

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen. Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ am 6. September 2012 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

1 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1953–1956. Stuttgart 1966, S. 139.

2 Felix E. Shinnar: Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967, S. 36.

3 Franz Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen 1952, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Stuttgart 1976, S. 437–465, hier S. 448. – Weitere zentrale Beiträge Böhms zum Thema: Die politische und soziale Bedeutung der Wiedergutmachung (1956), in: Franz Böhm: Reden und Schriften. Über die Ordnung einer freien Gesellschaft, einer freien Wirtschaft und über die Wiedergutmachung. Hg. von Ernst-Joachim Mestmäcker. Karlsruhe 1960, S. 193–215, und Die Luxemburger Wiedergutmachungsverträge und der arabische Einspruch gegen den Israelvertrag (1953), in: Ebd., S. 216–240.

4 Über Böhms Lebensgeschichte jetzt ausführlich Niels Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 57). Düsseldorf

er sich auf wirtschafts- und wettbewerbsrechtliche Fragen. Als Referent in der Kartellabteilung des Reichswirtschaftsministeriums zwischen 1925 und 1931 vertiefte er seine Expertise auf diesem Gebiet. Doch bewegten ihn keineswegs ausschließlich juristische, sondern auch gesellschaftspolitische Motive, die sein Interesse auf die Spannungsfelder von Staat, Gesellschaft, wirtschaftlicher und sozialer Ordnung lenkten. Nach Promotion und Habilitation begann er 1933 eine Universitätslaufbahn als Dozent an der Universität Freiburg. Hier etablierte er zusammen mit Walter Eucken, Hans Großmann-Doerth und Adolf Lampe die nachmals berühmte Freiburger ordoliberalen Schule, ein interdisziplinäres akademisches Forum zwischen Rechtswissenschaft und Nationalökonomie, dem es darum ging, die „Ordnung der Wirtschaft“ als eine Freiheitsordnung zu definieren, innerhalb derer sich individuelle wie institutionelle Kräfte im Wettbewerb durch das allgemeingültige Recht gleichzeitig binden und befreien.<sup>5</sup>

Seine geistige Disposition als protestantischer Christ, ordoliberaler Denker und Bildungsbürger stellte Böhm in striktem Gegensatz zum Nationalsozialismus. Seit 1926 Schwiegersohn der Schriftstellerin Ricarda Huch – die im März 1933 unter Protest gegen die Gleichschaltung aus der Preußischen Akademie der Künste austrat –, stand Böhm alsbald unter Beobachtung durch die neuen Machthaber. Trotzdem gelang es ihm, 1936 an der Universität Jena eine Vertretungsprofessur für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht zu erhalten, mit der Aussicht, in das Ordinariat übernommen zu werden. Doch der Gauleiter von Thüringen intervenierte höchstpersönlich gegen die endgültige Berufung Böhms, „aus weltanschaulichen und wirtschaftspolitischen Gründen“.<sup>6</sup>

Die Ausgrenzung und immer wütendere Verfolgung der Juden empfand Böhm von Anfang an als schändlich. Dass er, zusammen mit Ricarda Huch, dem rasenden Antisemitismus sogar einem NS-Funktionär gegenüber widersprach, führte zum Entzug seiner Lehrbefugnis in Jena und schließlich zu Böhms Entfernung aus dem Justizdienst. Zwar wurde das Urteil 1940 in zweiter Instanz aufgehoben und das Verfahren eingestellt, doch eine Wiederverwendung als Staatsanwalt blieb dem „in den Wartestand“ versetzten Böhm durch die nationalsozialistischen Machthaber ebenso verwehrt wie eine Berufung in ein Professorenamt.

---

dorf 2009. Die nachfolgenden Ausführungen zur Biographie Böhms orientieren sich an dieser grundlegenden Darstellung.

- 5 Hierzu v. a. Franz Böhm: Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Ders.: Reden und Schriften, S. 158–175. – Als eines der Schlüsselwerke der ordoliberalen Schule gilt Böhms Schrift *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung*. Stuttgart 1937.
- 6 Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 90.

Während der Kriegsjahre unterhielt Franz Böhm Kontakte zu verschiedenen oppositionellen Kreisen, zu Protagonisten der „Bekennenden Kirche“, zu seinen alten Freiburger Kollegen um Eucken, aber auch zu den Verschwörern des 20. Juli. Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ konnte er, prädestiniert durch sein untadeliges Verhalten während der zwölf Jahre, Verantwortung auch wieder in öffentlichen Ämtern übernehmen. Unmittelbar nach der Besetzung Freiburgs durch die Franzosen Ende April 1945 wurde er zum Ordinarius für Handels-, Wirtschafts-, Arbeits-, und Bürgerliches Recht sowie zum Prorektor der Universität ernannt. Einem Intermezzo als Minister für Kultus und Unterricht von Groß-Hessen, bereits als Mitglied der neugegründeten CDU, folgte die Annahme eines Rufes nach Frankfurt. 1948/49 bekleidete er zusätzlich das Rektorenamt der Frankfurter Universität. Als erster Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats bei der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft sowie schließlich des Bundeswirtschaftsministeriums trug Böhm wesentlich zur Grundlegung der sozialen Marktwirtschaft bei. Auch das „jüdische Thema“ sollte ihn nicht mehr loslassen; im Februar 1949 gehörte er in Frankfurt zu den Mitbegründern der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Damit begann eine lange Reihe von publizistischen und politischen Aktivitäten Franz Böhms im Dienste des Engagements gegen den Antisemitismus und für Wiedergutmachung, Aussöhnung und Dialog mit Juden und Judentum in Deutschland und aller Welt vor dem Hintergrund eines schuld- und verantwortungsbewussten Umgangs mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland.

Mit Staatssekretär Walter Hallstein, seinem Vorgänger im Frankfurter Rektorenamt, trat Böhm während seines Rektoratsjahrs in intensiven brieflichen Austausch. Dabei stellte sich gegenseitige Sympathie, ja „freundschaftliche Verbundenheit“<sup>7</sup> ein. Freilich dürfte nicht allein diese, sondern Hallsteins Überzeugung, dass Böhm eben aufgrund seiner Biographie der geeignete Mann war, entscheidend dazu beigetragen haben, Böhm Anfang 1952 dem Bundeskanzler als Delegationsleiter für die bevorstehenden Verhandlungen mit Israel vorzuschlagen.<sup>8</sup>

## II.

Adenauer<sup>9</sup> hatte sich im November 1949 in einem Interview mit dem Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, Karl

7 Ebd., S. 228.

8 Böhms Erinnerung an die Bestellung und seine erste Begegnung mit Adenauer, am 21. Februar 1952, in: Ders.: Das deutsch-israelische Abkommen 1952, S. 448f.

9 Die Entstehungsgeschichte des Luxemburger Abkommens ist mittlerweile in einer ganzen Reihe von Standarddarstellungen in fast jedem Detail ausgeleuchtet worden. Einschlägig sind vor allem: Kai von Jena: Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitge-

Marx, zu der Verpflichtung bekannt, „das Unrecht, das in deutschem Namen durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde, soweit wiedergutmachen, wie dies nur möglich ist.“ Neben dem moralischen wies er bereits in diesem Gespräch auf den wirtschaftlichen Aspekt dieser Verpflichtung hin. „Die Bundesregierung beabsichtigt, dem Staat Israel Waren zum Wiederaufbau [...] zur Verfügung zu stellen, und zwar als erstes unmittelbares Zeichen dafür, daß das den Juden in aller Welt durch Deutsche zugefügte Unrecht wiedergutmacht werden muß.“<sup>10</sup> Dieses von Adenauer, ohne Rückversicherung weder bei den Alliierten noch im Kabinett oder gar im Bundestag, auf die Tagesordnung gesetzte Thema rückte über das Jahr 1950 hinweg in den Hintergrund. Andere Fragen, insbesondere die durch den Korea-Krieg beschleunigte Debatte über die Westintegration der Bundesrepublik, verbunden mit der Frage der Wiederbewaffnung, drängten nach vorne; nicht zuletzt dominierten auch in Israel selbst erhebliche Vorbehalte gegen den Gedanken, mit dem „Land der Täter“ überhaupt in Verhandlungen zu treten, geschweige denn ins „Geschäft“ zu kommen.

Im Januar 1951 beschloss das israelische Kabinett mit knapper Mehrheit, keine direkten Verhandlungen mit der Bundesrepublik anzustreben.<sup>11</sup> Stattdessen sollte versucht werden, „Reparationsleistungen“ – später etablierte sich auf israelischer Seite der Begriff *Shilumim*, Vergeltungszahlungen – beider deut-

---

schichte 34 (1986), S. 457–480; Michael Wolffsohn: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen. München 1988; Ders.: Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 691–731; Markus A. Weingardt: Deutsch-israelische Beziehungen. Zur Genese bilateraler Verträge 1949–1996. Konstanz 1997; Ders.: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949. Frankfurt/Main u. a. 2002, hier S. 72–99; Constantin Goshler: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954). München 1992; Ders.: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945. Göttingen 2005, S. 147–175; Niels Hansen: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 38). Düsseldorf 2002, hier S. 25–366, sowie Ders.: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 300–339; mit speziellem Fokus auf die israelische Seite Yeshayahu A. Jelinek: Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis. München 2004, S. 39–250. Knapper Abriss Helmut Rumpf: Der Israelvertrag, in: Ernst Féaux de la Croix/Ders.: Der Werdegang des Entschädigungsrechts unter national- und völkerrechtlichem Aspekt. München 1985, S. 316–333; vgl. auch die Beiträge in Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Adenauer, Israel und das Judentum (Rhöndorfer Gespräche 20). Bonn 2004. – Kommentierte Dokumentensammlungen: Rolf Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik. Teil I: Politik, Bd. 1. München u. a. 1987, S. 3–133; Yeshayahu A. Jelinek (Hg.): Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945–65. Eine Dokumentensammlung. Gerlingen 1997.

10 Interview Adenauers mit Karl Marx, 11. November 1949, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 16f.

11 Jelinek: Deutschland und Israel, S. 83.

scher Staaten über einen Appell an die Besatzungsmächte zu erreichen. Die am 12. März 1951 in Paris überreichte, an die vier Siegermächte gerichtete Note der israelischen Regierung fasste die „Forderungen des Staates Israel“ an Deutschland zusammen. Die von Deutschland zu leistenden Zahlungen, so hieß es hier, müssten „einerseits den vom jüdischen Volke durch die Deutschen erlittenen Verlusten und andererseits den mit der Eingliederung der Flüchtlinge oder Überlebenden des Naziregimes in Israel verbundenen finanziellen Lasten Rechnung tragen.“ Die Note schloss mit der Aufforderung an die Alliierten, die Rückübertragung von Souveränitätsrechten an Deutschland an die „Frage der Reparationszahlungen“ zu knüpfen.<sup>12</sup>

Während die Siegermächte sich zu der israelischen Note zurückhaltend verhielten – die Sowjetunion antwortete gar nicht<sup>13</sup> –, entwickelten sich im Laufe des Jahres 1951 auf verschiedenen Ebenen informelle Kontakte zwischen bundesdeutschen und israelischen Politikern sowie Funktionären jüdischer Diaspora-Organisationen. Denn klar war – und auch die Stellungnahmen der westlichen Alliierten zur Note vom März 1951 wiesen in diese Richtung<sup>14</sup> –, dass die Wiedergutmachungsproblematik nur zwischen der Bundesrepublik *selbst* und den Vertretern des Judentums ausgehandelt werden konnte. Neben der heiklen Frage, auf welchem Wege der direkte und offizielle Kontakt zwischen Israel und der Bundesrepublik angebahnt werden könnte, gewann dabei ein zweiter Störfaktor, der eher auf dem Parkett der internationalen Wirtschaftsbeziehungen angesiedelt war, an Gewicht. Seit Ende Februar 1951 lief in London die Konferenz über die deutschen Schulden aus der Vorkriegszeit.<sup>15</sup> Hier waren erhebliche Belastungen für den Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu erwarten, und verhandlungstaktisch konnte es sich gegenüber den Gläubigern als fatal erweisen, auf der einen Seite – in London – einen möglichst weitgehenden Erlass oder wenigstens einen kulanten Umgang mit diesen Altschulden anzustreben, auf der anderen Seite jedoch – in der Frage der Wiedergutmachung – eine neue Verschuldung, zumal bei keineswegs konsolidierter Wirtschaftssituation, sogleich einzugehen. Gerade die USA erkannten freilich die Ambivalenz dieser Situation: Zwar mussten auch sie eine aus Gläubigersicht befriedigende Lösung in London anstreben. Gleichzeitig konnten sie die Forderungen von jüdischer Seite nach Wiedergutmachung schwer von der Hand weisen, da mit deren Erfüllung nicht

---

12 Note der israelischen Regierung, 12. März 1951, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 33–39, Zitat S. 38f.

13 Dazu ausführlich Jelinek: Deutschland und Israel, S. 90–104; vgl. auch Shinnar: Bericht eines Beauftragen, S. 26.

14 Jelinek: Deutschland und Israel, S. 100f.

15 Vgl. allg. Ursula Rombeck-Jaschinski: Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg. München 2005, sowie Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen. Stuttgart u. a. 1982.

zuletzt auch der Wiedergewinn eines moralischen Kredits Deutschlands in der Welt verbunden war, mit allen Implikationen für die künftige ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands und deren Rückkopplungen für die amerikanische Wirtschaft selbst.

Das Problem der Kontaktaufnahme konnte schneller gelöst werden als das des Junktims mit der Londoner Schuldenkonferenz. Dass Israel aufgrund seiner eigenen prekären wirtschaftlichen Situation auf möglichst baldige Leistungen aus Deutschland dringend angewiesen war, trug sicherlich dazu bei, Widerstände gegen den direkten Kontakt abzubauen; andererseits wurde dem Bundeskanzler bei einem konspirativen Treffen mit dem israelischen Finanzstaatssekretär Horowitz in Paris, am 19. April 1951 – der ersten Begegnung eines hohen israelischen mit einem führenden deutschen Politiker überhaupt – diskret klargemacht, dass ohne ein offizielles Bekenntnis der Bundesrepublik zur vollen Verantwortung und unbedingten materiellen Wiedergutmachungsbereitschaft kein Weg zu Verhandlungen führen werde.<sup>16</sup>

Auch die Vertreter der Organisationen des Diasporajudentums, die ihrerseits Wiedergutmachungsansprüche in Form einer Globalentschädigung gegenüber den nicht von Israel vertretenen Juden erhoben, traten dieser Auffassung bei. Unter ihnen rückte besonders der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, in die Rolle eines informellen Gesprächspartners Adenauers.<sup>17</sup> Sein Engagement in der zweiten Jahreshälfte 1951 bildete eine wichtige Brücke, um schließlich auch Israel an den Verhandlungstisch zu führen.

Nach einem diffizilen informellen Abstimmungsprozess über den Wortlaut, auch mit Vertretern der jüdischen Organisationen und Israels,<sup>18</sup> gab Adenauer am 27. September 1951 namens der Bundesregierung die geforderte Erklärung im Bundestag ab: „Im Namen des deutschen Volkes sind [...] unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten. [...] Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel [...], eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern.“<sup>19</sup> Doch noch bedurfte es eines weiteren Gesprächs Adenauers mit Goldmann – der mittlerweile einen

16 Jelinek: Deutschland und Israel, S. 96; vgl. auch Shinnar: Bericht eines Beauftragen, S. 25.

17 Knappe Darstellung der eigenen Funktion: Nahum Goldmann: Adenauer und das jüdische Volk, in: Blumenwitz u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit, S. 427–436, inbes. S. 430f.; ausführlicher: Nahum Goldmann: Mein Leben als deutscher Jude. München u. a. 1980, S. 371–425.

18 Jelinek: Deutschland und Israel, S. 110f.; vgl. auch Goldmann: Adenauer und das jüdische Volk, S. 430.

19 Regierungserklärung Adenauers, 27. September 1951, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 45–47, Zitat S. 46f.

Verbund diasporajüdischer Organisationen, die „Conference on Jewish Material Claims against Germany“, ins Leben gerufen hatte, als Vertretung der nicht von Israel repräsentierten jüdischen Opfer – im Dezember 1951 in London sowie eines Briefes an Goldmann, in dem der Bundeskanzler noch einmal schriftlich den Willen der Bundesrepublik bestätigte, in offizielle Verhandlungen einzutreten. „Ich möchte dazu bemerken“, schrieb Adenauer, „daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Mögliche zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.“<sup>20</sup>

Gestützt auf diesen Brief und den von Goldmann erreichten Gesprächsstand gelang es schließlich dem innenpolitisch unter erheblicher Bedrängnis stehenden Ministerpräsidenten David Ben Gurion, als Ergebnis einer tumultuarisch verlaufenden Debatte – der „dramatischsten [...] Sitzung in der Geschichte des israelischen Parlamentarismus“<sup>21</sup> – zwischen dem 7. und 9. Januar 1952 in der Knesset einen Beschluss zu erreichen, der ihm die Aufnahme direkter Verhandlungen mit der Bundesrepublik erlaubte.

### III.

Damit war der Weg frei für die am 21. März 1952 in Wassenaar bei Den Haag beginnenden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel einerseits sowie Vertretern der Claims Conference andererseits. An der Spitze der deutschen Delegation standen Franz Böhm und der mit Entschädigungsfragen bereits vertraute Stuttgarter Rechtsanwalt Otto Küster. Doch bereits am 9. April endete die erste Verhandlungsrunde mit einem wenig befriedigenden Ergebnis. Denn während die israelische Delegation auf einem sofortigen präzisen Angebot bestand, konnte die deutsche zunächst nur die Anerkennung eines *Anspruchs* zusagen, ohne bereits die Höhe der Summe festzulegen, die letzten Endes gezahlt werden sollte. Diese Position hatte sich in einer geheimen Besprechung der beteiligten deutschen Politiker im Bundeskanzleramt am 5. April 1952 herauskristallisiert, in der unterschiedliche Auffassungen über das Vorgehen in der Wiedergutmachungsfrage aufeinandergeprallt waren.<sup>22</sup> Im Grunde ging es dabei um den Zusammenhang zwischen Londoner Schuldenkonferenz und Wassenaarer Verhandlungen. War die „Schuld“ priori-

20 Adenauer an Goldmann, 6. Dezember 1951, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 50f.

21 Jelinek: Deutschland und Israel, S. 159; vgl. auch Shinnar: Bericht eines Beauftragen, S. 31f.

22 Besprechung unter Vorsitz des Bundeskanzlers Adenauer, 5. April 1952, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1952. Bearb. von Martin Koopmann und Joachim Wintzer. München 2000, Dok. 95, S. 261–267.



tär gegenüber den „Schulden“ zu behandeln oder hatte sich die „Schuld“ der Gesamtlösung der „Schuldenfrage“ unterzuordnen?<sup>23</sup>

Die israelische Delegation forderte selbstverständlich, das Schuldproblem vorrangig zu behandeln, und konnte deshalb mit der Erklärung Böhms und Küsters nicht einverstanden sein, erst größere Klarheit über die konkreten finanziellen Folgen der Londoner Konferenz abwarten zu müssen.<sup>24</sup> An diesem Punkt waren die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten.

Böhm und Küster standen persönlich der Kopplung von Wiedergutmachungsleistungen an die Ergebnisse der Londoner Konferenz distanziert gegenüber. Doch war einer entschiedenen Gegenposition innerhalb der Bundesregierung Rechnung zu tragen. Diese wurde vor allem von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) vertreten, mit Unterstützung durch den Leiter der deutschen Delegation in London, den Bankier Hermann Josef Abs. Das Hauptargument lautete: Die als Ergebnis der Londoner Konferenz auf die Bundesrepublik voraussichtlich zukommenden Forderungen ließen es allenfalls zu, einen geringen Anteil zur Befriedigung der jüdischen Forderungen einzukalkulieren. Hinter dieser Position steckte durchaus auch ein taktisches Kalkül. Bekannt war, dass Israel finanzielle Unterstützung möglichst bald benötigte. Ließe sich durch die schnelle Zusicherung einer vergleichsweise niedrigen Entschädigungssumme vielleicht der Preis drücken?<sup>25</sup>

Eine solche rein fiskalisch motivierte Vorgehensweise wies Franz Böhm entschieden zurück. In einem Schreiben an den Bundeskanzler setzte Böhm am 23. April Adenauer seinen Standpunkt eindringlich auseinander. Die moralische Bedeutung eines angemessenen Abschlusses mit Israel und der Claims Conference sei sehr viel höher einzuschätzen als die Frage der finanziellen Belastung der jungen Bundesrepublik. Ein Junktim zwischen der Londoner Konferenz und den Wiedergutmachungsverhandlungen sei kontraproduktiv, müsse es doch Zweifel der jüdischen Welt an einem „ernsthaften Erfüllungswillen“ Deutschlands schüren. „Die Überwindung der unvorstellbaren Bitterkeit, die das nationalsozialistische Verbrechen bei den Juden in aller Welt und bei allen Gutgesinnten hervorgerufen hat, aber auch die Überwindung des furchtbaren Schlages, den dieses Verbrechen dem deutschen Ansehen zugefügt hat, ist wohl die wichtigste und dringlichste Aufgabe der deutschen Politik. Sie ist zudem im gegenwärtigen Zeitpunkt derjenige deutsche Beitrag zum Wie-

23 Vgl. Goschler: Schuld und Schulden, S. 166f.

24 Zur Erklärung der deutschen Delegation vom 9. April 1952 vgl. AAPD 1952, Dok. 97, S. 272 Anm. 6; Anerkennung des israelischen Anspruchs auf 3 Mrd. DM durch Böhm und Küster am 7. April 1952, vgl. Aufzeichnung Böhms vom 7. April 1952, ebd., S. 270–272, sowie S. 270 Anm. 2.

25 So etwa Abs in der Kabinettsitzung vom 16. Mai 1952, TOP 2, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online; [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/1952k/kap1\\_2/kap2\\_35/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/1952k/kap1_2/kap2_35/para3_2.html) (Abruf: 17. August 2012).

deraufbau einer freien Welt, der in höherem Grade als jede andere innen- und außenpolitische Entscheidung das Ergebnis eines selbständigen rein deutschen Willensaktes ist.“<sup>26</sup>

Adenauer bekannte sich rückblickend in seinen „Erinnerungen“ zu völligem Gleichklang seiner Ansichten mit den „Schlußfolgerungen“ Böhm.<sup>27</sup> In der Tat hatte er bereits am 29. Februar 1952 seinem Finanzminister gegenüber eine entsprechend deutliche Erwartungshaltung zu den bevorstehenden Gesprächen in Wassenaar signalisiert: „Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen unter weitgehender Hintanstellung aller Bedenken, die in einem anderen Fall sehr verständlich wären, in einem Geiste vorbereitet und durchgeführt werden, der dem moralischen und politischen Gewicht und der Einmaligkeit unserer Verpflichtungen entspricht.“<sup>28</sup> Auch sein Schreiben an Abs vom 8. April bekräftigt die Aussage der „Erinnerungen“: Spannungen zwischen den Delegationsleitern – gemeint waren Böhm / Küster und Abs – so Adenauer, seien „nicht in vollem Umfang begründet“. Er bitte um „enge Fühlung“, so dass ein „befriedigendes Ergebnis“ zustande komme, das er im übrigen auch um der künftigen Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik willen für dringend notwendig halte. „Ich glaube, daß, wenn es uns gelingt, das Judentum wenigstens in seinen maßgebenden Männern zu versöhnen, wir dann doch auf wirtschaftliche Hilfe in stärkerem Maße rechnen können, als wenn dieser schroffe Gegensatz weiterbesteht. Abgesehen von diesem Grunde bewegt mich auch das Gefühl der moralischen Verpflichtung, das wir gegenüber dem Judentum haben.“<sup>29</sup> In seiner Verantwortung als Bundeskanzler konnte er freilich die Gesamtkonstellation und die Widerstände gegen das Vorhaben nicht außer Acht lassen, weshalb er hinzufügte: „Natürlich darf das Ergebnis Ihrer [Abs'] Verhandlungen in London, das entscheidend für unsere wirtschaftliche Zukunft ist, nicht darunter leiden.“<sup>30</sup>

Während sich die Differenzen vor allem zwischen Schäffer sowie Böhm und Küster über das weitere Procedere zuspitzten und Anfang Mai 1952 zum Rücktritt Küsters führten,<sup>31</sup> rückte Abs mit informellem Auftrag des Bundeskanzlers in den nun doch auf konkrete Zahlenvorstellungen zulaufenden Sondierungen mit den jüdischen Delegationen in eine führende Position. Am 6. Mai 1952 beschloss das israelische Parlament, weitere offizielle Verhandlungen so lange

26 Böhm an Adenauer, 23. April 1952, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 63f.

27 Adenauer: Erinnerungen 1953–1956, S. 144.

28 Adenauer an Schäffer, 29. Februar 1952, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 52f.

29 Adenauer an Abs, 8. April 1952, in: Hans-Peter Mensing (Bearb.): Adenauer. Briefe 1951–1953. Berlin 1987, S. 198f.

30 Ebd., S. 199.

31 Dazu im Detail Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 315f.

auszusetzen, bis ein konkretes und auch in den Entschädigungssummen präzise beziffertes und adäquates Angebot der Bundesregierung vorliege.<sup>32</sup> Während der ersten Verhandlungsrunde in Wassenaar war dafür von den Israelis zunächst eine Summe von 4,2 Milliarden DM genannt worden. Franz Böhm hielt seinerseits drei Milliarden, „abbezahlbar in 12–15 Jahren“, für das Minimum: „Das ist gerade noch als eindrucksvolle Wiedergutmachungsleistung akzeptabel. Was darunter ist, hat die politische und moralische Wirkung nicht mehr.“<sup>33</sup>

Adenauer agierte zunächst vorsichtig. Der weiteren informellen Präzisierung des Zahlenrahmens sollte ein Treffen Abs' mit den israelischen Verhandlungsführern am 19. Mai in London dienen. Böhm hatte es nach der Kabinettsitzung vom 16. abgelehnt, ebenfalls an diesem Gespräch teilzunehmen, ohne ermächtigt zu sein, den Israelis ein offizielles und akzeptables Angebot zu machen. 100 Millionen DM jährlich – wie im Kabinett zur Sprache gebracht – erschienen ihm als für Israel „unannehmbar“; in diesem Falle prophezeite er den voraussichtlich „endgültigen Abbruch der Verhandlungen“.<sup>34</sup> Soweit führte genau dieser von Abs am 19. Mai den israelischen Delegationsleitern in Form einer Art Versuchsballon unterbreitete Vorschlag jedoch nicht. Shinnar interpretierte die Gesprächstaktik Abs' im Rückblick treffend: Abs sei keineswegs daran gelegen gewesen, die Verhandlungen endgültig scheitern zu lassen; im Gegenteil: sein Versuchsballon habe darauf abgezielt, eine unmissverständliche Erklärung der jüdischen Verhandlungspartner zu provozieren, die ihrerseits dazu dienen sollte, alle Einwände innerhalb der Bundesregierung endgültig beiseite zu schieben.<sup>35</sup> In der Tat beschwor Abs am 19. Mai – nicht ganz dem Kabinettsbeschluss, sehr wohl aber der Intention des Bundeskanzlers folgend – jene Krise herauf,<sup>36</sup> die dann katalysatorisch auf den weiteren Prozess bis zum Abschluss des Abkommens wirkte.

Sowohl die israelische Delegation als auch die im Auftrag der Claims Conference verhandelnde Gruppe erklärten den 100-Millionen-Vorschlag Abs', wie von Böhm vorhergesehen, für indiskutabel. Goldmann erinnerte Adenauer in einem Brief vom 19. Mai an dessen Erklärungen vom September und Dezember 1951. In deren Licht müssten die „Vorschläge des Herrn Abs [...] – ver-

32 Jelinek: Deutschland und Israel, S. 182; Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 314.

33 Böhm an Hallstein, 12. Mai 1952, zitiert nach Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online (wie Anm. 25), Anm. 4 zu TOP 2; die Summe von 3 Milliarden statt 4,2 auch in Böhm an Adenauer, 23. April 1952 in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 62.

34 Böhm in der Kabinettsitzung vom 16. Mai 1952, TOP 2, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online (wie Anm. 25).

35 So sinngemäß Shinnar: Bericht eines Beauftragten, S. 40–42.

36 Vgl. dazu auch Hermann J. Abs: Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens. Mainz u. a. 1991, S. 156–159, mit Betonung der Zusammenhänge zwischen „Wiedergutmachungsabkommen“ und Londoner Schuldenkonferenz.

zeihen Sie das harte Wort – der jüdischen Öffentlichkeit nicht anders denn als eine Beleidigung erscheinen. In den Ausführungen des Herrn Abs [...] kommt keinesfalls die Bereitschaft zum Ausdruck, irgendwelche wirklichen Opfer für Wiedergutmachung zu leisten. [...] Man kann ein Problem von der moralischen Bedeutung der Wiedergutmachung nicht mit den üblichen Methoden kommerzieller Verhandlungen – und Abhandelns – lösen.“<sup>37</sup> Damit verband Goldmann einen Appell an Adenauers Verantwortungsbewusstsein vor der Geschichte: „Was mich in den Gesprächen mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, am tiefsten beeindruckt und mich dazu bewogen hat, Israel und dem jüdischen Volk gegenüber die Aufnahme von Verhandlungen mit der deutschen Bundesrepublik zu befürworten, war Ihre Auffassung von der moralischen Verpflichtung Deutschlands und einer wenigstens materiellen ernsthaften Wiedergutmachung.“<sup>38</sup>

Unterdessen hatte Böhm aus Protest gegen die Sondierung Abs' in einem Brief an Adenauer, seinem Kollegen Küster folgend, ebenfalls den Rücktritt von der Delegationsleitung erklärt.<sup>39</sup> Daraufhin war er, am 20. Mai, ins Palais Schaumburg bestellt und vom Kanzler mit heftiger Missbilligung empfangen worden.<sup>40</sup> Ob – wie in den Erinnerungen Böhms nahegelegt – diese Unterredung<sup>41</sup> oder doch eher das Schreiben Goldmanns oder erst der mündliche Bericht Abs' vom 21. Mai<sup>42</sup> den Bundeskanzler dazu bewogen, die Angelegenheit nun allen Einwänden zum Trotz energisch voranzutreiben, ist eine nicht mehr genau zu beantwortende Frage über Anlässe, nicht über Motive. Wesentlich ist, dass Adenauer offenbar jetzt den günstigsten Zeitpunkt für gekommen hielt, die Richtung einzuschlagen, für die er sich ohnehin bereits entschieden hatte, nämlich die Verhandlungen auf jeden Fall zu einem gerade auch „moralisch“ vertretbaren, erfolgreichen Abschluss zu bringen, oder, wie sich Böhm seiner Unterredung mit dem Bundeskanzler erinnert, allen inneren und äußeren Widerständen zum Trotz, „zu entscheiden, wie er [Adenauer] es für richtig“ hielt.<sup>43</sup> Die unabdingbare Voraussetzung für diesen Schritt war jene unmissver-

---

37 Goldmann an Adenauer, 19. Mai 1952, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 65–67, hier S. 65f.

38 Ebd., S. 66.

39 Vgl. Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 320–322.

40 Böhms Erinnerungen an diese Aussprache mit Adenauer in: Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen, S. 459f.; vgl. auch Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 326–329, mit einer Zusammenstellung der durchaus auch antisemitisch getönten Vorwürfe, denen sich Böhm aus dem Kreis des Bundeskabinetts infolge seines Rücktritts ausgesetzt sah.

41 Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen, S. 459f.

42 Ebd., S. 460f. Dazu auch Abs: Entscheidungen, S. 159.

43 Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen, S. 460: „Der Kanzler sagte, ich möge mich von den mancherlei Widerständen, die unsere Verhandlungen in Wassenaar erschwerten, nicht entmutigen lassen. Kein Finanzminister der Welt werde einen Milliardenposten für eine Wiedergutmachungsleistung widerstandslos schlucken. Er kam dann auf die innenpolitischen, auch länderpolitischen Rücksichten zu sprechen, die es ihm zuweilen unmöglich machten, zu entscheiden, wie er es für richtig halte.“

ständige Erklärung der jüdischen Delegationen, die Verhandlungen tatsächlich scheitern zu lassen, falls kein akzeptables Angebot käme. Diese Erklärung hatte ihm Abs besorgt, und mit ihr gewann der Bundeskanzler ein kaum zu entkräftendes Argument sowohl gegenüber den Widerständen im Inneren als auch gegenüber den internationalen, in London versammelten Delegationen der Gläubigerstaaten. Hier wie dort konnte niemandem wirklich an einem Scheitern der Bundesrepublik in den Wiedergutmachungsverhandlungen gelegen sein.

Die weitere Entwicklung verlief zügig: Böhm, vom Bundeskanzler nun ermächtigt, zunächst Goldmann und schließlich auch den Israelis einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, nahm die Delegationsleitung wieder an und reiste am 23. Mai nach Paris. Sein Vorschlag vereinte wesentliche Inhalte, die schon seit längerem im Gespräch gewesen waren, hier jedoch nun zusammengefasst und präzisiert wurden.<sup>44</sup> Israel einen Gesamtanspruch von drei Milliarden DM zu konzedieren, stand seit der ersten Verhandlungsrunde im Raum und war im Grunde seit der geheimen Besprechung im Kanzleramt am 5. April von Adenauer akzeptiert.<sup>45</sup> Auch die Idee, die Wiedergutmachung aufgrund der ökonomischen und fiskalischen Situation der Bundesrepublik nicht in Devisen sondern in DM-Gutschriften für israelische Warenankäufe zu leisten, entsprach einem Gedanken, den Adenauer bereits in seinem Interview mit Karl Marx 1949 sowie in seinem Brief an Goldmann vom 6. Dezember 1951 vorformuliert hatte, und den innerhalb des Bundeskabinetts besonders Wirtschaftsminister Erhard favorisierte.<sup>46</sup>

Böhms Vorschlag wurde sowohl von Goldmann als auch von der israelischen Delegation als Verhandlungsgrundlage akzeptiert;<sup>47</sup> einige Punkte blieben freilich strittig. Insbesondere bestanden die Israelis auf wenigstens einer anteiligen Devisenzahlung, da sie mit dem Versuch, eine internationale Anleihe zu erhalten, in London gescheitert und deshalb dringend auf anderweitige Devisenzufuhr angewiesen waren.<sup>48</sup> Doch insgesamt waren die Grundlagen für das Luxemburger Abkommen bereitet und konnten nun in zwei weiteren Treffen zwischen Adenauer und Goldmann in Paris am 28. Mai sowie zwischen den Delegationen unter Teilnahme des Bundeskanzlers und Abs' am 10. Juni in

44 Vgl. Bericht Böhms über seine Besprechung mit Goldmann und den israelischen Delegationsmitgliedern, 23. Mai 1952, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 67–72.

45 Besprechung vom 5. April 1952, in: AAPD 1952, S. 266; vgl. auch Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen, S. 453f.

46 Adenauer an Goldmann, 6. Dezember 1951, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 51. Zur Haltung Erhards vgl. Besprechung vom 5. April 1952, in: AAPD 1952, S. 265, sowie Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 311f.

47 Bericht Böhms, 23. Mai 1952, in: Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 68 und 69.

48 Ebd., S. 72.

Bonn festgeschrieben werden. Auf dieser „entscheidenden“<sup>49</sup> Bonner Sitzung erfolgten endgültige Vereinbarungen über die Vertragssumme (jetzt 3,4 bis 3,5 Milliarden DM)<sup>50</sup>, über den Anteil der Claims Conference – dieser sollte in Höhe von 500 Millionen DM ebenfalls in Warenlieferungen an Israel geleistet und von dort aus an die Organisationen ausbezahlt werden –, über die Laufzeiten des Vertrags sowie über die Devisenfrage. Um Israel Hilfestellung in seiner akuten Devisennot zu geben, willigte Adenauer ein, Guthaben der Bundesrepublik in Pfund Sterling bei der Europäischen Zahlungsunion so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen, damit israelische Rohölkäufe in England bezahlt werden konnten.<sup>51</sup>

Um aber die Zustimmung des Bundeskabinetts zu gewinnen, mußte der Kanzler am 17. Juni 1952 noch einmal alle Register ziehen. Er wies auf „die überragende Bedeutung der Angelegenheit im Verhältnis zur gesamten westlichen Welt und insbesondere zu den USA“ hin. Hallstein hatte mit dem Dringlichkeitsargument vorgearbeitet und erläutert, dass ein Angebot der Bundesregierung unbedingt erfolgen müsse, um einen „sofortigen Abbruch der Verhandlungen“ seitens der israelischen Delegation zu vermeiden. Adenauer ergänzte abschließend: „Der ergebnislose Abbruch von Verhandlungen mit Israel würde die schwersten politischen und wirtschaftspolitischen Gefahren für die Bundesrepublik heraufbeschwören; deshalb müssten selbst erhebliche finanzielle Opfer in Kauf genommen werden, um mit Israel zu einer Einigung zu gelangen.“ Gleichwohl verblieb Finanzminister Schäffer bei seiner kategorischen Ablehnung des Böhm-Vorschlags und erklärte, nicht zustimmen zu können. Das Kabinett billigte schließlich die Vorlage „mit Stimmenmehrheit“.<sup>52</sup>

Ende Juni konnten die offiziellen Verhandlungen in Wassenaar wieder aufgenommen werden, in denen nun die juristischen Details des Vertrages, hier insbesondere die Modalitäten der Wareneinkäufe und der Warenausfuhr, sowie die Warenlisten zu besprechen und zu formulieren waren. Anfang September 1952 lag das Vertragswerk ausgearbeitet vor, und am 10. September wurde es, in einer fast konspirativen Sitzung um acht Uhr morgens im Rathaus der Stadt Luxemburg vom israelischen Außenminister Moshe Sharett und von Konrad Adenauer unterzeichnet. Das Versteckspiel erschien aus Sicherheitserwägun-

---

49 So übereinstimmend Shinnar: Bericht eines Beauftragten, S. 46, und Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen, S. 462.

50 Zum Vergleich: die Gesamtausgaben des Bundes beliefen sich im Rechnungsjahr 1952 auf knapp ca. 17,9 Mrd. DM. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart u. a. 1955, S. 398, Zeile 21.

51 Zur Bedeutung dieses „Ölbriefes“ für Israel Shinnar: Bericht eines Beauftragten, S. 47 und 56–58. Vgl. auch Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen, S. 464.

52 Kabinettsitzung vom 17. Juni 1952, TOP C, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online; [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1\\_2/kap2\\_46/para3\\_12.html#d8e321](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_46/para3_12.html#d8e321) (Abruf: 31. August 2012).

gen notwendig, um der durchaus realen Gefahr von Anschlägen vor allem rechtsnationalistischer israelischer Terroristen zu entgehen.

#### IV.

Das Luxemburger Abkommen war in der Tat ein Meilenstein, nicht nur für die durch den Vertrag ja erst entstehenden Beziehungen der beiden jungen Staaten Bundesrepublik Deutschland und Israel. Besonderes Gewicht gewann es, weil es zu den ersten Akten der „souveränen“ Bundesrepublik zählte, also in keiner Weise von den Alliierten diktiert war – wenngleich die dezidiert affirmative Hintergrundrolle der Vereinigten Staaten, repräsentiert durch Außenminister Dean Acheson und Hochkommissar John McCloy, dabei keineswegs außer Acht geraten sollte.<sup>53</sup> Für die Wirkung des Luxemburger Abkommens kaum zu unterschätzen ist die untrennbare Verbindung zwischen anspruchsvoller materieller Leistung und „moralischer“, geschichtspolitischer Symbolik. Das Abkommen führte gerade nicht zu dem Eindruck, die Bundesrepublik wolle sich von ererbter Schuld loskaufen, sondern setzte, ganz im Gegenteil, ein Signal des Bekenntnisses zu Schuld und Verantwortung und der Bereitschaft, dafür ganz zu Beginn der eigenen Souveränitätsgeschichte und in eigener schwieriger Situation einzustehen. In den Worten Felix Shinnars: „Obwohl es sich um die Regelung eines materiellen Schadens handelte, stand hier selbstverständlich zur Diskussion und sozusagen als Überschrift über diesem Zusammenkommen, die Wiederbegegnung zwischen dem deutschen Volk und dem israelischen Volk nach der Zeit des Unrechts und der Gewalt unter Hitler.“<sup>54</sup> Die spezifische Problematik des Verhältnisses der Bundesrepublik zu Israel war mit dem Abkommen natürlich keineswegs beseitigt; das Verhältnis blieb ein „besonderes“, „neurotisches“<sup>55</sup> und war in den Jahren nach 1952 vielfachen weiteren Belastungs- und Bewährungsproben ausgesetzt; aber das Abkommen markierte, „einen historischen Akt“, ein „moralisches Verdienst“<sup>56</sup>, und stellte – abgesehen vom Verhältnis zu Israel – nicht zuletzt auch einen wesentlichen Beitrag auf dem Weg der Bundesrepublik in die Wertegemeinschaft des Westens dar.

Adenauer war sich all dessen sehr wohl bewusst; aber er wusste auch, dass der Weg zum Abkommen nur als Gratwanderung absolviert werden konnte, nicht ohne Risiko und nicht ohne Taktieren. Dass er taktierte, um das als notwendig Erkannte schließlich zu erreichen, und nicht das Prinzip opferte um des Taktierens willen, gehört zu den Spezifika seiner politischen Potenz. Welche

53 Dazu ausführlich Jelinek: Deutschland und Israel, S. 177–179, 184–188; Goschler: Schuld und Schulden, S. 164f., 168.

54 Felix Shinnar, zitiert nach Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 75.

55 Vgl. den Untertitel „Ein neurotisches Verhältnis“ von Jelinek: Deutschland und Israel.

56 Moshe Sharett gegenüber Rolf Vogel, ebd., S. 76.

Schwierigkeiten er gerade im eigenen Lager dabei auf sich nahm, zeigt noch die Geschichte der Ratifikation des Luxemburger Abkommens, das am 18. Mai 1953 den Bundestag mit einstimmiger Unterstützung durch die SPD-Fraktion den Bundestag passierte, während 34 Abgeordnete dagegen stimmten und sich 86 enthielten, abgesehen von den wenigen KPD-Abgeordneten allesamt Vertreter der Koalitionsparteien, unter ihnen auch Bundesminister Schäffer.<sup>57</sup> In diese Opposition flossen nicht nur Erwägungen über die ökonomische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik ein und artikulierten sich Sonderbedürfnisse aus Kreisen der bundesdeutschen Wirtschaft<sup>58</sup> ebenso wie Bedenken über die Reaktion der arabischen Staaten, die den Verhandlungsprozess mit Boykottandrohungen begleitet hatten;<sup>59</sup> auch eine gewisse Distanz der öffentlichen Meinung schwang hier mit, und ebenso antijüdische Ressentiments, von Einzelnen mehr oder weniger offen formuliert.<sup>60</sup> Die Berufung auf die Londoner Schuldenkonferenz – auf deren Ergebnis schließlich das Luxemburger Abkommen einen so negativen Einfluss doch nicht nahm<sup>61</sup> – war nicht selten in der Funktion eines vorgeschobenen Arguments erfolgt.

Der Moralist und „Parzival“<sup>62</sup> Franz Böhm hatte von Anfang an gegen das Taktieren plädiert. Sein Rücktritt hatte ihm nicht nur den – schnell wieder verfliegenen – Zorn des Kanzlers eingetragen, sondern auch bittere Vorwürfe aus dem Kabinett und der eigenen Partei, bis hin zu verräterischer und „unpatriotischer“ Handlungsweise.<sup>63</sup> Freilich war Böhm genau das Gegenteil eines Verräters, nämlich ein offener Bekenner dessen, was er für wahr und richtig hielt, ein „Professor“ im Sinne des Wortes, weniger ein Politiker. Diese jederzeitige Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit prädestinierte ihn andererseits zum Delegationsleiter in diesen sehr speziellen Verhandlungen, aber eben nur bis zu ei-

---

57 Goschler: *Schuld und Schulden*, S. 174; Rumpf: *Der Israelvertrag*, S. 325 (von den 214 Abgeordneten der Koalitionsparteien stimmten nur 106 zu); Auszüge aus der Debatte bei Vogel (Hg.): *Der deutsch-israelische Dialog I/1*, S. 93–118.

58 Vgl. Weingardt: *Deutsch-israelische Beziehungen*, S. 14f.

59 Vogel (Hg.): *Der deutsch-israelische Dialog I/1*, S. 73f.; Jelinek: *Deutschland und Israel*, S. 217–242; Goschler: *Schuld und Schulden*, S. 173f.

60 Goschler: *Schuld und Schulden*, S. 174; Hansen: *Aus dem Schatten der Katastrophe*, S. 339f., und Michael Wolffsohn: *Das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel. Eine Untersuchung bundesdeutscher und ausländischer Umfragen*, in: Ludolf Herbst (Hg.): *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*. München 1986, S. 203–218.

61 Vgl. zusammenfassend Hermann J. Abs: *Die Wiederherstellung des deutschen Kredits*, in: Schwarz (Hg.): *Die Wiederherstellung des deutschen Kredits*, S. 12–37, insbes. S. 36f.

62 Diskussionsbeitrag Abs, in: Schwarz (Hg.): *Die Wiederherstellung des deutschen Kredits*, S. 70.

63 Hansen: *Franz Böhm mit Ricarda Huch*, S. 323; Adenauer bezeichnete Abs gegenüber die Haltung Küsters und Böhms als „sehr tadelnswert“; Adenauer an Abs, 21. Mai 1952, in: *Briefe 1951–1953*, S. 219; vgl. auch Hanns Jürgen Küsters (Bearb.): *Adenauer. Teegespräche 1950–1954*. Berlin 1984, S. 284.



nem gewissen Punkt. Hermann Josef Abs lag sicher nicht ganz falsch, wenn er im Rückblick die Rolle Böhm fast wie die eines „good guy“ beschrieb: „Prof. Böhm hatte die große Aufgabe, unter dem Eindruck eines einmaligen verbrecherischen Geschehens in der Vergangenheit, im Zuge einer nur die materielle Seite betreffenden Wiedergutmachung, den Versuch zu wagen, den Grundstein zu einer Versöhnung zwischen Israel und Deutschland zu legen.“<sup>64</sup> Abs selbst hingegen hätte dann, als es notwendig war, die weniger dankbare Rolle des „bad guy“ gespielt, der abgebrüht genug war, die Verhandlungen aus taktischen Gründen an den Rand des Scheiterns zu führen – jedoch nicht darüber hinaus. Man wird Franz Böhm kein Unrecht antun mit der Behauptung, dass er *dazu* nicht in der Lage gewesen wäre; sein Rücktritt ist ein Beleg dafür. An der Seite Adenauers waren freilich beide, „good guy“ und „bad guy“, gleichermaßen notwendig und wichtig, um die Gratwanderung letztlich zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

Franz Böhm blieb der Ausgestaltung des „besonderen“ Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Israel auch weiterhin verbunden. Früh setzte er sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern ein (die erst 1965 erfolgte); in den diversen Krisen, denen das gegenseitige Verhältnis nach 1952 ausgesetzt war, ließ Böhm offene und deutliche Worte, die immer um Verständnis für Israel und dessen politische Situation warben, nie vermissen. Parlamentarische und publizistische Auseinandersetzungen, auch mit CDU-Parteifreunden, scheute er dabei nicht.<sup>65</sup> Auch auf dem Gebiet der Individualentschädigung blieb Böhm tätig, u. a. als langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Fragen der Wiedergutmachung. In dieser Eigenschaft trug er maßgeblich – besonders auch als rhetorisch begabter Parlamentsredner – zur Genese der beiden großen Bundesentschädigungsgesetze von 1956 und 1965 bei. Franz Böhm starb am 26. September 1977 in Rockenberg im Taunus.

Böhm schloss seinen Bericht über die Entstehung des „deutsch-israelischen Abkommens“ mit einem Lob Adenauers: „Wie Dr. Adenauer dabei zu Werk gegangen ist, seine Kunst des Improvisierens und Verhandeln, seine Entschlußkraft, sein Einfühlungsvermögen haben die Bewunderung aller gefunden, die damals unmittelbare Zeugen dieser Vorgänge waren. Mir selbst hat sich die ihm eigene unpathetische Natürlichkeit und ihre eindrucksvolle Verbindung mit tiefem Ernst eingepägt. Jedenfalls steht fest, daß Konrad Adenauer der einzige ist, der – auf deutscher Seite – den Anspruch erheben kann, Anreger und Vollender der Luxemburger Wiedergutmachungsverträge zu sein.“<sup>66</sup>

64 Gespräch Hermann Josef Abs mit Rolf Vogel, 12. Februar 1981, in: Vogel: Der deutsch-israelische Dialog I/1, S. 55–58, hier S. 57.

65 Einzelheiten bei Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch, S. 339ff.

66 Böhm: Das deutsch-israelische Abkommen, S. 465.

Hinzuzufügen bliebe, dass aber auch Adenauer auf dem Weg zu dieser – wie anderer – politischen Leistung angewiesen war auf die Loyalität, das Beharrungsvermögen, das je spezifische Talent, und den inneren Kompass von Mitarbeitern der zweiten Reihe, wie Abs, Otto Küster – und Franz Böhm.



## **Erfahrungen aus 60 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen\***

**Johannes Gerster**

Wir feierten im Jahre 2001 den 90. Geburtstag des Jerusalemer Altbürgermeisters Teddy Kollek im Rahmen eines festlichen Banketts in einem Nobelrestaurant in Tel Aviv. Das israelische Protokoll hatte meine Frau und mich neben den mir unbekanntem Israel Kantor und dessen Frau platziert. Unsere Unterhaltung lief schleppend in Englisch. Teddy Kollek rief mir über den Tisch zu, redet doch einmal über Musik. Rasch stellten sich Gemeinsamkeiten heraus. Israel Kantor war nicht nur einer der bedeutendsten Rechtsanwälte Israels, er war auch Präsident des israelischen Jugendchorverbandes. Als ich ihm erzählte, dass ich Ehrenvorsitzender der MUSICA SACRA am Mainzer Dom war, nahm unsere Unterhaltung Fahrt auf. Und als er erfuhr, dass wir eine Konzertreise mit dem Mainzer Domchor und der Mainzer Domkantorei St. Martin mit 200 Sängerinnen und Sängern durch Israel planten, führte er das Gespräch plötzlich in perfektem Deutsch fort.

Diese Erfahrungen machten zahlreiche Deutsche in Israel. Israelis mit deutschem Hintergrund taten sich schwer, gegenüber Fremden die Sprache ihrer Jugend oder ihrer Eltern zu sprechen, sich zu ihren Deutschkenntnissen zu bekennen. Erst wenn sie ihrem deutschen Gesprächspartner näher kamen, vielleicht sogar Sympathie empfanden, überwandnen sie ihre Hemmung, deutsch zu reden. Dieses Verhalten lässt sich leicht aus den gebrochenen Lebensläufen ehemals deutscher Juden, die den Naziverbrechen entkamen, und den Anfängen des noch immer jungen Staates Israel erklären.

Deutschland war in den ersten Jahren nach der Staatsgründung Israels dort ein weißer Fleck auf der Landkarte. Deutschland war die Erinnerung an die Shoa, an die Ermordung von 6 Millionen Juden durch die nationalsozialistische Schreckensherrschaft. Man wollte Deutschland nicht wahrnehmen, an dieses Land und millionenfaches Leid nicht erinnert werden. In den israelischen Reisepässen war vermerkt: Gültig für alle Länder mit Ausnahme Deutschlands.

Darunter zu leiden hatten vor allem die Jeckes, wie die Juden aus dem deutschen Sprachraum genannt wurden. Rund 55.000 Juden waren in den 1930er Jahren aus Deutschland geflohen und in das damalige Palästina eingewandert. Sie lebten nicht selten mit dem unsinnigen und ungerechten Vorwurf, Hitler nicht verhindert zu haben. In der Öffentlichkeit wagten viele nicht, ihre Muttersprache – Deutsch – zu sprechen. Ihre Vor- und Nachnamen hatten sie in der

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen. Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ am 6. September 2012 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Regel in hebräische Namen umgewandelt. Wer sich mit Deutschland befasste, galt nicht selten als „Verräter“.

Umso bemerkenswerter war die Haltung von David Ben Gurion, dem ersten Premierminister und zugleich Verteidigungsminister Israels. Als David Grün im Jahre 1886 in Polen geboren und bereits 1906 als Landarbeiter nach Palästina eingewandert, wurde er Mitgründer der israelischen Gewerkschaft Histadruth (1921) und führte von 1930 bis 1965 die sozialistisch ausgerichtete Partei Mapai. Als Regierungschef eines kleinen, umstrittenen Landes mit gerade 700.000 Bürgern bei der Staatsgründung im Jahre 1948 war ihm klar, dass Israel in einem feindlichen, arabischen Umfeld nur auf- und ausgebaut, also überlebensfähig werden könne, wenn es auf Hilfe von außen setzen könne. Gegen erheblichen Widerstand erklärte er mit Blick auf die ein Jahr jüngere Bundesrepublik Deutschland wiederholt, er glaube an ein neues Deutschland. Das millionenfache Leid des jüdischen Volkes könne zwar nicht wiedergutmacht werden. Er setze aber auf das Verantwortungsgefühl der Deutschen, das jüdische Volk in seinem erneuten Überlebenskampf zu unterstützen. Ben Gurion war Idealist, Visionär und Realist.

Der zehn Jahre ältere erste Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte bereits 1951 im Deutschen Bundestag die moralische Pflicht des deutschen Volkes betont, das jüdische Volk beim Aufbau des Staates Israel zu unterstützen. Dabei wurde weitgehend der Begriff „Wiedergutmachung“ vermieden. Denn wie kann der Massenmord der NS-Schergen auf finanziellem Wege wieder gut gemacht werden? Adenauer galt vor allem bei Ben Gurion als glaubwürdiger Partner, denn er war unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 seiner Ämter als Kölner Oberbürgermeister und als Präsident des preußischen Staatsrates enthoben worden. Auch war in Israel sein Verhältnis zu Juden bekannt, das durch persönliche Freundschaften zu jüdischen Familien in Köln während seiner kommunalpolitischen Zeit und darüber hinaus geprägt war.

Die „Wiedergutmachung“ war im zerstörten und Not leidendem Nachkriegsdeutschland alles andere als populär. Adenauer hatte ebenfalls gegen erhebliche Widerstände, nicht zuletzt in seiner eigenen Partei, zu kämpfen. Aber auch auf diesem Feld sollte er sich durchsetzen. Für ihn war die Hilfe für Israel ein moralisches Gebot. Adenauer wusste aber auch, dass ein gutes Verhältnis zu Israel für die Bundesrepublik die Tore in die Welt öffnen werde. Auch er war Idealist, Visionär und Realist.

Bereits 1952 wurde das Luxemburger Abkommen zwischen Deutschland und Israel unterzeichnet. Mit der Bereitschaft zur „Wiedergutmachung“ unterschied sich die Bundesrepublik von der DDR, die bis zu ihrem Ende 1989 jede Form von Wiedergutmachung ablehnte.

Als in Israel öffentlich bekannt wurde, dass der jüdische Staat von Deutschland finanzielle Unterstützung annehmen wolle, wuchs die Empörung: „Kein

Blutgeld aus Deutschland“ war eine der Parolen demonstrierender Gegner jedweder Kontakte nach Deutschland. Im israelischen Parlament soll es sogar eine Schlägerei gegeben haben. In Deutschland erhielt Adenauer nach zahllosen Gesprächen und Sitzungen ausreichende Unterstützung im Parlament, in der Öffentlichkeit aber alles andere als Wohlwollen in dieser Frage. Der Wiederaufbau zerstörter deutscher Städte und die Überwindung der täglichen Nöte waren für viele dringlicher als finanzielle Hilfen für Israel.

So paradox es klingen mag, das neue Deutschland rückte erst mit dem Eichmann-Prozess in den Focus der israelischen Öffentlichkeit. Am 11. Mai 1960 hatte der israelische Geheimdienst den Organisator der Judentransporte in die Massenvernichtungslager, Adolf Eichmann, von Argentinien nach Israel entführt. In Jerusalem wurde Eichmann wegen Beteiligung an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ein Jahr später angeklagt. Dieser Prozess und die vier Monate dauernde, umfangreiche Beweisaufnahme wurden in der ganzen Welt und insbesondere in Israel und Deutschland emotional und spannungsgeladen verfolgt. Eichmann wurde der Verbrechen gegen das jüdische Volk, gegen die Menschheit und des Kriegsverbrechens für schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde am 15. Dezember 1961 vollstreckt. Natürlich wurde in Israel heftig diskutiert, warum Deutschland die NS-Kriegsverbrecher nicht konsequenter verfolgt hat, warum so viele mit dem Leben davon gekommen waren, und doch führten diese Diskussionen auch dazu, dass die Israelis sich vielleicht erstmals in aller Breite mit dem neuen Deutschland auseinandersetzten.

In der Bundesrepublik führten dieser Prozess und die weltweiten Reaktionen dazu, dass die Zeit der Verdrängung der Naziverbrechen zu Ende ging. Beide Völker mussten vor allem durch diesen Prozess den Naziterror in all seiner Abscheulichkeit miterfahren, um zwei wichtige Prozesse in Gang zu setzen: Israel nahm das neue Deutschland und seine positive Entwicklung nach wie vor kritisch, aber offener zur Kenntnis. Deutschland begann erst jetzt, seine grauenhafte NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. Das Volk der Täter und das Volk der Opfer schlug ein neues Kapitel seiner Geschichte auf. Deutlich wurde, dass die dunkle Vergangenheit das neue Deutschland und das neue Israel schicksalhaft miteinander verbindet.

Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel kam es im Jahre 1965. Bis dahin hatte Israel eine Mission in Köln unterhalten, dessen Leiter Felix Shinnar als inoffizieller Vertreter Israels Kontakte zur Bundesregierung und zum Bundestag in Bonn vorsichtig aufgebaut hatte. Nicht Israel, sondern die Bundesrepublik hatte zumindest seit dem Beginn der 1960er Jahre den Austausch offizieller Botschafter immer wieder verzögert. Der Grund lag in der Hallsteindoktrin. Danach beanspruchte die Bundesrepublik den Alleinvertretungsanspruch für das deutsche Volk mit der Folge, dass diese offizielle Kontakte zu all jenen Staaten abbrechen werde, welche die

DDR als deutschen Staat anerkennen würden. Nun hatten im Gegenzug die arabischen Staaten Bonn signalisiert, sie würden die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik aufkündigen und die DDR offiziell anerkennen, wenn Bonn offizielle Beziehungen zu Israel aufnehmen werde. Und genau dieses wollte Bonn verhindern. Erst nach einer Entscheidung des israelischen Parlamentes, diplomatische Beziehungen zu Deutschland aufzunehmen, was in Bonn zunächst Verärgerung über diesen einseitigen Vorstoß auslöste, gab Bundeskanzler Ludwig Erhard Grünes Licht für den Botschafteraustausch mit Israel. Zwölf arabische Staaten zogen darauf ihre Botschafter aus der Bundesrepublik ab, die sich im Laufe der folgenden Jahre aber wieder in Bonn einstellten.

Israel entsandte als ersten Botschafter den Staatssekretär im Verteidigungsministerium Asher Ben Nathan. Zuvor hatten mehrere Diplomaten des israelischen Außenministeriums sowie Intellektuelle und Universitätsprofessoren es abgelehnt, als Botschafter nach Bonn zu gehen. Asher Ben Nathan dagegen stand voll hinter den frühen Aussagen Ben Gurions: „Das Deutschland Adenauers ist nicht das Nachfolgeregime der Nazis“ und „Ich lehne eine Kollektivschuld der Deutschen ab“. Zugleich wusste Ben Nathan, dass er eine schwierige Mission annahm. Er sprach von einer „heiklen Aufgabe“, die er allerdings vier Jahre lang meisterhaft bewältigen sollte.

Die Bundesrepublik entsandte im Gegenzug den Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, Rolf Friedemann Pauls, nach Tel Aviv. Wie offen die Wunden aus der Shoa im Jahre 1965 noch waren, zeigte sich beim Amtsantritt Pauls, der von heftigen Gegendemonstrationen in Israel begleitet wurde. Schätzungsweise die Hälfte der Israelis wollte damals noch keinen offiziellen Vertreter Deutschlands in Israel sehen, geschweige denn akzeptieren. Als Pauls zur Akkreditierung fuhr, wurde sein Wagen – übrigens eine Leihgabe der israelischen Regierung – mit Steinen beworfen. Der Protest richtete sich auch gegen die Person Pauls, der als ehemaliger Offizier der Wehrmacht und Ritterkreuzträger auf besonders emotionale Ablehnung stieß. Das konnte Pauls in seinen drei Amtsjahren zum Positiven wenden. Israelische Zeitungen schrieben 1968, zum Ende seiner Amtszeit in Israel: „Wir haben Pauls mit Steinen empfangen und mit Blumen verabschiedet.“

Im Alter von 16 Jahren lernte ich den ersten Israeli kennen. Er war ein in Mainz geborener Jude, dem meine Eltern im Dritten Reich zur Flucht aus Deutschland verholfen hatten. Er dankte meinen Eltern für deren Unterstützung in schwierigster Zeit. Natürlich war unser Gast Anlass genug, in unserer Großfamilie mit sechs Kindern intensiver die Gräueltaten der Nazizeit zu besprechen, als dies in diesen 1950er Jahren in der Öffentlichkeit oder auch in unserer Schule, wo der Geschichtsunterricht mit dem 1. Weltkrieg endete, üblich war. Bei uns zu Hause wurde nichts verdrängt und nichts beschönigt. Ich verstand nicht alles, aber mein Interesse für das Judentum und für Israel wurde

in diesen Tagen geweckt. Und ich erinnere mich noch heute an die Herzlichkeit, ja Herzenswärme unseres israelischen Gastes und seine fast schwärmerische Schilderung seiner Jugendzeit in Mainz. Dieser Mann liebte seine Geburtsstadt, durch die er von deutschen und auch Mainzer Nazis vertrieben worden war, auch nach harten Jahren der Flucht und des Leidens.

Erst viel später in Israel sollte ich erkennen, dass die aus Europa stammenden Juden, die dem Massenmord Hitlers entkommen waren, die Brückenbauer zwischen dem neuen Israel und dem neuen Deutschland waren. Die orientalischen Juden, die Deutschland nie besucht hatten, die keine Deutschen kannten, zeigten sich oft unversöhnlicher gegenüber Deutschland als die deutschen Juden, die durch Flucht zunächst in Palästina und nach der Staatsgründung in Israel überlebt hatten.

1967 gründete ich als Jüngster in einem Kreis von Gleichgesinnten die Mainzer Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit. Nach meiner ersten Wahl in den Deutschen Bundestag im Jahre 1972 wurde ich sofort stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, die von der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestag, Annemarie Renger, geleitet wurde. Mein Interesse an Israel wuchs weiter, wobei regelmäßige Israelbesuche zum Ausbau der Kontakte zwischen dem israelischen und deutschen Parlament wie die Betreuung israelischer Minister und Parlamentarier in Bonn wichtige Teile meiner politischen Arbeit wurden. Dabei wurden mir, je öfter und länger ich mit israelischen Kollegen redete, zwei Botschaften vermittelt: „Du bist zu jung, um für die Verbrechen der Nazis verantwortlich zu sein.“ Der Satz Ben Gurions, es gäbe keine Kollektivschuld, war zumindest bei denen angekommen, die Beziehungen zu Deutschland unterhalten wollten.

„Wir können vergeben, aber nicht vergessen, was zwischen 1933 und 1945 geschehen ist.“ Diese Feststellung dürfte noch heute von der großen Mehrheit der Israelis geteilt werden.

Jeder Besuch in Israel machte deutlich, dass das Interesse der politischen Klasse in Israel an Deutschland wuchs, während die Vorbehalte gegenüber Deutschland bei dem Mann auf der Straße noch deutlich anhielten. Es gelang, mit starker Unterstützung des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek, auch in Israel eine Freundschaftsgesellschaft, die Israelisch-Deutsche Gesellschaft zu gründen. Ebenso kam es in der Knesset zur Gründung einer Israelisch-Deutschen Parlamentariergruppe. In beiden Fällen waren die Mitglieder der Arbeitspartei die treibenden Kräfte, während die Mitglieder des Likud sich zwischen Ablehnung und Verweigerung abwartend verhielten. In dieser Zeit verweigerte der Sprecher der Knesset, dessen Familie in der Nazizeit weitgehend ausgelöscht worden war, jedem Deutschen den Handschlag. Ich respektierte dieses Verhalten, setzte aber auf diejenigen, die zur Zusammenarbeit bereit waren. Und dieser Kreis vergrößerte sich zusehends. Es entstand die



erste kommunale Partnerschaft Wuppertal–Ber Sheva, weitere folgten. Es gab zunehmend wissenschaftliche Austauschprogramme zwischen deutschen und israelischen Universitäten.

Dieses noch vorsichtige aufeinander zugehen erfuhr allerdings auch Rückschläge vor allem auf der politischen Ebene. Im Yom Kippur Krieg 1973 erklärte sich die deutsche Bundesregierung in diesem Krieg als neutral und blockierte die Lieferung von Waffen und Versorgungsmittel aus den USA über die deutschen Häfen und Nato-Flugplätze. Die ägyptische Armee stand bereits 60 Kilometer vor Tel Aviv, Israel war in größter Not und Deutschland verhinderte den militärischen Nachschub für Israel. Nur das Ansehen von Bundeskanzler Willy Brandt, dessen Kniefall im Warschauer Ghetto in Israel auf größtes Wohlwollen gestoßen war, verhinderte größere Verwerfungen und Rückschläge in den israelisch-deutschen Beziehungen. Zwischen den Zeilen hörten wir, dass der Ärger nicht bei Bundeskanzler Willy Brandt, sondern bei dem damaligen Bundesfinanzminister Helmut Schmidt festgemacht wurde. Angeblich habe er die Blockade der Lieferungen nach Israel durchgesetzt.

Die Quittung erhielt der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt vom Likud-Premierminister Menachim Begin. Dieser diffamierte Schmidt als Nazi-Leutnant, was in Deutschland zu Recht Empörung auslöste. Annemarie Renger, Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariengruppe, bat mich als ihren Stellvertreter in dieser Gruppe, unseren Freunden in der Knesset klarzumachen, dass diese Entgleisung unsere Bemühungen, zwischen Israel und Deutschland dauerhafte und krisenfeste Beziehungen aufzubauen, nachhaltig beschädigen werde. Es sei besser, wenn ein junges Mitglied der Opposition dies unseren Partnern in Israel erklären würde als sie selbst als Parteifreundin Schmidts.

Unsere Freunde in der Knesset teilten mehrheitlich unsere Bedenken und arrangierten eine „Zufallsbegegnung“ mit Begin während einer Knesset-Sitzung. Ich wurde Begin als Freund Israels vorgestellt, er hörte meine Argumente an, gab dazu keinerlei Kommentar und dankte mir für meine Freundschaft mit Israel. Wiederholt hat er die Diffamierung Helmut Schmidts danach nicht mehr.

Es gab auch erfreulichere Begegnungen. Zu Beginn der 1980er Jahre sprach mich der Vizesprecher der Knesset und Vizebürgermeister von Tel Aviv, Dov Ben Meir an, ob ich eine Möglichkeit sähe, den Aufbau eines israelisch-palästinensischen Forums für Begegnungen mit offiziellen Vertretern beider Seiten zu unterstützen. Zusammen mit der Leiterin der Internationalen Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Frau Krieger, und weitsichtigen israelischen und palästinensischen Politikern, Professoren und Gewerkschaftern gründeten wir den israelisch-palästinensischen Verein Co-Existence, der Israelis und Palästinenser regelmäßig zu vertraulichen gemeinsamen Treffen einladen sollte. Leider beendete die 1. Intifada im Jahre 1987 und die damit einsetzende Gewalt

diese so verheißungsvoll begonnene Arbeit. Dass ein Geschäftsführer in die Kasse des Vereins gegriffen hatte und damit deutsches Steuergeld veruntreut hatte, beschleunigte das Aus dieses Vereins und damit eine Chance zum Ausgleich lange vor den Osloer Verträgen.

Nach sechs Wahlperioden und fast 22 Jahren Bundestag, verzichtete ich im Jahre 1994 auf eine erneute Kandidatur. Bereits ein Jahr vorher hatte mich der Landesverband meiner Partei zum Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen im Jahre 1996 gewählt. Der Grund: Nach dem Sturz von Ministerpräsident Bernhard Vogel als Landesvorsitzenden im Jahre 1988 und dem fast logischen Verlust der Regierungsverantwortung in Rheinland-Pfalz bei den Wahlen 1991 befand sich die CDU im Land im freien Fall. Bis 1987 hatte sie mit der satten absoluten Mehrheit von 51,9 Prozent das Land regiert. Nur sechs Jahre später, im Jahre 1993, kam sie bei den Umfragen gerade noch auf 29 Prozent! Gerster sollte den Karren aus dem Dreck ziehen. Aus Israel erreichten mich dazu zahlreiche Erfolgswünsche und dazu eine besondere Auszeichnung: Die Ben Gurion Universität des Negev verlieh mir am 30. November 1995 den Ehrendoktor der Philosophie für meine „herausragenden Leistungen zugunsten des jüdische Volkes und des Staates Israel“.

Die Aufholjagd in Rheinland-Pfalz gelang, wenn auch nicht ganz. Bei den Wahlen 1996 war der Vorsprung der SPD, der im November 1993 noch 17 Prozent betragen hatte, auf einen Prozentpunkt geschmolzen. Die FDP hatte die Möglichkeit, mit der CDU eine Regierung zu bilden, entschied sich aber für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD. Mich reizten die Oppositionsbänke in Mainz nicht. Ich trat 1997 von meinen Ämtern als CDU-Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender im rheinland-pfälzischen Landtag zurück und ging für die Konrad-Adenauer-Stiftung freudigen Herzens nach Jerusalem. Dort wollte ich den israelisch-palästinensischen Dialog und einen längst fallen gelassenen Plan vom Beginn der 1980er Jahre, in Israel ein Konrad Adenauer Begegnungszentrum zu bauen, wieder aufnehmen.

In Jerusalem fand ich ein gut organisiertes Büro der Adenauer-Stiftung mit hervorragenden Mitarbeiterinnen vor. Seit 1980 hatte die Stiftung Projekte mit Universitätsinstituten begonnen und 1982 ein eigenes Büro in Jerusalem eröffnet. Es gab auch vereinzelt Kontakte mit Palästinensern, aber keine gemeinsamen israelisch-palästinensischen Initiativen.

In Israel wurde ich bestens aufgenommen. Langjährige Freunde wie Dov Ben Meir, Adin Talbar, Teddy Kollek und Asher Ben Nathan veranstalteten Empfänge, um mich in die israelische Gesellschaft einzuführen. Die Jeckes waren längst in 15 Landsmannschaften wie die ehemaligen Kölner, Berliner, Kasseler, Frankfurter, ja sogar die ehemaligen Ost- und Westpreußen und Danziger zusammengefasst. Sie luden meine Frau und mich regelmäßig zu ihren Veranstaltungen und insbesondere zu den jüdischen Festen wie Pessach, Succot und Chanuka ein. Besonders hilfreich waren meine Kontakte zur israel-

lisch-deutschen Parlamentariergruppe in der Knesset. Deren früherer Vorsitzender Dan Tichon war inzwischen Sprecher (Präsident) der Knesset. Durch ihn bekam ich privilegierten Zugang zum israelischen Parlament. Mehr noch: Gideon Esra, früherer Vizechef des inländischen Geheimdienstes Schabak, und inzwischen Mitglied der Knesset, rief regelmäßig nach den Sitzungen des Parlamentes so zwischen 20 und 22 Uhr an und lud mich in das unkoschere, von der deutschen Familie Rothschild aus Würzburg um 1900 gegründete, Lokal Fincks in der Nähe unserer Wohnung ein. Dort saßen dann quer durch die Fraktionen Abgeordnete und stärkten sich nach oft quälenden Parlaments-Debatten. Nur die Vertreter der religiösen und der arabischen Parteien blieben diesen Begegnungen fern. Man behandelte den Alt-MdB als Kollegen und versorgte mich mit Kontakten und Informationen, die mir keine offiziellen Termine hätten verschaffen könnten. Die Israelisch-Deutsche Gesellschaft wählte mich ein Jahr nach meinem Umzug nach Jerusalem zu ihrem Vizepräsidenten. Die Begründung: Wer 16 Jahre Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) war, kann nun seine Erfahrungen bei der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG) einbringen. Dass ich weder Israeli noch Jude war, störte keinen.

Meine Frau und ich fühlten uns in Israel sehr wohl. Nicht selten wurde ich allerdings mit schrecklichen Lebensgeschichten und dem Verlust von Familienmitgliedern durch die Nazi-Verbrechen konfrontiert. Dies wurde aber nie mit pauschalen Vorwürfen gegenüber Deutschland oder mir, dem bei Kriegsende 4-Jährigen, verbunden. Allerdings nahm ich mir auch immer Zeit, sehr geduldig zuzuhören. Natürlich kann ich nicht ausschließen, dass Israelis mir, dem Deutschen, aus dem Weg gingen. Ich wurde aber in neun Jahren nicht einmal angepöbelt oder für mich erkennbar von einem Treffen oder Ereignis ausgeschlossen. Im Laufe der Jahre erschienen mir die Israelis versöhnlicher als Teile der amerikanischen Juden oder Einzelne im Zentralrat der Juden in Deutschland. Als ich mit 65 Jahren im Jahre 2006 nach Deutschland zurückkehren wollte, wäre meine Frau am Liebsten noch dort geblieben. Auch ich hätte mir meinen Ruhestand in Israel durchaus vorstellen können. Allerdings zogen unsere Kinder und die inzwischen geborenen Enkelkinder uns letztlich doch nach Mainz zurück.

Bereits am 7. Tag nach meiner Ankunft war ich mit Teddy Kollek zusammengekommen. 28 Jahre hatte er als Bürgermeister die Geschicke von Jerusalem geleitet. Nun förderte er als Internationaler Präsident der von ihm gegründeten Jerusalem Foundation vor allem jüdisch-arabische Projekte in der Stadt. Er zeigte mir ein Grundstück im Herzen der Stadt, unterhalb des berühmten King David Hotels, und erklärte mir, dass seine Stiftung dort ein kleines, schmuckes Konferenzzentrum bauen wolle. Teddy Kollek war weltweit der beste Spendensammler für seine geliebte Stadt Jerusalem. Deshalb redete ich ihn häufig mit „Teddy Kollekte“ an, was er offenbar als Kompliment verstand.

Ich kam seiner Frage, ob ich ihn dabei unterstützen könne, mit der Frage zuvor, was es koste, wenn dieses Zentrum nach Konrad Adenauer benannt und von meiner Stiftung in Zukunft mitgenutzt werde. Seine Antwort: 3,5 Millionen US-Dollar. Ich sagte ihm zu, diese Summe in Deutschland zu besorgen und hatte danach schlaflose Nächte. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Im November 1999 fand die Grundsteinlegung in Anwesenheit von Helmut Kohl statt. Wir hatten in nur zwei Jahren über 15 Millionen, also mehr als das Doppelte, in Deutschland an Spenden gesammelt. Im Mai 2001 weihten wir das Zentrum im Beisein der Ministerpräsidenten Clement (Nordrhein-Westfalen), Teufel (Baden-Württemberg), Vogel (Thüringen) und zahlreicher Landesminister ein. Es wurde ein begehrtes und erfolgreiches Kulturzentrum für Juden, Christen und Moslems und Ort zahlreicher israelisch-palästinensischer Begegnungen und Arbeitstreffen. Mit Teddy Kollek hatte ich vereinbart, dass er als „Vater“ des Konrad Adenauer Zentrums gehandelt werden solle. Vielleicht war das der Grund, dass bis heute keine einzige kritische Stimme gegen das nach einem Deutschen benannte Zentrum vernommen wurde. Für mich ist das ein Zeichen der inzwischen erreichten Normalität zwischen Israelis und Deutschen.

Die gute Erfahrung mit dem Konrad Adenauer Zentrum machte mir Mut, das zweite noch problematischere Vorhaben anzupacken: Wie konnten wir die Arbeit des untergegangenen Vereins Co-Existance wieder aufleben lassen? Wie konnten wir Israelis und Palästinenser für inoffizielle Begegnungen gewinnen. Auch hier kam uns das Glück entgegen. Eines Tages tauchten die Direktoren des „Israel Palestine Center for Research and Information“ (IPCRI) Gershon Baskin und Zakaria al Qak in meinem Büro auf und baten um Unterstützung für ihre israelisch-palästinensischen Projekte. Diese Nichtregierungsorganisation suchte internationale Unterstützung für die noch in den Kinderschuhen steckenden Treffen von israelischen und palästinensischen Persönlichkeiten. Unschwer erkannte ich, dass frühere Mitglieder von Co-Existance beteiligt waren. Schon deshalb stimmte ich spontan zu, die IPCRI-Projekte wohlwollend zu unterstützen.

Die Sache hatte zwei Haken: Gershon Baskin galt im israelischen Spektrum als weit links und weit von der ersten Regierung Netanjahu entfernt. Dieser hatte noch vor meiner Israelzeit als erster Likud-Vorsitzender Deutschland besucht. Ich hatte ihn dabei begleitet und sein Interesse an der CDU und der Adenauerstiftung erkennen können. Also nahm ich den Stier bei den Hörnern, besuchte ihn und teilte ihm in voller Offenheit mit, was wir planten: Zusammen mit IPCRI inoffizielle Arbeitsgruppen aufzubauen, in denen zunächst israelische und palästinensische Vertreter aus den Bereichen der Wirtschaft und der Wissenschaft Modelle der Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten entwickeln und den beiden Regierungen vorlegen sollten. Später sollten dann Vertreter beider Regierungen in die Arbeit eingebunden werden. Zu meiner Überras-

schung stimmte Netanjahu zu unter folgender Bedingung: Das Ganze solle vertraulich, ohne Presse über die Bühne gehen und die Arbeitsgruppen sollten nur die Regierungen und nicht die Öffentlichkeit über ihre Sitzungen und Arbeitsergebnisse informieren.

Der zweite Haken betraf die Palästinenser und mich. Ich galt als Freund Israels, dessen Neutralität von der palästinensischen Seite zunächst angezweifelt wurde. Durch einen Besuch bei dem palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat, der mich von früheren Begegnungen kannte, konnte ich diese Bedenken ausräumen. Ich verfiel nicht dem Fehler mancher Politiker, die erst die Israelis und dann die Palästinenser aufsuchen, um beiden zu versichern, sie seien beste Freunde, was diese oft als einseitige Unterstützung ihrer Politik verstanden. Ich erklärte vielmehr: Ich bin ein Freund Israels, der dafür wirbt, dass die Palästinenser sich in einem eigenen Staat neben Israel (nicht anstelle von Israel) entwickeln können. Verlässliche Freundschaft mit Israel und die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf der Basis einer Zweistaatenlösung waren für mich die zwei Seiten einer Medaille. Diese Auffassung vertrat ich auf beiden Seiten mit den gleichen Worten. Zu meiner Überraschung stimmte Arafat sofort der Bildung von Arbeitsgruppen zu, welche im Laufe der Zeit durch Vertreter beider Regierungen aufgewertet wurden.

Die Arbeit dieser IPCRI-KAS-Arbeitsgruppen entwickelte sich so gut, dass wir von beiden Regierungen in der Folgezeit gebeten wurden, über dieses oder jenes Problem zu sprechen und möglichst einen gemeinsamen Vorschlag zur Lösung zu entwickeln. Die Vertraulichkeit wurde, abgesehen von zwei Fällen, gewahrt. Wir wurden in Zeiten politischer Stagnation und der Gewalt auch während der zweiten Intifada, als Mediator zwischen beiden Regierungen akzeptiert. Offiziell gab es uns nicht, inoffiziell konnten wir helfen, so manches Problem zugunsten der Menschen auf beiden Seiten zu entschärfen oder sogar zu lösen.

Dass Israelis und Palästinenser in diesen Jahren der Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Spielraum ließen, hatte zwei Gründe: Wir waren, so schwer das auch manches Mal war, loyal zu beiden Seiten und waren Garant, dass beide Seiten auf gleicher Augenhöhe miteinander reden konnten. Dadurch wuchs Vertrauen.

Wir verhandelten nicht über den Frieden. Dieser Schuh war für uns zu groß. Das war Sache der Amerikaner, die genauso wenig zugelassen hätten, dass eine deutsche Organisation auf diesem sensiblen Feld Erfolge hätte haben können, wie Derartiges im Interesse z. B. der Engländer und Franzosen hätte sein können. Unsere Arbeitsgruppen waren für die Lösung von Alltagsproblemen zwischen beiden Seiten zuständig. Dass Israelis und Palästinenser uns als Mittler akzeptierten und auch immer wieder ermunterten, erfüllte uns mit Freude.

Im Laufe der Jahre brachten wir mit der „Middle East Children Association“ (MECA) ein israelisch-palästinensisches Lehrerfortbildungsprogramm und

mit der kleinen, aber leistungsfähigen Israelisch-Jordanischen Handelskammer erste Schritte zu einer Freihandelszone Nahost auf den Weg. Auch hier machten wir die Erfahrung, dass eine deutsche Organisation als Mittler und Katalysator über ansonsten schwer zu überschreitende Grenzen gefragt war.

Im Jahre 1998 feierte Israel und im Jahre 1999 die Bundesrepublik Deutschland ihr 50-jähriges Bestehen. Für israelische Zeitungen war das Veranlassung, mich um einen Gastkommentar zu den deutsch-israelischen Beziehungen zu bitten. Mir war klar, dass die Israelis aller Couleur – seitdem Israel sich überhaupt zu offiziellen Beziehungen bekannte – bei jeder Gelegenheit von den besonderen Beziehungen zu Deutschland sprachen. Nach der Shoa sollten es keine normalen Beziehungen geben. Mir schien, das Besondere war für manchen Redner wichtiger als die Beziehungen. Ich selbst konnte mit dem Wort besonders nicht viel anfangen. Man kann besonders jung oder alt, besonders dünn oder dick, besonders klein oder groß sein. Dennoch schienen bei einem Kommentar eines Deutschen in israelischen Zeitungen die Worte „besondere Beziehungen“ unverzichtbar zu sein. Deshalb formulierte ich: „Die Israelisch-Deutschen Beziehungen sind besonders belastet, besonders sensibel, besonders gut“. Ich war gespannt, ob es Proteste gegen die „besonders guten Beziehungen“, die ja besser als normale Beziehungen sein dürften, geben würde. Noch heute warte ich auf Kritik. Stattdessen verschwand das Attribut „besondere Beziehungen zu Deutschland“ mehr und mehr aus dem Repertoire israelischer Redner.

Zum 60-jährigen Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2009 bescheinigte die Spitze des Staates Israel, Staatspräsident, Premierminister, Sprecherin der Knesset unisono, Deutschland sei nach den USA der zweitbeste bzw. in Europa der beste Freund Israels. Bundeskanzlerin Angela Merkel steht in der Beliebtheitsskala ganz oben, spätestens seit ihrer Feststellung: Israels Sicherheit sei deutsche Staatsraison. Besser geht es nicht.

Die Bilanz im deutsch-israelischen Verhältnis fällt heute überaus positiv aus. Zwischen beiden Ländern gibt es über 100 kommunale Partnerschaften. So unterhält die Hafenstadt Haifa vier Partnerschaften mit den Landeshauptstädten Bremen, Düsseldorf, Erfurt und Mainz sowie mit Mannheim. Wenn auch der Schwung der ersten Jahre etwas gelitten hat und finanzielle Probleme der Kommunen auf beiden Seiten manches Vorhaben blockieren, vor allem private Organisationen ermöglichen regelmäßige Begegnungen und Austauschprogramme auf kommunaler Ebene. Jede israelische Universität pflegt die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen. An dem renommierten Weizmann-Institut in Rehovot forschen regelmäßig um die 30 Deutsche Naturwissenschaftler. Die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung bringt jährlich mit ihrer israelischen Schwestervereinigung bis zu 300 Juristen aus beiden Ländern zu Fachtagungen zusammen. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft und ihre israelische Schwestergesellschaft IDG veranstaltet zur Kon-

taktpflege jedes Jahr Begegnungen in Israel und Deutschland. Trotz Streichung der öffentlichen Zuschüsse schultern noch immer zahlreiche Institutionen den Jugendaustausch in beiden Richtungen. So führen beispielsweise die Maria Ward Schule in Mainz und das Leo Baeck Erziehungszentrum in Haifa jährlich gemeinsame Ferienprogramme für ihre Schülerinnen durch.

Die Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Israel betrug 1960 – vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – gerade einmal 100 Millionen US-Dollar. Im Jahre 2011 betrug es stolze 6,5 Milliarden US-Dollar. Das bedeutet in 52 Jahren ein durchschnittliches, jährliches Wachstum von 9 Prozent. Deutschland ist heute der drittgrößte Handelspartner Israels nach den USA und China. Israel ist der drittgrößte Handelspartner Deutschlands aus der gesamten MENA-Region. Israels Bevölkerung wuchs von 700.000 Bürgern bei der Staatsgründung auf fast 8 Millionen Staatsbürger heute. Israel entwickelte sich vom Agrarland in 1948 zum High Tech Land allererster Güte im Jahre 2012. Trotz aller Krisen und Gewalt im Nahen Osten gilt es als stabiles, demokratisches Land und ist daher nicht nur für die deutsche Wirtschaft von großem Interesse.

Das Ansehen Deutschlands in Israel ist gut. Das beweist auch dieses Beispiel: Junge Israelis gehen nach ihrem langen Wehrdienst gerne als Rucksacktouristen auf Reisen. Dabei umgehen sie aus Sicherheitsgründen die arabischen und weitere moslemisch regierte Staaten. In die USA und nach Europa führen diese Wanderschaften oft aus finanziellen Gründen nicht. Also bereisen sie zum Beispiel Indien und die südamerikanischen Länder. Auf die Frage, welche Hauptstadt sie in der Welt am Liebsten besuchen würden, rangiert seit Jahren die deutsche Hauptstadt Berlin auf Platz eins. Für diese jungen Menschen ist die Shoa gegenwärtig. Als Schüler, Soldaten und Studenten besuchen sie die zentrale Holocaustgedenkstätte Yad Vashem. Dieser Besuch ist jeweils Teil des Pflichtprogramms. Dennoch haben sie keinerlei Berührungspunkte mit Deutschen, mit Deutschland. Im Gegenteil: In meinen Jerusalemer Jahren musste man nur die Stichworte Bundesliga, Heidi Klum oder Michael Schumacher nennen, und schon waren viele junge Israelis voll in ihrem Element. Fast 70 Jahre nach der Shoa ist die Wunde zwar nicht voll verheilt, aber sie ist vernarbt. Das heißt aber auch, man muss sorgsam mit den deutsch-israelischen Beziehungen umgehen. Denn eine Narbe bricht leichter auf als eine verheilte Wunde.

Israels Ansehen in Deutschland ist eher durchwachsen. Bei Umfragen wird Israel von der Mehrheit als Kriegsgrund, ja als Kriegsgefahr angesehen. Diese Stimmung wird in Israel zunehmend mit Sorge registriert. Aus israelischer Sicht sind dafür drei sehr unterschiedliche Gründe ursächlich:

Zum Ersten beklagt man eine als einseitig empfundene Berichterstattung über die Ursachen des israelisch-palästinensischen Konfliktes in Europa und auch in Deutschland. So werde immer wieder der Siedlungsbau, der auch in

Israel umstritten ist, als Hauptursache der Auseinandersetzungen deklariert, während heute noch die große Mehrheit der arabischen Welt Israel das Existenzrecht abspreche und der Iran Israel ständig die Vernichtung androhe. Auf der gleichen Linie liege die falsche Behauptung, Israel wolle nicht mit den Palästinensern verhandeln, während die in Gaza herrschende Hamas jedes Gespräch mit Israel ablehnt und der palästinensische Präsident nicht zu Gesprächen mit Israel ohne die Hamas bereit sei. Israel habe daher keinen palästinensischen Gesprächspartner, bekomme aber die Schuld für das Ausbleiben der so sehr ersehnten Friedensverhandlungen in die Schuhe geschoben.

Zum Zweiten sei Europa und mit Abstrichen auch Deutschland nicht bereit, Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten und damit als Teil der westlichen Wertegemeinschaft zu akzeptieren. Man beklagt zunehmend, dass Israelis und Palästinenser mit unterschiedlichen moralisch-ethischen Maßstäben bewertet würden. Der kleinste Fehler Israels werde empört hochgezogen, während die generelle Bereitschaft zur Gewalt in der arabischen Welt nach der Methode, „die sind halt so“, fast entschuldigt werde.

Zum Dritten befürchtet man in Israel, dass der wachsende Einfluss der Moslems in Deutschland und ein opportunistisches Verhalten gegenüber deren Ansprüchen und Forderungen die Distanz zu Israel vergrößern werde. Auch befürchtet man – nicht ganz zu Unrecht – dass Deutschland die Zunahme antisemitischer Strömungen nicht stoppen könne. Auch diese Entwicklung gehe zu Lasten Israels.

Man muss diese Bedenken nicht teilen, ernst nehmen sollte man sie schon. Die Generation, die aus historischen, politischen und moralischen Gründen für das Existenzrecht der Juden in Israel eintrat, stirbt aus. Unsere Gesellschaft ändert sich rasant. Moralische und ethische Grundsätze geraten zumindest partiell ins Wanken. Dies gilt für viele politische Fragestellungen, aber insbesondere auch für unsere Position gegenüber den Juden und dem Staat Israel. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind kein Selbstläufer. Auch in Zukunft sollten wir hart dafür arbeiten.





## Schlusswort\*

Dorothee Wilms

Am Ende einer interessanten Veranstaltung zu einem historisch bedeutenden und letztlich immer noch aktuellen Thema fragt man sich, was bleibt als Resümee in der Erinnerung haften. Für mich ist es vor allem die Feststellung, dass das damals zunächst so umstrittene Abkommen zwischen dem Staate Israel und der noch jungen Bundesrepublik Deutschland gute und bleibende Früchte getragen hat: Die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sind seit Jahrzehnten freundschaftlich-konstruktiv und halten auch gelegentlichen zwischenstaatlichen oder politischen Meinungsunterschieden und Belastungen stand. Wenn man heute auf die politisch so labile Lage im Nahen und Mittleren Osten schaut, dann wissen wir noch mehr als früher dieses feste Vertrauensfundament zu schätzen; dies wird sich auch für die Zukunft nicht ändern können und dürfen. Ich denke, wir Deutschen kennen unsere Mitverantwortung für die Bewältigung und Beherrschung von Krisensituationen gerade in diesem Teil der Welt.

Die Darstellung der damaligen Ereignisse in den beeindruckenden Vorträgen und Diskussionen verlockt dazu, auf eine alte historische Erfahrung hinzuweisen: „Männer machen Geschichte“ – Frauen übrigens auch! Es sind immer wieder einzelne Persönlichkeiten, die das Rad der Geschichte sichtbar für alle ein wenig weiterdrehen: Im Kontext des Wiedergutmachungsabkommens zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland waren es Professor Franz Böhm und Bundeskanzler Konrad Adenauer, die das Abkommen gegen viele Widerstände durchsetzten. Franz Böhm, der Wissenschaftler und Gesinnungsethiker, in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur erprobt, verfolgte beharrlich und gegen alle politischen und ökonomischen Bedenken seine Pläne der Wiedergutmachung, zeitweise auch im Streit mit Kanzler Adenauer. Dieser, der politische Realist, Zeit seines Lebens immer auch ein Freund und Förderer jüdischer Menschen und Kultur, sah sich als Politiker und Parlamentarier jedoch vielen Widerständen in Wirtschaft, Parteien und Bundestag gegenüber, denen er in seiner Funktion als Kanzler selbstverständlich mehr Rechnung zu tragen hatte als Professor Böhm. Hier zeigte sich exemplarisch das oft unterschiedlich akzentuierte Verhalten eines von Mehrheiten abhängigen Politikers und eines unabhängigen Wissenschaftlers. Viele von uns kennen solche Situationen aus eigener Erfahrung! Aber letztlich, und das ist die große historische Leistung Adenauers, verständigte er sich mit

---

\* Schlusswort anlässlich der Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen. Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ am 6. September 2012 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Böhm und setzte das Luxemburger Abkommen gegen alle politischen Widerstände, gerade und besonders in seinem eigenen politischen Lager, durch – auch mit Hilfe der SPD-Fraktion.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass es auch in Israel massiven Widerstand gegen dieses Abkommen gab. Und auch hier waren es „einzelne Männer“, denen der Durchbruch zur Zustimmung letztlich zu verdanken war. Ich nenne hier nur den Namen des unvergessenen David Ben Gurion. In meiner Erinnerung – diese persönliche Bemerkung sei erlaubt – hat sich unauslöschlich das Bild eingegraben, wie dieser große israelische Politiker mit seiner Teilnahme an der Trauerfeier für Konrad Adenauer im Kölner Dom dem deutschen Kanzler Respekt und die letzte Ehre erwies. Das war ein beeindruckend historisches Bild gerade für meine Generation, die ja die Nazi-Diktatur noch als Kind erlebt hatte.

In den vergangenen Stunden kam noch einmal eindrucksvoll zum Ausdruck, welch großartige Früchte das Wiedergutmachungsabkommen bis in die Gegenwart getragen hat und gerade angesichts der aktuellen Probleme in Nahost noch trägt. Wir Älteren erinnern uns ja noch sehr konkret daran, dass Adenauers und Böhms Pläne damals keineswegs einhellige Begeisterung bei den Menschen in der Bundesrepublik hervorgerufen hatten. Die einen fanden alles viel zu teuer und für das immer noch zerstörte Land kaum bezahlbar – die Bundesrepublik hat dies im Rückblick übrigens wirtschaftlich bestens verkraftet. Andere empfanden es als unpassend, moralische Schuld mit Geld aufwiegen zu wollen. Wieder andere wollten nicht mehr an die Zeit des Schreckens unter den Nationalsozialisten, an den Holocaust, erinnert werden und endlich einen Schlussstrich ziehen.

Adenauer und Böhm sahen sehr klar, dass es keineswegs nur um eine materielle Wiedergutmachung ging – die war ja eigentlich gar nicht zu beziffern –, sondern in der Hauptsache um einen symbolischen, aber eben auch sichtbaren Akt einer moralischen Anerkennung von deutscher Schuld und einer ansatzweise materiellen Wiedergutmachung. Letztlich ging es um die historisch-politische Auseinandersetzung mit der schlimmen deutschen Vergangenheit seit 1933. Dagegen wehrten sich viele damals noch in der Bundesrepublik; nicht wenige wollten die Erinnerung an die Jahre der NS-Diktatur am liebsten unter den Teppich kehren. Heute wissen wir noch besser als vor 60 Jahren – und die Erfahrung mit der politischen Aufarbeitung der Diktaturgeschichte in Ostmitteleuropa hat uns das nach 1989/1990 erneut vor Augen geführt –, wie wichtig es war und immer noch ist, dass sich die Deutschen, ebenso wie alle europäischen Völker, auch mit den dunklen Seiten der eigenen staatlich-politischen Vergangenheit auseinandersetzen. Wir sollten allerdings nicht verschweigen, dass dieses Abkommen auch den Weg der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft erleichtert hat – und auch das war von Adenauer so gewollt.

Heute können wir mit Zuversicht auf die festen Bindungen zwischen dem Staate Israel und der Bundesrepublik Deutschland schauen, was nicht bedeu-

tet, dass jedes Regierungshandeln und jede politische Aktion vom jeweils anderen Partner immer bejubelt werden muss. Aber sie bilden, davon bin ich überzeugt, eine feste Basis auch angesichts einer derzeit schwieriger werdenden Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten.

Es bleibt mir zum Schluss die angenehme Aufgabe, den Referenten, den Herren Professor Dr. Brechenmacher und Dr. Gerster dafür herzlich zu danken, dass sie uns durch ihre fundierten Referate und engagierten Diskussionsbeiträge sowohl in die Vergangenheit mitgenommen als auch in die aktuellen Probleme eingeführt haben. Gerade der sachkundige Überblick über die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Israel hat uns das Verständnis für die bis heute gültige Bedeutung des Abkommens erleichtert. Die erläuternden Anmerkungen der Teilnehmer haben das Ganze bereichert. Ihnen allen sei gedankt. Großer Dank gilt auch der Konrad-Adenauer-Stiftung, insbesondere Herrn Professor Dr. Küsters und seinen Damen und Herren, die diese Tagung vorbereitet und begleitet haben. Ich hoffe sehr, dass die KAS auch künftig hier im Bonner Raum solche Veranstaltungen durchführt.



# LEBENSBLDER

## **Franz Thedieck (1900–1995) – „Zeitgenosse des Jahrhunderts“**

**Christoph Brüll**

Am 27. September 1985, einen Tag nach dessen 85. Geburtstag, führte der Deutschlandfunk ein lebensgeschichtliches Interview mit seinem ehemaligen Intendanten Franz Thedieck. Darin betonte dieser, dass er sich – trotz CDU-Mitgliedschaft seit 1945 – nie als Parteifunktionär, sondern immer als Beamter gesehen habe.<sup>1</sup> In dieser Bemerkung, die ganz zum Schluss des Gesprächs fiel, wird das Spannungsfeld deutlich, in dem sich Thedieck spätestens seit 1923 bewegt hatte: Er war ein durch und durch politischer Mensch, dessen Gestaltungswillen sich letztlich über fast sechs Jahrzehnte in seiner Verwaltungstätigkeit geäußert hatte. Die Bemerkung erklärt aber auch, zumindest teilweise, warum Franz Thedieck heute fast niemandem mehr ein Begriff ist: Er fühlte sich in der zweiten oder dritten Reihe wohl. Und doch, die bloße Aufzählung seiner beruflichen Tätigkeitsfelder zeigt, wie sich in der Person von Franz Thedieck zahlreiche Fragen und Probleme spiegeln, die die Historiker seit Jahrzehnten beschäftigen: Abwehrnebenstelle des Preußischen Innenministeriums in Köln (1923–1929), Regierungsrat und Oberregierungsrat des Regierungsbezirks Köln (1931–1940 und 1945–1949), Oberkriegsverwaltungsrat bei der Militärverwaltung Belgien und Nordfrankreich (1940–1943), Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (1949–1964) und Intendant des Deutschlandfunks (1966–1972). Eine Beamtenkarriere über drei Regime hinweg, die – auf den ersten Blick – stets nach oben geführt hat. Die Frage nach seinem Platz in den Forschungen zu deutschen Elitenkontinuitäten im 20. Jahrhundert liegt somit auf der Hand.

Diese Auflistung gewinnt noch an Schärfe, wenn auch die inhaltlichen Schwerpunkte angeführt werden: Kampf gegen den rheinischen Separatismus, Grenzlandreferent für Eupen-Malmedy und Luxemburg, Generalreferent des Chefs der Militärverwaltung in Brüssel, zuständig u. a. für Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Beziehungen zur katholischen Kirche, Kampf gegen DDR- und Sowjetpropaganda. Es stehen zudem drei Parteimitgliedschaften zu Buche: DNVP (1919–1921), Zentrum (1930–1933) und CDU (1945–1995). Ehrenamtliches Engagement leistete er u. a. in der deutsch-österreichischen

---

1 Deutschlandfunk (Hg.): Zeitgenosse des Jahrhunderts. Ein Gespräch mit Franz Thedieck. Heft 34. Köln 1986, S. 20. Der Verfasser dankt Peter M. Quadflieg M. A. für die kritische Kommentierung des Textes.

Arbeitsgemeinschaft (1926–1933), im Verein für das Deutschtum im Ausland (1923–1940) und als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung (1964–1968). Auch hier evoziert die simple Aufzählung Fragen nach dem nationalen Selbstverständnis, nach dem Verhältnis von politischem Katholizismus und Nationalsozialismus und nicht zuletzt nach dem Spielraum von politischen Beamten im Dritten Reich. Dazu gehört selbstverständlich auch die Hervorhebung der beiden großen Zäsuren in dieser Laufbahn: seiner Entfernung aus der Militärverwaltung in Brüssel, die 1942–1943 auf Betreiben von Reinhard Heydrich und Heinrich Himmler erfolgte, und die zeitweilige Suspendierung vom Verwaltungsdienst im Jahr 1946, die im August 1947 gewissermaßen als Nachspiel zu einer Verurteilung zu einem Jahr Haft (unter Aussetzung der Strafe) wegen „wissentlicher Täuschung“ der Alliierten führte. Auch stellen sich Fragen nach Thediecks Beziehungen zu den Widerstandskreisen um Carl Goerdeler und damit zur Bewertung seiner Rolle als Beamter im Nationalsozialismus sowie, eng damit verbunden, nach dem Umgang mit seiner Vergangenheit, die ihn bis zu seinen Interventionen als Zeitzeuge im hohen Alter begleiten sollte und die sich unter anderem in seinem umfangreichen Nachlass im Bundesarchiv in Koblenz und im Archiv für Christlich-Demokratische Politik niederschlägt.

Die Historiker haben sich bisher eher selten mit der gesamten Vita Franz Thediecks beschäftigt; es dominieren die Darstellungen und Analysen zu einzelnen Aspekten bzw. Abschnitten. Ausführlichere Lebensbeschreibungen sind die Ausnahme. So hat Hans-Otto Kleinmann ihm ein Porträt gewidmet, das in einer Reihe zum deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhundert erschien.<sup>2</sup> Dieser Beitrag informiert zuverlässig über den Lebensweg Thediecks, geht jedoch nicht ins Detail. Eine weitere Skizze bietet der Historiker Stefan Creuzberger, der sich in seiner Studie zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen recht eingehend mit der Persönlichkeit des ersten Staatssekretärs befasst.<sup>3</sup> Auch hier rücken jedoch die problematischen Aspekte der Vorkriegs- und Kriegsjahre nicht in den Fokus. Die Pariser Dissertation von Bernard Ludwig, die sich mit dem Antikommunismus der frühen Bundesrepublik beschäftigt, setzt sich wesentlich kritischer mit Thediecks Deutschlandkonzeptionen und der durch ihn personifizierten Kontinuitätsproblematik des territorialen Revisionismus auseinander.<sup>4</sup> Eine biographische Notiz findet sich ebenfalls in

2 Hans-Otto Kleinmann: Franz Thedieck (1900–1995), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 11, Münster 2004, S. 247–264.

3 Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969. Düsseldorf 2008, S. 65–75.

4 Bernard Ludwig: Anticommunisme et guerre psychologique en République fédérale d'Allemagne et en Europe (1950–1956). Démocratie, diplomaties et réseaux transnationaux. Diss. Phil. Université de Paris-I Panthéon-Sorbonne 2011, S. 103–107.

der „Nieuwe Encyclopedie van de Vlaamse Beweging“, in der Bruno de Wever sich sehr sachlich mit dem Werdegang Thediecks auseinandersetzt, ohne allerdings auf die Kontinuitätsproblematik zu verweisen.<sup>5</sup> Schaut man ins Netz, so bietet die auf der Homepage der Adenauer-Stiftung präsentierte Biographie, die zwar naturgemäß nur knappe Einordnungen skizziert, verlässliche Informationen zum Lebenslauf.<sup>6</sup> Es gibt ebenfalls einen „Wikipedia“-Eintrag, der jedoch sehr lückenhaft ausfällt und sich in bloßen Andeutungen ergeht.<sup>7</sup>

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es demnach nicht, die Vita Franz Thediecks einer kohärenten Gesamtdeutung zu unterziehen, sondern Fragen aufzuwerfen, wie man sich dieser Biographie nähern, wie man sie in der deutschen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts verorten kann. Dazu werden zwar – wie in einem Lebensbild üblich – sämtliche Stationen in den Blick genommen, der Schwerpunkt soll jedoch eindeutig auf dem Jahrzehnt 1940–1949 liegen, da sich hier viele Fragekomplexe bündeln und sich Rück- und Ausblicke auf die vorangegangenen bzw. die folgenden Jahrzehnte aufdrängen.

### *Deutschnationale Sozialisierung*

Was wir über die Jugendjahre Thediecks wissen, beruht auf im hohen Alter von ihm selbst verfassten Schilderungen. Franz Thedieck wurde am 26. September 1900 als viertes von sechs Kindern in Hagen in Westfalen geboren, wo sein Vater als Landgerichtsrat arbeitete. Dessen Berufung zum Landgerichtsdirektor machte 1903 einen Wohnsitzwechsel nötig. Die Familie zog nach Köln, womit Thedieck „zu einem Rheinländer [wurde], nicht im stammesmäßigen Sinn, sondern im wohnsitzmäßigen“.<sup>8</sup> Tatsächlich hat Thedieck zeitlebens seine westfälische Herkunft und sein Bekenntnis zu Preußen betont, obwohl er seine Sozialisierung im Rheinland erfuhr.

Nach dem Besuch einer katholischen Volksschule absolvierte er ab 1910 das Realgymnasium in Köln-Lindenthal, eine Neugründung jener Jahre, die er über siebzig Jahre später als „im ganzen recht liberal“ und „erfreuliche Einrichtung“ bezeichnete.<sup>9</sup> Seine politische Prägung gewann er nicht zuletzt aus den Diskussionen mit seinen Mitschülern, wobei er die Skepsis der Rheinlän-

5 Bruno de Wever: Art. Franz Thedieck, in: Reginald de Schryver u. a. (Hg.): *Nieuwe Encyclopedie van de Vlaamse Beweging*. Tielt 1998, S. 3056–3057.

6 Denise Lindsay: Art. Franz Thedieck, in: [http://www.konrad-adenauer.de/adenauer\\_thedieck\\_franz.html](http://www.konrad-adenauer.de/adenauer_thedieck_franz.html) (Abruf: 10. April 2013).

7 [http://de.wikipedia.org/wiki/Franz\\_Thedieck](http://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Thedieck) (letzte Änderung: 29. März 2013; Abruf: 4. April 2013).

8 Franz Thedieck: *Alltag im Kaiserreich*, Ms., 1986, 10 S., hier S. 1 in: *Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-051-014/1* (Nachlass Thedieck). Der Text erschien in Rudolf Pörtner (Hg.): *Meine Kindheit im Kaiserreich*. Düsseldorf 1987.

9 Ebd., S. 3.



der gegenüber der „Entwicklung im nachbismarckischen Kaiserreich“ wahrnahm.

Diese wurde in seinem Elternhaus nicht geteilt, wie aus seiner Schilderung der letzten Vorkriegsjahre hervorgeht: „In meinem Elternhaus herrschte eine positivere Beurteilung der preußisch-deutschen Politik vor. Mein ältester Bruder trat schon Ostern 1912 in die kaiserliche Marine ein. [...] Wir jungen Gymnasiasten konnten trotz eifrigen Diskutierens die großen Zusammenhänge des politischen Geschehens nicht voll übersehen. Wir stimmten jedoch dem Reichskanzler v. Bülow aus vollem Herzen zu, wenn er auch für die Deutschen einen ‚Platz an der Sonne‘ forderte. Doch blieben wir nicht unberührt von der wachsenden Sorge der Erwachsenen vor der Entente [...]. Das Trauma einer Einkreisung des Deutschen Reiches durch die Ententemächte erfüllte die Menschen mit einer wachsenden Beklemmung.“<sup>10</sup>

Den Söhnen der Familie Thedieck war ihre Aufgabe klar: Während drei von ihnen an der Front kämpften (wovon einer 1915 fiel, zwei weitere fielen während des Zweiten Weltkriegs), engagierte Franz sich im landwirtschaftlichen Hilfsdienst im Rheinland und gelangte im Jahr 1917 mit 2000 anderen jungen Männern nach Frankreich ins Etappengebiet zum Ernteeinsatz.<sup>11</sup> Doch war dies Thedieck nicht genug und so verpflichtete er sich – hier ganz Vertreter der Kriegsjugendgeneration –, nach seinem Kriegsabitur im April 1918 als Marinekadett und besuchte die Marineschule in Mürwick. Anschließend gelangte er auf das Schulschiff „Schlesien“, einem Linienschiff der kaiserlichen Marine. Hier erlebte er auch das Kriegsende und den Kieler Matrosenaufstand, blieb jedoch mit den Offizieren, Unteroffizieren und den anderen Seekadetten an Bord und kreuzte in dänischen und schwedischen Gewässern, bis dem Schiff die Heimfahrt gestattet wurde; in der Rückschau Thediecks: „Wir waren noch kaisertreu geblieben, als der Kaiser sich schon nach Holland abgesetzt hatte, für uns ein sehr bitteres Ende.“<sup>12</sup> Nach eigener Aussage schloss sich Thedieck dann für kurze Zeit einem Freikorps, der „Division Lettow-Vorbeck“, an, bevor es ihn im Mai 1919 nach Hause zog. In einem Fragebogen aus dem Jahr 1937, den er zur Beförderung als Reserveoffizier einreichte, gab Thedieck zudem an, zwischen 1919 und 1921 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) gewesen zu sein.<sup>13</sup> Angesichts seiner militärischen Vergangenheit und seiner monarchie- und kaisertreuen Gesinnung ist diese Mitgliedschaft nicht außerge-

10 Ebd., S. 7.

11 Ebd., S. 8; Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 6–7.

12 Thedieck: Alltag, S. 9 (dort das Zitat); Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 7; Kleinmann: Thedieck, S. 248f.

13 Bundesarchiv (BArch) Militärarchiv, Pers 6/185271 (Personalakte Franz Thedieck), Vorschlagsliste zur Ernennung zum Offizier des Beurlaubtenstandes bei Reichsluftwaffe bzw. Beförderung zu einem höheren Dienstgrad für Franz Thedieck, Wachtmeister der Reserve, 1. Dezember 1937.

wöhnlich. Allerdings hat er diese Mitgliedschaft später nie mehr erwähnt – auch nicht in den zitierten Zeitzeugeninterviews der 1980er Jahre –, weshalb auch die Austrittsgründe im Dunkeln liegen.

Noch 1919 nahm Thedieck in Bonn-Poppelsdorf das Studium der Landwirtschaft auf und hörte nebenher in Köln und Bonn Jura und Volkswirtschaft. Den Abschluss als Diplom-Landwirt erhielt er mit einer Arbeit über die „Kritik der Gründe, die nach Kautskys Meinung für den landwirtschaftlichen Großbetrieb sprechen“.<sup>14</sup> Die etwas überraschende Studienwahl begründete Thedieck mit der Meinung seines Vaters, der ihm vom Jura-Studium abgeraten hatte, und mit seiner ursprünglichen Motivation, die Offizierslaufbahn einschlagen zu wollen.<sup>15</sup> Statt jedoch, wie vorgesehen, als Assistent von Professor August Skalweit Agrarwissenschaften zu lehren und die Universitätslaufbahn einzuschlagen, landete Thedieck wieder in Köln, wo die Stelle eines Stellvertreters des Leiters der preußischen Abwehrstelle im Rheinland zu vergeben war.<sup>16</sup> Thediecks Kontakte zu Netzwerken von Gegnern der alliierten Rheinlandbesatzungspolitik scheinen hier ausschlaggebend gewesen zu sein.

#### *Köln, Rheinland, Deutschland*

„Ich war aus Überzeugung und dann eben auch, weil es meine berufliche Aufgabe bei der preußischen Abwehrstelle war, der Meinung, es gibt nur eine Sicherung, nämlich das Rheinland bei Preußen zu halten.“<sup>17</sup> Im Frühjahr 1923, inmitten von Aufruhr an Rhein und Ruhr, trat Thedieck in die Kölner Abwehrstelle ein, deren Hauptaufgabenfeld der Kampf gegen den rheinischen Separatismus war. Sein Vorgesetzter war eine schillernde Persönlichkeit: der Kärntner Volkstumskämpfer Hans Steinacher<sup>18</sup>, zu dem eine lebenslange Freundschaft entstehen sollte. Die Aufgaben Thediecks waren vielfältig, bewegten sich jedoch auf drei Achsen: die nachrichtendienstliche Tätigkeit, die Koordination des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen den rheinischen Separatismus

14 Kleinmann: Thedieck, S. 249.

15 Dass diese Verbindung von angestrebter Offizierslaufbahn und dem Studium der Agrarwissenschaft nicht ungewöhnlich war, zeigt das Beispiel Heinrich Himmlers, ebenso wie Thedieck Jahrgang 1900, der etwas später die gleiche Entscheidung traf, vgl. Peter Longerich: Heinrich Himmler. Biographie. München 2008, S. 34f.

16 Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 8f.

17 Ebd., S. 10.

18 Hans-Werner Retterath: Art. Hans Steinacher, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. München 2008, S. 651–656; Ders.: Hans Steinacher: Die Stilisierung zum ersten Soldaten des „Volkstumskampfes“ und nach 1945 zum NS-Opfer, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hg.): Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert, Expertise und „Neuordnung“ Europas. Paderborn 2010, S. 153–176. Zu unkritisch, aber dokumentarisch interessant: Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937. Erinnerungen und Dokumente. Boppard 1970.

und die sogenannte nationalpolitische Bildung. Es ging also um die Bestimmung und Bekämpfung des Einflusses der separatistischen Bestrebungen, um Öffentlichkeitsarbeit und um Schulungen für Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Thedieck verfasste ebenfalls Artikel und Buchbesprechungen für die Kölner Presse und war Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im Rheinland.<sup>19</sup> Der Kampf – und dies ist bemerkenswert – sollte aber eben nicht bloß mit den (bisweilen gewalttätigen) Mitteln emotionaler Empörung geführt werden, sondern über ein rationales, ja wissenschaftlich gesichertes Fundament verfügen, das im Rahmen der nationalpolitischen Bildung allen Akteuren in Politik- und Gewerkschaftsleben der Rheinprovinz vermittelt werden sollte.<sup>20</sup>

In diese Zeit fallen auch mehrere Begegnungen, die für seinen späteren Werdegang bedeutsam sein sollten. Neben dem bereits erwähnten Steinacher ist hier vor allem Jakob Kaiser zu nennen, damals Geschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften im Rheinland, mit dem er oftmals anlässlich von Schulungsveranstaltungen zusammentraf. Ferner auch die Historiker Franz Steinbach und Hermann Aubin, mit denen er bis in die 1960er Jahre regelmäßig zusammenarbeitete. Deutlich schwieriger und distanzierter waren die ersten Begegnungen mit Konrad Adenauer, dem Kölner Oberbürgermeister, dem Thediecks Tätigkeit und die regelmäßigen Zusammenstöße mit den Alliierten ein Dorn im Auge waren.<sup>21</sup> Insgesamt fällt auf, dass es Thedieck gelang, zahlreiche Kontakte mit Politikern und Wissenschaftlern, die er damals knüpfte, über oft lange Zeiträume zu konservieren.

Sein aus seiner Sozialisierung herrührendes Interesse für die nationale Frage und die Zusammenarbeit mit Steinacher sensibilisierten ihn immer stärker für die Tätigkeit von grenzrevisionistischen Organisationen, die durchaus auch den Geist des Revanchismus atmen konnten. So engagierte er sich neben seiner beruflichen Tätigkeit von 1926 bis 1933 als Schriftführer der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft, einer „Anschlussorganisation“, die Persönlichkeiten von Rhein und Ruhr mit Österreichern zusammenbrachte. Zu den Kontaktleuten der Arbeitsgemeinschaft gehörte unter anderem Hermann Neubacher (1893–1960), der nach dem „Anschluss“ 1938 Bürgermeister von Wien wurde und während des Zweiten Weltkriegs verschiedene Ämter im besetzten Süd-

19 Kleinmann: Thedieck, S. 249f.; Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 9f.

20 Vgl. dazu Christoph Brüll: Franz Thedieck (1900–1995) und das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik „von Weimar nach Bonn“: eine biographische Annäherung, in: Paul Thomes (Hg.): Zwischen Narration und Methode. Neue Impulse in der historischen Biographieforschung (im Druck).

21 Der Kampf gegen den rheinischen Separatismus und für die nationale Sache in Köln führten mehrmals zu Reibungen mit den Besatzungsmächten und brachten Thedieck 1924 einen neunwöchigen Aufenthalt in britischer Untersuchungshaft ein (Vgl. Lindsay: Thedieck).

osteuropa ausübte. Größere Auswirkungen hatte jedoch Thediecks Mitgliedschaft im Verein für das Deutschtum im Ausland. Steinacher gehörte hier zu den führenden Funktionären und war u. a. mit der „kulturpolitischen Betreuungsarbeit“ des 1920 an Belgien abgetretenen Gebietes von Eupen-Malmedy befasst. Nachdem Steinacher ab 1929 seine Tätigkeit immer mehr in Richtung Berliner Zentrale orientierte, trat Thedieck – wie auch schon 1927 in der Abwehrstelle – an dessen Stelle.

Beruflich erlebte Thedieck nach dem Ende seiner Tätigkeit in der Abwehrenebenstelle kurzzeitig eine unbefriedigende Situation. Er erhielt eine Stelle als Hilfsarbeiter im Verwaltungsdienst von Köln-Mülheim, wo er bis zum Frühjahr 1931 verblieb. Mit seinem Eintritt in den Dienst des Regierungspräsidiums Köln wurde er zum Grenzlandreferenten ernannt und erhielt den Sonderauftrag für Eupen-Malmedy, den er auch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten beibehielt. Es kann an dieser Stelle nicht ausführlich auf diese Tätigkeit eingegangen werden, die von der deutschen und ostbelgischen Geschichtsschreibung dargestellt und analysiert worden ist.<sup>22</sup> Es erscheint jedoch wichtig, auf zwei Aspekte hinzuweisen: zum einen war die „Grenzlandarbeit“ nur eines von mehreren Tätigkeitsfeldern des Beamten Thedieck, wenn auch das wichtigste; zum anderen fällt auf, in welchem Maße sich hier sein „ehrenamtliches“ Engagement im VDA und seine beruflichen Aktivitäten überschneiden, so dass sie manchmal kaum auseinanderzuhalten sind. Thediecks Aufgabenspektrum reichte von der Beratung für den Privatmann aus Eupen-Malmedy-St. Vith, dessen Ersparnis sich auf blockierten deutschen Konten befand, bis hin zur politischen Organisation des Revisionismus und der Finanzierung propagandistischer Aktivitäten. Zu seinen übrigen Aufgaben gehörten im Wesentlichen Kultur- und Verteidigungsfragen, zeitweilig auch der Sport.

Im Jahr 1932 kam Thedieck zum ersten Mal für kurze Zeit mit der Reichspolitik in Berührung. Auf Vorschlag des Reichskanzlers Heinrich Brüning wurde er zu einem von zwei Geschäftsführern der so genannten Hindenburgausschüsse bestimmt, die die Wiederwahl des Reichspräsidenten gegen Adolf Hitler (NSDAP) und Ernst Thälmann (KPD) organisieren sollten. Brüning hatte in den 1920er Jahren ebenfalls zu den regelmäßigen Rednern auf den von Thedieck organisierten nationalpolitischen Schulungen gehört und auf den

---

22 Maßgeblich immer noch Klaus Pabst: Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964) (Sonderdruck), S. 208–515; Carlo Lejeune: Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980. Wege zur europäischen Integration? Köln 1992; einschlägige Dokumente auch bei Bruno Kartheuser: Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy. Einblick in das Netzwerk reichsdeutscher Subversion. Neundorf 2001. Zur Rolle Thediecks in der wissenschaftspolitischen Betreuung Eupen-Malmedys im Rahmen der „Westforschung“ vgl. Brüll: Thedieck.

jungen Beamten großen Eindruck gemacht. Thedieck führte seinen Eintritt in die Zentrumsparlei im Jahr 1930 maßgeblich auf die Persönlichkeit dieser „begeisterten Figur“ zurück. Darin konnte auch die „Glücklosigkeit“ des Reichskanzlers nichts ändern.<sup>23</sup> Die Wertschätzung beruhte durchaus auf Gegenseitigkeit, entspann sich doch zwischen den beiden in den folgenden Jahrzehnten eine sehr herzliche Korrespondenz. In seinen Memoiren würdigte Brüning Thediecks Einsatz in Berlin: „Schon am 3. März [1932] stellte sich heraus, daß die bisherigen Mitglieder des Hindenburg-Ausschusses für die Propaganda gänzlich ungeeignet waren. Am 29. Februar hatten mir Joos und Ruffini bereits über die ungeschickte Methode berichtet und mir vorgeschlagen, Herrn Thedieck (Köln) für die Propaganda zu holen. Er traf am 2. März ein. Von dem Augenblick an glückte wenigstens die Pressepropaganda.“<sup>24</sup> Die Empfehlung durch die beiden prominenten Zentrumsmitglieder belegt Thediecks politische Verankerung im Kölner Milieu der Partei. Nach seiner Rückkehr aus Berlin betraute man ihn mit einer neuen Sonderaufgabe: im August 1932 wurde er zum Staatskommissar beim in Köln ansässigen Westdeutschen Rundfunk berufen. Dieses Amt übte er bis zum Dezember 1933 aus.

#### *Politischer Beamter im Nationalsozialismus*

Die nationalsozialistische Machtergreifung war für Thedieck in der Rückschau „ja überhaupt kein Problem. Ich war von Anfang ein scharfer Gegner der Nationalsozialisten. Ich war durch meine Verbundenheit mit Brüning gegen die Nationalsozialisten, und ich wurde natürlich durch diese sogenannte Machtübernahme schwer getroffen. Aber man hatte damals tatsächlich keine so richtige Vorstellung, was nun daraus werden würde. Man war normale Regierungsumbildungen gewöhnt und wußte nicht, daß das eben der völlige Systemwechsel, das Ende der Demokratie war“.<sup>25</sup>

Diese Unsicherheit um den 30. Januar 1933 lässt sich auch aus der Korrespondenz herauslesen, die Thedieck in den Tagen und Wochen danach führte. So berichtete ihm Jakob Kaiser aus Berlin von der „Aufgeregtheit in den Ministerien“, als er ihn bezüglich der Unterstützung des Führers der prodeutschen christlichen Gewerkschaftsbewegungen in Eupen-Malmedy, Stefan Gierets, um seine Mitwirkung bat. Weiter hieß es: „Der politische Kampf ist gegen Hugenberg und Papen zu führen. Adolf Hitler findet den richtigen Weg nicht allein. Damit er ihn findet, muß er gründlich an den Ohren genommen werden. Sie verstehen mich.“<sup>26</sup> Thedieck selbst schwankte zwischen Resignation und

23 Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 11f.; Kleinmann: Thedieck, S. 251.

24 Heinrich Brüning: Memoiren 1918–1934. Stuttgart 1970, S. 531.

25 Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 13.

26 Jakob Kaiser an Franz Thedieck, 3. Februar 1933, in: BArch N 1174/11 (Nachlass Thedieck).

Sarkasmus, wie ein Brief an den bereits erwähnten Hermann Neubacher zeigt: „Wenn auch schweren Herzens müssen wir uns der höheren Gewalt beugen und einsehen, dass die Zeitverhältnisse unserer überparteilichen nationalen Arbeit nicht günstig sind, trotz allem, was zurzeit über die Zeit wahrhaft nationaler Politik geschrieben und geredet wird. [...] Es ist zurzeit kein Vergnügen, in der politischen Arbeit zu stehen. Alles, was wir in den letzten zehn Jahren an volks- und staatspolitischer Arbeit geleistet haben, gilt jetzt als ein Dreck: man könnte leicht resignieren. Aber ich nehme an, auch diese Zeit geht vorüber und auch den neuen Machthabern werden mit zunehmender Berührung mit der Praxis einige Einsichten aufgehen. [...] Ich nehme an, dass im Kampf zwischen Wahlagitation und Karneval in Köln der Karneval Sieger bleiben wird.“<sup>27</sup>

Die Auswirkungen des „Ermächtigungsgesetzes“ machten sich in Thediecks Umfeld schließlich direkt bemerkbar. Nach dem Verbot der Gewerkschaften verlor Jakob Kaiser seine Ämter, in Köln wurde der Regierungspräsident Hans Elfgen im August 1933 in den Ruhestand versetzt und ließ sich in Italien nieder.<sup>28</sup> Auf der anderen Seite gab es auch Aufsteiger: Hans Steinacher wurde zum Bundesführer des VDA in Berlin bestimmt, Thediecks Kölner Verwaltungskollege Eggert Reeder wurde zum Regierungspräsidenten von Aachen ernannt und teilte ihm seine Freude mit, künftig in „Grenzlandangelegenheiten“ zusammenzuarbeiten.<sup>29</sup> Reeder kehrte 1936 in selber Funktion nach Köln zurück.

Thedieck verblieb an seinem Platz und übte nach 1933 dieselben Aufgaben aus – inklusive des Sonderauftrags für Eupen-Malmedy, den er auch weiterhin mit seiner Mitgliedschaft im VDA, der nunmehr „Volksbund“ statt „Verein“ im Namen trug, verband.<sup>30</sup> Über die Gründe der Fortführung seiner Beamtenlaufbahn wird noch zu reden sein; jedenfalls bewegte sich Thedieck nunmehr in einem Spannungsverhältnis, das man nur als ambivalent bezeichnen kann. Zum einen zeigte er weiterhin wenig Enthusiasmus für den Nationalsozialismus – er beantragte nie die Parteimitgliedschaft, trat jedoch in den NS-Beamtenbund ein<sup>31</sup> –, zum anderen unterlag die volkstumpolitische Betreuung Eupen-Malmedys nunmehr auch nationalsozialistischen Maßgaben. Das schlug sich nicht zuletzt in dem kleinen Grenzgebiet selbst in einer Rivalität zwischen Gegnern und Befürwortern des Nationalsozialismus innerhalb der revisionistischen Gruppierungen niederschlug, in der Thedieck zwischen die Fronten geriet. Es bleibt festzuhalten, dass seine Sympathien eindeutig auf der Seite jener Volkstumsfunktionäre lagen, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung

27 Franz Thedieck an Hermann Neubacher, 5. Februar 1933, in: BArch N 1174/27.

28 Hans Elfgen an Franz Thedieck, 12. Januar 1934, in: BArch N 1174/13.

29 Eggert Reeder an Franz Thedieck, 17. Mai 1933, in: BArch N 1174/12.

30 Franz Thedieck an VDA, Ortsgruppe Köln, z. H. des Herrn Konteradmiral a. D. Meissner, 13. Mai 1933, in: BArch N 1174/27.

31 Franz Thedieck an Landesverband Mittelrhein des VDA, 16. Juli 1934, ebd.

nahe gestanden hatten.<sup>32</sup> So geriet er in einen Prozess des Lavierens und der rhetorischen Selbstanpassung zwischen rivalisierenden Positionen, zumal sich auch genuin nationalsozialistische Netzwerke an der deutsch-belgischen Grenze bildeten, die er in sein strategisches Kalkül einzubeziehen hatte.<sup>33</sup> Letztlich darf dies jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass er in den 1930er Jahren für die Revancheorganisationen in Eupen-Malmedy die Schlüsselfigur war, deren institutionelle und finanzielle Unterstützung für die Organisation der so genannten Heimatbewegung unabdingbar war.

Thedieck griff auch hier vor allem auf jene Netzwerke zurück, die er seit den 1920er Jahren aufgebaut hatte. Dazu gehörte nicht zuletzt die „Westforschung“ des Bonner Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, dessen Leiter Franz Steinbach mit ihm bei den regelmäßigen Eupen-Malmedy-Tagungen der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft zusammenarbeitete. In diesem Rahmen lernte er auch den Historiker Franz Petri kennen, der in Bonn habilitierte und dessen Buch „Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich“ zu den einflussreichsten Werken der Westforschung gehörte und später erheblichen Einfluss auf die Konzeption der Kulturpolitik im besetzten Belgien ausüben sollte.<sup>34</sup> Denn nach dem deutschen Einmarsch in Belgien erhielten Thedieck und Petri Gelegenheit, ihre in diesen Jahren entwickelten Auffassungen in die Praxis umzusetzen.

### *Beamter und Besatzer*

Die Berufung Franz Thediecks in die Militärverwaltung (MV) für Belgien und Nordfrankreich ist eng auf dessen Verbindungen zu Eggert Reeder zurückzuführen. Schon seit dem Spätherbst 1939 bereiteten Mitglieder der Kölner Verwaltungsbehörden die Besatzung Belgiens vor und planten die Einrichtung einer Militärverwaltung. Zum Militärbefehlshaber Belgien (MBB), wurde schließlich General Alexander von Falkenhausen, ein Neffe des letzten deutschen Militärgouverneurs Belgiens im Ersten Weltkrieg, berufen.<sup>35</sup> Die admi-

32 Lejeune: Kulturbeziehungen, passim.

33 Thomas Müller: Die westpolitische Mobilisierung des „Aachener Grenzraumes“, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 109 (2007), S. 151–214.

34 Brüll: Thedieck, mit zahlreichen Literaturverweisen.

35 Zur deutschen Besatzung in Belgien, siehe in deutscher Sprache die jüngsten Veröffentlichungen von Benoît Majérus: Von von Falkenhausen (Ludwig) zu von Falkenhausen (Alexander). Die deutsche Verwaltung Belgiens in den zwei Weltkriegen – Brüche, Kontinuitäten und Lernprozesse, in: Günter Kronenbitter/Markus Pöhlmann/Dierk Walter (Hg.): Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert. Paderborn u. a. 2006, S. 131–133; Ders.: Vorstellungen von der Besetzung Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande (1933–1944), in: Jörg Echterkamp/Stefan Martens (Hg.): Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung. Paderborn 2007, S. 35–43.

nistrative Leitung der MV übte der Militärverwaltungschef aus. Dabei handelte es sich um den bisherigen Kölner Regierungspräsidenten Eggert Reeder. Er verwandte sich dafür, Thedieck als seinen Generalreferenten einzusetzen: „Das war so der allgemein, für alle Fragen mehr oder weniger Zuständige – was sagt man beim Fußball? Libero oder so etwas.“<sup>36</sup> Tatsächlich war Thedieck mit allen Fragen der allgemeinen politischen Verwaltung betraut, was unter anderem den Kontakt zu den leitenden belgischen Ministerialbeamten, den Generalsekretären der verschiedenen Ministerien, beinhaltete, aber auch Wirtschaftsfragen, Kultur- und Wissenschaftspolitik und den Kontakt zur katholischen Kirche. Ideologisch stand dabei die so genannte Flamenpolitik im Mittelpunkt, die einerseits in einer evidenten Kontinuität zur Besatzungspolitik des Ersten Weltkriegs stand und andererseits deren Fehler vermeiden sollte.

Dies wird deutlich in einem Brief, den Thedieck im Oktober 1943, ein halbes Jahr nach seinem Ausscheiden aus der MV, an Franz Petri richtete: „Eins können wir ja mit gutem Gewissen sagen: mit etwas mehr Kenntnissen und Vorstellungen von den Problemen sind wir ja 1940 doch an die flämischen Fragen herangegangen als die Herren von 1914. [...] Im übrigen ist es ja recht schmerzlich zu sehen, dass das, was seit 1940 der schwache Punkt in der Flamenpolitik der Militärverwaltung war, die mangelnde Verankerung bei der Reichsführung, die besondere Stärke der Politik des Generalgouvernements [im Ersten Weltkrieg] war. Hätte die Militärverwaltung nach oben eine solche Verbindung gehabt, wie damals der Generalgouverneur zur Reichskanzlei, wie vieles hätte anders verlaufen können.“<sup>37</sup>

Das Schreiben enthält zudem Anspielungen auf das Verhältnis zwischen der MV und der Reichsführung in Berlin, die in Brüssel durch die Vertreter von SS und Sicherheitspolizei-Sicherheitsdienst (Sipo-SD) vertreten war. Die Überzeichnung der Konflikte zwischen Wehrmacht – also MV – und SS bildeten in den folgenden Jahrzehnten die Hauptdeutungslinie der Geschichte der deutschen Besatzung Belgiens während des Zweiten Weltkriegs – was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass Thedieck und Petri zu den wichtigsten deutschen Zeitzeugen für die belgischen Historiker der Besatzungszeit wurden.

Die belgischen Historiker Albert De Jonghe und Alain Dantoing haben sich dabei besonders für die Rolle Thediecks als „geschickter Mittler“ zwischen der MV und dem Erzbischof von Mechelen, Joseph Kardinal van Roey interessiert,<sup>38</sup>

36 Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 14.

37 Thedieck an Petri, 16. Oktober 1943, in: Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL-Archiv), NL 914 (Nachlass Franz Petri), Bd. 149, Bl. 29. Zu Petris Kulturpolitik, siehe die Überlegungen bei Francis Balace: *La Wallonie, ses cultures et l'Allemagne*, in: Bruno Demoulin (Hg.): *Histoire culturelle de la Wallonie*. Brüssel 2012, S. 346–353, hier S. 352f.

38 Albert De Jonghe: *La lutte Himmler-Reeder pour la nomination d'un HSSPF à Bruxelles*, in: *Cahiers d'Histoire de la Seconde Guerre mondiale* 3 (1974), S. 103–173, 4 (1976),



eine Rolle, die auch in jüngster Zeit wieder die Aufmerksamkeit der Historiographie gefunden hat, die sich mit der Geschichte des Unterrichtswesens in der Besatzungszeit beschäftigt.<sup>39</sup> Diese Arbeiten stützen sich im Wesentlichen auf eine Veröffentlichung aus dem Jahr 1945, in dem die belgische katholische Kirche detailliert ihr Verhalten während der Besatzungszeit rechtfertigte.<sup>40</sup> Dabei wird an vielen Stellen der mäßige Einfluss Thediecks auf die Besatzungspolitik im Allgemeinen und die Kirchen- und Schulpolitik im Besonderen hervorgehoben. Der flämische Historiker Marnix Beyen, der die Kulturpolitik der Besatzungsverwaltung analysiert hat, weist ebenfalls auf diese moderate Haltung hin, die es den Mitgliedern der Gruppe Kultur um Franz Petri erlaubt habe, sich gegen die NS-Instanzen als Beschützerin der belgischen Bevölkerung zu präsentieren.<sup>41</sup> Das deutlichste Urteil über den Oberkriegsverwaltungsrat Franz Thedieck hat Albert De Jonghe in den Fußnoten versteckt: „Tatsächlich war Thedieck ein geschickter aber auch mutiger Gegner des Regimes. Seine Feinde wussten, mit wem sie es zu tun hatten.“<sup>42</sup> Doch muss dabei festgehalten werden, dass das Urteil des flämischen Historikers ausschließlich auf den Aussagen belgischer Kirchenvertreter und auf den Umständen der Entfernung Thediecks aus der MV beruhte, die ihm der Betroffene selbst in den 1970er Jahren erläutert hatte.

Drei an Reeder adressierte Schreiben aus der Feder von Reinhard Heydrich (18. März und 23. Mai 1942) und Heinrich Himmler (16. Februar 1943) beschäftigen sich mit Thediecks Funktion und Wirken in der MV und zielten auf seine Ablösung.

Im Brief aus dem März 1942 kritisierte Heydrich Thediecks Rolle in der Volkstumspolitik der Vorkriegszeit, um seine Eignung in Zweifel zu ziehen: „Der einseitigen Begünstigung aller katholischen Interessen stand die offensichtliche Benachteiligung und systematische Bekämpfung der nationalsozialistischen Gruppen gegenüber. [...] Wiederholt wiesen bekannte kirchlich gebundene flämische Politiker in Flandern und im Reich auf ihre freundschaft-

---

S. 6–159, 5 (1978), S. 5–172, 7 (1982), S. 95–184, 8 (1984), S. 5–234, hier das Zitat auf S. 33; Alain Dantoing: *La collaboration du Cardinal. L’Eglise de Belgique dans la Guerre* 40. Brüssel 1991.

- 39 Sarah van Ruyskensvelde: Naar en nieuw „onderwijsvreede“. De onderhandelingen tussen kardinaal Van Roey en de Duitse bezetter over de toekomst van het vrij katholiek onderwijs, 1942–1943, in: *Belgische Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis* XL (2010) 4, S. 603–643.
- 40 *Le Cardinal van Roey et l’occupation allemande en Belgique. Actes et documents publiés par le chanoine Leclef*. Brüssel 1945.
- 41 Marnix Beyen: *Wetenschap, Politiek, Nationaal-Socialisme. De cultuurpolitiek van het Duits militair bezettingsbestuur in België, 1940–1944*, in: *Bijdragen tot de Eigentijdse Geschiedenis* 11 (2003), S. 47–70, hier S. 53–55; Ders.: *Oorlog & verleden. Nationale geschiedenis in België en Nederland, 1938–1947*. Amsterdam 2002, S. 85f.
- 42 De Jonghe: *Lutte* 5 (1978), S. 40, Fn. 178.

lichen Beziehungen zu Thedieck hin. Wenn sich die Behauptungen auch mit seiner Aufgabenstellung in Einklang bringen lassen, so muss ich Thedieck jede Objektivität und Zuverlässigkeit in der Volkstumsarbeit absprechen. Er ist mir schon von früher her als unsicherer Kantonist bekannt gewesen und kann sich nicht entscheidend geändert haben [...] Durch [...] seine unmögliche Haltung in einem Lande, in dem die Macht der katholischen Kirche und die katholische Haltung des überwiegenden Teils der Bevölkerung einer nationalsozialistischen und großdeutschen Politik große Schwierigkeiten bereiten, sehe ich ein weiteres Verbleiben Thediecks in Belgien, einem Gebiet, dessen kirchliche Situation auf deutscher Seite zwar vorsichtige und geschickte, aber weltanschaulich besonders gefestigte Nationalsozialisten erfordert, für absolut untragbar an.<sup>43</sup>

Reeder verteidigte Thedieck in einer Replik an Heydrich vom 6. April 1942. Letztlich war die Personalie Thedieck ein Element in der Auseinandersetzung um die eventuelle Einrichtung einer Zivilverwaltung in Belgien und die Einsetzung eines Höheren SS- und Polizeiführers in Brüssel. Im Mai 1942 erhöhte Heydrich den Druck, indem er einerseits betonte, Thedieck müsse nicht aus dem Verwaltungsdienst entfernt werden, auch werde es keine Disziplinarmaßnahmen geben, andererseits unmissverständlich zu verstehen gab, dass Thedieck in Brüssel fehl am Platze sei. Diesmal verwies er neben der Eupen-Malmedy-Problematik auch auf die Zentrums-Mitgliedschaft Thediecks und den Einfluss, den Brüning und der ehemalige Regierungspräsident Elfgen auf ihn ausgeübt hätten.<sup>44</sup> Laut Thedieck wäre Reeders Protektion schon mit diesem Schreiben an ihre Grenzen gestoßen, wenn nicht Heydrich wenige Tage später einem Attentat zum Opfer gefallen wäre.<sup>45</sup> Im Februar 1943 war es dann Heinrich Himmler persönlich, der in einem recht lakonischen Schreiben an Reeder monierte, dass „Sie [...] dem SS-Gruppenführer Berger versprochen [hatten], dass Ihr Referent Thedieck, der von uns als wenig wünschenswerter – um nicht zu sagen als unseliger – Ratgeber auf politischem Gebiet in Belgien angesehen wird, zum 31.12.1942 entfernt wird. Dieses Versprechen wurde nicht eingelöst.“<sup>46</sup> Reeder und Thedieck waren nunmehr zum Handeln gezwungen. Dabei gelang es dem Militärverwaltungschef, seinen langjährigen Mitarbeiter im April 1943 in eine Wehrmachteinheit bei Köln versetzen zu lassen.

Die Historiker unterstreichen auf der Grundlage dieser Dokumente den Katholizismus Thediecks als Hauptursache für seine Entfernung aus der Militärverwaltung im April 1943. In der Rückschau kokettierte Thedieck mit dieser

43 Heydrich an Reeder, 18. März 1942 (Abschrift), in: BArch N 1174/54.

44 Heydrich an Reeder, 23. Mai 1942 (Abschrift), ebd.

45 Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 14.

46 Himmler an Reeder, 16. Februar 1943 (Abschrift), in: BArch N 1174/54. Bei dem erwähnten SS-Gruppenführer Berger handelt es sich um den Vertreter der SS in Brüssel, Gottlob Berger.

Reputation: „[...] ich habe immer gesagt: hoffentlich werden diese Briefe im Himmel gelesen, denn so ein wunderbarer Katholik, als der ich [...] dargestellt werde, bin ich eigentlich in Wirklichkeit nicht.“<sup>47</sup> Tatsächlich lässt sich auf der Grundlage der bekannten Quellen eine spirituelle Seite in Thediecks Katholizismus nicht ausmachen, auch die Scheidung von seiner ersten Frau im Jahr 1940 und seine Wiederverheiratung 1941 sprechen nicht für eine strikte Obedienz.

Thediecks Ausscheiden aus der Brüsseler MV scheint vor allem sein Engagement in der Opposition gegen das Regime verstärkt zu haben. Neben den zahlreichen Kontakten zu seinen ehemaligen Mitstreitern aus der Christlichen Gewerkschaftsbewegung stand er – laut eigener Aussage – auch in Kontakt mit Carl Goerdeler, der ihm vorgeschlagen habe, im Falle eines Umsturzes das Staatssekretariat der Reichskanzlei zu übernehmen, was er unter Berufung auf seine mangelnde Kenntnis der Berliner Verhältnisse abgelehnt habe.<sup>48</sup> Zudem habe er sich, wenn auch erfolglos, bemüht, Konrad Adenauer zu einem Engagement im aktiven Widerstand zu bewegen.<sup>49</sup> Wenn auch die Presse und später die Historiker diese Schilderungen oft aufgegriffen haben, so bleibt doch festzuhalten, dass sie ausschließlich auf den Aussagen Thediecks beruhen.<sup>50</sup> Das Quellenproblem ist hier also offensichtlich, zumal Thediecks Korrespondenz der Jahre 1940–1943 verloren ist – die Abschriften der Briefe Himmlers und Heydrichs stammen aus amerikanischen Archiven.

Thedieck geriet schließlich 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft, sodass er das Kriegsende in einem Lager in Frankreich erlebte: „Ich muß ganz ehrlich gestehen: dieser Tag war für mich ein ganz schrecklicher Tag. Wir hatten die ganze Zeit darauf gehofft, daß dieses nationalsozialistische System ein Ende fände, aber dieses Ende ging mir ganz außerordentlich nahe. Wir wollten an sich ja nichts anderes, aber die Tatsache, daß alles zusammenbrach, das war doch sehr, sehr bitter für mich, und ich denke mit einigem Entsetzen an diese Stunde zurück.“<sup>51</sup>

Für einen Mann wie Thedieck, der seinen deutschnationalen Überzeugungen immer treu geblieben war, konnte der Zusammenbruch des Reiches wohl nur eine Erschütterung bedeuten.

47 Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 14.

48 Ebd., S. 15.

49 Kleinmann: Thedieck, S. 253.

50 Siehe dazu die von Creuzberger: Kampf, S. 65–75 aufgeführte Literatur.

51 Deutschlandfunk: Zeitgenosse, S. 15f. Vgl. auch Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler. Düsseldorf 1986, S. 220.

*Rückkehr nach Köln: Wiederaufnahme in den Verwaltungsdienst, Prozess und Entnazifizierung*

Im Oktober 1945 kehrte Thedieck nach Köln zurück. Er erreichte schon nach einem Monat seinen Wiedereintritt in die Kölner Bezirksregierung. Allerdings war diese Rückkehr in den Verwaltungsdienst nur von kurzer Dauer. Im Januar 1946 wurde er von der britischen Besatzungsverwaltung aus seinem Amt entlassen. Thedieck vermutete die Belgier hinter seiner Entlassung, weigerte sich jedoch Köln zu verlassen, wie es ihm Konrad Adenauer, mit dem er seit Ende Oktober 1945 wieder korrespondierte, nahegelegt hatte: „Ich erklärte ihm, dass ich erstens ein sehr gutes Gewissen habe, und dass ich zweitens auch in München oder Hannover nicht in größerer Sicherheit vor einem Zugriff der Belgier sein werde [...].“<sup>52</sup> Stattdessen bemühte sich Thedieck, der nunmehr aufgrund der Zerstörungen Kölns im nahen Hennef wohnte, um Empfehlungsschreiben von Persönlichkeiten, die seinen Lebensweg seit den 1920er Jahren gekreuzt hatten, aber auch von belgischen Politikern, die ihn in der Besatzungszeit erlebt hatten. Es ist nicht übertrieben, von einem großen Erfolg zu sprechen, da sich sozusagen ein parteiübergreifendes Bündnis aus christdemokratischen und sozialdemokratischen Politikern für ihn verwandte. Zu den Ausstellern eines „Persilscheines“ gehörte jedoch auch Hans Globke, der wenige Jahre später sein Kollege als Staatssekretär wurde und dessen Rolle als „Schreibtischtäter“ im Nationalsozialismus bekanntlich bis heute kontrovers diskutiert wird. Über Thedieck hieß es in dem Schreiben Globkes: „Herr Oberregierungsrat Franz Thedieck ist mir seit Jahrzehnten bekannt. Herr Thedieck ist immer ein scharfer Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Er hat früher der Zentrumspartei angehört und ist trotz aller Verlockungen nicht der NSDAP beigetreten. [...] Es ist mit in erster Linie sein Verdienst, wenn die deutsche Besatzung in Belgien im Gegensatz zu der in anderen Ländern zunächst in gemäßigten politischen Bahnen bewegte.“<sup>53</sup> Am 2. September 1946 erhielt Thedieck seine Wiederzulassung durch die Kölner Verwaltungsbehörden.

Die Monate des Wartens waren für Thedieck mit viel Frustration verbunden gewesen, doch holte ihn die Vergangenheit knapp ein Jahr nach seiner Wiedereinstellung nochmals ein: es hatte sich herausgestellt, dass Thediecks Angaben auf dem Entnazifizierungsfragebogen einige Lücken aufwiesen. Dies brachte ihm eine Klage vor dem *Control Commission High Court* in Köln ein, die vom 18. bis zum 21. August 1947 verhandelt wurde. Die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, betrafen alle den Zeitraum vor 1940: er habe seine Aufgaben

---

52 Aufzeichnung zu einem Gespräch mit Konrad Adenauer, 23. Februar 1946, in: BArch N 1174/50.

53 Bescheinigung, gez. Dr. Hans Globke, früher Ministerialrat im Reichsministerium des Inneren, z. Z. CC/BE, o. D. [1946], in: BArch N 1174/56.

als Grenzlandreferent und Reichsverteidigungsreferent verschwiegen, die Verleihung der silbernen Nadel des VDA und der Österreichmedaille hätten sich in dem Fragebogen wiederfinden müssen, genau wie die Umstände seiner Beförderung zum Oberregierungsrat im Jahr 1939 und die Tatsache, dass sein Sonderauftrag als Staatskommissar beim Westdeutschen Rundfunk erst im Dezember und nicht schon mit der Machtergreifung Hitlers im Februar 1933 beendet habe. Die Gerichtsverhandlung, bei der unter anderem der ehemalige Regierungspräsident Elfgen aussagte und aus Briefen von Heinrich Brüning zitiert wurde, drehte sich hauptsächlich um die scheinbar nebensächlichen Ehrungen durch den VDA und mit der Österreichmedaille nach dem Anschluss 1938. Der Richter sprach Thedieck schuldig und verurteilte ihn wegen „wesentlicher Täuschung der Alliierten“ zu einem Jahr Haft unter Aussetzung der Strafe, nicht ohne Thedieck mit auf den Weg zu geben, dass die „Militärregierung künftig gerne mit Leuten ihres Schlages zusammenarbeiten [wird]“.<sup>54</sup>

Der Prozess und seine Folgen bringen dem Historiker jedoch vor allem Aufschluss über die Frage nach den Gründen für Thediecks Verbleib im Verwaltungsdienst nach 1933 – trotz einer auch vom Gericht bescheinigte Ablehnung des Nationalsozialismus. Der Staatsanwalt hatte dafür wenig noble Motive ausgemacht: „Der Staatsanwalt trug vor, Thedieck sei ein nationaler Mann, der es immer verstanden habe, ‚mit den Wölfen zu heulen‘. Heydrich habe gesagt, Thedieck habe immer versucht, unparteiisch zu erscheinen, aber doch seinen eigenen Willen durchzusetzen. Diesen Charakterzug habe Thedieck auch in dieser Angelegenheit gezeigt.“<sup>55</sup>

Thedieck kam darauf zurück, als ihm im Herbst 1947 die Einstufung in die Kategorie III („Minderbelastete“) oder IV („Mitläufer“) drohte – und nicht in Kategorie V („Entlastete“). In einem ausführlichen Schreiben an den „Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Regierungsbezirks Köln“ erklärte Thedieck: „Ich bin ganz bewusst und nach eingehenden Beratungen mit meinen Freunden und späteren Mitverschworenen der Widerstandsbewegung im Amt geblieben.“<sup>56</sup> Gewissermaßen als Kronzeugen zitierte er den „Persilschein“, den ihm Heinrich Brüning im Mai 1946 ausgestellt hatte: „Ich kann bezeugen, dass Sie in der Regierung Köln nur verblieben, um den Kampf gegen die Nazis zusammen mit anderen Freunden im Westen fortzusetzen. Vom Tage der Machtergreifung der Nazis haben Sie ihr System sabotiert, wo immer Sie

54 Bericht über die Verhandlung des Control Commission High Court gegen Oberregierungsrat Franz Thedieck am 18.–21. August 1947 (Abschrift), in: BAArch N 1174/55. Der Richter hatte Thedieck zuvor noch für sein – in seinen Augen – überhebliches Auftreten vor Gericht kritisiert.

55 Ebd.

56 Franz Thedieck an Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Regierungsbezirks Köln, 24. September 1947, ebd.

konnten, und Sie gaben meinen Freunden die wertvollsten Informationen. Nahezu alles [...], was für mich zu wissen wichtig war, kam von Ihnen.“<sup>57</sup>

Thedieck selbst bemerkte dazu: „Dass ich die Arbeit, die ich insbesondere als Vertrauter Jakob Kaisers und der anderen Mitverschworenen [...] nicht 12 Jahre lang hätte durchführen können, wenn ich dem Gauleiter oder dem Gestapo-chef meine Meinung über den Nazismus ins Gesicht geschrien hätte, müsste eigentlich jedem einleuchten. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich in den 12 Jahren niemals eine unnötige Konzession an die Nazis gemacht habe.“<sup>58</sup>

Eine Woche zuvor hatte er gegenüber seinem CDU-Parteikollegen Johannes Albers bemerkt: „Es besteht die Gefahr, dass ich in Kategorie 3 oder 4 eingestuft werde. Ich habe bisher alles allein getragen, aber jetzt müsste, denke ich, die CDU ran, ansonsten würde es entweder heißen: die CDU ist voll von Alt-nazis oder die CDU schützt ihre Leute nicht einmal gegen derartige Vorwürfe.“<sup>59</sup>

Der Appell an die „Partei“ erfolgte nicht zufällig, gehörte Thedieck doch, obwohl er nie ein offizielles Amt ausübte, zu den eifrigsten Mitgliedern der Kölner CDU in den ersten Nachkriegsjahren. Letztlich gelang es Thedieck jedoch nach seinem Prozess und der Unsicherheit vom September 1947, seine Verwaltungslaufbahn in Köln als enger Mitarbeiter des damaligen Regierungspräsidenten Wilhelm Warsch weiterzuführen.

Wie immer die Bewertung der Wanderungen auf schmalen Grat, die Thedieck während des Nationalsozialismus zu vollführen gezwungen war, ausfallen mag, so fällt doch auf, dass er nach 1945 das Vertrauen seiner Freunde, die durch die Diktatur aus ihren Ämtern gedrängt worden waren und weit härtere Verfolgungsmaßnahmen hatten erdulden müssen als er, in fast allen Fällen behalten hat. Deutlich wurde dies bei der Bildung der ersten Bundesregierung im Herbst 1949, als Jakob Kaiser ihn bat, in seinem neu zu schaffenden Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen das Amt des Staatssekretärs zu übernehmen.

### *Die Ernennung zum Staatssekretär und die Reaktionen*

Als im Oktober 1949 sich die Nachricht verbreitete, dass mit Franz Thedieck ein ehemaliges Mitglied der Militärverwaltung als ranghoher Beamter in ein Bundesministerium berufen werden sollte, reagierte vor allem die französischsprachige Presse in Belgien mit einhelliger Ablehnung – zumal das Gerücht kursierte, Thedieck solle sich dort insbesondere um die deutsche Westgrenze kümmern, wo ja unter anderem die Saarfrage einiges Erregungspotential

---

57 Ebd.; Heinrich Brüning an Franz Thedieck, 1. Mai 1946, ebd.

58 Franz Thedieck an Entnazisierungs-Hauptausschuss des Regierungsbezirks Köln, 24. September 1947, ebd.

59 Franz Thedieck an Johannes Albers, 15. September 1947, in: BArch N 1174/52.

barg.<sup>60</sup> Auch wenn Letzteres eine Fehlinformation war, die Thedieck sich beilegte, gegenüber dem Belga-Korrespondenten in Bonn zu dementieren<sup>61</sup>, zeigen die Reaktionen auf seine Ernennung, dass Thedieck bei der Bewertung der Besatzungszeit nicht auf Verständnis rechnen konnte. Der Brüsseler Redakteur der „Kölnischen Rundschau“, Römer, stellte eine Presseschau zusammen, die über einen Journalistenkollegen auf Thediecks neuem Bonner Schreibtisch landete. Römer zitierte die katholische „Gazette de Liège“, die anhand der „Tatsachen“ Thediecks Selbststilisierung zum Widerstandskämpfer in Zweifel zog: „Wiederholen wir die Tatsachen: Zu Zeiten der Weimarer Republik ruft der ehrenwerte Herr Thedieck, unterstützt von dem gegenwärtigen Minister Kaiser, in Belgien Unruhe hervor. Als deutscher Beamter mischt er sich in belgische Innenpolitik ein, indem er die Schaffung anti-belgischer Gruppen in den Ostkantonen begünstigt und ihnen Anordnungen und Geld zukommen lässt. Als der Nationalsozialismus zur Macht kam, wurde der ‚Widerständler‘ Thedieck Verbindungsmann der Nazis und diesmal ist seine Propaganda im belgischen Osten auf die Nazi-Theorien ausgerichtet. Herr Thedieck verteilt Anordnungen, Geld und Hakenkreuzabzeichen.“<sup>62</sup>

Die liberale „Dernière Heure“ habe ihren Bericht, so Römer, mit den lakonischen Worten geschlossen: „Kurz und gut, man nimmt dieselben und fängt wieder an!“<sup>63</sup>

Als erste Reaktion auf die belgische Berichterstattung kontaktierte der Verleger der „Allgemeinen Kölnischen Rundschau“, Reinhold Heinen, der mit Thedieck bekannt war, seinen Eupener Kollegen Henri Michel, den beide hinter den Attacken auf den frischgebackenen Spitzenbeamten vermuteten.<sup>64</sup> Laut Heinen habe der Direktor und Redaktionsleiter des „Grenz-Echo“ dies jedoch dementiert und versprochen, solche „Angriffe zukünftig zu verhindern“<sup>65</sup>. Ein kurioses Versprechen, denn Michel hatte am selben Tag seinen Kommentar dem „Fall Dr. [sic] Thedieck“ gewidmet, und dieser bewegte sich eindeutig auf der Linie seiner innerbelgischen Kollegen: „Die Persönlichkeit des Dr. [sic]

60 Das Folgende beruht auf Christoph Brüll: Vom Reichsbeauftragten für Eupen-Malmedy zum Staatssekretär der Adenauer-Regierung: Franz Thedieck (1900–1995), in: Ders./Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hg.): Eine ostbelgische Stunde Null? Eliten aus Eupen und Malmedy vor und nach 1944. Brüssel 2013, S. 87–105.

61 Franz Thedieck an Konrad Adenauer, 15. Oktober 1949, in: BAArch N 1018, Bd. 89, Bl. 24 (Nachlass Jakob Kaiser).

62 Eigener Drahtbericht, gez. Römer, Kölnische Rundschau, 12. Oktober 1949, Anlage zu Franz Thedieck an Jakob Kaiser, 13. Oktober 1949, ebd., Bl. 18–19.

63 Ebd.

64 Zur Beziehung zwischen Heinen und Michel, siehe Rainer Moltmann: Reinhold Heinen (1894–1969). Ein christlicher Politiker, Journalist und Verleger (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 48). Düsseldorf 2005, S. 216. Moltmann geht allerdings nicht auf die Problematik „Eupen-Malmedy“ und die deutsch-belgischen Beziehungen ein.

65 Vermerk von Oberregierungsrat Thedieck, 15. Oktober 1949, in: BAArch N 1018, Bd. 89, Bl. 25.

Thedieck ist über die deutsche Westgrenze hinaus bekannt und bertüchtigt und hat namentlich das belgisch-deutsche Verhältnis sowohl unter dem Regime der Weimarer Republik, wie unter Hitler und auch während der Kriegszeit auf das unheilvollste belastet. [...] Auch in Belgien hätte sich kein Mensch, hätte sich keine einzige Zeitung mehr mit Thedieck beschäftigt, wenn er nicht wieder ‚nach vorne gekommen‘ wäre und den unverkennbaren Versuch unternommen hätte, wieder dort anzufangen, wo er beim deutschen Zusammenbruch vor fünf Jahren gezwungenerweise aufhören musste.“<sup>66</sup>

Von Verzicht auf Attacke keine Spur. Aber wie hätte Henri Michel auch schweigen können? Franz Thedieck stand für das, was Michel in den 1930er Jahren bekämpft hatte: die Unterminierung des Eingliederungsprozesses Eupen-Malmedy-St. Viths in den belgischen Staat durch deutsche Stellen. Dass dieser Mann dann auch noch als „Besatzer“ nach Brüssel gegangen war, musste in den Augen der belgischen Presse unvermeidlich den Eindruck entstehen lassen, als habe hier ein „ewig Gestriger“ die neue Bonner Karriereleiter erklimmen.

Es ist nicht zu ermitteln, ob Konrad Adenauer diese Wahrnehmung zu dieser Zeit teilte; sicher ist jedoch, dass er ein Gespür für die Befürchtungen der westlichen Nachbarn der jungen Bundesrepublik entwickelte. Dass zwischen der Berufung Thediecks ins BMG und seiner Ernennung zum Staatssekretär mehr als sechs Monate vergingen, lag zweifelsohne am Widerstand des Regierungschefs, der dafür Thedieck im November 1949 gar die Leitung des im Aufbau befindlichen Bundesamtes für Verfassungsschutz übertragen wollte – wohl ein Zeichen, dass es kein Vertrauensproblem zwischen den beiden gab. Neben den unangenehmen Folgen, die Adenauer für das Verhältnis zu Belgien befürchtete, war ihm bei der Ernennung zum Staatssekretär auch Thediecks Nähe zu Jakob Kaiser, der Galionsfigur des linken Flügels der CDU, ein Dorn im Auge. Tatsächlich musste dieser mehrmals mit Rücktritt drohen, ehe Adenauer im Sommer 1950 nachgab.<sup>67</sup> Nachdem Franz Thedieck sich seit 1923 durchweg mit der nationalen Sache Deutschlands „im Westen“ befasst hatte, verlagerte sich der geographische Schwerpunkt seiner Arbeit als Staatssekretär nunmehr nach Osten.

#### *Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen*

Franz Thediecks Tätigkeit als Staatssekretär gehört zu den bestdokumentierten Abschnitten seiner Vita, die regelmäßig das Interesse der Forschung auf sich gezogen hat. In jüngerer Zeit haben vor allem die Arbeiten von Stefan Kreuzberger und Bernard Ludwig unsere Kenntnis der Zusammensetzung, der Funk-

<sup>66</sup> Grenz-Echo, 15. Oktober 1949, S. 1.

<sup>67</sup> Kreuzberger: Kampf, S. 65–75.



tionsweise, aber auch der Wirkung des Gesamtdeutschen Ministeriums erheblich erweitert.<sup>68</sup> Dabei wurde die zentrale Rolle des Staatssekretärs ausführlich analysiert. Diese beruhte hauptsächlich auf zwei Pfeilern: zum einen auf der Tatsache, dass es sich um ein neuartiges Ministerium handelte, dessen Struktur und Aufgabe in der frühen Bundesrepublik erst einmal definiert und ausgehandelt werden mussten, zum anderen auf der Persönlichkeit der verschiedenen Minister, die das Ressort bis 1963 leiteten und von denen die beiden ersten – Jakob Kaiser und Ernst Lemmer – nur wenig Energie für die alltägliche Arbeit aufbrachten. Franz Thediecks Spielraum war dementsprechend groß, sodass er zu Recht als „starker Mann“ und „graue Eminenz“ des BMG bezeichnet worden ist.

Laut Organisationsplan des BMG aus dem Oktober 1949 sollte dessen Aufgabe „der Pflege und Förderung einer Volksgesinnung dienen, die zu einer einheitlichen politischen Willensbildung, dem Willen zur Einheit der Nation in Freiheit führt“<sup>69</sup>. Während vierzehn Jahren ist Thedieck von diesem Grundprinzip nie abgerückt, was ihn zum Ende seiner Zeit als BMG als „Hardliner“ und „Falken“ erscheinen ließ. Bemerkenswert sind jedoch zwei Dinge: Thediecks Konzeption einer umfassenden Rolle des BMG in der Deutschen Frage, die nicht nur rhetorisch-propagandistisch sein sollte, sondern auch konkrete exekutive Aufgaben zu erfüllen habe, und seine recht geschickte Vorgehensweise, seine Netzwerke und Kontakte aus den vorangegangenen Tätigkeiten auch in ihrem neuen Kontext zu nutzen. Neben der organisatorischen Arbeit in einem personell schlecht ausgestatteten Ministerium, die von seiner Sachkenntnis und einem kollegialen Führungsstil geprägt war, galt seine große Leidenschaft der Öffentlichkeitsarbeit, die sich in zahllosen Artikeln, Stellungnahmen, Rundfunkkommentaren und Vorträgen widerspiegelte. Zudem bestand er auf der umstrittenen Zusammenarbeit mit privaten Institutionen und Vereinen, wie beispielsweise dem Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF) von Eberhart Taubert („Dr. Anti“), die nachrichtendienstliche und subversive Züge aufwies.<sup>70</sup>

Thediecks umfassende Konzeption der Aufgaben seines Ministeriums führten dazu, dass sich dieses nicht nur mit der DDR befasste, sondern auch mit der Berlin-Frage, der Vertriebenenproblematik und der Saarfrage. Hinzu kam die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und dessen Bekämpfung. Hier treffen wir wieder auf eine Konstante in seinem beruflichen Leben, rekurrierte er hierfür doch auf zahlreiche Wissenschaftler, mit denen er schon seit Jahrzehnten zusammengearbeitet hatte, beispielsweise Franz Petri

68 Ebd., S. 75–97; Ludwig: Anticommunisme, S. 98–119; auch Kleinmann: Thedieck, S. 256–260.

69 Zitiert nach Kleinmann: Thedieck, S. 257.

70 Ludwig: Anticommunisme, S. 681–786.

und Franz Steinbach, vor allem jedoch Hermann Aubin, der mit dem Herder-Institut in Marburg eine neue „Ostforschung“ aufbaute.<sup>71</sup> Deutlich wurde dabei, dass Thedieck die Auseinandersetzung mit dem politischen Regime im Osten primär in der Kategorie des Nationalismus, also als eine deutsche Verlustgeschichte reflektierte.

Zur Beobachtung und Analyse der Lage in der DDR rief Minister Jakob Kaiser im März 1952 den „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ ins Leben. Er fungierte als ständiger Ausschuss des Ministeriums. Dort tagten Ministeriumsvertreter, Politiker, Kirchen, Interessenverbände in Ausschüssen für Bilanzierung, Agrarwesen, Wirtschaft, Soziales, Finanzen, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen. Die Hauptlast trugen jedoch fünf, später zehn Wissenschaftler, zumeist Juristen oder Volkswirtschaftler. Wie Dirk van Laak gezeigt hat, agierte Franz Thedieck als Verbindung zwischen Beirat und Ministerium.<sup>72</sup> In einem Interview für den Süddeutschen Rundfunk formulierte Thedieck 1956 die Aufgaben des Beirats: „[...] wir bemühen uns, in ständiger Arbeit und Studium des so grundlegend verschiedenen Verlaufs der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den beiden Teilen Deutschlands die Unterlagen vorzubereiten, die den späteren gesamtdeutschen Gesetzgeber in die Lage versetzen, den Notwendigkeiten beider Teile Deutschlands gerecht zu werden. [...] Dem vom Volk gewählten Gesetzgeber die objektiven Unterlagen für seine Entscheidung bereitzustellen, das ist im Grunde die Aufgabe des Forschungsbeirates [...]“<sup>73</sup>

Die Formierung einer neuen Elite nach einem Zusammenbruch der DDR war wesentliche Aufgabe, zentrale Funktion war jedoch die sozioökonomische Vorbereitung der deutschen Vereinigung. Thedieck selbst stand in der Frage der Wiedervereinigung fest an der Seite Konrad Adenauers, was zu einem zeitweiligen Zerwürfnis mit Jakob Kaiser führte, das jedoch nach dessen Ausscheiden aus dem Ministerium gekittet werden konnte. Während Adenauer bekanntlich die Westintegration der Bundesrepublik vorantrieb, bevorzugte Kaiser demgegenüber eine Wiedervereinigungspolitik und sah ein geeinigtes Deutschland als potentielle „Brücke“ im Ost-West-Konflikt. Jedenfalls machte Thedieck sich die Kanzler-Devise von der „Einheit in Freiheit“ zu Eigen, auch mit der Folge, dass das Ende der Zweiteilung Deutschlands für ihn keine „Naherwartung“ mehr war. Das Festhalten an diesen Prinzipien sollte schließlich auch zu seinem Rückzug führen, nachdem 1963 der FDP-Vorsitzende Erich

---

71 Brüll: Thedieck; Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005.

72 Dirk van Laak: Der Tag X. Vorbereitungen für die deutsche Wiedervereinigung vor 1989, in: Enno Bünz (Hg.): Der Tag X in der Geschichte. Erwartungen und Enttäuschungen seit 1000 Jahren. Stuttgart 1997, S. 256–286, hier S. 263–265.

73 Staatssekretär Thedieck im Süddeutschen Rundfunk, 22. September 1956, in: BArch N 1174/107.

Mende Minister für gesamtdeutsche Fragen wurde, von dem er eine Annäherungspolitik befürchtete, die mit der bisherigen Linie des BMG kollidiert wäre.

Zum Ausscheiden aus einer Funktion erhielt Thedieck zahlreiche Dankeschreiben, wie das von Hermann Aubin: „Diese Leistung ist fast ganz von zwei großen Posten ausgefüllt. Auf dem schwierigen Boden Belgiens ist es Ihnen trotz der überaus schwierigen Bedingungen der Kriegszeit gelungen, die Erinnerung zu hinterlassen, wie die Vertretung deutscher Verwaltung vornehm und gerecht geführt werden konnte. Dann aber sind Sie vor eine Aufgabe ganz neuer Art, von höchster Verantwortung gestellt worden [...]“<sup>74</sup>

Dass er nunmehr empfand, dieser Verantwortung nicht mehr in seinem Sinne gerecht werden zu können, bedeutete dann jedoch nicht den Rückzug ins Privatleben.

### *Intendant des Deutschlandfunks*

Mit fast 66 Jahren wurde Thedieck im Sommer 1966 zum Intendanten des Deutschlandfunks (DLF) gewählt, dessen Verwaltungsvorsitz er seit 1961 ausgeübt hatte und dessen gesetzliche Grundlage er in seiner Zeit als Staatssekretär noch mit geschaffen hatte.<sup>75</sup> Auch wenn die Wahl mit der Zustimmung der Mitglieder von CDU und SPD erfolgte, war sie nicht unumstritten: sein Alter, seine starre Gegnerschaft zur Entspannungspolitik wurden bemängelt, der politische Charakter der Ernennung gerügt. Thediecks Radioerfahrung konnte hingegen nicht bestritten werden: auch hier zieht sich gewissermaßen eine biographische Kontinuitätslinie von den 1930er Jahren über seine zahlreichen Interventionen im RIAS bis hin zum erwähnten Verwaltungsratsvorsitz des DLF seit dessen Gründung.

„Wir machen ein umfassendes Programm, aber das Leitmotiv ist immer die Spaltung Deutschlands“, so Thediecks Leitidee für den DLF. Er selbst verstand seine Aufgabe als die eines politischen Managers, der den Journalisten in Arbeit und Programmgestaltung den Rücken frei hielt. Zu den Errungenschaften seiner bis 1972 währenden Amtszeit zählt die Erweiterung der fremdsprachigen Programme, denen er große Bedeutung beimaß, um im Ausland das Bewusstsein für die Deutsche Frage zu schärfen.

In den ersten beiden Amtsjahren verband Thedieck diese Aufgabe noch mit der des Co-Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dieses Amt übte er seit 1964 gemeinsam mit Alfred Müller-Armack aus.<sup>76</sup> In diese Zeit fällt die Ausweitung des Schulungsangebots und der wissenschaftlichen Forschung

74 Hermann Aubin an Franz Thedieck, 24. Oktober 1963, in: BAArch N 1179, Bd. 22, Bl. 181–183 (Nachlass Aubin).

75 Zum Folgenden vgl. Kleinmann: Thedieck, S. 260f.

76 Ebd., S. 262.

(Vergabe von Begabtenstipendien), mithin zwei Steckenpferde Thediecks. Zudem intensivierte die Stiftung in dieser Zeit ihr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem in Südamerika.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass sowohl die Tätigkeit als Intendant als auch jene als KAS-Vorsitzender noch einer konsequenten Historisierung bedürfen, die über die in den beiden Nachlässen gesammelte Dokumentation hinausgeht. Diese Beobachtung gilt nicht für eines der wichtigsten Engagements Thediecks nach 1945, seiner Rolle als Motor der Vergangenheitspolitik der Angehörigen der MV Belgien und Nordfrankreich.

### *Franz Thedieck und die Vergangenheit*

„Das Urteil, das dieses merkwürdige Biergericht gegen von Falkenhausen und Reeder verhängt hat, ist in sich ja voller Widersprüche. In der Urteilsverkündung, soweit sie bisher bekannt geworden ist, steht eine Fülle von beachtlichen und richtigen Dingen, aber das Strafmaß steht in einem klaffenden Widerspruch zur Urteilsbegründung. Wir stehen hier auf dem Standpunkt, dass von Falkenhausen und Reeder keine Berufung einlegen sollten, damit die belgische Regierung die Möglichkeit hat, auf dem Verwaltungswege [...] angesichts der Verbüßung von 1/3 der Strafe die Freilassung anzuordnen.“<sup>77</sup>

Franz Thediecks gegenüber einem anderen ehemaligen „Brüsseler“ formulierter Kommentar zu dem am 9. März 1951 in Brüssel verkündeten Urteil im Prozess gegen die beiden führenden Mitglieder der MV während der Besatzungszeit bringt deutlich seine Ablehnung gegenüber der gesamten Prozedur zum Ausdruck. Thedieck behielt jedoch im letzten Punkt seiner Analyse Recht, und so konnten von Falkenhausen und Reeder, die zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden waren, Belgien kurze Zeit später verlassen. Der Prozess hatte die Gemüter beiderseits der Grenze stark erregt, sein Ausgang – ein Urteil mit Kompromisscharakter – reihte sich letztlich ein in die Bausteine gutnachbarlicher Beziehungen, die dazu führten, dass Belgien im Frühling 1951 (als erstes Land gemeinsam mit Dänemark) diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnahm.<sup>78</sup>

Franz Thedieck war in den Vorbereitungen auf den Prozess mehrfach als Zeuge vernommen worden. Diese Aussagen erfolgten teils in Form von Erklärungen, teils anlässlich von Befragungen durch die belgischen Justizbehörden.<sup>79</sup> Für die Angehörigen waren die Vernehmungen in Belgien noch 1949 mit der Angst verbunden, dass die Justizbehörden Thedieck und die anderen Be-

77 Franz Thedieck an Ministerialrat Muttray, Hannover, 12. März 1951, in: BArch N 1174/63.

78 Christoph Brüll: *Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich 1944–1958*. Essen 2009, S. 291–294, mit weiteren Literaturverweisen.

79 Die einschlägigen Dokumente sind aufbewahrt in BArch N 1174/54 und Centre d'Études Guerre et Société contemporaines (Brüssel), AA 2143, Archives de l'enquête judiciaire et

fragten festhalten würden, wie aus zwei Schreiben Thediecks aus dem Sommer 1949 hervorgeht.<sup>80</sup> Die Befragungen drehten sich hauptsächlich um die so genannte Geiselfrage, indem versucht wurde, den Entscheidungsprozess bei der Erschießung von Geiseln als Repressalie zu rekonstruieren. Thedieck, der mit seinem ehemaligen Vorgesetzten Reeder und dessen Frau Dora in engem Briefverkehr stand, musste dabei mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen, wie von Falkenhausen und Reeder sich über diese Frage entzweiten, da der ehemalige MBB die Verantwortlichkeit auf den Militärverwaltungschef ablud. Insgesamt, und darauf spielt Thediecks Würdigung der Urteilsbegründung an, gelang es den Angeklagten jedoch, die Trennung zwischen der MV einerseits und den genuin nationalsozialistischen Institutionen plausibel zu machen. Eine Darstellung, die in den folgenden Jahrzehnten das Bild der belgischen Besatzung bestimmte. Viele führende Mitglieder der MV bildeten in den Nachkriegsjahren eine Art Solidargemeinschaft, die gerade das öffentliche Bild der ehemaligen Besatzungsverwaltung bestimmen und kontrollieren wollte. Dies zeigte sich exemplarisch, als die Bundeszentrale für Heimatdienst im Jahr 1956 die deutsche Übersetzung des Buches „The Final Solution“ des britischen Historikers Gerald Reitlinger finanzieren wollte.<sup>81</sup> Thedieck, der in seiner Eigenschaft als Staatssekretär regelmäßig mit der Bundeszentrale zusammenarbeitete, wurde gleich von drei Mitgliedern der MV um eine Intervention ersucht: Reeder, von Falkenhausen und der ehemalige Vertreter des Auswärtigen Amtes in Brüssel, Werner von Bargaen<sup>82</sup>. Thedieck schrieb dem Direktor der Bundeszentrale, Paul Franken: „Der Tatbestand ‚Militärbefehlshaber und Militärverwaltungschef in Brüssel und die Judenfrage‘ ist natürlich sehr kompliziert und eine Darstellung nicht auf eine kurze Form zu bringen. Die Darstellung, wie sie aber offenbar in dem Buch gegeben ist, entspricht sicher so nicht den Tatsachen.“<sup>83</sup> Während von Bargaen gerichtlich gegen das Werk vorging und die Streichung einer Passage erreichte, bemühten sich Reeder und von Falkenhausen um ein Gegengutachten zu dem Buch, dessen Mo-

---

du procès contre Alexander von Falkenhausen, Eggert Hans Reeder, Georg Franz Bertram et Bernhardt von Claer.

- 80 Franz Thedieck an Jakob Kaiser, 28. August 1949, in: BArch N 1018/40 („Meine Frau meint natürlich wieder, man würde mich dort festhalten. Aber sie neigt ja dazu, sich durch unnötige Sorgen um ihren Mann das Leben schwer zu machen.“); Franz Thedieck an Busch, 20. August 1949, in: BArch N 1174/54 („Ich glaube nicht, dass man uns in Lüttich festhält. Die Zeiten sind doch wohl vorbei“).
- 81 Zur Publikation Reitlingers vgl. Nicolas Berg: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung. Göttingen 2003, S. 284–286; Ders.: Lesarten des Judenmords, in: Ulrich Herbert (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung. Göttingen 2002, S. 91–139, hier S. 103–110.
- 82 Zu von Bargaen vgl. Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010, S. 67f., 180, 240–243, 359.
- 83 Franz Thedieck an Paul Franken, 27. Februar 1956, in: BArch N 1174/139.

tivation Reeder gegenüber Thedieck recht kryptisch begründete: „Bemühen Sie sich nicht mehr um die Geschichte des nunmehr erschienenen Buches von Reitlinger. Wir sind in der Lage, in einem gegebenen Augenblick, nicht zuletzt dank der Hilfe von Dr. Rheindorf, derartig aufzutreten, dass es manchen Hintermännern schlecht bekommen wird, zumal uns angesehene Presseorgane zur Verfügung stehen, die nur auf eine Zündung warten. Es handelt sich nicht um Reitlinger selbst, sondern um diejenigen, die in einer hier nicht darzustellenden Weise das Erscheinen dieses Buches aus Gründen, die wohl kaum etwas mit Moral zu tun haben, hier förderten, ohne für eine Annäherung des wirklichen Tatbestandes, was ihnen möglich gewesen wäre, Sorge zu tragen.“<sup>84</sup>

Thediecks Einfluss auf die Prägung des Bildes der MV wird besonders deutlich anlässlich der Gedenkrede, die er im November 1960 auf den ein Jahr zuvor verstorbenen Reeder hielt und die als symptomatisch für seine Bewertung der Besatzung Belgiens und der Rolle des Militärverwaltungschefs gelten kann: „Wir können nicht leugnen, dass sein Aufstieg mit dem Nationalsozialismus zusammenhing, aber wir können mit Sicherheit sagen, daß er auch ohne Nationalsozialismus einen großen, vielleicht einen viel größeren Aufstieg erreicht hätte. Wie hätten sich sein großes Können, seine außerordentliche Dynamik und seine unerhörte Arbeitskraft erst auswirken können, wenn er in normalen Zeiten sich dem Staatsdienst hätte widmen können. [...] Ganz sicher gehörte er während der ganzen Zeit des Dritten Reiches zu der Gruppe von Menschen, die mit wachsender Einsicht in das verbrecherische Treiben der damaligen Machthaber mit immer größerer Intensität und mit letztem Einsatz ihrer Kraft sich bemühten, in ihrem eigenen Verantwortungsbereich das Böse zu verhindern und durch Gutes auszugleichen.“<sup>85</sup>

Thedieck wurde selbst in seiner Zeit als Staatssekretär regelmäßig aufgrund seiner Vergangenheit angegriffen. Den Höhepunkt erreichten diese Kampagnen im Frühling 1963 kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, als der DDR-Propagandachef Albert Norden eine „Dokumentation“ über die Bonner Staatssekretäre veröffentlichte, in der es über Thedieck hieß: „In der Zeit der Tätigkeit Thediecks in Belgien wurden unter der Mitverantwortlichkeit der Militärverwaltung 25.000 belgische Juden in das Todeslager Auschwitz deportiert. Wäh-

84 Eggert Reeder an Franz Thedieck, 2. Oktober 1956, in: BArch N 1174/82. Dazu jetzt auch Marnix Beyen/Svenja Weers: Een anti-politieke „Homo Politicus“: De naoorlogse correspondentie van „Militärverwaltungschef“ Eggert Reeder (1948–1959), in: Belgische Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis 1 (2013), S. 46–77. Bei dem von Reeder erwähnten Dr. Rheindorf handelt es sich um den Historiker Kurt Rheindorf (1897–1977). Vgl. Notker Hammerstein: Eine verwickelt vielschichtige Zeitgenossenschaft. Kurt Rheindorf und die Frankfurter Universität, in: Dieter Hein/Klaus Hildebrand/Andreas Schulz (Hg.): Historie und Leben: Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall. München 2006, S. 467–478.

85 Franz Thedieck: Ansprache anlässlich der Gedenkstunde für Eggert Reeder am 22. November 1960 in Bonn, in: BArch N 1174/113.

rend von Falkenhausen und auch Reeder wegen dieses Verbrechens angeklagt und in Brüssel zu je 12 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, hat es Thedieck verstanden, sich einer Bestrafung für seine Mitschuld zu entziehen.“<sup>86</sup>

Zudem bezeichnete Norden Thedieck während einer Pressekonferenz als „Hitlers Operationschef gegen Belgien und Adenauers Operationschef gegen die DDR“.<sup>87</sup> Als diese Vorwürfe auch in englischen Zeitungen übernommen wurden<sup>88</sup>, war es „Die Welt“, die sich unter dem Titel „Es gibt kein Problem Thedieck“ für ihn verwandte.<sup>89</sup> Tatsächlich gibt es in den Archiven keinen Beleg für eine Beteiligung Thediecks an der Organisation der „Endlösung“ in Belgien. Auch die neuere Forschung erwähnt seinen Namen in diesem Zusammenhang nicht.<sup>90</sup>

Allerdings hat er in den 1970er und 1980er Jahren mehrfach als Zeuge in diesem Komplex ausgesagt: „Es ist richtig, dass ich mit Reeder recht offen sprechen konnte. Wir haben darüber gesprochen, dass die Juden im Osten in großen Selbstverwaltungsgemeinden angesiedelt werden sollten. Insofern habe ich Zweifel geäußert und angedeutet, dass die Juden möglicherweise umgebracht wurden. Von der Art der Tötung war mir, soweit ich erinnern kann, nichts bekannt.“<sup>91</sup>

Die Vorwürfe trafen ihn jedenfalls nicht, wie er seinem Freund Hans Steinacher, nunmehr österreichischer Konsul in Mailand, nach seiner Ernennung zum Intendanten des DLF lakonisch kundtat: „Meine Ernennung zum Intendanten des DLF hatte auch wieder einmal die gesamte Presse der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, aber auch der Ostblockländer, in Bewegung gebracht; aber ich habe mich schon so daran gewöhnt, dass ich ,25.000 belgische

86 Globkes Braune Notstandsexekutive. Das Bonner Geheimkabinett der Staatssekretäre – ein Exklusivverein belasteter Nazis und Antisemiten. Dokumentation des Ausschusses für Deutsche Einheit. Hg. von Albert Norden. Berlin (Ost) 1963, S. 30.

87 Neues Deutschland, 22. März 1963.

88 Sunday Telegraph, 21. April 1963.

89 Die Welt, 6. Mai 1963.

90 Weder Insa Meinen: Die Shoah in Belgien. Darmstadt 2009, noch Rudi Van Doorslaer/Emmanuel Debruyne/Frank Seberechts/Nico Wouters: La Belgique docile. Les autorités belges et la persécution des Juifs en Belgique durant la Seconde Guerre mondiale. 2 Bde. Brüssel 2007, erwähnen Thedieck in diesem Zusammenhang. Etwas überraschend ist die Feststellung, dass einige Historiker diese DDR-Kampagnen, deren dokumentarischer Wert natürlich nicht per se aufgrund ihrer Provenienz geschmälert wird, ohne jede Quellenkritik übernehmen, siehe Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf im Osten. Göttingen, 2002, S. 36 („Er [Thedieck] trug in dieser Funktion offenbar die Mitverantwortung für die Deportation von 25.000 Juden nach Auschwitz“).

91 Zeugenvernehmung Thedieck 3. Dezember 1971, zitiert nach Ahlrich Meyer: Das Wissen um Auschwitz Täter und Opfer der „Endlösung“ in Westeuropa. Paderborn 2010, S. 38.

Juden in Auschwitz umgebracht‘ habe, dass mir das nicht für eine Minute die Ruhe beeinträchtigt.“<sup>92</sup>

Neben den Vorwürfen aus der DDR gab es auch aus Belgien immer wieder Angriffe aus Thedieck – von den Reaktionen auf seine Ernennung war bereits die Rede. Hier gilt es allerdings zu differenzieren: während die Angriffe aus dem französischsprachigen Landesteil kamen, konnte Thedieck in Flandern auf einige Unterstützer zählen. Der ehemalige Generalsekretär des belgischen Wirtschaftsministeriums, Victor Leemans, mit dem Thedieck in der Besatzungszeit zusammengearbeitet hatte, und der, nachdem 1947 alle Verfolgungsmaßnahmen gegen ihn eingestellt worden waren, zum christdemokratischen Senator und sogar zum Präsidenten der Beratenden Versammlung der EGKS aufstieg, zählte zu Thediecks Freunden, wie sich an ihrer jahrelangen Korrespondenz und den gegenseitigen Besuchen unschwer erkennen lässt. In der französischsprachigen Presse war es vor allem der „Germinal“, die Sonntagszeitung des sozialistischen „Le Peuple“, der regelmäßig über Thedieck berichtete und 1956 dafür sorgte, dass Adenauer ihn bei der Unterzeichnung des deutsch-belgischen Ausgleichsvertrags in Bonn ließ.<sup>93</sup> Ein Jahr zuvor hatte das gleiche Blatt unter dem Titel „Un nazi nommé Thedieck“ über Thediecks Rolle in der „Nazifizierung“ der belgischen Schulen in der Besatzungszeit berichtet.<sup>94</sup>

Rund zwanzig Jahre später begann die wissenschaftliche Geschichtsschreibung in Belgien, sich mit der Besatzungszeit zu befassen. Dabei war sie zum besseren Verständnis der Umstände auch auf deutsche Zeitzeugen angewiesen, die sie in der Person von Franz Petri und Franz Thedieck fand. Petri hatte sich in Flandern als Historiker nach 1950 wieder einen Namen gemacht und arbeitete eng mit flämischen und niederländischen Kollegen zusammen – während er von der Université libre de Bruxelles mit einem Hausverbot belegt war. In den 1970er Jahren partizipierte er an der ersten Ausgabe der „Encyclopedie van de Vlaamse Beweging“, in der er unter anderem den Eintrag zu Franz Thedieck schrieb.<sup>95</sup> Die Konfusion zwischen Zeitzeuge und Historiker in einer Person hätte kaum größer sein können. Thedieck stand in jener Zeit in enger Verbindung mit Albert de Jonghe, dessen grundlegende Aufsätze er kommentierte und mit seinen eigenen Erinnerungen anreicherte: „Im Übrigen betätige ich mich des öfteren als ehrenamtlicher Mitarbeiter von Dr. De Jonghe. Er schickt mir immer ganze Fragenkataloge und in diesen Tagen wieder das Manuskript des zweiten Kapitels eines Aufsatzes ‚De strijd Himmler-Reeder om

92 Franz Thedieck an Hans Steinacher, 19. August 1966, in: BArch N 1174/142.

93 Brüll: Belgien, S. 7.

94 Germinal, 13. März 1955. Siehe auch Brüll: Vom Reichsbeauftragten.

95 Franz Petri: Entwurf der Notiz „Franz Thedieck“ für die „Encyclopedie van de Vlaamse Beweging“, o. D., in: LWL-Archiv, NL 914, Bd. 109, Bl. 115.



de benoeming van een HSSPF te Brussel'. Es ist für mich einigermaßen anstrengend, diese Texte zu studieren, weil ich kein Flämisch kann. Aber ich versuche es, so gut es geht. Der Fleiß und das Engagement von Herrn De Jonghe sind wirklich bewundernswert.<sup>96</sup>

Worauf es Petri und Thedieck dabei ankam, zeigt der Entwurf einer Rezension des Buches von Wilfried Wagner „Belgien in der deutschen Politik des zweiten Weltkrieges“ (1974), den Petri Thedieck zur Durchsicht vorlegte: „Im Unterschied zu den in manchen Partien parallelen, von ihm leider nicht mehr benutzen Untersuchungen des flämischen Historikers A. De Jonghe, die weit hin auf den gleichen Quellen fußen, sie aber in wichtigen Punkten abweichend interpretieren, arbeitet Wagner – nach meiner persönlichen Erfahrung in der MV unbedingt zu Recht – die grundsätzlichen Unterschiede in der Einstellung der nationalsozialistischen Parteidienststellen und der SS zu den belgischen und insbesondere den flämischen Problemen heraus, die bestrebt war, zur Milderung der Folgen des völkerrechtswidrigen Einfalls in die Beneluxländer (S. 88) eine möglichst schonende (S. 94), „bevölkerungsfreundliche“ (S. 197) Aufsichtsverwaltung zu praktizieren [...].“<sup>97</sup>

Erst die neuere Forschung hat diese Sicht der Dinge relativiert – nicht zuletzt durch die Analyse der Rolle Franz Petris in der MV.<sup>98</sup>

Thedieck wurde nunmehr zum vielgefragten Zeitzeugen. Je näher der 50. Jahrestag der „Machtergreifung“ rückte, umso mehr wandte man sich an ihn, als einen der den Übergang von der Demokratie zur Diktatur in seiner Beamtentätigkeit erlebt hatte – wie die zu Beginn des Beitrags erwähnten Interviews dokumentieren.

### *Fragen an eine Biographie*

Als Franz Thedieck am 20. November 1995 in Bonn verstarb, hatte er fast das gesamte kalendarische 20. Jahrhundert erlebt, ein Jahrhundert, in dem von seinem Vaterland beispiellose Gewalt ausgegangen war, dessen für Deutschland so glückliches Ende er 1990 jedoch noch erlebte. Die schiere Tatsache, dass Thedieck in drei verschiedenen Staatsformen und über zwei Systemwechsel hinweg als politischer Beamter fungiert hat, macht seine Biographie zu einem herausfordernden Untersuchungsgegenstand für den Historiker. Dieser Lebenslauf war so wohl nur in Deutschland möglich, nicht nur wegen seiner so hervorstechenden nationalen, ja nationalistischen Aufladung, sondern auch weil sich nach dem Ende des Dritten Reiches auch für Thedieck die Aussicht auf etwas Neues eröffnete. Insofern war sein Lebensweg wohl weniger „absou-

96 Franz Thedieck an Franz Petri, 31. Oktober 1977, in: LWL-Archiv, Bd. 41, Bl. 154.

97 Franz Petri an Franz Thedieck, 27. August 1975, ebd., Bl. 138.

98 Zur Diskussion um Petri vgl. Brüll: Thedieck, mit zahlreichen Literaturverweisen.

derlich“ als er es selbst empfand,<sup>99</sup> gewöhnlich oder unspektakulär war er deshalb freilich nicht.

Wie zum Beginn dieses Beitrags skizziert, provoziert diese Biographie Fragen, die die Historiker seit Jahrzehnten an die deutsche Geschichte richten. Im Hinblick auf seine beruflichen Aktivitäten ist sicherlich die Frage nach der Rolle seines Nationalismus, den er als nationale Aufgabe definiert hätte und für sich selbst problemlos von der nationalsozialistischen Radikalisierung hatte trennen können, ein Komplex, der noch offen bleiben muss. Sein Nationsverständnis blieb, wie gezeigt, auch über 1945 hinweg ein ungebrochen positives. Man wird in diesem Zusammenhang auch nicht umhin kommen, das ostentative gute Gewissen, das er nach 1945 an den Tag legte, zu hinterfragen. Auf Kritik an seiner Tätigkeit in der MV – wie an dieser im Allgemeinen – und auf die Revanchismusvorwürfe, denen er sich beispielsweise für seine Tätigkeit vor 1940 ausgesetzt sah, reagierte er mit Unverständnis – was nicht notwendigerweise mit Ablehnung gleichzusetzen ist. Vielmehr lässt sein Umgang mit der Vergangenheit den Verdacht aufkommen, dass die Diskreditierung, die den deutschen Nationalismus nach 1945 traf, nicht zu seinem Wahrnehmungshorizont gehörte.

Seine Opposition zum Nationalsozialismus ist dabei evident. Seine (Selbst-)Stilisierung zum Widerstandskämpfer ist es nach meinem Dafürhalten viel weniger, da seine aktive Rolle in den Widerstandsnetzen, mit deren Akteuren er ohne Zweifel in Verbindung stand, bisher eher postuliert als belegt worden ist. Dies verlangt sicherlich eine konsequentere Historisierung der (teilweise nach 1945 entstandenen) Zeitzeugenaussagen. Doch ist dies eine Frage an die Forschung, die künftig deutlich intensiver als bisher die Netzwerke der 1930er Jahre, in denen Thedieck aktiv war, in den Blick nehmen muss – gerade auch in der Frage der Betreuung Eupen-Malmedys. Es gilt, noch mehr über die Analyse der Rhetorik hinaus zu gehen und das konkrete Handeln der Akteure zu untersuchen. Dies gilt umso mehr für die Besatzungszeit in Belgien, für die fast alle bisher zu Thedieck verfügbaren Quellen von ihm selbst stammen oder von Institutionen (die katholische Kirche) und Personen, die ein eigenes Interesse hatten, ihre Beziehung zu Thedieck für diesen vorteilhaft darzustellen, wie z. B. seine beiden ehemaligen Vorgesetzten von Falkenhausen und Reeder oder der Historiker Franz Petri. Noch gar nicht untersucht worden ist hingegen Thediecks Rolle in der Wirtschaftspolitik der Besatzungsverwaltung, die neue Aufschlüsse zu den Kriegsjahren selbst, aber auch zur Konstituierung der flämischen Netzwerke der Nachkriegszeit erbringen könnte. Ebenso gilt es, künftig das Zustandekommen und die Hintergründe seiner beeindruckenden Sammlung von „Persilscheinen“ noch deutlicher unter die Lupe zu nehmen. Andere Forschungsdesiderate sind im vorliegenden Beitrag angesprochen

---

99 So der Betroffene laut Kleinmann: Thedieck, S. 261.

worden, beispielsweise bezüglich seiner Tätigkeit in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Franz Thedieck, seine beruflichen Tätigkeitsfelder und die Problematiken, die sie aufwerfen, bieten demnach auch zukünftig noch „Stoff“ für die Historiker. Fragen an seine Biographie, sind in seinem Fall auch Fragen an die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts.

# **Albert Maria Lehr (1913–1997)** **Gründervater der Badischen CDU – Vorkämpfer für den Südweststaat und erster Wirtschaftsförderer Freiburgs**

**Michael Kitzing**

## *Einleitung*

Seine ganz persönliche Stunde Null, so berichtete der Freiburger Bauingenieur Albert Maria Lehr auf einem Kolloquium anlässlich der 50. Wiederkehr des Kriegsendes im Jahr 1995<sup>1</sup>, habe er bereits am 30. November 1944 erlebt. An diesem Tag war er als dienstuntauglich aus der Wehrmacht in seine damalige Heimatgemeinde Lenzkirch, in die er während des Krieges zeitweilig dienstverpflichtet worden war, entlassen worden. Die Heimfahrt fand unter Lebensgefahr statt: Der Zug von Ulm nach Neustadt im Schwarzwald benötigte sieben Stunden und musste mehrfach wegen drohender Tieffliegerangriffe angehalten und evakuiert werden. In diesem Augenblick sei ihm persönlich klar geworden, „dass der Zusammenbruch nicht mehr weit entfernt sein konnte“. Eine Vorstellung über den Neuaufbau, überhaupt wie die bedingungslose Kapitulation aussehen werde, habe er jedoch ebenfalls nicht besessen.

Auf jeden Fall aber, so seine Überzeugung, müsse es die Aufgabe der Deutschen sein, ihr Schicksal, soweit es die Besatzungsmächte zuließen, selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen: „Ich nahm mir bei meiner Heimkehr vor, mit eiserner Disziplin jeden Tag mindestens eine Stunde darüber nachzudenken, was nach dem verlorenen Krieg von unserer Seite geschehen müsse. Dies tat ich auch und schrieb mir jeden Tag das Überdachte auf.“<sup>2</sup> Dabei habe er in seinen „täglichen Nachdenkstunden“ das gesamte politische Spektrum durchgedacht, so dass gleichermaßen Gedanken über die Neuformierung des Parteiensystems, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und schließlich eine etwaige Säuberung in der Lehrerschaft zusammengetragen worden seien. Allerdings, so musste Lehr eingestehen, könne er diese Gedanken nicht mehr im Detail vorweisen, da er seine täglichen Eintragungen einige Wochen vor dem Einmarsch der Franzosen vernichtet habe, aus Furcht, das Buch könne fanatisierten Nationalsozialisten in der Endphase des Krieges in die Hände fallen.<sup>3</sup>

---

1 Demokratischer Neuanfang. Herbst 1945. Zeitzeugengespräch: Mittwoch, 8. November 1995 um 20.00 Uhr im Bürgerhaus Zähringen. Manuskript in: Staatsarchiv Freiburg (StAF), NL Lehr, Nr. 7. – Die Anregung zur Beschäftigung mit A. M. Lehr verdanke ich meiner geschätzten Kon-Stipendiatin und Freundin Madline Gund; Dank zudem an Christof Lehr für zweckdienliche Hinweise bei der Beschäftigung mit seinem Vater.

2 Zitate: Demokratischer Neuanfang, S. 1.

3 Ebd., S. 2.

Albert Maria Lehr machte sich also noch vor dem Ende des Krieges sehr konkrete Gedanken über die Neuformierung von Staat und Gesellschaft in Deutschland, ohne freilich zu wissen, unter welchen, letztlich von den Besatzungsmächten vorgegebenen Voraussetzungen ein solcher Neuaufbau würde stattfinden können. Genauso wenig war klar, inwiefern der gerade einmal 31 Jahre alte Lehr, der auf keinerlei politische Erfahrungen aus der Weimarer Zeit zurückblicken konnte, eine aktive Rolle bei der Neugestaltung der deutschen Demokratie, ganz gleich auf welcher Ebene, würde spielen können. Immerhin konnte er für sich in Anspruch nehmen, seine Schulzeit in einem demokratischen Staat unter den Voraussetzungen geistiger Freiheit durchlebt zu haben, außerdem war er politisch unbelastet.

Tatsächlich wurde Lehr schon 1945 von den Franzosen zum Bürgermeister der Schwarzwaldgemeinde Lenzkirch ernannt, was für ihn in der Folgezeit den Ausgangspunkt für ein weiterführendes politisches Engagement auf Landes- und Kommunalebene bilden sollte. Von dieser Position ausgehend konnte er zunächst die Gründung der CDU im Kreis Neustadt und schließlich im Land Baden vorantreiben, später sollte er als Mitglied des Bundes- und Landesvorstandes der Jungen Union, als Generalsekretär der „Vereinigung für Baden-Württemberg“ und schließlich als streitbarer Freiburger Stadtrat für knapp zwei Jahrzehnte eine dominierende Rolle in der südbadischen bzw. badenwürttembergischen Landes- und der Freiburger Kommunalpolitik einnehmen. Auffällig ist, dass Lehr, der sich durch ein großes Maß an Tatkraft und als hervorragender Organisator auszeichnete, der es immerhin bis zum stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands bringen sollte und der schließlich der wichtigste Vorkämpfer für die Südweststaatsidee im Land Baden wurde, nie Abgeordneter oder, wie von ihm zeitweilig angestrebt, Regierungspräsident oder Freiburger Oberbürgermeister, wurde. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass Lehr eine Persönlichkeit war, die es liebte, „gegen den Strom zu schwimmen“<sup>4</sup> und neue Wege zu gehen, die sich in den meisten Fällen als gangbar und zukunftsfruchtig erweisen sollten, womit er allerdings auch bei vielen Zeitgenossen auf Ressentiments und Widerspruch traf.

Dieser Aufsatz möchte den 100. Geburtstag des Freiburger Kommunal- und Landespolitikers zum Anlass nehmen, dessen Verdienste eingehender zu würdigen<sup>5</sup>. Im Mittelpunkt sollen dabei seine Tätigkeit in der Jungen Union Ba-

4 So die Würdigung Lehrs durch den Freiburger Bürgermeister Sven v. Ungern-Sternberg anlässlich des 80. Geburtstages von Albert Maria Lehr, in: 80 Lebensjahre. Rückblicke und Dank. Matinee aus Anlass des 80. Geburtstages von Dr. Albert Maria Lehr. 14. August 1993 im historischen Kaufhaus der Stadt Freiburg. Freiburg i. Br. 1993, S. 40.

5 Eine wissenschaftliche Darstellung der politischen Tätigkeit Lehrs steht bisher aus. Biografische Abrisse beschränken sich auf kleinere Artikel anlässlich von Geburts- und Sterbetagen, so bspw. Heinz Dieter Popp: Erster Förderer der Wirtschaft, in: Badische Zei-

den, sein Engagement für den Südweststaat und schließlich für die Industrieansiedlung in der Breisgauemetropole stehen.

### *1. Herkunft – Ausbildung – Beruf*

Albert Maria Lehr wurde im Jahr 1913 in eine tief katholisch geprägte große Freiburger Familie hineingeboren<sup>6</sup> und engagierte sich bereits während seiner Schulzeit in der katholischen Jugendbewegung, genauer gesagt im Bund Neudeutschland.<sup>7</sup> Nach dem Abitur am Bertholds-Gymnasium in Freiburg 1932 studierte er zunächst sechs Jahre Theologie in Freiburg; jedoch wurde das Studium durch eine längere Erkrankung unterbrochen (1935–1937), so dass sich Lehr schließlich 1938 zum Abbruch entschloss, um an die Technische Universität Stuttgart zu wechseln und hier gleich seinem Vater Ingenieurwissenschaften zu studieren. Dieses Studium konnte er 1942 erfolgreich abschließen.

Während seiner gesamten weiteren beruflichen wie politischen Tätigkeit hat Lehr stets eine Verbindung von Theorie und Praxis angestrebt und aus diesem Grund seine Studien lebenslang fortgesetzt. Ein erster Promotionsversuch an der Universität Wien 1944 scheiterte jedoch daran, dass zu dem für die mündliche Prüfung angesetzten Zeitpunkt bereits die Russen in Wien einmarschiert waren. In den fünfziger Jahren hat Lehr nochmals Theologie in Freiburg gehört, anschließend studierte er in Basel Volkswirtschaft, Philosophie und Archäologie, u. a. bei Edgar Salin und Karl Jaspers. Das neuerliche Studium konnte 1961 mit der Promotion abgeschlossen werden. In den 1980er Jahren nahm Lehr erneut seine theologischen Studien auf, nunmehr an der Universität Fribourg in der Schweiz.

Frühe berufliche Erfahrungen konnte Lehr ab 1941 als Mitarbeiter einer Stuttgarter Baufirma sammeln, wobei er sich insbesondere als Fachmann für Holzkonstruktionen einen Namen machte. Doch bereits ein Jahr später wurde er zur Tätigkeit in einem kriegswichtigen Betrieb in Lenzkirch dienstverpflichtet, in dem er bis zum Ende des Krieges verblieb. Die Einberufung zur Wehrmacht 1944 blieb Episode, da Lehr gesundheitlich vorbelastet war und folglich als dienstunfähig eingestuft wurde.

---

tung, 14. August 1993; zum politischen Tätigkeitsbereich/Umfeld Lehrs vgl. Peter Fäßler: *Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952)* (Menschen und Strukturen 7). Frankfurt/Main 1995; Paul-Ludwig Weinacht/Tilman Mayer: *Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981*. Sigmaringen 1982; Eberhard Konstanzer: *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg 1945–1952. Unter besonderer Berücksichtigung des Landes Württemberg-Hohenzollern*. Stuttgart 1969; Carola Bury: *Der Volksentscheid in Baden* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: 271). Frankfurt/Main u. a. 1985.

6 Die nachfolgende zusammenfassende Darstellung von Lehrs Ausbildung und beruflichem Lebensweg folgt Lehr: *Dank und Rückblick*, in: *80 Lebensjahre*, S. 46–64.

7 Vgl. ebd., S. 56f.

In der Nachkriegszeit hat Lehr schließlich ab 1946 ein Bauberatungs- und Ingenieurbüro in Freiburg aufgebaut, das bei Lehrs 80. Geburtstag im Jahr 1993 dreißig Angestellte hatte und den Aufbau Freiburgs in den ersten Nachkriegsjahrzehnten maßgeblich geprägt hat. So war Lehr am frühen Wiederaufbau des Freiburger Stadttheaters beteiligt – nicht nur als Ingenieur, sondern auch als Initiator eines Freundeskreises, der sich darum bemühte, Mittel für den kulturellen Neubeginn im Stadttheater einzusammeln. Die Freiburger Stadthalle wurde von Lehr entworfen und zahlreiche Brücken sind nach seinen Planungen entstanden; zu nennen ist dabei vor allem die so genannte Stadtbahnbrücke, welche die Altstadt mit den Stadtteilen westlich der Bahnlinie verbindet.<sup>8</sup>

## 2. Vom „Bürgermeister wider Willen zu einem der CDU-Gründungsväter“

Der Beginn der politischen Karriere Lehrs fällt in den April 1945, als er auf Vorschlag eines Berliner Emigranten, der es in der französischen Armee bis zum Leutnant gebracht hatte, zum Bürgermeister der Schwarzwaldgemeinde Lenzkirch ernannt wurde. Hatte Lehr das Amt zunächst nur widerstrebend angenommen, so besaß er gleichwohl das Selbstbewusstsein, sofort klarzustellen, dass er als Bürgermeister von Lenzkirch Bürgermeister der Deutschen und nicht der Franzosen sein wolle.<sup>9</sup> Wenn auch dieser Ausspruch zunächst akzeptiert wurde, war damit die Grundlage für zukünftige Konflikte gelegt.

Das Amt des Bürgermeisters von Lenzkirch hatte selbstverständlich alles andere als hochpolitischen Charakter und erschien kaum dazu geeignet, weitgesteckte politische Ambitionen und Ziele zu verfolgen und grundsätzliche Programme für die Ausgestaltung der Nachkriegszeit zu erarbeiten. Vielmehr galt es, die unmittelbaren Nachkriegsprobleme zu schultern und der allseits herrschenden Not einigermmaßen Herr zu werden. Dennoch werden bereits in dieser Funktion grundsätzliche Eigenschaften Lehrs deutlich, die für seine gesamte weitere politische Laufbahn prägend werden sollten. Zum einen verfügte Lehr über großes Organisationstalent und ein hohes Maß an Unnachgiebigkeit, das ihm ermöglichte, seine politischen Ziele in vielen Fällen erfolgreich durchzusetzen. Dieses Organisationstalent wurde in Lenzkirch auch dringend gebraucht: Die gerade 1.500 Einwohner große Gemeinde musste während der ersten Nachkriegswochen über 3.000 Flüchtlinge, Angehörige der Besatzungs-

8 Vgl. Sven v. Ungern-Sternberg: Um unsere Stadt verdient gemacht, in: 80 Lebensjahre, S. 37–44, hier S. 41f.

9 Demokratischer Neuanfang, S. 3f; vgl. auch Waltraud Schwarz: Bürgermeister wider Willen wurde zu einem der CDU-Gründerväter, in: Südkurier Nr. 117, 22. März 1995; Interview mit Herrn Lehr am 3. Januar 1990, geführt von Herrn Hörmann, Manuskript eines Gespräches auf Tonband, hier Tonband I, Tonbandseite I S. 1, in: StAF NL Lehr, Nr. 6.

truppen sowie ehemalige Zwangsarbeiter beherbergen und versorgen.<sup>10</sup> Zugleich sah sich die Gemeinde unkontrollierten Plünderungen durch französische Einheiten ausgesetzt, deren Abstellung oberstes Ziel des neuen Bürgermeisters sein musste. Um dieses Ziel zu erreichen, habe er sich nahezu täglich mit Protestschreiben an das Militärgouvernement gewandt, solange, bis er den dortigen Behörden gleichsam auf die Nerven gefallen sei und man endlich gegen die Plünderer vorgegangen sei.<sup>11</sup>

Neben seinem Organisationstalent und Einfallsreichtum wurde aber bereits in Lenzkirch klar, dass Lehr bedingungslos für die von ihm als richtig anerkannten Ziele eintrat und dabei Konflikten mit vorgesetzten Stellen keineswegs aus dem Weg ging. Dies sollte sich wie ein roter Faden durch seine gesamte politische Biografie ziehen und am Ende zur Folge haben, dass Lehr zwar die von ihm angestrebten Ziele erreichte, politisch aber wiederholt „kaltgestellt“ wurde.

In Lenzkirch befand sich Lehr im Dauerkonflikt mit der französischen Sicherheitspolizei, was schließlich im Oktober und Dezember 1945 zur zweimaligen Verhaftung führte. Zudem musste Lehr sein Amt als Bürgermeister von Lenzkirch aufgeben und wurde aus dem Kreis Neustadt ausgewiesen.<sup>12</sup> Aus diesem Grund zog er mit seiner jungen Familie wieder in seine Vaterstadt Freiburg, wo er eine maßgebliche Rolle bei der Gründung der Badisch-Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV), der Vorläuferin der örtlichen CDU, spielte.

Bereits zuvor hatte sich Lehr auf diesem Feld eingeschaltet und aktiv die Gründung der späteren CDU im Kreis Neustadt betrieben, wobei gerade hierfür die Position als Bürgermeister von Lenzkirch einen gewissen Startvorteil geboten hatte: Mehr noch als Lehr war es der Journalist Peter Pfeiffer, der zum maßgeblichen Gründervater der CDU Neustadt werden sollte und dessen Engagement es zu verdanken war, dass der an sich wenig bedeutende Schwarzwaldkreis neben Freiburg und Konstanz zu einem der Gründungszentren der CDU in Südbaden werden sollte.<sup>13</sup> – Pfeiffer schaffte es sogar, dass Neustadt gegenüber Freiburg eine Vorreiterrolle einnehmen konnte. Als überaus günstig erwies sich hierbei, dass Pfeiffer das Vertrauen des örtlichen Militärkommandanten in Neustadt gewinnen konnte, ja sogar ausdrücklich von diesem zum

10 Schwarz: Bürgermeister wider Willen.

11 Demokratischer Neuanfang, S. 4.

12 Ebd., S. 4, 8; zu den Auseinandersetzungen Lehrs mit der französischen Besatzungsmacht vgl. auch Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 10ff.

13 Zum Engagement Peter Pfeiffers und dem Kontakt zu Lehr vgl. Demokratischer Neuanfang, S. 4f.; Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 14; zur Gründungsgeschichte der CDU im Kreis Neustadt vgl. Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 121–127; vgl. zudem Paul-Ludwig Weinacht: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart 1978, S. 83–112, hier S. 85–87; Fäßler: Badisch, christlich und sozial, S.71–77.



Referenten für Presse und Parteien im Kreis Neustadt bestimmt wurde. Dies ermöglichte Pfeiffer, sich innerhalb des Kreises frei zu bewegen und im Gespräch mit den Bürgermeistern des Kreises für sein Konzept einer christlich-sozialen Volkspartei zu werben oder anders gesagt: Pfeiffer hatte, bedingt durch die Gunst des Neustädter Kommandanten, die Möglichkeit, bereits im Spätsommer/Herbst 1945 die Gründung der CDU im Hochschwarzwald erfolgreich voranzutreiben – und dies zu einem Zeitpunkt, als Parteigründungen in der französischen Besatzungszone grundsätzlich untersagt waren. So wurden zum gleichen Zeitpunkt in Freiburg Versammlungen, die Parteigründungen zum Ziel hatten, bestenfalls geduldet, dann aber grundsätzlich überwacht; sie konnten jederzeit ohne Angaben von Gründen aufgelöst werden.<sup>14</sup>

Im Gespräch kamen sich Lehr und Pfeiffer sehr schnell näher und waren sich einig in dem Bestreben, eine große überkonfessionelle christliche Volkspartei zu gründen. Infolge der von Christen beider Konfessionen in der Zeit des Dritten Reiches erlittenen Unterdrückung und Verfolgung sowie der Erfahrungen der Weimarer Zeit erschien eine solche Parteigründung beiden als eine absolute Notwendigkeit, sah Lehr doch im Vorhandensein von 24 Parteien einen maßgeblichen Grund für den Untergang der Weimarer Republik.<sup>15</sup>

Nach dem erzwungenen Umzug nach Freiburg hatte Lehr nunmehr auch dort die Möglichkeit, für seine Zukunftsvorstellungen zu werben: Denn in Freiburg war die Entscheidung für die Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei noch keineswegs gefallen.<sup>16</sup> Vielmehr rivalisierten hier zwei verschiedene Kreise miteinander: Einerseits hatte sich in der Pfarrei St. Johann in der Wiehre eine Gruppe um Prälat Ernst Föhr gefunden, der als letzter Vorsitzender der Badischen Zentrumsparterie die Tradition einer rein katholischen Partei wieder aufleben lassen wollte und in erheblichem Maße das Vertrauen der französischen Besatzungsmacht genoss. Demgegenüber hatte sich an der Freiburger Universität die so genannte „Christliche Arbeitsgemeinschaft“ gebildet, der Professoren angehörten, die z. T. den Freiburger Widerstandskreisen entstammten und die sich wie Lehr für den Gedanken einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei einsetzten.<sup>17</sup> Lehr hat sich in die Diskussionen in Freiburg eingemischt und auch hier durchaus in Auseinandersetzungen mit älteren

14 Vgl. Roland Peter: Vor 50 Jahren demokratischer Neuanfang in Südbaden, in: Badische Zeitung Nr. 246, 24. Oktober 1995.

15 Demokratischer Neuanfang, S. 4f.; Schwarz: Bürgermeister wider Willen.

16 Zu den im Folgenden geschilderten parteipolitischen Verhältnissen in Freiburg vgl. den Überblick bei Peter: Vor 50 Jahren. Ausführlich zu den Anfängen der CDU in Freiburg vgl. Hans Georg Wieck: Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 10). Düsseldorf 1958, S. 101–119; Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 59–71; Fäßler: Badisch, christlich und sozial, S. 78ff.

17 Vgl. Paul-Ludwig Weinacht: Die christliche Arbeitsgemeinschaft in Freiburg i. Br., in: Freiburger Universitätsblätter 27 (1988) 102, S. 53–68.

Zentrumsanhängern für den „Aufbau einer möglichst alle Schichten des Volkes umfassenden großen Partei“ auf der Grundlage eines gemeinsamen christlichen Bewusstseins geworben.<sup>18</sup> Freilich hat am Ende nicht Lehr, sondern Erzbischof Conrad Gröber den Ausschlag gegeben, der von Beginn an vorbehaltlos das Konzept der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“ unterstützt hatte und damit gedroht haben soll, sich notfalls selbst an die Spitze einer überkonfessionellen Volkspartei zu setzen.

Somit konnte letztlich auch in Freiburg das Konzept der Union durchgesetzt werden. Gleichwohl waren die Freiburger und südbadische CDU in ihrer Anfangsphase keineswegs eine einheitliche Partei, vielmehr blieben etwa über ein Jahrzehnt lang Spannungen zwischen Protestanten und Katholiken bestehen, die sich, wie Lehr noch erfahren sollte, insbesondere mit der Diskussion um die Südweststaatsgründung verquickten.

### *3. Spitzenvertreter der Jungen Union und Generalsekretär der Vereinigung Baden-Württemberg*

In der Freiburger CDU ist Lehr bereits nach kurzer Zeit in den Vorstand aufgerückt, vor allem aber hat er die Entwicklung der politischen Nachwuchsorganisation in der Landschaft Freiburg bzw. im Land Südbaden geprägt.<sup>19</sup> Zudem gelang es Lehr als stellvertretender Bundesvorsitzender, auch überregional, zu einem der Spitzenrepräsentanten der Jungen Union (JU) aufzusteigen.

Die Mitglieder der von Lehr geprägten Jungen Union/Landschaft Freiburg gingen dabei mit einem hohen Maß an Idealismus ihre neue Parteigründung an. Man wollte nicht nur jung sein. Jung bedeutete zugleich „radikal sein können – (denn) was ist christliche Politik anders als radikale = gründliche, wurzelhafte Politik?“<sup>20</sup> Gefordert wurde eine „moralische Aufrüstung“, in deren Rahmen absolute Reinheit, Ehrlichkeit, Selbstlosigkeit und Liebe als Bestandteil christlicher Überzeugung auf allen Gebieten der Politik Einzug halten sollten.<sup>21</sup> Kritik wurde folglich an den christlichen Jugendverbänden geäußert, bei denen es sich zwar häufig um Elitegruppen handle – „aber es ist geradezu eine Tragik, dass sie sich für alle und alles interessieren, nur nicht für die Pflicht zur Übernahme politischer Verantwortung“<sup>22</sup>. Zwar, so räumte die Junge Union Freiburg ein, könne es eine Politik, die vollkommen christlichen Idealen folge, niemals geben. Gleichwohl sei es eine Christenpflicht, sich wenigstens für die

18 Vgl. Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 64.

19 Zum Engagement Lehrs in der Jungen Union vgl. StAF NL Lehr Nr. 1.

20 Die Junge Union in der CDU Baden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief 1, Freiburg i. Br. 29. September 1948, in: StAF NL Lehr Nr. 1

21 Ebd.

22 Junge Union in der CDU Baden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief 2 Freiburg i. Br. 3. November 1948, in: StAF NL Lehr Nr.1

„bestmögliche Verwirklichung christlicher Anschauungen im öffentlichen Raum“ einzusetzen. Der junge Christ müsse daher den Mut haben, auch in der politischen Arena anzutreten.<sup>23</sup>

Von diesem hohen moralischen Impetus getragen, setzten Lehr und seine Mitstreiter Heinz Müller-Brandeck (Vorsitzender JU Landschaftsverband Freiburg), Herbert Hellmann (Vorsitzender Landesverband Baden) und Hans Ziegler (Generalsekretär JU Deutschland), den Schwerpunkt ihrer Arbeit vor allem im Bereich der Sozialpolitik. Gleich in einem der ersten Rundschreiben wurde das Thema „Flüchtlingspolitik und Tuchfühlung“ behandelt, wobei äußerst intensiv und Anteil nehmend die erschütternden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen Flüchtlinge bzw. Heimatvertriebene leben mussten, dargestellt wurden.<sup>24</sup> Zugleich wurde ein an die Staatsregierung gerichteter Forderungskatalog erarbeitet, mit dessen Hilfe die Situation der Flüchtlinge verbessert werden sollte. Gefordert wurde hier u. a. die Freigabe von Baumaterial zur Errichtung von neuen Wohnräumen, die Vorrang vor dem Bau von Geschäftsräumen haben sollte; ebenso sollten Prämien für aufnahmebereite Familien gezahlt werden sowie Gasthäuser geschlossen und zu Wohnbauten umgewandelt werden. Es wurde sogar gefordert, den willkürlichen Holzeinschlägen der Besatzungsmacht entgegenzutreten und stattdessen langfristige Lieferverträge mit dieser abschließen, um Planungssicherheit zu gewinnen.

Die sozialpolitischen Forderungen bildeten auch in den kommenden Rundbriefen, dem ersten Publikationsorgan der JU-Landschaft Freiburg, ein regelmäßig angesprochenes Thema.<sup>25</sup> Neben den Flüchtlingen waren es beispielsweise die Sorgen der Heimkehrer und Kriegsinvaliden, mit denen sich die Freiburger Nachwuchspolitiker wiederholt und intensiv auseinandersetzten.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Freiburger JU bzw. Lehrs, der sich auf diesem Gebiet besonders engagierte, war die Forderung nach einem „gleichberechtigten Zusammenschluss der europäischen Staaten zur europäischen Union“. Dabei war es Lehr, der 1950 als Mitglied des Bundesvorstandes die Mitarbeit auch der südbadischen JU an der Auslandsarbeit der JU Deutschlands intensivierte.<sup>26</sup> So fand beispielsweise im Juni 1950 ein Treffen zwischen christlichen Nachwuchspolitikern Österreichs, Deutschlands und der Schweiz statt, das in Luzern Fragen des Föderalismus in den drei deutschsprachigen Ländern erörterte. Um den Gedanken der europäischen Einheit zu stärken, nahmen Vertreter der JU Baden schon 1949 an einem Kongress christlich demokratischer Nachwuchspolitiker in Hofgasteln in Österreich teil. Im Jahr

---

23 Ebd.

24 Hierzu wie auch zum Folgenden, ebd.

25 Vgl. u. a. Schreiben Junge Union in der CDU Baden, Landessekretariat an die Mitglieder des Landesrates der Jungen Union, Freiburg i. Br. 10. Juli 1950, in: StAF NL Lehr Nr. 1.

26 Ebd.

1950 wurde ein entsprechender Kongress schließlich in Konstanz abgehalten, wobei auch hier Fragen des zusammenwachsenden Europas und der kommunalen Selbstverwaltung erörtert werden sollten.<sup>27</sup> Dieses starke Engagement für den europäischen Gedanken und den internationalen Ausgleich entsprach freilich dem Trend der Zeit, stand aber dennoch in einer Tradition, die bereits die Badische Zentrumsparterie und insbesondere der Vorsitzende des Konstanzer Zentrums, Hugo Bauer, in der Weimarer Zeit gepflegt hatten. Auch damals hatten schon in Konstanz regelmäßig internationale Konferenzen stattgefunden, die sich mit Fragen der Völkerverständigung und des internationalen Ausgleichs wie auch mit Fragen des Föderalismus, der Selbstverwaltung der Kommunen sowie internationalen Problemen der Wirtschafts- und Sozialordnung auseinandergesetzt hatten.<sup>28</sup>

Besonders kam es Lehr und der JU Freiburg darauf an, den Ausgleich mit Frankreich bereits im Kleinen beginnen zu lassen, so z. B. wenn das Gespräch mit dem örtlichen französischen Kommandeur in Freiburg gesucht und dieser speziell über Probleme der Jugend informiert wurde.<sup>29</sup>

Neben diesen klaren Schwerpunkten auf Sozial- und Europapolitik war die Geschichte der Freiburger JU jedoch in erster Linie vom Konflikt mit der Mutterpartei und vor allem mit Staatspräsident Leo Wohleb geprägt. So wurde der CDU-Parteispitze vorgeworfen, durch ihr Auftreten die junge Generation zu verprellen, ja die Spitze der CDU Südbaden wurde regelmäßig seitens der JU Freiburg dafür verantwortlich gemacht, dass gerade in der jüngeren Generation ein stetiges Nachlassen des politischen Interesses zu verzeichnen sei.<sup>30</sup> Interessant ist hierbei die Definition der Jüngeren. Damit war in erster Linie die Generation der Dreißig- bis Vierzigjährigen gemeint, die immerhin noch wie Lehr ihre Schulzeit in der Weimarer Republik durchlaufen hatten und somit durch die Erziehung eines demokratischen Staatswesens und nicht durch die des NS-Staates geprägt waren. Gerade diese Generation strebte nun nach politischer Betätigung und verstand sich gleichsam als Mahner für die Durchsetzung wahrhaft demokratischer Werte, auch oder gerade gegenüber der Parteispitze.

---

27 Über die gemeinsamen Aktivitäten mit Vertretern der christlichen Jugend aus Frankreich, Österreich und der Schweiz berichtet Lehr im Rundschreiben Junge Union in der CDU Baden, Landessekretariat an die Mitglieder des Landesrates der Jungen Union, Freiburg i. Br. 10. Juli 1950, in: StAF NL Lehr Nr. 1; zum Engagement für die „Vereinigten Staaten von Europa“ vgl. auch Junge Union in der CDU Südbaden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief Nr. 2, Freiburg 3. November 1948, in: StAF NL Lehr Nr. 1.

28 Vgl. Hugo Baur: Mein politischer Lebenslauf. Konstanz 1929, S. 51f.

29 Junge Union in der CDU Südbaden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief Nr. 1, Freiburg i. Br. 29. September 1948, in: StAF Freiburg NL Lehr Nr. 1.

30 Hans Müller-Brandeck: Schlafen unsere Mitglieder; Entschließung über die Intensivierung des Lebens der CDU; Schreiben Hans Müller-Brandeck an Hellmann, Freiburg 4. Januar 1950; Schreiben Emil Geier an Hans Müller-Brandeck, Freiburg i. Br. 10. März 1949, alle Schreiben in: StAF NL Lehr Nr. 1.

So wurde der Freiburger Parteivorstand kritisiert, weil es in diesem Gremium seit seiner Konstituierung so gut wie nie zu kontroversen Diskussionen gekommen war, ja, so der Vorwurf der JU, man rühme sich im Freiburger Parteivorstand sogar, noch nie eine Kampfabstimmung durchgeführt zu haben.<sup>31</sup> Kurz: Im politischen Führungssystem der CDU sei ein Stil eingekehrt, der „zu einer Gefahr des demokratischen Prinzips wird“.

Die JU sah nunmehr ihre Aufgabe darin, „das Gefühl einer tatsächlichen Mitbestimmung von unten her in der CDU lebendig werden zu lassen“, um auf diese Art und Weise das politische Interesse des Volkes zu erschließen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein umfassendes Programm für die Demokratisierung des Parteilebens erarbeitet.<sup>32</sup> Zentral war hierbei der Gedanke, einer Ämterhäufung und Ämterreihung innerhalb der Partei entgegen zu wirken. Aus diesem Grund wurde gefordert, Doppelmandate aufzugeben, das hieß: Bundestagsabgeordnete sollten nicht zugleich dem Landtag angehören, ebenso sollten Landtagsabgeordnete nicht gleichzeitig in einen Gemeinderat oder Kreistag gewählt werden können. Auch sollte eine Verbindung von Amt und Mandat verboten werden, so dass Orts- und Kreisvorsitzende nicht auch noch über ein parlamentarisches Mandat, gleich auf welcher Ebene, verfügen sollten.

Um eine personelle Abschließung der Vorstände zu verhindern, sollte bei jeder Neuwahl des Vorstandes ein Drittel der Sitze vollständig neu besetzt werden. Ein basisdemokratisches Element wollte die JU schließlich auch noch dadurch einführen, dass der Einfluss des Vorstandes bei der Nominierung der Kandidaten für Bundes- und Landtagswahlen zurückgedrängt werden sollte.<sup>33</sup> Auch erwartete sich die JU von der Landesregierung, intensiv bei der Besprechung des Landtagswahlgesetzes eingebunden zu werden. Um auch hier den Einfluss der Parteivorstände zurückzufahren, wurde – mit Blick auf die Erfahrungen der Weimarer Zeit – selbstverständlich die Einführung des Persönlichkeitswahlrechtes, also des Mehrheitswahlrechtes, gefordert.<sup>34</sup>

Wenngleich man Lehr und der JU Freiburg bescheinigen kann, ein hohes Maß an Engagement und Idealismus in die Politik eingebracht zu haben, so ist

31 Einige Gedanken zum Parteitag, ebd.

32 EntschlieÙung über die Intensivierung des Lebens der CDU, ebd. – Hier auch die im Folgenden vorgetragenen Forderungen und Gedanken.

33 Selbstverständlich vergaÙ die JU nicht, eine stärkere Berücksichtigung ihrer selbst bei der Zusammenstellung der Listen mit Nachdruck einzufordern, vgl. hierzu auch: Schreiben Junge Union in der CDU Baden, Landessekretariat an die Vorsitzenden und Vertrauensleute der Jungen Union: Zur Kandidatenfrage, Freiburg i. Br. 20. Januar 1951, ebd.

34 Zur Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlrechtes vgl. auch: Bitte des Landesrates der Jungen Union an Landesvorstand und Landtagsfraktion, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass ein Wahlgesetz auf der Grundlage der Persönlichkeitswahl beschleunigt verabschiedet wird, ebd.

die erste Gründung einer JU in Freiburg letzten Endes doch am massiven und fortgesetzten Konflikt mit dem Vorstand der CDU gescheitert.

Immerhin ist es gelungen, bereits in den ersten Nachkriegsjahren ein verhältnismäßig intensives politisches Leben bei der nicht mehr ganz jungen, aber doch jüngeren Generation zu entfachen. Hierzu gehörten zahlreiche politische Schulungsveranstaltungen und die Tatsache, dass junge interessierte politische Kräfte auf Probleme der Zeit, wie beispielsweise die Lage der Flüchtlinge und der Heimkehrer, mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht wurden.<sup>35</sup> Auch die regelmäßige Herausgabe eines Rundbriefes zeugt vom politischen Engagement Lehrs und seiner Mitkämpfer, von denen viele im südbadischen Raum die kommunale Politik der kommenden Jahrzehnte prägen sollten.<sup>36</sup> Die Auflösung der JU Freiburg unter der Führung Lehrs erfolgte schließlich zum 31. Januar 1952: Anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens, so der Auflösungsbeschluss, habe man sich darüber Rechenschaft abgelegt, dass die JU Freiburg mit ihrem Wollen im Wesentlichen gescheitert sei. Das Streben der JU „nach größerer Wahrhaftigkeit, Volksnähe und tieferer christlicher Grundlegung der badischen CDU-Politik“ sei von der Parteispitze als lästige Opposition empfunden worden und mit Mitteln der Routine erfolgreich bekämpft worden. „Die JU Freiburg sieht daher keine Möglichkeit, in ihrer bisherigen Form das Erlebnis der christlichen Kriegsgeneration politisch fruchtbar zu machen und betrachtet ihr Weiterbestehen als sinnlos; sie hat daher beschlossen, sich aufzulösen.“<sup>37</sup> Jedoch sollte es mit dieser Erklärung in Freiburg nur zu einem Generationenwechsel kommen: „Der Auflösungsbeschluss wurde (...) nicht wirksam. Anton Dichtel sorgte für neue Leute, und Freiburg behielt seine JU.“<sup>38</sup>

Gleichwohl sollte sich die Gruppe um Lehr, die sich zwischen 1947 und 1952 im JU Landschaftsverband Freiburg organisiert hatte, in einem für sie zentralen Streitpunkt mit der Spitze des CDU-Landesverbandes durchsetzen: Der Frage der territorialen Neugliederung im deutschen Südwesten, der infolge der Besatzungspolitik 1945 in die drei Länder (Süd-)Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden zerteilt war.

35 Zu den Aktivitäten der JU Freiburg vgl. die Landschaftsbriefe sowie Einladungen, in: ebd.

36 Neben Lehr, der selbst 17 Jahre dem Freiburger Gemeinderat angehörte, war von den Gründungsmitgliedern der JU Südbaden bzw. des JU Landschaftsverbandes Freiburg Heinz Bollinger ebenfalls über viele Jahre als Stadtrat in der Freiburger Kommunalpolitik engagiert; Herbert Hellmann wiederum rückte zunächst als Beisitzer in den CDU-Landesvorstand auf, bevor 1960 seine Wahl zum Landesschatzmeister erfolgte. Zudem wurde Hellmann Kurdirektor und Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Bad Krozingen. – Zum Freundeskreis Lehrs vgl. auch Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 4ff., 9.

37 Der Auflösungsbeschluss ist hinterlegt in: StAF NL Lehr Nr.1; vgl. auch Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 74.

38 Ebd.

Ab dem 1. Juli 1948 setzte eine überaus emotionale Diskussion über eine Gebietsreform im deutschen Südwesten ein.<sup>39</sup> Denn im Zusammenhang mit den Frankfurter Dokumenten übertrugen die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten nicht nur den Auftrag, eine westdeutsche Verfassung, das spätere Grundgesetz, auszuarbeiten, sondern auch eine Überprüfung der Ländergrenzen vorzunehmen. In der Folgezeit kam es zu allerdings schnell festgefahrenen Verhandlungen zwischen den drei südwestdeutschen Regierungen in Stuttgart, Tübingen und Freiburg. Während Stuttgart und Tübingen den Zusammenschluss der drei Nachkriegsländer anstrebten, plädierte die badische Regierung unter Leo Wohleb leidenschaftlich für die Wiederherstellung der Länder der Weimarer Republik, Baden und Württemberg.

Waren die Beratungen der Ministerpräsidenten über einen etwaigen Zusammenschluss am Ende erfolglos, so eröffnete Art. 118 des Grundgesetzes für den deutschen Südwesten noch vor der partiellen Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in den Pariser Verträgen von 1955 gleichwohl die Möglichkeit einer Territorialreform. Der Artikel sah vor, dass eine derartige Territorialreform – sollte es zu keiner Einigung zwischen den Regierungen kommen – auf dem Wege einer Volksabstimmung vollzogen werden konnte. Gerungen wurde dabei schon bald über die Art des Abstimmungsmodus. Die südbadische Regierung forderte hierbei eine Auszählung innerhalb der Grenzen der alten Länder Baden und Württemberg, ein Modell, das sich letztlich aber nicht durchsetzen konnte. Vielmehr verabschiedete der Bundestag am 25. April 1951 ein Gesetz, das entsprechend den Wünschen der Regierungen in Tübingen und Stuttgart die Einteilung Südwestdeutschlands in vier Abstimmungsbezirke (Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern sowie Nord- und Südbaden) vorsah. Sollte sich in drei der vier Abstimmungsbezirke eine Mehrheit für den Zusammenschluss der drei Nachkriegsländer aussprechen, so galt die gesetzliche Grundlage für die Schaffung des Südweststaates als erreicht.

Aufgrund dieses Abstimmungsmodus war von Beginn an klar, dass die Entscheidung über die Schaffung des Südweststaates in Nordbaden stattfinden würde: Bereits bei einer informatorischen Volksbefragung im September 1950 hatte sich in beiden württembergischen Abstimmungsbezirken eine klare Mehrheit für die Südweststaatsgründung ausgesprochen, während in Südbaden 57,4 Prozent der Wähler die Südweststaatsgründung ablehnten. Dagegen

---

39 Zu den rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung des Südweststaates vgl. Manfred Koch: Trümmerstadt, Residenz des Rechts, Zentrum der Technologieregion. Wechselvoller Weg in die Gegenwart, in: Susanne Asche/Ernst Otto Bräunche (Red.): Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Karlsruhe 1998, S. 519–675, hier S. 521–523; zum folgenden Abschnitt vgl. zudem Fabio Crivellari/Jürgen Klöckler/Patrick Oelze/Walter Rügert: „Baden am Scheideweg“. Konstanz und die Gründung des Südweststaates (Kleine Schriftenreihe des Stadtarchivs 1). Konstanz 2002, S. 37–47, 48–60.

galten die Mehrheitsverhältnisse im nordbadischen Abstimmungsbezirk als überaus knapp. Hier gab es insbesondere in den Grenzregionen (Pforzheim, Heidelberg) vehemente Befürworter einer Südweststaatslösung, andererseits gab es in der ehemaligen Residenzstadt Karlsruhe noch immer erhebliche Sympathien für das alte Land Baden.

Während Sozialdemokraten und Liberale sich letztlich mit breiter Mehrheit für die Gründung des Südweststaates aussprachen, die Kommunisten diese ablehnten, war die CDU in der Südweststaatsfrage tief gespalten.<sup>40</sup> Dabei lehnte die badische Staatsregierung unter der Führung Leo Wohlebs, Landtagspräsident Karl Person sowie maßgebliche Vertreter des Parteivorstandes, wie Oberlandesgerichtspräsident Paul Zürcher, ein Zusammengehen zwischen Baden und Württemberg grundsätzlich ab. Mit dieser Position stießen sie auf die Unterstützung zahlreicher CDU-Kreisverbände im Breisgau, im Hotzenwald und im Schwarzwald. Argumentativ begründet wurde die Haltung Wohlebs in sehr starkem Maße mit dem Heimatgedanken. Im Denken Wohlebs, so hat Karl Siegfried Bader argumentiert, hatte „dieser zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstandene (badische) Staat seine geschichtliche Aufgabe erfüllt und sei in der Lage, sie weiterhin zu erfüllen“<sup>41</sup>. Die Geschichte Badens stand dabei für die im Vormärz begründete demokratische Tradition, die ihren Höhepunkt in der Revolution von 1848/49 hatte, und die bis in die Gegenwart hinein ihre Verkörperung in Persönlichkeiten wie dem ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth fand. Baden stelle eine Brücke der Völkerverständigung zu Frankreich und der Schweiz dar, Baden war im Denken Wohlebs auch das Land, in dem, gegründet auf christlich-katholische Werte, dem Nationalsozialismus mit seiner preußisch-militaristischen Prägung bis zuletzt Widerstand entgegengesetzt worden sei. Baden bilde den Eckpfeiler im Föderalismus eines deutschen Staates.<sup>42</sup> Es sei darüber hinaus ein „heiliges Land“ mit einer tief in der Tradition des Landes verwurzelten Bevölkerung.<sup>43</sup> Für Wohleb hieß es, Baden die Treue zu halten, an dessen Stelle niemals ein Südweststaat treten könne, der ein traditions- und seelenloses Gebilde darstelle.<sup>44</sup> Dabei wurde ein überaus negatives Bild von Württemberg gezeichnet, dessen Ziel es sei, Baden zu einer wirtschaftli-

40 Zu den Auseinandersetzungen über die Südweststaatsfrage in der CDU vgl. Bury: Volksentscheid, S. 88–97; Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 234–244.

41 Karl Siegfried Bader: Über das Geschichtsbewusstsein Leo Wohlebs, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hg.): Leo Wohleb – Der andere politische Kurs. Dokumente und Kommentare. Freiburg 1975, S. 42.

42 Zum hier geschilderten Badenbild und der Betonung der badisch-demokratischen Tradition vgl. Crivellari/Klöckler/Oelze/Rüger: Konstanz, S. 73f.

43 So die Argumentation in einem Flugblatt der CDU-Kreisgruppe Stockach/Meßkirch, in: StAF A2/9228; auch Bury: Volksentscheid, S. 132.

44 Vgl. Vom See bis an des Maines Strand – Die Stimme Dir mein Badnerland. Postwurfsendung an alle Haushaltungen, in: Bury: Volksentscheid, S. 132; zur Argumentation Wohlebs vgl. auch Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 16.



chen Kolonie herabzudrücken und sich der Ressourcen des Landes (Wasserspeicher im Hochschwarzwald) zu bemächtigen.<sup>45</sup>

Diese Argumentation stieß bei den Anhängern einer Südweststaatsgründung – an erster Stelle der Konstanzer Bürgermeister und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Hermann Schneider, der Konstanzer Redakteur Eduard Sütterle und Albert Maria Lehr als Spitzenrepräsentant der Jungen Union – auf massiven Widerstand. Hier argumentierte man in erster Linie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus. „Es wäre geradezu grotesk, in der Südwestecke des ehemaligen Reiches ethnologisch, verkehrs- und wirtschaftspolitisch wie verwaltungsorganisatorisch völlig sinnlose Binnengrenzen zu stabilisieren bzw. aufzurichten.“<sup>46</sup> Vielmehr habe schon die Gegenwart gezeigt, dass die von den Franzosen geschaffenen Länder (Süd)baden und Württemberg-Hohenzollern alleine wirtschaftlich nicht überlebensfähig seien: „Das Land Baden bedarf eines besonderen Rückhalts im deutschen Hinterland, der in der engen Anlehnung an das stammesverwandte schwäbische Nachbarvolk gefunden werden kann.“<sup>47</sup> Anstatt der willkürlich gezogenen Grenzen der napoleonischen Zeit gelte es, ein starkes südwestdeutsches Bundesland zu schaffen, das auch auf Reichs- bzw. Bundesebene eine bedeutsame Rolle spielen könne und ein Gegengewicht zu anderen Flächenstaaten wie Bayern bilde. Zudem wurde eine schlanke Verwaltung angemahnt, den Luxus dreier Parlamente, Regierungen und Beamtenapparate könne man sich in der Gegenwart nicht mehr leisten.<sup>48</sup>

Die Auseinandersetzungen über die etwaige Gründung eines Südweststaates drohten die CDU-Baden in zweierlei Hinsicht zu spalten: Zuerst war die Frage der Südweststaatsgründung ein Generationenkonflikt, denn die JU, ohnehin schon im Konflikt mit den „alten Herren“ des Parteivorstandes, bekannte sich mit großer Mehrheit gemeinsam mit den Nachwuchsorganisationen von SPD und Liberalen zum Zusammengehen von Baden und Württemberg.<sup>49</sup> Darüber hinaus konstatierte die JU jedoch auch „offene und versteckte Bestrebungen“<sup>50</sup>, eine Aufspaltung der CDU in konfessionelle Parteien zu bewirken, verlief doch die Grenze zwischen Südweststaatsanhängern und Befürwortern zwischen den Konfessionen: Bezeichnenderweise sammelten sich die Südweststaatsanhänger, wenn auch nicht ausschließlich Protestanten, um den Konstanzer Bürgermeister Hermann Schneider (als Protestant während des Dritten Reiches Mit-

45 Vgl. Crivellari/Klößler/Oelze/Rügert: Konstanz, S. 75f.

46 Eduard Sütterle: Gedanken zur staatlichen Neuordnung zum Landesparteitag der CDU Baden in Freiburg vom 4.–6. Juni 1948, S. 2, in: StAF C5/1 Nr. 2757 BCSV bzw. CDU.

47 Ebd.

48 Ebd. – Auf derselben Linie bewegt sich auch die Argumentation der Schrift von Albert Maria Lehr: Baden am Scheideweg. Konstanz 1950.

49 Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe 69 NL Heinrich Köhler Nr. 10, Erklärung der Jugendorganisationen im Oktober 1948.

50 EntschlieÙung über die Intensivierung des Lebens der CDU, in: StAF NL Lehr Nr. 1.

glied der Bekennenden Kirche, jetzt Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Südbaden), wogegen unter den Altbadnern Katholiken dominierten. Beispielsweise trat eine Reihe katholischer Priester und nach langem Zögern auch der Erzbischof für die Wiederherstellung des alten Landes Baden ein<sup>51</sup>, da man auf Seiten der katholischen Kirche befürchtete, der katholische Einfluss könne in einem potentiellen Südweststaat mit einem in etwa gleichwertigen Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken zurückgedrängt werden – wogegen das alte Baden über einen Katholikenanteil von knapp 60 Prozent verfügt hatte. Folglich drohte auch der katholische Parteiflügel mit Prälat Föhr an der Spitze stets mit der Neugründung der Badischen Zentrumspartei.

Seitens der CDU-Spitze versuchte man den Differenzen innerhalb der eigenen Partei Herr zu werden, indem man sich 1948 auf einen Neutralitätsbeschluss einigte, der den Mitgliedern in der Südweststaatsfrage Meinungsfreiheit gewährte – ein Beschluss, der jedoch ab Herbst 1950 nicht mehr aufrechterhalten werden konnte –, nun setzten sich schließlich die Altbadner innerhalb des Parteivorstandes durch und Persönlichkeiten wie Schneider und Lehr standen kurz vor dem Parteiausschluss, der jedoch aufgrund ihrer Verankerung in der Bundes-CDU verhindert werden konnte<sup>52</sup>. Allerdings wurde Lehr schon 1950 aus dem Landesvorstand gedrängt.

Gerade weil die CDU über die Südweststaatsfrage tief gespalten war, kam es im Februar 1949 in Karlsruhe zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Badner“, die in Nordbaden für die Wiederherstellung des alten Landes Baden der Weimarer Republik werben sollte.<sup>53</sup> Bis in den Herbst 1949 bildeten sich in zahlreichen südbadischen Gemeinden und Kreisen ebenfalls pro-badische Gruppierungen; sie schlossen sich im Oktober 1949 in der „Arbeitsgemeinschaft der Badener für das Land Baden, Landesgruppe Oberbaden“ zusammen. Im November schließlich vereinigten sich die beiden nord- und südbadischen Arbeitsgemeinschaften zu einem badischen Landesverband. Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Badner“ war dabei in erster Linie durch die badische Landesregierung, namentlich durch Staatspräsident Wohleb, gefördert worden, der zugleich den Ehrenvorsitz übernahm und folglich auch über Mitspracherechte im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft verfügte. „Die Befürworter des Südweststaates reagierten auf die propagandistischen Tätigkeiten der Altbadner im Gegenzug mit der Bildung einer ‚Vereinigung Südwest‘ unter dem Generalsekretär Albert Maria Lehr (...) in Freiburg im Juni 1949, die in Baden für

---

51 Bury: Volksentscheid, S. 113–125.

52 Zu den Neutralitätsbeschlüssen vgl. ebd., S. 92–97.

53 Zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Badner vgl. ebd., S. 45–51; vgl. auch Crivelari/Klößler/Oelze/Rügert: Konstanz, S. 62f.

den Südweststaat werben sollte.“<sup>54</sup> War die „Arbeitsgemeinschaft der Badner“ durch die badische Landesregierung gefördert worden, so standen hinter der „Vereinigung Südwest“ die Staatssekretariate der Regierungen in Tübingen und Stuttgart. Folglich kam es auch in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zur Bildung von Gruppen, die die Südweststaatsgründung propagierten. „Im Mai 1950 wurde schließlich in Karlsruhe die ‚Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg‘ als übergreifende Organisation der Südweststaatsvereinigungen gegründet. Lehr wurde zum Generalsekretär bestimmt.“<sup>55</sup>

Zwar gehörten auch Mitglieder der Landesregierung von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern dem „Hauptausschuss der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ an, doch versahen diese in erster Linie repräsentative Aufgaben<sup>56</sup> – und waren zudem für das Finanzielle zuständig. Denn während die „Arbeitsgemeinschaft der Badner“ Mitgliedsbeiträge erhob und zudem auf Gelder der badischen Landesregierung angewiesen war, erfolgte die Finanzierung der „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ in erster Linie durch Industriespenden und eben durch Mittel aus Tübingen und Stuttgart.<sup>57</sup> Da die Südweststaatsanhänger in Südbaden zudem weitgehend isoliert waren, wurde Hilfe aus Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern auch durch Benzingutscheine oder durch die Möglichkeit des Drucks von Broschüren im amerikanischen Sektor gewährt – dadurch konnten diese Broschüren auch die französische Zensur umgehen.<sup>58</sup> Das eigentliche Herzstück der „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ bildete jedoch der Hauptausschuss mit Lehr als Generalsekretär an der Spitze: Dieser arbeitete dabei eng mit den Staatskanzleien in Stuttgart und Tübingen zusammen. Während diese politisch für die Südweststaatsgründung warben, trat der Hauptausschuss der Arbeitsgemeinschaft auf publizistischem und organisatorischem Sektor hervor. Plakativ ausgedrückt: Lehr leitete die propagandistische Generalstabsarbeit für die Südweststaatsgründung. Hierzu gehörte der Aufbau einer Organisation, die in allen vier Abstimmungsbezirken über eine Geschäftsstelle verfügte (in Tübingen, Stuttgart, Weinheim und Freiburg), über eine weitere, speziell für die Bo-

54 Ebd., S. 63.

55 Ebd.; zur Gründungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft Südwest bzw. der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg vgl. Bury: Volksentscheid, S. 51–59; Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Vereinigung Baden-Württemberg, Abschnitt Vorgeschichte, in: StAF NL Lehr Nr. 2.

56 Bury: Volksentscheid, S. 56–59.

57 Zur Finanzierung der beiden Arbeitsgemeinschaften sowie zur Aufgabenteilung zwischen der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg und den Landesregierungen in Stuttgart und Tübingen vgl. ebd., S. 82–86 bzw. S. 59–63.

58 Ebd., S. 56.

denseegegend, in Konstanz.<sup>59</sup> Die Zahl der Geschäftsstellen vermehrte Lehr nach der informatorischen Volksbefragung im Herbst 1950 weiter. Im Vorfeld der Südweststaatsabstimmung vom Dezember 1951 wurden schließlich je zwei bis drei Kreise in einem Geschäftsstellenbezirk zusammengefasst. Die höchste Dichte an Geschäftsstellen musste in den badischen Abstimmungsbezirken erreicht werden, gleichwohl durfte darüber hinaus der württembergische Landesteil nicht vollständig vernachlässigt werden. Durch Präsenz auch in Nordwürttemberg und Württemberg–Hohenzollern musste klargestellt werden, dass die Südweststaatsgründung ein gemeinsames Anliegen war.

Für die Ebene unterhalb der Geschäftsstellenbezirke regte Lehr erfolgreich an, örtliche Aktionsausschüsse ins Leben zu rufen, die sich überparteilich und aus Vertretern aller gesellschaftlichen Schichten zusammensetzten und jeweils die Vorbereitung von Versammlungen als zentralem Propagandainstrument der Südweststaatsanhänger übernahmen.<sup>60</sup> Versammlungen der Südweststaatsbefürworter hatten dabei stets Diskussionscharakter. Es war das ausdrückliche Ziel, durch rationale Argumente den Wählern die wirtschaftlichen Vorteile der Südweststaatsgründung vor Augen zu führen. Dagegen hatten Versammlungen der Altbadner, wie aus Lehrs Umfeld höhnisch bemerkt wurde, grundsätzlich Kundgebungscharakter und erinnerten auf diese Art und Weise mehr an Versammlungen in totalitären Regimen.

Über die Organisation eigener Versammlungen hinaus sollten Versammlungen der Altbadner gezielt gestört oder aber durch den Einsatz besonders geschulter Diskussionsredner sozusagen in Südweststaatskundgebungen umgebogen werden.<sup>61</sup> In diesem Zusammenhang hatte Lehr die Aufgabe, das Schulungsmaterial, oder wenn man so möchte, Rednerskizzen für die Südweststaatsanhänger zusammenzustellen, Vertrauensmänner in den einzelnen Gemeinden ausfindig zu machen, in Konferenzen zu schulen und deren Tätigkeit aufeinander abzustimmen.

Neben Versammlungen als Mittel der Propaganda traten Flugblätter und Schriften, in denen für die Sache des Südweststaates geworben werden sollte.<sup>62</sup> Dabei galt es auch, Kontakte zu Zeitungen zu knüpfen. Hier musste man jedoch feststellen, dass in Nordbaden die Zeitungen in etwa gleichmäßig ihre Spalten Gegnern und Befürwortern der Südweststaatsgründung öffneten, während es in Südbaden nicht immer ganz leicht fiel, südweststaatsfreundliche Artikel in den Zeitungen unterzubringen. Zur Information der Zeitungen gab Lehr im Jahr 1950 die „Südweststaatsinformation mit dem Südweststaats-

---

59 Zum Folgenden vgl. Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Vereinigung Baden-Württemberg, Abschnitt Geschäftsstellen.

60 Ebd., Abschnitt Geschäftsstellen.

61 Ebd., Abschnitt Öffentliche Versammlungen/Vertrauensmännerkontroversen.

62 Zum Folgenden: ebd., Abschnitt Drucksachen; auch Bury: Volksentscheid, S. 69–74.

ABC“ (Folge 1–7) heraus, die im Jahr 1951 durch den „Informationsdienst“ (Folge 1–19) abgelöst wurde. Zudem wurden vom Generalsekretariat gleich zwei eigene Zeitschriften veröffentlicht. Wenig Erfolg war dem „Südwestecho“ beschert, umso durchschlagender war dagegen die Zeitschrift „Vom See zum Main, Südwestdeutsches Echo“. Im Abschlussbericht der „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ wurde gerade diese Zeitschrift als die „schärfste und durchschlagendste Waffe“ gerühmt, die in über 12 Wochen in 162.000 Exemplaren „nach einem präzise arbeitenden System von Zeitungsträgern verteilt wurde“<sup>63</sup>, wobei insbesondere Haushalte beliefert worden seien, in denen man Gegner des Südweststaates oder Leute, die dem Südweststaatsgedanken gleichgültig gegenüber standen, vermutete.

Neben Zeitungsartikeln bzw. eigenen Zeitschriften der Arbeitsgemeinschaft trat Lehr auch als Autor von Flugschriften hervor, so der Schrift „Baden am Scheideweg“, in der u. a. Parlamentsreden von Südweststaatsbefürwortern abgedruckt waren, in denen stichhaltig nochmals alle Argumente für die Südweststaatsgründung aufgeführt wurden. In einer weiteren Broschüre zum Thema „Katholiken und Südweststaat“ sollte den südweststaatsfeindlichen Äußerungen zahlreicher, vor allem nordbadischer, Geistlicher entgegengetreten werden<sup>64</sup>, wie auch der Äußerung des Freiburger Erzbischofs, der sich persönlich für die Wiederherstellung des alten Badens ausgesprochen hatte. Lehr versuchte dabei aufzuzeigen, dass dies keine offizielle Stellungnahme der Kirche, sondern eine Privatmeinung des Erzbischofs Rauch sei. Dieser wurde das Votum des Vatikans gegenübergestellt, der im „Osservatore Romano“ keine Bedenken gegen die Südweststaatsgründung geäußert hatte, und auch die Haltung des Bischofs von Rottenburg-Stuttgart, Carl Joseph Leiprecht, wurde angeführt, der seine ausdrücklich neutrale Position in der Südweststaatsfrage betont hatte.<sup>65</sup>

Über die Organisation von Versammlungen, den Einsatz von Plakaten<sup>66</sup> und die Verteilung von Flugschriften hinaus war Lehr stets darum bemüht, durch außergewöhnliche Ideen die Aufmerksamkeit der Wähler zu gewinnen und auf diese Weise für die Südweststaatsgründung zu mobilisieren. Hierzu gehörte der Einsatz von Lautsprecherwagen: 1950 waren zwei Lautsprecherwagen im

63 Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Drucksachen; auch Bury: Volksentscheid, S. 73.

64 Zu den Differenzen zwischen Lehr und Pfarrer Magnani, einem der führenden Repräsentanten der Altbadner innerhalb des Klerus vgl. Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 3, 16.

65 Zur hier skizzierten Argumentation vgl. neben den genannten Schriften Lehrs auch StAF Plakat 25. Informationsdienst. Herausgegeben vom Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg, Nr. 18 vom 29. November 1951 sowie Bury: Volksentscheid, S. 122–125.

66 Zu Einsatz und Gestaltung der Plakate: Vgl. Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Plakate; Bury: Volksentscheid, S. 75–77.

Einsatz, die insgesamt 6.200 Kilometer zurücklegten; deren Zahl wurde 1951 auf sechs erhöht, wobei nunmehr über 24.000 Kilometer bewältigt wurden.<sup>67</sup> Aufsehen erregte Lehr, der selbst viele Tausend Kilometer in einem der Lautsprecherwagen absolvierte, jedoch auch durch andere spektakuläre Aktionen, beispielsweise durch das Mittel der Wiesendüngung. Durch eine besonders starke Düngermischung gelang es, auf mehrere Wiesen in der Nähe Freiburgs in sechs bis fünfundzwanzig Meter hohen Buchstaben das Wort „Südweststaat“ aufzuschreiben;<sup>68</sup> über dem Freiburger Marktplatz wurde zur Verärgerung der Altbadner eine Reklamebombe mit Südweststaatswerbung geöffnet und die Bandenwerbung beim Schauinslandrennen 1951 wurde auch durch Südweststaatswerbung dominiert.<sup>69</sup> Bei alledem garantierte Lehr auch durch einen Radioabhör- und Presseinformationsdienst, der ständig im Generalsekretariat geführt wurde, den Altbadnern immer einen Schritt voraus zu sein, war man doch auf diese Weise bestens informiert und konnte auf deren Veröffentlichungen postwendend antworten.<sup>70</sup>

Am Ende war Lehr Sieger und Verlierer der Südweststaatsabstimmung zugleich. Im Abstimmungsbezirk Nordbaden sprachen sich etwas über 57 Prozent der Wähler für die Bildung des Südweststaates aus, die gesetzlichen Bestimmungen für dessen Schaffung waren somit erreicht. Das Land erhielt ein Jahr später den Namen Baden-Württemberg. Lehr konnte in Anspruch nehmen, sogar für den Namen Pate gestanden zu haben, hatte er doch die Bezeichnung der Organisation „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ geprägt. Politisch gedankt wurde ihm für seinen Einsatz jedoch nicht: Auf Veranlassung von Gebhard Müller, der darum bemüht war, die Altbadner in die CDU-Landtagsfraktion einzubinden, wurden diese bei der Verteilung „sicherer Mandate“ in Südbaden bevorzugt, Südweststaatsanhänger gingen bis auf den Konstanzer Bürgermeister Schneider und einen weiteren Konstanzer Abgeordneten dagegen leer aus.<sup>71</sup> Auch konnte sich Ministerpräsident Reinhold Maier mit dem Vorschlag, Lehr als südbadischen Regierungspräsidenten zu berufen, nicht durchsetzen. Vielmehr, so Lehr, habe die südbadische FDP auf der Ernennung ihres Spitzenrepräsentanten Paul Waeldin bestanden, denn dieser habe das Einkommen gebraucht, nachdem sein Lederwarengeschäft finanziell ruiniert gewesen sei.<sup>72</sup> Finanziell ruiniert war jedoch auch Lehrs Ingenieurbüro, denn Lehr hatte sich mit seiner ehrenamtlichen Tä-

67 Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Lautsprecher.

68 Ebd., Abschnitt Sonstige Werbemittel.

69 Zu diesen beiden Werbemitteln vgl. ebd., Abschnitt Plakate; Bury: Volksentscheid, S. 79.

70 Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Presse u. Nachrichtenbüros, sowie Abschnitt Rundfunk.

71 Hörmann, Interview Lehr, I, II S. 1f.

72 Ebd., I, II S. 2f.

tigkeit übernommen und konnte erst ab Mitte der fünfziger Jahre sein Büro zu einer wirtschaftlichen Blüte bringen.<sup>73</sup>

#### 4. Freiburgs „erster Wirtschaftsförderer“ und „Enfant terrible“ der Kommunalpolitik

In der Freiburger Kommunalpolitik ergab sich für Lehr 1954 eine neue Aufgabe, als ihm die „Arbeitsgruppe Industrieansiedlung“ übertragen wurde. In dieser Funktion konnte er erneut seine überragende organisatorische Begabung unter Beweis stellen, wurde am Ende jedoch Opfer von Auseinandersetzungen mit persönlichen Gegnern.

Die Stadt Freiburg war ursprünglich alles andere als industriell geprägt, hatte es aber gleichwohl im ausgehenden 19. Jahrhundert zu beträchtlichem Wohlstand gebracht.<sup>74</sup> Dies hing in erster Linie mit dem Ausbruch der Cholera in Hamburg zusammen, was dazu führte, dass zahlreiche wohlhabende Pensionäre, so höhere Beamte, Generäle, Diplomaten usw., aus Norddeutschland auswichen und sich in Freiburg ansiedelten, kurz: Freiburg galt als „Pensionopolis“. Zudem war Freiburg Dienstleistungsstandort und Verwaltungssitz; hier waren die Universität, das Ordinariat, etliche Behörden und Gerichte ansässig. Industrieansiedlungen spielten dagegen in der Breisgaumetropole nur eine nachgeordnete Rolle – schon in der Weimarer Zeit waren diese nur sehr bedingt möglich gewesen, lag die Stadt doch damals innerhalb der durch den Versailler Vertrag festgelegten entmilitarisierten Zone. Überhaupt war die wirtschaftliche Entwicklung Badens in der Weimarer Zeit überaus ungünstig. Durch den Versailler Vertrag war Elsaß-Lothringen an Frankreich gefallen, womit ein wichtiger Absatzmarkt für badische Produkte wegfiel – allenthalben war von der „Grenzlandnot“ die Rede. Auch die Nachkriegsjahre waren in Freiburg durch äußerste wirtschaftliche Not geprägt: Einerseits war die Stadt im November 1944 bei einem Luftangriff weitgehend zerstört worden, weitere Belastungen der Nachkriegszeit entstanden andererseits durch Requirierungsmaßnahmen der französischen Besatzungsmacht; außerdem hatte die Stadt für den Unterhalt von Regierung, Parlament, Verwaltung usw. aufkommen müssen.<sup>75</sup> Wenn sich auch die badische Staatsregierung um eine Reihe von Förder-

73 Zudem sah sich Lehr aufgrund seines Eintretens für den Südweststaat auch geschäftlich Schikanen ausgesetzt wie Beschädigungen von Rohbauten der Firma Lehr, Nichtberücksichtigung bei staatlichen bzw. städtischen Aufträgen und Anzeigen wegen Verunglimpfung u. ä., vgl. ebd., I, I S. 15f. und 7.

74 Zur Entwicklung Freiburgs im 19. Jahrhundert zur Stadt der Pensionäre vgl. Heiko Hausmann/Hans Schadek (Hg.): Geschichte der Stadt Freiburg. Band 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart. Stuttgart 2002, S. 165ff.

75 Zur wirtschaftlichen Not Freiburgs in der Nachkriegszeit vgl. ebd., S. 371–386, 393–400 (hier zur Beanspruchung der Stadt durch die Besatzungsmacht).

maßnahmen zur Ansiedelung von Industrie bemühte, so versäumte man in Freiburg, diese Programme wahrzunehmen, so dass man 1953 von einer planmäßig vollzogenen Industrialisierung kaum sprechen konnte.<sup>76</sup>

Innerhalb von fünf Jahren gelang es Lehr, diesen Zustand grundsätzlich zu ändern, selbst unter seinen Gegnern musste man anerkennen, dass er als Leiter der Industrieansiedlung Freiburg eine eigene Epoche prägte, ja Zeitgenossen waren überzeugt, man würde einmal von einer „Ära Lehr“<sup>77</sup> in der Geschichte der Stadtentwicklung sprechen. Gestützt auf seine Kontakte als Ingenieur gelang es Lehr, zwei neue Gewerbegebiete im Norden und Süden der Stadt zu erschließen. In diesen wurden 42 Betriebe neu angesiedelt, daneben errichteten 80 bereits eingesehene Betriebe hier Neu- oder Erweiterungsbauten. Auf diese Weise gelang es Lehr, über 2100 neue Arbeitsplätze in Freiburg zu schaffen, so dass der Rückstand zu anderen Gemeinden Südbadens schnell ausgeglichen werden konnte.<sup>78</sup>

Jedoch auch bei dieser Tätigkeit sah sich Lehr schon bald Konflikten ausgesetzt. Immerhin, 1956 wurde Lehr noch der ausdrückliche Dank des Gemeinderates für seine Tätigkeit bei der Industrieansiedlung ausgesprochen.<sup>79</sup> Jedoch kamen 1959 erstmals Gerüchte auf, Lehr habe seine Stellung bei der Industrieansiedlung missbraucht, um sich persönliche Vorteile – konkret: zusätzliche Aufträge für sein Ingenieurbüro – zu verschaffen. Folglich legte Lehr sein Amt nieder, während es gleichzeitig zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des Stadtrates kam, und auch seitens der Staatsanwaltschaft ging man den Vorwürfen gegen Lehr nach. Beides endete ohne Ergebnis. Einen substantiellen Gesetzesverstoß konnten weder der Untersuchungsausschuss noch die Staatsanwaltschaft nachweisen, so dass im Gemeinderat im Januar 1961 erneut beschlossen wurde, Lehr mit Fragen der Industrieansiedlung in der Breisgau-metropole zu betrauen. Zugleich sicherte man sich dahingehend ab, dass Lehr ausdrücklich erklären musste, keine Aufträge von Unternehmen, für die er nicht schon ohnehin tätig gewesen war und mit denen er durch seine Tätigkeit für die Stadt in Kontakt getreten war, annehmen werde. Auch wurde er nunmehr in Fragen der Industrieansiedlung zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters berufen. Vorausgegangen war der neuerlichen Wahl Lehrs nochmals

---

76 Vgl. Nationalzeitung Basel Nr. 130, 20. März 1962.

77 Badische Zeitung Nr. 73, 28. März 1962.

78 Zu den Erfolgen Lehrs bei der Industrieansiedlung vgl. Nationalzeitung Basel Nr. 130, 20. März 1962, Freiburger Wochenspiegel Nr. 11, 15./16. März 1962; vgl. auch Schreiben Albert Maria Lehr an den Bürgermeister der Stadt Freiburg i. Br. Friedrich Schieler, 14. März 1962, Betreff: Organisation der Industrieansiedlung, in: StAF NL Lehr Nr. 10.

79 Zur folgend geschilderten Kontroverse um die Rolle Lehrs: Freiburger Wochenspiegel, 12./13. April 1962, 29./30. März 1962; Basler Nationalzeitung Nr. 154, 3. April 1962; Badische Zeitung, 25. Januar 1961, 28. März 1962; Freiburger Stadtanzeiger, 22. März 1962, 2. März 1961.



ein umfangreiches Gutachten, in dem er erneut sehr konkrete Pläne für weitere Schritte einer verstärkten Industrialisierung Freiburgs vorgelegt hatte.<sup>80</sup>

Dies schien umso notwendiger, als zwischen 1959 und 1961, also nach seinem Abgang, die Bemühungen um eine Industrialisierung in Freiburg wieder weitgehend zum Erliegen gekommen waren und kaum mehr neue Firmen in Freiburg angesiedelt werden konnten. So beklagte Lehr, dass in der zwischen 1959 und 1961 von einem städtischen Beamten geleiteten Industriekommission eine zu starke Bürokratisierung Einzug gehalten habe. Durch eine Fülle von Kontrollmechanismen würde die Industrieansiedlung förmlich ausgebremst. Mit Sorge stellte Lehr fest, dass zudem in der näheren Umgebung die Industrieansiedlung konsequent vorangeführt werde und neue industrielle Schwerpunkte, u. a. im Raume Kirchzarten, zwischen Gottenheim und Breisach sowie bei Waldkirch entstünden, Freiburg drohe zurückzufallen. Für all diese neuen industriellen Zentren im Umfeld Freiburgs, so die Analyse Lehrs, habe die Breisgauemetropole die kulturellen Lasten zu tragen, ohne zugleich am wachsenden Gewerbesteueraufkommen Anteil zu haben. Auch dürfe man in Freiburg nicht damit rechnen, die Rolle eines Einkaufszentrums für die nunmehr stärker industrialisierte Umgebung wahrnehmen zu können. Denn auch hier seien sehr schnell eigenständige Einkaufsviertel entstanden. Das Ziel künftiger Arbeit, so Lehr, müsse nun in einer gründlichen Ausdehnung der Werbetätigkeit bestehen, wobei auch industrielle Unternehmungen aus anderen EWG-Ländern wie auch aus den USA, sei es durch flächendeckende Werbung oder geschickt geführte Einzelgespräche, nach Freiburg geholt werden sollten. Wichtig erschien vor allem jedoch eine stärkere persönliche Fühlungnahme; so warf er der Stadtverwaltung vor, in den knapp zwei Jahren seiner Abwesenheit Kontakte zu Behörden sowie zum Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vernachlässigt und dadurch Chancen für Großprojekte verpasst zu haben. Stattdessen seien die beiden vorangegangenen Jahre geprägt gewesen, durch „bürokratische Sicherheitszäune, Vorsichtsmaßnahmen, vorsorgliche Abschirmungen gegen etwaige spätere Angriffe, Tagesordnungen, Protokolle, Rückfragen, Berichte, Hin- und Herschieben der Akten zwischen den einzelnen Stellen“ – ohne greifbares Ergebnis.<sup>81</sup> Für die Zukunft wollte Lehr den Wohnungsbau vorantreiben und zudem in verstärktem Maße Arbeitskräfte der im Niedergang begriffenen südbadischen Landwirtschaft umschulen. Gerade hierin sah er eine große Chance, neue Potentiale freizusetzen. Abschließend mahnte Lehr seine Stadtratskollegen, dass gerade jetzt in der Hochkonjunktur neue Strukturen geschaffen werden müssten, von deren Vorhandensein man in etwaigen Krisenzeiten noch profitieren werde.

80 Zum Folgenden vgl. Albert Maria Lehr: Denkschrift über die Weiterführung der Industrialisierung, 6. September 1960, in: StAF NL Lehr Nr. 10.

81 Ebd.

Wenn auch Lehr 1961 nochmals mit der Industrieansiedlung beauftragt wurde, so war die Debatte um seine Person gleichwohl kontrovers geblieben. Die Bestellung zum Vorsitzenden der Industriekommission erfolgte mit einer denkbar knappen Mehrheit. 14 Mitglieder des Stadtrates stimmten für die Wahl Lehrs, 14 gegen ihn, sodass schließlich das Votum des Oberbürgermeisters zu Gunsten Lehrs den Ausschlag gab.

Dennoch wurde der Gemeinderatsbeschluss am Ende nicht vollzogen, denn die Stadtratsfraktionen der Freien Wähler Gemeinschaft (FWG) und des Freiburgblockes (FB) legten gegen den Beschluss Beschwerde beim Regierungspräsidium ein.<sup>82</sup> Einerseits, so der Vorwurf von FWG und FB, bestehe noch immer die Möglichkeit für Lehr, sich Vorteile aus seiner Tätigkeit für die Industrieansiedlung zu verschaffen, andererseits wurde kritisiert, dass Lehr die Funktion eines Stellvertreters des Oberbürgermeisters in Fragen der Industrieansiedlung wahrnahm. Lehr könne nicht ein Exekutivamt übernehmen, da ihm als Stadtrat die Kontrolle der Exekutive, deren Mitglied er selbst war, übertragen sei. Die Industriekommission und die Funktion eines Stellvertreters des Oberbürgermeisters, so FWG und FB, könne nur ein städtischer Beamter übernehmen. Das Regierungspräsidium schloss sich dieser Position letztlich uneingeschränkt an, enttäuscht zog Lehr sein Engagement in Fragen der Industrieansiedlung im März 1962 zurück<sup>83</sup>.

Während sich in Fragen der Industrieansiedlung die Verdienste Lehrs kaum bestreiten lassen und auch von seinen Gegnern anerkannt werden mussten, so hat Lehr am Ende dennoch selbst dazu beigetragen, dass er in den 1960er Jahren in der Freiburger Kommunalpolitik als Störenfried und Querulant angesehen wurde. Ausgangspunkt hierfür war die schwere Erkrankung von Oberbürgermeister Josef Brandel (CDU), die bereits im Jahr 1961 erkennen ließ, dass dieser sein Amt schon bald nicht mehr würde wahrnehmen können.<sup>84</sup> Lehr veranlasste daher 1961 durch das Allensbacher Institut eine Umfrage; in dieser wurden die Freiburger Wähler befragt, ob sie bereits von der Erkrankung Brandels gehört hätten und ob, im Falle seines Rücktrittes, Lehr oder Bürgermeister Dr. Graf (ebenfalls CDU) der geeignete Nachfolger sei. Da die Umfrage allgemein als geschmack- und taktlos empfunden wurde, wurde sie schon nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Während das Allensbacher Institut keinerlei Angaben über den Auftraggeber machte, stritt Lehr zunächst konsequent ab, der Initiator der Umfrage gewesen zu sein. Dies änderte sich 1962, als Lehr plötzlich freimütig bekannte, die Umfrage in Auftrag gegeben zu haben, um sich

82 Vgl. Anm. 79, insbes. Freiburger Stadtanzeiger, 2. März 1961.

83 Freiburger Stadtanzeiger, 22. März 1962 (hier die Perspektive der Gegner Lehrs); Freiburger Wochenspiegel, 15./16. März 1962 (hier die Erklärung Lehrs sowie Albert Maria Lehr an das Bürgermeisteramt der Stadt Freiburg i. Br.: Bürgermeister Fritz Schieler: 14. März 1962).

84 Zum Folgenden vgl. Der Spiegel Nr. 42, 17. Oktober 1962.

mit den Mitteln der Demoskopie ein Bild über die Ansichten der Wähler zu verschaffen. Nahezu postwendend erfolgte der (später wieder revidierte) Ausschluss aus der CDU-Stadtratsfraktion wie auch aus der Partei, der Lehr tatsächlich massiv geschadet hatte: Da auch Dr. Graf mit der Umfrage in Verbindung gebracht wurde, war dieser schließlich chancenlos gegen seinen Mitbewerber Eugen Keidel (SPD). Erstmals hatte die CDU in der Nachkriegszeit das Amt des Oberbürgermeisters in Freiburg verloren – und sollte es bis heute nicht mehr wiedererobern. Lehr war, wie der „Spiegel“ gehässig feststellte, zum besten Wahlhelfer des Sozialdemokraten Keidel geworden und hatte ein „Lehr-Stück“ gegeben, wie durch parteiinterne Zwietracht und Auseinandersetzungen eine über Jahre als sicher erachtete Machtposition verloren gehen konnte. Ohne Rückhalt bei seiner Partei bedeuteten die Kommunalwahlen des Jahres 1965 endgültig das Ende von Lehrs politischer Karriere.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Freiburger Gemeindepapament hat Lehr sich weiterhin politisch zu Wort gemeldet. Dies gilt in erster Linie mit Blick auf Fragen der Verkehrsführung und des Bauwesens, u. a. hat er sich zum Ausbau der B 31-Ost und zum Erhalt des Freiburger Flughafens geäußert.<sup>85</sup> Vor allem aber ist Lehr nach seinem Ausscheiden aus der Kommunalpolitik durch sein sozial-karikatives Engagement hervorgetreten. So half er 1969 im Auftrag der Caritas Internationalis beim Wiederaufbau zahlreicher Gotteshäuser und anderer kirchlicher Einrichtungen im Raum Banja Luka, wo zuvor in Folge eines schweren Erdbebens massive Zerstörungen angerichtet worden waren.<sup>86</sup> Nach dem Tod seiner Frau ist Lehr 1982 in den geistlichen Stand übergetreten und hat sich zum Priester der Diözese Banja Luka weihen lassen.

### *Bilanz und Würdigung*

Anlässlich des 80. Geburtstages von Albert Maria Lehr würdigte Heinz Müller-Brandeck, der gemeinsam mit Lehr an der Gründung der JU in Freiburg beteiligt war und mit diesem auch gemeinsam für die Südweststaatsgründung eingetreten war, Albert Maria Lehr als „einen vielschichtigen und schwierigen Menschen (...) Seine politische Leidenschaft und sein Festhalten an Standpunkten, die er für richtig hielt, hat ihm stets Feinde, zumindest potente Gegner, eingebracht“<sup>87</sup>. Mit dieser Charakterisierung werden Persönlichkeit und Wirken Lehrs durchaus treffend beschrieben. Ähnliche Worte der Anerken-

85 Vgl. Ungern-Sternberg: Um unsere Stadt verdient gemacht, S. 42; Hans Müller-Brandeck: Erinnerungen und Wünsche eines Weggefährten, in: 80 Lebensjahre, S. 30–36, hier S. 36.

86 Zum Engagement Lehrs beim Kirchenbau in Bosnien vgl. Lehr: Dank und Rückblick, S. 60. Vgl. auch: Albert Maria Lehr: Kirche an der Bosna – Reiseberichte und Notizen. Freiburg 1973.

87 Müller-Brandeck: Erinnerungen und Wünsche, S. 36.

nung fand auch der damalige Freiburger Bürgermeister, Sven von Ungern-Sternberg, der mehrfach in seiner Laudatio hervorhob, dass es sich bei Lehr um eine Persönlichkeit handele, die Kommunalgeschichte gemacht habe, vielfach umstritten, auch Jahrzehnte nach dem Ende seiner politischen Wirksamkeit, eine Persönlichkeit, die polarisiere, aber mit überaus hohen Verdiensten für die Stadt wie auch für Südbaden.<sup>88</sup> Tatsächlich gilt für Lehr, dass er in der Zeit seiner politischen Wirksamkeit „mit der ganzen Kraft der Persönlichkeit gegen den Strom geschwommen ist“<sup>89</sup>. Gegen den Strom geschwommen ist Lehr 1945, als er durchsetzte, als Bürgermeister von Lenzkirch nicht die Interessen der Franzosen, sondern vielmehr die der Gemeindebürger zu vertreten; gegen den Strom geschwommen ist Lehr als Spitzenvertreter der JU Südbaden im Konflikt mit dem CDU-Landesvorstand und schließlich als einer der wenigen südbadischen Vorkämpfer für die Gründung des Südweststaates. Bei alledem erwies sich Lehr als herausragender Organisator, dem es gelungen ist, soweit als eben möglich, die Nachkriegsnot in Lenzkirch zu meistern bzw. innerhalb nur weniger Monate eine schlagkräftige Vereinigung, die oft mit spektakulären Aktionen für die Gründung des Südweststaates warb, auf die Beine zu stellen. Genauso beschritt Lehr in Freiburg bis dahin unbekannte Wege in der Industriensiedlung und trieb diese binnen weniger Jahre effektiv voran. Dabei hatte Lehr ein sicheres Gespür für zukunftsweisende Entwicklungen: vollkommen zu Recht hat er als einer der Gründerväter der CDU im Kreis Neustadt und schließlich im Land Baden erkannt, dass das Konzept der Zentrumspartei überlebt war und dass die Isolierung der Katholiken bzw. damit verbunden die starke Aufsplitterung des Parteiensystems in der Weimarer Zeit einer der Gründe für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie war. In diesem Sinne hat er sich frühzeitig und am Ende erfolgreich für die Bildung der Union als Partei beider christlicher Konfessionen eingesetzt. In gleicher Weise erkannte Lehr, dass das Land Baden wirtschaftlich alleine kaum überlebensfähig war und dass es unbedingt eines Zusammengehens der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer bedurfte. Zukunftsweisende Initiativen hat Lehr schließlich auch in der Förderung der Industriensiedlung in Freiburg beschritten.

Gerade weil Lehr manchem Zeitgenossen immer einen Schritt voraus war und sich mit großem Nachdruck und häufig sehr robust für seine Konzepte einsetzte, schuf er sich eine ganze Reihe von Gegnern, ja Feinden, die letztlich seinen weiteren politischen Aufstieg verhinderten. Folglich gelang es Lehr nicht, 1952 in den Landtag des Landes Baden-Württemberg einzuziehen oder das Amt des Regierungspräsidenten in Freiburg zu übernehmen – und dies, obwohl gerade er in Südbaden mit größtem Nachdruck für die Südweststaatsgründung geworben hatte.

---

88 Ungern-Sternberg: Um unsere Stadt verdient gemacht, S. 43.

89 Ebd., S. 39.

Neben seiner politischen Tätigkeit darf freilich auch der Mensch, Ingenieur und Architekt Albert Maria Lehr nicht in Vergessenheit geraten. Ohne Zweifel war das gesamte politische Handeln Lehrs geprägt durch seine tiefe Verbindung mit der katholischen Kirche, genauso wie andererseits Lehr als Architekt und Ingenieur das Bild seiner Heimatstadt Freiburg geprägt hat. Hinzu tritt die Mitarbeit Lehrs am Bau oder Wiederaufbau zahlreicher Kirchen und Kapellen, insbesondere in Bosnien, wo sich Lehr bleibende Verdienste um die Beseitigung von Schäden in der Erdbebenregion um Banja Luka nach 1969 erworben hat.

## AUS DEM ACDP

### **Der Gründungsprozess und die Etablierung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik\***

**Carsten Pickert**

Die Diskussion über die Schaffung eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.<sup>1</sup> ist fast so alt wie die Geschichte der Christlich Demokratischen Union. Vor der Gründung des CDU-Bundesverbandes auf dem 1. Bundesparteitag der CDU, welcher vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar stattfand<sup>2</sup>, bildete zunächst der Zwischenzonenausschuss der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU, der im August 1946 in die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU<sup>3</sup> überführt worden war, eine Art Dachverband für die CDU-Landesverbände und die CSU in Bayern.<sup>4</sup>

---

\* Gekürzte Fassung des im Rahmen des dritten gradualen Fernweiterbildungskurs Archiv des Fachbereiches Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam angefertigte Abschlussarbeit.

- 1 Zur Geschichte des ACDP gibt es bisher einige kleinere Beiträge, vgl. Günter Buchstab: Archiv für Christlich Demokratische Politik in St. Augustin, in: *Der Archivar* 30 (1977), Sp. 65f.; Klaus Gotto: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: *Mitteilungen der Fachgruppe 6 im Verein Deutscher Archivare* Nr. 1 (1978), S. 11–15; Ders.: Das Archiv für Christlich Demokratische Politik, in: *Eichholzbrief. Beiträge zur politischen Bildung und Information für die Mitarbeiter, Teilnehmer und Förderer der politischen Akademie und des Bildungswerks der Konrad-Adenauer-Stiftung* 1 (1977), S. 49–52; Winfried Becker: Festvortrag „Historische Bewußtseinsbildung im demokratischen Staat – 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik“, gehalten am 18. Mai 2001 in Sankt Augustin ([www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag\\_Becker.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag_Becker.pdf), Abruf: 29. Mai 2013); Hans-Peter Schwarz: Festvortrag „Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik? Ist ein Paradigmenwechsel angezeigt?“, gehalten am 5. November 2005 in Bonn ([www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag\\_Schwarz.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag_Schwarz.pdf), Abruf: 29. Mai 2013); Günter Beaugrand: *Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen*. Meckenheim 2003, und Günter Buchstab: *Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung*, in: Anja Kruke/Harry Scholz (Hg.): *Die Archive der Politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Archivführer* (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie 6). Bonn 2010, S. 25–38.
- 2 Vgl. Andreas Grau: Goslar 1950. Vorbereitung, Konzeption und Ablauf des ersten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 18 (2011), S. 49–86.
- 3 Vgl. Brigitte Kaff: *Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU*, in: Winfried Becker u. a. (Hg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*. Paderborn 2002, S. 425f. Die Protokolle des Zwischenzonenausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU und der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU liegen in einer wissenschaftlichen Edition vor. Vgl. *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*. Bearb. von Brigitte Kaff (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991.
- 4 Vgl. Buchstab: *Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, S. 25.

Bereits auf den ersten beiden Sitzungen des Zwischenzonenausschusses am 14. Februar 1946 und 12. April 1946 in Frankfurt am Main wurde unter anderem der Aufbau eines Archivs innerhalb eines Informationsamtes diskutiert. Bruno Dörpinghaus<sup>5</sup> plädierte auf der Sitzung im Februar dafür, dass „alle wichtigen Artikel, Verlautbarungen und politischen Nachrichten diesem Archiv zur Verfügung“<sup>6</sup> gestellt werden sollten.

Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU beriet auf ihrer ersten Vorstandssitzung vom 13. bis 15. März 1947 in Berlin ebenfalls über die Einrichtung eines Informationsamtes, dem neben einer Presseabteilung auch ein Archiv und eine Bibliothek angegliedert werden sollten.<sup>7</sup> Die im Informationsamt zu sammelnden Unterlagen, z. B. Protokolle, Reden, Rundschreiben, Informationsdienste, Parteizeitungen, sollten aufgrund der damaligen Papierknappheit und der teilweisen Papierkontingentierung, auf Anfrage den Mandats- und Funktionsträgern der CDU und CSU für eine bestimmte Zeitspanne zur Verfügung gestellt werden.<sup>8</sup> Von einem Archiv im klassischen Sinne kann hier jedoch noch nicht gesprochen werden. Vielmehr handelte es sich um eine Art Dokumentenvermittlungsstelle.

Nach der Gründung des CDU-Bundesverbandes im Jahre 1950 begann die neu eingerichtete Bundesgeschäftsstelle mit dem Aufbau einer Dokumentationsstelle, die als Archiv bezeichnet wurde.<sup>9</sup> Hier wurden wie bereits beim Informationsamt der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vor allem Satzungen, Tagungsunterlagen von Delegiertenversammlungen, Ausarbeitungen, Beschlüsse und Informationsdienste der CDU und ihren Vereinigungen und Sonderorganisationen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene für den internen Gebrauch gesammelt. Weiterhin wurden Materialsammlungen zu Personen sowie zu politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Themen angelegt.<sup>10</sup> Außer Acht gelassen wurden die Übernahme des Parteischriftgutes und die Akquisition von Nachlässen, also von Archivgut im engeren Sinne. Ebenso war an eine externe Nutzung, gar an eine wissenschaftliche Auswertung der Unterlagen, nicht gedacht.

5 Bruno Dörpinghaus (1903–1995), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Hessen und 1945–1947 Landesgeschäftsführer, 1947–1950 Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, 1951–1968 Hilfsreferent im Auswärtigen Amt, 1969–1973 Vorsitzender der Deutschland-Stiftung e.V.

6 Die Unionsparteien 1946–1950, S. 7

7 Vgl. ebd., S. 15, S. 75.

8 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 26.

9 Das Archiv der Bundesgeschäftsstelle der CDU gelangte mit der Übernahme der Unterlagen des CDU-Bundesvorstandes und der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1981 in das ACDP und wurde dort im Bestand CDU-Bundespartei (07-001) unter dem Gliederungspunkt „Historisches Archiv“ eingegliedert. Vgl. ACDP 07-001-3215 bis 07-001-3482.

10 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 26.

*Aufbau von Parteiarchiven in den Politischen Stiftungen*

In den 1960er Jahren gab es bei den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Bestrebungen, in den ihnen nahestehenden Politischen Stiftungen Archive aufzubauen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) beschloss 1962 anlässlich des im Folgejahr bevorstehenden 100. Gründungsjubiläum der Partei bei der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Archiv der deutschen Arbeiterbewegung einzurichten. Am 6. Juni 1969 wurde von Willy Brandt das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) in Bad Godesberg-Friesdorf eröffnet.<sup>11</sup>

Die FDP ging einen anderen Weg. Sie verkaufte 1967 das seit 1961 in der Bundesgeschäftsstelle systematisch aufgebaute Parteiarchiv an die Friedrich-Naumann-Stiftung, es verblieb aber räumlich in der FDP-Bundesgeschäftsstelle in Bonn. Erst 1982 erfolgte nach der Fertigstellung eines Archivanbaus der Umzug des Parteiarchivs in die Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung nach Gummersbach. Anlässlich des 100. Geburtstages von Theodor Heuss wurde das Archiv des Deutschen Liberalismus am 31. Januar 1984 von Walter Scheel feierlich eingeweiht.<sup>12</sup>

Bei der der CSU nahestehenden Hanns-Seidel-Stiftung gab es ab den 1970er Jahren Bestrebungen, ein Archiv in Form eines Dienstleistungszentrums mit den Bereichen Archiv, Bibliothek und Dokumentation einzurichten. Konkrete Ausarbeitungen hierfür wurden bereits 1974 vorgelegt. Es sollte aber noch zehn Jahre dauern, bis 1984 mit dem Aufbau eines Archivs für Christlich-Soziale Politik begonnen werden konnte.<sup>13</sup>

*Aufbau eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik in der KAS*

Bei der der CDU nahestehenden KAS herrschte ab Mitte der 1960er Jahre eine Art Aufbruchsstimmung. Neben der Ausweitung der Politischen Bildung und der internationalen Arbeit wurden 1965 die Studienförderung aufgenommen und mit dem Aufbau eines Studienzentrums, welches auch als Forschungszentrum bezeichnet wurde, begonnen.<sup>14</sup>

Im Arbeitsbericht der KAS für das erste Halbjahr 1966 wurden die Aufgaben des Studienzentrums folgendermaßen beschrieben: „Schwerpunkte der

11 Vgl. Mario Bungert: „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie 4). Bonn 2002, S. 82–85.

12 Vgl. Monika Fassbender: Das Archiv des Liberalismus, in: Kruke/Scholz, S. 98f.

13 Vgl. Renate Höpfinger: Das Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, ebd., S. 42f.

14 Vgl. Kurzprotokoll der Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 3. Juni 1965, Fortsetzung am 11. Juni 1965 in der Politischen Akademie Eichholz, S. 2, in: ACDP 07-001-12151.



Arbeit sind gegenwärtig Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands sowie Grundsätze der Entwicklungspolitik in Afrika und Lateinamerika. Das Archiv sammelt alle Materialien aus der Gründungszeit der Parteien und Organisationen christlich-demokratischer Prägung in Deutschland nach 1945.<sup>15</sup> Seine Tätigkeit nahm diese Einrichtung Anfang 1966 am Verwaltungssitz der KAS in der Coburger Straße 1 a in Bonn auf.<sup>16</sup>

Innerhalb des Studienzentrums war das Referat „Dokumentationsstelle und Archiv“ für die Sammlung der Materialien allein verantwortlich. Franz Thedieck,<sup>17</sup> einer der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden der Stiftung, stellte im Februar 1966 in einem Schreiben an alle Kreis- und Bezirksverbände der CDU das Referat „Dokumentationsstelle und Archiv“ mit seinen Aufgaben vor. Das Hauptaugenmerk lag hierbei auf der Sammlung der Gründungsunterlagen beider Unionsparteien sowie das Schriftgut ihrer Parteigründer auf Orts- und Kreisebene. Unberücksichtigt blieben das Schriftgut des Bundesverbandes und der Landesverbände der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.<sup>18</sup>

Bereits im Sommer 1966 kam der weitere Aufbau des Archivs, aufgrund des Ausfalls der Referatsleiterin, zum Erliegen.<sup>19</sup> In der zweiten Hälfte des Jahres 1966 wurden die Aufgabenschwerpunkte des Studienzentrums neu ausgerichtet.<sup>20</sup> Die Neustrukturierung des Studienzentrums beinhaltete unter anderem die Auflösung des Referats „Dokumentationsstelle und Archiv“. Einzige Aufgabe des Studienzentrums war von 1967 an die Erarbeitung von Grundlagen für die anderen Institute und Einrichtungen der KAS.<sup>21</sup>

Mit dem Vorstandswechsel am 26. Juni 1968 ging auch das endgültige Aus für das Studienzentrum der Stiftung einher. Am 9. September 1968 wurde auf Vorschlag von Manfred Wörner<sup>22</sup> die Auflösung des Studienzentrums be-

15 Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Aus der Arbeit des 1. Halbjahres 1966. S. 3, in: ACDP 07-001-12152.

16 Vgl. Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Entstehung und Entwicklung, S. 2, ebd.

17 Franz Thedieck (1900–1995), 1950–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

18 Rundschreiben der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V. vom November 1966, in: ACDP 03-006-141/2 (Bestand LV Schleswig-Holstein).

19 Vgl. Vermerk für die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 10. September 1966, in: ACDP 07-001-12153.

20 Vgl. Vermerk an Konrad Kraske vom 18. November 1966, ebd.

21 Ausarbeitung „Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Entstehung und Entwicklung (1964–1968)“ vom 1. August 1967, S. 2, in: ACDP 07-001-10180.

22 Manfred Wörner (1934–1994), 1965–1988 MdB, 1968–1972 Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1972–1988 Stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1982–1988 Bundesminister der Verteidigung, 1988–1994 Generalsekretär der NATO.

schlossen. Im Protokoll heißt es hierzu lapidar: „Das Studienzentrum wird aufgelöst.“<sup>23</sup>

Die Umstände, die zur Schließung des Studienzentrums führten, begründete Wörner gegenüber Thedieck folgendermaßen: „Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung hat auf seiner Sitzung vom 9. September 1968 auf meinem Vorschlag beschlossen, das Studienzentrum aufzulösen. Dabei hat er sich neben finanziellen Erwägungen ausschließlich von der Überlegung leiten lassen, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer so weitgespannten Aufgabe überfordert wäre. Für die im Rahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung erforderliche Grundlagenforschung erscheint uns das Wissenschaftliche Institut ausreichend.“<sup>24</sup>

Daneben könnten strukturelle Veränderungen in der Stiftung eine Rolle gespielt haben. Möglicherweise erfolgte die Auflösung des Studienzentrums, um eine Erweiterung der Bildungsarbeit in Schloss Eichholz mit der Gründung des Instituts für kommunalpolitische Bildung und Forschung zu ermöglichen.<sup>25</sup>

Es bleibt festzustellen, dass ein erster Versuch, ein Archiv bei der KAS einzurichten, bereits Ende 1966 gescheitert war. Anders als bei der SPD und FDP gab es weder bei der CDU noch bei der KAS zu diesem Zeitpunkt ein wirkliches Interesse an dem Aufbau eines Archivs, da die CDU seit 1949 ununterbrochen auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung stand und ihre Politik und Parteiarbeit dementsprechend auf die Gegenwart und die Zukunft ausgerichtet war. Archivfragen genossen keine Priorität. Hinzu kam, dass aufgrund der föderalen Struktur der Partei die relativ eigenständigen Kreis- und Landesverbände wenig Interesse hatten, ihre Unterlagen an die KAS nach Bonn abzugeben.

Auch bei der KAS genossen in dieser Zeit die politische Bildungsarbeit, die Studienförderung und die internationale Arbeit in Lateinamerika und Afrika höhere Priorität als die Einrichtung eines Parteiarchivs der CDU.

Ab den 1970er Jahren setzte bei der CDU bezüglich der Notwendigkeit eines Parteiarchivs ein Umdenken statt. Nach der verlorenen Bundestagswahl von 1969 und den damit verbundenen Regierungsverlust hatte die CDU mit intensiven Bemühungen um die Reform der Partei begonnen, um so die Voraussetzungen für eine Rückkehr in die Regierungsverantwortung zu schaffen. Ziel der unter dem neuen Parteivorsitzenden Rainer Barzel<sup>26</sup> zögerlich begonnenen und von seinem Nachfolger Helmut Kohl energisch umgesetzten innerparteilichen Reformen war die Umwandlung der Partei von einem „Kanzler-

---

23 Protokoll über die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 9. September 1968, in: ACDP 07-001-11344.

24 Brief von Wörner an Thedieck vom 9. Dezember 1968, ebd.

25 Vgl. Beaugrand: Geschichte, S. 293.

26 Rainer Barzel (1924–2006), 1957–1987 MdB, 1962–1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU, 1982–1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983–1984 Präsident des Deutschen Bundestages.

wahlverein“ zu einer modernen Volkspartei.<sup>27</sup> Neben der Neuorganisation der Bundesgeschäftsstelle und der Professionalisierung der Parteiarbeit auf allen Ebenen<sup>28</sup> kam ein umfangreicher Diskussionsprozess zur Schärfung des programmatischen Profils in Gang<sup>29</sup>, welcher auch die Bereitschaft, sich mit der eigenen Geschichte und den erbrachten Leistungen auseinanderzusetzen, förderte. In diesem Sinne erklärte Helmut Kohl auf der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 17. September 1973, man könne „die CDU nicht verstehen, wenn man die CDU von gestern nicht kennt und begreift“<sup>30</sup>.

Bereits seit Mitte der 1960er Jahre wurden die Erfolge und Leistungen der christlich-demokratischen Politik während der Adenauer-Ära von der Gesellschaft und Wissenschaft zunehmend in Frage gestellt. Besonders in der Deutschland- und Ostpolitik wurden den Unionsparteien für die Zeitspanne 1949 bis 1969 in wissenschaftlichen Publikationen Versäumnisse vorgeworfen.<sup>31</sup> Auch führende Repräsentanten der CDU registrierten diese Entwicklung. So erklärte Helmut Kohl auf der oben erwähnten Bundesvorstandssitzung der CDU, dass von einigen historischen Lehrstühlen eine „Umschreibung der deutschen Geschichte“ von 1950 bis 1969 betrieben würde. Seiner Meinung nach könne diese nur durch den Aufbau eines Archivs der Christlich-Demokratischen Politik und der Ermöglichung des Zugangs zu den historisch relevanten Quellen abgewendet werden.<sup>32</sup>

Mit der Archivgründung war die Hoffnung verbunden, dass die Wissenschaft durch die bereitgestellten Unterlagen in die Lage versetzt werden könnte, ein realistisches Bild der Wirksamkeit christlich-demokratischer Politik zu zeichnen.<sup>33</sup> Ein erfolgreiches Vorbild stellte in dieser Hinsicht das AdsD dar.<sup>34</sup>

---

27 Grundlegend hierzu: Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985.

28 Vgl. Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart u. a. 2002, S. 99–114.

29 Vgl. ebd., S. 37–44.

30 Vgl. Helmut Kohl: Redebeitrag auf der Bundesvorstandssitzung vom 17. September 1973, Mitschnitt in: [www.kas.de/wf/de/71.3761/](http://www.kas.de/wf/de/71.3761/) (Abruf: 29. Mai 2013).

31 Vgl. Becker: Festvortrag, S. 12f. Als repräsentative Beispiele nennt Günter Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 27, die Publikationen Wolf-Dieter Narr: CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945. Stuttgart 1966, und von Gert Schäfer/Carl Nedelmann (Hg.): Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. München 1967.

32 Vgl. Kohl: Redebeitrag.

33 Vgl. Becker: Festvortrag, S. 12.

34 Vgl. Kurzexposé von Kai-Uwe von Hassel vom 20. Juni 1973 zu den Archiven der politischen Stiftungen, S. 1, in: ACDP 12-001-1371 (Bestand KAS).

Auch Kohl zollte dem AdsD in einem Brief vom 22. Oktober 1973 an Bruno Heck<sup>35</sup> Respekt: „Die SPD hat diese Frage, wie mir scheint, hervorragend gelöst. Schräg gegenüber vom Konrad-Adenauer-Haus befindet sich in einem großen Gebäude das AdsD, das mit Stiftungs- und öffentlichen Geldern gespeist wird und bereits eine Fülle von Publikationen vorgelegt hat. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du prüfen würdest, ob und welche Möglichkeiten zu einem ähnlichen Projekt im Rahmen der KAS bestehen würden.“<sup>36</sup>

Der spätere erste Archivleiter Klaus Gotto<sup>37</sup> begründete in seinem Archivplan von 1973 die Notwendigkeit eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik u. a. mit der erfolgreichen Arbeit des AdsD: „Während die anderen demokratischen Parteien der Bundesrepublik insbesondere die SPD, über gutausgebaute, renommierte und effektiv ausgewertete Parteiarchive verfügen, sind die historisch relevanten Materialien der CDU, ihrer Untergliederungen, ihrer führenden Mitglieder und ihrer nahestehenden Organisationen in einem für Auswertung und Forschung desolaten Zustand.“<sup>38</sup> Weiterhin bemerkte Gotto, dass im Gegensatz zur CDU die SPD bereits früh erkannt habe, „daß Traditionsbildung ein stabilisierendes Element ist, auf das gerade staatstragende Parteien nicht verzichten können“<sup>39</sup>.

Einigkeit bestand darin, dass rasch gehandelt werden musste, um der akuten Gefahr eines irreparablen Dokumentenverlusts zu begegnen. Viele Parteigründer und führende Persönlichkeiten der CDU befanden sich in einem fortgeschrittenen Alter oder waren bereits verstorben, ohne dass ihr schriftlicher Nachlass gesichert war.<sup>40</sup>

---

35 Bruno Heck (1917–1989), 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familien- und Jugendfragen bzw. seit Herbst 1963: für Familie und Jugend, 1966–1971 Generalsekretär der CDU, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

36 Schreiben von Kohl an Bruno Heck vom 22. Oktober 1973, in: ACDP 12-001-1371.

37 Klaus Gotto (geb. 1943), 1969–1975 Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte e. V., 1975–1989 Leiter des ACDP, 1989–1993 Unterabteilungsleiter im Bundeskanzleramt und Leiter der Gruppe 51: Politische und gesellschaftliche Analysen, 1993–1998 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Inland im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, seit 1998 freiberufliche Tätigkeit beim Meinungsforschungsinstitut dimap in Bonn.

38 Plan für ein Archiv der christlichen Demokratie von Klaus Gotto vom 8. Juni 1973, S. 1, in: ACDP 12-001-1278.

39 Plan für ein Archiv der christlichen Demokratie, S. 2, ebd.

40 Schreiben von Gotto an Leo Baumanns vom 13. März 1974, ebd.

*Die „Gründerväter“ des ACDP: Heinrich Krone, Bruno Heck und Helmut Kohl*

Mit Heinrich Krone<sup>41</sup>, Bruno Heck und Helmut Kohl haben sich drei führende Repräsentanten der CDU unterschiedlicher Generationen und aus unterschiedlicher Motivation heraus besonders für die Einrichtung eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik in der KAS hervorgerufen.

Heinrich Krone wollte mit der Einrichtung des Archivs vor allem einen Quellenverlust bei der CDU, wie es ihn bei der katholischen Zentrumsparterie mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung gegeben hatte, verhindern.<sup>42</sup> Nach seiner aktiven Politikerzeit sorgte er sich verstärkt um die historische Würdigung der Leistung des Gründungskanzlers und des Beitragenden der Unionsparteien zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Wie aus seinem Nachlass hervorgeht, verfolgte Heinrich Krone seit 1973 intensiv die Bemühungen der KAS, ein Archiv für christlich-demokratische Politik einzurichten. Eine Akte in seinem Nachlass belegt, dass ihm alle wichtigen Schreiben und Konzepte betreffend die Gründung des ACDP zur Kenntnis gegeben wurden.<sup>43</sup> „Sie wissen, lieber Herr Kohl, daß die Sozialdemokratie eine eigene wissenschaftliche Stelle hat, die sich der geschichtlichen Aufarbeitung der sozialdemokratischen Politik seit 1949 widmet (...). Zu dem Wenigen, das ich mir für die letzten Jahre vorgenommen habe, gehört, daß auch auf unserer Seite ein ähnliches Archiv endlich seine Arbeit aufnimmt“, heißt es in einem Schreiben vom 22. November 1974 an den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl.<sup>44</sup> Auch über seine enge persönliche Verbindung zu Klaus Gotto war Krone stets über den aktuellen Stand der Planungen informiert.<sup>45</sup> Gotto, einer der ersten Stipendiaten der Begabtenförderung der KAS, stand aufgrund seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte<sup>46</sup> mit Hein-

41 Heinrich Krone (1895–1989), 1923–1933 stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Zentrumsparterie und Vorsitzender des Reichsverbandes der Windthorstbünde, 1925–1933 MdR, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1949–1969 MdB, 1951–1955 Geschäftsführer und 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1958–1964 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, 1961–1964 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1964–1966 Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates.

42 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

43 Vgl. Faszikel „Konrad-Adenauer-Stiftung“, in: ACDP 01-028-027/1 (Nachlass Heinrich Krone).

44 Schreiben von Krone an Kohl vom 22. November 1974, ebd.

45 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012. Nach Auskunft Gottos habe er Krone in wöchentlichen Gesprächen über den Stand der Dinge informiert.

46 Bei der Kommission für Zeitgeschichte e.V. handelt es sich um eine außeruniversitäre Einrichtung, die 1962 u. a. von Konrad Reppen, Rudolf Morsey und Heinrich Krone gegründet worden war. Die Kommission beschäftigt sich mit der Erforschung der Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Vgl. Kommission für Zeitgeschichte (Hg.): Aufgaben und Organisation, in: [www.kfzge.de/index.html](http://www.kfzge.de/index.html) (Abruf: 29. Mai

rich Krone in engem Kontakt und war somit ebenfalls federführend in den Gründungsprozess des Archivs eingebunden.<sup>47</sup>

Anders als noch 1968 setzte sich seit Anfang der 1970er Jahre der Vorsitzende der KAS, Bruno Heck, mit wachsender Intensität für die Einrichtung eines Parteiarchivs in seinem Hause ein. Heck, der als ehemaliger Bundesminister, Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär der CDU starken politischen Einfluss besessen hatte, suchte nach dem Ausscheiden aus diesen Ämtern nach neuen Möglichkeiten zur politischen Profilierung. Diese fand er im Amt des Vorsitzenden der KAS und unterstützte daher die Bestrebungen Krones und Gottos zur Einrichtung eines Archivs. Mit zunehmendem Erfolg gewann dieses auch in den Augen des Stiftungsvorsitzenden an Bedeutung, weshalb er Gotto bei dessen Aufbau und Leitung weitgehend freie Hand ließ.<sup>48</sup>

Helmut Kohl, selbst promovierter Historiker, wusste um die Bedeutung von Archiven für die geschichtswissenschaftliche Forschung. Er forcierte sofort nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU die Bemühungen zum Aufbau eines Parteiarchivs der CDU. Auf der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 17. September 1973 erklärte Kohl, dass es sich bei diesem Projekt nicht um die „Sprintisiererei von ein paar Historikern“<sup>49</sup> handelt.

### *Aufbau des ACDP*

Ab 1971 begann man bei der KAS wieder über die Einrichtung eines Archivs zu diskutieren. Voraussetzung für den Archivaufbau war eine gesicherte Finanzierung. Daher konzentrierte sich die Stiftung zunächst hauptsächlich auf die Einwerbung von Fördermitteln von der Stiftung Volkswagenwerk, wie sie die Friedrich-Ebert-Stiftung 1966 für den Grundstückserwerb und den Bau des Archivgebäudes erhalten hatte.<sup>50</sup>

Erste Gespräche im Dezember 1971 und im Februar 1972 mit der Stiftung Volkswagenwerk ergaben jedoch, dass aufgrund geänderter Richtlinien eine Förderung des Archivaufbaus nicht mehr möglich war.<sup>51</sup> Trotz dieses negativen Bescheids hielt der Vorstand der KAS an einer Aufbaufinanzierung durch die Stiftung Volkswagenwerk fest, da man der Ansicht war, dass nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung der KAS nicht die Fördermittel verwehrt werden

---

2013). Informationen zur Gründung und den Gründern der Kommission für Zeitgeschichte vgl. Rudolf Morsey: Gründung und Gründer der Kommission für Zeitgeschichte 1960–1962, in: Historisches Jahrbuch 115 (1995), S. 453–485.

47 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

48 Vgl. ebd.

49 Kohl: Redebeitrag.

50 Vgl. Bungert: Zu retten, S. 85. Vgl. Protokoll über die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 22. Oktober 1971 in Bonn, S. 3, in: ACDP 07-001-11414.

51 Vgl. Vermerk vom 28. Februar 1972 von Heinz Wienke für Bruno Heck über ein Gespräch mit der Stiftung Volkswagenwerk am 24. Februar 1972, in: ACDP 12-001-1278.

dürften, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung wenige Jahre zuvor für das gleiche Projekt erhalten hatte.

Man versuchte nun, über ein groß angelegtes Forschungsprojekt, für das ein Archiv unabdingbar war, Fördermittel einzuwerben. Hierzu arbeitete der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der KAS, Werner Kaltefleiter<sup>52</sup>, eine Projektbeschreibung für den Aufbau eines Archivs der Christlichen Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt aus.<sup>53</sup> Zusätzlich prüfte man weitere Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung für den Archivaufbau. Kai-Uwe von Hassel<sup>54</sup> erstellte nach der Vorstandssitzung der KAS vom 14. Juni 1973 ein Kurzexposé zur Finanzierung der Archive in den Politischen Stiftungen. Darin griff er einen ihm 1972 in Funktion als Präsident des Deutschen Bundestages vom Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Alfred Nau, gemachten, damals aber gescheiterten Vorschlag wieder auf, ab 1974, aus Anlass des 25. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes, Mittel für die Parteiarchive im Etat des Deutschen Bundestages einzustellen.<sup>55</sup>

Von Hassel argumentierte in dieser Ausarbeitung, dass es aufgrund der vom Artikel 21 des Grundgesetzes den Parteien zugewiesenen Aufgaben und dem Umstand, dass „diese ihr Zentrum in den parlamentarischen Vertretungen haben“<sup>56</sup>, notwendig sei, die Archivarbeit der Politischen Stiftungen im Haushalt des Deutschen Bundestages zu berücksichtigen. Diese sollten aber nur für die laufenden Kosten des Archivs verwendet werden. Die Finanzierung des Archivbaus sollte weiterhin über Fördermittel der Stiftung Volkswagenwerk erfolgen.<sup>57</sup>

Zudem verhandelten u. a. Kai-Uwe von Hassel und Bruno Heck mit Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, der in dieser Funktion auch für die Mittelvergabe an die Politischen Stiftungen zuständig war, über eine Aufstockung der Zuwendungen.<sup>58</sup> Auf der Vorstandssitzung der KAS am 21. Januar 1974 berichtete Heck dem Vorstand, dass der Bundesinnenminister „den Nach-

52 Werner Kaltefleiter (1937–1998), 1970–1998 Professor an der Universität Kiel, 1970–1974 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

53 Vgl. Schreiben von Heck an Paul Mikat vom 12. Juli 1972, in: ACDP 12-001-1278.

54 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein, 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1953–1954 und 1965–1980 MdB, 1955–1964 Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, 1956–1969 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1969–1972 Präsident und 1972–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, 1979–1984 MdEP.

55 Vgl. Schreiben von von Hassel an Heck vom 18. Juni 1973, in: ACDP 12-001-1371.

56 Kurzexposé von Kai-Uwe von Hassel, S. 2f., ebd.

57 Vgl. ebd., S. 3.

58 Vgl. Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes und des Gewerkschaftlichen Beirates der Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. September 1973, S. 3, in: ACDP 12-001-1371.

holbedarf der KAS erkannt habe und [...] anstrebe, Mittel im Bundeshaushalt für diesen Zweck auszuweisen.“<sup>59</sup>

Die Bemühungen um Fördermittel der Stiftung Volkswagenwerk blieben indes weiterhin erfolglos. Auf der Vorstandssitzung der KAS am 4. November 1974 wurde festgestellt, dass eine finanzielle Förderung für den Aufbau des ACDP angesichts der Besetzung des Kuratoriums der Stiftung Volkswagenwerk nur über eine Intervention auf höchster Ebene zu erreichen sei.<sup>60</sup>

Allen Bemühungen zum Trotz gelang es der KAS nicht, eine vergleichbare finanzielle Förderung, wie sie die Friedrich-Ebert-Stiftung für den Archivbau erhalten hatte, bei der Stiftung Volkswagenwerk einzuwerben. Immerhin sollte sie später bei der archivtechnischen Ausstattung der Räumlichkeiten im neuen Stiftungsgebäude in Sankt Augustin und bei den ersten Forschungsprojekten Fördermittel der Stiftung Volkswagenwerk in Anspruch nehmen können.<sup>61</sup>

### *Archivkonzepte*

Parallel zur Diskussion um die Finanzierung des Archivaufbaus gab es mit den Ausarbeitungen von Kaltefleiter und Gotto die ersten Konzeptionen<sup>62</sup> für ein Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Nachdem – wie geschildert – die Bemühungen um eine Finanzierung des Archivbaus mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk gescheitert waren, wurde seitens der KAS der Versuch unternommen, über ein umfangreiches Forschungsprojekt zur Christlichen Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt an Fördergelder zu kommen.

Ziel des Projektes sollte es sein, die Entwicklung und Wirksamkeit der politischen Idee der Christlichen Demokratie, die spätestens seit Ende des Zweiten Weltkrieges in vielen Staaten „gleichberechtigt neben die Ideen des Sozialismus und des Liberalismus“<sup>63</sup> trat, umfassend zu erforschen. Hierfür bedürfe es aber eines Archivs, mit dessen Aufbau sofort begonnen werden müsse. In diesem Archiv sollten die Materialien zum einen nach der geografischen Herkunft und zum anderen nach inhaltlichen Gesichtspunkten ausgewertet und mit Hilfe der EDV erschlossen und archiviert werden.

Im Sommer 1973 wurde der Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte, Klaus Gotto, von Heinrich Krone gebeten, ebenfalls eine Skizze für

---

59 Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Präsidiums der CDU am 21. Januar 1974, S. 2, in: ACDP 07-001-11581.

60 Vgl. Protokoll über die Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 4. November 1974, ebd.

61 Gespräch mit Günter Buchstab am 24. Mai 2012.

62 Vgl. Projektbeschreibung für das Archiv für Christliche Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt von Prof. Dr. Werner Kaltefleiter, in: ACDP 12-001-1278. Plan für ein Archiv der Christlichen Demokratie, ebd.

63 Projektbeschreibung Kaltefleiter, S. 1, ebd.



den Aufbau eines Archivs der Christlichen Demokratie zu entwerfen, was dieser unter der Bedingung, nicht später den Plan federführend umsetzen zu müssen, auch tat.<sup>64</sup>

Im ersten Teil seiner Konzeption stellte Gotto fest, dass alle Parteien außer der CDU „über gut ausgebaute, renommierte und effektiv ausgewertete Parteiarchive“ verfügten. Die historisch bedeutsamen Unterlagen der CDU mit ihren Untergliederungen und ihrer führenden Repräsentanten hingegen seien „in einem für Auswertung und Forschung desolaten Zustand“. Es gebe keine Einrichtung, welche diese Materialien systematisch sammle, ordne, erschließe und deren wissenschaftliche Auswertung anrege. Daher müsse anstelle „des bisherigen Wildwuchses ein sammelndes, archivierendes und initiierendes Archiv der christlichen Demokratie“ eingerichtet werden.

Dessen Aufgabe sei es, das Partei- und Fraktionsschriftgut der CDU zu sammeln, systematisch nach Nachlässen führender Christdemokraten zu suchen und zu übernehmen, zur wissenschaftlichen Auswertung des Archivbestandes anzuregen und selbst publizistisch tätig zu werden. Es könne dafür gesorgt werden, dass zum einen das „Geschichtsbild der Bundesrepublik [...] nicht allein von den Materialien und deren Auswertung der anderen Parteien bestimmt“ werde und zum anderen Wissenschaftler, die gern zu CDU-Themen arbeiten würden, nicht „von den vielen Zufälligkeiten der Materialbeschaffung“, abgeschreckt würden, wie es bisher häufig der Fall sei. Zudem sei die CDU „ihrem Selbstwertgefühl die Pflege ihrer Geschichte und Tradition schuldig.“ Das künftige Archiv sei den anderen Instituten der KAS gleichzustellen.<sup>65</sup>

Im Vergleich zu dem von Gotto ausgearbeiteten Archivkonzept, welches sich, vermutlich aufgrund seiner Erfahrungen als Geschäftsführer der Kommission für Zeitgeschichte, wo ebenfalls ein wissenschaftliches Archiv aufgebaut worden war, an archivfachlichen Ansprüchen orientierte, überwiegen in der von Kaltefleiter verfassten Projektbeschreibung die Bedürfnisse aus sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht. Besonderen Stellenwert genießen in dieser Konzeption der Bereich Oral History sowie die „Erfassung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung“, die ein gewichtiges Argument darstellten, die für den sofortigen Aufbau des Archivs sprachen, da „jede zeitliche Verschiebung des Arbeitsbeginns [...] einen Informationsverlust“ bedeuten würde.

Bei der Ordnung der Materialien ließ sich Kaltefleiter von sozial- und politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten leiten. Seinen Vorstellungen nach sollten die Materialien und erhobenen Informationen zunächst nach der geografischen Herkunft gegliedert werden. Innerhalb dieser geografischen Gliederung sollten die Unterlagen zusätzlich nach inhaltlichen Gesichtspunkten unterglie-

---

64 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

65 Plan für ein Archiv der Christlichen Demokratie, in: ACDP 12-001-1278.

dert werden. Aufgrund der Besonderheit dieser Ordnung, müsse das „Sammeln und Lagern der Materialien nach sozialwissenschaftlich-systematischer Fragestellung“<sup>66</sup> von Sozialwissenschaftlern vorgenommen werden.

Auch wenn dieses Konzept wegen der eklatanten Verletzung des Provenienzprinzips nicht den Ansprüchen eines klassischen Archivs entspricht, ist hier bereits an ein wichtiges Sammlungsgebiet – die Presse – gedacht, welches in Form der Presse- und Mediendokumentation neben dem Schriftgutarchiv und der Bibliothek die dritte Säule des ACDP darstellt.

### *Planungen zum Archivaufbau*

Der von Kaltefleiter ausgearbeitete Projektantrag sollte auf der Vorstandssitzung der KAS am 4. Dezember 1972 vorgestellt und diskutiert werden. Diese Sitzung wurde jedoch kurzfristig auf den 18. Dezember 1972 verschoben und der Tagesordnungspunkt Archiv gestrichen. Auch auf den nachfolgenden Vorstandssitzungen am 12. März 1973 und 6. April 1973 wurde Kalteleiters Projektantrag nicht behandelt.<sup>67</sup>

Offenbar wurde der Weg, über ein groß angelegtes Forschungsprogramm zur Entwicklung und Wirksamkeit der Christlichen Demokratie Fördermittel für einen Archibau von der Stiftung Volkswagenwerk zu erhalten, vom Vorstand der KAS nicht weiter verfolgt. Nachdem Helmut Kohl am 12. Juni 1973 vom 21. Bundesparteitag der CDU in Bonn zum neuen Bundesvorsitzenden der CDU gewählt worden war, erhielt das Projekt „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ innerhalb der KAS zusätzliche Unterstützung. Nach der Vorstandssitzung der KAS am 17. September 1973 stellte Helmut Kohl noch am gleichen Tag auf der Bundesvorstandssitzung der CDU, an der auch die Landesvorsitzenden teilnahmen, das Projekt vor und bat um tatkräftige Unterstützung bei der Realisierung.

Der entscheidende Anstoß, 1974 endgültig mit dem Aufbau eines Archivs der Christlichen Demokratie zu beginnen, war der 1976 bevorstehende 100. Geburtstag von Konrad Adenauer, der sowohl von der CDU als auch von der KAS in besonderer Weise gewürdigt werden sollte.<sup>68</sup>

Für die Einrichtung des Archivs hatte der Hauptgeschäftsführer der KAS, Leo Baumanns<sup>69</sup>, einen Stufenplan entwickelt. Danach sollte der Archivaufbau, 1974 beginnend, schrittweise bis 1975 erfolgen. Neben Baumanns und

---

66 Projektbeschreibung Kaltefleiter, S. 11, ebd.

67 Vgl. Einladungen und Protokolle zu den Sitzungen des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung am 4. Dezember 1972, 18. Dezember 1972, 12. März 1973 und 6. April 1973, in: ACDP 07-001-11415.

68 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

69 Leo Baumanns, 1972–1974 Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Kaltefleiter waren mit Klaus Gotto, Helmuth Pütz<sup>70</sup> und Karl-Heinz Bilke<sup>71</sup> Vertreter der Kommission für Zeitgeschichte e.V., der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und der CDU-Bundesgeschäftsstelle an den Planungen beteiligt. Für die Ausarbeitung des Stufenplans führte Baumanns vom 19. April 1974 bis zum 14. Mai 1974 mit ihnen mehrere Gespräche.<sup>72</sup> Der Stufenplan sah vor, dass zwischen Mai und September 1974 zunächst geeignete Räumlichkeiten für die provisorische Unterbringung des Archivs gefunden werden sollten. Des Weiteren sollte in dieser Zeitspanne mit der Ausarbeitung der Archivtekonik und des Verzeichnungssystems begonnen werden. Außerdem waren noch die Vorbereitung einer Briefaktion des CDU-Bundesvorsitzenden und die Ausarbeitung eines Akquisitionsreiseplans vorgesehen. In der zweiten Phase von Oktober 1974 bis Dezember 1974 sollte vor allem die Sichtung und Übernahme von Materialien im Vordergrund stehen. In der dritten Phase von Januar 1975 bis Juli 1975 sollten die Arbeiten in einem Mietobjekt, das mindestens über vier Büros und einen 250 m<sup>2</sup> großen und archivarischen Ansprüchen genügenden Lagerraum verfügen sollte, aufgenommen werden. In personeller Hinsicht sah der Stufenplan zunächst sechs Personalstellen vor: ein Dokumentationsleiter, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, zwei Sekretärinnen und ein Archivar.

Auf einer weiteren Besprechung am 10. Oktober 1974 bemerkte Gotto, dass die Errichtung des Archivs nur Sinn ergeben würde, wenn der Bundesverband der CDU und die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag kontinuierlich ihr Schriftgut an das künftige Archiv abgeben würden und von Anfang an „eine gewisse finanzielle Ausstattung und ein Mitarbeiterstab“ vorhanden wären. Zudem seien neben der Akquisition auch die Auswertung der übernommenen Unterlagen und die Aufnahme einer publizistischen Tätigkeit zwingend notwendig. Dabei dürfe das künftige Archiv aber nicht ausschließlich „zu ad hoc-Aussagen der Partei benutzt“ und „kein von den Interessen einzelner Wissenschaftler bestimmtes Institut werden“: Als eine der ersten bibliothekarischen Aufgaben solle eine Bibliographie zu den von der CDU-Bundespartei veröffentlichten Publikationen erstellt werden.<sup>73</sup>

70 Helmuth Pütz (geb. 1940), bis 1974 Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1974–1978 Mitarbeiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

71 Karl-Heinz Bilke (1934–1984), 1967–1970 Leiter der Abteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1970–1973 Stellvertretender CDU-Bundesgeschäftsführer, 1973–1978 CDU-Bundesgeschäftsführer, 1978–1984 Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung.

72 Vgl. Vermerk von Leo Baumanns vom 20. Mai 1974 für Bruno Heck, in: ACDP 12-001-1278.

73 Protokoll über ein Gespräch vom 10. Oktober 1974 zum Aufbau des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, ebd.

*Überlegungen zur Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats und eines Politischen Beirats*

Um die Verbindung zu den Universitäten aufrecht zu erhalten, sollte ein Wissenschaftlicher Beirat eingerichtet werden. In den Politischen Beirat sollten nur Personen berufen werden, die auch „Interesse, Zeit und Einfluß haben“<sup>74</sup>. Weiterhin sollten bevorzugt ehemalige Mitglieder des Bundeskabinetts in den Politischen Beirat berufen werden.

Am 22. Mai 1974 lud Baumanns neben Gotto, Pütz und Kaltefleiter auch Warnfried Dettling<sup>75</sup> von der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie die Historiker und Mitbegründer der Kommission für Zeitgeschichte e. V., Rudolf Morsey<sup>76</sup> und Konrad Repgen<sup>77</sup>, zu einer Besprechung am 7. Juni 1974 in die KAS ein.

Neben dem Beschluss, dass das künftige Archiv den Namen „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ tragen solle, wurde hauptsächlich über die Einrichtung und Besetzung eines Wissenschaftlichen sowie eines Politischen Beirates diskutiert. Unter anderem waren Repgen als Vorsitzender und Morsey als Stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates vorgesehen. Als weitere Mitglieder wurden u. a. Hans-Peter Schwarz<sup>78</sup>, Alexander Hollerbach<sup>79</sup> und Roman Herzog<sup>80</sup> genannt. Dem Politischen Beirat sollten neben den führenden CDU-Parteireformern Helmut Kohl, Bruno Heck und Kurt Bie-

74 Ebd.

75 Warnfried Dettling (geb. 1943), 1973–1983 Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1983–1991 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. 1991–1992 Leiter der Grundsatzabteilung im baden-württembergischen Staatsministerium.

76 Rudolf Morsey (geb. 1927), 1968–1998 Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, 1970–1996 Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Mitglied der Kommission für Zeitgeschichte.

77 Konrad Repgen (geb. 1923), 1962–1967 Professor an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, 1962–1990 Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte, 1967–1988 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bonn.

78 Hans-Peter Schwarz (geb. 1934), Politikwissenschaftler und Zeithistoriker; 1963–1966 Pädagogische Hochschule Osnabrück, 1966–1973 Universität Hamburg, 1973–1987 Universität Köln, 1987–1999 Universität Bonn.

79 Alexander Hollerbach (geb. 1931), 1966–1969 Ordinarius für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Mannheim, 1969 – 1996 Ordinarius für Rechts- und Staatsphilosophie, Geschichte der Rechtswissenschaft und Kirchenrecht an der Universität Freiburg i. Br. und Direktor des Seminars für Rechtsphilosophie und Kirchenrecht.

80 Roman Herzog (geb. 1934), 1964–1973 Privatdozent und Professor für Staatsrecht in München, Berlin und Speyer, 1971–1980 Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, 1973–1978 Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz am Sitz der Bundesregierung, 1978–1980 Minister für Kultus und Sport des Landes Baden-Württemberg, 1978–1983 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, 1980–1983 MdL und Innenminister von Baden-Württemberg, 1983–1987 Vizepräsident und 1987–1994 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1994–1999 Bundespräsident.

denkopf<sup>81</sup> noch der Hauptgeschäftsführer der KAS sowie Vertreter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und zwei CDU-Landesvorsitzende angehören. Über die Kompetenzen dieser Gremien wurde auf dieser Sitzung nicht gesprochen.<sup>82</sup>

Bezüglich der Besetzung des Wissenschaftlichen Beirates meldeten Gotto und Morsey Bedenken an. Gotto war der Meinung, dass auch Anneliese Poppinga<sup>83</sup>, eine enge Mitarbeiterin Adenauers, und Hans Günter Hockerts,<sup>84</sup> der über detaillierte Kenntnisse zur Innenpolitik der 1950er Jahre verfüge, diesem Gremium angehören sollten. Zudem sollten, bevor die Berufungen erfolgten, zunächst die Kompetenzen und Funktionen des Wissenschaftlichen Beirats festgelegt werden.<sup>85</sup>

Morsey war auch der Meinung, dass zwecks Abgrenzung zu anderen Institutionen wie der Kommission für Zeitgeschichte und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus<sup>86</sup> ein klares Sammlungsprofil definiert werden müsse. Hinsichtlich des Politischen Beirates plädierte Morsey für eine Erweiterung. Vor allem sollten mehr als zwei Vertreter der CDU-Landesverbände diesem Gremium angehören, da diese bei der Akquisition bezüglich der Kontaktaufnahme gute Dienste leisten könnten.<sup>87</sup>

Nach ausführlicher Beratung mit Krone, Morsey und Repgen präzisierte Gotto am 9. Dezember 1974 gegenüber Heck seine Vorstellungen.<sup>88</sup> Danach sollte das Archiv als ein eigenständiges Institut, das nur dem Vorstand der KAS unterstellt sei, eingerichtet werden. Weiterhin sollte es zu einer zentralen und umfassenden Dokumentationsstelle ausgebaut werden und durch eigene wissenschaftliche Publikationen die Geschichte und Wirksamkeit der christlichen Parteien in der Bundesrepublik erforschen. Ein Organisationsstatut sollte „die

81 Kurt Biedenkopf (geb.1930), 1964–1970 Professor für Bürgerliches Recht in Bochum (1967–1969 Rektor), 1971–1973 Geschäftsführer der Henkel GmbH, 1973–1977 Generalsekretär der CDU, 1976–1980 und 1987–1990 MdB, 1980–1988 MdL Nordrhein-Westfalen, 1980–1984 Vorsitzender des Landespräsidiums und 1986–1987 Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen, 1990–2004 MdL Sachsen, 1990–2002 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, 1991–1995 Vorsitzender der CDU Sachsen.

82 Vgl. Vermerk von Leo Baumanns vom 10. Juni 1974 für Bruno Heck, in: ACDP 12-001-1278.

83 Anneliese Poppinga (geb. 1928), 1958–1963 Sekretärin von Bundeskanzler Konrad Adenauer, 1963–1967 wissenschaftliche Assistentin Konrad Adenauers, 1967–1990 Geschäftsführerin der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

84 Hans Günter Hockerts (geb. 1944), 1986–2009 Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität München.

85 Vgl. Schreiben von Klaus Gotto an Leo Baumanns vom 2. Juli 1974, in: ACDP 12-001-1278.

86 Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus ist eine bundesunmittelbare Stiftung. Sie verwahrt den Nachlass von Konrad-Adenauer und ist die Herausgeberin der Rhöndorfer Ausgaben ([www.adenauerhaus.de](http://www.adenauerhaus.de), Abruf: 17. Mai 2013).

87 Vgl. Schreiben von Morsey an Baumanns vom 4. Juli 1974, in: ACDP 12-001-1278.

88 Vgl. Schreiben von Gotto an Heck vom 9. Dezember 1974, ebd.

Erlaubnis zur Archivbenutzung, die Planung und Festlegung der Arbeitsvorhaben des Instituts, die Herausgabe der Publikationen, die Finanzgestaltung und die Personalfragen<sup>89</sup> regeln.

Gotto selbst stand Beiräten eher skeptisch gegenüber, da er nicht sachgerechte Einflussnahmen und Verzögerungen bei schnell zu treffenden Entscheidungen durch langwierige Beratungen der Beiräte befürchtete.<sup>90</sup> Daher versuchte er, den Einfluss des Wissenschaftlichen Beirats auf das Archiv so gering wie möglich zu halten. Nur bei Publikationsprojekten sollten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats ausschlaggebend für die Veröffentlichung sein und dieser ansonsten auf eine rein beratende Funktion beschränkt werden.<sup>91</sup>

Die Diskussion über die Einrichtung von Beiräten ebte aber sehr schnell ab. In der von Bruno Heck unterzeichneten Aufgabenbeschreibung des Archivs vom 10. März 1975 heißt es zu den Beiräten lediglich: „Dem Archiv kann ein Wissenschaftlicher Beirat zugeordnet werden, dessen vornehmliche Aufgaben in der Anregung von Arbeitsvorhaben und in der Begutachtung vorgesehener Publikation bestehen. Die Berufung der Mitglieder eines solchen Beirates erfolgt durch den Vorsitzenden der KAS auf Vorschlag des Leiters des Archivs.“<sup>92</sup>

Gotto konnte also seine Vorstellungen weitestgehend durchsetzen. Tatsächlich wurde dieser Wissenschaftliche Beirat erst 1993 mit der Begründung der vom ACDP herausgegebenen Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“<sup>93</sup> in Form des sogenannten HPM-Beirats unter Gottos Nachfolger Günter Buchstab ins Leben gerufen.<sup>94</sup> Zur Einrichtung eines Politischen Beirates ist es nie gekommen.

### *Gründung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)*

Im erwähnten Schreiben des Vorsitzenden der KAS an Klaus Gotto wurden die Aufgaben des ACDP folgendermaßen festgelegt:

1. systematische Sammlung und Ordnung von historisch bedeutsamen Unterlagen der christlichen Parteien, ihrer Untergliederungen und nahestehenden Organisationen und ihrer führenden Repräsentanten und Funktionsträger,
2. Vorbereitung der übernommenen Unterlagen für die wissenschaftliche Auswertung und Anregung der wissenschaftlichen Auswertung,
3. Aufbau einer Bibliothek,

---

89 Ebd.

90 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

91 Vgl. Schreiben von Gotto an Heck vom 9. Dezember 1974, in: ACDP 12-001-1278.

92 Vgl. Schreiben von Heck an Gotto vom 10. März 1975, ebd.

93 Die bisher erschienenen Ausgaben der Historisch-Politischen Mitteilungen können auf der Homepage des ACDP abgerufen werden ([www.kas.de/wf/de/34.10](http://www.kas.de/wf/de/34.10), Abruf: 17. Mai 2013).

94 Vgl. Gespräch mit Günter Buchstab am 24. Mai 2012.

#### 4. selbständige wissenschaftliche Tätigkeit des Archivs und Veröffentlichung seiner Forschungsergebnisse.

Damit war die Gründung des ACDP vollzogen. Das Archiv blieb für das restliche Jahr 1975 zunächst dem Vorstandsbüro zugeordnet, erhielt ab 1976 aber, wie von Gotto gewünscht, den Status eines selbständigen Instituts.<sup>95</sup>

#### *Archivräumlichkeiten*

Als das ACDP der KAS im Januar 1976 offiziell als ein eigenständiges Institut seinen Betrieb aufnahm, verfügte es lediglich über einige wenige angemietete Büroräume in der Adenuallee 118 in Bonn, die nicht im Geringsten den Grundanforderungen eines Archivs entsprachen.<sup>96</sup>

Von der Gründung an waren die Zentrale Verwaltung und die einzelnen Institute der KAS auf Standorte in Bonn, Alfter und in Eichholz verteilt. Um alle Institute, abgesehen von der Politischen Akademie in Eichholz, unter einem Dach zu vereinen, hatte der Vorstand der KAS am 6. November 1974 beschlossen, in Sankt Augustin einen Neubau errichten zu lassen. Am 24. November 1975 erfolgte im Beisein von Helmut Kohl die Grundsteinlegung. Bereits ein Jahr später konnten die neuen Räumlichkeiten bezogen werden.<sup>97</sup>

Für das ACDP ergab sich zunächst das Problem, dass auch im Stiftungsneubau keine Räumlichkeiten vorgesehen waren. Die Bauplanungen für den Neubau waren bereits abgeschlossen, als der Beschluss zum Aufbau des Archivs getroffen wurde. Die notwendigen Räumlichkeiten für das Archiv und der Bibliothek konnten aber nachträglich in den bereits fertig gestellten Neubau in Sankt Augustin integriert werden.<sup>98</sup>

Nach den erforderlichen Umbauten verfügte das Archiv schließlich neben einem 300 m<sup>2</sup> großen Magazinraum mit einer fahrbaren Regalanlage, die bereits 1977 um eine zweite erweitert werden musste, außerdem über ein Fotostudio und ein vollwertig ausgestattetes Fotolabor. Damit war man in der Lage, selbständig Mikrofilme und andere Reproduktionen anfertigen zu können.<sup>99</sup>

95 Vgl. Schreiben von Heck an Gotto vom 10. März 1975, in: ACDP 12-001-1278.

96 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 28.

97 Vgl. „Das neue Haus wird eingeweiht“. Presseinformation Nr. 6, 23. Mai 1977, in: ACDP 07-001-12253.

98 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 28.

99 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76. Sankt Augustin 1977, S. 85. Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '77. Sankt Augustin 1978, S. 79.

*Bestandsaufbau*

Als neugegründete Institution verfügte das ACDP über keinerlei Aktenbestände. Sammlungsprofil und Archivtekonik waren ebenfalls noch nicht ausgearbeitet. Bevor überhaupt Unterlagen von Politikern und den Landes- und Kreisverbänden der CDU übernommen werden konnten, musste zunächst deren Verbleib recherchiert werden. Denn im Gegensatz zu dem staatlichen und kommunalen Schriftgut unterliegt das Parteischriftgut keinerlei gesetzlichen Abgabeverpflichtungen.<sup>100</sup>

Die Recherchen ergaben ein ernüchterndes Ergebnis. Nicht selten waren viele Altunterlagen der Verbände verschollen oder bereits vernichtet worden.<sup>101</sup> Als herausragende Beispiele, deren Verlust besonders schmerzhaft war, seien hier die Altregistraturen der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU und des Landesverbandes Hessen genannt.<sup>102</sup> Einige Parteiunterlagen hatten zumindest den Weg in staatliche oder kommunale Archive gefunden.<sup>103</sup>

Des Weiteren mussten die Landes- und Kreisverbände der CDU darüber informiert werden, dass von nun an eine Institution bei der KAS bestand, welche das Parteischriftgut der Kreisverbände übernahm, erschloss und für die wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung stellte. Bereits am 20. Januar 1976 erhielt der Archivleiter Klaus Gotto die Möglichkeit, auf der Landesgeschäftsführerkonferenz der CDU das ACDP mit seinen Aufgaben und Zuständigkeiten vorzustellen.<sup>104</sup> Die Delegierten und Gäste des 24. Bundesparteitages der CDU, der vom 24. bis 26. Mai 1976 in Hannover stattfand, wurden vom Parteivorsitzenden Kohl in einem Schreiben über das Bestehen und die Aufgaben des ACDP informiert und um die Abgabe von Akten gebeten.<sup>105</sup>

---

100 Vgl. Buchstab: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 28f.

101 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 85.

102 Vgl. Angela Keller-Kühne, Methodische Aspekte der Bewertung, Ordnung und Verzeichnung eines Politikernachlasses. Darstellung am Beispiel der Akten des ehemaligen Deutschen Außenministers Gerhard Schröder. Vortrag auf dem Deutschen Archivtag 1999 ([www.kas.de/upload/dokumente/acdp\\_schroeder.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/acdp_schroeder.pdf), Abruf: 29. Mai 2013). Günter Buchstab: Die Bedeutung von Nachlässen für die Archive der politischen Stiftungen, in: Mitteilungen der Fachgruppe 6 13 (1987), S. 54.

103 Vgl. Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (Hg.): Die Bestände des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs. Kurzübersicht. Dritte, Neubearb. und erw. Auflage Düsseldorf 1994, S. 488–502.

104 Vgl. Protokoll über die Landesgeschäftsführerkonferenz vom 20. Januar 1976 in Bonn, S. 7f, in: ACDP 07-001-524.

105 Vgl. Schreiben von Helmut Kohl vom 23. Mai 1976 an die Delegierten und Gäste des 24. Bundesparteitages der CDU, in: ACDP 01-356-A099 (Nachlass Werner Marx).



Darüber hinaus wurde in den Mitteilungsblättern „Der Archivar“<sup>106</sup> des Verbandes Deutscher Archivare, im „Eichholzbrief“<sup>107</sup> der Politischen Akademie Eichholz und in den Jahresberichten der KAS<sup>108</sup> über das neugegründete ACDP informiert.

Das Bemühen um die persönlichen Unterlagen der führenden Repräsentanten und Funktionsträger der CDU begann schon 1974 während der Konzeptions- und Planungsphase zum ACDP. Unterstützt wurden diese Bemühungen von Willi Brands<sup>109</sup>, der eine Kartei über die zahlreichen Gründungsmitglieder der CDU angelegt hatte, und dem ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Josef Rösing.<sup>110</sup> Mit Hilfe der sogenannten Brands-Kartei sollten Persönlichkeiten aus der Gründungsgeschichte der Partei ermittelt werden, die dem Archiv ihre historischen Materialien übergeben könnten.<sup>111</sup>

Die erste vom ACDP durchgeführten Veranstaltungen war die gemeinsame Tagung des „Ellwanger-Kreises“<sup>112</sup> und des „Krone-Kreises“<sup>113</sup> ehemaliger Bundestagsabgeordneter vom 13. bis 15. Februar 1976 in der Politischen Akademie in Eichholz. Auf dieser Tagung, an der auch Helmut Kohl als Referent teilnahm, wurde den Teilnehmern das Archiv vorgestellt und um Mithilfe beim Bestandsaufbau gebeten.<sup>114</sup>

Sowohl Gotto – wie später auch sein Nachfolger Buchstab<sup>115</sup> – bestanden darauf, dass jeder wissenschaftliche Mitarbeiter des Archivs an der Tagung teilnahm und Akquisitionsgespräche führte.<sup>116</sup> Oftmals gaben die Teilnehmer, wenn sie selbst keine Unterlagen abzugeben haben, wertvolle Hinweise zu

106 Vgl. Günter Buchstab: Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin, in: *Der Archivar* 30 (1977), Sp. 65f.

107 Vgl. Gotto: *Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, S. 49–52.

108 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '75*. Bonn 1976, S. 99–102. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '76*, S. 83–88.

109 Willi Brands (1896–1979), vor 1933 Zentrum, Mitgründer des Zentralverbandes Christlicher Angestellter, Mitgründer der CDU Lübbecke, 1945–1950 Kreisgeschäftsführer, Mitglied des Landesvorstandes der CDU Westfalen, 1951–1975 Referent in der Bundesgeschäftsstelle.

110 Vgl. Keller-Kühne: *Methodische Aspekte der Bewertung*, S. 6.

111 Vgl. Honorarvertrag Willi Brands vom 17. März 1976, in: ACDP 12-001-1278.

112 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '76*, S. 88. Günter Buchstab: *Ellwanger-Kreis*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie*, S. 505.

113 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '76*, S. 88.

114 Vgl. *Einladung zur gemeinsamen Tagung des Ellwanger Kreises und des Krone-Kreises ehemaliger Bundestagsabgeordneter vom 13. bis 15. Februar 1976 in der Politischen Akademie Eichholz*, in: ACDP 01-028-027/1.

115 Günter Buchstab (geb. 1944), 1974–1990 Geschäftsführer der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V. 1976–1989 stellv. Leiter und 1989–2009 Leiter des ACDP, 1992–2000 Präsident der internationalen Sektion der Partei- und Parlamentsarchive im Internationalen Archivrat.

116 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

Personen, die noch über relevante Materialien verfügen könnten. In der Rückschau ist Gotto überzeugt, dass die Tagungen des Krone/Ellwanger-Kreises einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg des ACDP geleistet haben.<sup>117</sup>

Bereits bis Anfang 1977 konnte das Archiv für Christlich-Demokratische Politik die persönlichen Unterlagen bzw. die Nachlässe von 56 Personen übernehmen,<sup>118</sup> darunter die persönlichen Unterlagen von Elisabeth Schwarzhaupt,<sup>119</sup> Kurt Schmücker<sup>120</sup> und Bruno Dörpinghaus sowie die Nachlässe von Werner Hilpert<sup>121</sup> und Theophil Kaufmann.<sup>122</sup>

Da es sich bei den Parteigründern und den führenden Mandats- und Funktionsträgern der CDU oftmals um Bundes- und Landesminister, Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Landtage handelt, sind neben dem ACDP auch die staatlichen Archive, insbesondere das Bundesarchiv, an der Übernahme ihrer persönlichen Unterlagen interessiert.

Hinsichtlich der Akquisition von Politikernachlässen steht das ACDP seit seiner Gründung in einer Konkurrenzsituation zu den staatlichen Archiven, die der langjährige Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, bereits 1977 beklagte.<sup>123</sup> Seit Mitte der 1960er Jahre erheben die staatlichen Archive explizit auch Anspruch auf nichtstaatliches Schriftgut. Dieser Anspruch gründet nach Booms „auf der Erkenntnis von der wechselseitigen Durchdringung von Staat und Gesellschaft, die es einem staatlichen Archiv länger nicht gestattet, sich zur Überlieferungsbildung ausschließlich auf die Dokumentation der Tätigkeit seines administrativen Trägers zu beschränken.“<sup>124</sup>

Diesen umfassenden Archivierungsanspruch wiesen die Archive der Politischen Stiftungen zurück. Auf dem 51. Deutschen Archivtag betonte Gotto in

117 Vgl. ebd.

118 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 85.

119 Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), 1953–1969 MdB, 1961–1966 Bundesministerin für Gesundheitswesen, 1970–1972 Präsidentin des Deutschen Frauenrates.

120 Kurt Schmücker (1919–1996), 1949–1972 MdB, 1956–1966 Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU und CSU, 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 1966 Bundesminister der Finanzen, 1966–1969 Bundesschatzminister, 1968–1971 Bundesschatzmeister der CDU.

121 Werner Hilpert (1897–1957), 1932–1933 Vorsitzender der Zentrumspartei Sachsen, 1945–1952 Vorsitzender der CDU Hessen, 1945–1951 stellvertretender Ministerpräsident von Hessen, 1946–1947 Wirtschafts- und Verkehrsminister in Hessen, 1947–1951 Finanzminister in Hessen, 1949 MdB.

122 Theophil Kaufmann (1888–1961), 1924–1927 Mitglied der Bremer Bürgerschaft als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), 1928–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1946–1948 Bürgermeister von Ettlingen, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates der Bizone, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates.

123 Vgl. Hans Booms: Das Bundesarchiv. Ein Zentralarchiv 25 Jahre nach der Gründung, in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte. Hg. von Heinz Boberach und Hans Booms. Boppard 1977, S. 40.

124 Ebd., S. 39.

der Sitzung der Fachgruppe 6 (Archive der Parlamente, Politischen Parteien, Stiftungen und Verbände) am 21. September 1977, dass es „keinen staatlichen Archivierungsanspruch auf nichtstaatliches Material, sondern nur ein staatliches Archivierungsangebot für nichtstaatliches Material“ geben könne.<sup>125</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Bundesarchiv und dem ACDP verschärften sich zu Beginn der 1980er Jahre, als die Nachlassverwalter der Aktenbestände von Otto Lenz<sup>126</sup> und Robert Tillmanns<sup>127</sup> entschieden, deren Nachlässe aus dem Bundesarchiv abzuziehen und im ACDP zu hinterlegen. Trotz dieser Querelen gelang es dem ACDP bis 1982, insgesamt 365 Nachlässe zu akquirieren,<sup>128</sup> unter anderem die persönlichen Unterlagen wichtiger Repräsentanten der Adenauer-Ära wie Heinrich Krone, Hans Globke<sup>129</sup> und Felix von Eckardt.<sup>130</sup>

Von Anfang legte das ACDP großen Wert auf die Übernahme des Parteischriftgutes der Landes- und Kreisverbände der CDU, da diese für die Erforschung der Geschichte der CDU von besonderen historischen Wert sind, hatte doch auf regionaler Ebene die Parteiwerdung der CDU ihren Anfang genommen. Eine Briefaktion, in der das ACDP vorgestellt und um eine Aktenabgabe an das ACDP gebeten wurde, stieß bei den Landes- und Kreisverbänden auf keinerlei Resonanz. Daher blieb den Mitarbeitern des Archivs keine andere Möglichkeit, als jede Landes- und Kreisgeschäftsstelle der CDU aufzusuchen und den Vorsitzenden und den Geschäftsführern persönlich das Archiv vorzustellen und Aktenabgaben zu vereinbaren.

Als erste gaben im Laufe des Jahres 1976 der CDU-Landesverband Westfalen-Lippe, die CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die CDU-Kreisverbände Ludwigsburg, Münster, Dortmund und Kiel ihre Unterlagen an

125 Klaus Gotto: Aufgabe und Ziele der Parteiarchive. II. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, in: *Der Archivar* 31 (1978), Sp. 193.

126 Otto Lenz (1903–1957), 1928–1938 Preußisches Justizministerium bzw. (ab 1934) Reichsjustizministerium, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1951–1953 Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, 1953–1957 MdB.

127 Robert Tillmanns (1896–1955), 1945 Mitbegründer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), 1945–1949 Leiter des Zentralbüros Ost des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1946 MdL Sachsen, 1949–1955 MdB, 1952–1955 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Berlin, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1954–1955 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

128 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Jahresbericht '82*. Sankt Augustin 1983, S. 47.

129 Hans Globke (1898–1973), vor 1933 Zentrum, 1946–1949 Stadtkämmerer Aachen, 1949 Vizepräsident des Landesrechnungshofes NRW, 1949–1963 Bundeskanzleramt (ab 1953 Staatssekretär).

130 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1955–1956 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, 1965–1972 MdB.

das ACDP ab.<sup>131</sup> Zahlreiche weitere Verbände folgten. Bis Ende 1982 hatten insgesamt 135 Kreisverbände, 20 Bezirks- und Landesverbände sowie 7 Landtagsfraktionen der CDU ihre Unterlagen an das ACDP abgegeben.<sup>132</sup>

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag verständigte sich im Januar 1977, nachdem eine Einigung mit der CSU-Landesgruppe hierüber getroffen war, mit dem ACDP darauf, dass das Archiv zunächst die Unterlagen bis zum Ende der 3. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages übernehmen und erschließen solle. Weiterhin wurde vereinbart, dass kontinuierlich Materialien der CDU/CSU-Fraktion übernommen würden, die älter als zwei Legislaturperioden seien.<sup>133</sup> Ausgenommen blieben Unterlagen der CSU-Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.<sup>134</sup> Diese sollten in das im Aufbau befindliche Archiv für Christlich-Soziale Politik gehen. Die Hanns-Seidel-Stiftung stimmte schließlich 1978 der Übernahme des Schriftguts der CDU/CSU-Fraktion durch das ACDP unter der Bedingung zu, dass ihr ein uneingeschränktes Zugangsrecht zu diesen Unterlagen eingeräumt würde.<sup>135</sup>

Mit dem CDU-Bundesgeschäftsführer Bilke führte Gotto am 21. April 1977 ein erstes Gespräch über die Übernahme der Unterlagen des CDU-Bundesverbandes und der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Von Seiten der CDU-Bundespartei war man nur bereit, neben dem Schriftgut auch die Dokumentation und die Bibliothek mit ca. 26.000 Bänden zu übergeben, wenn das ACDP auch das Personal mit übernahm und für die Materialien sowie für die Inventar Ausstattung in der Bundesgeschäftsstelle ein einmaliges Übergabegeld zahlte. Während Gotto in der Übernahme des Schriftguts und der Bibliothek keine Schwierigkeiten sah, hatte er jedoch bei der Übernahme der Dokumentation sowohl finanzielle als auch juristische Bedenken, die zuvor gelöst sein müssten.<sup>136</sup>

Ende 1978 war schließlich ein erster Entwurf über die Vereinbarung für die Übergabe des Schriftguts des Bundesverbandes und der Bundesgeschäftsstelle der CDU an das ACDP ausgearbeitet worden, welcher den Verkauf der Unterlagen an die Konrad-Adenauer-Stiftung vorsah.<sup>137</sup> Von diesem Vorhaben wurde aber aus juristischen Bedenken Abstand genommen. Auch die Schwierigkeiten, welche des Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung

---

131 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 85.

132 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '82, S. 47.

133 Vgl. Schreiben von Bruno Heck an Helmut Kohl vom 25. März 1977, in: ACDP 08-001-465 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

134 Vgl. Schreiben von Wighard Härdtl an Klaus Gotto vom 26. April 1977, ebd.

135 Vgl. Schreiben von Walter Althammer an Philipp Jenninger vom 27. Juli 1978, in: ACDP 01-500-045/1 (Bestand Philipp Jenninger).

136 Vgl. Vermerk von Gotto vom 21. April 1977 für Bruno Heck, in: ACDP 07-001-1278.

137 Vgl. Vermerk Winkler vom 21. Dezember 1979 für den Bundesgeschäftsführer Hellmut Holle, in: ACDP 07-001-12283.

beim Kauf des FDP-Archivs mit dem Zuwendungsgeber hatte, könnte eine Rolle gespielt haben, von einem Kauf der CDU-Unterlagen abzusehen.<sup>138</sup>

Es sollte noch bis Ende 1981 dauern, ehe das CDU-Archiv und die Dokumentationsabteilung in das ACDP eingegliedert werden konnten. Einen Grund für das lange Zögern des CDU-Bundesverbandes, seine Unterlagen an das ACDP abzugeben, sieht Gotto in der innerhalb der CDU lang diskutierten Frage, ob eine spätere Einsichtnahme durch Dritte der CDU politisch schaden könne.<sup>139</sup> Neben dem Schriftgut konnte auch die Plakat- und Werbemittelsammlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie zahlreiche Bild- und Tondokumente in das ACDP übernommen werden.

Hinsichtlich der Erschließung der übernommenen Nachlässe und des übernommenen Partei- und Fraktionsschriftguts ging das ACDP einen für die damaligen Zeit sehr fortschrittlichen Weg: Es ordnete und verzeichnete die Unterlagen mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung, welches auch den Ausdruck der erfassten Daten in Form eines Findbuches ermöglichte. Für die Ordnung und Erschließung wurde mit Hilfe des Rechenzentrums der KAS auf Grundlage des bereits in Betrieb befindlichen elektronischen Katalogssystems ein Archivierungs- und Dokumentationssystem aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt, das in den nachfolgenden Jahren auch bei anderen Institutionen auf Interesse stieß.<sup>140</sup>

### *Bibliothek und Presse- und Mediendokumentation*

Mit dem Bezug des neuen Stiftungsgebäudes wurde dem ACDP die Bibliothek des Sozialwissenschaftlichen Institutes und der Akademie Eichholz der KAS unterstellt und zu einer wissenschaftlichen Zentralbibliothek der KAS mit den Schwerpunkten Geschichte und Wirksamkeit der Christlichen Demokratie, Philosophie und Theologie, Staats- und Rechtswissenschaften sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften kontinuierlich ausgebaut.<sup>141</sup>

Neben dem kontinuierlichen Bestandsausbau begann die Bibliothek mit der Erstellung einer wissenschaftlichen Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU. 1982 erschien in der Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ ein erster Band für den Berichtszeitraum 1945–1980.<sup>142</sup> Bis 1994 folgten zwei weitere Bände, welche den Berichtszeitraum 1981–1990 abdeck-

138 Vgl. Monika Faßbender: „...auf der Grundlage des Liberalismus tätig“. Die Geschichte der Friedrich-Naumann-Stiftung. Baden-Baden 2009, S. 165f.

139 Vgl. Gespräch am Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

140 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '79, S. 71. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '80. Sankt Augustin 1981, S. 52.

141 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

142 Vgl. Gerhard Hahn: Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 4). Stuttgart 1982.

ten.<sup>143</sup> Als eine der ersten Bibliotheken überhaupt erstellte die Bibliothek der KAS EDV-gestützte Kataloge nach dem Vorbild der Regensburger Universität.<sup>144</sup>

Mit der Übernahme des sogenannten Historischen Archivs der CDU-Bundesgeschäftsstelle verbunden war die Eingliederung der Dokumentationsabteilung in das ACDP, die zusätzlich um die schon vorhandene Mediendokumentation des Sozialwissenschaftlichen Instituts der KAS erweitert wurde. Obwohl eine Presse- und Mediendokumentation ursprünglich nicht für das ACDP vorgesehen war, erwies sich die Eingliederung dieser Abteilung im Nachhinein als eine sinnvolle Ergänzung. Mittlerweile ist unbestritten, dass zeithistorische Arbeiten ohne eine intensive Sichtung von Pressematerialien nicht geschrieben werden können.<sup>145</sup>

### *Forschungs- und Publikationstätigkeit des Archivs für Christlich-Demokratische Politik*

Wie Klaus Gotto frühzeitig betont, gehörte es zum Selbstverständnis des ACDP, „daß es sich gleichberechtigt neben seiner Archivierungsaufgabe eine eigene Forschungs- und Publikationstätigkeit zur Aufgabe gestellt hat.“<sup>146</sup> Um diesen Anspruch einzulösen, mussten möglichst rasch entsprechende wissenschaftliche Publikationen vorgelegt werden.

Das erste große wissenschaftliche Projekt des ACDP war die Herausgabe einer zweibändigen Festschrift anlässlich des 100. Geburtstags von Konrad Adenauer.<sup>147</sup> Des Weiteren arbeitete das Archiv eine sehr erfolgreiche Wanderausstellung über das Leben und Wirken Konrad Adenauers aus, die in über 50 Städten von über 100.000 Menschen gesehen worden ist.<sup>148</sup>

Ab 1979 wurde mit den Vorbereitungen zu einem umfassenden Forschungsprogramm zur Geschichte und Wirksamkeit der Unionsparteien nach 1945 begonnen. In der eigens dafür im Archiv konzipierten Forschungsreihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ wurde 1980 mit der Habilitationsschrift

143 Vgl. Brigitte Krahe/Michaela Seibel: Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986. Mit Nachträgen 1945–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 15). Düsseldorf 1990. Thomas Schaarschmidt/Hildegard Kregel: Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987–1990 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 25). Düsseldorf 1994.

144 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

145 Vgl. Gregor Schöllgen: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991. München 1996, S. 479.

146 Gotto: Aufgabe und Ziele der Parteiarchive, Sp. 193.

147 Vgl. Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. Stuttgart 1976.

148 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '76, S. 88.

„Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik“ von Hans Günter Hockerts<sup>149</sup> der erste Band veröffentlicht, der in der Fachwelt auf äußerst positive Resonanz stieß.<sup>150</sup>

Der Erfolg dieser beiden Veröffentlichungen trug – für ein Parteiarchiv typisch und erforderlich – in doppelter Weise entscheidend zur Etablierung des ACDP bei: Die zweibändige Adenauer-Festschrift bildete die Legitimationsbasis gegenüber dem christlich-demokratischen Lager, während der erste Band der Schriftenreihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ das Renommee in der deutschen Geschichtswissenschaft begründete.<sup>151</sup> Durch diese doppelte Legitimation konnte sich das ACDP der KAS zu einer festen Größe in der deutschen Forschungslandschaft entwickeln.

Seit den 1990er Jahren entwickelte sich das ACDP durch die Übernahme und rasche Erschließung des Parteischriftguts der Ost-CDU, des Demokratischen Aufbruchs (DA) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) zu einem wichtigen Zentrum der DDR-Forschung und nahm mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen auch aktiv an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte teil.

---

149 Vgl. Günter Hockerts: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 1). Stuttgart 1980.

150 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '79, S. 56. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Jahresbericht '80, S. 43. Eine Übersicht der bisher erschienenen Bände ist auf der Homepage des ACDP einsehbar (<http://www.kas.de/wf/de/34.24>, Abruf: 17. Mai 2013).

151 Vgl. Gespräch mit Klaus Gotto am 14. Juni 2012.

# **Wahlen im Bild Die Plakatsammlung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik**

**Hans-Jürgen Klegraf**

Die Plakatsammlung<sup>1</sup> der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS) gehört organisatorisch innerhalb des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) zur Abteilung Medienarchiv und zählt mit über 22.000 vorwiegend politischen Plakaten unterschiedlicher Parteien vom Ende des Ersten Weltkrieges 1918 bis heute zu den größten und bedeutendsten ihrer Art in der Bundesrepublik Deutschland. Entsprechend dem Grundsatzauftrag des Archivs, die Geschichte der Christlichen Demokratie zu sichern, zu bewahren und zu erschließen und dadurch einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, werden schwerpunktmäßig Plakate der CDU und ihrer Untergliederungen ab 1945 gesammelt, ohne deren Vorläufer aus dem Kaiserreich und insbesondere der Weimarer Republik aus den Augen zu verlieren. Aufgabe und Ziel ist die Dokumentation und zugleich Präsentation der geschichtlichen Bedeutung des Mediums Plakat als einer eigenständigen Quellengattung.

Schon oft wurde das politische Plakat in der Vergangenheit für zeitlich überholt erklärt und doch ist es auch gegenwärtig allen medialen Entwicklungen zum Trotz nicht aus den Wahlkämpfen wegzudenken. Wahlkampfzeit ist und bleibt Plakatzeit. Wer kennt nicht aus vergangenen Wahlschlachten die Klassiker wie den „Zauberer“, der im ersten Bundestagswahlkampf 1949 den Wohnungsbau vorantreibt<sup>2</sup>, oder den vom österreichischen Grafiker Paul Aigner nahezu jugendlich ins Bild gesetzten Konrad Adenauer, der in der Bundestagswahl 1957 das Erreichte bewahren und keine (sozialistischen) Experimente<sup>3</sup> will, während Ludwig Erhard „Wohlstand für alle“<sup>4</sup> verspricht. Nicht zu vergessen die junge Frau mit den grünen Boxhandschuhen und der Margerite im Mund<sup>5</sup>, die erstmals 1975 im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen die Linken<sup>6</sup> charmant zum Kampf herausfordert und ihnen im darauffolgenden ersten Bundestagswahlkampf von Helmut Kohl 1976 als Schiedsrichterin die

---

1    Synonym wird auch der Begriff „Plakatarchiv“ verwendet.

2    KAS/ACDP 10-001: 4 CC-BY-SA 3.0 DE, vgl. Abb. 1.

3    KAS/ACDP 10-001: 642 CC-BY-SA 3.0 DE, vgl. Abb. 2.

4    KAS/ACDP 10-001: 650 CC-BY-SA 3.0 DE, vgl. Abb. 3.

5    KAS/ACDP 10-001: 1862 CC-BY-SA 3.0 DE, vgl. Abb. 4.

6    Mit den Linken ist die politische Linke insgesamt, besonders aber die SPD, gemeint. Weder gab es seinerzeit die Partei „Die Linke“ noch stellen die grünen Boxhandschuhe eine Anspielung auf die ebenfalls noch nicht existente Partei „Die Grünen“ dar.



rote Karte zeigt<sup>7</sup>, oder die sogenannte Rote Socken-Kampagne<sup>8</sup> als besonders herausragendes und polarisierendes Beispiel für Negative Campaigning aus dem Bundestagswahlkampf 1994 und viele andere Plakate mehr, die einen hohen Wiedererkennungswert besitzen und um die sich vielerlei Geschichten ranken.

Ungeachtet einer sich nahezu täglich verändernden Medienlandschaft behauptet das Plakat scheinbar unerschütterlich seinen Stellenwert als Mittel der politischen Agitation und Kommunikation. Es beweist dabei eine erstaunliche inhaltlich-gestalterische wie physische Wandlungs- und Einsatzfähigkeit. Diesem stetig fließenden Entwicklungsprozess trägt die Plakatsammlung des ACDP von der Akquisition über die schriftliche inhaltliche Erschließung bis zur medialen Präsentation hin Rechnung.

Öffentlichkeitswirksam werden die Plakate mit Hilfe moderner archiv- und medienfachlicher Mittel in analoger wie digitaler Form durch Plakatdias vor Ort in St. Augustin und in Form von digitalen Scans im Internet<sup>9</sup> anschaulich dargestellt. Einen gewissen Wermutstropfen bildet dabei die augenblicklich stattfindende Verdrängung des herkömmlichen Papierplakates durch sog. Hohlkammerplakate oder „easy plates“<sup>10</sup>. Sie lässt die bislang übliche Archivierungspraxis an ihre Grenzen stoßen und ist somit Herausforderung zugleich.

### *Ursprung und Entstehung der Sammlung*

Die Sammlung wurde ursprünglich in der Bundesgeschäftsstelle der CDU in Bonn angelegt und gelangte nach 1976 in das neu gegründete ACDP. Dort liegen die Papierplakate heute in über 30 speziellen DIN A0-Planliegeschränken in eigens klimatisierten Archivräumen. Für die erwähnten sperrigen Hohlkammerplakate, die aufgrund ihrer physischen Beschaffenheit und platzraubenden Art praktisch nicht zu archivieren sind, wurde noch keine geeignete Ablageform gefunden. In der Regel werden sie nach ihrer Digitalisierung kassiert, mit Ausnahme einiger weniger zentraler oder künstlerisch bedeutender Personen- und Motivplakate.

Zusammen mit den Papierplakaten wurden dem Archiv seinerzeit Kleinbild-dias übergeben, über welche die erste Einsicht in den Plakatbestand und seine

7 KAS/ACDP 10-001: 1859 CC-BY-SA 3.0 DE, vgl. Abb. 5. Die Darstellerin hieß Chris oder Christina und war ein schwedisches Model, das in Paris für Damenunterwäsche warb. Vgl. dazu Presseartikel in der Bonner Rundschau, 8. April 1975; Express, 20. April 1975; Die Welt, 5. August 1976; Unsere Zeit, 9. September 1976.

8 KAS/ACDP 10-001: 4003 CC-BY-SA 3.0 DE, vgl. Abb. 6.

9 Plakat- und Filmdatenbank des ACDP (<http://www.kas.de/wf/de/71.5707>, Abruf: 10. Dezember 2012).

10 Das jüngste Beispiel hierfür ist der Landtagswahlkampf in Niedersachsen 2013, in dem die CDU gänzlich auf Papierplakate verzichtet hat.

Nutzung und Auswertung erfolgte. Für die Dias, die in der Folgezeit bis 2006 hausintern in einem eigenen Fotostudio mit Hilfe eines Fotografen angefertigt wurden, schaffte man rückseitig beleuchtete Diasichtschränke an, die noch heute ihren Dienst tun, obwohl sie im digitalen Zeitalter längst selbst Geschichte geworden sind. Dessen ungeachtet kann ein Betrachter mit ihrer Hilfe sein Auge übergangslos über maximal 200 Dias pro Diaschiene schweifen lassen und somit einen einzigartigen und umfassenden speziellen optischen Eindruck von der plakativen Werbelinie und Aussage eines Wahlkampfes gewinnen.

Die Beweggründe für das Anlegen der Bonner Ursprungssammlung dürften anfangs ganz pragmatischer parteipolitischer Art gewesen sein und weniger künstlerisch-historiografisch motiviert. Dabei korrelierte, und dies gilt bis heute, die Sicherung und Dokumentation der eigenen Wahlkampfaußagen und -methoden stets mit der Beobachtung der Aktivitäten des politischen Gegners.

Rückblickend ist es bemerkenswert, wie viele Plakate aus der Gründungszeit überliefert sind, fehlten doch zu Beginn die organisatorischen wie fachlichen Voraussetzungen für das Anlegen und die Pflege einer derartigen Sammlung. Weder gab es eine zentrale Sammelstelle, geschweige denn ein Archiv oder entsprechend geschultes Personal. Daneben reflektiert der Tatbestand, dass das Rheinland einen besonderen Gründungsschwerpunkt der CDU darstellt, bis in die Gegenwart hinein die Überlieferungsdichte bzw. Defizite des Fundus. Abgesehen von den Bundestagswahlplakaten findet sich die dichteste Überlieferung auf kommunaler und Landesebene in Nordrhein-Westfalen, während aus anderen Bundesländern wie beispielsweise aus dem Saarland oder etwa aus der DDR (s. u.) teilweise lückenhafte Plakatbestände vorliegen.

### *Akquisition*

Der Umstand, dass von Anfang an im Zuge der Beobachtung der Aktivitäten des politischen Gegners („Feindbeobachtung“) versucht wurde, auch die Plakate anderer Parteien zu sammeln, macht den ganz besonderen Reiz der heutigen Sammlung aus. Denn dadurch konnten nicht nur viele Plakate kleinerer und/oder heute nicht mehr existierender Parteien quasi en passant vor dem Vergessen bewahrt, sondern auch die Attraktivität des Fundus beträchtlich gesteigert werden. Im Übrigen ist ein Plakat für sich allein genommen generell nur bedingt aussagefähig. Erst in der Interaktion, im Mit- und Gegeneinander der Informationen und Argumente gewinnt es seinen ihm eigenen speziellen Stellenwert und Charakter.

Wurden die Plakate anfänglich eher sporadisch und zufällig gesammelt, so erfolgt dies heute gezielt und systematisch, wobei als besondere Erschwernis auf eine mitunter verbreitete geringe Abgabebereitschaft der politischen Parteien hinzuweisen ist. Da es keinerlei Abgabepflicht an das Archiv gibt, muss

letztlich um den Erhalt eines jeden Plakats gerungen werden, so dass von einer Vollständigkeit der Sammlung keinesfalls pauschal ausgegangen werden kann. Es scheint, als verdränge gelegentlich in den Parteiverbänden und -gruppierungen die Dominanz des politischen Tagesgeschäfts im Zusammenhang mit stetiger personeller Fluktuation den Gedanken an die Bewahrung der eigenen Tradition, vor allem nach der Beendigung eines Wahlkampfes, wenn die Plakate möglichst rasch aus dem Straßenbild entfernt werden müssen. Darüber hinaus verstärken in der Regel örtlich nicht ausreichend vorhandene professionelle Archivierungs- und Konservierungsmöglichkeiten die Gefahr des Überlieferungsverlustes. Hiervor soll die Sammlungstätigkeit des Archivs die Parteiverbände in deren wohlverstandenen Eigeninteresse schützen, denn spätestens anlässlich von Jubiläen oder Ausstellungsvorhaben wird die Erinnerung an vergangene Wahlkampfzeiten und Plakate wieder wach.

Anlässlich jeder Wahl auf Europa-, Bundes- und Landesebene werden zumindest die größeren Parteien per Brief oder E-Mail kontaktiert mit der Bitte um Überlassung von Belegexemplaren zu Archivierungs- und Dokumentationszwecken des jeweiligen Wahlkampfes.

Auf kommunaler Ebene, auf der wegen der Vielzahl der Städte und Gemeinden diese Vorgehensweise nicht praktikierbar ist, erfolgt die Beschaffung der Plakate durch Akquisitionsreisen in die Kreisverbände, wobei gezielt nach Plakaten aus vergangenen wie aktuellen Wahlkämpfen gefragt wird. Dadurch konnten manche Überlieferungslücken geschlossen werden.

Daneben ist die Schriftgutüberlieferung eine besonders intensiv sprudelnde Quelle für den Zuwachs an Plakaten. Vielfach finden sich in Aktenordnern versteckt Plakate, bedauerlicherweise abgeheftet, gelocht oder gefaltet. Sie werden der Sammlung unter Angabe ihrer Provenienz zugeführt, so dass das ACDP eher zufällig oftmals auch aus den Kreis- und Ortsverbänden mancherlei Exponate von kleineren Orten oder Städten besitzt, was man nicht ohne weiteres vermuten würde.

Dank des mehr oder minder ausgeprägten Entgegenkommens und der Abgabebereitschaft der anderen Parteien konnten bis vor wenigen Jahren die jeweiligen Werbelinien in den Wahlkämpfen in ihrer nahezu gesamten parteipolitischen Breite dokumentiert werden. Mit dem Aufkommen der bereits angesprochenen Hohlkammerplakate ist das gegenwärtig nicht mehr möglich, da deren Abgabe und Zusendung vermutlich aus Kosten- und logistischen Gründen nicht mehr erfolgt. Sofern uns auch keine Daten übermittelt werden, wird heute verstärkt versucht, die so entstandene Dokumentationslücke durch das Durchforsten der Internetseiten der jeweiligen Parteien und den Download ihrer Plakate zu schließen, um die Überlieferung zumindest zu redaktionellen Zwecken grob zu sichern. Eine darüber hinausgehende Nutzung ist aus lizenzrechtlichen Gründen nicht gestattet, ganz zu schweigen von der geringen Bildqualität der angebotenen Thumpnails.

Auktionsveranstaltungen und Tausch bieten schließlich weitere, wenngleich seltene Erwerbsmöglichkeiten von Plakaten.

Viele Besuchergruppen, die heute das Archiv besichtigen und dabei mittlerweile als festen Programmpunkt auch einen Blick in die Plakatsammlung werfen, sind angesichts der parteipolitischen Nähe der Stiftung zur CDU über den unerwarteten parteiübergreifenden Facettenreichtum und die bunte Vielfalt der Sammlung ebenso überrascht wie positiv berührt, erspart es ihnen doch mitunter den Weg in andere Archive und ermöglicht ihnen, an einem Ort gleichzeitig am Für und Wider der Wahlkämpfe teilzunehmen.

### *Aufbau und Gliederung*

Die Sammlung gliedert sich insgesamt in 44 verschiedene Themenbereiche mit entsprechenden Archiv- bzw. Objektsignaturen von 10-001 bis 10-044.

Die ältesten Plakate stammen vom Ende des Ersten Weltkrieges ab November 1918.<sup>11</sup> Hierbei handelt es sich vorwiegend um zweisprachige Bekanntmachungen, Proklamationen und Verhaltensregelungen der französischen Besatzungsmacht gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung. Ähnliche Exponate liegen auch aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg seitens der Alliierten vor, allerdings in geringerer Anzahl, sowie von Hilfsorganisationen, die das Leid der Bevölkerung unmittelbar sichtbar werden lassen.<sup>12</sup>

Historisch gesehen dazwischen finden sich, da wie bereits angedeutet auch Exponate der Vorläufer der CDU gesammelt werden, Plakate vom Zentrum sowie von anderen Parteien aus der Weimarer Republik, darunter beispielsweise seltene Exponate zur Separatistenbewegung im Rheinland und in der Pfalz 1923/24<sup>13</sup>. Diese Plakate stammen überwiegend aus dem Nachlass von Gustav Wolff<sup>14</sup>, dazu kommen Erwerbungen bei Plakatauktionen und von Privatpersonen.

Das Gros der Sammlung bilden als bedeutendster und wichtigster Teilbereich gegenwärtig ca. 4500 Bundestagswahlplakate<sup>15</sup> von 1949 bis heute, die im Unterschied zu den übrigen Teilbeständen besonders detailliert erschlossen sind (s. u.). Als nächstes folgen Landtagswahlplakate<sup>16</sup> aus den alten und ab 1990 aus den neuen Bundesländern. Sie sind chronologisch nach der Abfolge der Wahlkämpfe und der Parteizugehörigkeit gegliedert. Entsprechendes gilt

---

11 KAS/ACDP 10-043: 1ff CC-BY-SA 3.0 DE.

12 KAS/ACDP 10-044: 1ff CC-BY-SA 3.0 DE.

13 KAS/ACDP 10-043: 7000ff CC-BY-SA 3.0 DE.

14 ACDP 01-100 (Nachlass Gustav Wolff).

15 KAS/ACDP 10-001: 1ff CC-BY-SA 3.0 DE.

16 Vgl. Gliederung in der Plakat- und Filmdatenbank des ACDP (<http://www.kas.de/wf/de/71.5707>).

für die Kommunalwahlkämpfe<sup>17</sup>. Mit den Plakaten zu den Europawahlen seit 1979<sup>18</sup>, die fast vollständig vorliegen, schließt sich der große Kreis der klassischen traditionellen Wahlkampfplakate. Ein Highlight des letztgenannten Bestandes stellt ein komplett vorhandener Satz von Originalplakaten eines europäischen Plakatwettbewerbs zum Marschallplan 1950 dar<sup>19</sup>. Es finden sich zudem über die jeweiligen Europawahlen hinaus zahlreiche allgemeine Europaplakate, u. a. des Europäischen Parlaments, der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, von EG-Kommissionen und vom Europarat zu diversen Themen wie etwa dem Euro, der Erweiterung der EU etc.

Des Weiteren gibt es einen großen, mehrere hundert Plakate umfassenden Bestand „CDU Plakate allgemein“<sup>20</sup>, der in mancherlei Hinsicht eine wahre Fundgrube darstellt. Hier wurden Plakate abgelegt, die entweder keinen Wahlen eindeutig zugeordnet werden konnten oder zwischen den Wahlkämpfen plakatiert wurden. So finden sich in chronologischer Abfolge zahllose Ankündigungsplakate zu unterschiedlichsten tagespolitisch aktuellen zeitgenössischen Themen sowie Plakate von Bundes-, Landes- und Kreisparteitagen, sofern sie den Weg ins Archiv gefunden haben. Ferner liegen neben Kandidatenplakaten viele bedeutende Motivplakate, teilweise auch aus der Gründungszeit, vor, gefolgt von kleineren Plakatbeständen einiger Vereinigungen der CDU und nicht zuletzt Postersets und Jubiläumsausgaben der Bundesgeschäftsstelle der CDU.

Die Plakate der Jungen Union<sup>21</sup> und des RCDS<sup>22</sup> bilden mit jeweils mehreren Hundert Exemplaren ebenso eigene Bestände wie auch der nahezu geschlossene Fundus der für die CDU typischen Wandzeitungen<sup>23</sup> im klassischen DIN A2-Querformat. Sie entstanden unter der Kanzlerschaft von Ludwig Erhard 1963 und werden bis heute vierteljährlich oder nach Tagesaktualität von der Bundespartei zu diversen Themen und Problembereichen herausgegeben.

Einen weiteren großen bedeutenden Bestand stellen Plakate aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der ehemaligen DDR<sup>24</sup> dar mit dem Fokus auf Exponaten der Ost-CDU neben zahlreichen allgemeinen DDR-Plakaten. Charakteristisch für diesen Teilbestand ist das überwiegende Kontingent von Plakatdias mangels Originalplakaten, bedingt durch die deutsche Teilung und ihre Folgen. Erst im Zuge der Wiedervereinigung konnten durch die Übernahme des Zentralbestandes der Ost-CDU und der Demokratischen Bauern-Partei

---

17 Ebd.

18 KAS/ACDP 10-030: 1 ff CC-BY-SA 3.0 DE.

19 KAS/ACDP 10-030: 11000 ff CC-BY-SA 3.0 DE.

20 KAS/ACDP 10-031: 1 ff CC-BY-SA 3.0 DE.

21 KAS/ACDP 10-028: 1 ff CC-BY-SA 3.0 DE

22 KAS/ACDP 10-029: 1 ff CC-BY-SA 3.0 DE.

23 KAS/ACDP 10-025: 1 ff CC-BY-SA 3.0 DE.

24 KAS/ACDP 10-024: 1 ff CC-BY-SA 3.0 DE.

sowie von Materialien des Demokratischen Aufbruchs in Verbindung mit einer kontinuierlichen Akquisition in den neuen Ländern unmittelbar nach der Wende manche Überlieferungslücken geschlossen werden.

Eine Besonderheit bildet das Kontingent der Plakate von der ersten und letzten freien Volkskammerwahl vom 18. März 1990<sup>25</sup>. Glücklicherweise konnten damals von nahezu allen an der Wahl beteiligten Parteien und Gruppierungen, die teilweise schon kurz nach der Wahl wieder aus dem Blickfeld verschwanden, Plakate erworben werden, so dass sich hier dem Betrachter ein fast komplettes Bild einer einzigartigen Wahl wie im Zeitraffer bietet, das durch die besonderen Umstände der Wiedervereinigung sowohl vorher und auch nachher seinesgleichen suchen dürfte. Bereits von den ersten Kommunalwahlen nur wenige Wochen später am 6. Mai 1990 sind so gut wie keine Plakate mehr vorhanden und auch von den ersten freien Landtagswahlen in den neuen Bundesländern im Oktober 1990 sind stellenweise nur wenige Plakate tradiert.

Darstellerisch sehr kreativ und von der Aussage her überaus vielfältig wird es schließlich in einem großen Bestand mit Plakaten von Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, von staatlichen wie privatwirtschaftlichen Institutionen und nicht zuletzt von Stiftungen, darunter insbesondere auch die stiftungseigenen Plakate der Konrad-Adenauer-Stiftung<sup>26</sup>. Die hier behandelten Themen und zeitgeschichtlichen Aspekte unterschiedlichster Art, die von ihrer Herkunft her sicherlich kaum jemand in der Sammlung des ACDP vermuten würde, tragen nachhaltig zur Steigerung deren Facettenreichtums bei, allerdings ist die Nutzbarkeit und Verwertung aus lizenzrechtlichen Gründen stark eingeschränkt.

Komplettiert wird die Sammlung schließlich durch Plakatentwürfe und -drucke sowie Künstlereditionen<sup>27</sup>, wie etwa von Klaus Staeck, Tomi Ungerer, Gustav Adolf Gedat und Wolfgang Janisch, um nur einige zu nennen. Ausländische Plakate<sup>28</sup> aus aller Welt, die überwiegend als Dias aus den 1960–1980er Jahren vorliegen, runden das Gesamtbild ab.

### *Erschließungs- und Nutzungsmöglichkeiten*

Die inhaltliche Erschließung des Plakatbestandes erfolgt mit Hilfe des im gesamten historischen Archiv genutzten Archivprogramms FAUST. Bei der medialen, d. h. digitalen Aufarbeitung kommt ein Contex HD3660 Einzugsscanner für die Originalplakate bis zu einer Größe von DIN A0 zum Einsatz. Sofern

---

25 KAS/ACDP 10-024: 5000ff CC-BY-SA 3.0 DE.

26 KAS/ACDP 10-027: 1ff CC-BY-SA 3.0 DE.

27 KAS/ACDP 10-026: 1ff CC-BY-SA 3.0 DE.

28 KAS/ACDP 10-032: 1ff CC-BY-SA 3.0 DE.

lediglich Kleinbilddias<sup>29</sup> von einem Plakat vorliegen, muss ein Diascanner aushelfen. Die Bildbearbeitung wird mit Photoshop vorgenommen.

Im Zuge der Erschließung der Plakate werden nach der Zuordnung des Objekts zu den genannten Wahl- und Themenbereichen und der Vergabe einer sich daraus ableitenden bestimmten Objektsignatur, die jedes einzelne Plakat innerhalb der Sammlung eindeutig und wissenschaftlich zitierbar verortet, folgende Daten erfasst: Provenienz, Datierung, Titelvergabe, Textwiedergabe, Anzahl, Auftraggeber/Künstler/Werbeagentur, Drucker/Druckort und Druckart, Format, Erhaltungszustand. Personen- Sach- und Ortsnamen werden in entsprechenden Registern angegeben. Sofern Bildmotive vorliegen, werden sie in Kürze beschrieben. Die Wahlkampflogos der Parteien werden den jeweiligen Wahlkapiteln informativ vorangestellt.

Ferner werden die Plakate typologisch bestimmt. Es wird zuerst unterschieden nach Motiv- bzw. Motiv-/Textplakaten. Da ein Plakat sui generis in der Regel stets aus einer Kombination von Bild und Text besteht, der bis auf ein Wort bzw. einen Begriff reduziert sein kann, sind reine textlose Motivplakate wie beispielsweise das Plakat von Helmut Kohl aus dem Bundestagswahlkampf 1994<sup>30</sup>, zwar äußerst selten. Sie sind aber nicht, wie oftmals behauptet wird, etwas herausragendes Neues. Schon Konrad Adenauer wurde im ersten Bundestagswahlkampf 1949 ohne Namensnennung nur mit seinem Porträt und dem Parteienamen plakatiert.<sup>31</sup>

Wesentlich zahlreicher sind Textplakate, die nach Textplakaten allgemeiner Art und Ankündigungsplakaten unterschieden werden. Als letzte Kategorie fungieren Personen-/Kandidatenplakate, die danach unterteilt werden, ob sie ein Foto enthalten oder nicht.

Bei den Bundestagswahlplakaten bestimmt diese dreiteilige Typologie die Gliederung innerhalb eines Wahlkapitels im Anschluss an die Parteizugehörigkeit eines Plakates, was schon anhand des Inhaltsverzeichnisses erkenntlich angezeigt wird. In allen anderen Themenbereichen werden die Plakate zwar ebenso typologisch bestimmt, die Gliederung innerhalb einer Wahl erfolgt jedoch alphabetisch.

Die Textwiedergabe geschieht inhaltlich wie formal in engster Übereinstimmung mit dem vorliegenden Original, nicht zuletzt um zu verdeutlichen, dass die Gesamtkomposition eines Plakats in Wort, Bild und Farbgebung auf klaren und bis in kleinste Detail ausgefeilten Grundsätzen und Werbestrategien ba-

29 Die Kleinbilddias sind einerseits ein qualitativ notdürftiger und inhaltlich zugleich wertvoller Ersatz für ein fehlendes Originalplakat, das nicht den Weg ins ACDP gefunden hat. Zum anderen können sie einen Eindruck von der Atmosphäre und Lebenswirklichkeit eines Wahlkampfes vermitteln, etwa bei der Abbildung von Straßenszenen oder von dicht beklebten Litfaßsäulen und Plakatwänden.

30 KAS/ACDP 10-001: 4001.1 CC-BY-SA 3.0 DE

31 KAS/ACDP 10-001: 103 CC-BY-SA 3.0 DE.

siert. Jeder Begriff und jede Textzeile, ja jedes einzelne Wort steht oder fehlt absichtlich an einer eindeutig vorab definierten Stelle innerhalb eines Plakats, ohne dass diese semantische wie werbepsychologisch höchst durchdachte und teilweise hintersinnige Vorgehensweise einem unvoreingenommenen Betrachter/Wähler auf den ersten Blick bewusst wird. Dahinter steht naturgemäß die wahltaktische Absicht, den Betrachter und potentiellen Wähler derart für sich einzunehmen und von den eigenen Absichten und Zielen zu überzeugen, dass er schließlich am Wahltag das Stimmkreuz an der „richtigen“ Stelle macht.

Folgendes Beispiel mag dies verdeutlichen. Im Bundestagswahlkampf 2009 verwendete die CDU als zentrales Kandidatenplakat ein Plakat von Angela Merkel mit ihrem Porträtfoto und dem kurzen dreizeiligen Text „Wir haben die Kraft CDU“<sup>32</sup>. Auffällig hieran ist zunächst, dass die dargestellte Person, sieht man von der Art ihrer fotografisch-bildhaften Darstellung und Positionierung einmal ab, namentlich nicht vorgestellt wird. Ganz offensichtlich wird vorausgesetzt, dass sie jedem bekannt ist. In Verbindung mit dieser Prämisse gewinnen die knappen Textzeilen mit ihrer Wortstellung, Positionierung und Farbgebung an Bedeutung. Am Anfang steht der „WIR-Begriff“, der offenkundig auf eine gewisse Affinität und ein Gemeinschaftsgefühl mit der dargestellten Person hinweist. „WIR“, das können in Verbindung mit Person und dem Parteinamen Anhänger der CDU sein, das können aber auch wir, die Deutschen an sich, sein, denn das Personalpronomen (in dem die Bedeutung des Pluralis Majestatis mitschwingt) ist bewusst mit den deutschen Nationalfarben hinterlegt. Das derartig im Betrachter erzeugte oder ihm nahegelegte und wie auch immer geartete nationale Zusammengehörigkeitsgefühl wird nun in der darunter platzierten Textzeile semantisch-psychologisch mit dem Begriff der „Kraft“ verknüpft. Beides verbindet sich zu der Aussage, wir, die Deutschen, sind stark. Bürge hierfür ist die CDU, die letztendlich diese Botschaft mit ihrem Namen unterschreibt und bezeugt.

Fazit: Stellvertretend für die CDU präsentiert sich die allseits bekannte Kandidatin als die herausragende Führungspersönlichkeit. Sie personifiziert und ist der Inbegriff von Kraft, d. h. von Macht und Willensstärke, von Durchsetzungsvermögen und Erfolg, und zwar im nationalen Auftrag und Gemeinschaftsinteresse aller Deutschen. Eine umfassendere Aussage in einer derart komprimierten Bild-Text-Komposition ist kaum noch möglich.

Diese kurze Bildbeschreibung mag genügen, um ansatzweise den breit gestreuten Reichtum an Interpretations- sowie Untersuchungs- und Erschließungsmöglichkeiten von politischen Plakaten anzudeuten, seien sie historio-graphischer, politik- oder gesellschaftswissenschaftlicher, kunstgeschichtlicher oder sprachwissenschaftlich-linguistischer Art.

---

32 KAS/ACDP 10-001: 11000 CC-BY-SA 3.0 DE.



Die Grundsatzfrage sollte beim Herangehen an die Interpretation eines Plakats zu Beginn stets lauten, wann und in welchem zeitgeschichtlichen, politisch-historischen wie gesellschaftlichen und medialen Kontext ein Plakat entstanden und wie es hierin zu verorten und zu definieren ist. Oder konkret formuliert: Was unterscheidet beispielsweise ein Plakat aus der unmittelbaren Nachkriegszeit von einem Plakat aus kürzlich vergangenen Wahlkämpfen. Wie verhalten sich realgeschichtlicher Kontext, Künstler und Medium zueinander, welcher gegenseitigen Wechselwirkung und Beeinflussung unterliegen sie möglicherweise.

Welche Motive werden ferner wann, wie und zu welchem Zweck in der Plakatwerbung eingesetzt und warum gegebenenfalls tradiert und wie variiert. Wie gestaltet sich beispielsweise der Einsatz der bei der Interpretation des Merkel-Plakates schon erwähnten Nationalfarben oder auch der Parteilogos? Wie veränderten sich diese im Laufe der Jahrzehnte? Hierfür gibt es viele ebenso anschauliche wie informative Beispiele auf Bundes- wie Länderebene.<sup>33</sup>

Welche Personen werden zu welcher Zeit und in welchem Umfeld wie dargestellt und wie und unter welchen Umständen verändern sich ihre Darstellungsweisen und Präsentationen, ja nicht zuletzt die Personen selbst, über deren Funktionen übrigens oft auch etwas aus den Plakaten zu erfahren ist, was möglicherweise nicht in jedem Lebenslauf steht? Werbepsychologisch interessant ist dabei u. a. die Namensnennung der Kandidaten/Innen, die sehr oft zuerst mit ihrem Vornamen, ggf. unter Hinzuziehung ihres akademischen Titels, angesprochen werden, so dass von vornherein ein persönlicher Bezug zwischen der abgebildeten Person und dem Betrachter avisiert und hergestellt wird. Der Nachname steht bewusst grafisch abgesetzt darunter.

Über den primären profanen Zweck als Mittel zur Information (Ankündigungsplakat) und politischen Agitation (Motiv- und Personenplakate) hinaus kann ein politisches Plakat von seiner grafischen Gestaltung und inhaltlichen Aussage her auch eine besondere künstlerische Wertschätzung gewinnen und manchmal sogar Kultstatus erlangen und dies nicht nur für die jeweilige eigene Klientel. Beispiele hierfür sind etwa berühmte Personenplakate von Konrad Adenauer<sup>34</sup> oder eine Vielzahl von Motivplakaten aus der unmittelbaren Nachkriegs- und Gründungszeit der CDU mit einer herausragenden expressiv-sym-

33 Vgl. beispielsweise die motivische Verwendung des Niedersachsenrosses auf den Landtagswahlplakaten der niedersächsischen CDU unter KAS/ACDP 10-008: 1ff. CC-BY-SA 3.0 DE.

34 Bekanntestes Beispiel ist das vom österreichischen Grafiker Paul Aigner gestaltete legendäre Adenauer-Plakat „Keine Experimente“ (KAS/ACDP 10-001: 642 CC-BY-SA 3.0 DE). Vgl. dazu Günter Buchstab: „Keine Experimente“ – Zur Geschichte eines Wahlslogans, in: Ein Eifler für Rheinland-Pfalz. Festschrift für Franz-Josef Heyen zum 75. Geburtstag am 2. Mai 2003. Hg. von Johannes Mötsch. Mainz 2003, S. 689–697.

bolischen Bildsprache oder das eingangs bereits erwähnte Plakat „Komm aus Deiner linken Ecke“, dessen Wiedererkennungswert seinesgleichen sucht.<sup>35</sup> Ähnliches trifft mitunter auch für Textplakate mit ebenso kurzen wie einprägsamen Textzeilen zu, in denen sich der Zeitgeist auf unnachahmliche und geniale Weise zu verdichten scheint.<sup>36</sup>

So ist es nicht verwunderlich, dass die breite und vielschichtige Palette an Interpretations- und Nutzungsmöglichkeiten der Plakate gerne von zahlreichen Interessenten wahrgenommen und aufgegriffen wird wie beispielsweise von Studierenden für Seminar- oder Abschlussarbeiten bis hin zu Promotions- und Habilitationsvorhaben oder von Lehrern für den Schulunterricht. Insbesondere Schulbuchverlage nutzen die Sammlung für ihre Publikationen intensiv und unterstreichen damit deren große bildungspolitische Bedeutung und Relevanz. Aber auch Fernsehanstalten mit ihren Produktionsfirmen sowie Filmemacher und die Printmedien bedienen sich ihrer gerne für Talk- und Quizshows oder als Straßendekorationen für zeitgenössische Filmspielszenen oder zur Illustration von Aufsätzen, Zeitungsartikeln etc. Ausstellungen und der werbewirksame Einsatz von Plakaten bei Veranstaltungen zeigen, dass die Sammlung keinem Selbstzweck dient.

Die Recherche, Einsichtnahme und Nutzung der Plakate erfolgt heute weniger durch einen Archivbesuch vor Ort als vielmehr durch deren weltweite digitale Präsentation im Internet, sei es durch die eingangs schon erwähnte stiftungseigene Plakatdatenbank unter <http://www.kas.de/wf/de/71.5707/> oder in Zukunft in verstärktem Maße mit Hilfe von Wikimedia und Wikicommons. Im Zuge gegenwärtiger umfassender Digitalisierungsmaßnahmen werden jedem Nutzer im Netz spezielle Download- und Verwertungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, wobei dieser Service aus rechtlichen Gründen ausschließlich für CDU-Plakate gewährt werden kann. Er beinhaltet eine generelle kosten- und honorarfreie Nutzung der Digitalkopien im Rahmen einer Creative Com-

---

35 Vgl. Anm. 7. Jüngstes Beispiel für den Kultstatus dieses Plakats ist die Plakataktion der hessischen CDU vom Dezember 2012, die einen erheblichen Medienrummel im Internet ausgelöst hat, vgl. [www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/cdu-hessen-praesentiert-kampagne-komm-raus-aus-deiner-linken-ecke-a-871649.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/cdu-hessen-praesentiert-kampagne-komm-raus-aus-deiner-linken-ecke-a-871649.html) (Abruf: 10. Dezember 2012). Eine vergleichbare Wirkung hatte zuletzt das sog. „Dekolleté-Plakat“ von Vera Lengsfeld im Bundestagswahlkampf 2009 (KAS/ACDP 10-001: 11007 CC-BY-SA 3.0 DE), das bei den Berlinern so begehrt war, dass man es im Verlauf des Wahlkampf immer höher aufhängen musste, damit es nicht von Passanten mitgenommen wurde. Vgl. dazu auch die Reaktion und Interaktion der Bundestagskandidatin Halina Wawzyniak von Die Linke (KAS/ACDP 10-001: 103 CC-BY-SA 3.0 DE).

36 Hierzu zählt u. a. das Plakat „Black is beautiful“ aus dem Bundestagswahlkampf 1972 (KAS/ACDP 10-001: 1550 CC-BY-SA 3.0 DE), dessen berühmt gewordene Textzeile im Laufe der Jahre immer wieder aufgegriffen und in unterschiedlicher Weise ins Bild gesetzt wurde, vgl. Plakatdatenbank

mons-Lizenz, sofern die seitens des ACDP vorgeschriebene Kennzeichnungs- und Lizenzierungspflicht eingehalten wird.

Die Folgewirkung dieses öffentlichkeitswirksamen Schritts heraus aus dem Archiv in die Welt des Internets ist schon jetzt beträchtlich. Die Einstellung von tausenden von Plakaten ins Netz Ende letzten Jahres fand umgehend ein breites und durchgehend positives Medienecho bei einschlägigen Netzwerken, die Zugriffe auf die Seiten des Archivs stiegen sprunghaft an. Es bleibt zu hoffen, dass das so geweckte Interesse an Plakaten anhält und ihre Betrachtung und die Auseinandersetzung mit ihnen einer verstärkten Aufarbeitung der Geschichte und politischen Plakates in Deutschland förderlich ist.

Abbildung 1: „Wir können nicht zaubern“, Bundestagswahlkampf 1949, KAS/ACDP 10-001: 4 CC-BY-SA 3.0 DE.



Abbildung 2: „Keine Experimente“, Bundestagswahlkampf 1957, KAS/ACDP 10-001: 642 CC-BY-SA 3.0 DE.





Abbildung 3: „Wohlstand für alle“, Bundestagswahlkampf 1957, KAS/ACDP 10-001: 650 CC-BY-SA 3.0 DE.



Abbildung 4: „Komm aus Deiner linken Ecke“, in der Variante für den Bundestagswahlkampf 1976, KAS/ACDP 10-001: 1862 CC-BY-SA 3.0 DE.



Abbildung 5: „Den Linken jetzt die rote Karte“, Bundestagswahlkampf 1976, KAS/ACDP 10-001: 1859 CC-BY-SA 3.0 DE.



Abbildung 6: „Auf in die Zukunft...“, Bundestagswahlkampf 1994, KAS/ACDP 10-001: 4003 CC-BY-SA 3.0 DE.



Abbildung 7: „Wir haben die Kraft“,  
Bundestagswahlkampf 2009, KAS/  
ACDP 10-001:  
11000 CC-BY-SA 3.0 DE.

# LITERATURBERICHTE

## **Vom Mythos der Verschwörung gegen Brandt Eine Kritik an Stefanie Waskes Thesen über den „Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“**

**Jürgen Nielsen-Sikora**

### *Einleitung*

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat die Aufgabe, der Bundesrepublik Deutschland geheime Nachrichten und politische und militärische Analysen zu liefern. Er beschafft Informationen aus Politik, Rüstung, Technik, Wirtschaft und Wissenschaft, die der politischen Orientierung und Lagebeurteilung dienen. In Zeiten des Kalten Krieges waren dies vornehmlich Informationen aus dem kommunistischen Machtbereich.

Die Geschichte des BND hängt auf vielfältige Weise mit der Geschichte der Parteienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 zusammen. Die engen Verbindungen des Nachrichtendienstes mit Regierung und Opposition beschäftigen auch die freie Autorin und Journalistin Stefanie Waske. In ihrem Buch „Nach Lektüre vernichten. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“<sup>1</sup> beleuchtet sie die nachrichtendienstliche Neuausrichtung der CDU/CSU während der Oppositionsphase zwischen 1969 und 1982. Ihr Buch wurde in der Presse als unbekanntes Kapitel der deutschen Geschichte breit diskutiert. Ein Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“, der am 29. November 2012 erschien, kündigte das Buch öffentlichkeitswirksam an und fasste die Hauptthesen der Arbeit zusammen. Der Titel des Artikels: „Die Verschwörung gegen Brandt“.<sup>2</sup> Stefanie Waske beschreibt darin den von Hans Christoph von Stauffenberg – einem Vetter des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg – gegründeten Informationsdienst, der zwischen 1970 und 1982 weltweit vertrauliche Nachrichten für die CDU/CSU sammelte.

Über die Autorin war bis zu der Veröffentlichung des „Zeit“-Artikels im November 2012 außerhalb der mit dem BND befassten Fachwissenschaft wenig bekannt: Stefanie Waske wurde 1978 in Holzminden geboren. Von 2008 bis 2009 absolvierte sie ein Volontariat bei der „Braunschweiger Zeitung“ und

---

1 Stefanie Waske: „Nach Lektüre vernichten“. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg. München 2013.

2 Stefanie Waske: Die Verschwörung gegen Brandt, in: „Zeit“-Magazin Nr. 49, 29. November 2012 ([www.zeit.de/2012/49/Spionage-CDU-CSU-Willy-Brandt](http://www.zeit.de/2012/49/Spionage-CDU-CSU-Willy-Brandt), Abruf: 25. Januar 2013).



der Journalistenschule Ruhr.<sup>3</sup> Zwischen 1997 und 2008 war sie freie Mitarbeiterin bei verschiedenen Tageszeitungen und Magazinen. 2007 promovierte sie an der Philipps-Universität Marburg bei Wolfgang Krieger, Professor für Neuere Geschichte und Geschichte der internationalen Beziehungen und ehemaliger Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zurzeit erforscht er im Rahmen einer vom Bundesnachrichtendienst berufenen unabhängigen Historikerkommission (UHK) die Geschichte des BND bis zum Amtswechsel des Präsidenten 1968.

Stefanie Waske kandidierte darüber hinaus zwei Mal für den Deutschen Bundestag auf der SPD-Landesliste Niedersachsen<sup>4</sup> – eine Information, die bei der Einordnung ihrer Thesen über den CDU/CSU-Geheimdienst nicht völlig außer acht gelassen werden kann. Um den Gesamtzusammenhang, in dem ihr Artikel steht, deutlich herausarbeiten zu können, wird zunächst ihr „Zeit“-Artikel von November 2012 skizziert (1.), weil er die Diskussion über den so genannten Stauffenberg-Dienst in Gang gesetzt hat.

Ein Rekurs auf den Bayerischen Untersuchungsausschuss von 1982, der sich eindringlich mit dem Thema befasst hat, eine ausführliche „Spiegel“-Serie aus den 1980er Jahren sowie die Enthüllungen der Journalisten Frank P. Heigl und Jürgen Saupe in der Hamburger Zeitschrift „konkret“ von 1982 zur so genannten BND-Operation „Eva“ machen jedoch deutlich, dass Stefanie Waske lediglich ein Thema wieder aufgreift, das bereits in den frühen 1980er Jahren ausführlich in den Printmedien behandelt wurde. Alle Publikationen diskutieren umfassend die Umstände des vermeintlichen „Geheimdienstes“ (2.).

Stefanie Waske behauptet, sie sei auf den Stauffenberg-Dienst im Kontext der Recherche ihrer Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“ aus dem Jahre 2009 gestoßen. Auf diese Schrift wird gesondert eingegangen, zumal der „Zeit“-Artikel von November 2012 nur vor der Folie dieses Buches angemessen zu würdigen ist. Dabei wird sich herausstellen, dass bereits die Qualifikationsschrift blinde Flecken im Hinblick auf das politische Umfeld der 1970er Jahre aufweist (3.).

Zum Schluss steht ihr jüngstes Buch mit dem Titel „Nach Lektüre vernichten“ zur Debatte (4.). Auch in diesem Buch beschäftigt sich die Autorin mit dem „privaten Nachrichtendienst“, den die Union bis in die 1980er Jahre nutzte, um sich „geheime, brisante Informationen zu beschaffen“.<sup>5</sup> Stefanie Waske, die „Expertin für die Geschichte der Geheimdienste“, so der Verlag, enthülle darin „einen politischen Skandal“. Es soll gezeigt werden, dass die Dramatisie-

---

3 Siehe ihre Homepage <http://stefaniewaske.blogspot.de/> (Abruf: 25. Januar 2013).

4 Vgl. Landesliste Niedersachsen, in: [www.wahlen.goettingen.de/pdf/B2005-LWL-Landeslisten.pdf](http://www.wahlen.goettingen.de/pdf/B2005-LWL-Landeslisten.pdf) (Abruf: 1. März 2013).

5 So die Ankündigung des Hanser-Verlags.

rung des politischen Geschehens der 1970er Jahre aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar ist. Abschließend folgt ein kurzes Resümee (5.).

### *1. Der Zeit-Artikel vom 29. November 2012*

„Die Verschwörung gegen Brandt“ lautete der Titel des „Zeit“-Magazins vom 29. November 2012, in dem die Autorin Stefanie Waske über einen angeblich „un glaublichen Spionagefall“ berichtete.<sup>6</sup> Über die Autorin heißt es einleitend, sie habe für ihre Dissertation Briefe von CDU-Abgeordneten gelesen, in denen von einem „kleinen Dienst“ die Rede sei. Über sieben Jahre habe sie recherchiert und ihre Ergebnisse würden hier erstmals veröffentlicht. Tatsächlich erschien ihre Dissertation über die mangelnde parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste bereits 2009. Darin schreibt sie keineswegs nur über CDU-Abgeordnete, sondern beleuchtet zumindest ansatzweise auch die Rolle, die die SPD, besonders in der Person von Horst Ehmke, im Rahmen der BND-Aktivitäten innehatte.

In dem genannten Artikel schildert sie die Gründung eines eigenen „Nachrichtendienstes“ der Opposition abseits der Öffentlichkeit. Dieser Dienst habe ohne parlamentarische Kontrolle agiert und sei ein „internationales Netz schillernder Agenten“ und „schwarzer Spione“ gewesen, die „in enger Abstimmung mit christsozialen Hardlinern“ aus aller Welt Nachrichten der CDU/CSU zugespielt hätten. Sie behauptet, die Geschichte mache deutlich, wie die CDU/CSU an jeglicher Kontrolle vorbei einen Dienst schuf, „nur um ihr eigenes trübes politisches Süsschen“<sup>7</sup> zu kochen.

Den Ausgangspunkt der Gründung des Informationsdienstes bildete der Machtwechsel 1969. Als Egon Bahr im Januar 1970 in Moskau weilte, um Brandts Politik des „Wandels durch Annäherung“ voranzubringen, nahm der Dienst Gestalt an. Waske schreibt, Bahr sei sich wohl bewusst gewesen, dass er von Nachrichtendiensten beobachtet würde, doch dass ihn auch der politische Gegner im Inland im Visier hatte, hätte er damals nicht bemerkt.

„Die tiefe Furcht vor der neuen Politik Willy Brandts“<sup>8</sup>, so Waske, habe die Christdemokraten zum Handeln getrieben. Im Ergebnis sei es zur Inauguration eines Informationsdienstes für die Opposition gekommen, der Materialien über politische und gesellschaftliche Entwicklungen sammeln und auswerten sollte. Denn die Sorge war nicht unbegründet, dass die CDU/CSU „durch den Regierungswechsel von den Infokanälen der Geheimdienste abgeschnitten“<sup>9</sup> würde.

---

6 Waske: Verschwörung.

7 Alle Zitate ebd.

8 Ebd.

9 Zitiert nach ebd. Anzumerken ist in diesem Kontext, dass schon Helmut Kohl in seiner Rede auf dem 21. Bundesparteitag der CDU in Bonn am 12. Juni 1973 mit dem Titel „Aufbruch in die Zukunft“ bekannte: „Rechtskräftig abgeschlossene Verträge binden auch

Wolfgang Langkau, pensionierter Vertrauter des ehemaligen BND-Präsidenten Reinhard Gehlen und langjähriger CDU-Kontaktmann, schlug aus diesem Grunde vor, „ein seit Jahren durch eine besondere Stelle im BND geführtes Informationsbeschaffungsnetz einzusetzen, das laufende Verbindungen insbesondere zu USA, Frankreich, Österreich, Italien, Vatikan, arabische Länder, Jugoslawien, Rumänien, ČSSR, UNO unterhält“. Waske schreibt weiter, Langkau sei überzeugt gewesen, „dass seine ehemaligen Zubringer mit an Bord wären, würden sich die Konservativen zu einem eigenen Dienst durchringen können“.<sup>10</sup>

Diesen Dienst sollte Hans Christoph von Stauffenberg, ebenfalls ehemaliger Mitarbeiter von Langkau, ab dem Sommer 1970 leiten. Der Stoff habe das „Zeug zum Spionageroman“, so Waske. Die „Zeit“ glaubte im November 2012, einem Skandal auf der Spur zu sein: „Was wissen CDU und CSU heute darüber?“, heißt es in dem Artikel. Konkret wollte die Zeitung eine Beurteilung des damaligen Entschlusses, den Dienst einzusetzen, durch die heutige Parteiführung. Ferner wollte sie wissen, warum nie jemand an diesem Dienst Kritik geübt habe.

Da die Genese des Informationsdienstes spätestens seit 1982 bekannt ist, erübrigte sich zumindest die letzte Frage wie deren Beantwortung. Denn in einem Artikel des „Spiegel“, dessen Mitarbeiter Stephan Lebert, Leiter des „Zeit“-Ressorts Investigation, zuvor war, heißt es schon 1982: „Hans Christoph Schenk Freiherr von Stauffenberg, ein entfernter Verwandter des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg, ist eine der Schlüsselfiguren im Geheimdienstnetz der CSU. Er gibt einen vertraulichen *Informationsdienst* (Auflage: 100 Exemplare) heraus, der die Geheimdienstquellen der Union in In- und Ausland abschöpft. Franz Josef Strauß nimmt den Stauffenberg-Dienst nach Angaben eines engen Mitarbeiters *sehr wichtig*. Unterstützt wird der Nachrichtendienst durch einen *Arbeitskreis für das Studium internationaler Fragen e. V.* Dieser Arbeitskreis war zu Beginn der siebziger Jahre gegründet worden, um den Aufbau eines eigenen Nachrichtendienstes der Union zu ermöglichen. Als Berater fungierte der ehemalige Brigadegeneral Wolfgang Langkau, der früher den Strategischen Dienst des BND geleitet hatte.“<sup>11</sup>

Als ehemaliger Mitarbeiter des „Spiegel“ sollte Lebert den Artikel, der aus einer Serie stammt, auf die später noch eingegangen wird, gekannt haben. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) hat ihm darüber hinaus noch einmal schriftlich mitgeteilt, dass der „Spiegel“ bereits 1982 über die

---

uns, denn wir sind eine Verfassungspartei.“, in: Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993. Hg. von Peter Hintze und Gerd Langguth. Stuttgart 1993, S. 50.

10 Waske: Verschwörung.

11 Vgl. [www.spiegel.de/spiegel/print/d-14351703.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14351703.html) (Abruf: 1. März 2013).

Affäre ausführlich berichtete.<sup>12</sup> Zudem hat Stefanie Waske laut „Zeit“-Artikel mehrere tausend Seiten Aktenmaterial gesichtet. Unklar bleibt insofern, wieso sie die von Lebert aufgeworfenen Fragen nicht selbst beantworten konnte. Der Skandal liegt insofern nicht dort, wo zunächst vermutet. Waske mutmaßt ferner in ihrem Artikel: „Die Meldungen der Informanten gehen aus Brüssel, Paris und Washington ein, fast nie aus dem Inland. Mithilfe dieser Texte verfassen die ehemaligen BND-Mitarbeiter Berichte, nicht nur zur neuen Ostpolitik, sondern auch über die innenpolitische Entwicklung Chinas oder Spannungen im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Klassische Agentenberichte sind es nicht, hier wird niemand beschattet, telefonisch abgehört oder verdeckt fotografiert.“<sup>13</sup>

Wenn niemand beschattet worden ist, nicht abgehört oder verdeckt fotografiert wurde, stellt sich die Frage, was konkret hier aufgedeckt werden soll. Waske schreibt, es gingen Berichte ein aus den USA, Frankreich, Osteuropa, dem Nahen Osten, aus Kuba und Taiwan. In der Hauptsache handelte es sich um Material zum weltpolitischen Geschehen, das gewiss wertvolle Quellen für eine allgemeine zeithistorische Forschung bereithält, aber kaum zur Skandalisierung taugt.

Im Fokus steht unter anderem auch der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt als öffentliche, politische Person sowie Einschätzungen von Amtskollegen der internationalen Politik. Die meisten Berichte, die als Informationsbericht resp. Pressespiegel verschickt werden, haben den Charme und die Brisanz von dpa-Meldungen. In der Hauptsache handelt es sich um kurze Artikel zum weltpolitischen Geschehen. Streng geheime Informationen sind kaum darin zu finden, auch wenn hin und wieder „vertraulich“ auf einzelnen Blättern vermerkt sein mag.

Worin die „Verschwörung gegen Brandt“ liegen soll, bleibt offen. Es seien, so die Autorin, „besonders exklusive Berichte“<sup>14</sup>. Doch auch hierzu fehlt jeglicher Bezug auf die Inhalte des Berichts.

Damit ist das Kernproblem ihrer Recherche benannt: Denn im Grunde gibt es kaum Material, mit dem Waske diesen „Spionageroman“ zu einem erfolgreichen Ende bringen könnte. Sie schreibt deshalb und in Konsequenz mangelnder Quellen für ihre Thesen Folgendes: „Zwei Wochen später reist Kanzler Brandt überraschend auf die ukrainische Halbinsel Krim. In einem Vorort Jaltas, Oreanda, trifft er Leonid Breschnew in dessen Ferienhaus (...) Stauffenbergs Informanten orakeln, was Brandt und Breschnew besprochen haben könnten.“<sup>15</sup>

---

12 Die Hinweise wurden jedoch nicht berücksichtigt.

13 Zitiert nach Waske: Verschwörung.

14 Ebd.

15 Ebd.

Ein Orakel ist jedoch noch keine Verschwörung. Immerhin diskutieren wir über die Hochphase des Kalten Krieges, über eine Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens, zu der die vielen bekannten Spionagefälle und Bestechungsskandale beitragen.

Etwa der Fall Guillaume. Günter Guillaume wurde als einer der engsten Mitarbeiter von Bundeskanzler Willy Brandt 1974 als DDR-Spion enttarnt. Oder die Steiner-Wienand-Affäre, die nach der Abstimmung im Deutschen Bundestag vom 27. April 1972 losbrach: Der damalige Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU) wollte durch ein konstruktives Misstrauensvotum Kanzler werden, verfehlte aber die absolute Mehrheit um zwei Stimmen. Karl Wienand, seinerzeit Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, wurde später beschuldigt, den CDU-Abgeordneten Julius Steiner bestochen zu haben, nicht für Barzel zu stimmen. Bis heute ist diese Affäre nicht komplett aufgeklärt. Und nehmen wir schließlich den Fall Lutze hinzu: Das Ehepaar Renate und Lothar-Erwin Lutze wurde 1976 als DDR-Agentenpaar im Bundesverteidigungsministerium enttarnt.

Das sind nur einige wenige von vielen Beispielen aus dieser Zeit, in der auch die innerdeutsche Lagerbildung voranschreitet. Der politische Ton in jenen Jahren wird rauer, gerade im Bundestagswahlkampf. Alle Parteien nutzen ausgiebig ihre Informationskanäle. Die politische Radikalisierung nach dem Mai 1968 und die gesellschaftlichen Reformprozesse führen zu einem politischen Kampf mit harten Bandagen.

Der letzte Satz des „Zeit“-Artikels könnte vor der Folie der bekannten Lagerbildung das Kapitel im Grunde beschließen: „Mit der abgeschirmten Tätigkeit ist es erst im Frühjahr 1982 vorbei. Journalisten des linken Magazins *konkret* verfassen eine Artikelserie und ein Buch mit dem Titel *Operation Eva*. Ihr Hauptinformant soll Langemann gewesen sein, der in den Veröffentlichungen über seine Erfahrungen im BND erzählt, dazu druckt der Verlag die zugehörigen Geheimdienstberichte ab.“<sup>16</sup>

Doch Hans Langemann, den Waske hier nur beiläufig erwähnt und suggeriert, es sei gar nicht gesichert, dass es sich bei dem Informanten tatsächlich um ihn handelt („soll gewesen sein“), ist eine der Schlüsselfiguren der Geschichte. Er wird in dem genannten „konkret“-Buch auch im Untertitel namentlich erwähnt und im Buch wie folgt geschildert: „Ein zerfallener Mann, von Medikamenten abhängig, an Gedächtnisstörungen leidend, oftmals hilflos und in seiner Diktion (...) unterwürfig, fast servil. Fernsehbilder zeigten ihn theatralisch.“<sup>17</sup>

---

16 Ebd.

17 Frank P. Heigl/Jürgen Saupe: *Operation EVA. Die Affäre Langemann*. Hamburg 1982, S. 9.

Wer die Geschichte aufmerksam liest und die Hintergründe kennt, wird schnell sehen, dass der Waske-Artikel keine Informationen enthält, die nicht schon in dem „konkret“-Band veröffentlicht oder im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags 1982 verhandelt worden sind. Vielmehr bleiben die Tatsachen in dem „Zeit“-Artikel merkwürdig nebulös. Ein Spionage-Thriller ist ihr Bericht jedenfalls nicht.

Wer hingegen mit der Diskussion nicht vertraut ist, sollte zunächst einen Blick in die Berichterstattung der 1980er Jahre werfen.

## *2. Die Berichte über die Langemann-Affäre in den 1980er Jahren*

Schon die „Spiegel“-Serie „Pullach intern“ über die Geschichte der Organisation Gehlen und deren Nachfolgeorganisation, den BND, aus dem Jahr 1971<sup>18</sup> sorgte in allen politischen Lagern für helle Aufregung. Der „Spiegel“ berichtete über Zweifel am Kurs der „Neuen Ostpolitik“ nicht nur in der Opposition, sondern darüber hinaus in Regierungskreisen und im BND: „BND-Chargen, die seit 25 Jahren im konspirativen Gefecht gegen die Sowjet-Union stehen, mochten nicht daran glauben, daß die Sowjet-Union an einer echten Entspannung in Europa interessiert sei. Sie befürchteten zudem, daß eine zu heftige Hinwendung Bonns zum Osten alte Freunde im Westen vergraulen könnte. Sie ließen denn auch in den vergangenen Wochen Informationen durchsickern, die andeuten sollen, der BND verliere allmählich bei seinen ausländischen Freunden die Glaubwürdigkeit.“<sup>19</sup>

Das Misstrauen war spätestens seit dem Fall Felfe stetig gewachsen: 1946 machte der britische Geheimdienst Heinz Felfe zum V-Mann. 1950 ließ er sich vom KGB anwerben. Ab 1951 arbeitete er für die Organisation Gehlen und wurde dort Leiter der „Gegenspionage Sowjetunion“. Er galt als einer der engsten Vertrauten Gehlens. Jahrelang ließ er jedoch im BND alle Aktionen ins Leere laufen und versorgte die Sowjets mit Informationen. Der Ruf des Bundesnachrichtendienstes wurde durch Felfes Aktivitäten nachhaltig geschädigt. 1961 verhaftete man den Doppelagenten<sup>20</sup> und machte ihm schließlich 1963 den Prozess. Felfe war einst SS-Obersturmführer und Mitglied der NSDAP gewesen. In der Organisation Gehlen sammelten sich mehrere ehemalige NSDAP-Mitglieder. Der KGB wusste von deren Vergangenheit und erpresste sie zur Doppelspionage.<sup>21</sup>

---

18 Hermann Zolling/Heinz Höhne: Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, in: Der Spiegel 11 (1971), S. 131–147.

19 Ebd., S. 46.

20 Vgl. Falltöter von rechts, in: Der Spiegel 52 (1961), S. 24.

21 Vgl. Peter F. Müller/Michael Müller: Der BND. Geheime Politik und schmutzige Geschäfte. Hamburg 2002, S. 319.

Die Lehre aus dem Fall schien klar: „Nach dem Fall Felfe, mit dem sich große Teile des Ost-Agenten-Netzes fast über Nacht, wenn nicht zerstört, so doch mindestens unsicher oder gefährdet darstellten, erhöhte sich fast zwangsläufig die Bedeutung und das innerdienstliche Gewicht der restlichen als intakt geltenden Beschaffungsstränge.“<sup>22</sup>

Der Regierungswechsel bedeutete nicht zuletzt eine Demontage der bisherigen BND-Operationen, insbesondere der so genannten und seit 1962 durchgeführten Operation EVA, benannt nach Langkaus Dienstzimmer im Haus Nr. 36 in Pullach, das früher von Eva Braun bewohnt worden war. Nun saß dort der „Strategische Dienst“ des BND. Die Abschaltung der EVA-Agenten zog sich zum Teil bis in die 1980er Jahre hinein.<sup>23</sup>

Unter dem Sammelbegriff EVA werden verschiedenste Operationen, u. a. auch im Vatikan, gefasst. Zu den Agenten der Operation gehörte auch der bereits erwähnte Hans Langemann, der bei der Schaffung des Informationsdienstes Stauffenberg eine wichtige Rolle spielte. In dem „konkret“-Buch aus dem Jahre 1982 heißt es, die CDU/CSU habe „in einer konzertierten Aktion (...) mit alten BND-Mitarbeitern beschlossen, einen eigenen Nachrichtendienst zu etablieren. Zu diesem Zweck wurde Langemann schließlich auch Bayerns Staatsschützer und im Innenministerium angesiedelt.“<sup>24</sup>

Als Empfänger des Strategischen Dienstes von Langkau werden in genanntem Buch Hans Globke, Heinrich Krone, Heinrich von Brentano, Bruno Heck und Eugen Gerstenmaier (alle CDU), Freiherr von und zu Guttenberg (CSU) und Fritz Erler sowie Wilhelm Mellies (beide SPD) erwähnt – mithin keineswegs nur CDU/CSU-Mitglieder.<sup>25</sup>

Über den „konkret“-Bericht gelangte die Geschichte des Informationsnetzwerks der 1960er und 1970er Jahre an die Öffentlichkeit und beschäftigte in der Folgezeit nicht nur den „Spiegel“, sondern auch den Bayerischen Landtag. Der Bericht des Untersuchungsausschusses, Drucksache 9/12951 vom 16. Juli 1982 ist online verfügbar.<sup>26</sup> Im Ergebnis stellte der Untersuchungsausschuss fest, Langemann wollte „einen bestehenden privaten Informationsdienst (von Stauffenberg) durch einen operativen Bereich, nämlich die Nachrichtenbeschaffung“<sup>27</sup> erweitern. Zudem hat der Zeuge Stauffenberg ausgesagt, der Informationsdienst habe finanzielle Unterstützung zur „staatsschutzmäßigen Gefährdungsdarstel-

22 Heigl/Saupe: Operation EVA, S. 81.

23 Vgl. ebd., S. 151.

24 Ebd., S. 168.

25 Ebd., S. 86.

26 [www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage\\_WP09/Drucksachen/0000012500/09-12951.pdf](http://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP09/Drucksachen/0000012500/09-12951.pdf) (Abruf: 31. Januar 2013).

27 Ebd., S. 12.

lung der internationalen Zusammenhänge extremistisch-terroristischer Bestrebungen“ erhalten.<sup>28</sup>

Nachdem die Zeitschrift „konkret“ das Buch publiziert hatte, schrieb auch die „Zeit“ über den Fall Langemann und bemerkte zu dessen Äußerungen: „Das war ein Sammelsurium aus abgestandenen Affären und alten Skandalen. Langemann erzählte beispielsweise, daß der BND sich auch der Inlandsaufklärung gewidmet und wie er, Langemann, sich um den Privatmann Franz Josef Strauß verdient gemacht hatte. Der Verfassungsschützer hatte diese Geschichten auf Tonbänder gesprochen, die dann *konkret* zugespielt worden waren. Von März bis Mai 1982 veröffentlichte *konkret* die gesammelten Erinnerungen. Dann erwirkte Langemann, der sofort von seinem Amt suspendiert worden war, eine einstweilige Verfügung. Denn er sei, so behauptete er im Nachhinein, von der Veröffentlichung *in diesem Schmierblatt* überrascht worden.“<sup>29</sup>

Doch die Affäre über die Offenlegung geheimer BND-Unterlagen und die vermeintliche Gründung geheimer Dienste ging weiter, denn in der Folge geriet auch die SPD in Erklärungsnot, stand doch der Verdacht im Raum, der Assistent der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion Günther Plass habe mit dem Wissen des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Karl-Heinz Hiersemann geheime Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuss weitergegeben. Sie hätten, so der Vorwurf weiter, dem *konkret*-Autor Heigl „bündelweise geheime Unterlagen angeboten.“<sup>30</sup> Der zweite Untersuchungsausschuss kam zu dem Ergebnis, dass Heigl in der Tat durch Plass „mehrmals über den Stand der Ermittlungen des Untersuchungsausschusses unterrichtet wurde.“<sup>31</sup>

Weder über den „Zeit“-Artikel von 1983 noch über die Untersuchungsausschüsse wird in dem Waske-Artikel vom 29. November 2012 berichtet. Denn dann wäre schnell klar geworden, dass alte Nachrichten hier als neu verkauft werden sollten. Schon 1983 stellte der „Spiegel“ klar: „Die Staatsgeheimnisse, das ergibt sich, sind gar keine.“<sup>32</sup> Langemann wurde allerdings im November 1984 wegen der Weitergabe vertraulicher Informationen der Operation EVA an die Zeitschrift „konkret“ zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Im Urteil wird also der Verrat der Informationen Langemanns bestraft, und nicht die Schaffung eines Informationsdienstes.

In der Berichterstattung von damals heißt es, noch nie sei das Leben eines bayerischen Beamten so durchleuchtet worden wie in dem genannten Untersuchungsausschuss.<sup>33</sup> Langemanns eigene Darstellungen gingen allerdings kaum

28 Ebd., S. 13.

29 Gerhard Spörl: Eine Affäre mit Nachspiel, in: Die Zeit, 14. Januar 1983.

30 Bayerischer Landtag, Drucksache 10/6289, S. 2.

31 Ebd., S. 6. Vgl. Aktion Leberkäs, in: Der Spiegel 24 (1983).

32 Die Wende, in: Der Spiegel 3 (1983), S. 84.

33 Nix is', nix is', in: Der Spiegel 30 (1982), S. 25.



über das hinaus, was in den Zeitungen stand. Es handle sich um „altbackene Überlieferungen aus der Agentenwelt“. Seine Schilderungen seien „olle Kamellen“.<sup>34</sup>

In ihrem „Zeit“-Artikel hat Stefanie Waske diese „ollen Kamellen“ ein weiteres Mal durchgekaut. Erstaunlich daran ist die Tatsache, dass der Artikel in zahlreichen weiteren Zeitungen zitiert wird. Der Publizist und SPD-Politiker Albrecht Müller etwa schrieb in seinem Blog, die Gründer des Dienstes hätten „ohne Gewissensbisse“ agiert. Die CDU/CSU habe bereits vorher die Geheimdienste parteipolitisch missbraucht, denn der BND habe 54 „namentlich bekannte bundesdeutsche Politiker bespitzelt“<sup>35</sup> und Akten über sie angelegt. Verschwiegen wird in diesem Beitrag, dass es sich dabei in nicht geringem Ausmaße um CDU/CSU-Politiker gehandelt hat, darunter: Fritz Baier, Ludwig Erhard, Eugen Gerstenmaier, Kai-Uwe von Hassel, Hans Kilb, Ernst Majonica, Gerhard Schröder, Gerhard Stoltenberg, Franz Josef Strauß und Friedrich Zimmermann. Was der Blog des SPD-Mannes Müller ebenfalls nicht thematisiert, ist die Tatsache, dass der BND während der Regierungszeit von Willy Brandt Agenten auf nicht-regierungsfreundliche Verlagshäuser ansetzte, namentlich auf den Springer- und den Bauer-Verlag, um oppositionelle Gruppen zu bespitzeln.<sup>36</sup> Auch ist unlängst bekannt geworden, dass Helmut Bärwald (eigentlich: Fränzel), Leiter des „Ostbüros“ der SPD und parteiinterner Kritiker der „Neuen Ostpolitik“ Akten nicht nur dem Chef des Bundeskanzleramtes vorlegte, er unterrichtete gleich mehrere Stellen der SPD über den Inhalt verschiedener Vorgänge.<sup>37</sup> Von Sachkenntnis zeugen insofern auch die Aussagen Müllers nicht.

Zudem bemerkte Fritz Baier in diesem Zusammenhang schon am 12. Oktober 1974 in der Rhein-Neckar-Zeitung: „Von einer nachrichtendienstlichen Beobachtung (...) kann nicht die Rede sein (...) Ich halte es (...) für ein Gebot, (...) sich über die Personen, mit denen dieser Dienst im Rahmen seiner Tätigkeit in Berührung kommt, die im Interesse der Sicherheit notwendigen Informationen zur Person zu beschaffen. Davon können auch prominente Politiker nicht ausgenommen werden.“<sup>38</sup> Allerdings, so Baier weiter, hätten die während Ehmkes Amtszeit durchgeführten Recherchen bei den der Regierung kritisch

34 Sechsmal sehr gut, in: Der Spiegel 10 (1982), S. 99f. Vgl. auch Rainer Blasius: Treuer Spion für die Union? Der Stauffenberg-Dienst, in: FAZ, 15. April 2013, S. 8.

35 NachDenkSeiten. Die kritische Website, [www.nachdenkseiten.de/?p=15338](http://www.nachdenkseiten.de/?p=15338) (Abruf: 5. März 2013).

36 Vgl. Quick, 23. August 1972.

37 Vgl. Erich Schmidt-Eenboom: Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten. Köln 1998. Bärwald trat dann noch 1971 in die CSU ein.

38 Von Überwachung keine Rede; Interview mit Fritz Baier, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 12./13. Oktober 1974. Offen bleibt jedoch weiterhin die Frage, seit wann und von wem derlei Informationen eingeholt worden sind. Die Ergebnisse der Unabhängigen Historiker-Kommission werden hier unter Umständen Licht ins Dunkel bringen.

gegenüberstehenden Verlagen eine Grenze überschritten. Seitens der Bundesregierung sei alles getan worden, „um den verantwortlichen Politikern der Opposition ihre Kontrollfunktion über den BND in jeder Hinsicht zu erschweren.“<sup>39</sup>

Das sind nur Ausschnitte, die verdeutlichen helfen, wie über zeithistorische Themen Parteipolitik betrieben wird. So bemerkte die „Süddeutsche Zeitung“ vom 29. November 2012 treffend, „ganz taufriisch“ sei die Geschichte über den Geheimdienst nicht: „Details hat die Zeitschrift konkret (...) bereits vor dreißig Jahren veröffentlicht.“<sup>40</sup>

### 3. Waskes Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“

Eine Art Vorstudie ihres „Zeit“-Artikels bildet Waskes Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“ von 2009. Vor dem Rekurs auf den Inhalt des Buches sei eine Bemerkung vorweggeschickt, die die Problematik der Thesen und die damit verbundene Qualität von Waskes Recherche paradigmatisch verdeutlicht: An vielen Stellen heißt es, Personennamen und Quellennachweise seien leider nicht überliefert oder ermittelbar. Das mag in einigen Fällen zutreffen. Wenn es aber über Hans-Georg von Koester heißt, sein Vorname sei nicht zu ermitteln gewesen, muss das mehr als nachdenklich stimmen für eine Arbeit, die sich mit dem BND beschäftigt. Über von Koester wird mehr als 15 Seiten lang berichtet.

Waske hätte wissen müssen, um wen es sich handelte: Hans-Georg von Koester, geboren 1922, studierte Rechts- und Staatswissenschaften, war Justiziar und zwischen 1957 und 1961 im Bundeskanzleramt tätig. Seine Beziehung zu dem persönlichen Referenten von Konrad Adenauer, Günter Bachmann, war zwiespältig. Schließlich übernahm er 1964 die Abteilungsleitung des BND-Referats V, Innere Sicherheit. Er zeichnete verantwortlich für den Staatsschutz und wurde 1965 Staatssekretär.

Die Angaben zur Person wären über das Archiv für Christlich-Demokratische Politik leicht zu erfragen gewesen. Des Weiteren sind sie auch online über das Bundesarchiv abrufbar. Auch im „Spiegel“-Archiv finden sich vereinzelt Hinweise. Eine Dissertation, die den Anspruch erhebt, neue Erkenntnisse zum Thema BND zu liefern, sollte mit den altbekannten Tatsachen vertraut sein.<sup>41</sup>

Ärgerlich ist aber auch ein zweiter Aspekt: Die permanente Spekulation über einzelne Sachverhalte: „mit hoher Wahrscheinlichkeit“, „vermutlich“, „der Verdacht drängt sich auf“, „die Vermutung liegt nahe“ usw. Eine Qualifi-

39 Ebd.

40 Willi Winkler: Agenten, Verräter und andere Berufene, in: Süddeutsche Zeitung, 29. November 2012.

41 Dass der Bundeskanzler „Erhard“ und nicht etwa „Ehrhard“ hieß, sollte ebenfalls bekannt sein. Dann ließe sich über die anderen zahlreichen Tipp-, Satzbau- und Formatierungsfehler und über die teils eigenwillige Grammatik und die fehlenden Wörter hinwegsehen.

kationsschrift ist kein Ort für Spekulationen. Doch die Arbeit spekuliert auch mit ihren eigenen Ergebnissen, wenn sie festhält, auch die Offenlegung der Fraktionsbestände und der betroffenen Nachlässe würden „vermutlich“ nicht ausreichen, um zu einem grundlegend neuen Forschungsstand zu kommen.<sup>42</sup>

### *3.1 Waskes Untersuchungsgegenstand*

Stefanie Waske untersucht in ihrer Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“ die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung zwischen 1955 und 1978. Sie kommt darin zu dem Schluss, dass die Kontrollmöglichkeiten nicht ausgeschöpft worden sind. Grund dafür sei ein weit verzweigtes Netz von Abhängigkeiten zwischen Politik und Geheimdienst, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des BND ziehe. Der untersuchte Zeitraum 1955 bis 1978 erklärt sich aus zwei Daten. Das erste Datum markiert den Zeitpunkt, zu dem die einstige „Organisation Gehlen“ unter der Regie von Horst Wendland und Günter Bachmann in den BND übergang, da die Organisation ihrem Ursprung nach nicht als staatliche Behörde geschaffen wurde, sondern sich autark als private Initiative von Reinhard Gehlen entwickelt hatte. Mit der Übernahme wurde deshalb zunächst ein so genanntes Vertrauensmännergremium, bestehend aus Parlamentariern der Fraktionen, zwecks Kontrolle des BND geschaffen. Doch das langjährige Dienstaufsichtsproblem speiste sich nicht zuletzt aus der von Kontrolle völlig freien Entwicklung des BND resp. der Vorgängerorganisation kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Das zweite Datum, das Waskes Dissertation strukturiert, ist die Schaffung des ersten Kontrollgesetzes durch den Bundestag.

Die zentrale These des Buches lautet, dass bis weit in die 1970er Jahre hinein verschiedenste „Liaisonen“ zwischen Politikern und Mitarbeitern des BND wichtiger gewesen seien als eine parlamentarische Kontrolle. Gute Kontakte zum Präsidium des BND, der Versuch der politischen Einflussnahme auf die Berichterstattung und die Informationsobjekte waren demnach stets wichtiger als die demokratisch legitimierte Aufsicht durch das Parlament.<sup>43</sup> Regelmäßige Besuche und persönliche Kontakte bildeten das entscheidende Moment bei der Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen. Der Wunsch nach Aufklärung über geheime politische Aktivitäten in der heißen Phase des Kalten Krieges zeigte sich als parteiübergreifendes Moment der Politik. Denn insbesondere zu dem Zeitpunkt, als die Arbeit des Vertrauensmännergremiums ruhte, Mitte der 1970er Jahre, verstärkte sich der Bedarf nach BND-Informationen. Mithin gab es, so Waske, eine gegenseitige Abhängigkeit von Politik und

---

42 Stefanie Waske: *Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955–1978*. Wiesbaden 2009, S. 16.

43 Ebd., S. 22.

Nachrichtendienst, die eine effektive Kontrolle unmöglich machte. Der BND fungierte in all den Jahren als eine Art „Nebenregierung“.<sup>44</sup> Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass zwar nicht alle Parteien, wie Waske schreibt, wohl aber alle Fraktionen versuchten, ihre einmal aufgebauten Beziehungen zum BND auch in Phasen der Opposition fortzusetzen. Da der BND einst als überparteiliches Organ ins Leben gerufen wurde, ist dieses politische Anliegen andererseits nur allzu verständlich.

Bereits in den 1950er Jahren erging etwa ein Auftrag des damaligen Vizepräsidenten Hans-Heinrich Worgitzky an den BND, die SPD in Spionagefällen mit entsprechenden Informationen zu unterstützen. Auch Hans Langemann baute in den 1960er Jahren im Namen der SPD Kontakte zu einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz auf.<sup>45</sup> Die Kooperation zwischen der SPD und dem BND lief seinerzeit hauptsächlich über Fritz Erler, potenzieller Minister im Schattenkabinett von Willy Brandt. Die Informationen, die Erler vom BND erhielt, leitete er an einzelne Parteigenossen weiter.<sup>46</sup> Ab 1969, so Waske, hat die SPD verstärkt versucht, Einfluss auf den BND zu nehmen. Sie wollte die Machtstrukturen durch personelle Neubesetzungen verändern und Führungspositionen im BND durch Genossen besetzen.<sup>47</sup> Dies gelang in der Tat durch die Personalpolitik von Horst Ehmke als Chef des Kanzleramts unter Willy Brandt. Er platzierte im Mai 1970 Dieter Blötz im BND. Blötz, 1931 in Braunschweig geboren, seit 1966 MdB, war bis dato Landesgeschäftsführer der SPD in Hamburg und Vorsitzender des Innenausschusses der Hamburger Bürgerschaft. Er wurde zum Vizepräsidenten des BND, obwohl er als Betriebswirt ohne Abschlussexamen über keine nachrichtendienstlichen Erfahrungen verfügte. Schnell stand Blötz im Verdacht, auch bei Beitrittserklärungen zur SPD eine Personenabklärung durch den BND vornehmen zu lassen.<sup>48</sup> Darüber hinaus sorgte er dafür, dass die Anordnungsbefugnis aus dem Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums auf das Kanzleramt übertragen wurde.<sup>49</sup>

Die Politisierung des BND durch die Personalie Blötz verschärfte den Ton zwischen Opposition und Regierung. Insbesondere Fritz Baier (CDU) lieferte sich heftige Wortgefechte mit Ehmke, später auch mit dessen Nachfolger Horst Grabert. Die Berufung von Blötz habe einen parteipolitischen Akzent, der die Arbeit des BND in die Innen- und Parteipolitik hineintrage, so der Vorwurf Baiers.

Der zweite Vorwurf richtete sich gegen die Blockierung einer gesamtparlamentarischen Kontrolle durch die SPD im selben Jahr. Da die Initiative damals

---

44 Ebd., S. 35.

45 Vgl. ebd., S. 46.

46 Vgl. ebd., S. 116.

47 Ebd., S. 179.

48 BND – Sauber St. Pauli; in: Der Spiegel 16 (1970), S. 34.

49 Vgl. Müller/Müller: BND, S. 563.

von der CDU im Bundestag lanciert wurde, zog die SPD aus politischem Kalkül hier die Reißleine und verhinderte eine vorzeitige Ausweitung der Kontrollfunktion durch das Parlament, so dass weiterhin nur das Vertrauensmännnergremium eine Kontrolle ausüben konnte. Und das auch nur, wenn es hierzu über den Kanzleramtschef einberufen wurde. Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass die gesamten 1970er Jahre parteiübergreifend darüber diskutiert wurde, inwieweit eine Inlandsaufklärung seitens des BND legitim sein könne.

Eine Eskalation dieser Diskussion fand 1974 statt, als sich die CDU/CSU-Mitglieder des Vertrauensmännnergremiums Fritz Baier, Friedrich Vogel und Friedrich Zimmermann aus Protest gegen öffentliche Äußerungen Herbert Wehners von der Kontrollarbeit zurückzogen. Wehner hatte geäußert, die CDU bereite einen Staatsstreich vor.<sup>50</sup> Ohnehin war man seitens der Opposition mit dem Gremium mehr als unzufrieden, da bewusst – durch das Kanzleramt gesteuert – oftmals strukturelle und organisatorische Belanglosigkeiten abgehandelt würden, ohne über konkrete politische Inhalte zu sprechen. Der Rückgriff auf einen besser funktionierenden nachrichtendienstlichen Ersatz schien demgegenüber reizvoll, um an entsprechende Informationen zu kommen, die von politischer Tragweite waren.<sup>51</sup> Der Informationsdienst Stauffenberg war in diesem Zusammenhang eine Quelle, die versprach, die mangelhafte Informationspolitik der Regierung zu kompensieren. Dies bot sich insbesondere deshalb an, weil, wie Waske schreibt, einmal geknüpfte Netzwerke jenseits der aktuellen Regierungskonstellation und unabhängig von Parteizugehörigkeit, allein auf Grund der „Liaison“, weiterhin funktionsfähig blieben.

### 3.2 Zum politischen Kontext der „Liaison“

In der oben geschilderten Hinsicht kann man die christlich-demokratische Politik jener Jahre als Reaktion auf die Politisierung des BND durch Ehmkes Personalpolitik als Kanzleramtschef deuten. Es war zudem eine Reaktion auf die damit einhergehende veränderte Informationspolitik des BND gegenüber der Opposition, die mehr denn je auf „Liaisonen“ angewiesen war.

Die Diskussion, auf die die Dissertation nicht mehr eingeht, war zur Jahresmitte 1973 auf dem Höhepunkt angelangt. Denn das Parlamentarische Vertrauensmännnergremium wurde über mehrere Monate lang nicht mehr einberufen, so dass der BND de facto ohne jegliche Kontrolle operieren konnte. Allein Willy Brandt war in der rechtlichen Lage, das Gremium einzuberufen. Von sich aus konnte es nicht aktiv werden. Eine entscheidende Rolle spielte der CDU-Abgeordnete Fritz Baier, der als Mitglied des Gremiums über eine Fülle interner Informationen aus dem BND verfügte. Die CDU/CSU-Fraktion ver-

50 Vgl. Waske: Mehr Liaison, S. 274.

51 Vgl. ebd.

mutete, die Nicht-Einberufung des Gremiums sei der Tatsache zuzuschreiben, dass man Baier, der auf Grund seines Hintergrundwissens permanent unangenehme Fragen an die Regierung richtete, aus dem Gremium verdrängen wollte. Jedenfalls war weder die Überwachung der Arbeit des BND noch die Kontrolle der verwendeten Gelder in dieser Zeit möglich.

Auch die Personalveränderungen 1970 wurden zunächst durch Ankündigungen im „Spiegel“ öffentlich. Von sechs Spitzenpositionen wurde nur die Stelle des Präsidenten Wessel nicht neu besetzt. Hingegen waren die neuen Abteilungsleiter Richard Meier (Beschaffung), Herbert Rieck (Verwaltung) und Robert Borhardt (Auswertung) entweder SPD-Mitglied oder standen der SPD nahe. Doch niemand von ihnen hatte ernsthafte Erfahrungen auf dem Gebiet des Auslandsnachrichtendienstes. Die Opposition sah deshalb die Gefahr einer Ausdehnung des innenpolitischen Machtwechsels auf das Aufgabenfeld des BND und befürchtete, dass eine überparteiliche Tätigkeit des BND nun nicht mehr gewährleistet sei. Hans Langemann sah dies ähnlich und wechselte in den Bayerischen Staatsdienst, zumal langjährig beschäftigte Dienststellenleiter von Ehmke auf nicht gleichwertige Positionen versetzt wurden. Das Auswahlverfahren für Neueinstellungen im BND oblag darüber hinaus den SPD-Leuten Blötz und Rieck.

Es galt in den Augen der Opposition, die Einbeziehung innenpolitischer Auseinandersetzungen unter allen Umständen zu verhindern und die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des BND zu wahren. Dies gestaltete sich äußerst schwierig. Denn in den Jahren 1971/72 stellte sich die Frage, ob das Vertrauensmännergremium nur über Interna der Nachrichtendienste oder auch über dessen Arbeitsergebnisse informiert werden sollte. Eine Kontrolle, so die CDU/CSU-Fraktion, sei nur möglich, wenn auch die Arbeitsergebnisse durch das Parlamentarische Vertrauensmännergremium beurteilt werden könnten. Die Kontrolle müsse sich auf beide Bereiche beziehen, um die fehlende öffentliche Kontrolle zu kompensieren. Andererseits könne auch eine zu intensive parlamentarische Kontrolle die Abgeordneten in die Mitverantwortung nehmen.

Im Interesse des Parlaments sollte das vermieden werden. Doch schon die bloße Unterrichtung des Gremiums über die Arbeitsergebnisse der Geheimdienste lehnte die Bundesregierung strikt ab. Auch die Lageberichte des BND wurden dem Gremium vorenthalten.

Allerdings bestanden nach wie vor intensive persönliche Kontakte zwischen dem BND und einzelnen Abgeordneten, die einen Einblick in bestimmte nachrichtendienstliche Operationen ermöglichten. Irritiert war die Opposition nur dahingehend, dass es Indizien gab, die darauf hindeuteten, dass die Bundesregierung Weisungen in Bezug auf dieses Beziehungsgeflecht gab und somit der parteipolitischen Neutralität des BND zuwider handelte. Die Opposition wollte der parteipolitischen Schiefelage in erster Linie durch die Ablösung von Blötz

durch einen neutralen Verwaltungsjuristen entgegenwirken, nicht zuletzt, weil ihm intensiver Kontakt zum „Spiegel“ nachgesagt wurde. Ehmke regierte also aus Sicht der CDU/CSU in den BND hinein. Er übernehme, so der Vorwurf, quasi die Funktionen des Präsidenten.

Die Situation spitzte sich in den Monaten vor der Bundestagswahl 1972, den letzten Tagen für Ehmke als Chef des Kanzleramtes, noch einmal zu. Im September wurde bekannt, dass ein Gesprächsgegenstand des Vertrauensmännergremiums durch die Bundesregierung an die Öffentlichkeit gelangt war. Dabei ging es um eine Diskussion über die Eheschließung Ehmkes mit Maria Hlavacova, die aus der ČSSR geflohen war: „Die konspirative Legende (...) ist Kernstück einer liebevoll betriebenen Kampagne, mit der die rechte Opposition versucht, die Heirat des sozialdemokratischen Kanzlergehilfen Horst Ehmke zur Staats- und Wahlkampffaffäre herauszuputzen. Die zweite Ehe des Juraprofessors (...) sei von Anbeginn eine Fehlentscheidung gewesen, da die zugereiste Ministergattin die Sicherheit der Republik gefährde“, kommentierte der „Spiegel“.<sup>52</sup> Doch die Heirat war in damaliger Hinsicht insofern problematisch, als dass eine Richtlinie des Nachrichtendienstes von Juni 1971 vorsah, Ehen mit Staatsangehörigen des „kommunistischen Machtbereichs“ für hauptberufliche Mitarbeiter des BND nicht zu akzeptieren. Den Betroffenen wurde nahegelegt, ihr Beschäftigungsverhältnis selbst zu lösen.<sup>53</sup> Nun galt Ehmke als Chef des Kanzleramtes als „Sicherheitsrisiko“, auf den die Richtlinie jedoch offensichtlich keine Anwendung fand.

#### 4. „Nach Lektüre vernichten“

In ihrem 2013 im Hanser-Verlag erschienenen Buch „Nach Lektüre vernichten“ setzt Stefanie Waske ihre Forschungen von 2009 fort und spezifiziert ihre Thesen zum Verhältnis von Bundesnachrichtendienst und politischen Parteien, insbesondere der CDU/CSU. Sie wolle wissen, schreibt sie zu Beginn, warum die Christlichen Demokraten den Regierungswechsel nicht als „normalen parlamentarischen Prozess“<sup>54</sup> betrachteten.

In zwei Teilen geht sie dieser Frage nach. Im ersten Teil beschäftigt sie sich mit dem christdemokratischen „Kampf gegen die neue Ostpolitik“, im zweiten Teil betrachtet sie die „freie Welt im Abwehrkampf“. Einleitend rekapituliert sie die Biographie der Schenken von Stauffenberg, um dann erneut auf die Gründung des Stauffenberg-Dienstes durch Kiesinger, Strauß, zu Guttenberg und Globke zu sprechen zu kommen. Der Dienst, so Waske, sei zur Informationsbeschaffung über Brandts Ostpolitik ins Leben gerufen und von CDU/CSU

52 Das noch, in: Der Spiegel, 35 (1972), S. 57.

53 BND IV D 1, Az 45–16–08 vom 2. Juni 1971.

54 Waske: Nach Lektüre vernichten, S. 10.

und Industrie finanziert worden. Das Buch – so der Klappentext – enthülle erstmals einen politischen Skandal, der das Urteil über einzelne Politiker der Bundesrepublik Deutschland „gründlich zurechtrücke“.

Tatsächlich bettet Waske ihr Thema nun stärker ein in den politischen Kontext jener Jahre. Die Darstellung der Neuen Ostpolitik Brandts ist der rote Faden, der sich durch das Buch zieht. Im Kern geht es um den Verlust der Regierungsmacht von CDU/CSU. Die Machteinbuße habe zu Gesprächen zwischen Langkau und Unionsabgeordneten mit dem Ziel geführt, einen eigenen Informationsdienst zu schaffen. Guttenberg habe die Führung des Informationsdienstes übernommen. Der Dienst sollte nach außen als private Organisation agieren. Finanzielle Zusagen seien von der norddeutschen Industrie, von der CDU, von der CSU und der süddeutschen Wirtschaft gekommen. Es sei ein Netzwerk von Informanten geschaffen worden, die unter Decknamen operiert hätten. Eine Schlüsselrolle habe nach dem Tode zu Guttenbergs der CDU-Abgeordnete Werner Marx innegehabt.

Die abgedruckte Empfänger-Liste der Informationen führt einen Exklusiv-Verteiler, einen Normal-Verteiler, einen erweiterten Verteiler und einen Kirchen-Verteiler auf. Die Namen des Exklusiv-Verteilers lauten: Guttenberg, Globke, Heubl, Roegele; die des Normal-Verteilers lauten: Neusel, Voß, Barzel, Krone, Karl Forster – ein Widersacher von Strauß –, Gumbel, Marx, Bach, Heck, Kessler, Wittgenstein, Kirchert; die Namen des erweiterten Verteilers sind: Stoltenberg, Hallstein, Czaja, Dregger, Löwenthal sowie mehrere Presse-Leute, die letzten Endes nicht alle in den Genuss der Lektüre gekommen sein dürften. Der Kirchen-Verteiler deckt sich weitestgehend mit den anderen Verteilern.

Jedoch erfährt der Leser kaum etwas über die konkreten Inhalte dieser Berichte: „Im Spätsommer 1970 verfassen Langkau und Stauffenberg fast pausenlos Berichte. Nicht nur, weil die Bundesregierung mit den sowjetischen Machthabern bald den Gewaltverzichtsvertrag unterzeichnen will, sondern auch weil die Münchner Gruppe die Welt in den Blick nimmt. Nachrichten der geheimen Zuträger treffen aus Brüssel, Paris und Washington ein, seltener aus dem Inland. Ihre Helfer schauen sogar in Originalakten des Vatikans, suchen das Gespräch mit dem Präsidenten Jugoslawiens, Josip Broz Tito, oder dem algerischen Staatschef Houari Boumedienne. Sie berichten, was innenpolitisch in China wichtig ist und worüber sich die Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion streiten. Ebenso melden die Informanten, wie das Pentagon die Lage in Vietnam, Kambodscha und Laos einschätzt. Am meisten erfahren die Leser aus den Vereinigten Staaten, vom Sitz des französischen Staatspräsidenten und aus der italienischen Politik.“<sup>55</sup>

---

55 Ebd., S. 90.



Was genau berichtet wird, verrät die Autorin nicht. Das hängt damit zusammen, dass der Dienst, wie Waske bemerkt, eher das Vertrauen als Staatsgeheimnisse verrate: „Die Berichte des Dienstes in dieser Zeit ähneln in der Tat den Artikeln der ‚Welt‘.“<sup>56</sup> Der Dienst zeichne ein „Stimmungsbild“, „skizziere“ und „umreiße“, liefere Charakterstudien und altbekannte Informationen, etwa über Brandts Alkoholkonsum, während der Dienst von der Realität überholt werde.<sup>57</sup> In einem Bericht, den Waske zitiert, heißt es, Helmut Schmidt sei „ein Mann von scharfer Intelligenz und präziser Diktion“ und verfüge über ein „großes Selbstbewusstsein“.<sup>58</sup> In einem anderen ist zu lesen, ein Informant könne mit „Hintergrundinformationen“ aufwarten als er berichte, es sei in Polen ein „offenes Geheimnis, dass (...)“.<sup>59</sup> Abgesehen von solchen offenkundigen Widersprüchen (Hintergrundinformationen über offene Geheimnisse) kann von wirklich geheimen, privaten Berichten wohl kaum die Rede sein, auch wenn das Kapitel die Überschrift trägt: „Privatsachen. Was der Stauffenberg-Dienst über Politiker schreibt.“

Interessanter als der nachlässige Umgang mit widerstreitenden Quellen ist der erneute Rekurs auf die Dossier-Affäre. Waske schreibt hierzu: „Langkau bestreitet stets, Bahr bespitzelt und über ihn ein Dossier angelegt zu haben. Wahrscheinlich erreichte ihn das Material ohne Auftrag: Im Geheimdienstjargon nennt man das *Randerkenntnisse* oder *Gelegenheitsinformationen*. Wenn die BND-Informanten über die italienischen Kommunisten oder die DDR berichteten und SPD-Politiker erwähnten, fand das seinen Weg nach Pullach. Es handelt sich in dem Fall strenggenommen nicht um gezieltes Bespitzeln. Das hinderte die Geheimdienstmitarbeiter nicht daran, aus den zufälligen Erkenntnissen Berichte mit politischer Brisanz zu verfassen.“<sup>60</sup>

Ebenso spannend ist die Auseinandersetzung mit dem Arbeitskreis für das Studium internationaler Fragen, gegründet im November 1970. Er diene, schreibt Waske, als Adresse für Spenden aus CDU/CSU und Wirtschaft: „Der Verein bietet den Vorteil, dass CDU, CSU und die Wirtschaft nicht an Privatpersonen zahlen, sondern an den Arbeitskreis, der das Geld an Stauffenbergs Dienst weitergibt.“<sup>61</sup>

Die einzige Firma, die erwähnt wird, ist die Deutsche Bank in Person von Hermann-Josef Abs. Vorsitzender des Vereins ist Professor Roegele, Stellvertreter Krone, Schatzmeister Seidl, Liquidatoren Harlander und Stauffenberg. An den Top-Agenten „Petrus“ zahlt der Dienst laut Waske 6.000 Mark monatlich plus Reisekosten. Waske spekuliert erneut, als sie den Agenten „Petrus“

56 Ebd., S. 100.

57 Ebd., S. 111 und 120.

58 Ebd., S. 184.

59 Ebd., S. 115.

60 Ebd., S. 39.

61 Ebd., S. 96.

mit dem bekannten Journalisten Simon Malley identifiziert. Das ist überflüssig, denn seit den 1980er Jahren ist auch dies längst kein Geheimnis mehr.<sup>62</sup>

In Sachen Finanzen gehen laut Bayerischem Untersuchungsausschuss, auf den die Arbeit rekurriert, an den Arbeitskreis seitens des bayerischen Innenministeriums zwischen 1976 und 1981 jährlich Zahlungen in unterschiedlicher Höhe. Stauffenberg zahlt an Langemann laut Untersuchungsausschuss zwischen 1976 und 1979 monatlich zwischen 5.000 und 6.000 Mark, insgesamt mindestens 300.000 Mark. Der Arbeitskreis müsse, so Waske, über weitere zahlungskräftige Unterstützer verfügt haben. 1986 habe die Mitgliederversammlung die Auflösung des Vereins beschlossen. Damit ende das Kapitel Geheimdienst.

### 5. Resümee

Stefanie Waske stützt sich auch in ihrem jüngsten Buch auf viele bereits veröffentlichte Quellen. Auch ein Kapitel über Inge Goliath, DDR-Spionin und Sekretärin des Abgeordneten Werner Marx, bringt keine neuen Erkenntnisse ans Licht. Dort, wo sie tatsächlich Neues hinzufügt, schöpft sie in erster Linie aus dem Nachlass Guttenberg im Bayerischen Staatsarchiv. Enoch zu Guttenberg hat ihr die Einsicht in den gesamten Nachlass seines Vaters gewährt. Dies betrifft vor allem die Adressatenliste des Dienstes. Zur Finanzierung gibt sie über die Zahlungen an einzelne Informanten (z. B. Petrus) und die bekannten Informationen aus dem im Netz abrufbaren Untersuchungsausschuss keine neuen Hinweise.

Die Arbeit geht an wenigen Stellen über publizierte Zeitungsartikel hinaus, präsentiert das Thema jedoch als Sensation und großen Skandal. Dabei werden einfache Sachverhalte erneut als nicht recherchierbar dargestellt: „Manches klingt nachvollziehbar, manches phantastisch.“<sup>63</sup> Zudem werden viele Inhalte der Berichte nicht aufgeschlüsselt. So bleiben viele Fragen offen.

Auch die Frage der Politisierung des BND durch Horst Ehmke, immerhin ein eigenes, wenn auch nur zwei Seiten langes Kapitel, bleibt unbeantwortet. Ein ebenfalls bekannter Artikel aus der „Welt“ sei nicht mehr ermittelbar, einige Daten nicht überliefert, andere nicht nachprüfbar.<sup>64</sup> Einige Unterlagen verschwiegen wichtige Informationen. Es wäre Aufgabe der Autorin gewesen, diese wichtigen Informationen vor Publikation ihres Buches zu besorgen, um nicht nur Spekulationen zu präsentieren.

---

62 Vgl. Pieter H. Bakker Schut: Zur Struktur des Stammheim-Prozesses gegen Andreas Baader u. a. in: 11. Strafverteidigertag in Osnabrück 1987. Landsberg 1988, S. 223.

63 Waske: Nach Lektüre vernichten, S. 161.

64 Ebd., S. 99.

So wird die CDU zum erklärten Gegner der SPD-nahen Autorin, deren Politik der 1970er Jahre sie stark überzeichnet, auch wenn sie sie in den Kontext des Kalten Krieges einbettet. Die im Artikel genannten politischen Akteure aber waren keineswegs in einem „privaten politischen Geheimbund“ organisiert. Vielmehr handelte es sich um einen Informationsdienst, dessen forcierter Aufbau seit 1970 der sozialdemokratischen Personalpolitik im Bundesnachrichtendienst zu verdanken war. Zudem befürchtete die Opposition durch die Besetzung von Stellen mit SPD-Politikern im BND ein Informationsembargo in Bezug auf die Aktivitäten der „Neuen Ostpolitik“ Brandts, zumal die SED-Führung ihre anfangs kritische Haltung gegenüber Brandts Politik aufgab und durchaus ein Interesse an dem Verbleib Brandts im Kanzleramt hatte.

Darüber hinaus, und das wiegt in meinen Augen am stärksten, sind die Tatsachen der in der Hauptsache auf die Affäre Langemann anspielenden Ausführungen des „Zeit“-Artikels seit nunmehr gut 30 Jahren bekannt. Stefanie Waske fügt den Erkenntnissen der 1980er Jahre entgegen den vom „Zeit“-Ressort „Investigation“ aufgestellten Behauptungen keine neuen Aspekte hinzu. Tatsächlich bleiben viele Andeutungen schillernd und tragen wenig zur Aufklärung der politischen Situation der 1970er Jahre bei. Es handelt sich meines Erachtens eher um den Mythos von einer Verschwörung gegen Willy Brandt.

Schon der „Zeit“-Artikel gab hier die Richtung vor: Politisierung eines historischen Themas. Das „Zeit“-Ressort Investigation unterlief mit Hilfe der Autorin so den eigenen Anspruch. Denn die Homepage der Wochenzeitung verkündet: „Es ist die Zeit der Vertuschungen, der falschen Fährten, es ist die Zeit der Umdeutungen, der falschen Geschichten (...) Für den Journalismus bedeutet das eine weitere große Herausforderung. Es geht, wie immer, darum, Hintergründe aufzudecken, den Kern einer oft dunklen Geschichte freizulegen.“ Dann folgt allerdings eine Einschränkung: „Aber zu einer guten journalistischen Arbeit gehört inzwischen auch fast immer, die Manipulationsversuche der Öffentlichkeit zu beschreiben. Das gelingt manchmal, und manchmal gelingt es nicht. Wir Journalisten müssen damit leben, dass unsere Leser, unsere Konsumenten uns ab und an zu den Manipulatoren zählen.“<sup>65</sup>

Es ist jedoch unbefriedigend, die Bewertung für den Grad einer Manipulation ausschließlich dem Leser zu überantworten. Insbesondere dann, wenn „investigative“ Recherche glaubhaft vermittelt werden soll, bedarf es über bloß subjektive Maßstäbe hinaus der Argumente und Belegbarkeit der Aussagen, um etwaige falsche Fährten zu vermeiden. Meines Erachtens zeigt gerade der Fall Waske, wie problematisch der Verweis allein auf das Interpretationsgeschick von Lesern ist.

---

65 [www.zeit.de/administratives/2012-09/investigativ-ressort-ueber-uns](http://www.zeit.de/administratives/2012-09/investigativ-ressort-ueber-uns) (Abruf: 10. März 2013).

## Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2012–2013

### *Editionen, Handbücher, Lexika*

- Andreas Hermes: „Mit unerschütterlichem Gottvertrauen und zähem Kämpfergeist“. Erinnerungen und Dokumente aus der Haft und zur Gründung der CDU 1944/45. Bearb. von Yvonne Blatt. Sankt Augustin u. a. 2012.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hg.): Protokoll 24. Parteitag der CDU Deutschlands. 14.–15. November 2011, Leipzig. Berlin 2012.
- Kohl, Helmut: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64). Düsseldorf 2012.
- Marx, Stefan (Bearb.): Der Kreißbronner Kreis. Die Protokolle des Koalitionsausschusses der ersten Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 63). Düsseldorf 2013.
- Nentwig, Teresa (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Hannoverschen und der Niedersächsischen Landesregierung 1946 bis 1951. Hg. vom Niedersächsischen Landesarchiv und vom Göttinger Institut für Demokratieforschung. Teilband 1 und 2 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 269). Hannover 2012.

### *Monographien, Aufsätze, Sammelbände*

#### Deutschland

- Abmeier, Karlies/Borchard, Michael/Riemenschneider, Matthias (Hg.): Religion im öffentlichen Raum. Paderborn 2013.
- Andersen, Uwe (Hg.): Bundestagswahl 2013. Kontinuität und Wandel (Politische Bildung 46,1). Schwalbach/Ts. 2013.
- D’Antonio, Oliver/Werwath, Christian: Die CDU: Innerparteiliche Willensbildung zwischen Gremienarbeit und Grauzone, in: Karl-Rudolf Korte/Jan Treibel (Hg.): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland. Baden-Baden 2012, S. 35–61.
- Baus, Ralf Thomas (Hg.): Parteiensystem im Wandel. Perspektiven, Strategien und Potentiale der Volksparteien. Sankt Augustin u. a. 2012.
- Bellers, Jürgen/Merkel, Angela: „Mehr Freiheit wagen“? Eine Bilanz angesichts der Wahlen 2013. Nordhausen 2012.
- Beuttler, Samuel: Existiert der Wahlzyklus in Zeiten der großen Koalition unter Merkel? Einfluss der Popularität der Bundesregierung auf die Landtags-

- wahlen in Deutschland zwischen 2005 und 2009 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft 618). Frankfurt/Main 2012.
- Beyme, Klaus von: Die schwarz-gelbe Koalition als ein „Projekt“? Vergleiche mit den Regierungserklärungen von 1969, 1982 und 1998, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hg.): „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen. Baden-Baden 2012, S. 175–190.
- Bienert, Michael C./Schaper, Uwe/Wentker, Hermann (Hg.): Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin 1949–1990 (Zeitgeschichte im Fokus 1). Berlin 2012
- Bienert, Michael C.: „Berlin ist die Sache aller Deutschen“. Der Deutsche Bundestag, die Regierung Adenauer und die Hauptstadtfrage, in: Bienert/Schaper/Wentker (Hg.): Hauptstadtanspruch und symbolische Politik, S. 151–182.
- Blind, Jochen: Das Heimspiel der „Europa-Parteien“? Die Europawahlkämpfe der Union von 1979 bis 2009. Wiesbaden 2012.
- Blome, Nikolaus: Angela Merkel – Die Zauder-Künstlerin. München 2013.
- Blüm, Norbert: Zurück ins Neandertal? Ein Plädoyer für den Schutz von Ehe und Familie, in: Die Neue Ordnung 66 (2012) 6, S. 404–416.
- Ders.: Experiment gelungen – Patient gesund? Das Buch zum Dialogprozess der Bundeskanzlerin, in: Die Politische Meinung 58 (2013) 518, S. 120–124.
- Borchard, Michael/Schrapel, Thomas/Vogel, Bernhard (Hg.): Was ist Gerechtigkeit? Befunde im vereinten Deutschland. Weimar 2012.
- Commun, Patricia: Ludwig Erhard und Charles de Gaulle. Zwei ungleiche Europäer, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2012) 133, S. 30–35.
- Convent, Stephan/Ring Christlich-Demokratischer Studenten (Hg.): Agenda 2030 – Wider die Apologeten. Eine Aufsatzsammlung über Rahmenbedingungen der Zukunft und Reformbedarfe der Gegenwart. 2. Aufl. Berlin 2012.
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2. Aufl. Wiesbaden 2013.
- Dempsey, Judy: Das Phänomen Merkel. Deutschlands Macht und Möglichkeiten. Hamburg 2013.
- Dickhut-Bielsky, Johannes: Christdemokratie mit ungewisser Zukunft, in: Civis mit Sonde (2012) 1, S. 19–21.
- Eisel, Stephan: Zur Politikfähigkeit des „C“, in: Stimmen der Zeit 137 (2012) 5, S. 333–341. (Spanische Übersetzung u. d. T.: Sobre la capacidad política de la „C“, in: Diálogo Político 29 [2012] 4, S. 51–63).
- Faas, Thorsten u. a. (Hg.): Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009. Wiesbaden 2012.

- Falting, Jonas: „Alte“ und „Neue“ Soziale Marktwirtschaft in der BRD. Kontinuitäten und Brüche in den sozio-politischen Bedingungen und der parteipolitischen Verankerung. Marburg 2012.
- Filbinger-Riggert, Susanna: Kein weißes Blatt. Eine Vater-Tochter-Biografie. Frankfurt/Main 2013.
- Galetti, Nino: Bonn und Berlin – ein gutes Team. Die Hauptstadtdebatte 1989 bis 1991 und ihre Folgen, in: Bienert/Schaper/Wentker (Hg.): Hauptstadtanspruch und symbolische Politik, S. 283–296.
- Gauger, Jörg-Dieter/Küsters, Hanns Jürgen/Uertz, Rudolf (Hg.): Das christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatik der CDU. Freiburg/Breisgau 2013.
- Geiger, Tim: Ludwig Erhard und die Europapolitik seiner Zeit, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2012) 132, S. 53–60.
- Geiges, Lars: Annäherung der Antipoden. Wo CDU und Linke zusammengehen, in: Indes (2012) 1, S. 87–95.
- Geppert, Dominik: Die Ära Adenauer. 3. Aufl. Darmstadt 2012.
- Geprägt durch Ludwig Erhard. Persönliche Berichte. Ulrich Blum u. a., in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2012) 132, S. 2–19.
- Gottschalk, Thorben: Politische Führung im parlamentarischen Regierungssystem. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Baden-Baden 2013.
- Hansen, Jan: Parteien, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.): „Entrüstet Euch!“. Nuklearkrise, Nato-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Paderborn 2012, S. 103–117.
- Hasselfeldt, Gerda: Ist Politik aus christlichem Verständnis noch zeitgemäß?, in: Philipp W. Hildmann/Stefan Rößle (Hg.): Staat und Kirche im 21. Jahrhundert. München 2012, S. 149–159.
- Hehl, Christoph von: Adolf Süsterhenn (1905–1974). Verfassungsvater, Weltanschauungspolitiker, Föderalist (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 62). Düsseldorf 2012.
- Hennecke, Hans Jörg: Ordnungspolitik im Kleinen, programmatische Willenlosigkeit im Großen. Eine Bewertung der Regierungsarbeit unter Angela Merkel, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2013) 135, S. 8–11.
- Herzog, Roman: Mehr als ein Menschenalter. Vor dreißig Jahren begann die Ära Kohl, in: Die Politische Meinung 57 (2012) 515, S. 39–44.
- Heye, Uwe-Karsten/Müller-Vogg, Hugo: Steinbrück oder Merkel? Deutschland hat die Wahl. Berlin 2013.
- Höhler, Gertrud: Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut. Zürich 2012.
- Hospes, Ulrike: „Plane mit, arbeite mit, regiere mit.“ Gerald Götting – Gesicht der Blockpartei CDU und Träger des Systems der DDR, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 319–326.

- Jäger, Wolfgang: Die „Wende“ 1982: Bruch der Koalition und Regierungsbildung. (Die Ära Kohl im Gespräch. XII. Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl), in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 167–176.
- Jens, Uwe: Quo vadis Soziale Marktwirtschaft? Eine Bewertung der Regierungsarbeit unter Angela Merkel, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2013) 135, S. 11–14.
- Junge, Christian: Sozialdemokratische Union Deutschlands? Die Identitätskrise deutscher Volksparteien aus Sicht ihrer Mitglieder. Wiesbaden 2012.
- Kaczmarek, Norbert: „... statt immer nur herumzudenken“. Richard von Weizsäcker und Berlin 1978–1984. Berlin 2012.
- Kahl, Bruno (Hg.): Der fröhliche Sisyphos. Für Wolfgang Schäuble. Freiburg/Breisgau 2012.
- Kaltscheuer, Christoph: Anton Betz. Verleger, Publizist und Politiker, in: Elisabeth Andre/Helmut Rönz (Hg.): Rheinische Lebensbilder. Band 19. Köln 2013, S. 253–282.
- Kauder, Volker (Hg.): Verfolgte Christen. Einsatz für die Religionsfreiheit. Neuhausen u. a. 2012.
- Kilian, Dieter: Kai-Uwe von Hassel und seine Familie. Zwischen Ostsee und Ostafrika. Militär-biographisches Mosaik. Berlin 2013.
- Kittel, Manfred: Rote und schwarze „68er“? Wirkungen der Protestbewegung von 1968 auf die Volksparteien CDU und SPD, in: Bernhard Gotto u. a. (Hg.): Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1960er Jahren. München 2012, S. 97–117.
- Klecha, Stephan: Bundeskanzler in Deutschland. Grundlagen, Funktionen, Typen. Opladen 2012.
- Kleuters, Joost: Reunification in West German Party Politics from Westbindung to Ostpolitik. London 2012.
- Kösters, Christoph/Osten, Petra von der: Ludwig Volk (1926–1984) – ein katholischer Zeithistoriker, in: Lambrecht/Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“, S. 27–56.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Helmut Kohl – verdient um Deutschland und Europa. Momente und Impressionen. 1. Oktober 1982: Beginn der Ära Kohl – Festakt am 27. September 2012 im Schlüterhof in Berlin. Sankt Augustin u. a. 2013.
- Kornelius, Stefan: Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt. Hamburg 2013.
- Kramp-Karrenbauer, Annegret/Schröder, Kristina (Hg.): „Mama zahlt!“. Familienernährerinnen berichten. Freiburg/Breisgau 2013.
- Küsters, Hanns Jürgen: Die Ära Kohl im Gespräch. XII. Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl. Einführung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 161–166.

- Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): Alois Mertes. Würdigung eines christlichen Demokraten. Redebeiträge anlässlich der Veranstaltung am 7. November 2012 im Welsaal des Auswärtigen Amtes in Bonn. Sankt Augustin u. a. 2013.
- Küsters, Hanns Jürgen/Lappenküper, Ulrich (Hg.): Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven. Sankt Augustin u. a. 2012.
- Küsters, Hanns Jürgen/Hospes, Ulrike: La République fédérale d'Allemagne et la France – Konrad Adenauer et Charles de Gaulle, in: *Le Mouvement des idées* (2012) 4, S. 29–37.
- Lambrecht, Ronald/Morgenstern, Ulf (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“. Aufsätze für Ulrich von Hehl zum 65. Geburtstag. Leipzig u. a. 2012.
- Lange, Ansgar: Die CDU und „ihre“ Konservativen. Thesen und Ausblicke, in: *Die Neue Ordnung* 66 (2012) 6, S. 462–471.
- Langguth, Gerd: Helmut Kohl und Angela Merkel – zwei gleiche Ungleiche, in: Gerhard Besier (Hg.): *20 Jahre neue Bundesrepublik. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*. Berlin 2012, S. 61–66.
- Lindsay, Denise: Liselotte Berger (1920–1989), in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 19 (2012), S. 269–287.
- Lommatzsch, Erik: Umweltpolitische Positionen Hans Filbingers, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 19 (2012), S. 253–268.
- Lucke, Albrecht von: Schwarz-Grün. Die zweite Wende, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58 (2013) 1, S. 5–8.
- Maizière, Thomas de/Braun, Stefan: *Damit der Staat den Menschen dient. Über Macht und Regieren*. Berlin 2013.
- Malettke, Klaus/Oldenhage, Klaus (Hg.): Fritz Hellwig. Saarländer, Deutscher, Europäer. Eine Festschrift zum 100. Geburtstag (Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert 20). Heidelberg 2012.
- Martin, Albrecht/Mehnert, Gottfried/Meißner, Christian: *Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–2012. Werden, Wirken und Wollen*. Berlin 2012 (Beil.: DVD „Der Film zum Jubiläum“).
- Mehnert, Gottfried: Ein Politiker mit Zukunftsvisionen. Kai-Uwe von Hassel (21. April 1913–8. Mai 1997) zum 100. Geburtstag, in: *Evangelische Verantwortung* (2013) 3/4, S. 15f.
- Merkel, Angela (Hg.): *Dialog über Deutschlands Zukunft*. Hamburg 2012.
- Merkel, Angela: Ist die CDU noch christlich? Interview mit der Bundeskanzlerin und Pastorentochter über Glauben, in: *Credo*. Ein Magazin zum Jahr des Glaubens (2013) Juni, S. 24–27.
- Dies.: 60 Jahre Evangelischer Arbeitskreis. Festrede der Bundeskanzlerin, in: *Evangelische Verantwortung* (2012) 11/12, S. 3–6.



- Mißfelder, Philipp: CDU/CSU: Handlungsfähigkeiten in einer globalisierten Welt, in: Josef Braml u. a. (Hg.): Außenpolitik in der Wirtschaft- und Finanzkrise. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. München 2012, S. 376–381.
- Mitchell, Maria D.: *The Origins of Christian Democracy. Politics and Confession in Modern Germany.* Ann Arbor 2012.
- Möller, Horst: Die politischen Parteien und die Protestbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, in: Bernhard Gotto u. a. (Hg.): Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1960er Jahren. München 2012, S. 17–26.
- Morsey, Rudolf: Gelehrter, Kulturpolitiker und Wissenschaftsorganisator in vier Epochen deutscher Geschichte – Georg Schreiber (1882–1963), in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): *Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte.* München 2012, S. 7–19.
- Neuss, Beate/Neubert, Hildigund (Hg.): *Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU.* Köln 2013.
- Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2011, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43 (2012) 2, S. 389–407.
- Peters, Tim B. (Bearb.): *Der Begriff der Volkspartei im Spiegel der CDU-Parteitage.* Auswahldokumentation. Sankt Augustin 2012.
- Petersen, Thomas: Christentum und Politik. Die Geschichte einer schleichen den Entfremdung, in: Philipp W. Hildmann/Stefan Rößle (Hg.): *Staat und Kirche im 21. Jahrhundert.* München 2012, S. 161–173.
- Pöttering, Hans-Gert (Hg.): *Kanzler der Einheit – Ehrenbürger Europas. 1. Oktober 1982: Beginn der Ära Kohl.* Düsseldorf 2013.
- Ders.: *Politik ist Dienst.* Festschrift für Bernhard Vogel zum 80. Geburtstag. Zusammengest. und bearb. von Michael Borchard und Hanns Jürgen Küsters. Weimar 2012.
- Ders.: *Soziale Marktwirtschaft und christliches Menschenbild – Bewährung in Zeiten der Krise,* in: Hans-Gert Pöttering (Hg.): *Preis Soziale Marktwirtschaft 2011.* Reinhard Kardinal Marx: „Wo der Geist des Herrn wirkt, da ist Freiheit“. Sankt Augustin u. a. 2013, S. 11–18 (Online-Ressource).
- Polenz, Ruprecht: *Christlich Demokratische Union: Der Name ist Programm. Ein verlässlicher Kompass für den Zukunftskurs der „C“-Parteien,* in: *Die Politische Meinung* 57 (2012) 515, S. 9–13.
- Pontzen, Daniel: *Politiker in der Medialisierungsspirale? Eine Abgeordneten-Befragung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.* Marburg 2013.
- Radunski, Peter: *Ausblicke auf die Bundestagswahl,* in: *Civis mit Sonde* (2013) 1, S. 4–12.
- Rahmig, Jürgen: *Politiker mit Leib und Seele.* Reutlingen 2013.

- Resing, Volker: Feind wird Freund. Christean Wagner und Matthias Zimmer, zwei Protagonisten im CDU-Richtungsstreit, tun sich zusammen. Ein Glücksfall für die neue Union, in: Cicero (2013) Mai, S. 40–42.
- Ders.: Die Kanzlermaschine. Wie die CDU funktioniert. Freiburg/Breisgau 2013.
- Reuth, Ralf Georg/Lachmann, Günther: Das erste Leben der Angela M. München 2013.
- Rödder, Andreas: Der neue Kanzler im Amt. Die Ära Helmut Kohl: Wirkung, Ideen und Ästhetik der geistig-moralischen Wende, in: Die Politische Meinung 57 (2012) 515, S. 45–49.
- Rüttgers, Jürgen: Parteien – übermächtig und überfordert. Zwanzig Jahre nach der Parteienkritik Richard von Weizsäckers. Marburg 2012.
- Schäuble, Wolfgang: Braucht unsere Gesellschaft Religion? Vom Wert des Glaubens. Freiburg/Breisgau 2012.
- Schavan, Annette: Ethischer Anspruch und politischer Kompromiss. Aus Anlass des 85. Geburtstages von Wilhelm Korff, in: Stimmen der Zeit 230 (2012) 3, S. 147–155.
- Schmitt, Karl/Oppelland, Torsten: Politische Parteien in Thüringen 1990–2011. 2. Aufl. Erfurt 2012.
- Schoofs, Jan: Was ist gerecht? Pogramatische Perspektiven der Jungen Union, in: Die Politische Meinung 58 (2013) 518, S. 74–78.
- Schotte, Alexandra: Eugen Gerstenmaier, in: Barbara Stambolis (Hg.): Jugendbewegt geprägt. Essays zu autobiographischen Texten von Werner Heisenberg, Robert Jungk und vielen anderen. Göttingen 2013, S. 273–283.
- Schulz, Hermann: Hermann Ehlers, Johannes Rau, in: Stambolis: Jugendbewegt geprägt, Essays zu autobiographischen Texten von Werner Heisenberg, Robert Jungk und vielen anderen. Göttingen 2013, S. 223–241.
- Schunder, Josef: Manfred Rommel. Die Biografie. Stuttgart 2012.
- Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. Stuttgart 2012.
- Ders.: Langzeitwirkungen der Wende von 1982/83. (Die Ära Kohl im Gespräch. XII. Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl), in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 237–251.
- Sternberg, Thomas: „Alternativlose“ oder fundierte Entscheidungen? Ökumene und der christliche Kompass der CDU, in: Die Politische Meinung 57 (2012) 516, S. 54–57.
- Stoiber, Edmund: Weil die Welt sich ändert. Politik aus Leidenschaft – Erfahrungen und Perspektiven. Berlin 2012.
- Straeten, Daniela: Stimmungsumschwung im Superwahljahr. Grundstrukturen, Strategien und Wirkung der Wahlkämpfe von CDU und SPD zur Bundestagswahl 1994 (Forum junge Politikwissenschaft 31). Bonn 2013.

- Strobl, Thomas: Maß und Mitte, in: *Civis mit Sonde* (2012) 2/3, S. 30–34.
- Teufel, Erwin: Wo ein Ziel ist, ist auch ein Weg. Die CDU muss sich mehr Zeit nehmen für eine innerparteiliche und öffentliche Diskussion ihrer Projekte, in: *Die Politische Meinung* 57 (2012) 515, S. 5–8.
- Tischner, Wolfgang: Ludwig Windthorst in der historischen Forschung, in: Lambrecht/Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“, S. 121–134.
- Ders.: Energie- und Umweltpolitik in Deutschland von 1945 bis 2011, in: Norbert Eschborn (Hg.): *Umweltpolitik und Umweltrecht in Deutschland und Südkorea*. Seoul 2013, S. 9–26.
- Völker, Ingrid/Dormann, Franz (Hg.): *Soziale Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert*. Festschrift für Ulf Fink zum 70. Geburtstag. Stuttgart 2012.
- Voges, Stefan: „... drängen sich ernste, gefährvolle Aspekte auf“. Die Berichte Julius Kardinal Döpfners als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz 1968–1970, in: Lambrecht/Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“, S. 135–154.
- Waldheim, Stefan: *Kommunalwahlkampf in Ost- und Westdeutschland. Oberbürgermeister- und Landratswahlkämpfe im Ost-West-Vergleich*. Frankfurt/Main 2013.
- Walter, Franz: Heinrich Hellwege: Der konservative Cunctator, in: Nentwig (Bearb.): *Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen*, S. 66–93.
- Ders.: Zerrissene Ketten. CDU/CSU verlieren das katholische Milieu, in: *Zeitzeichen* 13 (2012) 8, S. 8–11.
- Wehner, Michael: Die historische Niederlage der CDU – Ursachen für das Scheitern, in: Uwe Wagschal u. a. (Hg.): *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg (Vergleichende Analyse politischer Systeme 1)*. Baden-Baden 2013, S. 119–141.
- Weidenfeld, Werner: Strategische Herausforderungen. Die Kirchen und die Unionsparteien, in: Philipp W. Hildmann/Stefan Röble (Hg.): *Staat und Kirche im 21. Jahrhundert*. München 2012, S. 187–194.
- Weigl, Michael: Die CSU: Abschied von der „Ein-Mann-Demokratie“, in: Karl-Rudolf Korte/Jan Treibel (Hg.): *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*. Baden-Baden 2012, S. 63–91.
- Werwath, Christian: Christian Wulff: Vom Oppositionspolitiker zum Landesvater, in: Nentwig (Bearb.): *Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen*, S. 246–273.
- Ders.: Ernst Albrecht: Wenn aus Lehrjahren Herrenjahre werden, in: Nentwig (Bearb.): *Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen*, S. 148–175.
- Ders.: Stolze Festungen oder potemkinsche Dörfer. Erkundungen von Hochburgen der deutschen Bundestagsparteien, in: *Indes* (2012) 1, S. 70–79.

- Wilhelm, Georg: Ludwig Windhorst – seine Wiederentdeckung durch die Ludwig-Windhorst-Stiftung, in: Lambrecht/Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“, S. 155–164.
- Wirsching, Andreas: Eine „Ära Kohl“? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: Archiv für Sozialgeschichte (2012), S. 667–684.
- Wünsche, Horst Friedrich: Wirtschaftswachstumspolitik? Nach Ludwig Erhard, in: Die Neue Ordnung 66 (2012) 1, S. 4–21.
- Wustmann, Markus: Nach „Leipziger Gesetzen“. Die evangelische Vertriebenarbeit in Leipzig 1945–1959, in: Lambrecht/Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“, S. 477–508.
- Zellmer, Elisabeth: Der lange Weg zur Kanzlerin – Frauen und Politik im Spiegel der deutschen Zeitgeschichte, in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte. München 2012, S. 361–373.
- Zimmer, Matthias: Ist die Union noch eine Großstadtpartei?, in: Kommunalpolitische Blätter 65 (2013) 2, S. 12f.
- Ders.: Über den Umgang der CDU mit den Grünen, in: Die Politische Meinung 57 (2012) 506/507, S. 111–114.

#### Europa, Asien, Lateinamerika – Internationale Kooperation

- Altarmatt, Urs: Das historische Dilemma der CVP. Zwischen katholischem Milieu und bürgerlicher Mittepartei. Baden 2012.
- Altmaier, Peter/Oettinger, Günther H.: Vorbild oder Vorprescher? Peter Altmaier und Günther Oettinger über Europas Energiewende, in: Internationale Politik 67 (2012) 6, S. 44–48.
- Aumann, Frederike: 50 años de cooperación internacional basada en la responsabilidad Cristiana, in: Diálogo Político 29 (2012) 2, S. 133–137. (Spanische Übersetzung der Broschüre: Frederike Aumann/Sebastian Barnet Fuchs: Fünfzig Jahre Entwicklungspolitik aus christlicher Verantwortung. Sankt Augustin u. a. 2012).
- Benecke, Dieter W./Mascimento, Renata: Economía social de mercado. Band 4. Tjark Egenhoff, Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Guatemala (Hg.). Ciudad de Guatemala 2012.
- Brok, Elmar: Die europäische Krise meistern, in: Die Politische Meinung 57 (2012) 506/507, S. 19–25. (Spanische Übersetzung: Superar la crisis europea, in: Diálogo Político 29 [2012] 2, S. 139–150).
- Bruton, John: The influence of the economic crisis on centre-right values. A Christian Democratic perspective, in: European View 11 (2012) 2, S. 179–188.

- Cau, Maurizio (Hg.): *L'Europa di De Gasperi e Adenauer. La sfida della ricostruzione. (1945–1951)* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento: Quaderni 84). Bologna 2012.
- Gehler, Michael (Hg.): *Mitgestalter Europas. Transnationalismus und Parteinetzwerke europäischer Christdemokraten und Konservativer in historischer Erfahrung*. Sankt Augustin u. a. 2013.
- Gennip, Jos van: *Values, innovation, society and Europe. Central elements of the new EPP Platform*, in: *European View* 11 (2012) 2, S. 141–147.
- Grabow, Karsten (Hg.): *Christlich-Demokratische Parteien in Westeuropa. Stand und Perspektiven/Christian Democratic Parties in Western Europe. Status and Prospects (Im Plenum)*. Sankt Augustin u. a. 2012.
- Jung, Winfried (Hg.): *La Fundación Konrad Adenauer y la Promoción de la Democracia. Experiencias de 50 Años de Cooperación con Chile*. Santiago de Chile 2012.
- Khol, Andreas u. a. (Hg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2012*. Wien u. a. 2013.
- Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (Hg.): *Bessere Rahmen – Mehr Subsidiarität*, in: *Kommunalpolitische Blätter* 64 (2012) 11, S. 18–24.
- Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz (Hg.): *Die umstrittene Wende. Österreich 2000–2006* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek 43). Köln 2013.
- Liedhegener, Antonius/Oppelland, Torsten: *Die christdemokratische Parteienfamilie*, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hg.): *Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch ein Etikett?* Opladen 2012, S. 99–129.
- Loth, Wilfried: *Die Väter des Elysée-Vertrages. Adenauer und de Gaulle auf der Suche nach Europa*, in: *Dokumente* (2012) 3, S. 51–55.
- Maier, Hans: *Die Katholiken und die Demokratie. Wahrnehmungen demokratischer Entwicklungen im modernen Katholizismus*, in: *Zur Debatte* (2012) 4, S. 22–24.
- Martínez Ocamica, Gutenberg: *La tarea internacional de la Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA)*, in: *Diálogo Político* 29 (2012) 2, S. 111–132.
- Miliopoulos, Lazaros: *Eine neue Identitätsbestimmung konservativer Parteien in Europa?*, in: *Mitteilungen des Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung* 18 (2012) S. 61–71.
- Molt, Peter: *Für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Konrad Adenauer und die deutsche Entwicklungspolitik*, in: *Die Politische Meinung* 57 (2012) 511, S. 51–58.
- Ders.: *Konrad Adenauer y los comienzos del trabajo internacional de la KAS*, in: *Diálogo Político* 29 (2012) 2, S. 17–38. (Spanische Übersetzung des Aufsatzes: Konrad Adenauer und die Anfänge der internationalen Arbeit

- der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: KAS-Auslandsinformationen 28 [2012] 7, S. 6–27).
- Neuss, Beate: Herausforderung für die EU. Reformprozesse und Krisen im europäischen Grenzbereich, in: Politische Studien 64 (2013) 448, S. 46–51.
- Pérez, Enrique San Miguel: Democracia cristiana como opción cívica, in: *Diálogo Político* 29 (2012) 4, S. 127–148.
- Piela, Ingrid: Walter Hallstein – Jurist und gestaltender Europapolitiker der ersten Stunde. Politische und institutionelle Visionen des ersten Präsidenten der EWG-Kommission (1958–1967) (Veröffentlichungen des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften 11). Berlin 2012.
- Pöttering, Hans-Gert: Den Gemeinschaftsgeist erneuern, in: *Die Politische Meinung* 57 (2012) 506/507, S. 13–18.
- Ders.: Was Europa verantwortungsvoller macht. Warum das europäische Modell trotz aller Krisenerscheinungen Zukunft hat, in: Harald Mahrer (Hg.): Verantwortung. Wir sind dafür. Wien 2012, S. 57–65.
- Quisthoudt-Rowohl, Godelieve: 20 Jahre Erfahrungen einer Europa-Parlamentarierin 1989–2009, in: Michael Gehler/Hinnerk Meyer (Hg.): Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus (Hildesheimer Europagespräche 1/Historische Europa-Studien – Geschichte in Erfahrung, Gegenwart und Zukunft 5). Hildesheim 2012, S. 333–340.
- Rothacher, Albrecht: Die Kommissare. Vom Aufstieg und Fall der Brüsseler Karrieren. Eine Sammelbiographie der deutschen und österreichischen Kommissare seit 1958. Baden-Baden 2012.
- Schäuble, Wolfgang: „Ich glaube an einen Erfolg“. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im DE-Interview über Euro-Krise und Rettungsschirme, in: *Magazin-Deutschland.de* (2012) 3, S. 16–19.
- Schmidhuber, Peter M.: Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler (ZEI Discussion Paper C 210/2012). Bonn 2012.
- Steffenfausweh, Julia (Red.): 50 Jahre für Demokratie und Freiheit weltweit. Europäische und internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin, Berlin 2012.
- Thesing, Josef: Die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Welt. Der Beginn der Arbeit des Instituts für Internationale Solidarität, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 19 (2012), S. 305–318.
- Vogel, Bernhard: Ex Oriente Lux. Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mittel- und Osteuropa, in: KAS-Auslandsinformationen 28 (2012) 7, S. 28–35.
- Wahlers, Gerhard : Fünfzig Jahre für Demokratie weltweit. Wichtige Etappen auf dem Weg der internationalen Zusammenarbeit der KAS, in: *Die Politische Meinung* 57 (2012) 511, S. 59–64.

Wörner, Daniela Marie/Roensch, Annette (Hg.): (Un)abhängig?! Beziehungen zwischen Lateinamerika und der EU (Schriftenreihe zu den Passauer Lateinamerikagesprächen 6). Frankfurt/Main 2012.

## Abstracts\*

*Hanns Jürgen Küsters: Helmut Kohl, Austria and the European integration* (pp. 1–16)

One can definitely characterize Helmut Kohl as austrophile. Since the 1960s he spent all his holidays in the neighbouring country. His relations to the country and the leading representatives of the Austrian People's Party were characterized by friendship. In addition to that Kohl was always well-informed about the political situation over there. Austria's role in Kohl's European conceptions, which he always re-adjusted to the ever-changing global political realities, is also exemplified.

*Ulrich von Hehl: Controversial concepts about the Leipzig mayor Carl Friedrich Goerdeler* (pp. 17–35)

The author describes Carl Friedrich Goerdeler's role during the resistance against the "Third Reich" as reflected in West and East German historiography. He takes a look at the research literature published up to now in the Federal Republic of Germany, the GDR and unified Germany and points out how the assessments about the person of the former Leipzig mayor have changed in the course of years. In addition to that he also takes a look at Goerdeler's position with regard to anti-Semitism and the so-called final solution.

*Peter Rütters: Max Habermann and the unionised resistance against National Socialism. Problems of biographical reconstruction* (pp. 37–70)

This contribution takes a look at Max Habermann's role in the trade union movement, where he was one of the top-ranking officials of the Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes the employee organisation strongest in members and also at his relevance for the later on unified trade union movement. Max Habermann's resistance against the "Third Reich" is also illustrated; he committed suicide on 30 October 1944 after having been arrested in connection with the 20 July plot.

---

\* Translated by Denise Lindsay.



*Natalia Urigüen López de Sandaliano*: From „traditional friendship“ to „necessary nearness“ – The development of the Federal Republic of Germany’s foreign policy towards Spain (pp. 71–102)

Against the background of the special relationship between the Franco regime and the “Third Reich” the author describes the beginning rapprochement between Spain and the newly founded Federal Republic of Germany. By stating the difficulties, the developing cooperation up to 1979 is examined. The focus lies on the role of the German political foundations during the “transición” period after Franco’s death in 1975 while democratic parties and structures were established.

*Christine Bach*: „By way of the town halls back to the Palais Schaumburg“: Reframing the CDU’s local politics during the 1970s (pp. 103–119)

Since loosing government power in 1969 and enhanced by the alteration of generations in the party leadership in 1973 a reevaluation of local politics within the CDU set in. The change was furthered by the fact that in the person of Horst Waffenschmidt for the first time a politician with a background in federal politics headed the party’s “Kommunalpolitische Vereinigung” (Local Politician’s Association). After glancing at its roots during the phase of the party reform beginning in 1969 the article attends to the organisational and substantial modernisation of its Local Politician’s Association in between 1973 and 1975 as an important part of the party’s transformation under Helmut Kohl’s leadership.

*Paul Kraatz/Tim B. Peters*: Between distinction and convergence. The CDU’s relationship to the Green Party between 1980 and 1990 (pp. 121–146)

The relationship between the party The Greens newly founded in 1980 and the Union parties was not only characterized by antagonism during the decade up to the unification; tentative approaches also occurred. The article in hand examines these as well as the prevalent contentions between the parties. In doing so the development in the mutual relationship is traced especially since the beginning of the “Kohl era” and the Green Party’s entering the Bundestag which took place shortly afterwards and led first of all to a rapprochement on a local level and subsequently on other levels as well.

*Andreas Thüsing:* Ecology in the GDR. Environment protection under Honecker (pp. 147–169)

The pollution of the environment in the GDR was – especially during the 1980s – an obvious fact. It was also the reason for more and more complaints from the inhabitants of the East German state. The state power's efforts to come to grips with the increasing problem as well as the population's protests and their contribution to the development of the peaceful revolution are portrayed here.

*Mona Krewel:* The German national election campaign 1961 (pp. 171–198)

How modern was the German national election campaign 1961? After giving a short survey of the initial situation the author pursues this main question – especially with regard to the two most substantial parties: CDU/CSU and SPD. The building of the Berlin Wall on 13 August 1961 played an important part and therefore is investigated in a detailed passage for its relevance to the election campaign.

*Kai Wambach:* Endeavouring a broad agreement – Rainer Barzel as chairman of the CDU/CSU parliamentary group in the Bundestag (pp. 199–228)

For nearly ten years Rainer Barzel headed the CDU/CSU parliamentary group. This contribution describes the “roller coaster ride” during these years. The party whip's influence and opportunities during the years of the grand coalition are accentuated. Furthermore the focus is on the new challenges and the necessary reorganisation of the parliamentary group during the opposition years. On the one hand Barzel's achievements are clearly discernible but also his failing in the end, which led to his resignation in May 1973.

*Jürgen Hartmann:* Helmut Kohl's vision of France (pp. 233–245)

What image of France was fundamental for Helmut Kohl's actions? The author approaches this question by tracing Kohl's encounters with the neighbouring country from the early post war period through to his taking office as federal chancellor in 1982. In doing so principal lines are worked out, whereby Kohl's aim continued to be the creation of a united Europe where France and Germany would be “mainstays”.

*Ulrich Lappenküper*: The development of the Franco-German relations during the 1980s and 1990s (pp. 247–264)

Depicted are the Franco-German relations between 1982 and 1998 and the strong influence wielded by the relationship between Helmut Kohl and François Mitterrand. At the outset these two politicians coming from different political camps definitely experienced difficulties – most of all during the period immediately before the unification of Germany – and complications arose frequently. By way of comparison with the bilateral relations since Jacques Chirac's assumption of office it is clearly recognizable that the Franco-German relationship under Mitterrand and Kohl experienced a cooperative and prolific stage.

*Rudolf Lange*: Franco-German cooperation within the scope of military security (pp. 265–271)

The stages in the cooperation between France and Germany within the scope of military security are illustrated. By various arrangements François Mitterrand and Helmut Kohl fortified the cooperation in terms of security policy which had been nearly non-existent at the German chancellor's assumption of office in 1982. Special focus is placed on the paradigm shift due to the reunification and the dissolution of the Soviet Union. Conclusively an outlook on the concept for security and defence ratified in 1996 by then with President of State Jacques Chirac is given.

*Ulrike Guérot*: Twenty years after Helmut Kohl: where are the Franco-German relations located? (pp. 273–288)

This contribution detects a constant disintegration in the Franco-German relations since the final stage of the Kohl government which is outlined in chronological stages. Next to security aspects the economy plays a vital role, especially the problems within the euro zone from its foundation up to the current crisis. This description is combined with a review of the partners' respective positions of power and it closes with an exhortation to overcome the perceived Franco-German and European crisis.

*Joachim Bitterlich:* The Franco-German relations during the stages of unification and Maastricht treaty (pp. 289–299)

The complicated Franco-German relationship is outlined from an eyewitness's point of view. The diplomat participated directly in many negotiations taking place in the course of the German unification and the discussions on the Maastricht treaty. The complicated relationship with the French neighbour is examined in detail as well as the intricate negotiations about European Economic and Currency Union looked into.

*Thomas Brechenmacher:* Konrad Adenauer, Franz Böhm and the talks about the Luxembourg agreement (pp. 305–321)

The figure of Franz Böhm, chief negotiator on the German side, occupies the centre stage of the author's reflections about the Luxembourg agreement. Likewise the crucial role of federal chancellor Konrad Adenauer is emphasized. All in all the agreement, its prehistory, its completion and especially the numerous problems along the way are examined, whereby the talks about the London Debt Agreement taking place simultaneously are also borne in mind.

*Johannes Gerster:* Lessons learned from 60 years of German-Israeli relations (pp. 323–335)

The author describes the history of the German-Israeli relations since the Luxembourg agreement in 1952 from a very personal point of view. Through his longstanding commitment to the bilateral relations as well as his engagement for the Konrad-Adenauer-Foundation in Israel this narrative is not only informative but also vivid. This is a plea for the continuation of these rapports, which progressed into an "especially good" relationship during the past 60 years despite their complicated beginning and the burdens of the past.

*Christoph Brüll:* Franz Thedieck (1900–1995) – "Contemporary of the Century" (pp. 341–370)

The author portrays the life of Franz Thedieck which spanned nearly the complete 20<sup>th</sup> century and raises many historical questions. He describes "a civil servant's career extending three regimes" and provides insight into the most important stages: main supervisor at the military administration in Belgium (1940–1943), under-secretary of state at the Federal Ministry for All-German

Affairs (1949–1964) and general administrator of the German World Service (1966–1972). He also looks at the role of the political civil servant Thedieck during national-socialism as well as at his party political career within the CDU after 1945.

*Michael Kitzing:* Albert Maria Lehr (1913–1997). Founding father of the Baden CDU – pioneer of the Southwest State and first promoter of trade and industry in Freiburg (pp. 371–396)

The portrait of Albert Maria Lehr not only describes the stages of this today hardly known politician from Freiburg. His dedication in the years immediately after the war is exemplary for regional aspirations to create an inter-denominational party which led to the CDU's foundation. Lehr's work in the "Junge Union" (Young Union) locally as well as nationwide sheds a new light on this organisation up to now scholarly only marginally dealt with. On top of this the dispute about the establishment of today's Baden-Württemberg is examined from Lehr's point of view as secretary general of the advocates of the merger.

*Carsten Pickert:* The process of founding and establishing the Archive for Christian-Democratic Policy (pp. 397–422)

In 1976 the official founding of the Archive for Christian-Democratic Policy (ACDP) of the Konrad-Adenauer-Foundation took place. The author illustrates on a widespread fundament of sources for the first time how this foundation took place and sketches the preceding discussions and undertakings. Not only the institutional but also the ideational premises are examined and a perspective on the archival and academic activities of the ACDP up to now is given.

*Hans-Jürgen Klegraf:* Elections in illustrations. The collection of posters at the Archive for Christian-Democratic Policy (pp. 423–438)

This contribution illustrates the origin story of the collection of posters at the Archive for Christian-Democratic Policy within the Konrad-Adenauer-Foundation and provides insight in the collection's stocks. These were compiled at the CDU's federal branch office and in 1976 transferred to the Archive where they grew continually to 22.000 exhibits. In addition to that a survey on the history and relevance of political posters is given because "election time is and remains a time for posters".

*Jürgen Nielsen-Sikora:* The myth of a conspiracy against Brandt. A critical review of Stefanie Waske's theories about an "Intelligence Service of CDU and CSU during the Cold War" (pp. 439–458)

The literary report discusses Stefanie Waske's theories about an alleged intelligence service belonging to CDU and CSU. Parts of it have already been formulated by Waske in her doctoral thesis in 2009, then most notably in an article printed in the weekly paper "Die Zeit" and in her book published this year under the title "Nach Lektüre vernichten" (Destroy after reading). The main perceptions are examined academically and their main proceeds are ranged within academic research, which had access to most of the materials since the 1980s.

## Résumés\*

*Hanns Jürgen Küsters: Helmut Kohl, l'Autriche et l'intégration européenne* (p. 1–16)

Helmut Kohl est sans conteste un austrophile. Il a passé toutes ses vacances depuis les années 1960 en Autriche. Il appréciait le pays et entretenait des relations amicales avec les principaux représentants du Parti populaire autrichien. De surcroît, Kohl s'est toujours tenu parfaitement informé de la situation politique autrichienne. La contribution s'attache à mettre en lumière le rôle de cet État dans les conceptions de Kohl en matière de politique européenne, qui ont toujours évolué en parallèle des modifications des réalités mondiales.

*Ulrich von Hehl: Carl Friedrich Goerdeler: un maire leipzigois controversé* (p. 17–35)

L'auteur décrit le rôle de Carl Friedrich Goerdeler dans la résistance au »Troisième Reich«, à la lumière de l'historiographie ouest-allemande et est-allemande. Il étudie la littérature scientifique publiée à ce jour en RFA, en RDA et dans l'Allemagne unifiée et met au jour les appréciations portées sur l'ancien maire de Leipzig, qui varient au fil du temps. Il s'intéresse en outre à la position de Goerdeler sur l'antisémitisme et à son attitude face à la Solution finale.

*Peter Rütters: Max Habermann et la résistance syndicale au nazisme. Problématiques d'une reconstitution biographique* (p. 37–70)

Cet article ausculte le rôle de Max Habermann dans le mouvement syndical, d'abord en qualité de cadre dirigeant de la puissante organisation nationaliste des employés, le Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, puis d'acteur de la fondation du futur syndicat unitaire. Il évoque aussi la résistance au »Troisième Reich« de Max Habermann, qui s'est suicidé le 30 octobre 1944 après avoir été arrêté dans le cadre de l'attentat du 20 juillet.

---

\* Traduit par Valentine Meunier.

*Natalia Urigiuen López de Sandaliano*: D'une «amitié traditionnelle» à une «proximité par nécessité» – l'évolution de la politique étrangère de la République fédérale d'Allemagne à l'égard de l'Espagne (1949–1979) (p. 71–102)

L'auteure traite des débuts du rapprochement entre l'Espagne et la toute jeune République fédérale d'Allemagne sur la toile de fond des rapports particuliers entretenus entre le régime franquiste et le «Troisième Reich». Elle met en lumière les difficultés et les progrès de la coopération jusqu'en 1979 et s'attache tout particulièrement à décrire le rôle des fondations politiques allemandes dans l'instauration de partis et structures démocratiques pendant la phase de «transición» qui a suivi la mort de Franco en 1975.

*Christine Bach*: «Reconquérir le palais Schaumburg par les mairies»: la réorientation de la politique locale de la CDU dans les années 1970 (p. 103–119)

Depuis la défaite électorale de 1969, et plus encore avec le changement générationnel à la tête du parti en 1973, les questions de politique communale reprennent le devant au sein de la CDU. Ce changement a été facilité par l'arrivée inédite d'un acteur de la politique fédérale, Horst Waffenschmidt, à la présidence de la Kommunalpolitische Vereinigung (KPV), l'association des élus locaux interne au parti. Après un détour par les racines de la phase de réforme de la CDU qui débute en 1969, l'article se consacre à la modernisation des structures et des thèmes de la KPV entre 1973 et 1975, qui constitua un volet important de la réforme du parti mené sous Helmut Kohl.

*Paul Kraatz/Tim B. Peters*: Entre rejet et rapprochement. Les rapports de la CDU avec Die Grünen 1980–1990 (p. 121–146)

Les relations entre le parti Die Grünen, fondé en 1980, et ceux de l'Union dans la décennie qui a précédé la réunification n'ont pas été toujours conflictuels. Des rapprochements prudents ont aussi eu lieu. L'article met en lumière ces derniers comme les affrontements et différences, prédominants, entre ces formations. Il s'attache particulièrement à observer l'évolution des relations mutuelles depuis le début de «l'ère Kohl» et l'entrée, peu après, des Grünen au Bundestag, qui conduisit à un rapprochement, d'abord à l'échelon communal, puis à d'autres niveaux.



*Andreas Thiising*: L'écologie en RDA. La protection de l'environnement sous Honecker (p. 147–169)

La pollution de l'environnement en RDA, avant tout dans les années 1980, était non seulement patente, mais fut aussi un objet de plaintes croissantes de la part de la population est-allemande. L'auteur analyse les efforts du pouvoir pour maîtriser ce problème toujours plus crucial ainsi que les protestations de la population et leur contribution dans l'émergence de la révolution pacifique.

*Mona Krewel*: La campagne législative de 1961 (p. 171–198)

La campagne législative de 1961 était-elle moderne? Après avoir dressé un bref tableau de la situation initiale, l'auteur revisite cette question à la lumière, en particulier, des deux plus grands partis: la CDU/CSU et le SPD. La construction du Mur le 13 août 1961 joua un rôle important et l'auteure lui accorde par conséquent un chapitre particulier dans lequel elle analyse son incidence dans la campagne électorale.

*Kai Wambach*: Viser le consensus – Le mandat de Rainer Barzel comme président du groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag (p. 199–228)

Rainer Barzel a dirigé le groupe parlementaire CDU/CSU pendant presque dix ans. Cet article s'intéresse aux »montagnes russes« de cette période. Il fait notamment ressortir l'influence et les marges de manœuvre du président du groupe pendant la grande coalition. Il démontre de plus les nouveaux enjeux et la réorganisation impérieuse du groupe passé dans l'opposition. Il met ainsi à la fois en évidence les succès de Barzel et son échec final, qui conduisit à sa démission en 1973.

*Jürgen Hartmann*: L'image de la France de Helmut Kohl (p. 233–245)

Quelle image de la France sous-tendait l'action de Helmut Kohl? C'est à cette question que s'intéresse l'auteur en retraçant les rencontres de Kohl avec le pays voisin, depuis les premiers temps de l'après-guerre jusqu'à la prise de fonction du chancelier en 1982. Il en fait ressortir les lignes directrices, montrant que l'objectif de Helmut Kohl a toujours été de construire une Europe commune, avec la France et l'Allemagne comme »piliers porteurs«.

*Ulrich Lappenküper*: L'évolution des relations franco-allemandes dans les décennies 1980 et 1990 (p. 247–264)

L'article est consacré aux relations franco-allemandes entre 1982 et 1998 et à l'empreinte forte laissée par les rapports entre Helmut Kohl et François Mitterrand. Au départ, les relations entre ces deux acteurs politiques, venant de camps politiques différents, furent marquées par les difficultés. Les tensions entre eux furent récurrentes – avec un pic pendant la phase qui a précédé la réunification de l'Allemagne. La comparaison avec les relations bilatérales depuis l'entrée en fonction de Jacques Chirac en mai 1995 met en évidence que les relations franco-allemandes ont connu sous Kohl et Mitterrand une phase de coopération particulière et fructueuse.

*Rudolf Lange*: La coopération franco-allemande dans le secteur de la sécurité militaire (p. 265–271)

L'article présente les étapes de la coopération de la France et de l'Allemagne en matière militaire. À l'aide de multiples mesures, François Mitterrand et Helmut Kohl renforcèrent la coopération sur les questions de sécurité, quasi inexistante à l'arrivée de Kohl à la Chancellerie en 1982. L'auteur accorde une attention particulière au changement de paradigme initié par la réunification et l'effondrement de l'Union soviétique, avant de conclure sur le concept franco-allemand en matière de sécurité et de défense, adopté en 1996 avec le président Jacques Chirac.

*Ulrike Guérot*: Vingt après Helmut Kohl: Où en sont les relations franco-allemandes? (p. 273–288)

L'auteure discerne une érosion constante dans les relations franco-allemandes depuis la phase ultime du gouvernement Kohl, dont elle présente les étapes chronologiques. Le rôle majeur dans ce processus revient, outre à la politique en matière de sécurité, à l'économie et en particulier aux problèmes de la zone euro – depuis sa fondation jusqu'à la crise actuelle. La présentation est reliée à une analyse des positions de force des deux partenaires et, identifiant une crise franco-allemande et européenne, elle se conclut par un appel à la résoudre.

*Joachim Bitterlich*: Les relations franco-allemandes pendant la phase d'unification allemande et du traité de Maastricht (p. 289–299)

Les rapports difficiles de la France et de l'Allemagne sont décrits du point de vue du témoin. Le diplomate a directement participé à de nombreuses négociations dans le sillage de la réunification allemande et des pourparlers sur le traité de Maastricht. Il analyse avec force détails la relation compliquée avec le voisin français et les négociations ardues sur l'Union économique et monétaire de l'Union européenne.

*Thomas Brechenmacher*: Konrad Adenauer, Franz Böhm et les négociations sur l'accord du Luxembourg (p. 305–321)

Le meneur des négociations pour l'Allemagne, Franz Böhm, figure au cœur de cet article sur l'accord du Luxembourg. L'auteur souligne également le rôle décisif du chancelier Konrad Adenauer. Il met en lumière l'accord, sa préhistoire, son aboutissement dans une perspective globale et, avant tout, les nombreuses difficultés qui ont pavé le chemin pour y arriver, tout en prenant en considération les négociations parallèles en amont des accords de Londres sur la dette allemande.

*Johannes Gerster*: Expériences issues de 60 ans de relations germano-israéliennes (p. 323–335)

L'auteur de cette contribution retrace l'histoire des rapports germano-israéliens depuis l'accord du Luxembourg (1952) sous un angle très personnel. Engagé pendant des décennies en faveur des relations bilatérales et actif en Israël pour le compte de la fondation Konrad Adenauer, il livre un article non seulement riche d'enseignement mais très vivant. Un plaidoyer pour la poursuite de relations qui – malgré un départ difficile et le fardeau du passé – sont devenues »particulièrement bonnes« ces soixante dernières années.

*Christoph Brüll*: Franz Thedieck (1900–1995) – un »témoin du siècle« (p. 341–370)

L'auteur retrace la vie de Franz Thedieck, qui embrasse presque la totalité du 20<sup>e</sup> siècle et soulève de nombreuses questions historiques. Il décrit »une carrière de fonctionnaire sous trois régimes« et s'attarde sur ses principales étapes: haut conseiller d'administration de guerre auprès de l'Administration militaire

de la Belgique et du Nord de la France (1940–1943), secrétaire d'État au ministère fédéral des Questions panallemandes (1949–1964) et directeur général de la chaîne Deutschlandfunk (1966–1972). Il s'intéresse aussi au rôle du fonctionnaire politique qu'était Thedieck sous le nazisme et à sa carrière politique au sein de la CDU après 1945.

*Michael Kitzing:* Albert Maria Lehr (1913–1997). Père fondateur de la CDU badoise – pionnier de »l'État du Sud-ouest« et premier soutien économique de Fribourg (p. 371–396)

Le portrait d'Albert Maria Lehr ne dépeint pas seulement les grandes lignes de l'acteur politique de Fribourg aujourd'hui quasiment passé à l'oubli. Son engagement à la sortie de la guerre symbolise les efforts régionaux pour créer un parti interconfessionnel, qui aboutirent à la fondation de la CDU. L'action de Lehr au sein de la »Junge Union« (Jeune union), à l'échelon régional comme national, jette une lumière inédite sur une organisation largement délaissée par la recherche à ce jour. L'article examine par ailleurs les conflits qui ont soutenu la création du Bade-Wurtemberg actuel, à partir du point de vue de Lehr, alors secrétaire général de l'organisation et partisan de la fusion.

*Carsten Pickert:* Le processus de fondation et la constitution des Archives de la politique chrétienne-démocrate (p. 397–422)

Les Archives de la politique chrétienne-démocrate (ACDP) de la fondation Konrad Adenauer voient officiellement le jour en 1976. En proposant une analyse adossée pour la première fois à d'amples sources, l'auteur esquisse le processus de gestation des archives ainsi que les discussions et les entreprises préliminaires. Il évoque non seulement ses bases institutionnelles mais également ses fondements idéologiques et offre un aperçu sur le travail archivistique et scientifique de l'ACDP jusqu'à aujourd'hui.

*Hans-Jürgen Klegraf:* Les élections en image – La collection d'affiches des Archives de la politique chrétienne-démocrate (p. 423–438)

La contribution relate la genèse de la collection d'affiches de les Archives de la politique chrétienne-démocrate de la fondation Konrad Adenauer et offre un tour d'horizon de ses fonds. Constituée au siège fédéral de la CDU, elle entre en 1976 dans les archives où elle s'est continuellement enrichie pour dépasser aujourd'hui les 22 000 pièces. L'auteur propose en outre un bref portrait de

l'histoire et de la signification des affiches politiques, puisque »la campagne électorale a toujours été le moment de l'affiche«.

*Jürgen Nielsen-Sikora*: Le mythe de la conspiration contre Brandt. Critique des thèses de Stefanie Waske sur les »services de renseignements de la CDU et de la CSU pendant la Guerre froide« (p. 439–458)

Cette recension aborde les thèses de Stefanie Waske sur la prétendue existence de services secrets au sein de la CDU/CSU. Waske les a formulées partiellement dans son doctorat soutenu en 2009, puis, principalement, dans un article publié dans l'hebdomadaire »Die Zeit« et dans un ouvrage paru cette année et intitulé »Nach Lektüre vernichten« (Détruire après lecture). Ses principaux résultats sont vérifiés scientifiquement et l'ensemble du travail est replacé dans ce champ de recherche, qui dispose déjà de la plupart de ces informations depuis les années 1980.

## Zusammenfassung

*Hanns Jürgen Küsters:* Helmut Kohl, Österreich und die europäische Integration (S. 1–16)

Helmut Kohl kann durchaus als austrophil bezeichnet werden. Seit den 1960er Jahren verbrachte er jeden Urlaub im Nachbarland. Seine Beziehungen zum Land und den führenden Repräsentanten der Österreichischen Volkspartei waren von Freundschaft geprägt. Zudem war Kohl immer kenntnisreich über die politische Lage dort informiert. Die Rolle Österreichs in Kohls europapolitischen Konzeptionen, die er immer wieder an die sich verändernden weltpolitischen Realitäten anpasste, wird hier entfaltet.

*Ulrich von Hehl:* Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler im Streit der Meinungen (S. 17–35)

Der Verfasser schildert die Rolle Carl Friedrich Goerdelers im Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Spiegel der west- und ostdeutschen Geschichtsschreibung. Er wirft einen Blick auf die bislang in der Bundesrepublik, in der DDR sowie im vereinten Deutschland erschienene Forschungsliteratur und zeigt die im Laufe der Jahre sich wandelnden Einschätzungen über die Person des vormaligen Leipziger Oberbürgermeisters auf. Zudem befasst er sich auch mit der Einstellung Goerdelers zum Antisemitismus und seiner Haltung zur sogenannten Endlösung.

*Peter Rütters:* Max Habermann und der gewerkschaftliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Probleme einer biographischen Rekonstruktion (S. 37–70)

Der Rolle Max Habermanns in der Gewerkschaftsbewegung als Spitzenfunktionär der mitgliederstärksten Angestelltenorganisation, des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, und seiner Bedeutung für die Bildung der späteren Einheitsgewerkschaft geht dieser Beitrag nach. Geschildert wird zudem den Widerstand gegen das „Dritte Reich“ von Max Habermann, der nach seiner Verhaftung im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli am 30. Oktober 1944 Selbstmord beging.

*Natalia Urigüen López de Sandaliano:* Von der „traditionellen Freundschaft“ zur „notwendigen Nähe“ – Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Spanien (1949–1979) (S. 71–102)

Vor dem Hintergrund des besonderen Verhältnisses zwischen Franco-Regime und „Drittem Reich“ entfaltet die Autorin die Anfänge der Annäherung zwischen Spanien und der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland. Unter Darlegung der Schwierigkeiten wird die sich entwickelnde Zusammenarbeit bis 1979 beleuchtet. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Rolle der deutschen politischen Stiftungen während der Phase der „transición“ nach dem Tode Francos 1975 bei der Etablierung demokratischer Parteien und Strukturen.

*Christine Bach:* „Über die Rathäuser zurück ins Palais Schaumburg“: Zur Neuausrichtung der CDU-Kommunalpolitik in den 1970er Jahren (S. 103–119)

Seit dem Verlust der Regierungsmacht 1969 und verstärkt durch den Generationenwechsel an der Parteispitze 1973 setzte innerhalb der CDU eine Aufwertung kommunalpolitischer Fragen ein. Befördert wurde der Wandel dadurch, dass mit Horst Waffenschmidt erstmals ein Bundespolitiker an der Spitze der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der Partei stand. Nach einem Blick auf deren Wurzeln in der Phase der Parteireform ab 1969 widmet sich der Beitrag der organisatorischen und inhaltlichen Modernisierung der KPV zwischen 1973 und 1975 als wichtigem Bestandteil der Parteireform unter Helmut Kohl.

*Paul Kraatz/Tim B. Peters:* Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Verhältnis der CDU zu den Grünen 1980–1990 (S. 121–146)

Nicht nur Gegensätze prägten das Verhältnis zwischen der 1980 neugegründeten Partei DIE GRÜNEN und den Unionsparteien im Jahrzehnt bis zur Wiedervereinigung; es gab auch vorsichtige Annäherungen. Diese sowie die allerdings vorherrschenden Auseinandersetzungen und Differenzen zwischen den Parteien beleuchtet der vorliegende Beitrag. Dabei wird besonders seit Beginn der „Ära Kohl“ und dem kurz darauf erfolgten Einzug der Grünen in den Bundestag die Entwicklung im gegenseitigen Verhältnis nachvollzogen, die zuerst auf kommunaler, dann auch auf anderen Ebenen zu einer Annäherung führte.

*Andreas Thüsing: Ökologie in der DDR. Umweltschutz unter Honecker (S. 147–169)*

Die Umweltverschmutzung in der DDR, vor allem in den 1980er Jahren, war nicht nur eine nicht zu übersehende Tatsache. Sie war auch mehr und mehr Grund für Beschwerden der Bewohner des ostdeutschen Staates. Die Bemühungen der Staatsmacht, das sich immer stärker stellende Problem in den Griff zu bekommen, wie auch die Proteste der Bevölkerung und ihr Beitrag zur Entstehung der Friedlichen Revolution werden hier geschildert.

*Mona Krewel: Der Bundestagswahlkampf 1961 (S. 171–198)*

Wie modern war der Bundestagswahlkampf 1961? Nach einem kurzen Überblick über die Ausgangslage geht die Autorin dieser Leitfrage nach – besonders im Hinblick auf die beiden größten Parteien: CDU/CSU und SPD. Eine wichtige Rolle spielte der Mauerbau am 13. August 1961, der deshalb in einem ausführlichen Abschnitt auf seine Relevanz für den Wahlkampf analysiert wird.

*Kai Wambach: Streben nach Konsens – Rainer Barzels Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (S. 199–228)*

Fast zehn Jahre führte Rainer Barzel die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die „Achterbahnfahrt“ in diesen Jahren schildert dieser Beitrag. Besonders herausgestellt werden der Einfluss und die Möglichkeiten des Fraktionsvorsitzenden in den Jahren der Großen Koalition. Außerdem liegt ein Schwerpunkt auf den neuen Herausforderungen und der nötigen Umorganisation der Fraktion in der Opposition. Deutlich werden zum einen die Erfolge Barzels, aber auch sein letztendliches Scheitern, das zu seinem Rücktritt im Mai 1973 führte.

*Jürgen Hartmann: Das Frankreichbild Helmut Kohls (S. 233–245)*

Welches Bild Frankreichs lag Helmut Kohls Handeln zugrunde? Diese Frage behandelt der Autor, indem er die Begegnungen Kohls mit dem Nachbarland von der frühen Nachkriegszeit bis zum Regierungsantritt als Bundeskanzler 1982 nachzeichnet. Dabei werden die Hauptlinien herausgearbeitet, wobei es das Ziel Helmut Kohls blieb, ein gemeinsames Europa zu schaffen, mit Frankreich und Deutschland als „tragende[n] Pfeiler[n]“.



*Ulrich Lappenküper:* Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1980er und 1990er Jahren (S. 247–264)

Dargestellt wird das deutsch-französische Verhältnis zwischen 1982 und 1998 und dessen starke Prägung durch die Beziehung zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand. Diese beiden aus unterschiedlichen politischen Lagern stammenden, Politiker hatten am Anfang durchaus Schwierigkeiten miteinander, und es kam – am meisten in der Phase unmittelbar vor der Wiedervereinigung Deutschlands – immer wieder zu Spannungen. Durch den Vergleich mit den bilateralen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Jacques Chirac im Mai 1995 wird deutlich, dass mit Mitterrand und Kohl das deutsch-französische Verhältnis eine besonders kooperative und fruchtbare Phase erlebte.

*Rudolf Lange:* Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der militärischen Sicherheit (S. 265–271)

Die Stationen der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland im militärischen Bereich werden dargestellt. Durch vielfältige Maßnahmen stärkten François Mitterrand und Helmut Kohl die sicherheitspolitische Kooperation, die bei Amtsantritt des deutschen Bundeskanzlers 1982 kaum vorhanden war. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Paradigmenwechsel durch die Wiedervereinigung und die Auflösung der Sowjetunion gelegt. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf das 1996, inzwischen mit Staatspräsident Jacques Chirac, verabschiedete Sicherheits- und Verteidigungskonzept.

*Ulrike Guérot:* Zwanzig Jahre nach Helmut Kohl: Wo stehen die deutsch-französischen Beziehungen? (S. 273–288)

In den deutsch-französischen Beziehungen seit der Endphase der Regierung Kohl sieht der Beitrag eine stetige Erosion, die schrittweise chronologisch dargestellt wird. Die größte Rolle spielt dabei neben sicherheitspolitischen Aspekten die Wirtschaft, insbesondere die Probleme der Eurozone von ihrer Gründung bis zur gegenwärtigen Krise. Verbunden wird die Darstellung mit einer Analyse der jeweiligen Machtposition der beiden Partner und abgeschlossen mit einem Aufruf, die konstatierte deutsch-französische und europäische Krise zu überwinden.

*Joachim Bitterlich:* Die deutsch-französischen Beziehungen in der Phase der Deutschen Einheit und des Vertrags von Maastricht (S. 289–299)

Geschildert wird das schwierige deutsch-französischen Verhältnis aus dem Blickwinkel des Zeitzeugen. Der Diplomat war an vielen Verhandlungen, die im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und den Gesprächen über den Maastrichter Vertrag stattfanden, direkt beteiligt. Detailreich wird das komplizierte Verhältnis zum französischen Nachbarn analysiert sowie auf die schwierigen Verhandlungen über die europäische Wirtschafts- und Währungsunion eingegangen.

*Thomas Brechenmacher:* Konrad Adenauer, Franz Böhm und die Verhandlungen über das Luxemburger Abkommen (S. 305–321)

Die Person des Verhandlungsleiters auf deutscher Seite, Franz Böhm, steht im Mittelpunkt der Betrachtungen des Autors über das Luxemburger Abkommen. Ebenso wird die entscheidende Rolle des Bundeskanzlers Konrad Adenauer betont. Insgesamt werden das Abkommen, seine Vorgeschichte, sein Zustandekommen und vor allem die zahlreichen Schwierigkeiten auf diesem Weg beleuchtet, wobei auch die parallelen Verhandlungen über das Londoner Schuldenabkommen berücksichtigt werden.

*Johannes Gerster:* Erfahrungen aus 60 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen (S. 323–335)

Die Geschichte des deutsch-israelischen Verhältnisses seit dem Luxemburger Abkommen von 1952 schildert der Autor dieses Beitrags aus einer sehr persönlichen Perspektive. Durch seinen jahrzehntelangen Einsatz für die bilateralen Beziehungen sowie sein Wirken in Israel für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist diese Darstellung nicht nur informativ, sondern auch lebendig. Ein Plädoyer für die Weiterführung der Beziehungen, die – trotz ihres schwierigen Beginns und ihrer Belastung durch die Vergangenheit – sich in den letzten 60 Jahren zu einem „besonders guten“ Verhältnis entwickelt haben.

*Christoph Brüll:* Franz Thedieck (1900–1995) – „Zeitgenosse des Jahrhunderts“ (S. 341–370)

Der Autor zeichnet das Leben Franz Thediecks nach, das fast das ganze 20. Jahrhundert umfasste und viele historische Fragen aufwirft. Er schildert „eine

Beamtenkarriere über drei Regime hinweg“ und gibt Einblick in die wichtigsten Stationen: Oberkriegsverwaltungsrat bei der Militärverwaltung Belgien und Nordfrankreich (1940–1943), Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (1949–1964) und Intendant des Deutschlandfunks (1966–1972). Zudem wirft er einen Blick auf die Rolle des politischen Beamten Thedieck im Nationalsozialismus sowie auf dessen parteipolitische Karriere in der CDU nach 1945.

*Michael Kitzing:* Albert Maria Lehr (1913–1997). Gründervater der Badischen CDU – Vorkämpfer für den Südweststaat und erster Wirtschaftsförderer Freiburgs (S. 371–396)

Das Lebensbild von Albert Maria Lehr schildert nicht nur die Stationen des heute kaum mehr bekannten Freiburger Politikers. Sein Engagement in der direkten Nachkriegszeit steht exemplarisch für die regionalen Bemühungen, eine überkonfessionelle Partei zu schaffen, die in der Gründung der CDU mündeten. Lehrs Wirken in der Jungen Union, sowohl regional als auch national, wirft neues Licht auf diese bisher wissenschaftlich kaum bearbeitete Organisation. Darüber hinaus wird die Auseinandersetzung um die Gründung des heutigen Baden-Württembergs aus der Sicht Lehrs als Generalsekretär der Organisation der Befürworter des Zusammenschlusses beleuchtet.

*Carsten Pickert:* Der Gründungsprozess und die Etablierung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (S. 397–422)

Im Jahr 1976 erfolgte die offizielle Gründung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (ACDP). Der Autor stellt zum ersten Mal auf breiter Quellenbasis dar, wie es zu dieser Gründung kam und skizziert die vorangehenden Diskussionen und Anläufe. Nicht nur die institutionellen, sondern auch die ideellen Grundlagen werden beleuchtet und ein Ausblick gegeben auf die archivarische und wissenschaftliche Arbeit des ACDP bis in die Gegenwart.

*Hans-Jürgen Klegraf:* Wahlen im Bild. Die Plakatsammlung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (S. 423–438)

Der Beitrag schildert die Entstehungsgeschichte der Plakatsammlung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. und gibt Einblicke in die Bestände der Sammlung. Diese wurde in der CDU-

Bundesgeschäftsstelle angelegt und gelangte 1976 in das Archiv, wo sie kontinuierlich auf mittlerweile über 22.000 Objekte angewachsen ist. Zudem wird ein Überblick über die Geschichte und Bedeutung politischer Plakate gegeben, denn „Wahlkampfzeit ist und bleibt Plakatzeit“.

*Jürgen Nielsen-Sikora: Vom Mythos der Verschwörung gegen Brandt. Eine Kritik an Stefanie Waskes Thesen über den „Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“ (S. 439–458)*

Der Literaturbericht behandelt die Thesen von Stefanie Waske zu einem vermeintlichen Geheimdienst der CDU/CSU. Diese hat Waske teilweise schon in ihrer Dissertation aus dem Jahr 2009, dann vor allem in einem Artikel in „Die Zeit“ und dem in diesem Jahr erschienen Buch „Nach Lektüre vernichten“ formuliert. Die Hauptkenntnisse werden wissenschaftlich überprüft und der Gesamtertrag in die Forschung, der schon in den 1980er Jahren die meisten Informationen vorlagen, eingeordnet.



## Mitarbeiter dieses Bandes

- Bach, Christine*, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin Abteilung Zeitgeschichte, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Bitterlich, Joachim*, Botschafter a. D., Professor an der ESCP Europe, Paris/Berlin
- Brechenmacher, Thomas*, Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam
- Brüll, Christoph*, Dr. phil., Forschungsbeauftragter beim Fonds de la Recherche Scientifique (FRS-FNRS), Université de Liège
- Gerster, Johannes*, Dr. phil. h. c., Jurist, Publizist, Mainz
- Guérot, Ulrike*, Dr. phil., Leiterin des Büros des European Council on Foreign Relations, Berlin
- Hartmann, Jürgen*, Dr. jur., Staatssekretär a. D., Präsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft, Mainz
- Hehl, Ulrich von*, Dr. phil., em. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Leipzig
- Kitzing, Michael*, Dr. des., Lehrbeauftragter an der Abteilung Landesgeschichte der Universität Stuttgart
- Klegraf, Hans-Jürgen*, M. A., Mitarbeiter Abteilung Medienarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Kraatz, Paul*, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin
- Krewel, Mona*, M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I – Politische Soziologie der Universität Mannheim
- Küsters, Hanns Jürgen*, Dr. rer. pol., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Lange, Rudolf*, Konteradmiral a. D., Senator a. D., Jever
- Lappenküper, Ulrich*, Dr. phil., Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh; apl. Professor für Neuere Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg

- Nielsen-Sikora, Jürgen*, Dr. phil., Abteilungsleiter Zeitgeschichte, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; Privatdozent, Stiftungsuniversität Hildesheim
- Peters, Tim B., M. A.*, Länderreferent für Mittel- und Osteuropa, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin
- Pickert, Carsten, B. A.*, Mitarbeiter Abteilung Schriftgutarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Rütters, Peter*, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin
- Thüsing, Andreas*, Dr. phil., Stadtgeschichtliches Museum, Leipzig
- Urigüen López de Sandaliano, Natalia*, Forschungsstipendiatin, Abteilung Zeitgeschichte, Universidad Nacional de Educación a Distancia (UNED), Madrid
- Wambach, Kai, M. A.*, Mitarbeiter im Bundesministerium der Finanzen, Doktorand an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Wilms, Dorothee*, Diplom-Volkswirt, Dr. rer. pol., Bundesministerin a. D., Köln







BEATE NEUSS, HILDIGUND NEUBERT (HG.)

## **MUT ZUR VERANTWORTUNG**

FRAUEN GESTALTEN DIE POLITIK DER CDU

Anfangs noch reduziert auf Frauen- und Familienpolitik und nicht selten kritisch beäugt von männlichen Weggefährten, mussten sich Christliche Demokratinnen ihren Platz in der CDU erobern und manche Hürden überwinden. In bisher nicht dagewesener Breite und Tiefe berichten sie in diesem Buch über Wege zur Durchsetzung ihrer Ideen und Vorhaben.

Jede dieser Frauen hat ihren eigenen Weg eingeschlagen und beschritten. Sie sind Mandatsträgerinnen auf Kreis-, Landes-, Bundes- und Europaebene, Parlamentspräsidentinnen, Ministerpräsidentinnen, Ministerinnen und Staatssekretärinnen. Ihre Erzählungen sind einzigartig und nicht vergleichbar. Mit kluger und vorausschauender Politik haben sie sich Ansehen und Respekt erworben und so die CDU von heute geprägt und gestaltet. Daraus ergibt sich eine beeindruckende Bilanz erfolgreicher christdemokratischer Politik, die motiviert, politische Verantwortung zu übernehmen.

2013. 720 S. 22 S/W- UND 6 FARB. ABB. GB. MIT SU. 155 X 230 MM.  
ISBN 978-3-412-22178-2



9 783412 221973

ISBN 978-3-412-22197-3 | [WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM](http://WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM)